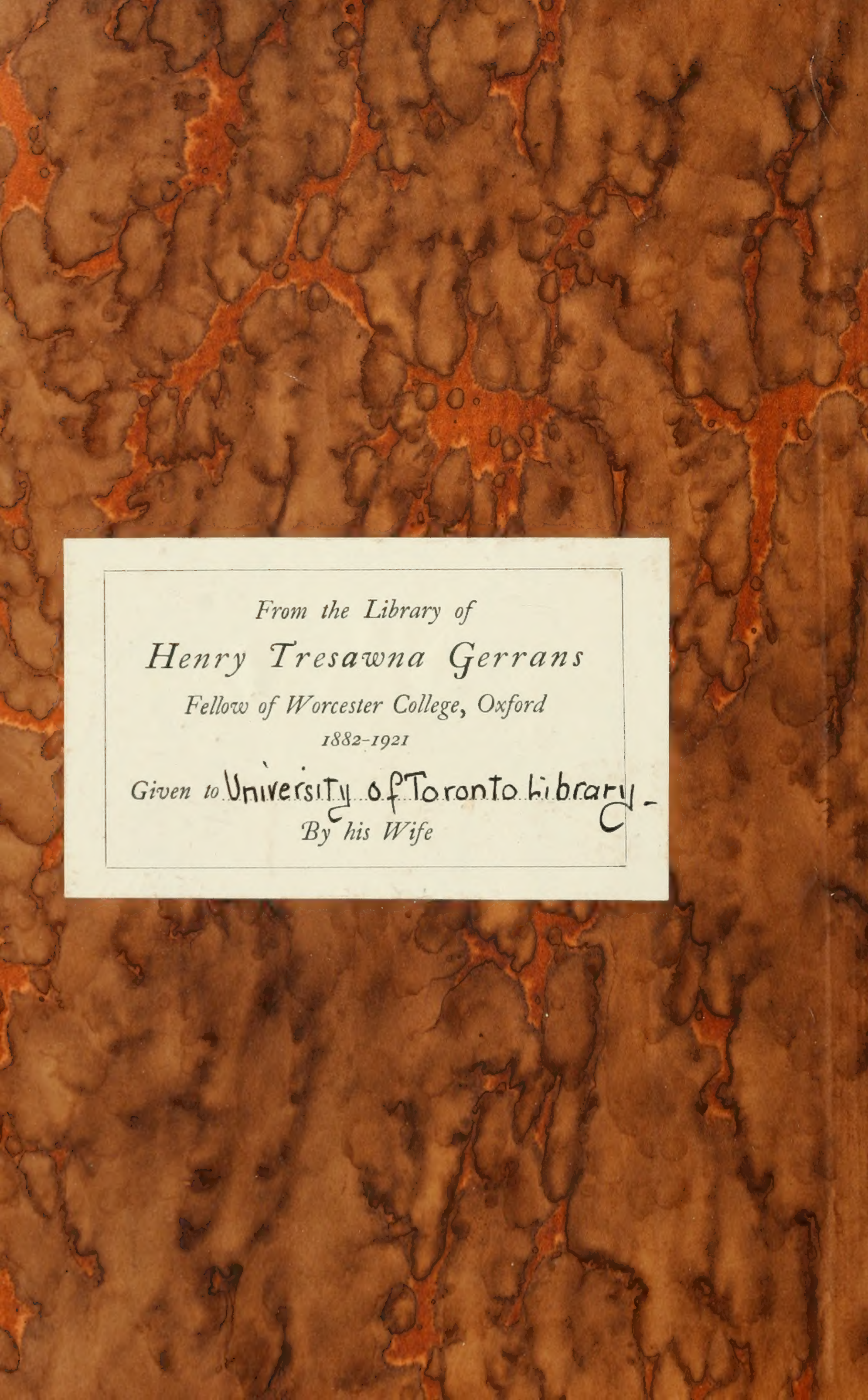
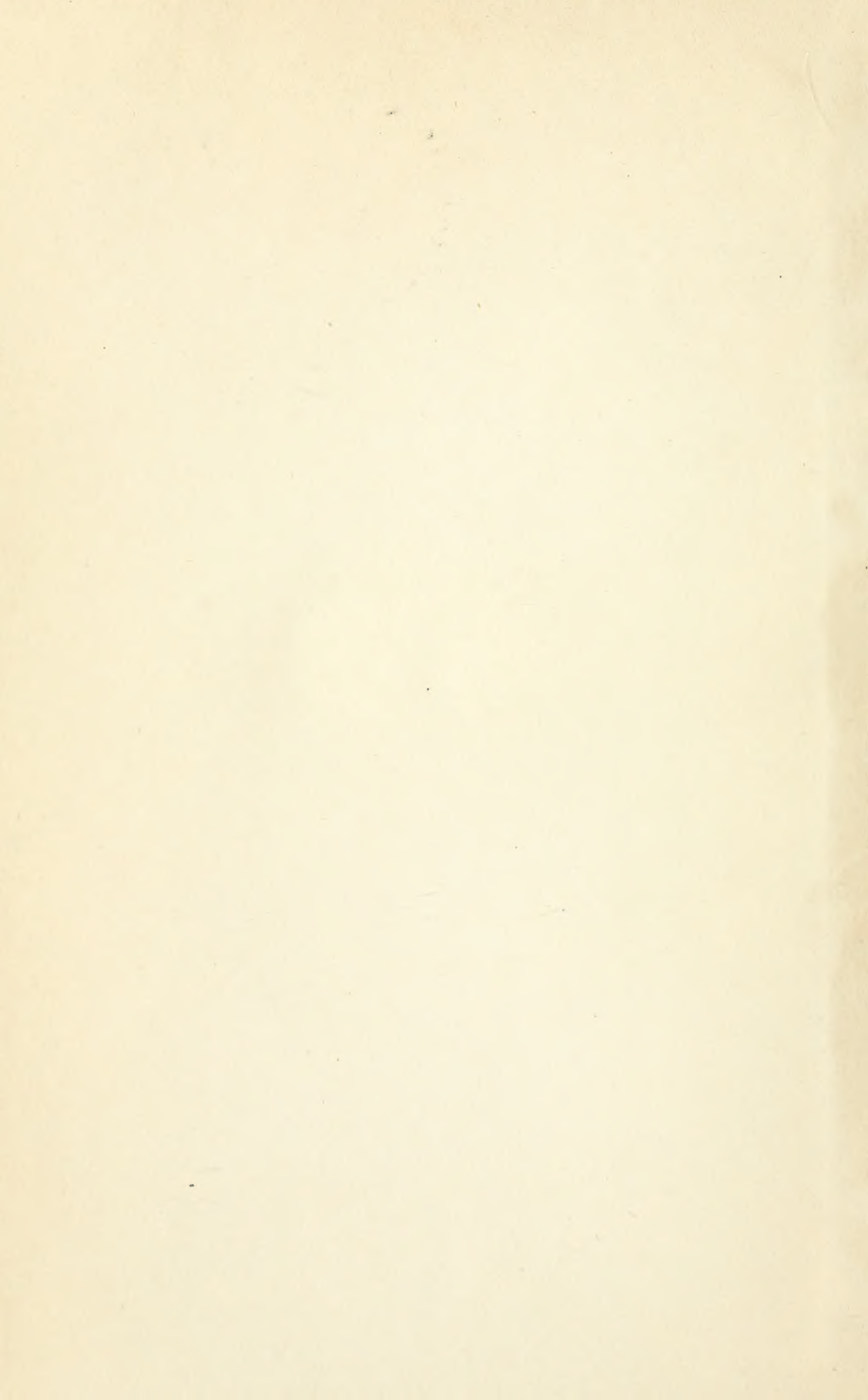








Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie

Von Franz Mehring

Vierter Band

Bis zum Erfurter Programm

Fünfte Auflage

Stuttgart 1913
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.

Druck von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.

Inhalts-Verzeichnis.

Fünftes Buch

Die Einigung der Partei



Erstes Kapitel.

Die Reichsgründung und die Sozialdemokratie.

Seit dem Jahre 1866 hatte der diplomatische Krieg zwischen Bismarck und Bonaparte ununterbrochen fortgedauert, immer jedoch so, daß die stärkeren Trümpfe in Bismarcks Hand waren.

Er vertrat eine ökonomische Notwendigkeit, die nationale Konsolidierung eines großen Wirtschaftsgebiets, das auf eigenen Füßen zu stehen fähig war, während Bonaparte durch die wachsenden Verlegenheiten eines verfallenden Despotismus vorangetrieben wurde, und etwa noch durch die profitlüsterne Scheelsucht der französischen Bourgeoisie, die nach „Rache für Sadowa" schrie. Der Bonapartismus war jenseits des Rheins längst in absteigender, diesseits des Rheins aber noch in aufsteigender Bewegung; Bismarck konnte noch einigermaßen aus dem Vollen wirtschaften, derweil der andere es mit den verzweifelten Streichen eines verlorenen Glücksritters versuchen mußte. Daraufhin mochte es aber niemand wagen, weder Dänemark, Italien und Österreich, die Bonaparte zu einem Angriffsbündnis gegen den norddeutschen Bund gewinnen wollte, noch auch Bismarck, dem der Versucher zwischenein allerlei Handelsgeschäfte mit Land und Leuten vorschlug.

Deshalb war Bismarcks Politik natürlich noch keine ehrliche, volkstümliche oder gar revolutionäre Politik. Wenn er den freiwillig angebotenen Eintritt Badens in den norddeutschen Bund abschlug, weil dadurch der Kriegsfall mit Frankreich gegeben sei, so war der eigentliche Grund seines Widerstrebens nicht der Kriegsfall als solcher, sondern der allzu ehrliche und volkstümliche Kriegsfall. Hätte Bonaparte den Krieg vom Zaune gebrochen, um sich in rein deutsche Angelegenheiten zu mischen, so konnten die nationalen Leidenschaften in Deutschland bis zu einem Grade entflammen, den Bismarck mit gutem Fug scheute. Er wollte den Krieg mit Frankreich, aber er wollte ihn

als einen dynastischen und kontrerevolutionären Krieg, und so zimmerte er die Falle, die er dem alten Freunde an der Seine stellte, aus den Trümmern einer längst überlebten Kabinettspolitik. Er betrieb heimlich die Kandidatur eines Prinzen aus einer hohenzollernschen Nebenlinie für den spanischen Thron, der im Jahre 1868 durch eine Revolution erledigt worden war. Hätte sein Gegner ihn ruhig gewähren lassen, so wären die Konsequenzen dieser diplomatischen Intrigue für die deutschen Interessen verhängnisvoller geworden als für die französischen. Aber Bonaparte tappte täppisch in die plumpe Falle und erklärte den Krieg wegen der angeblichen Beleidigung, die der französischen Ehre durch die spanische Thronkandidatur des Hohenzollern zugefügt worden sein sollte. Als der geschicktere der beiden Schwarzkünstler verstand es dann Bismarck, der bonapartistischen Kriegserklärung vollends das Gepräge eines ruchlosen Überfalles aufzudrücken: durch die Fingerfertigkeit, womit er den Sinn der Emser Depesche in sein Gegenteil verkehrte, durch die staunenswert eiserne Stirn, womit er seine Beteiligung an der hohenzollernschen Kandidatur in einer Reihe offizieller Erklärungen abstritt und ähnliche Dinge mehr.

Die Bourgeoisie taumelte hüben und drüben ihren Bonapartes nach, während das klassenbewußte Proletariat diesseits wie jenseits des Rheins sich über den eigentlichen Charakter des Krieges klar war. Die französischen Mitglieder der Internationalen erließen im Reveil vom 12. Juli einen Aufruf an die Arbeiter aller Nationen, worin es hieß: „Krieg wegen einer Frage des Übergewichts oder wegen einer Dynastie kann in den Augen aller Arbeiter nichts sein als eine verbrecherische Torheit", und zahlreiche ähnliche Adressen französischer Arbeiter verurteilten den „ausschließlich dynastischen" Krieg. Diese Kundgebungen fanden einen lebhaften Widerhall im deutschen Proletariat; Massenversammlungen in Chemnitz, Leipzig, Fürth, Nürnberg, München schlossen sich ihnen unbedingt an. Dagegen machten andere Massenversammlungen, so namentlich in Braunschweig, wo Bracke, und in Berlin, wo Schweitzer sprach, bei aller grundsätzlichen Zustimmung doch den tatsächlichen Vorbehalt, daß der Friedensstörer für diesesmal Bonaparte sei und daß Deutschland den Verteidigungskrieg als ein unvermeidliches Übel hinnehmen müsse, es sei denn, daß der Angreifer rechtzeitig durch die französische Nation beseitigt würde. Beide Versammlungen fanden am 16. Juli statt, und am 23. Juli sagte auch der Generalrat der Inter-

nationalen in einer Adresse über den Krieg, bei aller scharfen Verurteilung sowohl der bonapartistischen wie hohenzollernschen Politik, daß der Krieg auf deutscher Seite ein Verteidigungskrieg sei, dem die deutschen Arbeiter nur nicht erlauben dürften, seinen streng defensiven Charakter abzustreifen, während Johann Philipp Becker im Vorboten mit kernigem Verstande den Chauvinismus geißelte, der auch in der bürgerlichen Demokratie Frankreichs sein Unwesen trieb.

Kein Zweifel, daß wie in den deutschen Volksmassen überhaupt, so auch in der Masse des deutschen Proletariats das Verlangen vorwog, mit gewaffneter Hand den bonapartistischen Angriff zurückzuweisen. Es wäre auch schwerlich viel anders gewesen, wenn Bismarcks diplomatische Machenschaften damals schon so bekannt gewesen wären, wie sie es heute sind. Mochte Bismarck was immer gesündigt haben und der norddeutsche Bund wie wenig immer mit einem nationalen Idealstaate gemein haben, so galt es, dem Auslande endlich einmal zu zeigen, daß Deutschland entschlossen und fähig sei, seinen eigenen Willen zu haben. Durch alle diplomatischen Lügen hindurch sah das Volk nur die eine Tatsache, daß der Krieg geführt werden müsse, um die nationale Existenz sicher zu stellen. Die süddeutschen Dynastien und Volksvertretungen wurden von dem unwiderstehlichen Strome fortgerissen, und in kampffreudiger Begeisterung strömten Reserven und Landwehren zu den Fahnen. Soweit der Krieg der Abwehr eines bonapartistischen Angriffs galt, war er im höchsten Grade populär, und die offiziellen Gewalten des norddeutschen Bundes beeiferten sich, ihn für rein defensiv, für einen Krieg gegen die französische Regierung, aber nicht gegen das französische Volk zu erklären.

Der norddeutsche Reichstag, der am 19. Juli zu einer außerordentlichen Session zusammentrat, bewilligte einstimmig die geforderte Kriegsanleihe. Jedoch enthielten sich Liebknecht und Bebel der Abstimmung, weil sie weder der preußischen Regierung, die durch ihr Vorgehen im Jahre 1866 den gegenwärtigen Krieg vorbereitet habe, ein Vertrauensvotum geben, noch auch die frevelhafte und verbrecherische Politik Bonapartes billigen könnten. Die demonstrative Kundgebung war als solche durchaus logisch, denn an und für sich waren Bismarcks Ränke genau ebenso verwerflich, wie Bonapartes Ränke. Aber praktische Politik wäre diese moralische Demonstration erst dann gewesen, wenn es eine Möglichkeit gegeben hätte, den Bismarcks und den Bonapartes das

Handwerk zu legen. Solange diese Möglichkeit fehlte, kam es darauf an, wessen Sache die schlechtere sei und wessen Sieg der verhängnisvollere sein würde. Diese Entscheidung konnte aber nicht zweifelhaft sein. Mit Recht sagte der Sozialdemokrat: „Sieg Napoleons bedeutet Niederlage der sozialistischen Arbeiter in Frankreich, bedeutet die Allmacht der bonapartistischen Soldateska in Europa, bedeutet vollständige Zerstückelung Deutschlands." Deshalb stimmten die parlamentarischen Vertreter der Lassalleaner für die Bewilligung der Kriegsanleihe, und zwar nicht nur Schweitzer und Hasenclever, sondern auch Fritzsche, der sich den Eisenachern angeschlossen hatte, während die ehemaligen Lassalleaner des Braunschweiger Ausschusses mit Liebknechts und Bebels Stimmenthaltung im höchsten Grade unzufrieden waren.

Ebenso unzufrieden waren sie mit der Haltung des Volksstaats, der in diesen Tagen allerdings bewies, daß mit moralischen Wallungen allein keine konsequente Politik getrieben werden kann. In seiner Nummer vom 17. Juli erklärte das Blatt, der „großmächtige Nordbund" streiche vor der bonapartistischen Herausforderung die Segel; wer nicht in der Welt nationalliberaler Dichtung lebe, habe dies Resultat voraussehen müssen; „hätte Preußen die französische Herausforderung angenommen, es wäre Wahnsinn gewesen". In seiner nächsten Nummer vom 20. Juli mußte der Volksstaat diese irrtümliche Auffassung preisgeben und sagte nun vollkommen zutreffend: „Bonaparte will durch Demütigung Preußens seinen schwankenden Thron befestigen, der sozialrepublikanischen Bewegung in Frankreich ein ‚inneres Sadowa' bereiten. Der Dezemberthron ist der Eckstein des reaktionären Europas. Fällt Bonaparte, so fällt der Hauptträger der modernen Klassen- und Säbelherrschaft. Siegt Bonaparte, so ist mit der französischen die europäische Demokratie besiegt. Unser Interesse erheischt die Vernichtung Bonapartes. Unser Interesse steht in Harmonie mit dem Interesse des französischen Volkes." Aber in der darauffolgenden Nummer vom 23. Juli hieß es wieder: „Mag sich deutscher und französischer Cäsarismus in Begleitung des Geldprotzentums allein schlagen, wir Proletarier haben mit dem Kriege nichts gemein." Aus dieser Haltung des Parteiorgans ergab sich ein schwerer Konflikt mit dem Braunschweiger Ausschusse, der in einem Manifeste vom 24. Juli bei vollkommener Aufrechterhaltung des demokratischen und sozialistischen Prinzips dennoch die Auffassung vertrat, daß der Krieg, weil und solange er ein

Verteidigungskrieg sei, von den deutschen Arbeitern unterstützt werden müsse.

In den nächsten Wochen kam es zu einer sehr scharfen Spannung dieser Gegensätze. Bracke sprach mit bitteren Worten von der „Monarchie Liebknecht“ und den „Strohpuppen“, welche die Mitglieder des Ausschusses darstellen sollten, während Liebknecht meinte, unmöglich könnten fünf Personen in Braunschweig ihre individuelle Auffassung als Norm für die Partei aufstellen; das würde ebenso lächerlich sein, wie jenes über Galilei zu Gericht sitzende Kardinalskollegium. Nun waren aber die „fünf Personen in Braunschweig“ die vom Parteikongresse bestellte Leitung der Partei, und ihre Auffassung hatte unstreitig den weitaus größeren Teil des klassenbewußten Proletariats hinter sich, war also weit weniger „individuell“ als die Auffassung Liebknechts. Nochmals drohte ein Konflikt in der nationalen Frage die deutsche Arbeiterklasse zu zerreißen, aber es war endlich der letzte seiner Art.

---

1. Sedan, Lötzen, Versailles.

Er fand seine Lösung in der verräterischen Politik der herrschenden Klassen. Der schnelle Siegeslauf der deutschen Heere hatte in kurzer Frist den Thron Bonapartes zertrümmert; am Tage von Sedan war jenseits des Rheins die bürgerliche Republik gesichert, diesseits des Rheins aber die deutsche Einheit, soweit sie für absehbare Zeit zu erreichen war. Deutschland konnte jetzt einen Frieden diktieren, der seine Ehre und seine Interessen vollauf gewahrt, zugleich aber den beiden vornehmsten Kulturvölkern des Kontinents ein freundliches Zusammenleben ermöglicht und damit eine entscheidende Voraussetzung für die friedliche Entwicklung der europäischen Zivilisation gesichert hätte.

Jedoch eben dies paßte durchaus nicht in den Kram der deutschen Fürsten und Junker. Wie war von ihnen eine großmütige und weitsichtige Politik zu erwarten in dem Augenblicke, wo sie der französischen Nation eine unheilbare Wunde schlagen konnten, dieser Nation, die der feudal-romantischen Herrlichkeit soviel gebranntes Herzeleid angetan hatte! Allerdings hatte der König von Preußen wiederholt in feierlichster Weise erklärt, er führe den Krieg nicht gegen die französische Nation, sondern gegen den französischen Kaiser, der jetzt unschädlich ge-

macht worden war, aber die deutsche Bourgeoisie übernahm gern die Rolle der Ratte, die mit geschäftigem Zahne das Pentagramma auf der Schwelle des Eroberungskrieges zernagte. „Diese Mittelklasse, die in ihren Kämpfen für die bürgerliche Freiheit von 1846 bis 1870 ein nie dagewesenes Schauspiel von Unschlüssigkeit, Unfähigkeit und Feigheit gegeben hat, war natürlich höchlichst entzückt, die europäische Bühne als brüllender Löwe des deutschen Patriotismus zu beschreiten", schrieb Marx voll bitterer Verachtung.

Bereits am 30. August traten fortschrittliche und nationalliberale „Notabilitäten" in Berlin zusammen, um in einer Adresse an den preußischen König und in einem Aufrufe an das deutsche Volk die Annexion von Elsaß-Lothringen und damit den Eroberungskrieg vorzubereiten. Neben einem „einigen Reiche" forderten sie „geschützte Grenzen", die Welt müsse erfahren, daß „Herrscher und Volk" entschlossen seien, nachzuholen, was 1815 versäumt worden sei; diese Schuld der Diplomatie habe Europa ein halbes Jahrhundert im bewaffneten Frieden gebüßt, und sie dürfe sich nicht wiederholen. Die bürgerlichen Abrüstungshelden erklärten mit biedermännischer Zuversicht, Europa könne entwaffnen, wenn Deutschland in einem Eroberungskriege Elsaß-Lothringen an sich gerissen habe. Sie verließen sich aber keineswegs allein auf die überzeugende Kraft dieser tiefsinnigen Beweisführung, sondern verhängten in der bürgerlichen Presse einen unbeschämten Terrorismus über alle, die sich dem Eroberungskriege widersetzten. Sie riefen das „Volk" auf, solche Bösewichte „entschlossen von seinem Leben, von seinen Versammlungen in Stadt und Staat auszuschließen", und fügten zu besserer Deutlichkeit in jenen Tagen der Pariser Deutschenaustreibung hinzu: „Wären wir Franzosen, wie schnell würde ihnen das Handwerk gelegt werden." Heute erscheinen diese Ausbrüche eines blöden Fanatismus ungleich mehr lustig als fürchterlich, aber in der Gluthitze eines großen Krieges waren sie nicht ganz so harmlos, und die Regierung zögerte nicht, sie durch eine Reihe von Gewalttaten zu krönen.

Gegenüber dem nunmehrigen Eroberungskriege waren der Braunschweiger Ausschuß und der Volksstaat sofort einig, und auch die Lassalleaner schwenkten in die Front gegen den Aberwitz des Afterpatriotismus. Während sich aber der Sozialdemokrat darauf beschränkte, die Politik der herrschenden Klassen scharf zu kritisieren, rief

der Braunschweiger Ausschuß in einem Manifeste vom 5. September die deutschen Arbeiter auf, in Massenversammlungen großartige Kundgebungen gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen und für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik zu veranstalten. Dem Aufrufe waren einige briefliche Äußerungen von Marx einverleibt, dessen Rat die Braunschweiger in ihrem Konflikt mit Liebknecht eingeholt hatten. Darin sagte Marx haarscharf alles Unheil voraus, das die Annexion tatsächlich gehabt hat: die tödliche Verfeindung Deutschlands und Frankreichs, die europäische Hegemonie Rußlands; er nannte sie das unfehlbarste Mittel, den kommenden Frieden in einen bloßen Waffenstillstand zu verwandeln. Nicht minder hat sich seine andere Prophezeiung bewährt: dieser Krieg, worin Deutschland bewiesen habe, daß es selbst mit Ausschluß von Deutsch-Österreich fähig sei, unabhängig vom Ausland seine eigenen Wege zu gehen, werde den Schwerpunkt der kontinentalen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegen. Noch ausführlicher geißelte eine zweite Adresse, die der Generalrat der Internationalen am 9. September über den Krieg erließ, den historischen Widersinn der Annexionspolitik; der Volksstaat schrieb von nun an in jeder Nummer: Ein billiger Friede mit der französischen Republik! Keine Annexionen! Bestrafung Bonapartes und seiner Mitschuldigen!

Nationalliberale Heldenseelen denunzierten das Braunschweiger Manifest dem General Vogel v. Falckenstein, der in Hannover als Generalgouverneur der Küstenlande schaltete und bereits einige harmlose Dänen und Welfen wider Gesetz und Recht ins Gefängnis gesteckt hatte. Auf Befehl Falckensteins wurden die Mitglieder des Braunschweiger Ausschusses, Bracke, Bonhorst, Spier, der Schneider Kühn und der Zimmermann Gralle verhaftet und in Ketten nach der Veste Boyen bei Lötzen an der russischen Grenze geschleppt. Dasselbe Schicksal teilten noch an demselben Tage der Gelbgießer Ehlers, ein früheres Mitglied des Ausschusses, und der Buchdruckereibesitzer Sievers, ein halb gelähmter Greis von sechzig Jahren und dazu ein politischer Gegner der Sozialdemokratie, dessen Verbrechen darin bestand, daß sein Geschäftsführer ohne sein Vorwissen den Druck des Manifestes aus Geschäftsrücksichten übernommen hatte. An dem dreitägigen Transport der Gefangenen durch die Gaue des hoffnungsvoll der Gottesfurcht und frommen Sitte entgegendämmernden Vaterlandes hatte der patriotische Janhagel seinen heillosen Spaß. Bald wurden Bracke und seine Genossen als Leichenräuber und Marodeure

geneckt, bald als die frisch gefangene französische Regierung angestaunt, bald mit sittlicher Entrüstung empfangen, weil sie sich Essen und Trinken, soviel sie dessen habhaft werden konnten, gut schmecken ließen. Sie ertrugen die holde Kritik der patriotischen Empörung mit einem Galgenhumor, der sie auch dann nicht verließ, als der Etappenkommandant des Potsdamer Bahnhofs in Berlin, ergriffen vom heiligen Grimme des Krieges, in ihnen „Lümmel, Lumpen und Ruppsäcke" begrüßte, die „in Lötzen etwas hinten drauf kriegen" würden. In Lötzen selbst wurden sie anfangs sehr hart, dann etwas besser behandelt.

Eine Reihe anderer Verhaftungen, darunter auch Yorks in Hamburg, vervollständigte die patriotische Haupt- und Staatsaktion, doch blieben diese Verhafteten in den Gefängnissen ihrer Heimatsorte. Dagegen wurde Geib gleichfalls in Ketten nach Lötzen geschleppt, als die Kontrollkommission in Hamburg auf Liebknechts und Bebels Aufforderung einen neuen Ausschuß niedergesetzt hatte, und zwar in Dresden, das Falckensteins Befehlen nicht unterstand. Die Versammlungen, in denen gegen die Annexion protestiert werden sollte, hinderte Falckenstein, und ebenso verbot er den Volksstaat im Bereiche der Küstenlande. All diese rechtlose Willkür begleitete der liberale Philister mit heimlichem Schmunzeln oder mit lautem Jubel. Erst als auch Johann Jacoby verhaftet und nach Lötzen transportiert wurde, weil er am 14. September in einer Königsberger Versammlung gegen die Annexion protestiert hatte, wurde in fortschrittlichen Kreisen einiger Widerspruch laut.

Irgend einen rechtlichen Vorwand, womit sich sein Gebahren hätte beschönigen lassen, besaß Falckenstein nicht. Allerdings war der Kriegszustand in den Küstenlanden proklamiert worden, aber nicht zugleich die Aufhebung des gesetzlich verbürgten Maßes von Preß- und Versammlungsfreiheit oder der verfassungsmäßigen Vorschrift, wonach niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden durfte. In seiner Antwort auf einen Protest der städtischen Behörden von Königsberg versteckte sich Bismarck hinter die Ausrede: die Bewegung gegen die Annexion bestärke die Franzosen in ihrem Widerstande, und die militärische Gewalt dürfe deshalb die Urheber der Proteste unschädlich machen, kraft ihres Rechtes, alles zu beseitigen, was die Erreichung des Kriegszwecks zu hindern geeignet sei. Eine Behauptung, die, von ihrer staatsrechtlichen- Unhaltbarkeit abgesehen, schon an der Schwäche litt, zwei Unwahrheiten in *einem* Atemzuge zu enthalten. Erstens nämlich bestärkten

die deutschen Proteste gegen die Annexion keineswegs den Widerstand der neuen französischen Regierung, deren Organe vielmehr ganz richtig ausführten, Bismarck werde sich dadurch in seinem Eroberungskriege nicht beirren lassen, und zweitens war, als die Proteste erfolgten, die Annexion noch keineswegs als Kriegszweck anerkannt. Die Arbeiterklasse, die dagegen protestierte, geleitet von hohen Gesichtspunkten humaner Kultur, hatte genau dasselbe verfassungsmäßige Recht der freien Meinungsäußerung, wie die Bourgeoisie, die dafür demonstrierte, geleitet von der Profitgier nach einem neuen Absatzmarkte. Die paar schüchternen Proteste, die aus dem Schoße der Bourgeoisie gegen die Annexion laut wurden, gingen beiläufig von Baumwollindustriellen aus und wurden mit der Angst vor der Konkurrenz der elsässischen Baumwollindustrie begründet.

Einzelne Umstände deuten darauf hin, daß Bismarck, nicht aus Gründen des Rechts, sondern aus Gründen der Politik, die Paschawirtschaft des Generals Falckenstein unter den obwaltenden Umständen nicht besonders gern gesehen hat. Aber einen preußischen General wegen gesetzwidriger Handlungen zu verleugnen, ging, wenn nicht über seinen Willen, so doch über seine Macht; der Militarismus ließ sich auch von ihm nicht am Barte zupfen. Er benutzte dann die preußischen Landtagswahlen, die im November stattfanden, um durch königlichen Befehl vom 24. Oktober die „preußischen Untertanen" unter den Lötzener Gefangenen, „soweit nicht inzwischen die gerichtliche Haft gegen sie beschlossen sei und vorbehaltlich des etwa gegen sie einzuleitenden gerichtlichen Verfahrens", in Freiheit zu setzen. Unter den Braunschweiger Ausschußmitgliedern war Bonhorst als annektierter Nassauer der einzige Preuße; die anderen mußten bis zum 14. November ausharren, worauf sie, da das Braunschweiger Kriegsgericht inzwischen ihre gerichtliche Untersuchungshaft „wegen Verdachts des Hochverrats" angeordnet hatte, mit Stricken gefesselt in das Braunschweiger Gefängnis abgeliefert wurden. In den ersten Tagen des Dezember ermannte sich dann auch der Hamburger Senat soweit, um Geib zu reklamieren, und in Lötzen blieb nur noch Sievers. Da bei ihm selbst jeder Schein einer Schuld fehlte, so mußte er nach der bezaubernden Logik preußischer Gerechtigkeit besonders schwer büßen; er wurde erst zu Weihnachten entlassen, nachdem seine bürgerliche Existenz durch die von Falckenstein verfügte Schließung seiner Druckerei zerstört worden war. Wenigstens aber ist diese Untat nicht

ganz ungesühnt geblieben; nach jahrelangem Prozessieren erstritt Sievers ein Urteil des Braunschweiger Kassationshofs, das den Falckenstein zur Leistung einer Entschädigung verurteilte.

Derweil hatten die deutschen Fürsten die deutsche Einheit zurecht gezimmert, so schlecht sie irgend konnten. Wäre es auf ihre Herzenswünsche angekommen, so wäre die deutsche Einheit auch nicht um einen Schritt gefördert worden; der preußische König war, wie er an seine Gemahlin schrieb, in einer „morosen Emotion“, weil er in diesen Pott steigen sollte, und der bayerische, damals schon halb oder ganz wahnsinnige König knirschte in den Zügel, der einem Wittelsbacher von einem Hohenzoller angelegt werden sollte. Fast allein der preußische Kronprinz, ein liebenswürdiger, zwar nicht geistig bedeutender, aber mit moderner Bildung soweit vertrauter Mann, daß er mit aufrichtigem Grauen auf die Greuel der Schlachtfelder blickte, schwärmte für die deutsche Einheit, freilich auch er mehr aus dynastischem Ehrgeiz, als aus nationaler Gesinnung. Es war wieder, wie einst bei der Gründung des Zollvereins, eine eherne ökonomische Notwendigkeit, die das neue deutsche Gemeinwesen schuf. Sie beugte die „großen Helden“ unter ihre starke Faust, und vor ihrem nüchternen Muß zerstob aller souveräne Trutz. Delbrück, ein preußischer Bureaukrat, aber ein Bureaukrat, der bei aller Trockenheit in der Schule des Zollvereins die Notwendigkeit der kapitalistischen Entwicklung begriffen hatte, leitete die Verhandlungen mit den süddeutschen Regierungen, deren Ergebnisse dann im Versailler Hauptquartier niet- und nagelfest gemacht wurden. Soweit sich darin ein historischer Fortschritt vollzog, war er den namenlosen Toten der Schlachtfelder geschuldet, deren stromweise vergossenes Blut der feste Kitt des neuen Baues wurde, den die Fürsten und Minister nicht dürftig und zerbrechlich genug herstellen konnten.

Die Verfassung des norddeutschen Bundes, die an gesicherten Volksrechten nicht einmal soviel enthielt, wie die preußische Verfassung, und die von dem getreuen Patrioten Miquel dahin gekennzeichnet worden war, daß sie höchstens als „zeitweilige Aufhelfung eines kurzlebigen Militärstaats Norddeutschland“ passieren könne, wurde die Grundlage der deutschen Verfassung, nur noch mit wesentlichen Verschlechterungen. Die süddeutschen Dynastien bestätigten jetzt Schweitzers Wort, daß sie sich lieber noch einem von ihresgleichen unterwerfen, als den nationalen Interessen die geringsten Zugeständnisse machen würden. Ja mehr noch:

sie bekräftigten selbst Bismarcks Hohn, daß die preußische Politik für die süddeutschen Staaten zu liberal sei. Namentlich der bayerische Partikularismus hatte jetzt einmal eine große Gelegenheit, „dem protzigen, übermütigen Preußentum“ einen schweren Schlag zu versetzen, die Interessen der bürgerlichen Klassen, vom Proletariat ganz zu geschweigen, gegenüber dem ostelbischen Junkertum kräftig zu fördern. Von der Macht, die er damals durch die Gunst der Umstände besaß, gibt es einen zutreffenden Begriff, daß er von den neunundsiebzig Paragraphen der norddeutschen Verfassung sechsundzwanzig durchlöcherte, einige davon allerdings nur formell, und andere fünfundzwanzig für sich ganz oder teilweise aufhob. Aber auch nicht eine seiner Forderungen ging darauf hinaus, die Volksrechte auch nur um Strohhalmsbreite zu erweitern. Vielmehr beeiferte er sich, die deutsche Einheit, die vom preußischen Partikularismus schon genügend verhudelt worden war, noch weiter zu verhudeln. Ein besonderer Dorn im Auge war ihm die vorgeschrittene Gesetzgebung des norddeutschen Bundes über Niederlassung und Verehelichung; daß der bayerische Staatsbürger, der in Preußen oder Sachsen ohne Genehmigung seines Königs eine Ehe schloß, auch fernerhin den Genuß haben sollte, seine ehelichen Kinder innerhalb der blauweißen Grenzpfähle von Rechts wegen als Bastarde behandelt zu sehen, das war eines jener erhabenen Ziele, für die der bayerische Partikularismus seinen kostbaren Schweiß in Strömen vergoß. Für die Volksmassen fielen bei den Versailler Verhandlungen nur die feudal-romantischen Titel Kaiser und Reich ab, wobei es auch noch zu mancherlei tragikomischen Zwischenfällen kam. Der preußische König erklärte, sich „nicht ein Haar breit“ daraus zu machen, und der bayerische König mußte, mit der Pistole auf der Brust, gezwungen werden, jenes „hochherzige“, von Bismarck verfaßte Schreiben zu unterzeichnen, durch das dem preußischen König die deutsche Kaiserkrone angeboten wurde.

Von vornherein hatten die deutschen Dynastien entscheidenden Wert darauf gelegt, daß die Stimme des Volkes bei der Gestaltung seiner künftigen Geschicke nicht gehört werde. Wohl aber waren sie gezwungen, die Genehmigung ihrer Versailler Abmachungen einerseits vom norddeutschen Reichstage, andererseits von den süddeutschen Volksvertretungen einzuholen. Es geschah mit der anmutigen Drohung: Annehmen oder Ablehnen; wird auch nur ein Titelchen daran geändert, so ist es mit der deutschen Einheit wieder einmal Essig. Von den süddeutschen

Kammern verstand es sich von vornherein, daß sie sich trotz allen Sperrens und Zerrens fügen mußten, aber auch der norddeutsche Reichstag, dessen Zuständigkeit in seiner Julisession bis zum Schlusse des Jahres verlängert worden war, wagte keinen wirksamen Widerspruch. Er wurde am 24. November mit einer Thronrede eröffnet, die in schneidendem Widerspruche mit der Thronrede vom Juli erklärte, daß Bonaparte den Krieg „mit Zustimmung der ganzen französischen Nation" unternommen habe. Sie verkündete jetzt die Annexion von Elsaß-Lothringen als den Zweck des Krieges, für dessen Fortführung sie eine neue Anleihe verlangte. Liebknecht und Bebel brachten dazu den Verbesserungsantrag ein, daß der Reichstag die Anleihe verweigern und den Bundeskanzler auffordern solle, unter Verzichtleistung auf jede Annexion französischen Gebiets mit der französischen Republik schleunigst Frieden zu schließen, doch stimmten außer ihnen für diesen Antrag nur noch Schweitzer und Hasenclever. Bei der Abstimmung über die Anleihe selbst votierten außerdem noch Fritzsche, Mende, Schraps und der welfische Partikularist Ewald mit Nein; Försterling hatte sein Mandat schon im Frühjahr niedergelegt. Ebenso hielten die sechs sozialdemokratischen Abgeordneten zusammen in der Opposition gegen die Versailler Verträge und gegen die Titelverzierung Kaiser und Reich; nur bei der Abstimmung über den bayerischen Vertrag fanden sich die fortschrittlichen und selbst ein paar nationalliberale Stimmen dazu.

Bei alledem vollzog sich die Wiedergeburt von Kaiser und Reich keineswegs unter erhebenden Vorzeichen. Delbrück legte die neugebackene Kaiserkrone auf den Tisch des Hauses wie eine unbekannte Warenprobe, von der er nicht recht im klaren war, in welche Rubrik des Zolltarifs sie eigentlich gehöre. Der Kronprinz grollte über dies geschäftsmäßige Gebahren, und auch Bismarck gab zu, daß Delbrück für eine bessere Inszenierung hätte sorgen sollen. Es fragt sich nur, ob die „weltgeschichtliche Szene" durch eine theatralische Aufstutzung viel gewonnen hätte. So wie sie sich abspielte, brachte sie wenigstens die wirkliche Lage der Dinge zum ungeschminkten Ausdruck. Der freikonservative Führer Friedenthal, der in seiner Person den großen Grundbesitzer und den großen Industriellen vereinigte, fragte in dürrem Geschäftston an, ob das deutsche Volk nicht ein Oberhaupt bekommen werde, und Delbrück verlas mit seiner tonlosen Stimme als Antwort jenes „hochherzige" Schreiben, das Bismarck dem bayerischen Könige

abgezwungen hatte. Die bürgerlichen Mehrheitsparteien sagten ihr Ja und Amen zu den Abmachungen der Fürsten, wohl wissend, daß sie kein Reich der Freiheit, sondern ein Reich der Bourgeoisie schüfen; sie opferten abermals ihre politischen Ideale den materiellen Interessen ihrer Klasse und fielen mit wildem Schreien über Liebknecht und Bebel her, die als Sprecher der sozialdemokratischen Opposition mit tapferer Entschiedenheit die unveräußerlichen Rechte des Volkes vertreten hatten. Es entsprach denn auch der wirklichen Lage der Dinge, daß nach Schluß der Reichstagssession am 17. Dezember Liebknecht und Bebel und mit ihnen Hepner, der in die Redaktion des Volksstaats eingetreten war, wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet wurden: zur selben Zeit, wo sich eine dreißigköpfige Deputation der Reichstagsmehrheit nach Versailles begab, mit einer von Lasker in seinem kauderwälschesten Deutsch begründeten Adresse, die den preußischen König himmelhoch anflehte, im Interesse des Vaterlandes die deutsche Kaiserkrone anzunehmen.

Im Schloßhofe von Versailles standen die Vertreter der deutschen Nation wie weiland Kaiser Heinrich im Schloßhofe von Canossa. Hohn und Spott regnete auf sie herab. Hofleute und Krautjunker variierten in allen Tonarten das verächtliche Wort des preußischen Königs: „Ei, da verdanke ich ja Herrn Lasker eine rechte Ehre.“ Jedoch fand die Deputation in Versailles auch ein fühlendes Herz, und dieses Herz schlug in der Brust Stiebers, den Bismarck in richtiger Schätzung seines eigenen Regierungssystems wieder zum Leiter der politischen Polizei gemacht hatte. Der meineidige Macher des Kölner Kommunistenprozesses hatte den guten Instinkt, daß Leute seines Kalibers im Reiche der Bourgeoisie noch bessere Aussichten auf gute Verköstigung hätten, als im absolutistisch-feudalen Staate, und er schwänzelte wohldienerisch um die Deputation des Reichstags. Sie war auch nicht undankbar, und in einem feierlichen Schreiben empfing Stieber ihren „verbindlichsten Dank“ und ihre „vollkommene Ergebenheit“. Er sandte den Brief nach Berlin, damit er den spätesten Stiebern noch als ein Ehrenzeugnis ihres Ahnherrn aufbewahrt werde, und schrieb dazu: „Mir hat die Deputation viel Arbeit gemacht, um ihr einen anständigen Empfang zu bereiten. Die Hof- und Militärpartei war ziemlich kühl, ich vertrat hier die Zivilpartei und das deutsche Volk. Wunderbare Zeiten!“ Ja, die „Zeiten“ waren „wunderbar“, und es begreift sich, daß selbst dieser hartgesottene Sünder über sie erstaunte.

Der deutsche Eroberungskrieg weckte den hartnäckigen und zähen Widerstand der französischen Nation. Die Franktireurs führten den Krieg, als hätten sie das preußische Landsturmgesetz von 1813 studiert, und Bismarck schäumte vor Wut über diese „Mörder", die alle aufgeknüpft zu werden verdienten, ganz wie einst Napoleon Schills Offiziere als brigands hatte erschießen lassen. Erst nach halbjährigem Ringen, das beiden Völkern unermeßliche Opfer kostete, konnte der französische Widerstand gebrochen werden. Am 26. Februar wurde der Präliminarfriede in Versailles geschlossen, durch den Frankreich sich verpflichtete, Elsaß-Lothringen abzutreten und fünf Milliarden an Deutschland zu zahlen.

Unter dem frischen Eindruck des endlich geschlossenen Friedens, der zugleich ein Sieg der Reaktion war, fanden am 3. März die Wahlen zum deutschen Reichstage statt. Es war der denkbar ungünstigste Zeitpunkt für die Sozialdemokratie, die einzige Partei, die mit unerschütterlicher Konsequenz dem Eroberungskrieg widerstanden, diejenige Partei, die am schwersten unter dem Drucke des Krieges gelitten hatte, von der ein großer Teil noch unter den Waffen in Frankreich stand, ein verhältnismäßig viel größerer Teil als von jeder bürgerlichen Partei. Dennoch fielen 101 927, gegen 3 Prozent aller abgegebenen Stimmen, auf sozialdemokratische Kandidaten, und zwar 62 952 auf Lassalleaner, 38 975 auf Eisenacher. Die Lassalleaner hatten ihren Hauptrekrutierungsbezirk (46 313) im Königreich Preußen, und hier wieder im Rheinland (14 821), in Schleswig-Holstein (11 182) und in Hannover (6805), die Eisenacher im Königreich Sachsen (31 043). Die Lassalleaner zählten in Sachsen nur 2246, die Eisenacher in Preußen nur 2544 Stimmen. Überwiegend vertreten waren die Eisenacher in Bayern mit 2519 und in Braunschweig mit 2486, die Lassalleaner in Hessen mit 3973, in Lübeck mit 543, in Bremen mit 1506, in Hamburg mit 5071 Stimmen. Alle diese Ziffern haben aber nur einen relativen Wert, in Anbetracht der außerordentlichen Umstände, unter denen die Wahlen von 1871 stattfanden. In Berlin, wo noch kurz vor dem Kriege 4000 Lassalleaner, in geschlossener Reihe unter Führung Schweitzers, an dem Begräbnis Waldecks teilgenommen hatten, fielen in allen sechs Wahlkreisen auf den Zimmergesellen Grau nur 2058 Stimmen. In Württemberg wieder, wo die Eisenacher entschieden viel stärker waren als die Lassalleaner, kamen die 491 sozialdemokratischen Stimmen, die im ganzen abgegeben

wurden, aufs Konto der Lassalleaner, die in Stuttgart einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatten. In Süddeutschland überhaupt wirkten die Neuheit der Wahl und die überaus miserable Aufstellung der Wählerlisten hindernd auf die Wahlbeteiligung der Arbeiter. Je größer aber die Schwierigkeiten waren, mit denen die sozialdemokratische Wahlagitation zu kämpfen hatte, um so bemerkenswerter war der doch sehr beträchtliche Fortschritt der Stimmenzahl, den sie seit 1867 verzeichnen konnte. Nur fielen die meisten sozialdemokratischen Mandate aus. Von den Lassalleanern kamen nicht mehr als drei in die Stichwahl, in der alle unterlagen: der Schneider Bräuer in Altona, Hasselmann in dem hannöverschen Wahlkreis Goslar und Schweitzer in Elberfeld-Barmen, wo er mit 8477 Stimmen unterlag gegen eine Koalition aller bürgerlichen Parteien, die 9540 Stimmen aufbrachte. Von den Eisenachern ging nur Bebel in Glauchau-Meerane schlank durch gegen Schulze-Delitzsch, den die Bourgeoisie als demonstrativen Gegenkandidaten aufgestellt hatte; daneben siegte Schraps in Zwickau-Crimmitschau, und in Mittweida unterlag Spier erst in der Stichwahl einem nationalliberalen Gegenkandidaten.

Am 24. März erklärte Schweitzer, daß er von der Leitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zurückzutreten beabsichtige. Als Grund gab er an, daß er lange Jahre hindurch Zeit, Arbeitskraft, Seelenruhe und Geld der Partei geopfert habe; niemand könne ihm zumuten, diese Opfer weiter fortzusetzen, er dürfe verlangen, daß Ablösung stattfinde. Inwieweit Schweitzer innerlich die Überzeugung von der Unhaltbarkeit seiner Diktatur gewonnen hatte, läßt sich nicht feststellen; äußerlich war ihr schon dadurch ein Ziel gesetzt, daß Schweitzer den Sozialdemokraten nicht mehr halten konnte, der infolge des Krieges auf 2700 Abonnenten gesunken war. Er konnte das Blatt nicht einmal mehr fortsetzen, bis die von ihm einberufene Generalversammlung in der Mitte des Mai zusammentrat; die letzte Nummer erschien am 26. April. Mußte aber die Partei selbst das Blatt übernehmen, so konnte Schweitzers Diktatur nicht mehr in der bisherigen Weise fortdauern. Möglich, daß auch seine Wahlniederlage bestimmend auf seinen Entschluß eingewirkt hat. Er selbst gab es sogar in dem Sinne zu, daß er nun nicht mehr seinen Wählern gegenüber gebunden sei; tatsächlich schlug aber auch der Verlust der überlegenen Stellung, die er sich durch seine parlamentarische Wirksamkeit zu sichern gewußt hatte, seiner Diktatur eine andere wichtige Stütze fort. Während des Krieges war seine politische Haltung durch-

aus richtig, aber schwächlicher gewesen als die Haltung Liebknechts und Bebels; die Einsicht, daß er sich den Eisenachern gegenüber völlig verrannt habe, daß seit Sedan die Verschmelzung der beiden Fraktionen nur eine Frage der Zeit und für seine Diktatur überhaupt kein Platz mehr in der deutschen Arbeiterbewegung sei, mag ihn nach und nach überkommen, mag nicht wenig dazu beigetragen haben, seinen Entschluß zu reifen.

Die zehnte Generalversammlung, die am 18. Mai in Berlin zusammentrat und von 5356 zahlenden Mitgliedern in 74 Orten durch 34 Delegierte beschickt wurde, drückte ihr Bedauern aus, daß Schweitzer „durch persönliche Verhältnisse" behindert sei, die Parteileitung ferner beizubehalten, sprach ihm durch ein einstimmiges Vertrauensvotum ihren Dank für seine „langjährige umsichtige Leitung" aus und empfahl den Mitgliedern, Hasenclever als neuen Präsidenten zu wählen. Bis zum 1. Juli wurde Schweitzer mit der Fortführung der Geschäfte betraut. Wie schon auf der vorjährigen Generalversammlung, wurden die Kassenverhältnisse aufs eingehendste geprüft und durchaus richtig befunden. Das Eigentumsrecht an den beiden bisherigen Parteiorganen trat Schweitzer an die Partei ab, wogegen die Generalversammlung die Schulden des Sozialdemokraten bis zum Betrag von 1000 Talern übernahm. Es wurde bestimmt, daß der Agitator bis zum 1. Juli als Parteiorgan dienen, dann aber eingehen und der Sozialdemokrat wieder als alleiniges Parteiorgan dreimal wöchentlich erscheinen solle. Auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Unterstützungsverbandes, die am 25. Mai zusammentrat, waren nur noch 4257 Mitglieder in 27 Orten durch 19 Delegierte vertreten; einen großen Teil an dem schnellen Zusammensinken der gewerkschaftlichen Organisation trug zweifellos der Krieg, aber auch die Durcheinanderwürfelung der einzelnen Arbeitszweige war den Mitgliedern bedenklich geworden; die Generalversammlung beschloß, sie wenigstens soweit zu beseitigen, daß Arbeitern derselben Gewerbe gestattet wurde, überall, wo sie es für nötig hielten, eine eigene Mitgliedschaft des Verbandes zu gründen und nach ihrem Gewerke zu benennen. Die Maurer hatten sich eine solche Sonderstellung von vornherein vorbehalten.

Am 1. Juli übernahm der neugewählte Präsident Hasenclever das Präsidium, und an demselben Tage erschien die erste Nummer des Neuen Sozialdemokraten.

—

2. Bismarcks Erleuchtung.

Am 18. März 1848 war der Prinz von Preußen als der starrste Vertreter des vormärzlichen Absolutismus von der Revolution aus Berlin vertrieben worden. Am 17. März 1871 zog derselbe Mann als deutscher Kaiser in Berlin ein, siegreich heimkehrend aus Versailles, umjubelt von den herrschenden Klassen als der würdige Erbe der Ottonen und der Hohenstaufen. Er durfte sich sagen, daß er am 17. März 1871 kein anderer war als am 18. März 1848. So mag sich selbst seinem engen Geiste die Vorstellung aufgedrängt haben, daß die inneren Kämpfe um die Freiheit, die sich seit mehr als zwei Jahrzehnten auf deutschem Boden abgespielt hatten, eitel Lug und Trug gewesen seien, daß seine Krone von Gottes Gnaden so ewig sei, wie jener himmlische Herr sein soll, von dessen Tische er sie genommen haben wollte.

Hat er sich diesem Traume hingegeben, so erschien schon am nächsten Tage an der Wand seines Palastes die unsichtbare Hand, die ihr Mene Mene Tekel Upharsin schrieb. Am 18. März 1871 erhob sich das Pariser Proletariat und bewies, daß die europäische Geschichte seit 1848 einen großen Sinn gehabt hatte, wenn auch einen von den Völkern teuer erkauften. Überall, wo es in deutschen Landen ein klassenbewußtes Proletariat gab, antwortete ein heller Jubelruf der revolutionären Erhebung der Pariser Arbeiter. Weder die Lassalleaner noch die Eisenacher schwankten auch nur einen Augenblick; Massenversammlungen in Berlin Hamburg, Bremen, Hannover, Elberfeld, wie in Dresden, Leipzig und Chemnitz erklärten der sozialen Revolution in Paris ihre huldigende Sympathie, entboten ihren Kämpfern die brüderlichen Grüße der deutschen Arbeiter. Sozialdemokrat und Volksstaat verspotteten mit gleicher Überlegenheit die „naive Unverschämtheit" einiger Bourgeoisblätter, die von der deutschen Sozialdemokratie die Verleugnung der Pariser Kommune oder doch ihrer „Greuel" verlangten. Möglich, daß durch solche pfiffige Taktik dieser oder jener kleine Vorteil zu erlangen gewesen wäre, aber es wäre eine Taktik zum Speien gewesen, und die Sozialdemokratie wäre der Erbkrankheit des deutschen Liberalismus verfallen, um ein paar zweifelhafter Profitchen willen nicht nur die eigene Ehre und Würde, sondern auch einen großen und dauernden Gewinn zu verscherzen. Das rückhaltlose Bekenntnis zur Pariser Kommune hat sich der deutschen Sozialdemokratie reich gelohnt. Heute sind die „Greuel

der Kommune" zum Kinderspott geworden; jeder halbwegs unterrichtete Bourgeois weiß ebensogut, wie die deutschen Arbeiter von Anfang an gewußt haben, daß die wirklichen Greuel von den Feinden der Kommune, von den Vorkämpfern der bürgerlichen Ordnung begangen worden sind, daß die Schwäche der Kommune nicht ihre Unmenschlichkeit, sondern ihre Scheu vor durchgreifenden Maßregeln war.

So entschieden wie die deutsche Sozialdemokratie trat der Generalrat der Internationalen für die Pariser Kommune ein. In der von Marx verfaßten Adresse über den Bürgerkrieg in Frankreich richtete er sofort das leuchtende Banner auf für das streitende Heer der Arbeiterklasse, dessen französischer Flügel eben eine so furchtbare Niederlage erlitten hatte. Niemand wußte besser als Marx, daß er damit die Existenz der Internationalen gefährdete, die in der Tat zum Teil an den Folgen und Wirkungen dieser meisterhaften Adresse untergegangen ist. Nicht alle europäischen Arbeiterparteien waren politisch schon so reif wie die deutsche Sozialdemokratie, und namentlich die englischen Trade Unions schreckten vor dem Schreckgespenst zurück, das die europäische Bourgeoisie aus der Pariser Kommune zu machen beflissen war. Aber für Marx kam nichts auf die Form der Sache an, wo es ihr Wesen zu retten galt. Und schlagender konnte seine Politik nicht gerechtfertigt werden, als durch die Adresse selbst, die, niedergeschrieben unter dem frischen Eindruck der Tatsachen, noch heute weit voran an der Spitze der ganzen massenhaften Literatur steht, die seitdem über die Pariser Kommune entstanden ist. Obgleich sie die Rechtfertigung der Kommune bezweckte und in einem Augenblick, wo ein Für und ein Wider nur galt, ihr Für nicht dadurch abschwächte, daß sie bei den Fehlern des Aufstandes verweilte, so hob sie doch die entscheidenden Gesichtspunkte mit solcher Klarheit und Schärfe hervor, daß sie bis auf den heutigen Tag die klassische Schrift über die Pariser Kommune geblieben ist.

Von Bismarck aber ging damals das Wort um, daß die Kommune ihm wieder die „erste schlaflose Nacht" verursacht habe. Ein Wort, das in jedem Falle seine damalige Lage gut kennzeichnete, mag er es nun gesprochen haben oder nicht. Der Aufstand der Pariser Arbeiter zeigte ihm, daß seine Diplomatie einem Beust oder Bonaparte gegenüber geistreich genug sein mochte, aber gegenüber den großen Massenbewegungen des Jahrhunderts ein Witz von vorgestern war. Als Er=

gebnis seiner nächtlichen Denkübungen trug er dem Reichstage die verblüffende Entdeckung vor, der berechtigte Kern der Pariser Kommune sei die Sehnsucht nach der preußischen Städteordnung gewesen, dieser Parodie auf unabhängige Verwaltung der Gemeinden. Bebel, der einzige Sozialdemokrat, der im ersten deutschen Reichstag saß, drückte sein Erstaunen aus, daß eine Versammlung ernsthafter Männer darüber nicht in die größte Heiterkeit ausgebrochen sei, und fügte seinerseits hinzu: „Seien Sie fest überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris. Und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, so erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht, und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats sein wird." Die hohe Versammlung glaubte diesen Worten die unbändige Heiterkeit spenden zu sollen, die sie dem platten Einfall Bismarcks versagt hatte; seitdem ist ihr das Lachen freilich gründlich vergangen.

Später hat Bismarck selbst gestanden, diese Rede Bebels sei der „Lichtstrahl" gewesen, der ihn über das Wesen der sozialdemokratischen Bewegung erleuchtet habe; von nun an habe er sie zu bekämpfen und zu unterdrücken gesucht als einen Feind, gegen den der Staat und die Gesellschaft sich im Zustande der Notwehr befinde. Man braucht nicht an der Aufrichtigkeit dieses Bekenntnisses zu zweifeln, schon deshalb nicht, weil es für einen sogenannten Staatsmann demütigend genug war. In der Tat begann jetzt der offene Kampf Bismarcks gegen die Sozialdemokratie, anfangs ruck- und stoßweise mit lässigem Hochmut geführt, dann in dem verzweifelten Kampf um die eigene Existenz immer verzweifelter, bis diese Existenz ruhmlos zusammenbrach.

Hatte Bismarck die gesetzwidrigen Gewalttaten Falckensteins anscheinend nicht mit ungetrübtem Wohlgefallen betrachtet, so erschienen sie ihm jetzt gut genug zu einem ersten Schlage gegen das klassenbewußte Proletariat. Sowohl die Braunschweiger wie die Leipziger Gefangenen waren Ende März entlassen worden, nachdem jene etwa 200, diese etwa 100 Tage um nichts und wieder nichts hinter den Kerkermauern verbracht hatten.

Derweil war alles Material, das durch zahlreiche Haussuchungen in den Wohnungen der Verhafteten oder ihrer Gesinnungsgenossen errafft worden war, von Polizei, Staatsanwaltschaft und Untersuchungsrichter auf Hochverrat und Majestätsverbrechen gesiebt worden, jedoch ohne jeden Erfolg. Dies Endresultat so vieler Mühen mußte um so mehr beschämen, als das erbeutete Material an erschöpfender Ergiebigkeit nichts zu wünschen übrig ließ; der plötzliche Überfall Falckensteins hatte alle Briefschaften und Bücher der Eisenacher Parteileitung in die Hände ihrer Verfolger gebracht. Weder die Gerichte in Braunschweig, noch die Gerichte in Sachsen verrieten eine besondere Neigung, sich mit der schlechten Sache noch weiter zu befassen, wobei die Art, wie diesen Gerichten zugemutet worden war, die demütigen Helfershelfer militärischer Gewalttaten zu spielen, auch wohl dämpfend mitwirken mochte. Der Oberstaatsanwalt in Wolfenbüttel beantragte selbst, das Verfahren gegen die Braunschweiger Verhafteten wegen Vorbereitung zum Hochverrat einzustellen, und der Anklagesenat des Obergerichts trat dem Antrage bei. Zwar blieb dabei vorbehalten, wegen anderweitiger Vergehen, die nicht zur Kompetenz des Kriminalsenats, sondern zur kreisgerichtlichen Kompetenz gehörten, gegen Bracke und Genossen vorzugehen, doch lag auf der Hand, daß mit dieser anmutigen Redewendung nur einigermaßen die empörende Tatsache verhüllt werden sollte, daß vollkommen schuldlose Leute monatelang ihrer Freiheit beraubt worden waren.

Allein diese Braunschweiger Rechnung war ohne den Berliner Wirt gemacht. Bismarck drängte darauf, den Vorbehalt des Oberstaatsanwalts in Wolfenbüttel einzulösen, und am 10. Oktober 1871, mehr als ein halbes Jahr nach der Entlassung der Verhafteten, hatte der Staatsanwalt Koch in Braunschweig das saure Stück Arbeit fertig gebracht, wenigstens gegen Bracke, Bonhorst, Spier und Kühn eine Anklage zurechtzuzimmern. Einige Kautschukparagraphen des alten braunschweigischen und des neuen norddeutschen Strafgesetzes dienten als nebelhafte Stützen der Anklage, die auf Vergehen gegen die öffentliche Ordnung gerichtet war. Wirklich verurteilte auch das Kreisgericht nach dreitägigen Verhandlungen Bracke und Bonhorst zu sechzehn, Spier zu vierzehn und Kühn zu fünf Monaten Gefängnis, unter Anrechnung der Untersuchungshaft, aber das Obergericht kassierte dies Urteil soweit, daß für Bracke und Bonhorst nur noch drei, für Spier zwei Monate und für Kühn sechs Wochen Haft übrig blieben, wegen Beteiligung

an einem Vereine mit angeblich gesetzwidrigem Zwecke. Auch dies Urteil war noch sehr anfechtbar, zumal da es sich auf eine alte vormärzliche Verordnung stützte, aber wieviel sich theoretisch dagegen sagen ließ, so lief es praktisch auf die Freisprechung der Angeklagten hinaus, da das Obergericht die verhängte Strafe durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtete.

Williger als die gelehrten Gerichte in Braunschweig erwiesen sich die bürgerlichen Geschworenen in Leipzig den Berliner Zumutungen. Liebknecht, Bebel und Hepner standen im März 1872 zwei Wochen lang vor dem Leipziger Schwurgericht, angeklagt wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Das Belastungsmaterial war wesentlich dasselbe, wie in dem Braunschweiger Verfahren, nur noch vermehrt durch einen Haufen „Beweise", die nichts bewiesen, als daß den Angeklagten um jeden Preis ein Tendenzprozeß gemacht werden sollte. Nicht weniger als 140 Beweisstücke wurden den Geschworenen vorgelegt, Briefe, Reden, Zeitungsartikel, Programme, eine verworrene Masse der unterschiedlichsten Kundgebungen aus der revolutionären Literatur seit 1848, verfaßt nicht nur von den Angeklagten und ihren Gesinnungsgenossen, sondern auch von ihren politischen Gegnern. Aber nicht eins dieser Schriftstücke lieferte auch nur den Schatten eines Beweises dafür, daß die Angeklagten im Sinne des Strafgesetzes ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitet hätten. Dafür half der Präsident v. Mücke aus mit einer parteiischen Leitung der Verhandlungen, die damals in deutschen Landen noch ziemlich ungewohnt war und fast ausnahmslos von der unabhängigen Presse aller bürgerlichen Parteien scharf verurteilt wurde. Auch sonst fehlte es nicht an allerlei Druck auf die Geschworenen, von denen sich dann wirklich acht, genau die zur Verurteilung notwendige Anzahl, dazu hergaben, Liebknecht und Bebel schuldig zu sprechen. Der Gerichtshof verurteilte sie zu je zwei Jahren Festung, unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft, während Hepner frei ausging.

Mit Recht aber sagten Liebknecht und Bebel, der Prozeß habe so unendlich viel für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Grundsätze getan, daß sie gern die paar Jahre Festung hinnähmen. Sie hatten nicht nur die persönlichen Sympathien gewonnen, die alle rechtlich denkenden Menschen unschuldig Verurteilten zu spenden pflegen, sondern darüber hinaus eine höchst wirksame Propaganda für ihre politischen und sozialen Ziele gemacht. Während Hepner, der von vornherein zu einer Neben-

rolle in diesem gerichtlichen Drama bestimmt war, sich mit gutem Takte begnügte, durch drastischen Witz die gegen ihn gerichtete Anklage zu verspotten, vertraten Liebknecht und Bebel die Sache, die in ihren Personen getroffen werden sollte, mit würdigem Ernste, und dabei so eindringlich und schlagfertig, daß sie die tölpelhaften Angriffe des Präsidenten und des Staatsanwalts spielend zurückschlugen. Liebknecht zumal, der den Arbeitermassen bisher ferner gestanden hatte als Bebel, entfaltete jene prächtige Eigenart, die dem „Soldaten der Revolution" im Fluge die Proletarierherzen gewann. So hatten die Prozeßverhandlungen einen hohen agitatorischen Wert; sie räumten mit weitverbreiteten Vorurteilen über die Arbeiterbewegung auf; ihr Frage- und Antwortspiel gestaltete sich zu einer anregenden Einführung in die Gedankenwelt der Sozialdemokratie.

Im Juli 1872 wurde Bebel dann nochmals das Opfer der Klassenjustiz. Das Leipziger Bezirksgericht verurteilte ihn wegen Majestätsbeleidigung, weil Bebel in einer öffentlichen Versammlung die unanfechtbare Wahrheit ausgesprochen hatte, daß der preußische König nicht das Versprechen gehalten habe, die Frucht des Krieges solle die einheitliche und freiheitliche Gestaltung Deutschlands sein. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis und „Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte". Das Gericht kassierte Bebels Reichstagsmandat, und dieses war der Humor davon. In der ersten Session des deutschen Reichstags war Bebel schnell zu einem gefürchteten Kämpfer geworden; ohne den Rückhalt einer Partei, ganz allein stehend, hatte er auf dem Parkett des bürgerlichen Parlamentarismus ein paar renommierteste Tänzer platt niederzusetzen gewußt. Sowohl den braven Lasker, der, von Bebel in die Enge getrieben, mit dem „Knüppel" des Philisters gedroht und dann den stenographischen Bericht gefälscht hatte, weil ihm diese furchtbare Drohung selbst allzu lächerlich erschienen war, als auch den braven Simson, der von Bebel auf einer groben Verletzung der Geschäftsordnung ertappt und nur dadurch gerettet wurde, daß ihn die bürgerliche Mehrheit wider ihr besseres Wissen von Schuld und Fehle freisprach. Nun rächte das Leipziger Bezirksgericht nicht nur den König von Gottes Gnaden, sondern auch den bürgerlichen Parlamentarismus an dem Missetäter.

Aber die wackeren Weber des Wahlkreises Glauchau-Meerane verstanden sich schlecht auf den patriotischen Spaß und schickten Bebel,

mit dreitausend Stimmen mehr, als er vordem erhalten hatte, in den Reichstag zurück. Die hohe Versammlung mußte sich nun doch selbst zum Henkersamte bequemen; sie lehnte den von Schraps gestellten Antrag ab, Bebel zu reklamieren, der inzwischen seine Festungshaft in Hubertusburg angetreten hatte. Und welcher Patriot konnte ihr verdenken, daß sie nicht mehr die helle und klingende Stimme hören mochte, die ihr so überzeugend darzulegen wußte, wie tönern des neuen deutschen Reiches Herrlichkeit sei!

Zweites Kapitel.

Die Hochflut der Milliarden.

1. Gründungsschwindel und Kulturkampf.

Wie die Revolution von Oben durch ein Kompromiß zwischen dem preußischen Militärstaate und der deutschen Bourgeoisie gesichert worden war, so hatten diese Mächte den Eroberungskrieg nach Sedan geführt, und so teilten sie sich in die Beute. Die sonderbaren Vorspiegelungen der liberalen „Notabilitäten", wonach die Annexion Elsaß-Lothringens zur europäischen Entwaffnung führen sollte, tat Moltke mit den kühlen Worten ab: „Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrissen werde." Der Militarismus trat in seiner Sünden Blüte; er schwoll zu Dimensionen an, die den ärgsten Pessimisten der sechziger Jahre unglaublich erschienen wären, und die liberale Bourgeoisie mußte sich mit dieser einen Folge ihrer genialen Politik abfinden, so gut oder so schlecht sie konnte.

Besser fuhr sie mit der anderen Folge des Eroberungskrieges. Die Kolbenstöße der deutschen Heere hatten ihr die Tore des Weltmarkts weit geöffnet. Zwar kam der Milliardenregen ganz überwiegend dem Militärstaate zugute, um Schulden abzutragen, Dotationen und Pensionen zu zahlen, Festungen und Kasernen zu bauen, die Bestände von Waffen und Militäreffekten zu erneuern, aber die enorme Vermehrung des disponiblen Kapitals und der zirkulierenden Geldmenge gab der jungen Großindustrie einen mächtigen Aufschwung. Die Konzentration des Kapitals ergriff alle Zweige des gewerblichen Lebens; die Jahre 1871 bis 1873 schufen an Aktienkapitalien mehr als 1200 Millionen Taler, fast soviel, wie die französische Kriegsentschädigung betrug; Bankinstitute und Industriegesellschaften schossen in den buntesten Formen aus dem Boden hervor. Eisen- und Kohlenwerke wurden in großer Zahl gegründet, Eisenbahnlinien massenhaft entworfen. Es war ein wilder

Taumel der Spekulation, worin die Bourgeoisie den letzten Rest von politischer Haltung verlor.

Sie warf sich platt auf den Bauch vor dem „Säkularmenschen", der ihr all die goldene Herrlichkeit beschert hatte. Als Ludwig Bamberger, der sich nach seiner Flucht aus dem badisch-pfälzischen Aufstande in Paris mit Bank und Börse angefreundet hatte, aus der Seele gequälter Beamten sagte: Hunde sind wir ja doch!, gewann das bittere Wort volkstümlichen Klang, aber in bezeichnendem Mißverständnis als das politische Bekenntnis Bambergers und seiner nationalliberalen Freunde. Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Gesetzgebung ließ Bismarck der liberalen Bourgeoisie vorläufig auch noch freie Hand. Er war durch reiche Dotationen aus einem Vertreter des halb bankerotten Kleinadels zu einem Vertreter des kapitalistisch-industriell wirtschaftenden Großgrundbesitzes geworden, einer Klasse, die ein lebhaftes Interesse an dem Wegräumen der feudal-zünftigen Ruinen hatte. Ohnehin mußten seine bonapartistischen Instinkte angenehm gekitzelt werden von dem Gründungstaumel, der die bürgerliche Welt in eine Spielhölle verwandelte, um sie en masse betören zu können. Bismarck hatte nichts einzuwenden, wenn Delbrück, der einstweilen seine rechte Hand in der Wirtschaftspolitik blieb, vom Regierungstische mit zynischem Behagen verkündete, es sei das Geheimnis der Zeit, keine Zinsen zu verlieren, und keine Gesetzgebung könne die Dummen daran hindern, ihr Geld loszuwerden. Gewiß waren die neuen Gesetze über gemeinsames Bürgerrecht und Freizügigkeit, über Gewerbefreiheit, über gemeinsame Maße, Münzen und Gewichte, über Handelsschutz im Auslande und so weiter, wieviel sie im einzelnen zu wünschen übrig ließen, als Ganzes ein historischer Fortschritt, aber es hieß die Dinge auf den Kopf stellen, wenn Treitschke, der Prophet des neuen Reichs, in seiner pomphaften Weise versicherte, die Bourgeoisie habe diese Gesetzgebung „aus Pflichtgefühl der höheren Stände", „in richtiger Erkenntnis ihrer sozialen Pflichten" der Arbeiterklasse geschenkt. Selten oder nie haben herrschende Klassen einen längst notwendigen Fortschritt der ökonomischen Entwicklung in so beschränkt-selbstsüchtiger Weise protokolliert, wie in diesem Falle; das zeigte sich sofort, als sie entdeckten, daß die Bourgeoisie nicht vorwärts marschieren kann, ohne daß auch das Proletariat vorwärts marschiert.

Es zeigte sich sogar noch früher, als nur erst die partikularistische Opposition gegen die Reichsgründung sich zu einer großen parlamen-

tarischen Partei zusammenballte. Die deutschen Waffen hatten mittelbar auch die weltliche Herrschaft des Papstes gestürzt und dadurch alle streitbaren Kräfte des Katholizismus mobil gemacht. Unter dem Namen des Zentrums trat eine spezifisch katholische Fraktion von 57 Mitgliedern in den ersten deutschen Reichstag ein. Sie kam nicht eigentlich schon mit feindseligen Absichten gegen Bismarck, der noch kurz vor dem deutsch-französischen Kriege die Jesuiten als schätzenswerte Bundesgenossen gefeiert und sich allen Zumutungen widersetzt hatte, durch diplomatisches Einschreiten die Verkündung des Unfehlbarkeitsdogmas auf dem Vatikanischen Konzile von 1870 zu hindern. Aber es lag in der Natur der Dinge, daß die neue Fraktion der Sammelplatz aller partikularistischen Elemente wurde. In den katholischen Gegenden am Rhein, in Schlesien, in Bayern war von jeher die Antipathie gegen das spezifische Preußentum am stärksten gewesen; dazu kamen die katholischen Polen und etwas später auch die katholischen Elsässer; ja der partikularistische Charakter des Zentrums überwog von vornherein so sehr seinen religiösen Charakter, daß sich ihm auch die orthodox-protestantischen Welfen anschlossen. Unter dem gemeinsamen Banne des Ultramontanismus fand sich alles zusammen, was aus partikularistischen Gründen der neu-reichsdeutschen Herrlichkeit widerstrebte, eine Masse der politisch und sozial verschiedensten Elemente, die nach den verschiedensten Richtungen auseinandergingen, von den Auffassungen kleinbäuerlicher und kleinbürgerlicher Demokratie bis zu den Auffassungen feudaler Romantik und zünftlerischer Krähwinkelei; es war bezeichnend, daß der ehemals welfische Minister Windthorst, kein Prinzipienmann, sondern ein Diplomat der alten Schule wie Bismarck, aber ein ungleich gewitzterer Diplomat, der Führer des bunt gemischten Haufens wurde.

Für einen Staatsmann, der gar nicht einmal genial, sondern nur ein wenig mit dem modernen Kulturleben vertraut zu sein brauchte, konnte nichts einfacher sein, als diese Opposition lahm zu legen. Sie mußte sich in ihre heterogenen und alles in allem historisch rückständigen Bestandteile auflösen, sobald das neue Reich nicht mehr mit dem preußischen Korporalstocke, sondern wie ein moderner Kulturstaat regiert wurde. Allein was Bismarck nach 1866 bis zu einem gewissen Grade geleistet hatte, das leistete er nach 1870 nicht mehr; er verstand die gegebene Lage nicht mit einigem Geschick auszunützen, der Weihrauch,

der dem „Herkules des neunzehnten Jahrhunderts" verbrannt wurde, hatte ihm jede Aussicht über den alten Junkerhorizont hinaus vernebelt. Er glaubte erst recht an der Spitze des Jahrhunderts zu marschieren, wenn er mit dem preußischen Korporalstock auf alles losschlug, was nicht gleich nach seiner Pfeife tanzen wollte. Wer sich seinen Launen und Nerven nicht fügsam anschmiegte, war ein „Reichsfeind" und wurde in den Reichsbann getan. Im besonderen reizte der Anschluß der Polen an das Zentrum seinen blinden Polenhaß auf. Das Zentrum selbst stieß ihn gewissermaßen auf die richtige Fährte, indem es von den beiden Forderungen seines im Frühjahr 1871 veröffentlichten Programms den partikularistischen Gesichtspunkt, die Selbständigkeit und Selbstbestimmung der einzelnen Staaten, an die erste, und den religiösen Gesichtspunkt, den Schutz der Religionsgesellschaften vor Eingriffen der weltlichen Gesetzgebung, erst an die zweite Stelle setzte. In tragikomischer Verkennung dieser Sachlage bildete Bismarck sich ein, die partikularistische Opposition bändigen zu können, indem er mit der katholischen Kirche anband. Er setzte ihr mit allerlei Ausnahmegesetzen und gewaltsamen Eingriffen in ihr inneres Leben zu, obgleich er selbst es in seinen jungen Jahren miterlebt hatte, wie trefflich der römische Priester den preußischen Gendarmen abzutrumpfen versteht. Statt selbst mit den Waffen bürgerlicher Freiheit zu kämpfen, drängte er diese Waffen dem Zentrum auf und machte es dadurch für seine reaktionäre Staatskunst unüberwindlich, mochte er sich auch prahlerisch vermessen, daß er nicht nach Canossa gehen werde.

Konnte freilich seine Torheit noch übertroffen werden, so wurde sie von der Torheit der liberalen Bourgeoisie übertroffen, die ihm auch auf diesem Wege durch dick und dünn nachstampfte, obgleich sie nicht einmal den mildernden Umstand für sich geltend machen durfte, in feudalen Anschauungen aufgewachsen zu sein. Sogar ein Mann von Virchows Bildung hielt sich nicht für zu schlecht, das Satyrspiel mit dem ehrwürdigen Namen eines Kulturkampfes zu taufen. Immerhin war für die gerissene Gründersippe dieser „Kulturkampf" nur eine Kulisse, um die Massen desto bequemer zu plündern; man konnte mit tödlicher Sicherheit darauf rechnen, daß wer in Parlament und Presse am heftigsten „gegen Rom" donnerte und am feierlichsten den Schatten des armen Ulrich Hutten beschwor, auch am tiefsten im Gründersumpf steckte. Viele Dutzende kulturkämpferischer Reichtagsabgeordneter schlugen ihre Mandate an Gründungs-

prospekte, um deren betrügerische Verheißungen zu vergolden, und begaben sich in den Dienst der „patriotischen Geldmächte", namentlich der Diskontogesellschaft und des Hauses Bleichröder, der beiden Riesen unter den Schröpfköpfen, die den Wohlstand der Mittelklassen verschluckten. In der parlamentarischen Kohorte der Diskontogesellschaft ragte Miquel hervor, der ehemalige Kommunist und nunmehrige nationalliberale Parteiführer; als Mitdirektor der Diskontogesellschaft bezog er in vier Jahren ein Einkommen von 1 338 730 Mark 10 Pfennig, beklagte sich aber mit tränenden Augen als verleumdete Unschuld, wenn irgend ein vorwitziger „Reichsfeind" auf den Gedanken verfiel, er könne eine diesen Bezügen entsprechende Tätigkeit bei den schauerlichen Gründungen der Diskontogesellschaft entfaltet haben; Miquel wollte das niedliche Einkommen nur erhalten haben für nebensächliche juristische Gutachten, die jeder arme Schlucker von Assessor für ein paar tausend Mark Jahresgehalt mit Wonne gemacht haben würde. Nicht minder hübsch redete sich der schlesische Junker und freikonservative Parteiführer von Kardorff aus, der in Bleichröders parlamentarischer Kohorte hervorleuchtete; er hatte eine Reihe der blutigsten Gründungen nur verfaßt, um ohne Vermögensverluste der parlamentarischen Tätigkeit obliegen und seine unersetzliche Kraft als Gesetzgeber dem Vaterlande erhalten zu können.

Den parlamentarischen Vorkämpfern der liberalen Bourgeoisie entsprachen ihre publizistischen Vorkämpfer. An die Stelle Gustav Freytags mit seinen Grenzboten trat jetzt Paul Lindau mit seiner Gegenwart, ein literarisches Talent sechsten Ranges, das nicht einmal die Literatur des zweiten Kaiserreichs, sondern nur ihren Abhub nach Deutschland zu importieren verstand. Ruge, der nach 1866 zu Bismarck übergelaufen war, schrieb jetzt, aus allen Träumen gerissen: „Bluntschli ist leitender Schriftsteller und Redwitz angekündigt. Ist dies die ‚Gegenwart'? Ist dies unsere Zeit? . . . Lindau hat alle Berühmtheiten ohne jeden Unterschied der Richtung zusammengemauschelt und die Geschichte scheint reine Spekulation zu sein." Sie war wirklich reine Spekulation. Guido Weiß machte in der Wage den letzten Versuch, ein Banner der bürgerlichen Demokratie aufzuwerfen, aber wie hoch die kleine Wochenschrift an Charakter, Geist und Wissen über Lindaus Gegenwart stand, so brachte sie es nicht über ein langsames Siechtum von wenigen Jahren.

In der bürgerlichen Tagespresse wimmelten die Schmocks wie die Würmer in einem Leichnam. Ganz zu geschweigen der Börsen- und Handelspresse, von der nur ein Narr anderes erwarten konnte, so wurde auch die „große" und „vornehme" politische Presse von der Fäulnis angefressen. Bis in die Spalten der frommen Kreuzzeitung verirrten sich Börsenreklamen, die Handelsredakteure der nationalliberalen Nationalzeitung und der fortschrittlichen Vossischen Zeitung mißbrauchten ihre öffentliche Stellung zur Prellerei des Publikums, und die demokratische Frankfurter Zeitung erhielt ihre Preßbeteiligung von jeder Gründung, die das Weichbild der Frankfurter Börse passierte. Ihr Handelsredakteur Bernhard Doktor aber schrieb an die Times: „Hätten wir nicht den stänkernden Geist extravaganter Demagogen, welche die Arbeiter gegen ihre Meister aufwiegeln und sie mit Hoffnungen kitzeln, die nie verwirklicht werden können, so würden sich alle Klassen der Gesellschaft wohlbefinden, und das Land würde eine bis jetzt nicht gekannte Glückseligkeit genießen." Dafür zauste Marx ihn derbe ab, ohne doch bei all seinem Scharfsinn zu ahnen, daß nicht ein Jahrfünft ins Land gehen sollte, bis das ganze offizielle Deutschland, vom genialen Staatsmann Bismarck bis zum nicht minder genialen Oppositionsführer Eugen Richter, auf denselben Ton gestimmt sein würde, den jener dunkle Börsenmann zuerst angeschlagen hatte.

—

2. Agrar- und Kathedersozialismus.

Inmitten des kapitalistischen Gründerschwindels entwickelten sich zwei Arten des bürgerlichen Sozialismus, die, ihrem Wesen nach nicht neu, unter den damals in Deutschland gegebenen Verhältnissen ihre besondere Form annahmen, worin sie die Klassenkämpfe der Zeit zu beeinflussen suchten.

Der Agrarsozialismus entsprang aus der „Kreditnot" der preußischen Landjunker, deren Grundbesitz, sei es wegen liederlicher Wirtschaft, sei es wegen Besitzveränderungen, Veräußerungen oder Erbteilungen, sei es aus anderen Gründen, stark mit Hypotheken belastet war. Zwar hatte auch diese Klasse trotz ihres rückständigen Betriebes ihren Anteil an der großindustriellen Entwicklung, denn mit der wachsenden Bevölkerung stiegen die Getreidepreise. Aber der Kapitalprofit stieg noch schneller als die Grundrente, und dadurch wurde der junkerliche Grundbesitz ent-

wertet. Der Grund und Boden hat als solcher keinen selbständigen Tauschwert, da er kein Produkt menschlicher Arbeit ist; sein scheinbarer Tauschwert entsteht dadurch, daß im gesellschaftlichen Verkehre die Grundrente, die ein Grundstück abwirft, als der Zins eines Kapitals betrachtet und nach dem laufenden Zinsfuße kapitalisiert wird. Der Tauschwert eines Gutes, das 4000 Mark Grundrente abwirft, beläuft sich zur Zeit, wo der Zinsfuß vier Prozent abwirft, auf 100 000 Mark. Nun reguliert sich der Zinsfuß nach dem Kapitalprofit; steigt dieser schneller als die Grundrente, so sinkt der Tauschwert des Grund und Bodens. Wenn in dem angezogenen Beispiele die Grundrente auf 4500, zugleich aber der Zinsfuß von vier auf fünf Prozent steigt, so ist das Gut nur noch 90 000 Mark wert; sein Ertragswert ist um mehr als zwölf Prozent gestiegen, aber sein Tauschwert um zehn Prozent gefallen. Von der Mitte der fünfziger bis zum Anfange der siebziger Jahre war nun der Zinsfuß in der Tat von vier auf fünf Prozent gestiegen, während die Grundrente nur um so viel entsprechend langsamer wuchs, daß sich der Wert des landwirtschaftlich bebauten Bodens um nahezu ein Fünftel verminderte. Damit war aber dem ostelbischen Krautjunkertum, das sich schon seit den Tagen des alten Fritz nur durch verschämte oder auch nicht verschämte Staatshilfe über Wasser gehalten hatte, abermals die Lebensfrage gestellt.

Wohlgemerkt dieser Fraktion der besitzenden Klassen, nicht aber, wie die Junker zu behaupten liebten, der landwirtschaftlichen Produktion selbst. Die Junker kamen nicht um, weil die landwirtschaftliche Produktion versiegte, sondern die landwirtschaftliche Produktion schien zu versiegen, weil sie sich in den Händen einer feudal beschränkten und tief verschuldeten Klasse befand. Sie harrte der kapitalkräftigen Hände, die sie der großen modernen Produktionsweise anpassen und dadurch auf eine noch nie dagewesene Höhe bringen konnten. Diese Entwicklung ergab sich so unbedingt aus den Lebensbedingungen der modernen bürgerlichen Gesellschaft, daß auf kapitalistischem Boden kein Kraut dagegen gewachsen war. Die Heilmittel, die dennoch probiert oder vorgeschlagen wurden, hatten das Schicksal aller Anläufe, die sich einer historischen Notwendigkeit entgegenstemmen: sie verstärkten den Druck, den sie schwächen wollten. Die zahlreichen Hypothekenbanken, die der „Kreditnot" der Junker dadurch abzuhelfen versuchten, daß sie die Hypotheken in börsen- und weltmarktfähige Papiere verwandelten, quälten sich ver-

gebens ab, wie Rodbertus sagte, aus dem Roß einen Vogel zu machen; halfen die künstlichen Flügel dem Rosse für einen Augenblick in die Höhe, so stürzte es um so sicherer im nächsten Augenblicke nieder, um alle Glieder zu zerbrechen. Aber um die Kur, die Rodbertus anriet, war es nicht besser bestellt. In echt utopistischer Weise wollte er das kündbare Hypothekenkapital durch den unkündbaren Rentenbrief ersetzen; die Ware sollte als Ware produziert, aber nicht als Ware ausgetauscht werden; Rodbertus wollte die Grundrente, die überhaupt erst als Folge der bürgerlichen Produktionsweise entsteht, durch den mittelalterlichen Rentenbrief, die Verschuldungsform der feudalen Produktionsweise, vor allen unangenehmen Abenteuern schützen, die ihr in der bürgerlichen Welt zustoßen können. Wäre diese Absicht so ausführbar gewesen, wie sie aus einem Dutzend Gründe nicht war, so hätte sie die Junker vollends in die Tinte gebracht, denn auf unkündbare Rentenbriefe hätten sie das Kapital, das sie brauchten, von der Bourgeoisie nur unter noch viel ungünstigeren Bedingungen erhalten, als auf kündbare Hypotheken.

Unmittelbar ging nun diese ganze Sache das Proletariat nichts an. Die Arbeiter hatten keinen Anlaß, den „historischen Geschlechtern" des alten Preußens, die seit manchem Jahrhundert die kleinen Bauern gelegt hatten, um nun selbst von den modernen Großbürgern gelegt zu werden, eine Träne nachzuweinen, und die Umwandlung der patriarchalischen in die großindustrielle Landwirtschaft brachte das ländliche Proletariat zwar nicht aus dem Regen in den Sonnenschein, aber doch aus der Traufe in den Regen. Gleichwohl gab es einen Gesichtspunkt, aus dem sich eine Interessengemeinschaft zwischen Junkern und Proletariern konstruieren ließ. Die „Kreditnot" der Junker entstand dadurch, daß der Kapitalprofit schneller wuchs als die Grundrente; wie nun, wenn der Anteil des Kapitals an dem Nationalprodukte durch den steigenden Anteil des Lohnes gesenkt wurde, wobei der vermehrte Konsum von Brot und Fleisch durch die Arbeiter auch die Grundrente in die Höhe schnellte? Auf diesem Gedanken beruhte der Agrarsozialismus, der in Rodbertus und Rudolf Meyer seine beredtesten Vorkämpfer fand.

Rudolf Meyer war reichlich dreißig Jahre jünger als Rodbertus. Seine Geburt und Erziehung wiesen ihn in die Interessenkreise der ostelbischen Landwirtschaft, während ihn sein kräftiges Selbstbewußtsein und die reichen Kenntnisse, die er sich auf historischem und ökonomischem Gebiete erworben hatte, hinlänglich davor schützten, auf die Irrwege

feudaler Romantik zu geraten oder gar ein literarischer Bedienter des Junkertums zu werden. Er war ein engerer Landsmann Wageners, unter dessen Leitung er in der konservativen Presse emporkam. Aber weder Wagener noch auch nur Rodbertus bestimmten ihn ausschließlich. Rudolf Meyer war schon das Kind einer neuen Zeit, die der proletarische Klassenkampf zu beherrschen begann. Für die Utopien, in denen Rodbertus lebte und webte, empfand er mehr akademische Bewunderung als wirkliches Interesse; dafür verstand er um so besser, was für Rodbertus im letzten Grunde doch immer unverständlich blieb. Eine echte Kampfnatur, hatte Rudolf Meyer ein wahlverwandtes Empfinden für den „Emanzipationskampf des vierten Standes", dessen Zeugnisse er mit fleißiger und kundiger Hand erst in der Berliner Revue, dann auch in einem umfangreichen Werke sammelte. Während er dem liberalen Manchestertum einen überlegenen Krieg machte, erschien er gern in sozialdemokratischen Versammlungen, und ehrlicher Kerl, wie er auf seinem besonderen Standpunkt war, wurde er von den Arbeitern als willkommener Gast betrachtet. Wenn er nicht schon zu ehrlich gewesen wäre, so war er viel zu klug, um soziale Demagogie zu treiben: er verhehlte den Arbeitern nicht, daß ihre und seine Wege schließlich weit auseinander gingen, aber die Strecke, die er mit ihnen gehen wollte, führte nicht abseits in die Sümpfe, sondern lag wirklich auf ihrem Wege, so etwa bis zum Meilensteine des Normalarbeitstages.

Bei den Arbeitern fand Rudolf Meyer das bedingte Verständnis, das seiner bedingten Freundschaft für sie entsprach. Die Junker aber, denen er unbedingt helfen wollte, versagten ihm unbedingt jedes Verständnis. Waren sie schon mißtrauisch gegen Rodbertus, der ihnen seine Pillen doch immer in diplomatisch verzuckerter Form eingab, so entsetzten sie sich je länger je mehr vor dem „konservativen Barrikadenstile" Rudolf Meyers. „Rustikus ist zu dumm", klagte Rodbertus. Gewiß konnte auch der Agrarsozialismus auf die Dauer den Junkern nicht helfen, aber er konnte ihnen historisch ein anständiges Begräbnis sichern nach einem Tagewerke, dem jeder Begriff historischen Anstandes mehr und mehr abhanden gekommen war. Lieber griffen die Braven nach altbeliebter Art zur „Klinke der Gesetzgebung", um sich durch noch ärgere Auspressung und Unterdrückung der Massen eine Galgenfrist zu erkaufen, und solange die Grundrente noch stieg, fühlten sie das Messer auch noch nicht so recht an ihrer Kehle.

Politisch zerfielen sie in den Tagen des Gründerschwindels und des Kulturkampfs in drei Fraktionen. Die Freikonservativen rekrutierten sich aus den Großgrundbesitzern, die zugleich Großkapitalisten waren, und die Landwirtschaft schon industriell betrieben. Sie gründeten heftig in holdem Wetteifer mit der Bourgeoisie; wie Kardorff das parlamentarische Mundstück Bleichröders war, so spannten sich die Herzöge Ujest und Ratibor vor den Triumphwagen des kapitalistischen Abenteurers Strousberg; zu Klassengenossen der Bourgeoisie geworden, genierten sich die Junker dieser Richtung sogar nicht, die „Kreditnot" ihrer Standesgenossen auszubeuten. Gegen eine mäßige Provision bildeten sie den ornamentalen Verwaltungsrat jener berufenen Zentralbodenkreditgesellschaft, die von sechs großen Gründerfirmen: Rothschild, Oppenheim, Fould, Fremy, Bleichröder und Hansemann-Miquel ins Leben gerufen und von der Regierung mit außergewöhnlichen, teilweise selbst gesetzlich anfechtbaren Privilegien ausgestattet worden war, angeblich um den Grundbesitz zu retten, und wirklich, um ihn in die Gewalt des Kapitals zu liefern. Die Neukonservativen dagegen bestanden aus den Junkern, die überhaupt keinen oder doch so geringen Grundbesitz hatten, daß sie mit Haut und Haaren von der Regierung abhängig waren, aus dem „Chor der Landräte", der sich treiben ließ, wie der Wind von Oben wehte. Endlich die Altkonservativen waren der eigentliche Schlachthaufen des Krautjunkertums, das noch immer nicht begriff, was in der Welt vorging. Durch Beten und Fluchen glaubten sie die Wiederkehr der patriarchalischen Zeit ertrotzen zu können; sie nahmen, wie Rudolf Meyer spottete, das Schnurren der Räder und das Fauchen der Dampfmaschine für das sinnige Summen des Spinnrades und die Töne des Kuhhorns, und die Arbeiter wollten sie durch „Strafen bessern", um so der sozialdemokratischen Bewegung den Garaus zu machen.

Bedenklicher und zaghafter, als der Agrarsozialismus eines Rodbertus und eines Rudolf Meyer, geberdete sich der Kathedersozialismus, der im akademischen Treibhause heranwuchs. In seinem Ursprunge war er eine Gelehrtenrevolte gegen die manchesterliche Weisheit, die, da sich nun alles so herrlich erfüllte, sich nachgerade überschlug. Sie posaunte jedes Profitinteresse des Kapitals als heilige Errungenschaft der Menschheit aus, und die ödeste Schönfärberei, die in England und Frankreich kaum noch ein mitleidiges Achselzucken erregte, tummelte sich als „nationalökonomische Wissenschaft" auf den deutschen Märkten und Gassen. Hatte

Lassalle in geißelnder Übertreibung gesagt, die deutschen Manchesterleute würden am liebsten allen Staat abschaffen und die Justiz an den Mindestfordernden verganten, so erklärte jetzt der Witzbold Braun in bitterbösem Ernste, der Staat spiele den auftraglosen Geschäftsführer der bürgerlichen, will sagen kapitalistischen Gesellschaft, wenn er die Justiz administriere; das Finden und Fällen der Urteile sei Sache der Rechtstechniker, die jene Gesellschaft mit ihrem Vertrauen beehre; deren Urteile habe der Staat einfach zu vollstrecken. Bamberger aber pries die Börse als eine gigantische Arbeitsstätte; er meinte, andere Daseinsformen der Gesellschaft als die gegenwärtigen seien der menschlichen Vorstellung so unzugänglich wie die Vorstellung einer außerweltlichen Existenz, und selbst die Erforschung der gegenwärtigen Gesellschaft durch die Statistik erklärten die Manchesterleute für überflüssiges Kopfzerbrechen, da die Volkswirtschaft durch ewige Naturgesetze beherrscht werde.

Gegen diesen Hexensabbat erhob sich eine Anzahl meist jüngerer Gelehrter, die durch historische und statistische Studien gebildet waren. Die Statistik flößte ihnen ketzerische Zweifel an den ewigen Naturgesetzen der Manchesterei ein, und aus der Geschichte kannten sie noch andere Daseinsformen der Menschheit, als die kapitalistische Produktionsweise. Um sie für solchen Frevel den Regierungen zu denunzieren und den Spießbürgern zu verdächtigen, wurden sie von den zürnenden Manchesterleuten als Kathedersozialisten getauft, und eines dieser gereizten Gemüter zwang seinem prosaischen Geschäftssinne sogar das schöne Verschen ab: Zum Liebknecht und zum Bebel fehlt ihnen nur der Mut. In Wirklichkeit hatten die Kathedersozialisten weder etwas mit dem wissenschaftlichen Kommunismus, noch mit dem Klassenkampfe des Proletariats zu tun. Sie waren überhaupt keine geschlossene Schule. Ihr rechter Flügel, wie ihn etwa Held vertrat, hegte eine „prinzipielle Abneigung gegen Prinzipien" und unterschied sich sehr wenig von den etwas vernünftigeren Manchesterleuten. Ihr linker Flügel aber, wie ihn etwa Adolf Wagner vertrat, kopierte wohl gelegentlich mit plumpem Ungeschick Lassalles polemische Art oder kokettierte auch mit Rodbertus, um dann wieder die Rolle des willigen Helfershelfers für jede Reaktion in Kirche oder Staat zu übernehmen.

Es war kein Zufall, daß der Schwerpunkt des Kathedersozialismus in seine mittlere Richtung fiel. In ihr reagierte die bürgerliche Ideologie,

soviel es davon noch in Deutschland gab, gegen das Auseinanderklaffen der bürgerlichen Gesellschaft in die auf Leben und Tod ringenden Klassen der Bourgeoisie und des Proletariats. Schmollers Buch über das deutsche Kleingewerbe und Brentanos Buch über die englischen Gewerkvereine, zwei historische Leistungen von bleibendem Werte, enthielten den Kern des Kathedersozialismus, soweit er eine geschichtlich bemerkenswerte Erscheinung war. Er befürwortete Fabrikgesetze und Gewerkvereine, aber nicht im Sinne des wissenschaftlichen Kommunismus, nicht als Etappen des proletarischen Emanzipationskampfes, sondern gerade umgekehrt, im Sinne der bürgerlichen Ökonomie, welche die bürgerliche Gesellschaft erhalten will unter den Bedingungen, unter denen sie logischerweise erhalten werden kann. Diese Kathedersozialisten waren sowenig Gegner der bürgerlichen Klassen, daß sie vielmehr ihre verständigsten Freunde waren. Sie irrten darin, daß sie die dauernde Rettung der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt für möglich hielten, aber wenn diese Rettung noch möglich gewesen wäre, so allerdings nur auf den Wegen, die Brentano und Schmoller vorschlugen. Wäre ihr Rath rechtzeitig gehört worden, so wäre die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland zwar nicht erstickt, aber bedeutend verlangsamt worden.

Was aber immer die Kathedersozialisten geleistet haben, das leisteten die einzelnen als einzelne. Ihr Versuch, sich zu organisieren und als höhere Instanz über den kämpfenden Klassen zu etablieren, war von vornherein mit völliger Unfruchtbarkeit geschlagen. Sie hatten kein gemeinsames Prinzip und konnten die verschiedenen Köpfe nur unter die nebelhafte Kappe des „ethischen Pathos" bringen. Damit war aller möglichen Verwirrung das Tor geöffnet, und sie verfehlte nicht, sich pünktlich einzustellen, so daß der Kathedersozialistenkongreß schon nach wenigen Jahren mit dem Volkswirtschaftlichen Kongresse ein Kartell auf Du und Du einging. Sein Einfluß auf die Klassenkämpfe der letzten Jahrzehnte ist gleich Null gewesen.

Die Bourgeoisie ihrerseits zeigte im Frühjahr 1873 praktisch, was sie unter „ethischem Pathos" verstand. Wagener, der seit dem Jahre 1866 wieder in den Staatsdienst getreten war, hatte sich von alten Neigungen betören lassen, ein wenig am Gründerschwindel zu naschen. Er war kein Sünder vor anderen und nur an der Pommerschen Zentralbahn beteiligt, einem an sich nützlichen Unternehmen, bei dessen Gründung eher geringere denn ärgere Gesetzesverletzungen vorgekommen waren,

als bei hundert anderen Gründungen; verglichen mit den Bahnen Hannover-Altenbeken und Löhne-Vienenburg, die Bennigsen gegründet hatte, sah die Pommersche Zentralbahn beinahe noch so sauber aus, wie ein Wickelkind unterm Badeschwamm. Auch waren die paar tausend Taler Gründergewinn, die sich Wagener ausbedungen hatte, in der Milliardenzeit eine solche Lappalie, daß die Börse später spottete, Wagener sei mit Recht gestraft worden, weil er mit derartigen Lumpereien das Geschäft verdorben habe. Aber Wagener, der von den Liberalen schon als der böse Genius Bismarcks gefürchtet wurde, stand seiner Anciennetät nach vor der Ernennung zum ersten Rat im Staatsministerium, als welcher er den persönlichen Vortrag beim Kaiser gehabt haben würde. Dieser einflußreiche Posten, den bisher ein Vertrauensmann der Diskontogesellschaft inne gehabt hatte, durfte auf keinen Fall an einen abgesagten Gegner und zugleich gründlichen Kenner des Kapitalismus übergehen, und so brach denn Lasker, in dessen Fraktion mindestens drei Dutzend dreimal so schuldige Gründer saßen, im preußischen Abgeordnetenhause mit „ethischem Pathos" gegen Wagener los, indem er ihn als das Urbild aller Gründerkorruption niederdonnerte.

Es war eine unbeschreiblich dreiste Komödie, aber sie gelang. Bismarck opferte seinen alten Freund den „patriotischen Geldmächten", und an die Stelle, von der Wagener ferngehalten werden sollte, trat wieder ein Vertrauensmann der Diskontogesellschaft. Auch wurde eine königliche Untersuchungskommission niedergesetzt, die sich in der Ausrottung der Gründerei als ein gar kurioser Kehrbesen entpuppen sollte. Sowenig wie der Agrarsozialismus vom Junkertum, sowenig wurde der Kathedersozialismus von der Bourgeoisie erhört; ihren Neunmalweisen war guter Rat viel zu wohlfeil; lieber ließen sie ihr Lehrgeld aufsummen, bis es unerschwinglich wurde, selbst für ihre tiefen Geldkasten, die nun schon der große Krach auszufegen begann.

Drittes Kapitel.

Lassalleaner und Eisenacher.

1. Das Proletariat im Milliardenregen.

Die Arbeiterbewegung erholte sich schnell von den Schlägen des Krieges. Hatte die Krisis nach 1866 sie denken gelehrt, so lehrte der industrielle Aufschwung nach 1870 sie handeln. Durch den Milliardensegen wurde das Geld billiger und der notwendige Lebensbedarf der Arbeiterklasse teurer; wollte sie ihren Reallohn auf derselben Höhe halten, so mußte sie ihren Geldlohn steigern; eine große Streikbewegung ging durch das deutsche Proletariat.

Diese durchaus unerläßliche Abwehr verschrie die bürgerliche Presse als einen frivolen Angriff. Sie bewegte sich dabei in einem eigentümlichen Widerspruche. Da nach der manchesterlichen Theorie jeder Streik an den ewigen Naturgesetzen der Volkswirtschaft scheitern mußte, so wurde an jedem noch so siegreichen Streik mit unbarmherziger Mißhandlung der Tatsachen nachgewiesen, daß die Arbeiter ihn verloren hätten, aber da auch bewiesen werden mußte, daß die Arbeiter durchaus keinen Anlaß zum Streiken hätten, so wurden sie, trotz aller angeblich verlorenen Streiks, als Schlemmer dargestellt, die zum Frühstücke den Sekt in Weißbiergläsern verpraßten. Die sittliche Empörung darüber nahm sich in den Organen der Bourgeoisie besonders anmutig aus neben dem Behagen, womit in der nächsten Spalte geschildert wurde, wie auf den Zauberfesten der Gründer Goldfischbecken mit Sekt gefüllt wurden, um die Gäste durch die Todeszuckungen der Tierchen zu ergötzen.

In gewissem Sinne lag die Sache gerade umgekehrt, wie die Manchesterblätter behaupteten. Eines von ihnen sagte denn auch einmal in einem unbewachten Augenblicke speziell über die Berliner Streiks, sie seien häufig siegreich, möge manchmal auch die Lohnerhöhung in dieser oder jener verschämten Form gewährt werden, aber sie verbesserten die

gedrückte Lage der Arbeiter nicht, die, was sie heute dem Profite des Kapitalisten entrungen hätten, morgen der Grundrente des Hausbesitzers ausliefern müßten; im allgemeinen hätten die gestiegenen Löhne der Berliner Arbeiter noch nicht einmal die Steigerung der Wohnungsmieten ausgeglichen. Damit wurde auf die Wohnungsnot angespielt, die nach dem Kriege in einer Reihe älterer Städte und namentlich in Berlin allen sozialen Heilkünstlern viel Kopfzerbrechen verursachte, obgleich sie eine alte Begleiterscheinung der großindustriellen Revolution war. Wo sich die große Industrie in alten Städten niederläßt, lockt sie ein Heer von Arbeitern an und reißt die engen winkligen Gassen nieder, um dem modernen Verkehre breite Straßen zu schaffen; während die Nachfrage nach Arbeiterwohnungen wächst, sinkt ihr Angebot. In Berlin, Breslau, Köln hatte die Wohnungsnot in chronischer Form schon seit den vierziger Jahren bestanden; nach 1870 nahm sie nur durch den reißend schnellen Aufschwung der großen Industrie eine akute Form an. Auch war sie keineswegs das einzige Symptom der drängenden Arbeiternot; die Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse machte sich überall geltend, nur daß sie hier mehr an unerschwinglichen Wohnungsmieten und dort mehr an unerschwinglichen Brot- und Fleischpreisen hervortrat; in Berlin irrten Hunderte von Obdachlosen umher, ohne zu wissen, wohin sie ihr Haupt legen sollten, in Nürnberg zogen Hunderte von Hungernden durch die Straßen, um den Bäcker- und Metzgerläden die Fenster einzuwerfen. In Berlin wurde damals berechnet, daß die Wohnungsmiete um 114, der Haushalt um 67 und die Kleidung um 18 Prozent, die gesamte Haushaltung also um 66 Prozent im Preise gestiegen sei. Von den Berliner Arbeitern hatten aber nur die Maurer und Zimmerer mehr als 90, die Tischler und vielleicht auch noch die Maler etwa 70 Prozent Lohnerhöhung erkämpft, alle übrigen Arbeiter waren mit den Lohnerhöhungen, die sie durchgesetzt hatten, mehr oder weniger weit hinter den Preissteigerungen zurückgeblieben.

Gelang es nun einem Teile der deutschen Arbeiter wirklich, seine Lebenshaltung etwas zu erhöhen, konnte ein anderer Teil die Steigerung der Lebensmittelpreise durch Erhöhung der Löhne wenigstens einigermaßen ausgleichen, so scheiterte ein dritter Teil überhaupt daran, seine Arbeitsbedingungen zu verbessern. War der zweite Teil schon zahlreicher, als der erste, so mochte der dritte Teil zahlreicher sein, als die

ersten beiden zusammengenommen. Gerade in den maßgebenden Zweigen der großen Industrie kam es entweder wegen allzu großer Entkräftung der Arbeiter überhaupt nicht zu Massenstreiks, wie in der Textilindustrie, oder die Massenstreiks verliefen überwiegend unglücklich, wie bei den Bergleuten und den Metallarbeitern. 16000 Bergleute des Ruhrtals mußten im Sommer 1872, nachdem sie mehrere Wochen hindurch tapfer um die achtstündige Schicht und 25 Prozent Lohnerhöhung gekämpft hatten, bedingungslos die Waffen strecken. Dasselbe Schicksal hatten im November 1871 etwa 8000 Maschinenbauarbeiter in Chemnitz, und gleich resultatlos verlief zu gleicher Zeit eine Lohnbewegung unter den 3000 Arbeitern der großen Maschinen- und Waggonfabrik Cramer-Klett in Nürnberg, obgleich diese Arbeiter, in sicherer Voraussicht ihrer Niederlage, die Arbeit nicht erst niederlegten; auch in Berlin verunglückten zwei Maschinenbauarbeiterstreiks. Im allgemeinen brachte die Milliardenzeit der deutschen Arbeiterklasse eine entschiedene Verschlechterung ihrer Klassenlage; der Minderzahl, der sie eine vorübergehende Erleichterung ermöglichte, stand die Mehrzahl gegenüber, deren Lebenshaltung durch die Verteuerung der Lebensmittel gesenkt wurde, ohne daß sie die Löhne entsprechend oder auch überhaupt nur zu steigern vermochte.

Erhielten die Arbeiter dadurch eine eindringliche Lehre über das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft, die nicht einmal unter den denkbar günstigsten Umständen dem Proletariat ein erträgliches Dasein zu bieten vermag, so zeigte ihnen die Haltung der herrschenden Klassen gegenüber den Streiks, was sie von diesen ihren „besten Freunden" zu erwarten haben. Wenn die Unternehmer selbst mit Aussperrungen und Maßregelungen vorgingen, Gegenkoalitionen bildeten und schwarze Listen einführten, so war das auf bürgerlichem Boden ein mehr oder minder legitimer Krieg; auch war es keine neue Erscheinung, daß die Staatsgewalt, wo sie irgend konnte, zugunsten der Unternehmer in die Lohnkämpfe eingriff, daß bei einem großen Maurerstreik in Berlin das „soziale Königtum" den Maurermeistern die Kontrakte für Staatsbauten verlängerte und die Maurergesellen, die ihrer Militärpflicht genügten, den Meistern zur Verfügung stellte. Eher konnte es verwundern, daß die bürgerlichen Parteien ohne Unterschied der politischen Richtung mit gleich unbelehrbarem Hasse auf die streikenden Arbeiter einschlugen. Keine von ihnen schwang sich auch nur zu einer objektiven Würdigung der Gründe auf, welche die Lohnbewegung der Arbeiter hervorriefen

und hervorrufen mußten. Der höchste Grad ihrer Weisheit bestand darin, die Streiks als „sozialdemokratische Machenschaften“ zu denunzieren, ein Pfiff, der alles andere eher als pfiffig war.

Denn er drängte den Arbeitermassen unabweisbar die Erkenntnis auf, daß sie unter allen politischen Parteien allein in der Sozialdemokratie eine allezeit zuverlässige Freundin besäßen. Nicht als ob die sozialdemokratischen Fraktionen der Streiklust der Arbeiter irgendwie geschmeichelt hätten. Sie unterstützten die Lohnbewegung der Arbeiter, indem sie ihre Berechtigung nachwiesen, und sie traten auch mit aller Kraft für die siegreiche Durchführung der Streiks ein, wenn sie einmal ausgebrochen waren, aber nichts lag ihnen ferner, als Streiks zu provozieren, und sie wurden nicht müde, den Arbeitern einzuschärfen, daß sie für eine tüchtige Organisation sorgen müßten, ehe sie zu dem zweischneidigen Mittel der Arbeitseinstellung griffen. Selbst ein unruhiger Kopf, wie der Buchbinder Johann Most aus Augsburg, der früher in der österreichischen Arbeiterbewegung tätig gewesen war und sich im Jahre 1871 der Eisenacher Fraktion angeschlossen hatte, nicht ohne von Anfang an durch manche Extravaganzen in der eigenen Partei anzustoßen, bemühte sich doch in Chemnitz bis zum letzten Augenblicke, den Ausbruch des Maschinenbauarbeiterstreiks zu hindern. Besser als ihm glückte es dem Schlosser Karl Grillenberger, der die Lohnbewegung in der Cramer-Klettschen Fabrik umsichtig geleitet hatte, den unvermeidlichen Rückzug ohne die Verluste eines Streiks anzutreten; den Dank dafür zahlten die bürgerliche Presse und der fortschrittliche Magistrat, der zugleich Polizeibehörde war, durch die sinnreiche Behauptung, Grillenberger und die paar Sozialdemokraten, die es sonst erst in Nürnberg gab, hätten den gleichzeitigen Brotkrawall angestiftet. Darüber gingen den Nürnberger Arbeitern, die noch bis nach dem Kriege zu den treuesten Anhängern der Fortschrittspartei gehört hatten, die Augen auf, und sie kamen in hellen Haufen zur Sozialdemokratie.

Wie den Streiks, so stellten sich die Regierungen und die bürgerlichen Parteien mit gehässiger Feindseligkeit der gewerkschaftlichen Bewegung entgegen, die sich aus den Streiks entwickelte. Am gehässigsten im Königreiche Sachsen, wo sich die politische Szenerie gänzlich geändert hatte seit dem Eisenacher Kongreß und seit dem Tage von Sedan, seitdem der sächsische Partikularismus eingesehen hatte, daß er mit den Arbeitern nicht spielen und gegen die preußische Hegemonie nicht mehr

aufkommen könne. Sobald sich die sächsischen Arbeiter offen zum proletarischen Klassenkampfe bekannt hatten, schmolz auch der bürgerliche Radikalismus in Sachsen wie Schnee an der Sonne; schon bei den Reichstagswahlen von 1871 war er großenteils zum verwaschensten Nationalliberalismus übergelaufen, und der Leipziger Polizeidirektor Rüder, ein alter Genosse Robert Blums, gehörte schon zu den ärgsten Peinigern der sächsischen Arbeiter. Das ganze polizeiliche Rüstzeug, das einst der ränkevolle Geist eines Beust ausgeklügelt hatte, um die bürgerliche Opposition zu mißhandeln, wurde jetzt von der bürgerlichen Opposition in trauter Gemeinschaft mit allen rückständigen Elementen dazu gemißbraucht, die Arbeiterbewegung lahmzulegen, und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung fast mehr noch als die politische. In einem Lande, wo eine große Konzentration der gesundheitsgefährlichen Textilindustrie mit ihren Riesenetablissements, ihrer Frauen- und Kinderarbeit, ihrer seit Jahrzehnten hinsiechenden Hausindustrie, mit ihrer Abhängigkeit von auswärtigen Märkten, Krisen und Stockungen über eine schwächliche, schlechtgelohnte, zu 8000 Köpfen auf die Geviertmeile dicht zusammengedrängte Arbeiterbevölkerung ein wahres Hungerdasein verhängte, arbeiteten die herrschenden Klassen, von der reaktionären Regierung bis zu den bürgerlichen Freiheitshelden, im Schweiße ihres Angesichts daran, jeden Weg aus diesem Hungerdasein zu versperren. Im Anfang des Jahres 1872 schilderte Motteler die Schikanen, wodurch die gewerkschaftliche Bewegung in Sachsen unterdrückt wurde, mit den Worten: „Bald nennt man uns eine Verbindung von Vereinen, die das Gesetz verbiete, bald stempelt man uns zu politischen Vereinen, um uns unter gewisse Gesetzesparagraphen bringen zu können. Bald stehen wir im Geruche, mit der Londoner Internationalen zu gehen, und bald bedrohen wir die Ordnung dadurch, daß wir uns mit öffentlichen Angelegenheiten befassen." Wenn aber die sächsische Regierung in diesem polizeilichen Kleinkriege vorläufig voran marschierte, so ging die preußische Regierung gleich aufs Ganze; im Jahre 1873 brachte sie an die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs einen Entwurf über die kriminelle Bestrafung des Arbeitsvertragsbruchs, der die kaum gewährte Koalitionsfreiheit wieder aufheben sollte.

Alle die wehleidigen Klagen darüber, daß die deutschen Arbeiter, im Unterschiede von ihren englischen Kameraden, lieber revolutionären Utopien nachjagen, als auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft ihre Klassen-

lage verbessern, erledigen sich durch die einfache Tatsache, daß die deutschen Arbeiter immer durch ein raffiniertes System polizeilicher Unterdrückung aufs politische Gebiet zurückgeworfen worden sind, wenn sie sich auf gewerkschaftlichem Gebiete anzusiedeln gedachten. An und für sich gibt es wenige Dinge auf der Welt, die sich so wenig über einen Kamm scheren lassen, wie die gewerkschaftliche Organisation der modernen Arbeiterklasse. Die Möglichkeit dieser Organisation und damit das Interesse der Arbeiter für sie wechselt in der verschiedensten Weise; sie ist um so stärker, je mehr die einzelnen Gewerbe noch handwerks- oder manufakturmäßig betrieben werden; sie sinkt tief in der kapitalistisch ausgebeuteten Hausindustrie und auch in den maschinenmäßig betriebenen Großindustrien, in denen die Frauen- und Kinderarbeit eine große Rolle spielt; sie steigt wieder, wo im Maschinenbetriebe die Konkurrenz der Arbeiterhände durch besondere Ansprüche an physische Kraft oder technische Ausbildung beschränkt wird oder wo eine einschneidende Fabrikgesetzgebung die Arbeiter vor schrankenloser Ausbeutung schützt. Alle diese und andere Gesichtspunkte komplizieren sich zu einer bunten Musterkarte von Möglichkeiten und Unmöglichkeiten, und bekanntlich haben auch die englischen Gewerkschaften Jahre und Jahrzehnte hindurch schweres Lehrgeld zahlen müssen, ehe sie zu einer Macht herangewachsen sind.

Wenn sie aber dennoch zu einer Macht heranwachsen konnten, so nur, weil sie wenigstens die allerunerläßlichste Voraussetzung einer gewerkschaftlichen Organisation besaßen. Gewiß haben die englischen Koalitionsverbote schwerere Strafen angedroht und in manchen Fällen auch verhängt, als die deutschen, aber die englischen Arbeiter hatten, was die deutschen Arbeiter noch nie gehabt haben: Preß- und Vereinsfreiheit. Mit der Koalitionsfreiheit verhält es sich ähnlich wie mit dem allgemeinen Wahlrechte: ohne Preß- und Vereinsfreiheit wird sie zum Messer, dem der Griff fehlt. Ihre volle Wirksamkeit kann sie erst entfalten, wenn sie sich auf leistungsfähige Verbände stützt, und solche Verbände lassen sich nicht ohne Preß- und Vereinsfreiheit erhalten. Werden die Anfänge gewerkschaftlicher Verbände durch die schikanöse Handhabung reaktionärer Preß- und Vereinsgesetze erstickt, so bleibt den Arbeitern nichts übrig, als der politische Kampf gegen eine Reaktion, die ihnen alle Vorbedingungen ihrer Klassenorganisation abschneidet.

Von vornherein waren deshalb die deutschen Arbeiter auf den politischen Kampf angewiesen, und es kann gewiß nicht bestritten werden, daß ihr Blick für die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation dadurch manchmal getrübt worden ist. Ganz ähnlich, nur umgekehrt, wie die gewerkschaftliche Organisation den Blick der Trade Unions für die Bedeutung der politischen Organisation getrübt hat, und zwar noch viel andauernder. Denn im Anfange der siebziger Jahre war das Interesse der deutschen Arbeiter fast ebensosehr, wenn nicht noch mehr, auf ihre gewerkschaftliche, wie auf ihre politische Organisation gerichtet. Natürlich machten sich auch da die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten geltend, die in der Natur der gewerkschaftlichen Organisation liegen. Wenn von den beiden ältesten deutschen Gewerkschaften die Schriftsetzer erfolgreichere Lohnkämpfe führten als die Tabakarbeiter, so war damit nicht gesagt, daß die Tabakarbeiter ihre Sache schlechter gemacht hätten als die Schriftsetzer. Auch daß sie stärker als diese in die politischen Fraktionskämpfe verwickelt waren, gab nicht den Ausschlag, da Fritzsche als Gewerkschaftsführer geschickt genug zu lavieren verstand. Der wirkliche Grund ihrer geringeren Erfolge war vielmehr, daß den Tabakarbeitern die hausindustrielle und die weibliche Arbeit als ein Dorn im Fleische saß. Die Schriftsetzer und Tabakarbeiter hatten je ein eigenes Organ, und ebensoweit brachten es die Hutmacher, die Gold- und Silberarbeiter, die Porzelliner. Kräftige Ansätze zu gewerkschaftlichen Bildungen entwickelten sich auch bei den Bauhandwerkern, den Maurern, Zimmerern, Tischlern, Putzern. Schlechter kamen die Metallarbeiter vorwärts, teilweise weil sie sich ohne genügende Sonderung der Branchen organisierten, wodurch sehr verschiedene und sogar gegensätzliche Interessen zusammengesperrt wurden. Die Weber tagten 1871 in Glauchau und 1872 in Berlin; so wenig es ihnen an gutem Willen zur gewerkschaftlichen Organisation gebrach, so große Schwierigkeiten hatten sie zu überwinden.

In den politischen Organisationen der Arbeiterklasse gab es noch immer eine Richtung, die der gewerkschaftlichen Organisation mehr oder weniger ablehnend gegenüberstand. Sie trat bei den Lassalleanern stärker hervor als bei den Eisenachern, aber auch die Lassalleaner stellten tüchtigste Gewerkschaftsmänner, wie den Maurer Grottkau und die Zimmerer Kapell, von denen nach Lübkerts Auswanderung jener den Bund der Maurer, diese den Bund der Zimmerer leiteten. Von

den Eisenachern begann der Sattler Ignaz Auer, ein geborener Bayer, in Berlin seine Berufsgenossen zu organisieren, in Sachsen war Motteler unermüdlich tätig, und fast am unverdrossensten von allen bemühte sich der damalige Parteisekretär York um die Förderung der Gewerkschaften. Er in erster Reihe brachte auch im Juni 1872 einen Gewerkschaftskongreß in Erfurt zusammen, der von 9920 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern beschickt wurde. Davon gehörten 6152 den Internationalen Gewerksgenossenschaften, 3768 lokalen Fachvereinen an. Diese Ziffern waren nicht bedeutend und der Kongreß hatte auch keine einschneidenden Folgen; je schwerer aber die Hindernisse zu bewältigen waren, die in der Sache selbst lagen, um so entscheidender wurde es, daß die sorgsam gepflegten Keime, wo es irgend anging, von der rohen Gewalt der Polizei ausgerottet wurden.

Vergebens suchten die herrschenden Klassen ihre feindselige Gesinnung hinter der Behauptung zu verstecken, daß sie nicht den Gewerkschaften selbst, sondern dem Mißbrauche an den Kragen wollten, den die sozialdemokratische Agitation mit den Gewerkschaften triebe. Mit dieser Heuchelei mochten sie die Spießbürger, aber konnten sie nicht die Arbeiter täuschen. Sicherlich wollten die sozialdemokratischen Förderer der Gewerkschaftsbewegung durch sie nicht etwa den Emanzipationskampf des Proletariats verflachen, aber ebensowenig wollten sie mit ihr ein frivoles Spiel treiben. Ein so eifriger Parteimann wie York führte immer wieder aus, die gewerkschaftliche und die politische Arbeiterbewegung müßten auseinander gehalten werden; beide seien gleichberechtigt, aber jede habe ihre besondere Berechtigung; solle die gewerkschaftliche Bewegung gedeihen, so dürfe sie nicht zum bloßen Schwanze der politischen Bewegung werden. Was York und seine Genossen mit den Gewerkschaften wollten, das war die selbständige und unabhängige Organisation der Arbeiterschaft auf ökonomischem Gebiete. Sie verstanden die Trade Unions viel besser als die bürgerlichen Zeitungsschreiber, viel besser auch als die kathedersozialistischen Professoren, die sich zunächst für die fortschrittlichen Gewerkvereine begeisterten, um dann nach einigen Jahren durch den Mund Brentanos zu gestehen, daß diese Mißgebilde überhaupt keine Gewerkschaften seien, sondern reine Kranken-, Invaliden- und Begräbniskassen, deren Mitglieder eine platonische Liebe für gewisse Gewerkvereinsideale hegten. Die Regierung und die Bourgeoisie ertrugen aber selbst die fortschrittlichen Gewerkvereine nur mit

schlecht verhehltem Widerwillen; schon eine scheinbare Organisation der ökonomischen Arbeiterinteressen war ihnen fatal, und indem sie mit politischen Waffen auf die wirklichen Ansätze einer gewerkschaftlichen Organisation losschlugen, machten sie den Arbeitern klar, daß vor allem anderen die politische Macht der besitzenden Klassen gebrochen werden müsse, gaben sie der revolutionären Arbeiterbewegung einen gewaltigen Anstoß.

Einen nicht minder kräftigen Anstoß empfing diese Bewegung aber auch auf rein politischem Gebiete. Das altpreußische Regierungssystem, das unverändert im neuen deutschen Reiche fortbestand, machte aller schwärmerischen Begeisterung für Kaiser und Reich ein sehr schnelles Ende. Die Militär- und Steuerlasten nahmen nicht ab, und sie wirkten doppelt abschreckend überall in Deutschland, wo die Bevölkerung noch nicht an diese angenehme Fuchtel gewöhnt war. Neben dem Soldatwerden und Steuerzahlen blieb auch das Mundhalten in altpreußischen Ehren. In dem neuen norddeutschen Strafgesetze waren die Kautschukparagraphen des alten preußischen Strafgesetzes ein wenig schärfer gefaßt worden; nun ging dem Reichstage im Jahre 1873 ein neuer Preßgesetzentwurf zu, in dessen § 20 mit Gefängnis oder Festungshaft bis zwei Jahren bedroht wurde, „wer in einer Druckschrift die Familie, das Eigentum, die allgemeine Wehrpflicht oder sonstige Grundlagen der staatlichen Ordnung in einer die Sittlichkeit, den Rechtssinn oder die Vaterlandsliebe untergrabenden Weise angreife, oder Handlungen, welche das Gesetz als strafbar bezeichne, als nachahmungswert, verdienstlich oder pflichtmäßig darstelle, oder Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise angreife". Wie das Kontraktbruchgesetz auf ökonomischem, so war dieser Paragraph auf politischem Gebiete Bismarcks erstes Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, aber in seiner kautschukenen Fassung, gegen die Manteuffels Kautschukparagraphen die reinen Waisenkinder waren, konnte er auch jede bürgerliche Opposition erschlagen, und so ging er den bürgerlichen Parteien doch über den Spaß. Da die neuen Wahlen herannahten, so wagte Lasker sogar einmal ein schüchternes Wort von den „Rechten des Volks" zu murmeln, aber das bekam ihm sehr schlecht. Bismarck schnarrte ihn an: „Zum Volke gehören wir alle, zum Volke gehöre ich ebensogut wie Sie, ich habe auch mein Volksrecht, ich verbitte es mir, den Namen Volk zu monopolisieren und mich davon auszuschließen. Das verbitte ich mir." Auf diese schnöde Herausforderung

fand die liberale Opposition nicht die gebührende Antwort. Die Fortschrittler unterschieden sich kaum noch von den Nationalliberalen; der von Virchow verfaßte Wahlaufruf, den sie im Jahre 1873 für die nächsten Reichstagswahlen erließen, wurde von dem offiziösen Hauptblatte mit dem sehr verdienten Lobe geehrt, auch der konservativste Mann könne ihm seinen Beifall nicht versagen, und als ein anderes Regierungsblatt die immerhin wohlwollende Voraussetzung machte, der linke Flügel der Fortschrittspartei werde mit Virchows überloyaler Stilübung nicht einverstanden sein, spielten diese Braven noch die beleidigten Patrioten; sie versicherten, keiner ihrer Wahlaufrufe habe je eine so einstimmige Billigung aller Parteimitglieder gefunden wie dieser.

So förderte das stete Anwachsen der politischen Unzufriedenheit diejenigen Parteien, die gegenüber Bismarck ein festes Rückgrat zu bewahren wußten, die rote und die schwarze Internationale, wie sie im reichspatriotischen Jargon hießen, die sozialdemokratische und die ultramontane Partei. Die katholische Kirche hatte ihre alte und noch immer mächtige Organisation auf den Kriegsfuß gesetzt, seitdem Bismarck und die liberalen Kulturkämpfer in ihr inneres Leben griffen, und schlangenklug, wie sie in den Händeln dieser Welt ist, wußte sie die Waffen der bürgerlichen Freiheit zu schwingen, die Bismarcks Gendarmenpolitik ihr aufnötigte. In den katholischen Gegenden des Reichs leitete sie den wachsenden Strom des politischen Grolls in ihre Kanäle und kreuzte selbst bis zu einem gewissen Grade die Arbeiterbewegung. Am Rhein und in Schlesien nahm die sozialdemokratische Agitation nach dem Jahre 1870 ein entschieden langsameres Tempo an, und in Bayern verschob sich ihr leitender Standort von den katholischen Städten Augsburg und München auf das protestantische Nürnberg-Fürth. Der Ultramontanismus war durchaus nicht blöde, die in seinem Geistesbanne aufgewachsene Arbeiterbevölkerung mit sozialistischen Forderungen zu ködern; sein weitverzweigtes Vereinswesen, das er geschickt auszubauen wußte, bot namentlich den Handwerksgesellen mancherlei Anziehungspunkte; das sozialpolitische Programm, das der Domkapitular Moufang in Mainz aufstellte, sah von weitem beinahe so aus, wie das Programm Lassalles. Vor allem beglaubigte die brutale Verfolgung, deren Opfer sie waren, die katholischen Priester bei den katholischen Arbeitern noch weit besser, als aller irdische und himmlische Segen, den sie verhießen.

In den protestantischen Gegenden aber, wo die preußische Fuchtel bisher nicht bekannt gewesen war, nahm die sozialdemokratische Agitation einen Aufschwung, der mehr oder minder weit über die Grenzen hinausging, die ihr nach den historisch gegebenen Bedingungen gesteckt waren. So im protestantischen Bayern, so in Hannover, so namentlich in Schleswig-Holstein. Dies verwöhnte Lieblingskind teutscher Nation machte gar verwunderte Augen, als es nun endlich die Milch frommer Denkungsart aus dem mütterlichen Busen trinken durfte. Neben einigen industriellen Orten, Altona, Ottensen, Pinneberg, Kiel, Neumünster, wo der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein von jeher Mitgliedschaften gehabt hatte, schien Schleswig-Holstein mit seiner ackerbautreibenden Bevölkerung, seiner behäbigen Bauernklasse, seinem eingewurzelten Partikularismus und nicht zuletzt auch seinem plattdeutschen Dialekt der sozialdemokratischen Agitation verschlossen zu sein, und doch machten hier die Lassalleaner nach 1870 verhältnismäßig noch größere Fortschritte, als die Eisenacher im Königreiche Sachsen. Allerdings spielten dabei auch soziale Gesichtspunkte mit. Auf den Latifundien des östlichen Holsteins entstand dadurch eine tiefe Aufregung des ländlichen Proletariats, daß die Junker die Tagelöhner, die an und für sich schon in den erbärmlichsten Verhältnissen lebten, massenhaft auf die Straße warfen, und zwar deshalb, weil die neue deutsche Gesetzgebung schon nach zweijährigem Aufenthalte den Unterstützungswohnsitz gab, während das holsteinische Recht erst nach fünfzehnjährigem Aufenthalte das Armenrecht gegeben hatte. Aber im allgemeinen schwellte doch der Zorn über die politischen Bescherungen der Berliner Regierung die Segel der sozialdemokratischen Agitation in den Elbherzogtümern, und das übrige tat dann die schleswig-holsteinische Polizeiwirtschaft, die auch nur in Sachsen ihresgleichen hatte.

Es waren noch einigermaßen verschobene Verhältnisse. Viele Proletarier, die ihrer Klassenlage nach zur Partei der sozialen Revolution gehörten, schworen einstweilen zur Fahne des innerlich reaktionären Ultramontanismus, während sich unter den Anhängern der Sozialdemokratie in den neupreußischen Landstrichen viele unsichere Kantonisten befanden. Der Besitzstand der Partei in Schleswig-Holstein blieb jähen Schwankungen unterworfen. Allein zahlreiche Mitläufer wurden doch treue Parteigenossen und was die Hauptsache war: die Sozialdemokratie konnte leisten, was der Liberalismus überhaupt nicht mehr und der

Ultramontanismus nur vorübergehend leisten konnte: auf sie war auch in rein politischen Fragen steter Verlaß. Indem die leidenden und unterdrückten Klassen der Bevölkerung, weit über das Proletariat hinaus, auf sie blicken lernten als auf eine immer zuverlässige Stütze, erschloß sich ihr eine neue Quelle der Macht, die um so reicher strömen mußte, je mehr die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik Bismarcks sich übertrumpfte.

2. Der Haager Kongress.

Die Pariser Kommune hatte Bismarck nicht nur über die deutsche Sozialdemokratie, sondern ihn und seinesgleichen auch über die Internationale aufgeklärt. Die europäische Reaktion waffnete sich gegen den Bund der Arbeiter und verfolgte ihn in allen Ländern des Kontinents. Einer gemeinsamen polizeilichen Razzia, welche die spanische Regierung vorschlug, widersetzte sich die englische Regierung zwar noch, zum Verdrusse Bismarcks, der in seiner offiziösen Presse den britischen Boden als die Freistatt denunzierte, von wo aus die heilige Sache der Ordnung untergraben würde. Aber auch die englische Regierung schritt gegen die Sektionen der Internationalen in Irland ein und ließ durch ihre auswärtigen Vertreter Informationen über die Verzweigungen des Bundes einziehen, während die republikanische Regierung der Schweiz nur mit Mühe gehindert werden konnte, Flüchtlinge der Kommune an die Rachsucht der französischen Bourgeoisie auszuliefern.

Hand in Hand mit den Unterdrückungsmaßregeln, die der vereinigte Regierungsverstand von Europa auszutüfteln wußte, ging der Verleumdungskrieg, den die Lügenkraft der zivilisierten Welt dem Bunde machte. Apokryphe Geschichten und Geheimnisse der Internationalen, Lärmtelegramme und dreiste Fälschungen öffentlicher Urkunden jagten einander. Den großen Brand von Chicago kündete der elektrische Funke rings um die Erde als die höllische Tat der Internationalen an, und es war noch ein Wunder, wie ihr Generalrat mit treffendem Spotte sagte, daß nicht auch ein Orkan, der damals Westindien verwüstete, ihrem dämonischen Wirken zugeschrieben wurde. Ihren Gipfelpunkt erreichte diese europäische Hetze, als im September 1872 die Dreikaiserzusammenkunft in Berlin stattfand, von der die patriotischen Zinkenisten ein neues Zeitalter des Weltfriedens und des Weltenglücks datierten. Nach ihrer Behauptung war der alte feudalreaktionäre Bund der Ost-

mächte wiederhergestellt zur Rettung der modernen Gesittung, und uneingedenk der Erfahrung, daß Vögel, die morgens zu früh singen, abends von der Katze gefressen zu werden pflegen, erläuterten sie Väterchens Erscheinen in Berlin als endgültige Absage an alle französischen Revanchegelüste.

Scheinbar ertönten ihre Triumphgesänge auch nicht ganz ohne Grund. Denn in derselben Herbstwoche, wo der deutsche, der österreichische und der russische Kaiser im Schlosse an der Spree tagten, beendete die Internationale auf ihrem fünften Kongreß ihr historisches Dasein. Durch den Fall der Kommune war der Bund in eine sehr schwierige Lage gekommen. Engels, der sich im Jahre 1870 aus der kaufmännischen Tätigkeit zurückgezogen hatte und gemeinsam mit Marx im Generalrat arbeitete, sagte darüber: „Die Internationale wurde in den Vordergrund der europäischen Geschichte gedrängt in einem Augenblicke, wo ihr die Möglichkeit aller erfolgreichen praktischen Agitation abgeschnitten war. Die Ereignisse, die sie zur siebenten Großmacht erhoben, verboten ihr gleichzeitig, ihre Streitkräfte mobil zu machen und tätig zu verwenden, bei Strafe der unfehlbaren Niederlage und Zurückdämmung der Arbeiterbewegung auf Jahrzehnte.“ In der Tat, so und nicht anders lag die Sache. Die „respektablen“ Trade Unions hatten sich von der Internationalen zurückgezogen, wegen der Parteinahme des Generalrats für die Kommune, und das französische Proletariat bedurfte nach dem erschöpfenden Kriege, der Aushungerung von Paris und dem furchtbaren Aderlaß der Kommune einer geraumen Zeit, um neue Kräfte zu sammeln. Für die Stütze, welche die Internationale in ihren französischen Sektionen verlor, war es ein sehr zweifelhafter Ersatz, daß die Flüchtlinge der Kommune den Generalrat in London überschwemmten und in den endlosen Streit rissen, der den unausbleiblichen Niederschlag jeder gescheiterten Revolution bildet. Eine Ahnung von diesen Wirren gab es, wenn Frau Marx an Johann Philipp Becker schrieb, man gelte schon für preußisch, wenn man nicht auf all den französischen Firlefanz von Lug und Trug schwören wolle, was ihr platterdings unmöglich sei.

Während so die Internationale in England und Frankreich mehr oder weniger den Boden unter den Füßen verlor, wurde sie in einer Reihe ökonomisch oder politisch weniger entwickelter Länder, in Belgien, Holland, Italien, Spanien, einem Teile der Schweiz, durch inneren

Hader zerrüttet. Das Proletariat dieser Länder befand sich teilweise noch in einem Entwicklungsprozeß, den die englischen, französischen und deutschen Arbeiter schon in vormärzlicher Zeit durchgemacht hatten: in der Periode des Sozialismus, der von Politik nichts wissen will, weil die Arbeiter in den politischen Kämpfen der besitzenden Klassen stets die Betrogenen gewesen sind. Dieser Sozialismus versteht die kapitalistische Gesellschaft noch nicht nach ihren historischen Existenzbedingungen; er begreift weder die Notwendigkeit ihres Entstehens noch die Notwendigkeit ihres Vergehens; er ist sich deshalb auch völlig unklar über die Mittel, durch die das Proletariat befreit werden kann. In dem politischen Kampfe der Arbeiterklasse sieht er einen Rückfall in alte Irrtümer, eine neue Täuschung, die eine neue Macht der Unterdrückung heranzüchte. Er will die bürgerliche Gesellschaft bis auf den letzten Stein niederreißen, jede Spur ökonomischer und politischer Herrschaft vernichten, aber er will dies Ideal der Zukunft auch schon in der Gegenwart verwirklichen, indem er dem Proletariat die „politische Enthaltung", den Verzicht auf seine Organisation und damit den Verzicht auf die einzige Waffe empfiehlt, die ihm den Sieg über die konzentrierten Machtmittel der herrschenden Klassen verschaffen kann.

Der unpolitische Sozialismus ist ein Durchgangsstadium in der historischen Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins. Er mußte deshalb auch in der Internationalen vertreten sein, deren Aufgabe gerade darin bestand, die verschiedenen Arbeiterparteien der einzelnen Länder über die weltgeschichtliche Aufgabe des modernen Proletariats aufzuklären und dadurch ihre notwendigen Entwicklungsstadien abzukürzen. Jedoch wurde er eine Gefahr für die Internationale, als Bakunin ihn am Ende der sechziger Jahre unter dem Stichworte des Anarchismus zu sammeln begann und mit seiner Hilfe die Herrschaft über den großen Arbeiterbund an sich zu reißen versuchte. Daß Bakunin ein Agent der russischen Regierung gewesen sei, ist oft behauptet, aber nie bewiesen worden, und die Gründe, die dafür zu sprechen scheinen, lassen sich sehr wohl aus Bakunins panslavistischen Neigungen erklären, wegen deren er schon in den Revolutionsjahren von seinen alten Freunden Marx und Engels bekämpft worden war. Es wäre auch zu viel gesagt, wenn man Bakunins anarchistische Theorie einzig und allein auf das Konto seines persönlichen Ehrgeizes setzen wollte. Ein geborener Russe, stammte er aus einem Lande, das den proletarischen Klassenkampf noch nicht

einmal in seinen ersten Anfängen kannte, und über ein Jahrzehnt lang dem europäischen Geistesleben fern gehalten, bewegte er sich noch ganz in den Anschauungen des vormärzlichen Sozialismus, als er im Jahre 1860 seinem sibirischen Eiskerker entflohen war. Theoretisch knüpfte er mit seinem Anarchismus an Proudhon und Stirner an, und praktisch berührte er sich mannigfach mit Weitling: in der wachsenden Verelendung der Masse sah er den wirksamsten Hebel der sozialen Revolution und in den Deklassierten ihre stärksten Vorkämpfer. Aber soviel ist auch richtig, daß persönlicher Ehrgeiz und persönliche Eifersucht auf Marx mitspielten bei Bakunins Versuchen, die Herrschaft über die Internationale zu gewinnen, zu diesem Zweck ihre Organisation zu zerrütten und die europäische Arbeiterbewegung auf eine längst überwundene Stufe ihrer historischen Entwicklung zurückzuwerfen.

Es ist klar, daß der unpolitische Sozialismus einen Januskopf trägt, der auf der einen Seite ein sehr harmloses, auf der anderen Seite ein sehr blutdürstiges Gesicht zeigt. Ein Sozialismus, der die politische Enthaltung empfiehlt, aber doch die bürgerliche Gesellschaft umwälzen will, verläuft entweder in die harmloseste Selbsthilflerei, Sektenstifterei und Utopisterei, oder in geheime Verschwörungen, Attentate und Putsche. Es ist ebenso klar, daß er in den vierziger Jahren, wo noch soviel Utopismus im Schwange ging, mehr sein harmloses, und in den sechziger Jahren, wo der naturwüchsige Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat schon so schroff ausgeprägt war, mehr sein blutdürstiges Gesicht hervorkehrte. Durch die „Propaganda der Tat" gewannen die Anarchisten eine gewisse Fühlung mit den Blanquisten, dem entschlossensten Flügel der Kommuneflüchtlinge. Beide gingen sehr weit in ihren Zielen auseinander, denn die Anhänger Blanquis wollten sich gerade der politischen Gewalt durch einen raschen Handstreich bemächtigen, um durch sie eine revolutionäre Diktatur auszuüben, aber beide kamen überein in der Praxis der revolutionären Handstreiche. Einer Praxis, die den Regierungen die willkommene Gelegenheit bieten mußte, gegen die arbeitenden Klassen eine Praxis der reaktionären Handstreiche einzuleiten, und zwar mit einer zermalmenden Wucht, gegenüber der alle Attentate und Putsche, welche die Bakunisten und Blanquisten, einzeln oder gemeinsam, ausrichten konnten, nur als unreife Knabenspiele erschienen.

Der Generalrat der Internationalen und Marx als sein leitender Kopf widersetzten sich Bakunins Wühlereien mit äußerster Kraft, und

würden sie unter gewöhnlichen Verhältnissen bald bewältigt haben. Wurden sie ihrer doch sogar Herr unter den außergewöhnlichen Verhältnissen, die nach dem Falle der Pariser Kommune eingetreten waren. Aber eine andere Frage war, ob die Aufrechterhaltung der von außen und innen gleich sehr bedrängten Internationalen der europäischen Arbeiterbewegung nicht unverhältnismäßig große Opfer auferlegte. Marx bejaht diese Frage, und entschloß sich, die von dem internationalen Proletariat für sein praktisches Handeln und Schlagen geschmiedete Waffe vom anarchistischen Roste zu säubern und sie dann bis zur Wiederkehr günstigerer Zeiten auf dem Fechtboden niederzulegen. Auf dem Haager Kongresse führte er seinen Entschluß aus.

Die internationale Ausdehnung der Arbeiterbewegung trat auf diesem Kongresse noch klarer und schärfer hervor, als auf den früheren Kongressen des Bundes. Nach ihren Geburtsländern berechnet befanden sich unter den 64 Delegierten 20 Franzosen, 16 Deutsche, 8 Belgier, 6 Engländer, 3 Holländer, 3 Spanier, 2 Schweizer, 2 Ungarn, 1 Pole, 1 Irländer, 1 Däne und 1 Korse. Es stellte sich alsbald heraus, daß der bisherige Generalrat über eine starke Mehrheit verfügte; namentlich die Deutschen und — mit einer Ausnahme — auch die Franzosen standen zu ihm, während die Engländer geteilt und ungleich stimmten. Das Bestreben der Bakunisten, entsprechend ihrer anarchistischen Doktrin den Generalrat zu einem bloßen „Briefkasten", zu einem „Bureau für Korrespondenz und Statistik" herabzudrücken, wurde vereitelt, der Generalrat in seinen Befugnissen als vollziehender Ausschuß der Assoziation bestätigt und gesichert. Der Kongreß sagte sich durch einen feierlichen Beschluß von jeder Verantwortlichkeit für das Treiben der Bakunisten los und stieß Bakunin nebst einem seiner Helfershelfer aus dem Bunde.

Um so schwerer wurde es der siegreichen Mehrheit, den Generalrat nach New York zu verlegen, wie die meisten seiner bisherigen Mitglieder verlangten, darunter auch Marx, der mit Engels dem Kongresse persönlich beiwohnte. Namentlich die deutschen Delegierten widersetzten sich dem Antrage, der schließlich nur eben knapp durchging. Den Ausschlag gab, daß die Mitglieder des bisherigen Generalrats mit wenigen Ausnahmen eine Wiederwahl ablehnten, Marx und Engels speziell, weil ihnen sonst die Fortführung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten unmöglich sei, ein Grund, der natürlich nicht in subjektivem, sondern in objektivem Sinne verstanden sein sollte und auch verstanden wurde.

Wie Marx allemal willig seine wissenschaftliche Arbeit unterbrach, wo sich eine Möglichkeit praktischen Handelns für die Arbeiterklasse bot, so nahm er sie gern wieder auf, wo diese Möglichkeit nicht mehr vorhanden war. Trat aber die bisherige Mehrheit des Generalrats zurück, so konnte die oberste Leitung des Bundes nicht in London bleiben, ohne die dringende Gefahr, entweder den französischen Blanquisten mit ihrer Putschtaktik oder den englischen Arbeiterführern mit ihren „respektablen" Tendenzen in die Hände zu fallen. Wenn aber London fortfiel, so war New York der einzige Ort, der die beiden nötigen Bedingungen vereinte: Sicherheit der Archive und internationale Zusammensetzung des Generalrats.

Ohne Zweifel ging es bei diesen Beratungen und Beschlüssen des Haager Kongresses ein wenig diplomatisch her, was durch die damalige Lage der Internationalen zur Genüge erklärt und gerechtfertigt wurde. Ein paar Jahre später schrieb Engels kürzer und offener: „Angesichts der Unmöglichkeit, gegenüber der allgemeinen Reaktion den an sie gestellten Forderungen zu entsprechen und ihre volle Wirksamkeit anders aufrecht zu erhalten, als durch eine Reihe von Opfern, an denen die Arbeiterbewegung hätte verbluten müssen, — angesichts dieser Lage zog sich die Internationale vorläufig von der Bühne zurück, indem sie den Generalrat nach Amerika verlegte." Und nicht nur vorläufig zog sie sich zurück, sondern für immer. Die Internationale hielt im Jahre 1873 noch einen Kongreß in Genf ab, aber tatsächlich stellte sich heraus, daß ihre historische Aufgabe vollbracht war. Der Gedanke der internationalen Solidarität hatte in dem modernen Proletariat so tiefe Wurzeln geschlagen, daß er keiner äußeren Stütze mehr bedurfte, und die nationalen Arbeiterparteien entwickelten sich durch die industriellen Umwälzungen der siebziger Jahre so eigentümlich und kräftig, daß sie über den Rahmen der Internationalen hinauswuchsen, ähnlich wie die europäische Arbeiterbewegung durch die industriellen Umwälzungen der fünfziger Jahre über den Rahmen des Kommunistenbundes hinausgewachsen war.

---

3. Die letzten Fraktionskämpfe.

In die deutsche Arbeiterbewegung griff die Krisis der Internationalen gar nicht oder sogut wie gar nicht ein. Der Generalrat des Bundes machte in einer gegen Bakunin gerichteten Veröffentlichung die beiläufige

und ziemlich vom Zaune gebrochene Bemerkung, daß die Lassalleaner zu einfachen Werkzeugen der Polizei geworden seien, nachdem sie jahrelang die Organisation der deutschen Arbeiter gehindert hätten, und dieser ungerechte Ausfall reizte den Neuen Sozialdemokraten zu nicht weniger ungerechten Ausfällen gegen Marx und die Internationale. Aber mit Bakunins anarchistischer Theorie und Praxis hatten die Lassalleaner sowenig zu tun wie die Eisenacher.

Seit dem Tage von Sedan waren die beiden Fraktionen in der nationalen Frage einig. Sie standen im gemeinsamen Kampfe gegen das Berliner Regierungssystem. Auch in der prinzipiellen Auffassung des wissenschaftlichen Kommunismus hielten sie eine gemeinsame Höhe inne, insofern als beiden die historisch-materialistische Dialektik noch immer fremd war. Hasselmann entwickelte im Neuen Sozialdemokraten auf „naturrechtlichem" Wege, daß den Arbeitern die Produkte gehörten, die sie allein geschaffen hätten, und der Versicherungsbeamte C. A. Schramm, der im Volksstaat eine Reihe bemerkenswerter Artikel über die ökonomischen Grundbegriffe veröffentlichte, folgerte in ganz ähnlicher Weise, aus der Werttheorie von Marx ergebe sich die Berechtigung der sozialistischen Forderungen, der Anspruch der Arbeiter auf die von ihnen geschaffenen Werte. Selbst Liebknecht stellte Buckle, den Historiker des Manchestertums, als den bahnbrechenden Geist auf geschichtswissenschaftlichem Gebiete hin, wie es Marx auf sozialwissenschaftlichem und Darwin auf naturwissenschaftlichem Gebiete sei.

Der einzige der damaligen Parteischriftsteller, der in seiner Weise den historischen Materialismus erfaßt hatte, war Dietzgen, der fleißigste Theoretiker der Eisenacher, doch bewegten sich seine geistvollen Aufsätze zu eng im philosophischen Geleise, als daß sie auf die mitten im praktischen Kampfe stehenden Arbeiter wirksamen Eindruck hätten machen können. Eine Reihe älterer und neuerer Arbeiten von Marx und Engels, die der Volksstaat veröffentlichte, die Abhandlungen über den Bauernkrieg, die Adresse über die Pariser Kommune, setzten zuviel voraus, um den Arbeitern schon in Fleisch und Blut überzugehen, und in den praktischen Tagesfragen, an denen sich die historisch-materialistische Auffassung am anschaulichsten hätte erläutern lassen, griffen die Altmeister des wissenschaftlichen Kommunismus selten ein. Die Anhänger der Eisenacher Fraktion klagten oft über die allzu gelehrten und schwerfälligen Artikel des Volksstaats, und selbst der Parteiausschuß

hielt der Redaktion die Schreibweise des Neuen Sozialdemokraten als Muster vor. Die geistige Hauptnahrung blieben auch für die Arbeiter dieser Richtung die Agitationsschriften Lassalles; „der Organisation nach waren wir Eisenacher, dem Prinzip und der Agitation nach Lassalleaner", schrieb später bei einem Rückblick auf diese Zeit Karl Grillenberger, der Tüchtigsten einer aus dem Nachwuchse der Eisenacher.

Unzweifelhaft war auch der Neue Sozialdemokrat nicht bloß in der populären Darstellung, sondern ebenso in der scharfen Auffassung der ökonomisch-sozialistischen Probleme dem Volksstaat überlegen. Als die Frage der Wohnungsnot alle Welt beschäftigte, knüpfte Hasselmann an sie an, um in einer Reihe musterhaft klarer Artikel die Grund- und Bodenfrage auseinanderzulegen, während der Volksstaat über dieselbe Frage dem Proudhonisten Mülberger das Wort gab zu allerlei konfusen Ausführungen, die dann Engels durch seine klassischen Abhandlungen über die Wohnungsfrage ins reine brachte. Zu dem überhebenden Tone, den die Eisenacher gerade in theoretischen Fragen gern gegen die Lassalleaner anschlugen, hatten sie durchaus keinen Anlaß. Der Krieg, den Bracke gegen den „Lassalleschen Vorschlag" der Produktivassoziationen mit Staatshilfe eröffnete, zeigte den trefflichen Mann auf einem Holzwege; das Zerrbild, das er von Lassalles Vorschlag entwarf, indem er ihn den „vergeblich nach Hoffähigkeit strebenden königlich preußischen Regierungssozialismus" nannte, existierte nur in seiner Phantasie; Hasselmann vertrat, wie schon Schweitzer vor ihm, die Produktivassoziationen mit Staatskredit immer in dem Sinne, daß sie nach dem Siege des Proletariats die erste praktische Handhabe zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel sein sollten. Der Drang zur gründlichen Revision ihres Programms machte sich unter den Eisenachern stark geltend, aber in einer Form, die eben nur die noch große theoretische Unklarheit dieser Fraktion verriet. Bodenreformerei, Abschaffung des Erbrechts und sonst allerlei eklektischer Sozialismus, der bei den Lassalleanern schon von Schweitzer abgetan worden war, machte sich in ihren besten Köpfen noch sehr breit, und sogar bei Bracke war noch nicht die Neigung erstorben, durch zeitweilige Verhüllung des prinzipiellen Kommunismus dem radikalen Kleinbürgertum entgegenzukommen.

Nur in einer Frage, und zwar in der sehr wichtigen Gewerkschaftsfrage, war die theoretische Klarheit bei den Eisenachern entschieden größer als bei den Lassalleanern. Im Mai 1873 veröffentlichte der

Volksstaat mehrere vorzügliche Artikel über die Gewerkschaften, die heute noch mit Genuß und Nutzen gelesen werden können. In diesen „praktischen Emanzipationswinken“ wurde nachgewiesen, daß die gewerkschaftliche Bewegung eine gleich bedeutsame und gleich berechtigte Waffe des proletarischen Emanzipationskampfes sei, wie die politische Bewegung, aber daß zwischen beiden Bewegungen eine scharfe Trennung durchgeführt werden müsse. In lichtvoller Weise wurden die einzelnen Aufgaben der Gewerkschaften erörtert, wurde gezeigt, was sie als wirksame Hebel der proletarischen Klassenlage, als Übungsfelder demokratischer Selbstverwaltung, als Keime der zukünftigen Gesellschaftsorganisation, genug als Organe des bewußten Kampfes für die Emanzipation des Proletariats leisten können, immer unter der Voraussetzung, daß die gewerkschaftliche Bewegung das ihr mit der politischen Bewegung gemeinsame Ziel auf anderem selbständigen Wege verfolge. Die anonym erschienenen Artikel waren von dem Schriftsetzer Karl Hillmann verfaßt und bekundeten einen bedeutenden Fortschritt gegen die Verhandlungen des Stuttgarter Kongresses über die Gewerkschaftsfrage. Allerdings erhob sich im Volksstaate sofort eine protestierende Stimme gegen sie, doch wog die Auffassung Hillmanns unverkennbar in der Eisenacher Fraktion vor. Dagegen hatten die Gewerkschaftsmänner der Lassalleaner einen schweren Stand, und sie würden einen noch schwereren Stand gehabt haben, wenn nicht die Berliner Bauhandwerker mit ihren erfolgreichen Streiks im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eine einflußreiche Stellung eingenommen hätten. Der Allgemeine Unterstützungsverband hatte sich einer ernsthaften Streikbewegung gegenüber als ohnmächtig erwiesen, und der Versuch, ihn auf lokaler Stufenleiter als Berliner Arbeiterbund zu erneuern, hatte keinen besseren Erfolg. Die fachlich gegliederten Gewerkschaften, wie den Maurer- und Zimmererbund, hielt die Macht der Tatsachen aufrecht, aber der doktrinäre Widerstand verstummte nicht. Auf jeder Generalversammlung erhob er seine Stimme, und erzielte auch immer Beschlüsse, die mit den bestehenden Gewerkschaften aufräumen oder sie mindestens zu Filialen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins herabdrücken wollten.

In der Organisation hatten wieder die Lassalleaner den Vortritt. Ihr Heer war gerüsteter, schlagfertiger, zahlreicher. Auf ihren Generalversammlungen, die wie 1871, so auch 1872 in Berlin, 1873 aber in Frankfurt a. M. stattfanden, musterten sie in ansteigender Zahl bis

zum zweiten Zehntausend aktiver Mitglieder, während die Eisenacher, die ihre Kongresse 1871 in Dresden, 1872 in Mainz und 1873 in Eisenach abhielten, eben nur knapp ans erste Zehntausend herankamen. Freilich hatte die Organisation der Lassalleaner auch ihre bedenklichen Seiten. Zugeschnitten auf eine diktatorische Leitung, mußte sie zu bösen Rivalitäten um den beherrschenden Einfluß führen, wenn der Präsident ein Mann war, wie Hasenclever, dem im Guten und Schlimmen das Zeug zu einem Diktator fehlte. Neben ihm standen Hasselmann als Redakteur des Vereinsorgans, der Hutmacher Derossi aus Düsseldorf als Sekretär und der Kassierer Grüwel, die alljährlich durch die Generalversammlung gewählt wurden, wie der Präsident durch Urabstimmung aller Mitglieder. Im Vereinsorgan wachte Hasselmann eifersüchtig darüber, daß keine schriftstellerische Kraft neben ihm aufkam; das geistige Leben des Vereins erhielt dadurch, sowenig es sektenhaft war, doch eine sektenhafte Färbung. Auch die übrigen Mitglieder des Vorstandes kamen unter Hasenclever zu weit größerem Einfluß, als sie unter Schweitzer besessen hatten, Grottkau, die Kapells, namentlich auch der nach Iserlohn zurückgekehrte Tölcke. Das wäre ein unzweifelhafter Fortschritt gewesen, wenn die Parteileitung eine demokratische Verfassung gehabt hätte, in der die einzelnen Kräfte nebeneinander hätten arbeiten können; da ihnen dieser legitime Spielraume fehlte, so stießen sie feindlich aufeinander. Der Kultus, den die Lassalleaner mit ihrer Organisation trieben, hatte sein triftigen Gründe, aber er wurde sehr übertrieben; seinen starrsten Vertreter fand er in Tölcke, dem die Berliner Leitung immer noch nicht genug zentralisierte, obgleich er selbst in der Provinz saß.

Die Eisenacher hatten ihren Ausschuß seit 1871 in Hamburg, wo Geib und York die leitenden Köpfe waren, die Kontrollkommission wurde 1871 nach Berlin, 1872 nach Breslau, 1873 nach Frankfurt a. M. verlegt. Ihre Organisation war viel loser als die Organisation der Lassalleaner, die Mitglieder zahlten ihre Beiträge saumseliger und spärlicher; gegenüber den blühenden Finanzen der Lassalleaner kamen die Eisenacher nicht aus der Schuldennot heraus. Aber bei allen unverkennbaren Schattenseiten hatte ihre Organisation doch auch ihre Vorzüge. Schon daß die unvermeidlichen Reibungen zwischen den verschiedenen Organen der Parteileitung immer offen und sachlich ausgetragen werden konnten, war nicht hoch genug zu schätzen.

Besonders aber besaßen die Eisenacher eine reichere Literatur und Presse als die Lassalleaner. Schon im Jahre 1871 entstanden neben dem Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund der Dresdener Volksbote, die Chemnitzer Freie Presse, der Braunschweiger Volksfreund als Lokalblätter der Partei, bald auch in Nürnberg-Fürth das Demokratische Wochenblatt, das 1873 ins Eigentum der Partei überging. In fast überreicher Fülle erwuchsen dann neue Lokalblätter in Hof, Gera, Eisenach, Mainz, München, wo der Proletarier inzwischen eingegangen war. Aus dem geplanten literarischen Aktienunternehmen war die Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig geworden, die neben dem Volksstaat eine schnell anwachsende Broschürenliteratur pflegte. Auch Bracke, der den Braunschweiger Volksfreund verlegte, gab eine Reihe Parteischriften heraus.

Die „Intelligenzen" erwiesen sich für die Eisenacher keineswegs als so verhängnisvoll, wie die Lassalleaner behaupteten. Nur in Nürnberg-Fürth führte ein häßlicher Krakeel zwischen den sonst sehr begabten Literaten Memminger und Mook zu peinlichen Störungen der fränkischen Bewegung, die dann aber nach Beseitigung der beiden Störenfriede unter den treuen Händen der Arbeiter Grillenberger, Gabriel Löwenstein, Scherm, Wörlein um so gedeihlicher emporwuchs. Auch mochte es ein Erfolg von zweifelhaftem Werte sein, daß Bernhard Becker sich bei den Eisenachern einfand; seine Redaktionsführung in dem Braunschweiger Volksfreund und seine gehässigen Schriften über Lassalles Agitation und Lebensende trugen viel zur Verhetzung mit den Lassalleanern bei. Aber sonst bewährten sich die jungen literarischen Kräfte der Eisenacher durchaus: Bruno Geiser und Max Kayser in Breslau, Johannes Wedde in Hamburg, Wilhelm Blos, der von der süddeutschen Volkspartei kam und bald neben Hepner den Volksstaat redigierte, während Liebknecht seine Festungshaft abbüßte. Im fernen Königsberg gab der Referendar Kokosky eine Monatsschrift, die Demokratischen Blätter, heraus, die sich freilich nicht lange halten konnten; Kokosky ging dann an den Braunschweiger Volksfreund.

Auch die Arbeiter beteiligten sich bei den Eisenachern viel eifriger an der Broschüren- und Zeitungsliteratur, als bei den Lassalleanern, bei denen die mündliche Agitation überwog. Die historische Entwicklung brachte es mit sich, daß die Arbeiterbewegung in den siebziger Jahren nicht solche Theoretiker stellen konnte, wie in den vierziger Jahren, wo

der Bund der Kommunisten die Kämpfe der deutschen Philosophen und der englisch-französischen Sozialistenschulen mit teilnehmendem Verständnis begleitet hatte; der einzige, der an die Weitling, Eccarius, Pfänder erinnerte, war Dietzgen. Die neue Arbeiterbewegung war von vornherein mit praktischen Aufgaben über und über belastet, und die theoretische Arbeit hatten vorläufig die großen Denker des wissenschaftlichen Kommunismus vollbracht. Ihre Untersuchungen zu popularisieren und den Tageskampf mit den bürgerlichen Ökonomen zu führen, das war die bescheidene, aber nützliche und mit gutem Erfolge gelöste Aufgabe der Arbeiter, die in der Eisenacher Fraktion zur Feder griffen. Den Vogel schoß der Schriftsetzer Franz ab, der sich im Jahre 1870 einem gegen ihn als Redakteur des Proletariers eingeleiteten Hochverratsprozesse der bayerischen Regierung mit Zustimmung seiner Parteigenossen durch die Flucht nach Zürich entzogen hatte. Hier war Viktor Böhmert, ein deutscher Manchestermann, zum Professor an der Universität avanciert, und da er zu den verständigeren Vertretern seiner Schule gehörte, so hielt er sich für verpflichtet, das „ewige Naturgesetz" von manchesterlichen Gnaden, wonach mit der Akkumulation des Kapitals auch der Wohlstand des Kleinbürgertums und des Proletariats wachsen soll, einmal durch die offizielle Statistik des Kantons Zürich zu beweisen und daneben den Sozialismus aus freier Faust abzutun. Franz bewies nun in einer etwas derben und grobschlächtigen, aber inhaltlich vortrefflichen Schrift, daß der beamtete Lehrer der Statistik aus den von ihm beigebrachten Zahlen das Gegenteil von dem herauslese, was tatsächlich darin stehe. Ernst Engel, der bedeutendste deutsche Statistiker, der mit seiner charakteristischen Ehrlichkeit ehedem schon zu Lassalles Eideshelfer geworden war, erkannte jetzt in der Zeitschrift des königlich preußischen statistischen Bureaus an, daß Böhmert von Franz gründlich geschlagen worden sei; Franz habe unwiderleglich nachgewiesen, daß eine Verminderung des Mittelstandes und somit eine Vermehrung des Proletariats, und zwar in absolutem wie relativem Sinne, stattgefunden habe, und daß selbst im idyllischen Schweizerlande, in einer freien Republik, „eine wahnsinnige Konzentration des Kapitals in immer weniger Hände" eine unleugbare Tatsache sei.

Die Unterschiede zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen wurzelten in der Verschiedenheit ihrer historischen Entwicklung. Die Lassalleaner waren die ältere Fraktion und hatten eine sechsjährige

Kriegserfahrung vor den Eisenachern voraus; die günstigsten Quartiere waren schon in ihren Händen, als die Eisenacher begannen. Die Lassalleaner waren weit überwiegend in dem einzigen Großstaate des neuen Reichs vertreten; sie hielten die Reichshauptstadt und eroberten von ihr aus die Mark Brandenburg, das Stammland der neuen Kaiser. Sie beherrschten den Lauf der Oder von Breslau bis Stettin. Ihre Fahne wehte über dem alten mächtigen Hamburg mit dem schleswig-holsteinischen Vorlande, über Bremen und Lübeck und Hannover, alten Hansestädten, in denen moderner Handel und moderne Industrie kräftig emporblühten. Im Westen besaßen sie Elberfeld-Barmen mit dem bergisch-märkischen Industriebezirk, im Südwesten Frankfurt a. M. mit dem Maingau. Dagegen beherrschten die Eisenacher zwar auch ein altes Vorland deutscher Kultur, aber das Königreich Sachsen war seit dem Anfang des Jahrhunderts politisch sehr ins Hintertreffen der nationalen Entwicklung gekommen, worunter mit der einzigen Ausnahme Leipzigs namentlich auch seine großen Städte litten. In der Residenzstadt Dresden hatten die langen Jahre Beustischen Regiments das öffentliche Leben arg verkümmert, und die Fabrikstadt Chemnitz war weit und breit berufen wegen des geistigen Stumpfsinns ihrer ungebildeten Emporkömmlinge; der Volksstaat selbst wies einmal drastisch nach, daß keine Stadt in Deutschland unter sonst gleichen Verhältnissen auf einer so niedrigen Kulturstufe stände, wie das sächsische Manchester. Dann erstreckten sich die hauptsächlichen Besitzungen der Eisenacher über die kapitalistisch ausgebeutete Hausindustrie der mitteldeutschen Klein-, über die erst wie Inseln aus dem handwerksmäßigen Betriebe emporragenden Industriebezirke der süddeutschen Mittelstaaten. Der Drang nach landsmannschaftlicher Gruppierung, der bei den Eisenachern stark hervortrat, war in den Verhältnissen begründet; wenn die Blätter dieser Fraktion manchmal im Übermaß für Dezentralisation schwärmten, so mochten sie mehr aus der Not eine Tugend machen, als daß sie die Vorzüge der Zentralisation verkannt hätten.

Soviel zeigte sich auf den ersten Blick, daß die Unterschiede der beiden Fraktionen mehr auf ihre Ergänzung als auf ihre Bekämpfung hinwiesen. Auf jede besondere Stärke der Lassalleaner kam eine besondere Schwäche der Eisenacher, und umgekehrt. Die gegenseitige Unterstützung bei Streiks, die gemeinsame Arbeit in Gewerkschaften, der praktische Kampf gegen die gemeinsamen Feinde führte die Mit-

glieder beider Fraktionen an manchen Orten auch schon zusammen; in Württemberg, wo die Lassalleaner allerdings nur in der Hauptstadt einen starken Posten hatten, war sogar schon ein völliges Einvernehmen hergestellt; die Süddeutsche Volkszeitung, die im Jahre 1873 unter der Redaktion Karl Hillmanns in Stuttgart zu erscheinen begann, wurde von Lassalleanern und Eisenachern begründet. Aber die praktisch angesponnenen Fäden der Versöhnung zerrissen doch meistens wieder bei den unvermeidlichen Grenzfehden; besonders übel nahmen es die Eisenacher, als Frohme und der Schuhmacher Hartmann aus Hamburg im Sommer 1872 eine umfassende Agitation in Süddeutschland begannen. Eine wirkliche Versöhnung war nur auf offiziellem Wege möglich und damit hatte es eine eigentümliche Bewandtnis.

Die Lassalleaner spielten ein wenig den älteren Sohn vom Hause, dem sich der jüngere Sohn zu fügen habe; sie ließen die Einigungsfrage sehr an sich kommen, aber soweit sie sich darüber äußerten, hatte die Sache wenigstens Hand und Fuß: ihre Ansichten über die unpraktische Organisation und den „Halbsozialismus" der Eisenacher, dem es mit dem proletarischen Klassenkampfe kein rechter Ernst sei, mochten übertrieben oder ganz unrichtig sein, aber sie ließen eine aufklärende Diskussion zu. Umgekehrt waren die Eisenacher die viel eifrigeren Friedensprediger, aber die viel ungeschickteren Friedensstifter. Sie warfen den Lassalleanern hauptsächlich deren angebliche, bewußte oder unbewußte Abhängigkeit von der preußischen Regierung vor, und damit waren natürlich alle sachlichen Verhandlungen von vornherein abgeschnitten. Selbst Lassalle wurde von der Presse der Eisenacher als ein ganz guter Poet, aber ein sehr schlechter Politiker behandelt; in den Volksstaat verirrte sich sogar einmal das böse Wort: Wäre Lassalle nicht von selbst gekommen, so hätte Bismarck ihn erfinden müssen.

Der einzige Beweis für alle solche Unterstellungen war die Behauptung, daß die Lassalleaner von Polizei und Staatsanwaltschaft so gut wie unbehelligt blieben, während die Eisenacher die schwersten Verfolgungen zu ertragen hätten. Mit der Richtigkeit dieser Behauptung war es aber nicht zum besten bestellt. In Schleswig-Holstein wurden die Lassalleaner ebenso drangsaliert, wie die Eisenacher in Sachsen. Frohme, der angeblich als „Polizeiagent" in Süddeutschland agitiert hatte, wurde wegen dieser Agitation unter eine Reihe von Anklagen gestellt, von seinem Wohnorte Bremen wie ein gemeiner Verbrecher und

öfter mit gemeinen Verbrechern zusammengefesselt, von einem Gefängnis ins andere geschleppt; den Weg von Bensheim nach Lorsch an der Bergstraße, wo er das Verbrechen des „Hochverrats“ begangen haben sollte, mußte er mit Ketten an Händen und Füßen zu Fuß zurücklegen, obgleich er an einer schweren Beinwunde krankte; schließlich wurde er wegen absoluter Nichtigkeit der gegen ihn erhobenen Anklagen aus der Untersuchungshaft entlassen, was alles für einen „Polizeiagenten“ doch höchst wunderbare Schicksale waren. Richtig war immerhin, daß der Volksstaat schwerer mit Preßprozessen bedrängt wurde, als der Neue Sozialdemokrat, aber das war ein sehr vorübergehender Zustand und bewies ebensowenig, wie die verhältnismäßige Preßfreiheit, die das Demokratische Wochenblatt seinerzeit in Leipzig genossen hatte. Ohnehin rühmte sich der Neue Sozialdemokrat nicht ganz ohne Grund, daß er den Fußangeln der reaktionären Preß- und Strafgesetze besser auszuweichen wisse als der Volksstaat.

Jedoch gereichte der aussichtslosen Versöhnungstaktik der Eisenacher zur Entschuldigung, daß die Lassalleaner ihr einen Schein von Berechtigung gaben. Tölcke wollte an die Generalversammlung des Jahres 1872 einen Antrag bringen, der allen Gewerkschaften der Lassalleaner das Lebenslicht ausblasen sollte. Aber Hasselmann weigerte sich, den Wortlaut des Antrags im Vereinsorgane zu veröffentlichen, und die Preßkommission stimmte ihm auf eine Beschwerde Tölckes zu. Unzweifelhaft hatte sie dazu ihre sachlichen Gründe; es war ganz zwecklos, einen solchen Zankapfel in die Arbeiterwelt zu werfen, während die Streikbewegung am höchsten ging. Nun witterte Tölcke in seinem Eifer für die reine und unversehrte Organisation Lassalles hinter dem ablehnenden Bescheide eine Intrigue Schweitzers, und in einer Sitzung des Vorstandes, die am 3. März 1872 in Hannover stattfand, richtete er gegen Hasselmann die Beschuldigung, unter einer Decke mit Schweitzer zu spielen, der im Dienste der preußischen Regierung für die Gewerkschaften eingetreten sei, um die Kraft der Arbeiterbewegung durch ihre Verteilung in verschiedene Kanäle zu brechen. Schweitzer stehe mit dem Berliner Polizeipräsidium in Verbindung und hinterbringe dieser Behörde alles, was in der Arbeiterbewegung vorfalle. Tölcke erzählte aus der Zeit, wo er die stellvertretende Leitung des Vereins gehabt hatte: „Schweitzer sagte mir kurz vor dem Antritt seiner Haft, daß ich mich zu jeder Zeit, wenn etwas passiere, an das Polizeipräsidium

wenden könne. Schweitzer ist mit mir dorthin gegangen und hat mich vorgestellt, wobei er eine große Kenntnis der Räumlichkeiten entwickelte." Zu alledem erklärte Tölcke weiter, daß Schweitzer die einlaufenden Beiträge der Mitglieder in seinem Interesse verwandt habe; auch aus der Kasse des Unterstützungsverbandes habe Schweitzer 500 Taler entnommen und zu seinem Bankier getragen.

Der erste Eindruck dieser Enthüllungen auf die Hörer war der sehr natürliche Ausruf: Wenn das alles wahr ist, wenn du das alles gewußt und dennoch immer die Partei Schweitzers genommen hast, so bist du ja ein noch viel ärgerer Verräter als Schweitzer. Diese Schlußfolgerung war ganz unabweisbar. Entweder verhielten sich die Dinge so, wie Tölcke behauptete, und dann hatte er seit dem Herbste 1868 eine ebenso schimpfliche, oder noch schimpflichere Rolle gespielt, als Schweitzer, oder Tölcke hatte sich durch seinen fanatischen Organisationskultus in allerlei Wahngebilde hineingelebt, um den ihm unbegreiflichen Widerstand gegen die strenge Wiederherstellung der Lassalleschen Organisation zu erklären. Heute, wo sich alle einschlägigen Verhältnisse klar übersehen lassen, kann kein Zweifel daran bestehen, daß der zweite Fall vorlag. Tölcke war ein ehrlicher Mann und glaubte an seine Einbildungen; moralisch entlastet es ihn, daß er sich selbst darin die allerschlechteste Rolle zuerteilte, aber ihre völlige Grundlosigkeit tritt dann nur um so schärfer hervor. Über die Annahme, daß Schweitzer im Dienste der preußischen Regierung die gewerkschaftliche Bewegung eingeleitet habe, ist überhaupt kein Wort zu verlieren, aber auch der Besuch auf dem Polizeipräsidium verliert alles Anstößige, wenn man sich die Umstände vergegenwärtigt, unter denen Tölcke von Schweitzer nach Berlin gerufen wurde. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war damals gerade in Leipzig verboten und in Berlin etwas formlos wieder eröffnet worden; wenn Schweitzer, der immer großen Wert darauf legte, die formelle Vereinsorganisation solange als möglich aufrecht zu erhalten, mit Tölcke aufs Polizeipräsidium ging, um sich zu vergewissern, daß Tölckes Stellvertreterschaft von der Polizeibehörde anerkannt werden würde, so tat er nichts Schlimmeres, als ein Jahr später Bracke, der sich gleichfalls auf die Polizeidirektion in Braunschweig begab, um nachzuforschen, ob dem nach dieser Stadt verlegten Ausschusse der Eisenacher polizeiliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden würden. Schweitzer wäre ja nicht nur ein Schuft, sondern auch ein Narr gewesen, wenn

er sich, um während seiner Haft die Arbeiterbewegung in verräterischen Händen zu lassen, den ungefähr gescheitesten seiner Anhänger hundert Meilen weit verschrieben und ihn dann als Zuträger beim Polizeipräsidium angestellt hätte. Und sicherlich hätte der alte Barrikadenkämpfer Tölcke sofort Lärm geschlagen, wenn die Dinge sich wirklich so abgespielt hätten, wie er fünf Jahre später sich einbildete.

Auch die angeblichen Unterschlagungen Schweitzers lösen sich in leeren Dunst auf, wenn man ihnen auf den Leib rückt. Allerdings hatte er 500 Taler aus der Verbandskasse genommen und zu seinem Bankier getragen, aber dieser Bankier war auch der Bankier des Verbandes, an den die Einnahmen, sobald sie eine gewisse Höhe überschritten hatten, abgeführt werden mußten; Schweitzer hatte nur den formellen Fehler begangen, bei der Hinterlegung der Summe nicht zwei Mitglieder des Verbandsausschusses zuzuziehen, wie die Statuten vorschrieben. Unterschlagungen konnte er überhaupt nicht machen ohne Mitschuld des Vereins- und des Verbandskassierers; zudem hatten, gerade mit Rücksicht auf die schon von den Eisenachern gegen Schweitzer erhobenen Vorwürfe, die Generalversammlungen von 1870 und 1871 die Kassenverhältnisse aufs eingehendste untersucht und durch einstimmigen Beschluß ihre völlige Ordnung anerkannt.

Im Verlaufe dieser Streitigkeiten ist Schweitzer dann beschuldigt worden, die Vereinskasse zwar nicht widerrechtlich geplündert, aber kraft seiner diktatorischen Vollmachten in aller Form Rechtens geschröpft zu haben. Allein Schweitzer hatte alle seine Arbeit für den Verein unentgeltlich getan, bis ihm im Jahre 1869 wider seinen Willen 45 Taler Monatsgehalt aufgedrängt wurden, die er selbst auf 25 Taler herabsetzte und zunächst überhaupt nicht erhob; hat er sie später erhoben, so kann es nur im letzten Jahre seines Präsidiums geschehen sein, wie er denn auch für seine letzte große Rundreise im November und Dezember 1869 die gewöhnlichen Agitatorendiäten angenommen hat. Die sonstigen Tausende von Talern, die er geschluckt haben soll, sind allein im Interesse des Vereinsorgans aufgebracht worden und übersteigen wenig die Höhe der Gerichtskosten und Geldstrafen, die der Sozialdemokrat während seines mehr als sechsjährigen Bestehens zu leisten hatte. In den ersten Jahren seines Bestehens wurden die Fehlbeträge des Blattes aus Hofstettens Mitteln gedeckt; nach Erschöpfung dieser Mittel half die Vereinskasse aus, bis Schweitzer durch den Tod seines Vaters zu einigem Ver-

mögen gelangte. Dann kam er selbst für die Unterbilanz des Sozialdemokraten auf, bis die Partei das Blatt und zum Teil auch die Verbindlichkeiten des Blattes übernahm. Die Summen, die nominell Schweitzer, tatsächlich aber das Vereinsorgan auf diese Weise erhalten hat, bestanden hauptsächlich aus je 1000 Talern, die von den Generalversammlungen in den Jahren 1868 und 1871 bewilligt worden waren; dazu kamen noch kleinere Beträge, wie ein paar hundert Taler, welche die Berliner Mitglieder während des deutsch-französischen Krieges für das Parteiblatt aufbrachten. Von Gegnern Schweitzers ist die Gesamtsumme einmal auf 2500 Taler angegeben worden; mag sie so hoch oder höher oder niedriger gewesen sein, immer handelte es sich um Aufwendungen für einen wichtigen, um nicht zu sagen den wichtigsten Parteizweck, um Aufwendungen, die Wucherzinsen getragen haben, und in der Geschichte der Partei ehrenvoll gebucht sind: der Sozialdemokrat war für die sechziger Jahre ein so klassisches Organ des Proletariats, wie die Neue Rheinische Zeitung für die Revolutionsjahre gewesen war und wie der Züricher Sozialdemokrat für die achtziger Jahre werden sollte.

Eine dritte Behauptung geht dahin, daß Schweitzer der Kasse des Vereins kein Leid getan, sie im Gegenteil aus den geheimen Fonds der Regierung gespeist und aus dieser Quelle zugleich für sich die Mittel zu einem luxuriösen Leben geschöpft habe. Aber die Generalversammlungen von 1870 und 1871 haben nach sorgfältigster Prüfung einstimmig erklärt, daß nie ein Pfennig unrechtmäßigen Gutes in die Vereinskasse geflossen sei, und die Behauptungen über Schweitzers verschwenderische Lebensführung sind auch nur in der Zeit laut geworden, wo er seinen Vater beerbt hatte: vorher hat er durchaus eine bescheidene Existenz geführt, und nach seinem Rücktritte von der Agitation hat er sich mühsam als Bühnendichter durchgeschlagen.

Diese Einzelheiten sind etwas ausführlicher klargelegt worden, weil sie einmal eine große Rolle in der sozialdemokratischen Parteigeschichte gespielt haben und weil die Ehre eines Mannes an ihnen hängen geblieben ist: für die historische Frage nach Schweitzers Schuld oder Unschuld sind sie ohne jede Bedeutung. Diese Frage löst sich in die beiden anderen Fragen auf: Hat Schweitzer eine konsequente und wohldurchdachte Politik getrieben, die bei aller Anfechtbarkeit im einzelnen sich im ganzen nur aus den Interessen der Arbeiterklasse, nicht aber aus den Interessen der Regierung erklären ließ? Und konnte eine mächtig

anschwellende, von den kräftigsten und vorgeschrittensten Schichten des Proletariats getragene Bewegung lange Jahre hindurch von einem Polizeiagenten genasführt werden? Die Antwort auf diese Fragen geben die historischen Tatsachen.

Die Debatten der Vorstandssitzung fanden ihre Fortsetzung in der Generalversammlung, die im Mai 1872 in Berlin zusammentrat. Wieder wurden die lebhaftesten Anklagen gegen Tölcke laut, und ein Delegierter beantragte seine Ausschließung, was vollkommen berechtigt war, wenn sich alles so verhielt, wie Tölcke behauptete. Damit drohte aber auch eine neue Krisis über den Verein hereinzubrechen, und nun zeigten sich die bedenklichen Seiten des Kultus, der mit der straffen Zentralisation getrieben wurde. Bei den Eisenachern wäre der Konflikt bis in seine letzten Konsequenzen ausgetragen worden, welcher Art sie immer sein mochten, bei den Lassalleanern entschied das Vereinsinteresse. Noch während der Verhandlung wurde Schweitzer, der als Zuhörer zugegen war, zum Verlassen des Saales aufgefordert, da er nicht Mitglied des Vereins sei. Dann wurde die Sache einer Kommission zur Prüfung übergeben, die mit dem Entscheide zurückkam, gegen Schweitzer lägen große gewichtige, aber durch ganz bestimmte Tatsachen nicht erweisbare Gründe zum Mißtrauen vor, dagegen habe Hasselmann sich von allem Verdachte gereinigt und Tölcke habe früher nicht anders handeln können, da er keine genügenden Beweise gehabt habe. Beide hätten sich verständigt, womit der Antrag auf Ausstoßung Tölckes erledigt sei, die Generalversammlung müsse beiden ihr Vertrauen schenken. Diese Entscheidung der Kommission wurde mit allen gegen eine Stimme genehmigt, dann faßte die Generalversammlung noch den Beschluß, daß Schweitzer nicht mehr in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein aufgenommen werden könne. 5595 Stimmen waren dafür, 1177 dagegen, 1219 enthielten sich der Abstimmung.

Sobald diese Vorgänge durch das Protokoll der Generalversammlung ruchbar wurden, riefen sie unter den Eisenachern natürlich eine große Aufregung hervor. Der Volksstaat sagte nicht nur: So ist alles bestätigt, was von unserer Seite gegen Schweitzer eingewandt worden ist, sondern er sagte auch, wie so viele Lassalleaner: Ist Schweitzer schuldig, so sind es Hasenclever, Hasselmann, Tölcke auch. Es war den Eisenachern nicht zu verdenken, wenn sie in schärfster Weise namentlich gegen Tölcke vorgingen, der im Jahre 1869 Liebknecht und Bebel als falsche Brüder

angeklagt hatte, während er nach seiner jetzigen Behauptung damals schon gewußt haben wollte, daß Schweitzer in heimlichen Beziehungen zur preußischen Polizei stehe. Die Lassalleaner erkannten zu spät ihren schweren Fehler und suchten nun einzulenken. Der Neue Sozialdemokrat sagte, bei Schweitzers Verurteilung habe es sich nicht um seine Beziehungen zur preußischen Regierung, die ihm nicht nachgewiesen und nicht einmal vorgeworfen seien, sondern um „ganz andere Dinge“ gehandelt. Nachgewiesen waren ihm solche Beziehungen gewiß nicht, aber vorgeworfen allerdings, und die „ganz anderen Dinge“ entpuppten sich als einige unverfängliche Notizen über die Geschichte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die Rudolf Meyer auf seinen Wunsch, für seine historischen Arbeiten über die Arbeiterbewegung, von Schweitzer erhalten hatte. Schweitzer selbst hatte die harmlose Sache gelegentlich auf der Redaktion des Neuen Sozialdemokraten erzählt, und die kleine literarische Gefälligkeit, die er einem konservativen, aber unabhängigen und mit der Arbeiterbewegung sympathisierenden Schriftsteller erwiesen hatte, konnte nur dadurch zu einem „Verrate“ aufgebauscht werden, daß der Neue Sozialdemokrat die Form, die Meyer den Mitteilungen Schweitzers gegeben hatte, auf Schweitzers Konto schrieb.

So waren die Versöhnungsversuche der beiden Fraktionen vollständig verfahren. Die Bemühungen des Volksstaats, sie dennoch fortzusetzen, indem er darauf drängte, daß die Lassalleaner auch die Schweitzer absägen müßten, nachdem sie den Schweitzer losgeworden seien, konnten nur das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielen. In einer scharfen Verfügung, die der Volksstaat an der Spitze des Blattes abdrucken mußte, machte die Kontrollkommission in Breslau dieser Einigungstaktik ein Ende, die nach ihrer richtigen Bemerkung den Riß immer noch erweitern mußte, statt ihn zu schließen.

Inzwischen hatte die Notiz, daß Schweitzer nun auch von den Lassalleanern verworfen worden sei, die Runde der bürgerlichen Presse gemacht, und in seiner ersten Aufregung richtete Schweitzer an die Organe dieser Presse ein Schreiben, worin er sagte, daß solche Erscheinungen „des Undanks oder des Blödsinns“ nicht verwundern könnten „bei Leuten, von denen nur ein sehr kleiner Teil durch die Begeisterung für eine neue Idee bewegt werde, während die weitaus meisten nur durch den Neid gegen die höheren Gesellschaftsklassen oder durch andere unschöne Motive angetrieben würden“, wozu dann noch ihr beschränkter

Horizont komme. Das war ein sehr häßliches Wort, das Schweitzer schon um seiner selbst willen nicht hätte sprechen sollen, aber es war nicht sein letztes Wort. Als wegen des ihm zugefügten Unrechts der Hamburger Bevollmächtigte Bräuer mit einigen hundert Anhängern vom Verein abfiel, weigerte sich Schweitzer, ihre Führung zu übernehmen und der Arbeiterbewegung um seiner Person willen einen Stein in den Weg zu werfen. Statt neuer Zersplitterung empfahl er dringend in einem „an die Arbeiter Deutschlands" gerichteten Flugblatt die Einigung der beiden Fraktionen. Über die erlittene Kränkung ging er mit den Worten hinweg: „Bin ich schuldlos, dann hat die Generalversammlung an mir ein schändliches Unrecht begangen. Bin ich schuldig, dann tat die Generalversammlung ein schändliches Unrecht am Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, indem sie diejenigen Personen im Amt der Parteileitung ließ, die jahrelang in meiner nächsten Umgebung waren, jeden meiner Schritte beobachten konnten, bei jeder meiner Amtshandlungen die ausführenden Werkzeuge waren und somit als meine Mitschuldigen dastanden." Dann begründete Schweitzer in durchsichtig-klarer, an seine besten Tage erinnernden Weise die Notwendigkeit wie die Möglichkeit der Einigung: „mit den Führern, wenn diese wollen, ohne sie, wenn sie untätig bleiben, trotz ihnen, wenn sie widerstreben, Einheit um jeden Preis." Man liest nicht ohne Bewegung die vergilbten Blätter, das ehrliche und kluge Abschiedswort eines Mannes, der in schwierigsten Zeiten das Steuer der Sozialdemokratie mit sicherer Hand geführt und dem klassenbewußten Proletariat unvergängliche Dienste geleistet, der dann, verstrickt in die Folgen seines besten Tuns, manches Unrecht getan und schlimmeres Unrecht erduldet hat. Noch nicht drei Jahre später, im Juli 1875, ist Schweitzer in der Schweiz gestorben.

Eine praktische Wirkung hatte sein Flugblatt nicht, selbst die „Bräuerschen" blieben als einflußloses Sonderfraktiönchen bestehen. Zwischen den beiden großen Fraktionen dauerte der Krieg im Jahre 1873 fort, in unerträglicheren Formen fast als jemals früher. Der Volksstaat stimmte zu, als Sonnemann im Frühjahr dieses Jahres einen Bierkrawall in Frankfurt a. M. dahin erläuterte, daß die Lassalleaner ihn im Auftrage der preußischen Regierung angestiftet hätten, um den ehernen Felsen aller Bürgertugend, Menschenfreundschaft und Volksherrschaft, nämlich die Frankfurter Börsendemokratie zu erschüttern, und Tölcke veröffentlichte eine Broschüre, worin er nachweisen wollte, daß die Gräfin Hatzfeldt,

Liebknecht und Schweitzer immer geheime Verbündete gewesen wären, die durch ihre öffentlichen Scheinkämpfe die Arbeiterbewegung hätten ruinieren wollen. Es war, als ob jede der Fraktionen dafür sorgen wollte, daß am nahenden Tage der Versöhnung keine der anderen etwas vorzuwerfen habe.

---

4. Die Ära Tessendorff.

Die neuen Wahlen zum Reichstage, die am 10. Januar 1874 stattfanden, deckten vor aller Welt die Tatsache auf, daß Bismarck im Laufe dreier kurzer Jahre eine unvergleichlich günstige Situation in unvergleichlich kurzsichtiger Weise verfahren hatte. Er wurde nunmehr gestraft, womit er gesündigt hatte. Durch seine Preßsöldlinge war jeder Widerstand gegen seinen Despotismus als „Reichsfeindschaft" denunziert worden, und nun ergaben die Wahlen, daß, ohne Anrechnung der halben Million fortschrittlicher Stimmen, die nach Bismärckischer Rechnung halb „reichsfreundlich" und halb „reichsfeindlich" einzuschätzen waren, 2 408 549 unbedingt „reichsfreundlichen" Stimmen gegenüber standen 2 339 936 unbedingt „reichsfeindliche" Stimmen. Die „Reichsfreunde" hatten also nur noch die bescheidene Mehrheit von 74 613 Stimmen, und diese Mehrheit war tatsächlich schon eine bedenkliche Minderheit, wenn man erwog, wie manches Hunderttausend „reichsfreundlicher" Stimmen durch die bekannten Wahlmittelchen erpreßt worden war.

Günstiger, als das Verhältnis der abgegebenen Stimmen, stellte sich für Bismarck freilich die Verteilung der Mandate. Die Nationalliberalen und die Ultramontanen hatten in runder Summe je anderthalb Millionen Stimmen davongetragen, jene aber etwa 150 und diese etwa 100 Mandate. Am ungünstigsten fuhren in dieser Beziehung die Sozialdemokraten. Sie hatten die ansehnliche Zahl von 351 670 Stimmen erobert, über 6 Prozent aller abgegebenen Stimmen, die Lassalleaner 180 319, die Eisenacher 171 351. Aber die Lassalleaner hatten im ersten Wahlgange nur zwei Wahlkreise in Schleswig-Holstein gewonnen, Altona (Hasenclever) und Plön-Segeberg (Reimer), die Eisenacher nur sechs Wahlkreise im Königreiche Sachsen, Freiberg (Geib), Mittweida (Vahlteich), Chemnitz (Most), Glauchau-Meerane (Bebel), Zwickau-Crimmitschau (Motteler) und Stollberg-Schneeberg (Liebknecht). Zur Stichwahl standen noch 11 sozialdemokratische Kandidaten: in Berlin VI

und Westhavelland, in Hamburg I und II, in Itzehoe und Kiel, in Dresden-Altstadt, Leipzig-Land und Borna, im Fürstentum Reuß ä. L. und in Elberfeld-Barmen. Von ihnen allen siegten nur Hasselmann in Elberfeld-Barmen und Johann Jacoby im Leipziger Landkreise. Allein Jacoby lehnte die Wahl ab, und sein Wahlkreis ging in der Nachwahl wieder verloren. Jacoby hatte sich nach dem Leipziger Hochverratsprozesse den Eisenachern durch eine öffentliche Erklärung angeschlossen, praktisch wollte er nun aber doch nicht mittun, da er den Rechtsbruch nicht anerkennen könne, auf dem das neue Reich beruhe. Darauf antwortete der Volksstaat mit aller Achtung vor Jacoby, so gesetzlich wie die preußische Verfassung und der preußische Landtag, wo Jacoby doch solange mitgetan habe, sei das neue Reich noch alle Tage, und wenn Jacoby einmal auf diesem Standpunkte stehe, so hätte er sich nicht in einem aussichtsreichen Wahlkreise aufstellen lassen dürfen. Wie anders klang diese Sprache schon, als die Sprache des Demokratischen Wochenblattes, das sechs Jahre früher auf Jacobys verstimmte Protestpolitik die größten Hoffnungen gesetzt hatte!

Trotz der geringen Zahl von nur neun eroberten Mandaten konnten die sozialdemokratischen Wähler mit höchster Genugtuung auf das Ergebnis ihrer Anstrengungen blicken. Im Königreiche Sachsen, in Schleswig-Holstein, in den Hansestädten Hamburg, Bremen und Lübeck war schon mehr als der dritte Teil aller abgegebenen Stimmen auf ihre Kandidaten gefallen, in den nord- und mitteldeutschen Kleinstaaten, namentlich in Braunschweig und im Thüringischen, hatten sie die stattlichsten Ziffern auf den Tisch geworfen; von allen preußischen Provinzen war Posen die einzige, wo sie noch keine Anhänger zählten, in Ostpreußen hatten sie schon 3262, in Pommern 4918 Stimmen gemustert. Die 11 279 Stimmen Berlins erreichten nicht ganz die erwartete Höhe, doch kam Hasenclever in der fortschrittlichen Hochburg des Maschinenbauerviertels mit Schulze-Delitzsch in die Stichwahl, und der panische Schreck der Bourgeoisie über dies symptomatische Vorzeichen kommender Dinge entschädigte für die leichte Enttäuschung. Verhältnismäßig langsam war der Fortschritt in Rheinland-Westfalen, in Schlesien und in Bayern, den drei Hauptrekrutierungsbezirken des Ultramontanismus. Doch machte in Bayern das protestantische Franken mit 11 029 Stimmen eine rühmliche Ausnahme. In Württemberg war noch nicht ganz klare Bahn geschaffen; in mehreren Wahlkreisen schloß

die Sozialdemokratie von vornherein Kompromisse mit der Volkspartei, und in Stuttgart selbst flammte durch die Wahl noch einmal der Hader zwischen Eisenachern und Lassalleanern auf. Diese gewannen 1977, jene 434 Stimmen, im ganzen Lande wurden 8954 sozialdemokratische Stimmen gezählt. In Baden leiteten die Agitation von Mannheim aus für die Lassalleaner Dreesbach, und für die Eisenacher der Tapezierer Ehrhart; auf beide Fraktionen zusammen fielen 3516 Stimmen. In Rheinbayern, wo sich seit dem Kriege die große Industrie in Kaiserslautern und namentlich in der Vorderpfalz anzusiedeln begann, fehlte dem Proletariat noch die nötige Schulung; als sich die gänzlich verarmten Weber des Städtchens Lambrecht bei einer Gemeindewahl mit jähem Entschluß aufrafften und das ganze Fabrikantentum vom Rathause fegten, wurden die neuen proletarischen Gemeinderäte mit leichter Hand wieder beseitigt, da sie den Kniffen und Maßregelungen ihrer Ausbeuter nicht gewachsen waren.

Die sozialdemokratischen Fraktionen waren getrennt in die Wahlschlacht marschiert. Anscheinend zu ihrem Schaden, denn wenn sie von vornherein gemeinsam operiert hätten, so würden sie vielleicht ein paar Mandate mehr gewonnen haben. Tatsächlich zu ihrem Vorteile, denn die fast gleiche Zahl von Stimmen, die jede Fraktion aufgebracht hatte, wirkte abkühlend auf die gegenseitige Überreizung. Die Lassalleaner sahen, daß die Eisenacher kein Anhängsel der bürgerlichen Demokratie seien, und die Eisenacher erkannten, daß die Regierungsfreundlichkeit der Lassalleaner ein Märchen sei. Die politische Haltung der Lassalleaner in dem Wahlkampf war geradezu tadellos gewesen; in Frankfurt a. M., wo sie in der Stichwahl zwischen Lasker und Sonnemann entscheiden mußten, hieben sie trotz alledem ihren alten Gegner Sonnemann heraus. Bei ihren eigenen Stichwahlen unterstützten die beiden Fraktionen sich gegenseitig, und tatsächlich datiert ihre Einigung vom 10. Januar 1874. Die äußere Bedrängnis gab den letzten Anstoß zur völligen Verschmelzung, aber ihr erster und treibender Gedanke war sie nicht. Die Solidarität des Proletariats, seine unbedingt wirksame, aber auch seine einzige Waffe, hat die elementare Gewalt einer Naturkraft; sie kann verwüstend und zerstörend wirken, wo sie sich noch über ihre Ziele unklar ist, wo sie selbst gefährdet zu sein scheint; so erklären sich die überaus heftigen Fraktionskämpfe, die gegenseitigen Beschuldigungen von Männern, die sich all ihr Lebtag als gleich treue Vorkämpfer der Arbeiterklasse bewährt

haben, die harten Schicksale Schweitzers. Aber wo die Solidarität des Proletariats Weg und Steg klar vor sich sieht, da drängt sie auch mit unwiderstehlicher Gewalt hinein, wie ein Fluß, der sich schäumend und sprudelnd durch felsigen Grund zwängen mußte, ruhig in ein breites und tiefes Bette strömt. Dem bürgerlichen Verstande ist diese Erscheinung freilich unfaßbar, er würde sich sonst nicht seit Jahrzehnten in hoffnungslosem Irrsal über die Frage bewegen, wann Spaltungen innerhalb des klassenbewußten Proletariats möglich sind und wann nicht.

Gleich nach den Wahlen wurde der Reichstag einberufen und nun traten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten auch persönlich näher. Der neue Präsident von Forckenbeck war womöglich noch parteiischer als sein Vorgänger Simson, und Bamberger erdreistete sich, die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterklasse zu manierlichem Benehmen aufzufordern, damit sie sich als Gäste nicht die Ungnade des Hausherren zuzögen. Natürlich weigerte sich die bürgerliche Mehrheit auch, die Beurlaubung Liebknechts und Bebels, die noch in Hubertusburg saßen, für die Dauer der Session zu verlangen. So waren die sieben sozialdemokratischen Abgeordneten auf ein enges Zusammenhalten angewiesen. Anfangs kam es noch zu einigen Meinungsverschiedenheiten, aber sie wurden durchaus schon in parteigenössischem Geiste erledigt, und sie zeigten obendrein, wie sehr sich die alte feindselige Gruppierung der Fraktionen zu verschieben begann. Die Lassalleaner brachten jetzt zum neuen Militärgesetze den demonstrativen Antrag auf Einführung einer Volkswehr ein, den Liebknecht im Jahre 1867 hatte einbringen wollen, und als Motteler das Reich als nationales Gemeinwesen anerkannte, wandte Hasselmann ein, ohne die Deutsch-Österreicher sei das neue Reich kein nationales Gemeinwesen, die Sozialdemokratie müsse das ganze Deutschland wollen, das freilich nur in der Freiheit einig werden könne. In allen praktischen Fragen der Politik standen die beiden Fraktionen Schulter an Schulter; sie verwarfen gleich energisch die Gendarmenpolitik gegen die katholische Kirche und geißelten mit gleicher Schärfe das widrige Gebaren, womit die elsaß-lothringischen Abgeordneten bei ihrem ersten Eintritt in den Reichstag von der chauvinistischen Mehrheit empfangen wurden.

Bismarck brachte an den neuen Reichstag sofort wieder die beiden Ausnahmegesetze gegen das Proletariat, womit er im vorigen Reichstag gescheitert war, sowohl das Kontraktbruchgesetz, als auch den § 20 des

Preßgesetzes, diesen in etwas gemilderter Form. Glück hatte er damit aber auch jetzt noch nicht. Das Kontraktbruchgesetz blieb in der Kommission hängen, nachdem Hasselmann es in der ersten Lesung als „Kriegserklärung gegen die Arbeiterklasse" gebrandmarkt hatte, und vom § 20 des Preßgesetzes wollten die liberalen Parteien einstweilen noch nichts wissen. Sonst freilich bewilligten sie das Preßgesetz nach Bismarcks Diktaten, als einen Abklatsch des altpreußischen Preßgesetzes, der für Preußen selbst geringe Verbesserungen enthielt, für viele Mittel- und Kleinstaaten aber ein entschiedener Rückschritt war. Bei diesem Umfalle waren die preußischen Liberalen die Hauptschuldigen, die Bismarck mit dem kapitalistischen Profit geködert hatte; um die Beseitigung der Kautionen und der Stempelsteuer verhandelten sie ihr politisches Ideal einer freien Presse. Die Fortschrittspartei hätte neben dem Profit freilich auch gern die Konsequenz gerettet, aber als sie eben ihren ersten erschrecklichen Bannfluch auf die nationalliberale Verräterei losgelassen und jede Verantwortung für eine solche Mißgeburt von Preßgesetz abgelehnt hatte, erklärte ihnen Lasker trocken: Gleiche Brüder, gleiche Kappen, und so nützlich es im allgemeinen sein mag, daß ihr Fortschrittler das Banner des Prinzips in unentwegter Faust schwenkt, während wir Nationalliberalen die praktischen Geschäfte der Bourgeoisie besorgen, so habt ihr diesmal die Rederei doch allzu heftig übertrieben und müßt nun schon mit uns für das Preßgesetz stimmen, wenn wir nicht mit euch gegen das Preßgesetz stimmen sollen. Auf diesen freundschaftlichen Rippenstoß ließen die Fortschrittler die Konsequenz fahren und retteten nur den Profit. Es waren sehr runde Summen, die dabei in die Taschen der liberalen Zeitungsbesitzer fielen, aber die liberale Bourgeoisie machte doch ein sehr schlechtes Geschäft. Wenigstens ein bürgerlicher Publizist sah dem Handel auf den Grund; Guido Weiß sagte in der Wage richtig voraus, wenn der politische Druck auf der Presse bliebe und nur ihre materiellen Existenzbedingungen erleichtert würden, so würde sie noch weit mehr, als bisher schon, einen industriellen Charakter annehmen und auch die Gesinnung sich in steigendem Maße den Gesetzen des Marktes bequemen. Der bürgerliche Freisinn, der heute so herzbrechend über die Konkurrenz der gesinnungslosen Geschäftspresse jammert, hat sich selbst die Rute gebunden.

Wichtiger noch, als das Preßgesetz, war das Militärgesetz, das der Reichstag im Frühjahre 1874 zu beraten hatte. Es berührte die

Lebensfrage des bürgerlichen Parlamentarismus, die in der preußischen Konfliktszeit nicht gelöst, sondern durch die Revolution von Oben nur vertagt worden war. Die Einrichtung des norddeutschen Bundes und der deutsch-französische Krieg hatten bequeme Gelegenheiten geboten, durch Bewilligung mehrjähriger Pauschquanten die Beantwortung der Frage hinauszuschieben, ob das Parlament alljährlich das Militärbudget zu bewilligen habe; nun aber half kein Mundspitzen mehr, und es mußte gepfiffen sein. Der Entwurf des Militärgesetzes, den die Regierung vorlegte, verlangte in seinem ersten Paragraphen, daß die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres in der Höhe von 401 659 Mann für immer gesetzlich festgelegt werde. Damit war nach der Auffassung, die sogar noch die schwächlichsten Liberalen im Jahre 1867 bekundet hatten, der „nackte Absolutismus" proklamiert; verzichtete der Reichstag auf das weitaus wirksamste seiner wenigen Machtmittel, so war der Scheinkonstitutionalismus verewigt.

Nun hatte die liberale Bourgeoisie im Frühjahr 1874 weder große Einsicht noch großen Mut nötig, um Bismarcks Attentat auf ihren geliebten Konstitutionalismus zurückzuschlagen. Die Fortschrittler und die Nationalliberalen zusammen besaßen schon eine knappe Mehrheit, und da sie in der Wahrung des parlamentarischen Budgetrechts sämtliche „Reichsfeinde" hinter sich hatten, so verfügten sie über eine erdrückende Mehrheit. Allein Bismarck kannte diese Leute, denen er schon einmal mit herber Verachtung das Wort hingeworfen hatte, sie wüßten gar nicht, wie viel sie ihm 1867 hätten abzwingen können, wenn sie nur festgestanden hätten. Nicht minder verächtlich sagte er jetzt den Nationalliberalen, sie seien „auf seinen Namen gewählt" und hätten einfach zu parieren. Diese Drohung und ein lärmender Entrüstungssturm, den Bismarck durch seine Soldschreiber inszenieren ließ, genügten denn auch, die große Masse der Nationalliberalen umzuwerfen, und ihr Führer Bennigsen tat noch ein übriges, indem dieser ehemalige Leiter des Nationalvereins seiner immerhin besseren Vergangenheit den Hohn antat, zu sagen, seit 1848 sei noch keine so primitive Bewegung durch die Volksmassen gegangen, wie der offiziöse Spektakel gegen das Budgetrecht des Reichstags. Ein kleiner Rest der Nationalliberalen unter Laskers Führung versuchte zwar stehen zu bleiben, aber als er bei der Fortschrittspartei anfragen ließ, ob auf diese Reserve zu rechnen sei, kam die Schreckenskunde zurück, daß auch unter den Unentwegten die

Flucht in vollem Gange sei. So bekam Bismarck das Septennat, die gesetzliche Festlegung der Friedenspräsenzstärke auf sieben Jahre, die seinen Wünschen sogar noch mehr entsprach, als ihre dauernde Festlegung. Denn die Hof- und Militärpartei, die auf sein Hausmeiertum mit scheelen Augen sah, hätte ihn leichter abhalftern können, wenn das Militärbudget ganz aus der parlamentarischen Machtbefugnis gebracht worden wäre, während das parlamentarische Budgetrecht durch seine einmalige Preisgebung auf sieben Jahre doch schon einen unverwindlichen Stoß erhielt. Bismarck hatte ein wenig früh auf ein „Plebiszit" zurückgreifen müssen, aber er hatte auch gesehen, daß dies letzte Hilfsmittel des Bonapartismus bei den biderben Deutschen weit kräftiger anschlug, als bei den wetterwendischen Franzosen. Er räumte ihm fortan den Ehrenplatz in seiner diplomatischen Hausapotheke ein.

In allen diesen Fragen hielten die sozialdemokratischen Abgeordneten den Fuß beim Male. Es ist auch nicht wahr, daß sie immer nur die „eine sozialdemokratische Rede" gehalten hätten. Ohne nach den zweifelhaften Lorbeeren parlamentarischer Beredsamkeit zu trachten, sprachen sie einfach und klar und sachlich über jede Frage, bei der sie zum Worte kamen; höchstens Hasselmanns sonst durchaus anerkennenswerte Reden hatten manchmal eine etwas stark agitatorische Form. Der Haß der Feinde machte auch durchaus keinen Unterschied mehr zwischen den beiden Fraktionen; er schlug auf die Eisenacher wie auf die Lassalleaner los, mit der Feder wie mit dem Knüppel.

Seit den Wahlen spukte das rote Gespenst von dem Schreibtische des Säkularmenschen bis zum Biertische des Philisters. Über blöde Angst und über blödes Grollen kam aber weder der Säkularmensch noch der Philister hinaus, obgleich es ihnen nicht einmal an verständigem Rathe fehlte. Nach der seichten Makulatur des Manchestertums über die Arbeiterbewegung war die agrar- und die kathedersozialistische Richtung ihrem historischen Verständnis schon nähergerückt, und im Jahre 1874 erschienen ein paar Schriften, die den herrschenden Klassen eindringlich genug die Konsequenzen ihrer selbstmörderischen Verblendung vorhielten.

Die bedeutendste dieser Schriften war die dritte Auflage von Albert Langes Büchlein über die Arbeiterfrage. Manche Umstände hatten dazu beigetragen, Lange der bürgerlichen Weltanschauung wieder zu nähern. Er war bereits ein todkranker Mann, als er im Jahre 1872 an die

Universität Marburg berufen wurde; in der Schweiz hatte er rühmliche Kämpfe an der Spitze einer kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Demokratie von noch ungebrochener Kraft geführt; auch war Brentanos Werk über die Trade Unions nicht ohne Einfluß auf ihn geblieben. Lange meinte, Brentanos „bedeutende Arbeiten“ hätten die „extremen Ansichten“ von Marx erschüttert, wonach eine kräftige Gewerkschaftsorganisation und eine wirksame Fabrikgesetzgebung gegenüber der Notwendigkeit einer sozialen Revolution bedeutungslos seien. Aber wenn sich Lange nicht mehr speziell an die Adresse der Arbeiter wandte, so hatte er deshalb nicht aufgehört, der alte treue Freund der Arbeiterklasse zu sein. Immer stellte er die „wirkliche und vollständige Emanzipation der Arbeiter aus ihrer unwürdigen Abhängigkeit von den Unternehmern“ als das oberste Ziel jeder ernsthaften Sozialreform hin, und mit deutlicher Anspielung auf die kathedersozialistische Windfahne Adolf Wagner meinte er, daß wer in besonderen Broschüren Franklin zitiere, um zu beweisen, daß die Arbeiter ihr Los einzig durch Fleiß und Sparsamkeit verbessern könnten, überhaupt nicht mitzähle. Auch sagte Lange bei aller Achtung vor Brentanos Arbeiten, es sei mindestens zweifelhaft, ob nicht alle mühevollen Errungenschaften der Arbeiter, die so oft wieder durch die Macht des Kapitals durchbrochen und zurückgeworfen würden, nicht dennoch bloß als Vorbereitungen zu einer durchgreifenden Umgestaltung der Verhältnisse zu betrachten seien, die auch das Staatswesen und die Form des Besitzes ergreife. Er kam dadurch der Auffassung von Marx sehr nahe, der die Gewerkschaftsorganisation und die Fabrikgesetzgebung niemals für bedeutungslos erklärt, aber allerdings stets nur als „Vorbereitungen zu einer durchgreifenden Umgestaltung“ aufgefaßt hat. Jedoch im Wesen der Sache sprach Lange in der dritten Auflage seiner Schrift zur bürgerlichen, wie in ihrer ersten Auflage zur proletarischen Leserwelt. Er löste die Täuschungen interessierter Bourgeoisökonomen in ihr Nichts auf und trat den Vorurteilen der gebildeten Philister mit einleuchtenden Gründen entgegen: einen getreueren Eckart konnte sich die bürgerliche Kultur nicht wünschen, die überhaupt noch ihren Namen verdiente.

Beträchtlich tiefer stand schon die andere Schrift, die im Frühjahr 1874 als mahnende und warnende Stimme im bürgerlichen Lager laut wurde: Schäffles Quintessenz des Sozialismus. Politisch ein sehr unklarer Kopf, ehedem partikularistisch-demokratischer Preußenfresser im Schwaben-

land, dann österreichischer Handelsminister in einem feudalen Ministerium, endlich Egeria bei Bismarcks Almosensozialismus, hat Schäffle die historische Berechtigung der Arbeiterbewegung, die Lange in hohem Grade verstand, niemals verstanden. Er faßte den wissenschaftlichen Kommunismus als ein utopisches System auf, das auf der Grundlage des kapitalistischen Wertbegriffes die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchführen wolle, und kam so zu einer Reihe grober Mißverständnisse. Was er aber wirklich geleistet hat und was zu leisten im Jahre 1874 ein wirkliches Verdienst war, das war die offene Opposition „gegen den wüsten Einfluß der Schlagworte, der Vorspiegelungen, der Leidenschaften, der Vorurteile, der Selbstbelügung und der Denunziationen", womit sich die Bourgeoisie über die angeblichen „Teiler" von Sozialisten erheben zu können glaubte. Schäffle erklärte die Vergesellschaftung der Produktionsmittel für ein Ziel, dessen Erreichung sehr zweifelhaft sei, aber er wies nach, daß sie, wenn sie möglich sei, dem kapitalistischen Privatbetriebe, der „besten der Welten", unendlich überlegen sein würde. Seine Beweisführung blieb so wenig, wie Langes Beweisführung ganz ohne Eindruck auf die bürgerliche Ideologie, jedoch ehe diese Wirkung sich irgend erweitern und vertiefen konnte, kam schon der Herold und Prophet des neuen Reichs mit mächtigen Tamtamschlägen heran, um die Köpfe der Patrioten wieder zu betäuben.

Im Sommer 1874 veröffentlichte Treitschke die Aufsätze über den Sozialismus und seine Gönner, worin er allen Patrioten die kathedersozialistische Limonade und nun gar den unverfälschten Wein des wissenschaftlichen Kommunismus als gefährliche Gifttränke denunzierte. Nach seinem Bildungs- und Entwicklungsgange hätte Treitschke selbst zur kathedersozialistischen Richtung gehört, aber als der ehrlichste und geistreichste unter den Einheitsfanatikern der Bourgeoisie sah er mit richtigem Instinkte voraus, daß in der Sozialdemokratie die Macht heranwachse, die über alle seine mühsam mit Blut und Eisen gekitteten Ideale siegenden Fußes hinwegschreiten werde. So wurde er der leidenschaftlichste aller Sozialistentöter. Ohne je ernsthafte ökonomische Studien getrieben zu haben, mußte er mit den ältesten Gemeinplätzen des Manchestertums hantieren, die er so feierlich einherdröhnte, als brächte er eine frische Sendung göttlicher Geheimnisse vom Berge Sinai heim. Indem er behauptete, seine sozialpolitische Weisheit aus der sozialen Statistik der Freihändler geschöpft zu haben, also aus einer Quelle, die nie und

nirgends gesprudelt hat, bescheinigte er selbst seine gänzliche Unkenntnis in ökonomischen Fragen, und er opferte auch gern seinen Ruf als Historiker auf dem Altare des Vaterlandes, durch die verblüffende Behauptung, daß die englischen Freihändler die Urheber der englischen Fabrikgesetze seien. Wo ihn aber doch die freihändlerische Doktrin im Stiche ließ, da rettete er sich durch die naturwissenschaftliche Doktrin. Kam die alleinseligmachende Konkurrenz als Regulator der menschlichen Gesellschaft in Mißkredit, so segelte es sich ebenso bequem unter der Flagge des Kampfes ums Dasein. Die Entwicklung des menschlichen Geschlechtes hängt von der ewigen Ungleichheit der Menschen ab, denn sie nährt sich vom Elend der Massen und sie verjüngt sich im Blutbade der Schlachtfelder. Was Darwin in aller Gewissenhaftigkeit des Forschers als unbewußten Erhaltungstrieb des tierischen Daseins nachgewiesen hatte, das rief Treitschke als Sittengesetz der Menschheit aus. Treffend bemerkte Guido Weiß dazu: die Bestialität hat sich ihres Namens fürder nicht zu schämen, gehet hin und lernet vom Raubtier.

Sie gingen hin und lernten vom Raubtier. Wie hoch die konservative und die liberale Presse den endlich gefundenen Drachentöter Treitschke pries, so war Bismarck doch ein viel zu praktischer Politiker, um an ein biblisches Wunder zu glauben, um zu hoffen, daß die Mauern von Jericho durch eine noch so mächtige Posaune umgeblasen werden könnten. Er rechnete mit handgreiflichen Machtmitteln, und da ihm der Reichstag noch Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterklasse verweigerte, so war er der plausiblen Meinung, daß sich das Handwerkszeug der Manteuffelschen Reaktion weit ausgiebiger gegen die Sozialdemokratie verwenden lasse, als bisher geschehen sei. Sein Hauptwerkzeug bei dieser staatsmännischen Aktion wurde der Staatsanwalt Tessendorff, ein beschränkter Bureaukrat und stümperhafter Jurist, aber eine jener servilen Naturen, die vor keinem Handlangerdienste zurückschrecken. Tessendorff, der sich als Staatsanwalt in Magdeburg durch die hitzige Verfolgung der sozialdemokratischen Agitation hervorgetan hatte, wurde nach Berlin berufen und fand in der siebenten Deputation des Berliner Stadtgerichts ein Dreimännerkollegium, das eines solchen Staatsanwalts würdig war.

Bereits im Januar 1874 erwarb sich Tessendorff seine ersten staatsretterischen Sporen an dem Schriftsetzer Heinsch, dem Berliner Vertrauensmann der Eisenacher, der sich weder durch Rede noch Schrift

verſündigt hatte, aber als ausgezeichneter Organiſator der Arbeiterklaſſe eine gründliche Abſtrafung verdiente. Heinſch wurde der Aufreizung und ſonſtiger Verbrechen angeklagt, weil er bei einem Arbeiterfeſte Karten verteilt hatte, auf deren Rückſeite ein weitverbreitetes und niemals angefochtenes Arbeiterlied abgedruckt war. Teſſendorff beantragte zwei Jahre, und die ſiebente Deputation erkannte auf ein Jahr Gefängnis. Dabei verkündete Teſſendorff, er werde demnächſt auch mit Moſt ein „Hühnchen pflücken", der jenes Gedicht in eine von ihm veranſtaltete Liederſammlung aufgenommen hatte. Gleich nach Schluß der Reichstagsſeſſion wurde Moſt in Mainz verhaftet, nach Berlin transportiert, mit Dieben und Gaunern zuſammengeſteckt, endlich angeklagt, in einer Rede über die Pariſer Kommune aufgereizt zu haben durch die Bemerkung, daß eine Revolution unvermeidlich ſei, wenn die herrſchenden Klaſſen ſich nicht zu rechtzeitigen Reformen entſchlöſſen. Wegen dieſer „frechen Drohung", die tatſächlich eine ſelbſt den zahmſten Kathederſozialiſten geläufige Wendung war, beantragte Teſſendorff dritthalb Jahre und erkannten die würdigen Richter, die es in Berlin gab, auf anderthalb Jahre Gefängnis.

Jedoch beſchränkten ſich Teſſendorff und die Staatsanwälte ähnlichen Schlages keineswegs auf die Verfolgung der Eiſenacher. In den erſten ſieben Monaten des Jahres 1874 wurden, ungerechnet die mit Geldſtrafen erledigten Bagatellſachen, allein im preußiſchen Staate nicht weniger als 87 Laſſalleaner in 104 Prozeſſen zu insgeſamt 211 Monaten und 3 Wochen Gefängnis verurteilt, durchweg auf Grund von Kautſchukparagraphen, wegen Schmähung von Staatseinrichtungen, wegen Aufreizung verſchiedener Bevölkerungsklaſſen gegen einander, wegen Widerſtandes gegen die Staatsgewalt, wegen Majeſtäts- und ſonſtiger Beleidigung, nicht zum wenigſten wegen Bismarckbeleidigung, die neben vielen anderen Haſenclever mit 3 Monaten Gefängnis zu büßen hatte. Der Säkularmenſch hatte endlich auch einmal einen originalen Gedanken, auf den ſein alter Gönner Manteuffel noch nicht verfallen war; er ließ ſich Tauſende von Strafantragsformularen lithographieren, die er in ſeinen Mußeſtunden mit ſeiner eigenhändigen Namensunterſchrift verzierte, um ſie gegen die Kritiker ſeines Syſtems als gegen angebliche Beleidiger ſeiner Perſon abzufeuern. Die Urteile, denen die angeklagten Laſſalleaner verfielen, waren durchweg von demſelben juriſtiſchen Kaliber, wie die über Heinſch und Moſt gefällten Urteile, und der Ruhm der

siebenten Deputation, in ihrer Art einzig zu sein, verblich sehr schnell. Abermals bestätigte sich, was Helvetius einst über besoldete Richter gesagt und ein namhafter Jurist, wie Twesten, in etwas höflicheren Worten bestätigt hatte: Hätte die Pest Orden und Pensionen zu vergeben, so würden die Juristen beweisen, daß die Pest von Gottes und Rechts wegen bestehe, und daß sich ihr zu entziehen Hochverrat sei.

Die gleichmäßig harte Verfolgung der Lassalleaner und der Eisenacher räumte wieder ein tüchtig Teil des alten Schuttes fort, der noch zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen lagerte. Dennoch lehnte die Generalversammlung der Lassalleaner, die zu Pfingsten in Hannover tagte, einen Antrag auf Einigung mit den Eisenachern ab, während der Kongreß der Eisenacher, der ein paar Monate später in Koburg zusammentrat, zwar seine Geneigtheit zur Einigung aussprach, aber die praktische Erörterung ihrer Möglichkeit aufs nächste Jahr verschob. Das einzige Hindernis der völligen Verschmelzung war jetzt nur noch die Organisationsfrage. Die Eisenacher wollten sich der allzu strammen Organisation nicht fügen, während die Lassalleaner nicht von ihr lassen wollten, obgleich gerade die Generalversammlung in Hannover von neuem gezeigt hatte, daß ihre peinlichste Wirkung, die Reibereien unter den Führern, immer wieder auftauchte. Da verfiel Tessendorff auf den rettenden Gedanken: Zerstören wir die sozialdemokratische Organisation, und die sozialdemokratische Partei ist nicht mehr. Nichts war verdienter, als der Lorbeer, den die sozialdemokratischen Blätter der siebziger Jahre diesem Helfer in der Not zu spenden pflegten.

Gleich nach der Generalversammlung in Hannover wurden bei den bekannten Lassalleanern in Berlin massenhafte Haussuchungen gehalten, und Körbe voll ihrer Papiere aufs Polizeipräsidium geschleppt. Sie erkannten, worauf es abgesehen war, und Hasenclever verlegte den Sitz des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sofort nach Bremen. Doch die Zeiten waren vorüber, in denen die Reaktion wenigstens Sinn und Wortlaut ihrer eigenen Gesetze geachtet hatte. Tölcke versuchte noch einmal im Neuen Sozialdemokraten nachzuweisen, daß der Organisation des Vereins selbst mit dem preußischen Vereinsgesetze nicht beizukommen sei, und in der Tat war sie diesem Gesetze strenger angepaßt, als die Organisation irgend einer anderen politischen Partei. Aber die Redaktion machte zu Tölckes Ausführungen die ebenso kurze wie treffende Bemerkung, wenn der Verein aufgelöst werden solle, so würden juristische

Skrupel das allerletzte Hindernis sein. Bereits am 25. Juni konnte Tessendorff einen gerichtlichen Beschluß produzieren, der die vorläufige Schließung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins anordnete. Als Vorwand mußte, wie bei den früheren Schließungen, der § 8 des Vereinsgesetzes wegen Bildung von Zweigvereinen dienen. In ähnlicher Weise wurde gegen die Gewerkschaften der Lassalleaner und gegen den Arbeiterinnenverein eingeschritten, der die proletarische Frauenbewegung zu organisieren begonnen hatte; auch die Berliner Organisation der Eisenacher kam bald an die Reihe. Wie das Vereins-, so wurde auch das Versammlungsrecht für die Arbeiter illusorisch, indem ihre Versammlungen als angebliche Fortsetzung der geschlossenen Vereinsorganisation aufgelöst wurden. Genug, die Ära Tessendorff zeigte, daß die reaktionären Vereinsgesetze der Gegenrevolution gegen das Proletariat noch ganz anders mißbraucht werden konnten, als sie dermaleinst gegen das Bürgertum mißbraucht worden waren.

Damit wurde aber die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen zur unaufschiebbaren Notwendigkeit. Waren die äußeren Stützen der Organisation fortgeschlagen, so stand die Partei um so fester, je größer sie war. Das wußten sich die Lassalleaner zu sagen und danach zu handeln. Bis zu einem gewissen, aber doch nur nebensächlichen Grade wirkten auch die Eifersüchteleien unter ihren Führern auf die schnellere Verschmelzung mit den Eisenachern hin; in der Hauptsache entschied, daß Tessendorff den letzten Zankapfel aus der Welt geschafft und durch seine brutalen Verfolgungen die einheitlich geschlossene Phalanx aller klassenbewußten Proletarier zurecht gehämmert hatte. Tölcke, bis dahin der starrste Organisationsfanatiker der Lassalleaner, wandte sich im Herbste 1874 an Geib und Liebknecht, die ohne Zögern in die dargebotene Hand der Versöhnung schlugen.

Über die Einzelheiten der Vereinigung berieten die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zum erstenmale am 15. Dezember 1874. Auf Geibs Frage nach den Bedingungen der Lassalleaner erklärte Hasselmann als die entscheidende Forderung die beiderseitige rückhaltlose Anerkennung des proletarischen Klassenkampfes. Davon scheinen die Eisenacher etwas überrascht gewesen zu sein, weil sie eine spezifische Forderung des Lassalleschen Programms, etwa die Produktivassoziationen mit Staatskredit, erwartet haben mochten, doch konnte Hasselmann nach der ganzen historischen Entwicklung der Lassalleaner eben nur diese Forderung als

das A und O der Vereinigung stellen. Natürlich waren die Eisenacher damit sofort einverstanden. Am Abend desselben Tages fand eine Massenversammlung statt, in der die Abgeordneten beider Fraktionen von den Berliner Arbeitern mit stürmischem Jubel begrüßt wurden.

Drei Wochen später flossen auch in Hamburg die beiden Ströme der Arbeiterbewegung ineinander. Am 1. Januar 1875 war der treue York gestorben, im frischesten Mannesalter, frühzeitig aufgerieben von Arbeiten und Kämpfen. Lassalleaner und Eisenacher gaben ihm gemeinsam das letzte Geleit, in einem stattlichen Zuge von fünftausend Mann, über dem zwanzig Fahnen wehten. Als ein alter Freund Yorks am Holstentore in die Reihen trat und einen Fahnenträger fragte, welchem Gewerke die schöne Fahne gehöre, antwortete ihm der junge kräftige Arbeiter: Das ist gleichgültig, wozu die Frage? Wir sind alle eins.

Viertes Kapitel.

Der Gothaer Einigungskongress.

Die eingehenden Beratungen über die Frage, wie die Verschmelzung der beiden Fraktionen durchgeführt werden könne, fanden am 14. und 15. Februar 1875 in Gotha statt. Von jeder Seite waren je neun Mitglieder zugegen, von den Lassalleanern Hasenclever, Hasselmann, Hartmann, die beiden Kapells, Reinders, von den Eisenachern Liebknecht, Motteler, Vahlteich, Geib, dazu Eduard Bernstein, ein junger Bankbeamter aus Berlin, Wilhelm Bock aus Gotha, der sich um die gewerkschaftliche Organisation der Schuhmacher verdient gemacht, und Ignaz Auer, der als Leiter der sächsischen Wahlschlacht hervorragende Talente bekundet und seit dem Sommer 1874 als Ersatzmann Yorks die Stelle des Parteisekretärs übernommen hatte. Bebel saß noch im Gefängnisse.

Das Protokoll dieser Vorkonferenz wurde nicht veröffentlicht, wohl aber ihr Ergebnis, zwei Vorlagen über Organisation und Programm der neuen Gesamtpartei. Der Organisationsentwurf verzichtete nach den reaktionären Verfolgungen auf jede Vereinsbildung; der Partei konnte jeder angehören, der sich zum Parteiprogramm bekannte und für die Förderung der Parteiinteressen tatkräftig, auch durch Geldopfer, eintrat. Die diktatorische Spitze wurde abgestoßen, dagegen im Interesse einer starken Zentralisation die Wahl aller Parteibehörden durch den jährlichen Parteikongreß angeordnet. Als Parteibehörden fungierten neben den Redaktionen der beiden offiziellen Organe, die vorläufig nebeneinander fortbestehen sollten, ein Vorstand von fünf, eine Kontrollkommission von sieben und ein Ausschuß von achtzehn Mitgliedern. Die Mitglieder des Vorstandes und der Kontrollkommission mußten je an einem und demselben Orte, die Mitglieder des Ausschusses konnten auch an verschiedenen Orten wohnen. Seine Aufgabe sollte sein, Meinungsverschiedenheiten zwischen Vorstand und Kontrollkommission zu entscheiden.

Die Programmvorlage war ein Kompromiß zwischen den bisherigen Programmen der Lassalleaner und der Eisenacher, ein Kompromiß jedoch weit mehr der Form als dem Wesen nach. Von ihren Überzeugungen brauchte keine der beiden Fraktionen etwas preiszugeben, aus dem einfachen Grunde, weil diese Überzeugungen sich im wesentlichen deckten. Soweit darin überhaupt noch ein Unterschied bestand, waren die Lassalleaner die entwickeltere Fraktion, und es gelang ihnen denn auch, alle ihre Sturmworte in das neue Programm zu bringen, den unverkürzten Arbeitsertrag für die Arbeiter, das eherne Lohngesetz, die Produktivassoziationen mit Staatskredit, die Eine reaktionäre Masse, aber alle so, daß damit den Eisenachern kein Opfer ihrer besseren Einsicht zugemutet wurde. Die einzige dieser Forderungen, die nicht auch den Eisenachern geläufig war, die Produktivassoziationen mit Staatskredit, wurde ausdrücklich in dem Sinne erläutert, worin sie stets von den Lassalleanern aufgestellt worden war, und worin sie von den Eisenachern ohne jedes Bedenken unterzeichnet werden konnte.

Gleich der erste grundlegende Satz: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern", war Gemeingut beider Fraktionen. Er war die getreue Formulierung des Gedankens, daß, da die gesellschaftlich notwendige Arbeit alle Werte schaffe, diese Werte auch unverkürzt allen Arbeitern gehören. Der Anspruch des Arbeiters auf den „vollen Ertrag seiner Arbeit" war ein moralisch-rechtlicher, ein „naturrechtlicher" Protest gegen die Grundrente und den Kapitalprofit, gegen die Aneignung des Mehrwerts durch die herrschenden Klassen. Die Auffassung des Mehrwerts aber als eines Hebels, der die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft umwälzt, die Auffassung, daß die sozialistische Gesellschaft als solche produziert, der Ertrag der gemeinsamen Arbeit also auch der Gesellschaft gehört, und unter die einzelnen Gesellschaftsglieder nur „verkürzt", nur soweit verteilt werden kann, als er für die gemeinsamen Zwecke der Gesellschaft nicht beansprucht wird, war beiden Fraktionen noch verschleiert. Sonst kamen in dem prinzipiellen Teil des Programms, unbeschadet einzelner anfechtbarer und ungenauer Ausdrücke, die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft, die gänzliche Beseitigung der Lohnarbeit, der proletarische Klassenkampf als das einzige

Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse, zu vollkommen klarem Ausdruck. Nicht minder klar wurde die Notwendigkeit betont, zunächst im nationalen Rahmen zu wirken, aber auch den Aufgaben und Pflichten der internationalen Arbeiterbewegung gerecht zu werden.

Die praktischen Forderungen, die der Programmentwurf an die kapitalistische Gesellschaft richtete, liefen auf die völlige Demokratisierung des Staats, auf unbeschränkte Koalitionsfreiheit und eine durchgreifende Arbeiterschutzgesetzgebung hinaus. Als Übergangsmittel von der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft figurierten die Produktivassoziationen mit Staatskredit, die unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes und für Ackerbau wie Industrie in solchem Umfange ins Leben gerufen werden sollten, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entstehen mußte.

Wie bekannt, unterwarf Marx diesen Programmentwurf einer sehr scharfen Kritik, die er von London aus am 5. Mai an Bracke, Geib, Auer, Bebel und Liebknecht sandte. Sie ist heute noch überaus lesenswert wegen ihrer prinzipiell-positiven Gesichtspunkte; ihre negative Auffassung aber traf vielfach daneben, und zwar deshalb, weil sie von tatsächlich unrichtigen Voraussetzungen ausging. Marx verkannte, daß der Programmentwurf die theoretischen Anschauungen beider Fraktionen getreu wiederspiegelte; er glaubte, daß die Eisenacher den wissenschaftlichen Kommunismus bereits in allen seinen Konsequenzen erfaßt hätten, während die Lassalleaner eine zurückgebliebene Sekte seien, die, von der historischen Entwicklung auf den Sand gesetzt, sich den Eisenachern ergeben müsse. Aus diesem Irrtum erklärt sich vollkommen der heftige Unmut, aus dem heraus Marx schrieb. Er übertrieb keineswegs den Wert von Programmen, sondern sagte ganz offen: Jeder Schritt praktischer Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme. Aber er wollte keinen „Prinzipienschacher" und meinte, ehe man sich darauf einlasse, solle man sich lieber mit einer Übereinkunft für Aktion gegen den gemeinsamen Feind begnügen. An und für sich war diese Ansicht ganz unanfechtbar; hätte eine der beiden Fraktionen auch nur ein Titelchen ihrer Prinzipien geopfert, so wäre die neue Gesamtpartei dadurch allerdings „demoralisiert" worden; es wäre dann auch sehr bald zu neuen Spaltungen gekommen, und zwar zu um so gefährlicheren Spaltungen, als die Zeit herannahte, wo sich der Mangel einer erschöpfenden theoretischen Auffassung praktisch sehr fühlbar machen sollte.

Marx irrte darin, daß er theoretisch die Eisenacher über- und die Lassalleaner unterschätzte. Wie er zu dem Irrtum über die Eisenacher gekommen ist, läßt sich nicht mit voller Bestimmtheit sagen. Hat er den Volksstaat aufmerksam und regelmäßig gelesen, so konnte er schwer verkennen, wie breit sich noch mancherlei eklektischer Sozialismus in den Spalten des Eisenacher Organs machte. Es scheint, daß Marx in Männern wie Dietzgen die Masse der Eisenacher Partei verkörpert gesehen hat und daß er durch den Kampf des Volksstaats gegen das angebliche Sektentum der Lassalleaner unwillkürlich zu der Meinung verleitet worden ist, die Eisenacher seien theoretisch entwickelter, als sie tatsächlich waren. Leichter ist zu verstehen, weshalb Marx die Lassalleaner unterschätzte. Wie der Volksstaat zur Zeit der Fraktionskämpfe zu versichern pflegte, las Marx den Neuen Sozialdemokraten überhaupt nicht, und wenn er sich die Lassalleaner so vorstellte, wie sie im Volksstaat abkonterfeit wurden, so mußte er sich allerdings ein grundfalsches Bild von ihnen machen.

Sowenig die Eisenacher bei dem Gothaer Programmentwurfe ihre Prinzipien verrieten, sowenig machten die Lassalleaner dabei die Vorbehalte, wegen deren Marx sie im Verdacht hatte. Sonst gewöhnt, die Arbeiterbewegung immer nach ihrem großen Wurfe zu beurteilen, nahm er für dieses Mal die Dinge allzusehr unters Mikroskop und suchte hinter kleinen Unbehilflichkeiten, Unebenheiten, Ungenauigkeiten des Ausdrucks hinterhaltige Absichten, die wirklich nicht dahinter steckten. Auch läßt sich nicht leugnen, daß seine Antipathie gegen Lassalle in diesem Briefe sein Urteil beeinflußt hat. Es war ein ebenso harter, wie ungerechter Vorwurf, wenn er sagte, Lassalle habe das Kommunistische Manifest grob verfälscht, um seine Allianz mit den absolutistischen und feudalen Gegnern der Bourgeoisie zu beschönigen. Lassalle hat weder diese Allianz abgeschlossen, noch das Kommunistische Manifest grob verfälscht. Beim ehernen Lohngesetz ging er nicht von Malthus aus, sondern faßte es genau so auf, wie es im Kommunistischen Manifest aufgefaßt worden war. Auch hat Lassalle das Schlagwort von der Einen reaktionären Masse nicht geprägt, sondern es war sozusagen von selbst entstanden, aus der zwölfjährigen Erfahrung der deutschen Arbeiterklasse, die, wenn sie die liberale Bourgeoisie im Kampfe gegen den Absolutismus und Feudalismus unterstützen wollte, die ersten und heftigsten Schläge immer von der liberalen Bourgeoisie erhielt. Nicht

minder irrte Marx, wenn er hinter dem Satze: In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse, ein verwerfliches Erbe Lassalles sah, der nur die Kapitalisten, aber nicht die Grundeigentümer habe angreifen wollen. Die „Kapitalistenklasse" stammte gerade aus dem Eisenacher Programm, wo sie natürlich auch in dem allgemeinen, das Grundeigentum einschließenden Sinne gemeint war, während gerade die Lassalleaner die Grund- und Bodenfrage viel prinzipieller zu erörtern gewußt hatten, als die Eisenacher. In diesen und ähnlichen Sätzen hat sich Marx zu weit fortreißen lassen von einem Unmut, der, wenn seine tatsächlichen Voraussetzungen gestimmt hätten, durchaus berechtigt gewesen sein würde.

Sein Brief hatte die Wirkung, die er unter den obwaltenden Umständen überhaupt nur haben konnte. Er führte dazu, daß einzelne Sätze des Programmentwurfs klarer und schärfer gefaßt wurden, änderte aber nichts am Wesen der Sache. Ein neuer Beweis dafür, daß der Entwurf der theoretischen Erkenntnis beider Fraktionen entsprach, war die fast ungeteilte Zustimmung, die er überall bei den klassenbewußten Arbeitern fand. Am einschneidendsten kritisierte ihn noch der Westdeutsche Arbeitertag, der am 15. April in Dortmund tagte. Die Ausstellungen, die hier gemacht wurden, berührten sich mannigfach mit den prinzipiellen Einwänden, die Marx einige Wochen später in seinem Programmbriefe erhob, und es war bezeichnend, sowohl daß der Westdeutsche Arbeitertag nahezu ausschließlich von Lassalleanern beschickt worden war, als auch daß der Volksstaat diese Kritik verdrießlich aufnahm. Am 18. Mai schrieb Tölcke begütigend an das Blatt, dem Westdeutschen Arbeitertage habe nichts ferner gelegen, als die Absicht, einen Zankapfel zwischen die Einigungsbestrebungen zu werfen; seine Teilnehmer würden, wenn die Einigung davon abhinge, jedes Programm annehmen, das nicht gegen die Parteiprinzipien verstieße, und wäre es nur ein weißes Blatt Papier mit einer geballten Faust darauf.

Die Einigung selbst vollzog sich dann auf dem Gothaer Kongresse, der vom 22. bis zum 27. Mai tagte. Vertreten durften nur solche Parteigenossen sein, die im letzten Vierteljahre für eine der beiden Fraktionen gesteuert hatten. Von den Lassalleanern waren 73 Delegierte mit 15322, von den Eisenachern 56 Delegierte mit 9121 Stimmen zugegen. Die Verhandlungen wickelten sich glatt und rasch ab, ohne bemerkenswerte Zwischenfälle. Den Bericht über die Programmfrage

erstatteten Liebknecht und Hasselmann in vollkommenem Einvernehmen. Liebknecht focht zwar das eherne Lohngesetz an, aber nicht von den Gesichtspunkten aus, die Marx im Kapital dargelegt hatte, sondern weil ein „ehernes Gesetz“ dem gewöhnlichen Sprachgebrauch nach ein unwandelbares und ewiges Gesetz sei, während das Lohngesetz doch nur in der kapitalistischen, nicht aber in der sozialistischen Gesellschaft bestehe. Selbstverständlich hatte Lassalle aber von einem „ehernen Gesetz“ immer nur im Hinblick auf die kapitalistische Gesellschaft gesprochen, worüber niemals das geringste Mißverständnis bestanden hatte, und so blieb das eherne Lohngesetz im Programm. Ebenso blieben darin die Produktivassoziationen mit Staatskredit, von denen Hasselmann nicht mit Unrecht sagte, daß sie niemals von den Lassalleanern, sondern immer nur von den Eisenachern mißverstanden worden seien. Über die „Eine reaktionäre Masse“ wurde namentlich abgestimmt; 111 Delegierte mit 23022 Stimmen waren dafür, 12 Delegierte mit 2191 Stimmen dagegen; die Minderheit bestand zumeist aus sächsischen und süddeutschen Delegierten, die keineswegs vom Standpunkte des Kommunistischen Manifestes aus das Schlagwort anfochten, sondern es nur als ein Hindernis für ein taktisches Zusammengehen mit der Volkspartei beseitigen wollten. Dürftig, wie die Verhandlungen über das Programm waren, bestätigten sie eben dadurch, daß ernstliche theoretische Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Fraktionen nicht bestanden.

Auch die Organisationsfrage machte nicht besonderes Kopfzerbrechen. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war durch richterliches Erkenntnis vom 16. März für Preußen endgültig aufgelöst worden, und ebenso die meisten Gewerkschaften der Lassalleaner; man wußte aus den Erfahrungen des letzten Jahres, daß sich schließlich, auch nach anfänglichem Sträuben, immer Gerichte fänden, die jede beliebige Auslegung des Vereinsgesetzes durch die Polizeibehörden bestätigten. Im wesentlichen wurde die Organisationsvorlage angenommen, auch die etwas schwerfällige Gruppierung der drei obersten Parteibehörden beibehalten, gegen den Rat Auers, der in der Organisationsfrage den Bericht erstattete. Ob sie sich bewährt haben würde, läßt sich nicht sagen, da die Gothaer Organisation bald durch Tessendorff zertrümmert wurde. Überhaupt traten die formellen Organisationsfragen von nun an ganz in den Hintergrund. Dank ihren Verfolgern konnte sich die Partei den Luxus eines Organisationskultus nicht mehr gönnen; sie warf einfach ihre Schanzen

auf, wo immer der Feind anrückte, und die Solidarität des Proletariats sorgte dafür, daß diese Schanzen allemal von widerstandsfähiger Mannschaft besetzt wurden. Der Sitz des Vorstands wurde nach Hamburg verlegt, der Hauptstadt des sozialistischen Deutschlands, wie Bebel sagte; auf seinen Vorschlag wurden, entsprechend dem Stärkeverhältnis der beiden Fraktionen, drei Lassalleaner und zwei Eisenacher in den Vorstand gewählt: Hasenclever und Hartmann als Vorsitzende, Auer und Derossi als Sekretäre und Geib als Kassierer. Getauft wurde die neue Organisation als Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

Über die Fragen, die sich auf die Parteipresse bezogen, kam es gleichfalls zu schneller Einigung. Ein einziges Hauptorgan wurde von allen Seiten gewünscht, doch mußten vorläufig aus zwingenden, namentlich auch finanziellen Gründen der Neue Sozialdemokrat und der Volksstaat als Zentralorgane beibehalten werden. Lokale Parteiblätter sollten nur dann als Parteiorgane gelten und die materielle wie moralische Unterstützung der Partei beanspruchen können, wenn bei ihrer Gründung die Zustimmung der Parteibehörden eingeholt worden wäre. Es machte sich schon eine gewisse Reaktion gegen das allzu eifrige Gründen von Lokalblättern geltend, auch bei den Eisenachern, und gerade bei ihnen, die in diesem Punkte praktische Erfahrungen gesammelt hatten; das Für und Wider einer zahlreichen Lokalpresse wurde eben zu dieser Zeit in einer lehrreichen Polemik zwischen Karl Hirsch und Auer abgewogen. Damit hing noch eine andere Frage zusammen, die Gründung von Genossenschaftsbuchdruckereien, womit die Eisenacher in Leipzig vorangegangen waren, während die Lassalleaner bisher abgelehnt hatten, sich als Kampfpartei mit dem Gepäck konfiszierbaren Eigentums zu beschweren. In dieser Frage siegte die Auffassung der Eisenacher. In den großen Zentren der Bewegung war das Bedürfnis nach eigenen Organen viel zu stark, als daß es sich hätte hintanhalten lassen, und die Genossenschaftsbuchdruckereien empfahlen sich, um den Parteigenossen ein möglichst breites und festes Eigentumsrecht an den Parteiblättern zu sichern.

In der Gewerkschaftsfrage gab es keinen Streit mehr. Auf Antrag Fritzsches erklärte der Kongreß, daß, solange die Lohnarbeit bestehe, die Organisation der Gewerkschaften notwendig sei und die Sache der Arbeiter fördere, soweit es unter den wirtschaftlichen Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft möglich sei. Die gewerkschaftlichen Organi=

sationen, die auf beiden Seiten bestanden, verschmolzen sich; für einen großen Aufschwung der gewerkschaftlichen Bewegung war freilich die Zeit vorbei.

Der Gothaer Einigungskongreß schloß um die Mitternachtsstunde des 27. Mai zu allseitiger Befriedigung seiner Teilnehmer. Es waren genau zwölf Jahre verflossen, seitdem Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gegründet hatte. Der Lassalleanismus erlosch in diesen Gothaer Tagen für immer, und doch waren sie die leuchtendsten Ruhmestage Lassalles. Wie recht immer Marx mit seinen positiven Einwendungen gegen das Gothaer Programm haben mochte, das Schicksal seines Programmbriefes zeigte klar, daß die Wege, auf denen sich in Deutschland eine mächtige und unbesiegbare Arbeiterpartei als Trägerin der sozialen Revolution entwickeln konnte, von Lassalle richtig erkannt worden waren.

Fünftes Kapitel.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

---

1. Beginnender Reichsbankerott.

Zur selben Zeit, wo sich die revolutionäre Arbeiterpartei zu einem festgeschlossenen Körper zusammenfaßte, begann in der „reaktionären Masse" der bürgerlichen Parteien eine reaktionäre Zersetzung. Der große Krach, dessen erste Schatten schon in die Reichstagswahlen von 1874 gefallen waren, hatte einen furchtbaren Umfang angenommen. Nach einem kurzen Rausch erfuhr das neue Reich in einem langen Katzenjammer, was es bedeute, als ebenbürtige Macht auf dem Weltmarkte zu konkurrieren. Aus dem Anfange des Jahres 1875 liegt eine Berechnung vor, wonach der Wert der Aktien von 556 Aktiengesellschaften, darunter 105 Eisenbahnen, von 6770 Millionen Mark Ende 1872 auf 4425 Millionen Mark Ende 1874 gesunken, somit eine Wertverminderung von 2345 Millionen Mark oder über 30 Prozent eingetreten war. Die Eisenindustrie allein berechnete ihren Verlust auf 455 Millionen Mark.

In ihrer Verzweiflung über die Absatzkrise erhoben die Großindustriellen ein mark- und beinzerschneidendes Geschrei nach Schutzzöllen. Diese Forderung hatte jetzt eine ganz andere Bedeutung als ein Menschenalter früher. Wenn in den dreißiger und vierziger Jahren Schutzzölle als vorübergehendes Erziehungsmittel der nationalen Industrie gefordert worden waren, so konnte davon nicht mehr die Rede sein. Der deutsche Gesamthandel stand in der Mitte der siebziger Jahre auf dem Weltmarkte nur noch dem englischen nach; er belief sich 1874 (Ausfuhr und Einfuhr addiert) in Millionen Mark: Großbritannien 13380, Deutschland 9300, Frankreich 6800, Vereinigte Staaten 4980. In Industrie und Transport hatte Deutschland mehr Dampfkraft im Betriebe, als irgend ein anderer Staat des europäischen Festlandes. Unter solchen Verhältnissen war es mit dem ursprünglichen historischen

Sinne der industriellen Schutzzölle vorbei. Die Großindustriellen verlangten sie nunmehr zu dem edlen Zwecke, sich hohe Preise auf dem inneren Markte zu sichern, um auf dem Weltmarkte desto erfolgreicher durch Schleuderpreise unterbieten zu können. Die eigenen Volksgenossen sollten weißgeblutet werden, damit die überschüssigen Produkte der Großindustrie um so wohlfeiler an fremde Nationen abgesetzt werden könnten.

Eine mächtige Bundesgenossenschaft fanden die schutzzöllnerischen Großindustriellen an den schutzzöllnerischen Großgrundbesitzern. Im Laufe weniger Jahre wurden die ostelbischen Junker aus eingefleischten Freihändlern zu eingefleischten Schutzzöllnern. Der industrielle Aufschwung hatte die industrielle Bevölkerung relativ auf Kosten der landwirtschaftlichen Bevölkerung vermehrt, und in der Landwirtschaft die Produktion von Genußmitteln und Rohstoffen für die Industrie auf Kosten der Produktion von Nahrungsmitteln. Der Konsum von Nahrungsmitteln stieg rascher, als ihre Produktion im Inlande; Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte konnten nicht mehr ausgeführt, sondern mußten eingeführt werden. Diese Einfuhr wurde außerordentlich erleichtert durch die kolossale Umwälzung der Verkehrsmittel, die treibhausartige Entwicklung der Eisenbahnen und der Dampfschiffahrt; namentlich die Landwirtschaft der Vereinigten Staaten wurde in der Mitte der siebziger Jahre zu einer Exportindustrie, die den deutschen Markt, wie die europäischen Märkte überhaupt, mit Fleisch und Getreide überschwemmte. Aber damit sanken auch die Fleisch- und Getreidepreise, und die Grundrente der preußischen Junker begann zu fallen. In solcher Not hätten diese allemal bewährten Patrioten Gott, König und Vaterland verraten, geschweige denn daß sie ihre freihändlerischen Grundsätze auf den Kehrichthaufen warfen. Wie die Großindustriellen entschlossen sie sich zum Weißbluten der Massen, um ihre sinkende Grundrente wieder zu steigern.

Bei der Regierung aber fand die schutzzöllnerische Agitation einen verständnisinnigen Widerhall. Bismarck war sowohl Großindustrieller wie Großgrundbesitzer, und der Genius, der den Säkularmenschen beseelte, trauerte mit beiden, so schwere Not leidenden Klassen. Daneben hatte er noch seine besonderen Schmerzen. Die fünf Milliarden waren durch den Rauchfang gegangen, aber der Militarismus war geblieben und forderte von Jahr zu Jahr größere Opfer. Neue Steuerquellen mußten erschlossen werden, und zwar Steuerquellen, die massenhaft

strömten und durch Parlamentsbeschlüsse nicht verstopft werden konnten. Die Wege dazu waren indirekte Steuern, Finanzzölle, Verstaatlichung großer Erwerbs- und Verkehrszweige. Im deutschen Reiche wurde das Tabaksmonopol das Ideal Bismarcks, im preußischen Staate die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Der Säkularmensch entdeckte jetzt sein „sozialistisches" Herz. Die Väter dieses glorreichen „Sozialismus" waren beim Tabaksmonopol der alte Fritz, der erste Napoleon und Metternich, als seine Geburtshelferin aber diente bei der Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen die Diskontogesellschaft, die dem Reichsinvalidenfonds eine Unmasse von Eisenbahnaktien aufgehalst hatte, deren Marktwert nach dem Krach in einem unangenehmen Mißverhältnisse zu ihrem Nominalwerte stand. So wurde der preiswürdige Ankauf der preußischen Bahnen durch den Staat zu einem Ziele, für das jeder rechte Patriot im innersten Herzensgrunde erglühen mußte.

Die geplante Massenplünderung war bei alledem nicht wohl möglich, wenn die Kälber nicht selbst ihre Kehlen den Metzgern darboten. Zu diesem aufopfernden Liebesdienste erwiesen sich die kleinbürgerlichen Klassen gern bereit. Die Bauern ließen sich leicht von dem Schreckgespenste der amerikanischen Konkurrenz ins Bockshorn jagen, obgleich die große Mehrzahl der ländlichen Kleinbesitzer, die überhaupt nicht genug Lebensmittel für den eigenen Bedarf produzierte, von den Getreidezöllen direkten Schaden haben mußte, die kleine Minderzahl der wohlhabenderen Bauern aber höchstens einen geringen Nutzen, der durch die gleichzeitige Einführung von Finanz- und Industriezöllen sofort wieder aufgesaugt wurde. Bei den Handwerkern, welche die rapide Entwicklung der großen Industrie massenhaft deklassiert hatte, war auch keine große Überredungskunst notwendig, um ihnen die Sehnsucht nach den Fleischtöpfen der alten Zoll- und Zunftschranken zu erwecken. Unfähig, die historische Entwicklung zu verstehen oder sich gar schon im rettungslosen Ertrinken an einen Strohhalm klammernd, ließ sich der kleine Besitz in Stadt und Land von den Schlaraffenbildern betören, die ihm die agrarischen und industriellen Schutzzöllner vorgaukelten.

Ein besonders wirksamer Hebel der kleinbürgerlichen Reaktion wurde die biedermännische Entrüstung über die Schwindelgeschäfte des großen Kapitals. Je klarer der Krach die Gaunereien der Gründerjahre aufdeckte, um so klarer stellte es sich auch heraus, daß es in der großbürgerlichen Gesellschaft für solche großen Diebe keine Galgen gab.

Die königliche Untersuchungskommission, die nach Laskers glorioser Verheißung „mit der Fackel bis in den letzten Winkel leuchten" sollte, blies selbst das schwächste Nachtlicht aus, das einen „Edelsten und Besten" zu streifen drohte; schon durch die eine wundersame Historie vom „unauffindbaren Zeugen" Adickes nahm sie die französischen Panamaskandale vorweg. Adickes sollte über die Gründerprofite aussagen, die bei Hannover-Altenbeken gemacht worden waren, aber die Untersuchungskommission konnte ihn trotz krampfhaften Suchens nicht auffinden, zur selben Zeit, wo Adickes als nationalliberaler Reichstagsabgeordneter täglich auf derselben Bank sowohl mit Lasker als auch mit Bennigsen saß. Fast alle Versuche, eine gerichtliche Sühne für die offenkundigsten Betrügereien der Schwindeljahre zu erlangen, scheiterten von vornherein oder verliefen im Sande; im günstigsten Falle führten sie zu gerichtlichen Verhandlungen, bei denen bebrillte Aktenmenschen alsbald in einem toten Winkel des kapitalistischen Labyrinths festzufahren und in ihrer juristischen Verlegenheit ein moralisches Kauderwälsch über die „gewerbsmäßige Verleumdung" der „angesehensten Männer" herzustottern pflegten. Der altväterische Glaube des Spießbürgers, daß Recht doch Recht bleiben müsse, wurde zur Seifenblase, und darüber wurden alle Spießbürger wütend.

Sie ergänzten den „Sozialismus" der Schutzzölle und des Tabakmonopols durch den „Sozialismus des dummen Kerls", durch den Antisemitismus. Dem Bauern und dem Handwerker trat das sie vernichtende Kapital gewöhnlich in der Gestalt des Juden entgegen, und in ihrer beschränkt-rückständigen Auffassung nahmen sie den Träger der Sache für die Sache selbst. Das war um so erklärlicher, als das Geldjudentum sich während der Schwindelperiode in einer Weise mausig gemacht hatte, die ihm unvermeidlich eine unliebsame Aufmerksamkeit zuziehen mußte; namentlich in Berlin hatte die Vermauschelung des öffentlichen Lebens einen Umfang angenommen, der die unerschrockensten Verehrer des weisen Nathan beunruhigen konnte. Der Antisemitismus fand eine Menge flinker Federn in dem „Proletariate der Intelligenz", in dem kleinbürgerlichen Nachwuchse, der sich seit dem Versinken des Kleinbetriebes in die gelehrten Berufe gerettet hatte, aber schon in der eigenen Überfülle erstickte und nun auf die jüdische Konkurrenz losschlug, die ihm auch auf diesem Gebiete gemacht wurde. In der praktischen Politik war der Antisemitismus eine völlig ziellose Bewegung,

und er war es doppelt unter der Ägide Bismarcks, der Großindustriellen und der Großgrundbesitzer. Diese Leute mochten im stillen dem Geldjudentum eine kleine Lektion gönnen, aber sie waren viel zu enge mit ihm verknotet, um ihm ein ernsthaftes Leid anzutun; für sie war der „Sozialismus des dummen Kerls“ nur ein Mittel, den „dummen Kerl“ um so fester am Narrenseile zu halten.

Diese ganze rückläufige Bewegung fand nun aber doch einen Widerstand, an dem sie sich unter normalen Verhältnissen hätte brechen müssen. Ein namhafter Teil der deutschen Bourgeoisie ließ sich aus guten Gründen nicht von den Großindustriellen ins schutzzöllnerische Schlepptau nehmen, namentlich nicht der große Handel und die große Reederei, auch nicht die freihändlerischen Theoretiker. Sie erkannten ganz richtig, daß diese Art Schutzzoll von der Hand in den Mund lebte und die Henne schlachtete, welche die goldenen Eier legte. Die staatliche Förderung der reichsdeutschen Schleuderpreise im Auslande mußte zu Repressalien der anderen Industriestaaten führen, zur Aufrichtung von Zollschranken, die den auswärtigen Markt für Deutschland sehr verengten; nicht weniger wurde die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie durch die Verteuerung der Produktionskosten bedroht, die der Verteuerung aller inländischen Waren folgen mußte; die Industriezölle boten auf die Dauer keinen Ersatz für den Schaden, den die Lebensmittelzölle der Industrie zufügten. Dazu kam, daß Bismarcks Finanz- und Steuerpolitik die so schon geringe politische Macht der Bourgeoisie beträchtlich schmälern sollte. Gerade ihre entschiedeneren, klareren und weitsichtigeren Köpfe hielten an ihren freihändlerischen Grundsätzen fest.

Ohne Zweifel war ihre Lage in der Mitte der siebziger Jahre sehr schwierig. Sie hatten den Feind im eigenen Lager, ihr kleinbürgerliches Gefolge schwand ihnen unter den Händen fort, die Bureaukratie machte gegen sie mobil, und die frisch bekehrten Junker drangen mit besonderem Zorne auf die verstockten Sünder ein. Es war überhaupt eine verzweifelte Aufgabe, die manchesterliche Fahne hochzuhalten, während das Märchen vom tausendjährigen Reiche des Freihandels in den tausend Ruinen der Schwindelperiode zerschmettert am Boden lag. Die freihändlerische Bourgeoisie mußte den großen Krach aus der Welt zu hexen, die ruchlosesten Gründungen als „korrekteste“ Geschäfte darzustellen suchen, und das gelang ihr nur unvollkommen, trotz der massiven Unwahrheit, welche die Eugen Richter und Konsorten bei der Lösung

dieser erhebenden Aufgabe entwickelten. Am wenigsten entwaffnete sie den „Sozialismus des dummen Kerls“ durch einen künstlich gezüchteten Philosemitismus, der nicht klüger, aber noch widerlicher war, als der naturwüchsige Judenhaß der Bauern und der Handwerker.

Trotz alledem konnte sich die freihändlerische Bourgeoisie eine Position schaffen, aus der sie schwer hinauszumanövrieren war. Sie mußte sich auf das klassenbewußte Proletariat stützen, das der drohenden Massenplünderung von vornherein den entschlossensten und rücksichtslosesten Widerstand entgegensetzte. Selbstverständlich war eine Verständigung zwischen beiden Teilen nur in der Beschränkung möglich, daß sie den Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft, auf dem sie beide standen, gemeinsam gegen den verwüstenden Einfall historisch rückständiger Gegner schützten. Gerade aber in dieser Beschränkung hätte auch die Kraft eines solchen Bündnisses gelegen, dessen Gefahr die Zöllner aller Arten wohl zu schätzen wußten. Sie suchten die Arbeitermassen mit allerlei sozialistelnden Schlagworten über den „Schutz der nationalen Arbeit“ zu födern, ja sie stellten die Erhöhung der Löhne als den eigentlichen Zweck der Schutzzölle hin. Bismarck fabelte von dem Tabaksmonopol als dem „Patrimonium der Enterbten“; er kramte seinen Almosen- und Lakaiensozialismus wieder hervor, und Hand in Hand mit seinen verstärkten Anläufen, die politisch entwickelten Schichten der Arbeiterklasse gewaltsam niederzuschlagen, ging sein Bestreben, ihre politisch noch unentwickelten Schichten durch das Linsengericht einer verbesserten Armenpflege über ihr politisches Erstgeburtsrecht zu täuschen.

Je geringere Aussichten diese Demagogie hatte, um so dringenderen Anlaß hatte die freihändlerische Bourgeoisie, im klassenbewußten Proletariat einen festen Stützpunkt ihrer wackeligen Lage zu suchen. In ihrer althergebrachten Verblendung tat sie aber das gerade Gegenteil. Sie fiel hemmend in den Arm, den das Proletariat gegen die ökonomische Reaktion erhob. Die Freihandelshausierburschen rühmten sich, auf dem „Ehrenposten“ im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu stehen; im Lästern über die „Führer“, welche „die Arbeitergroschen verpraßten“, und ähnlichem Schwatz leisteten sie auch wirklich noch mehr, als die offiziösen und reaktionären Blätter. Während die schutzzöllnerischen Agitatoren mit ihren Vorspiegelungen über die beabsichtigte Erhöhung der Löhne doch wenigstens die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung anerkannten, wurde der preußische Finanzminister Otto Camphausen, neben

Delbrück das staatsmännische Ideal der liberalen Bourgeoisie, nicht müde, zu versichern, das einzige Heilmittel der Krise sei eine Herabsetzung der Arbeitslöhne. Die empfindlichen Niederlagen, die sich die deutschen Unternehmer dadurch holten, daß sie trotz ihres wachsenden Reichtums nicht auf die schäbigen Geschäftskniffe ihrer Anfänge verzichten mochten, wurden von den freihändlerischen Zeitungen auf die Schultern des Proletariats abzuwälzen gesucht; nach ihrer liebenswürdigen Darstellung verschuldete es die Faulheit und Ungeschicklichkeit der Arbeiter, daß der Reichskommissar Reuleaux der Vertretung der deutschen Industrie auf der Weltausstellung in Philadelphia das Brandmal: Billig und schlecht aufdrücken mußte, oder daß die deutsche Baumwollindustrie ihren Markt in China verlor, weil, wie Treitschke spottete, die Asiaten an die Echtheit der Ware strengere Ansprüche stellten, als die geduldigen Deutschen. Der Humbug Bismarcks, daß der proletarische Klassenkampf die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter verderbe, fand in Eugen Richter seinen getreuesten Nachbeter. Mit dieser geistreichen Politik kapitulierte die freihändlerische Bourgeoisie vor ihren reaktionären Gegnern; sie ebnete den Weg der Gewaltpolitik, auf dem Bismarck seine Finanz-, Steuer- und Zollpläne durchsetzen sollte.

Selbstverständlich vollzog sich der ökonomisch-politische Krebsgang in Deutschland nicht im Laufe weniger Wochen oder Monate. Das ging um so weniger an, als er sich in der Gesetzgebung des Reichs nur durch ein vollständiges Herumwerfen der politischen Parteien durchsetzen konnte. Das ostelbische Krautjunkertum hatte seit Jahr und Tag einen so boshaften Kleinkrieg gegen Bismarcks kapitalistische und kulturkämpferische Politik geführt, daß sich die holde Eintracht zwischen diesen schönen Seelen nicht gleich auf den ersten Hieb wiederherstellen ließ. Von den beiden stärksten Fraktionen des Reichstags war das Zentrum mit seinen rheinischen Großindustriellen und schlesischen Großgrundbesitzern, mit seinem Gefolge von Bauern und Kleinbürgern und politisch noch unreifen Arbeitern sofort für eine reaktionäre Wirtschaftspolitik zu haben, während unter den Nationalliberalen die freihändlerische Bourgeoisie vorherrschte. Nun war aber das Zentrum bis an die Zähne gerüstet gegen den „diokletianischen Christenverfolger“ Bismarck, während die Nationalliberalen zu einer immer willenloseren Schutztruppe des Säkularmenschen herabgesunken waren, wie sie noch im Jahre 1876 durch das Kompromiß in Sachen der Justizgesetze bewiesen. Es lohnte

für Bismarck schon der Versuch, die Nationalliberalen für die wirtschaftliche Reaktion breitzuschlagen, ehe er den sauren Gang nach Canossa antrat. Denn soviel stand freilich für diesen genialen Staatsmann fest, daß der „weltgeschichtliche Kampf zwischen Kalchas und Agamemnon" wie ein Schattenspiel von der Wand verschwinden müsse, wenn auf keinem anderen Wege die Steigerung der Grundrenten und der Kapitalprofite zu haben war.

Immerhin aber trieb der große Krach die Dinge doch verhältnismäßig schnell voran. In der Mitte des Jahres 1875 gipfelte der krautjunkerliche Feldzug gegen Bismarck in den Äraartikeln der Kreuzzeitung, aber in demselben Jahre begann auch die Grundrente zu fallen, und schon im Frühjahre 1876 organisierten sich die Junker unter stiller Förderung Bismarcks ökonomisch als Steuer- und Wirtschaftsreformer, politisch als deutsch-konservative Partei. Zur selben Zeit sah Delbrück ein, wie die Sachen standen, und ging, ehe er gegangen wurde. Bismarck aber erklärte in der Herbstsession des Reichstags von 1875, der Reichshaushalt müsse „möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern" aufgebracht werden. Gleichzeitig enthüllte er die Grundzüge seiner künftigen Arbeiterpolitik, einerseits durch ein neues Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, andererseits durch ein neues Hilfskassengesetz, das den Arbeitern einige Almosen spenden sollte, um sie dadurch zu Lakaien der Fabrikanten und Gemeindebehörden zu machen.

Die Sozialdemokratie täuschte sich nicht über den Ernst der Lage. Sie hatte ihre inneren Kämpfe nur abgeschlossen, um desto heftigeren Kämpfen mit der Außenwelt entgegenzugehen. Für sie gab es ringsum nichts als Feinde. Sie sah den Sturm heraufziehen und rüstete sich eifrig, ihn zu bestehen.

---

2. Praktische Agitationserfolge.

Nach der Verschmelzung ihrer beiden Fraktionen ging die sozialdemokratische Agitation doppelt rüstig voran. Die alten bewährten Kräfte arbeiteten einträchtig zusammen und neue Kräfte traten hervor: der Zigarrenarbeiter Molkenbuhr in Ottensen, der Schriftsetzer Oldenburg in Rendsburg, der Seemann Schwartz in Lübeck, der Gerber Schuhmacher in Solingen, der Tischler Tutzauer in Düsseldorf, der Kommis Kayser in Berlin, der Schneider Kühn in Langenbielau, der

Zigarrenarbeiter Geyer in Großenhain, der Hutmacher Heine in Halberstadt, der Holzbildhauer Rödiger in Gera, der Schlosser Ulrich in Offenbach, der Kaufmann Wiemer in Nürnberg, der Schriftsetzer Richard Fischer in Augsburg. Auch aus den klar blickenden Ideologen der bürgerlichen Klassen erhielt die Partei neuen Zuwachs: den Referendar Viereck in Berlin, den Lehrer Sabor in Frankfurt a. M., den Dichter Dulk in Stuttgart und den ehemaligen Offizier Georg v. Vollmar, einen geborenen Münchener, der, als Postbeamter im deutsch-französischen Kriege schwer verwundet, in langen Jahren körperlichen Leidens sich in die sozialistische Weltanschauung eingelebt hatte.

Die Gegner sorgten reichlich dafür, daß es an packendem Agitationsstoffe nicht gebrach. In den ersten fünf Jahren des neuen Reiches hatten sich die besitzenden Klassen, da sie das Kreuz besaßen, reichlich mit Gesetzen zur Förderung ihrer Klasseninteressen gesegnet; während dieser ganzen Zeit war im Interesse oder vielmehr im angeblichen Interesse der arbeitenden Klassen nur ein überaus kümmerliches Haftpflichtgesetz verabschiedet worden, das durch seine halb hinterhaltigen, halb lobbrigen Bestimmungen den Unternehmern die bequeme und reichlich benützte Gelegenheit bot, sich der Haftpflicht für die Unglücksfälle in ihren Betrieben zu entziehen. Ein ähnlicher Geist wehte durch das Hilfskassengesetz, das dem Reichstage im Herbst 1875 zuging. Die Vorlage der Regierung behandelte die Arbeiter, unter dem Scheine einer ihnen zu erweisenden Wohltat, als unmündige Kinder, die auf Schritt und Tritt gegängelt werden müßten; sie bedrohte schwer die Freizügigkeit des Proletariats und verkümmerte ihm nicht minder schwer die Selbstverwaltung seiner eigensten Angelegenheiten; den freien Hilfskassen der Arbeiter machte sie das Leben auf Schritt und Tritt sauer. Der böse Wille der Regierung ging sogar den bürgerlichen Parteien des Reichstags zu weit. Immerhin waren auch sie reichlich genug mit diesem Artikel versehen. So schlossen sie von der kommissarischen Beratung der Vorlage die sozialdemokratischen Abgeordneten aus, die weitaus die erfahrensten Sachkenner waren.

Obgleich das Hilfskassengesetz im letzten Grunde nur den Zweck hatte, die Armenpflege der Gemeinden zu entlasten, so nahmen die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterklasse die bürgerliche Gesellschaft wie sie ist, und verlangten nicht mehr, als daß in ihr den Arbeitern billig sein sollte, was allen anderen Klassen recht war. Sie stimmten dem

Kassenzwange zu, aber sie verwarfen die Zwangskassen; sie verzichteten auf alle Almosen der Bourgeoisie, aber sie verlangten die unverkümmerte Selbstverwaltung der Arbeiterkassen durch die Arbeiter. Eine Unzahl Petitionen und Proteste aus den verschiedensten Arbeiterschichten bestätigte die Richtigkeit dieser Auffassung. Mußten doch auch den Arbeitern, die dem proletarischen Klassenkampfe noch fern standen, die Augen übergehen, wenn sie in der Verwaltung ihrer spärlichen Krankengroschen beaufsichtigt und behindert werden sollten von denselben gesetzgebenden Körperschaften, die es für ein Ding der Unmöglichkeit erklärten, die Raubzüge der kapitalistischen Aktiengesellschaften zu beaufsichtigen und zu verhindern. Trotzdem wurde das Gesetz in einer Form angenommen, die von den sozialdemokratischen Vertretern schlechthin verworfen wurde, mochte sie auch den freien Hilfskassen der Arbeiter etwas größeren Spielraum lassen, als die Regierung ihnen gewähren wollte.

Nicht weniger revolutionierend wirkte das politische Ausnahmegesetz, das die Regierung gegen die Arbeiterklasse einbrachte. In einer Novelle zum Strafgesetzbuche, welche die paar kleinen Fortschritte des deutschen Strafrechts rückwärts zu revidieren versuchte, befand sich ein § 130 folgenden Inhalts: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegeneinander öffentlich aufreizt, oder wer in gleicher Weise die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigentums öffentlich durch Rede oder Schrift angreift, wird mit Gefängnis bestraft." Zur Verteidigung dieses Paragraphen vor dem Reichstage hatte Bismarck mit feinem Takte den preußischen Minister des Innern berufen, denselben Grafen Eulenburg, der ein Menschenalter früher als Zensor in rheinischen Bordellen heldenhafte Kämpfe mit Nachtwächtern geführt und seitdem als lebenslustiger Junggeselle so viele praktische Angriffe auf das Institut der bürgerlichen Ehe gemacht hatte, daß er als theoretischer Verteidiger dieser heiligen Einrichtung besonders berufen erschien. Graf Eulenburg verhehlte nicht, daß § 130 direkt auf die Sozialdemokratie gemünzt sei, und schleppte zum erstenmale den großen Zitatensack heran, der hinfort einen Ehrenplatz unter den Waffen deutscher Staatskunst einnehmen sollte. Durch einzelne Artikel oder auch durch einzelne, aus dem Zusammenhange gerissene Sätze der sozialdemokratischen Presse suchte er die Gemeinschädlichkeit des proletarischen Klassenkampfes zu erweisen; er meinte, daß die als besser situiert bezeichneten Klassen freiwillig niemals auf

ihre Rechte verzichten würden, und daß die Gesellschaft niemals auf den Punkt kommen werde, sich freiwillig, ohne Zwang, zu egalisieren; § 130 sei also unbedingt notwendig, wolle man es nicht dahin kommen lassen, daß die Flinte schieße und der Säbel haue.

Auf einer gleichen Höhe überzeugender Beredsamkeit bewegte sich Bismarck selbst, indem er die sozialdemokratische Agitation für den großen Krach verantwortlich machte und mit bösen Sticheleien auf die „Gutmütigkeit" der deutschen Richter eine noch größere Korruption der deutschen Strafrechtspflege vorbereitete. In komischer Verwechslung der Tatsachen verlangte er größeren Schutz der deutschen Polizeibeamten vor dem böswilligen Publikum, damit sie die allgemeine Achtung der englischen Polizeibeamten genössen, und erklärte übrigens dem Reichstage, er werde die Ablehnung des § 130 hinnehmen, aber es sei vielleicht einer der Würmer, die nicht stürben, und die Enkel der gegenwärtigen Abgeordneten, wenn er eine Gesetzgebungsperiode als eine Generation auffassen dürfe, würden sich noch mit denselben Fragen beschäftigen müssen. Auf dem Gebiete solcher Reaktionsstreiche war Bismarck immer ein guter Prophet.

Vorläufig bewilligte ihm der Reichstag ein gutes Stück seiner reaktionären Strafgesetznovelle, aber noch nicht den § 130. Vielmehr wurde das Monstrum einstimmig abgelehnt und sogar unter allgemeiner Heiterkeit, so daß die staatsmännische Würde des hohen Hauses gefährdet gewesen wäre, wenn der fortschrittliche Führer Hänel sie nicht durch die pathetische Erklärung gerettet hätte, der § 130 sei ein schwerer, durch nichts begründeter Angriff auf die Grundlagen unserer verfassungsmäßigen Zustände im Reich und in jedem Einzelstaate, ein schwerer, durch nichts zu rechtfertigender Angriff auf diejenigen Grundsätze, die alle liberalen Parteien seit zehn und zwanzig Jahren als unverrücktes Ziel vor Augen gehabt hätten. In der zweiten Gesetzgebungsperiode darauf sagte sich derselbe Herr Hänel, ganz nach Bismarcks prophetischem Worte: Weh' dir, daß du ein Enkel bist! und verfolgte das nicht mehr unverrückte, sondern sehr verrückte Ziel, durch die fast wörtliche Wiedereinbringung des § 130 die Sozialdemokratie totzuschlagen. Tessendorff aber rächte das einstweilige Fiasko seines Gönners Bismarck dadurch, daß er Ende März 1876 einen Beschluß des Berliner Stadtgerichts beibrachte, der die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands wegen angeblicher „Zweigvereinsbildung" im preußischen Staate schloß.

Während so die herrschenden Klassen den trefflichsten Agitationsstoff heranschleppten, unterhielten sich die bürgerlichen Auguren von dem angeblichen „Rückgange" der Sozialdemokratie, den ihre Maulwurfsaugen, der Himmel weiß wo, entdeckten. Sicherlich hätte die Geschäftskrisis, die mit einer noch nie gekannten Schwere in erster Reihe auf dem Proletariat lastete, einen erlahmenden Einfluß auf die sozusagen körperliche Kraft der revolutionären Arbeiterbewegung ausüben können, wenn sie nur nicht zugleich die Geister revolutioniert hätte. Dazu räumte die überaus feindselige Haltung der herrschenden Klassen, die elende Lüge, daß die Arbeiter den großen Krach verschuldet haben sollten, und ähnliche Ausbrüche eines unversöhnlichen Hasses mehr, mit den letzten Illusionen der vorgeschrittenen Arbeiterschichten auf. So wie die Dinge lagen, eroberte die sozialdemokratische Agitation täglich neues Terrain, und der vom 19. bis 23. August 1876 in Gotha tagende Parteikongreß zeigte einen „Rückgang" auf, der die Propheten der Bourgeoisie peinlich überraschte.

Der Kongreß war als allgemeiner Sozialistenkongreß einberufen worden, um auch den Parteigenossen aus denjenigen Staaten, wo die Parteiorganisation „geschlossen" worden war, die Teilnahme zu ermöglichen. Die meisten Mittel-, und manche Kleinstaaten dazu, in erster Reihe Bayern und Sachsen, hatten eifrig den Lorbeeren Tessendorffs nachgetrachtet; kaum noch in einem kleinen Teile des Deutschen Reiches, in den Hansastädten, sowie in einigen thüringischen und süddeutschen Staaten, waren sozialistische Verbindungen möglich, deren Mitglieder an verschiedenen Orten wohnten.

Jedoch zeigte der Kongreß von 1876, daß Tessendorff und sein edles Gefolge zu spät aufgestanden war; die Zertrümmerung ihrer äußeren Organisation war längst kein Mittel mehr, die Entwicklung der Partei aufzuhalten, sondern nur noch ein Hebel, ihren Aufschwung zu beflügeln. Auf dem Kongresse erschienen 98 Delegierte, die 291 Orte mit 38254 Mitgliedern vertraten; die Gesamteinnahme der Parteikasse belief sich für vierzehn Monate, für die Zeit vom 8. Juni 1875 bis zum 10. August 1876, auf 58763 Mark, darunter 4330 Mark vom Verleger des Wählers, eines handgroßen Blättchens, das einmal monatlich erschien und für 20 Pfennig das Exemplar an „geschlossene" Parteigenossen verkauft wurde, um ihnen so die Zahlung ihrer Beiträge zu ermöglichen. Die Einnahmen der Parteikasse erschöpften aber nicht entfernt die Summe, die deutsche Arbeiter trotz aller schweren Not der Zeit für die Emanzi-

pation ihrer Klasse aufzubringen wußten; Auer, der den Bericht des Vorstandes erstattete, schätzte die Aufwendungen für örtliche Parteizwecke mindestens auf das Dreifache ein.

Auch sonst bot Auers Bericht ein sehr erfreuliches Bild. Der Partei standen 145 wohlgeschulte Redner zur Verfügung, die alle schon die Feuertaufe in Versammlungen rühmlich bestanden hatten, darunter 8 voll, sowie 14 zum Teil besoldete Agitatoren, und 46 Parteibeamte, hauptsächlich Redakteure und Expedienten der Parteiblätter. 12 politische Organe und ein belletristisches Unterhaltungsblatt, die Neue Welt, waren seit dem Einigungskongresse neu entstanden. Die Partei verfügte über nicht weniger als 23 politische Organe, von denen 15 in Genossenschaftsbuchdruckereien hergestellt wurden; 8 erschienen sechsmal, 8 dreimal, 4 zweimal und 3 einmal in der Woche. Der Broschürenvertrieb belief sich in die Hunderttausende, als Parteikalender wurde der Arme Konrad in vierzigtausend Exemplaren abgesetzt. So durfte Auer sagen, daß von dem ausposaunten „Rückgange" der Sozialdemokratie nichts übrig bleibe, als Schrecken in allen feindlichen Lagern vor der wachsenden Macht der Arbeiterpartei.

Der Verfolgungen gedachte er nur, um festzustellen, daß namentlich in Preußen und Bayern das Vereinsrecht für die Arbeiter durch rechtlose Willkür so gut wie völlig aufgehoben sei. Nicht über die reaktionären Vereinsgesetze beklage sich die Sozialdemokratie, denn mit ihnen wisse sie sich, bei aller Agitation für die gesetzliche Beseitigung solcher Machwerke, doch abzufinden; wogegen sie protestiere, das sei die tendenziöse reaktionäre Manier, womit die bestehenden Gesetze gegen sie ausgelegt würden, während sie auf alle anderen politischen Parteien eine loyale Handhabung fänden. Über die Möglichkeit einer neuen Parteiorganisation sprach sich Auer sehr resigniert aus. Die preußischen Parteigenossen hätten mit peinlichster Genauigkeit die Klippen und Untiefen des Vereinsgesetzes umschifft, indessen wenn die preußische Regierung entschlossen sei, innerhalb ihrer Machtsphäre keine sozialistische Organisation zu dulden, so fände sie immer Staatsanwälte und Richter, die ihren Willen vollstreckten, unter freudiger Zustimmung der konservativen und der liberalen Parteien. Möge aber das offizielle Band zerrissen sein, so binde alle Parteigenossen fest und unlöslich das Bewußtsein, einer gemeinsamen großen Sache zu dienen, der Sache des Proletariats, des armen enterbten Volkes.

Der Kongreß hatte zwei Hauptaufgaben zu erledigen: einmal den Schlußstein ins Einigungswerk zu fügen und dann für die nächsten Reichstagswahlen mobil zu machen. Ganz leicht war es nicht, den Dualismus zu beseitigen, der in den beiden Zentralorganen der ehemaligen Fraktionen noch fortbestand; bei der Abstimmung über die entscheidende Frage, ob das neue Zentralorgan in Leipzig oder Berlin erscheinen solle, trat der alte Unterschied noch einmal ziemlich scharf hervor; überwiegend stimmten die ehemaligen Lassalleaner für Berlin, die ehemaligen Eisenacher für Leipzig. Als sich ergab, daß, bei 6 Stimmenthaltungen, für Leipzig 49 und für Berlin 38 Delegierte gestimmt hatten, wurde die Klage laut, daß die geographische Lage des Kongreßortes den sächsischen und thüringischen Delegierten ein unverhältnismäßiges Übergewicht gegeben habe, und die Spannung verschärfte sich noch durch die Weigerung Hasselmanns, in die Redaktion des neuen Zentralorgans in Leipzig einzutreten. Doch der redliche Wille, um jeden Preis die Einheit zu erhalten, siegte über alle Schwierigkeiten. Alte Lassalleaner, wie Rackow und Zielowsky, tadelten Hasselmanns Obstruktion scharf, während Hasenclever sich bereit finden ließ, die von Hasselmann verschmähte Stelle anzunehmen. Unter Liebknechts und Hasenclevers Redaktion sollte das neue Zentralorgan unter dem Titel Vorwärts vom Oktober 1876 ab in Leipzig erscheinen, dreimal wöchentlich, wie auch schon der Volksstaat seit 1873 erschienen war. Hasselmann, der bisher eifrig an der Einigung der Fraktionen gearbeitet hatte, nahm von nun an eine frondierende Stellung in der Partei ein; nach dem Eingehen des Neuen Sozialdemokraten ging er in seinen Wahlkreis Elberfeld-Barmen und gab hier die Rote Fahne heraus, angeblich ein regelmäßig erscheinendes Wahlflugblatt, tatsächlich ein schwach verhülltes Konkurrenzunternehmen des Vorwärts. Soweit der verschlossene Charakter Hasselmanns ein Urteil zuließ, bestimmte ihn die Enttäuschung persönlichen Ehrgeizes. Seine Fronde war unbequem, aber nicht gefährlich; eine sachliche Handhabe zur Opposition fehlte ihm, und selbst wenn eine Sektenbildung noch möglich gewesen wäre, wie sie es nicht mehr war, so langte Hasselmanns ganze Persönlichkeit nicht zu einem fanatisierenden Sektenhäuptling.

Die zweite Hauptaufgabe des Kongresses war die Rüstung für die bevorstehenden Reichstagswahlen. Nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse wurden etwa vierzig Wahlkreise für „offiziell" erklärt, das

heißt für Kreise, in denen die Partei mit nennenswerter Aussicht auf Erfolg kandidieren könne und also von Partei wegen in den Wahlkampf eingreifen müsse: zwölf sächsische und fünf schleswig-holsteinische Kreise, die beiden Stadtkreise und der Landkreis Hamburg, Berlin IV und VI, Braunschweig I, in Schlesien Reichenbach-Neurode und Waldenburg, im Rheinlande Elberfeld-Barmen, Lennep-Mettmann und Solingen, im Maingau Hanau und Offenbach, in Bayern Nürnberg, in Württemberg Eßlingen-Kirchheim, dazu einige Wahlkreise in mitteldeutschen Kleinstaaten, wie Anhalt-Bernburg, Sachsen-Meiningen und Reuß ä. L.

Zur Leitung der Wahl wurde ein Zentralwahlkomitee von fünf Personen in Hamburg niedergesetzt, das zugleich alle sonstigen Aufgaben der Parteileitung übernehmen sollte; nach einem Erkenntnisse des preußischen Obertribunals stand eine Organisation, die eine bestimmte Wahl im Auge hatte, nicht unter dem preußischen Vereinsgesetze. In das Zentralwahlkomitee wurden die Mitglieder des früheren Vorstandes gewählt, Hartmann, Derossi, Geib, Auer, an die Stelle Hasenclevers, der nach Leipzig übersiedelte, trat H. Brasch. Für die beiden Vorsitzenden wurden je 45, für die beiden Schriftführer je 150, für den Kassierer 135 Mark, für die beiden Redakteure des Zentralorgans je 195 Mark Monatsgehalt ausgeworfen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sollten an Diäten täglich 9 Mark erhalten, sofern sie nicht mit mindestens 100 Mark monatlichen Gehalts angestellte Parteibeamte waren, in diesem Falle erhielten sie nur 6 oder, falls sie in Berlin wohnten, nur 3 Mark täglich. Ein ständiger Agitator bezog monatlich 135 Mark, auf Reisen außerhalb seines Agitationsbezirks außerdem ein Lediger 1,50, ein Verheirateter 3 Mark täglichen Zuschusses. Nicht fest angestellte Agitatoren bezogen, wenn ledig, täglich 6, wenn verheiratet, täglich 7,50 Mark Diäten. Diese Regelung der Parteigehälter auf dem Kongresse von 1876 zeigte zur Genüge, was es mit dem „Verwüsten der Arbeitergroschen“ auf sich hatte, derjenigen Klopffechterei, an der sich die geistreiche Bourgeoisie neben dem angeblichen „Rückgange“ zumeist ergötzte. Wenn die Partei ihren Angestellten die Lohnsätze besser gestellter Arbeiter zahlte, so genügte sie einer Anstandspflicht, die sie ihrer eigenen Würde schuldete; Hungerlöhne, wie der erste beste Kapitalist, konnte sie nicht zahlen. Aber über diese Grenze ist sie nie hinausgegangen und Seide hat noch kein Mensch in ihrem Dienste gesponnen; unter den zahllosen Kräften, die sich in diesem Dienste aufgerieben

haben, mögen wenige gewesen sein, die nicht, wenn sie einen bürgerlichen Erwerb gewählt hätten, auf einen höheren Entgelt ihrer Arbeitsleistung hätten rechnen können.

Die Reichstagswahlen, die am 10. Januar 1877 stattfanden, erfüllten die auf sie gesetzten Hoffnungen. In 175 Wahlkreisen waren sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt worden, auf die 493 447 Stimmen fielen, mehr als 9 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Die Sozialdemokratie war nun schon die viertstärkste Partei im Reiche; beträchtlich stand sie nur noch den Nationalliberalen und den Ultramontanen, um ein Geringes den Konservativen nach; abgesehen von den kleinen Parteigruppen des Reichstags, überflügelte sie von den eigentlichen Parteien schon die Fortschrittler und die Freikonservativen. Die Verteilung der Stimmen zeigte die härtere und schärfere Ausprägung des Klassenkampfs. Die Bewegung war stehen geblieben oder selbst etwas abgeflaut, wo sie sich hauptsächlich aus der allgemeinen politischen Unzufriedenheit nährte; dafür hatte sie einen überraschenden Aufschwung in den großen Städten gewonnen, in Berlin, Hamburg, Altona, Breslau, Magdeburg, Braunschweig, Bremen, Dresden und vielen anderen. Berlin holte jetzt mit einem Schlage ein, was es bei den früheren Reichstagswahlen versäumt hatte; es brachte 31 522 sozialdemokratische Stimmen auf, fast 40 Prozent aller abgegebenen Stimmen; einen noch etwas günstigeren Prozentsatz stellten die 25 942 sozialdemokratischen Stimmen in Hamburg dar. Die Drehorgeln der bürgerlichen Demagogen mußten gänzlich umgestimmt werden. War nach den Wahlen von 1874 der sozialdemokratische Erfolg dem „verkommenen“ Fabrikproletariat und der ländlichen Industriebevölkerung geschuldet, während die großen Städte als Hort der Bildung und Gesittung gefeiert wurden, so wurden jetzt die großen Städte zu Stätten vaterlandslosen Gesindels, während der Landmann zu der Ehrenrolle gedieh, mit fester Hand die schwankende Wage ins Gleichgewicht gebracht und den rollenden Stein aufgehalten zu haben, der die bestehende Ordnung zu zertrümmern drohe.

Es gab keine preußische Provinz mehr und nur noch sechs preußische Regierungsbezirke, die noch nicht „verseucht“ waren. Freilich befanden sich darunter neben einem pommerschen (Stralsund) und einem westpreußischen (Marienwerder) ein schlesischer (Oppeln), ein westfälischer (Münster) und zwei rheinische Regierungsbezirke (Aachen und Koblenz), ein Beweis, daß die ultramontane Agitation noch immer stark die

Arbeiterbewegung kreuzte. Aber es zeigte sich doch auch, daß dieser Bann gebrochen zu werden begann; seit 1874 waren die sozialdemokratischen Stimmen in Rheinland-Westfalen von 28824 auf 44690, und in Schlesien von 9004 auf 23449 gestiegen. Unter den Mittelstaaten stand Sachsen obenan mit prächtig ansteigenden Ziffern; hier hatte sich die sozialdemokratische Stimmenzahl in sechs Jahren nahezu vervierfacht; sie belief sich auf 123978, auf 38 Prozent der abgegebenen Stimmen. In Bayern zeigte sich gleichfalls schon, doch schwächer als in Rheinland-Westfalen und Schlesien, eine rückläufige Bewegung gegen den ultramontanen Strom; unter den bayrischen Provinzen stand Franken mit der sozialdemokratischen Hochburg Nürnberg weit im Vordertreffen. In Württemberg und Baden war die sozialdemokratische Stimmenzahl seit 1874 ziemlich stehen geblieben, doch machte sich auch in diesen Staaten die Konzentration der Bewegung in den größeren Städten geltend. In Stuttgart waren 4609 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden, und fast ebensoviel schon einen Monat früher bei den Erneuerungswahlen zum württembergischen Landtag, an denen sich die Sozialdemokraten zum erstenmal beteiligten. Viel Mühe und Sorge machte die Erhaltung der Süddeutschen Volkszeitung, in deren Redaktion und Verwaltung der Schriftsetzer Georg Baßler eintrat, nachdem Karl Hillmann an das Hamburger Parteiorgan übergesiedelt war; seit dem Erlaß des reaktionären Preßgesetzes und dem scharfen Winde vom Norden her begannen auch im Schwabenlande die Verfolgungen. Wie Stuttgart in Württemberg, so wurden Mannheim in Baden und Ludwigshafen in der Pfalz zu leitenden Orten der Bewegung. Mannheim brachte 1689 Stimmen auf, und noch im Laufe dieses Jahres gründete Dreesbach das Badisch-Pfälzische Volksblatt, das wöchentlich einmal erschien und bald ein paar tausend Abonnenten zählte. Von Mannheim wurde vorläufig auch noch, namentlich durch Ehrhart, die Agitation in der Pfalz betrieben, wo nach der Vereinigung der beiden Fraktionen der erste, von zwanzig Orten beschickte Arbeitertag stattgefunden hatte. In den drei Wahlkreisen der Pfalz wurden 2500 Stimmen abgegeben. Ein Hauptherd der Agitation war die Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, vom Volksmund Knochenmühle genannt, die Tausende von Arbeitern beschäftigte, doch wurde die Bewegung dadurch sehr gehindert, daß die rheinbayrische Großindustrie weniger gelernte Handwerker anzog, als Kleinbauern und ländliche Tag-

löhner, die durch die immer schärfer sich zuspitzende Parzellenwirtschaft im Überschusse produziert wurden. Diese bedürfnislosen und noch vom Eigentumsteufel besessenen Elemente waren ideale Arbeiter im Sinne der ausbeutenden Bourgeoisie und deshalb dem proletarischen Klassenbewußtsein schwer zugänglich.

Bei der Verteilung der Mandate schnitt die Partei wieder sehr schlecht ab. Mit ihren vierzig offiziellen Wahlkreisen hatte sie so ziemlich das Richtige getroffen; sechsunddreißig Mandate hätten ihr nach dem Verhältnis ihrer Stimmenzahl zur Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen gebührt. Tatsächlich mußte sie sich mit zwölf Mandaten begnügen. Im ersten Wahlgang behauptete sie von ihren bisherigen neun Sitzen nur fünf: Altona (Hasenclever), Glauchau-Meerane (Bebel), Stollberg-Schneeberg (Liebknecht), Zwickau-Crimmitschau (Motteler) und Chemnitz (Most). Sie gewann dazu Berlin IV und VI (Fritzsche und Hasenclever), die sächsischen Kreise Auerbach-Reichenbach (Auer) und Leipzig-Land (Demmler), endlich den Wahlkreis Reuß ä. L. (Blos). Von diesen zehn Sitzen ging aber Altona wieder in der Nachwahl verloren, die dadurch nötig wurde, daß Hasenclever in Berlin VI annahm. Daneben war die Partei an zwanzig Stichwahlen beteiligt: in Berlin III, Breslau I und II, Magdeburg und Nürnberg, in den schleswig-holsteinischen Kreisen Itzehoe, Glückstadt, Plön-Segeberg, in den sächsischen Kreisen Dresden-Altstadt, Borna, Freiberg, Plauen und Zschopau, in den rheinischen Kreisen Elberfeld-Barmen und Solingen, in den schlesischen Kreisen Reichenbach-Neurode und Waldenburg, endlich in Gotha, Hanau und Offenbach. Von ihnen allen aber gewann sie nur drei: Dresden-Altstadt (Bebel), Reichenbach-Neurode (A. Kapell) und Solingen (Rittinghausen). Bebel nahm in Dresden-Altstadt an, in Glauchau-Meerane trat Bracke an seine Stelle.

Doch die Partei brauchte sich die Freude an ihrem großen Erfolge nicht durch die verhältnismäßig geringe Zahl der Mandate trüben zu lassen. In den Wahlkreisen, die sie verloren hatte, war ihre Stimmenzahl beträchtlich gestiegen, mit der einzigen Ausnahme Plön-Segebergs, wo die Großgrundbesitzer fürchterliche Musterung unter dem ländlichen Proletariat gehalten hatten, und bei den Stichwahlen brachte sie 62368 Stimmen mehr auf, als ihre Kandidaten in diesen Kreisen bei den Hauptwahlen erhalten hatten. Von diesem Zuwachs entfiel nur eine verhältnismäßig geringe Zahl auf volksparteiliche Elemente und

katholische Arbeiter. Wo es galt, einen sozialdemokratischen Wahlsieg zu hindern, schlossen sich auf bürgerlicher Seite Krethi und Plethi unbedenklich zusammen, trotz alles sonstigen, noch so giftigen Haders, und dies schlagende Zeugnis der Furcht, das sie ihren Gegnern einflößte, konnte der Partei schon eine Handvoll Mandate ersetzen. Im Reichstage selbst empfing die sozialdemokratischen Abgeordneten eine noch viel gehässigere Gesinnung als in der vorhergehenden Gesetzgebungsperiode; der nationalliberale Abgeordnete Valentin machte sich einen berüchtigten Namen durch die Schlußanträge, die den parlamentarischen Vertretern der Arbeiterklasse das Wort abschnitten.

Der Jahreskongreß für 1877 wurde von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten einberufen, nach Gotha für die Zeit vom 27. bis 29. Mai. Vertreten waren 251 Orte durch 95 Delegierte, hinter denen, soweit ihre Mandate Angaben über die Stimmenzahl enthielten, 32000 aktive Parteimitglieder standen. Auer erstattete wieder den Bericht im Auftrage des Zentralwahlkomitees, diesmal für die Zeit vom 11. August 1876 bis zum 30. April 1877. In diesen noch nicht ganz neun Monaten waren 54217 Mark in die Parteikasse eingelaufen, darunter 10000 Mark vom Verleger des Wählers. Dazu kamen aber noch die gewaltigen Anstrengungen, welche die einzelnen Wahlkreise für den Wahlkampf gemacht hatten. Die Abrechnung für Altona ergab eine Ausgabe von 30000 Mark, in Berlin hatten 307 Versammlungen mit Vorträgen und Diskussion, sowie 144 Wahlhilfsmännerversammlungen stattgefunden, waren 1346145 Exemplare von Drucksachen überwiegend unentgeltlich durch Parteigenossen verbreitet worden. Ferner hatte dieser kurze Zeitraum heißen Kampfes 18 neue Blätter hervorgerufen; die Partei zählte jetzt neben dem Vorwärts 41 Zeitungen, von denen 13 wöchentlich sechsmal, 13 wöchentlich dreimal, 3 wöchentlich zweimal, 12 wöchentlich einmal erschienen. 25 dieser Blätter wurden in Genossenschaftsbuchdruckereien hergestellt, deren 14 in Deutschland existierten. Unter den 44 Redakteuren der Partei befanden sich nach der Zusammenstellung Auers: zwölf Literaten mit fast durchgehends akademischer Bildung, elf Schriftsetzer, vier Kaufleute, drei Schlosser, ein Maurer, ein Lohgerber, ein Riemendreher, ein Mechaniker, ein Zigarrenarbeiter, ein Zimmerer, ein Böttcher, ein Schuhmacher, ein Goldarbeiter, ein Buchhändler, zwei Schneider, ein Lehrer, ein Zeichner. Auer brandmarkte durch diese Aufzählung das Märchen von den „ver-

bummelten Genies“, die sich angeblich durch Aufhetzung und Ausbeutung der Arbeiter ein Lotterleben verschaffen sollten. Wie es mit diesem Lotterleben tatsächlich stand, zeigten die Strafanträge und Strafurteile, die mit dem Wachstum der Parteipresse in wachsendem Maße auf sie herabhagelten; die Chemnitzer Freie Presse hatte im Laufe eines Jahres acht Jahre Gefängnis zudiktiert bekommen, und ähnlich ging es den meisten Parteiblättern. Aber in solchen Verfolgungen erstarkte die Partei, und, sicher ihres unzerstörbaren Lebens, konnte der alte Organisationsfanatiker Tölcke den einstimmig und ohne jede Debatte angenommenen Antrag stellen, daß der Kongreß „mit Rücksicht auf die von preußischen Behörden mit unerhörter Dreistigkeit förmlich proklamierte völlige Rechtlosigkeit sozialistischer Vereine in Preußen“ auf jede Organisation der Partei verzichte und den Parteigenossen überlasse, sich je nach den örtlichen Bedürfnissen und Verhältnissen zu organisieren.

Die deutsche Sozialdemokratie galt jetzt schon als die mächtige Vorhut der internationalen Arbeiterbewegung, und die Proletarier der verschiedensten Länder sandten ihren Kongressen brüderliche Grüße. Um die Solidarität der Sozialisten aller Länder zu bekunden, beschloß der Gothaer Kongreß von 1877 auf Vollmars Antrag, einen Weltkongreß zu beschicken, der von bakunistischer Seite für den September nach Gent einberufen worden war. Auf diesem Weltkongreß fanden sich ungefähr 30 Delegierte der europäischen Arbeiterparteien ein; als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie kam Liebknecht. Die anarchistische Richtung unterlag nach heftigen Debatten mit 13 gegen 16 Stimmen. Die siegreiche Mehrheit schloß einen Solidaritätspakt ab und erließ ein Manifest, das im Sinne der alten Internationalen die Notwendigkeit der politischen Aktion als eines mächtigen Agitations-, Organisations- und Propagandamittels begründete. Doch warnte Liebknecht selbst im Vorwärts davor, diese Vorgänge zu überschätzen; ebenso zahlreiche wie zwingende Gründe verboten den Versuch, die Internationale in der alten Form zu erneuern.

In engeren Grenzen, als die politische, hielt sich die gewerkschaftliche Bewegung. Den neuen Anstoß, den auch sie durch die Einigung der Fraktion empfing, machte die seit Jahren andauernde Geschäftskrise wett, und die polizeilichen Verfolgungen schädigten die gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur äußerlich, sondern begannen sie auch innerlich zu lähmen durch den Streit um die beste Form der Organisation.

Einen Streit beiläufig, der den Trade Unions, die niemals mit 21 verschiedenen Vereinsgesetzen in 26 verschiedenen Einzelstaaten zu tun gehabt haben, auch immer ferngeblieben ist. Wenn um die Jahreswende von 1877 auf 1878 reichlich 50000 Arbeiter in 1300 Orten gewerkschaftlich organisiert waren, so mochte diese Zahl an und für sich sehr gering sein, und wirklich betrug sie nur 1½ Prozent der Arbeitermasse, die es in den betreffenden Industriezweigen überhaupt gab, aber trotz alledem legte sie ein ehrenvolles Zeugnis für den unverwüstlichen Trieb des deutschen Proletariats nach gewerkschaftlicher Organisation ab.

Eine Übersicht über die damaligen Gewerkschaften gibt eine sorgfältige Statistik, die Geib veranstaltete und im Januar 1878 veröffentlichte. Er zählte 26 Zentralverbände und 5 Lokalvereine, diese entschieden zu niedrig. 9 Zentralverbände hatten ihren Sitz in Hamburg, wohin die von Tessendorff aufgelösten Gewerkschaften geflüchtet waren. In Hamburg erschien auch das größte und meist gelesene der 15 Gewerkschaftsblätter, der Pionier mit 9350 Abonnenten. Er diente den Böttchern, den Stellmachern, den Tischlern und den Zimmerern zum Organ, daneben auch den Manufaktur- und Handarbeitern beiderlei Geschlechts, von denen, bei einer Gesamtziffer von 400000 Köpfen, freilich nur erst 1250 organisiert waren. Die stärksten Organisationen, die etwa die Hälfte ihrer Berufsgenossen umfaßten und über ziemliche Geldmittel verfügten, waren die Buchdrucker mit 5500 und die Schiffszimmerer mit 3000 Mitgliedern; von 65000 Tabakarbeitern, die etwa je zur Hälfte aus Männern und Frauen bestanden, waren nur 8100 organisiert, aber auch sie waren pekuniär einigermaßen auf einen grünen Zweig gekommen. Die Gold- und Silberarbeiter, die sich zuerst in Pforzheim, dem Hauptsitze deutscher Juwelierarbeit, organisiert hatten und dann nach Schwäbisch-Gmünd übergesiedelt waren, verfügten nach sechsjährigem Bestehen über 18000 Mark in ihrer Invalidenkasse. Die Schuhmacher hatten in Gotha ihren Sitz mit 3585, die Metallarbeiter in Braunschweig mit 4000 Mitgliedern; von ihnen waren nun schon die Schlosser und die Schmiede als besondere, vorerst nur schwache Verbände getrennt. Die Maurer und Steinhauer zählten 2500 Köpfe und hatten den Grundstein in Hamburg als Organ. Der monatliche Überschuß sämtlicher Gewerkschaften belief sich etwa auf 8000 Mark, wovon der Löwenanteil mit 3538 Mark auf die Buchdrucker entfiel. An eine Erhöhung der Beiträge war nicht zu denken, solange der Not-

stand währte, um so weniger, als die Gewerkschaften sich beeilten, den mit dem Hilfskassengesetze gegen sie geführten Schlag zu parieren und sich auf dem engen Gebiete anzusiedeln, das jenes Gesetz der unabhängigen Krankenversicherung der Arbeiter noch gelassen hatte. 16 Gewerkschaften hatten eingeschriebene Hilfskassen. Geib empfahl als nächsten Fortschritt die Zentralisation der sehr zersplitterten Gewerkschaftspresse; über diese und andere Organisationsfragen sollte zu Pfingsten 1878 ein Gewerkschaftskongreß in Magdeburg beraten.

Immer aber dröhnte der „Massenschritt der Arbeiterbataillone" erst in der politischen Bewegung wieder. „Das sind nicht mehr Bataillone, das sind Regimenter, Brigaden, Divisionen, das sind ganze Armeekorps", schrieb die Magdeburgische Zeitung voll tragikomischen Entsetzens, als die Berliner Arbeiter am 10. März dem Organisator ihrer Wahlsiege das letzte Geleit gaben. In der Blüte seiner Jahre war August Heinsch der schleichenden Proletarierkrankheit erlegen; sein Leichenbegängnis gestaltete sich zu einer Kundgebung, wie sie Berlin seit dem Begräbnis der Toten vom 18. März nicht wieder gesehen hatte. Da die Polizei, großsinnig wie immer, die Entfaltung von Fahnen und selbst das Tragen verhüllter Fahnen verboten hatte, so sammelten sich Tausende und aber Tausende, mit roten Nelken im Knopfloche, vor dem Trauerhause; auf dem weiten Wege zum Friedhofe, mitten durch die Arbeiterquartiere des Ostens, flaggten schwarze Fahnen von den Dächern und aus den Fenstern; Hunderttausende säumten die Straßen und entblößten still ihre Häupter, sobald der Leichenwagen vorüberfuhr. In ähnlich feierlicher Weise wurde am 28. April Paul Dentler bestattet, ein Redakteur der Berliner Freien Presse, der, gleichfalls in hohem Grade schwindsüchtig, in der Untersuchungshaft gestorben war, obgleich der Gefängnisarzt seine Freilassung beantragt hatte.

Ein Heer, das seine gefallenen Kämpfer so zu ehren wußte, war nicht zu foppen, wie etwa die biedere Bourgeoisie: soviel begriffen Bismarck und die mit ihm auf die Plünderung der Massen sannen.

---

3. Theoretische Unsicherheit. Engels gegen Dühring.

Jedoch die Rüstung der deutschen Sozialdemokratie hatte noch eine große Lücke: ihre Praxis war ihrer Theorie weit vorausgeeilt, und für die schweren Kämpfe der nächsten Zukunft brauchte sie die Theorie ebenso

notwendig wie die Praxis. Sie hatte bisher das Manchestertum bekämpft, das von der halbamtlichen Provinzialkorrespondenz bis zur Volkszeitung tausend Sprachrohre hatte, und nun stand eine Wendung bevor, die sie oft genug an die Seite der konsequenten Manchestermänner führen mußte, gegen noch viel rückständigere Richtungen, die sich gleichwohl mit sozialistischen Schlagworten ausstaffierten. Eine so mächtige Volksbewegung, wie die sozialdemokratische Agitation geworden war, durfte sich nicht mehr auf die Propaganda für die sozialistischen Endziele beschränken, sie mußte in die politischen und sozialen Tagesfragen praktisch eingreifen, ohne jedoch prinzipiell zu verflachen: diese Aufgabe konnte sie nicht mit den Resultaten, sondern nur mit der Methode, nicht mit den letzten Gedanken, sondern nur mit der ganzen Denkweise des wissenschaftlichen Kommunismus lösen, und daran fehlte es noch so gut wie vollständig.

Gewiß war die Partei viel zu weit entwickelt, als daß sie so ohne weiteres von den landläufigen Lockungen des reaktionären „Sozialismus" hätte geködert werden können. Der Kongreß von 1876 faßte bereits Resolutionen gegen Bismarcks Schutzzöllnerei und Verstaatlichungspläne, und beschloß seinerseits, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten ein Arbeiterschutzgesetz im Reichstag einbringen sollten. Doch zeigten die Verhandlungen, daß sich der Kongreß über die Bedeutung des gesetzlichen Arbeiterschutzes keineswegs klar war. Der Antragsteller Hasselmann wollte das Gesetz nur als ein, zur Eroberung rheinischer Wahlkreise schlechterdings notwendiges Angriffsmittel gegen die Ultramontanen haben, während A. Kapell gar einen prinzipwidrigen Mißgriff darin sah; in dem Sinne, worin die Kongresse der Internationalen Fabrikgesetze befürwortet hatten, sprach in der kurzen Debatte kein einziger Redner. Der Gesetzentwurf, den die sozialdemokratischen Abgeordneten dann 1877 im Reichstage einbrachten, forderte den zehnstündigen Arbeitstag, die Wahl von Gewerbekammern und Gewerbegerichten, Anstellung von Fabrikinspektoren, gesundheitspolizeiliche Überwachung der Arbeitsräume, Befreiung der gewerkschaftlichen Organisation von den reaktionären Vereinsgesetzen. Er wurde der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen, gemeinsam mit allerlei zahmen Anträgen zur Fortbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung, die von der Mehrzahl der bürgerlichen Parteien gestellt worden waren.

Dank der sozialdemokratischen Agitation standen manche Elemente der Bourgeoisie und auch der Bureaukratie dem gesetzlichen Arbeiterschutze

nicht mehr so ganz verständnislos gegenüber wie beim Erlaß der Gewerbeordnung, gleichviel ob die bessere Einsicht blasser Angst oder einem besseren Gefühle entsprang. Preußen hatte seit 1875, Sachsen schon ein paar Jahre früher mit der Anstellung einzelner Fabrikinspektoren begonnen; im preußischen Handelsministerium war sogar eine Novelle ausgearbeitet worden, die für das ganze Reich die obligatorische Einführung von Fabrikinspektoren anordnen sollte. Sie wurde freilich in der Geburt erstickt durch die Großindustriellen, denen sie zur Begutachtung vorgelegt worden war, und namentlich von Bismarck, dessen Herz wenigstens für eine Freiheit, für die Freiheit der Ausbeutung, mit glühender Inbrunst schlug. Die Gewerbeordnungsnovelle, die dem Reichstage im Frühjahr 1878 zuging, enthielt nichts über die Anstellung von Fabrikinspektoren, sondern nur einige schwächliche Verbesserungsvorschläge zu den unzureichenden Schutzvorschriften der Gewerbeordnung. Diese nahm der Reichstag an und fügte aus eigenem Antriebe die Einführung von Fabrikinspektoren hinzu, zwar nicht für das Reich, aber so, daß die Landesregierungen Fabrikinspektoren mit allen amtlichen Befugnissen der Ortspolizeibehörden anstellen sollten. Die Regierungen wagten nicht, diesen Beschluß des Reichstags offen abzuwerfen; sie brachen ihm nur heimlich die Spitze ab, indem sie in ihren Dienstanweisungen die neuen Beamten verpflichteten, von ihrem Rechte auf die amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden keinen Gebrauch zu machen.

Ähnlich wie mit dem sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwurfe stand es mit den Resolutionen gegen die Schutzzölle und die Eisenbahnverstaatlichung. Der Kongreß von 1876 ließ sich mehr von dem praktischen Instinkt des lebhaft erwachten Klassenbewußtseins auf den richtigen Weg stoßen, als daß er ihn in klarer Erkenntnis der Sachlage betreten hätte. Die Resolution gegen die Eisenbahnverstaatlichung bewegte sich etwas stark in dem kleinbürgerlichen Einerseits — Andererseits: einerseits sollten die Eisenbahnen in den Besitz des Staats übergehen, um dem Privateigentum ein ungerechtfertigtes Monopol zu entreißen, andererseits würde der Besitz der Eisenbahnen dem Reiche ein neues Übergewicht im volksfeindlichen Sinne verleihen; es fehlte der übergreifende Standpunkt, der diesen scheinbaren Widerspruch in eine konsequente Auffassung auflöste. In der Resolution gegen die Schutzzöllnerei stritten gar drei verschiedene Gesichtspunkte miteinander. Die rheinischen und namentlich

auch die Berliner Delegierten, wie Fritzsche, Rackow, Hasselmann und Most, neigten dem Schutzzolle zu; so wurde in mühsamer Zangengeburt ein Kompromiß fertig, wonach erstens die Sozialdemokratie dem innerhalb der besitzenden Klassen ausgebrochenen Streite zwischen Freihandel und Schutzzoll fremd gegenüberstehe, zweitens aber die freihändlerischen Handelsverträge ungünstig für die deutsche Industrie abgeschlossen seien und eine Änderung erheischten, drittens die Arbeiter davor gewarnt werden müßten, für die unter dem Verlangen nach Schutzzoll eine Staatshilfe erstrebende Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Demgemäß stimmten auch die sozialdemokratischen Abgeordneten dreifach geteilt, als gleich darauf die Regierung mit einer sogenannten Ausgleichsabgabe auf Eisen einen schutzzöllnerischen Anfang machte: die einen enthielten sich der Abstimmung, die anderen stimmten dafür und die dritten dagegen.

Die Presse der Partei war sehr in die Breite, aber nicht ebenso in die Tiefe gewachsen. Viele der neuen Blätter standen noch auf schwachen Füßen und mußten mit äußerster Anstrengung ums nackte Dasein ringen. Ihren meist proletarischen Redakteuren fehlte jede Muße, sich in ihren Beruf einzuleben; wo es ihrer Beweisführung an sachlicher Kraft mangelte, halfen sie sich durch einen um so kräftigeren Ausdruck ihrer Überzeugungen darüber hinweg. Auch ein leitendes Organ besaß die Partei nicht. Ein solches Organ innerhalb einer durch und durch demokratischen Arbeiterpartei zu schaffen, ist nicht leicht; es gilt da, immer mit großem Takte zwischen der Scylla eines militärischen Befehlsbuchs und der Charybdis eines weitherzigen Briefkastens hindurchzusegeln; dennoch haben der Sozialdemokrat der sechziger und der Sozialdemokrat der achtziger Jahre gezeigt, daß die schwierige Aufgabe glänzend gelöst werden kann. In den siebziger Jahren und namentlich seit der Einigung der Fraktionen ward es der Partei nicht so gut. Dem Vorwärts fehlte nicht die demokratische Praxis, aber wohl die überlegene Theorie; so ließ er noch im Sommer 1878 in einer weitläufigen, sich durch viele Nummern hinziehenden Diskussion die kunterbuntesten Ansichten über die Werttheorie zu Worte kommen, aber er verzichtete darauf, das Fazit der ganzen Auseinandersetzung in einer klärenden Zusammenfassung zu ziehen, was gerade die eigentliche Aufgabe eines Zentralorgans war; nach dieser Diskussion mußte sich die Werttheorie in den Köpfen der Arbeiter noch viel krauser darstellen als vordem.

In den politischen und sozialen Tagesfragen gebrach es dem Vorwärts an genauer Kenntnis der Verhältnisse, an konkreter Schärfe in der Auffassung der deutschen Dinge; alles Unbequeme wurde mit einigen Schlagworten „abgefertigt", wodurch ein suffisanter und nicht eben erfreulicher Ton in die Partei kam. Dabei verdeckten die Ausflüge des Vorwärts in die auswärtige Politik nicht, was in seiner inneren Politik unzulänglich war; seine türkenfreundliche Haltung in dem russisch-türkischen Kriege war in ihrer Art kaum weniger anfechtbar als die russenfreundliche Haltung der herrschenden Klassen. Nicht viel anders stand es um die Berliner Freie Presse, das einflußreichste Tageblatt der Partei. Hier sprach Most allzuoft über Dinge, die er wirklich auch nicht verstand. Zwar seine Polemik gegen Mommsens Römische Geschichte war keineswegs so abgeschmackt, wie die bürgerliche Presse behaupten wollte, obschon sie sehr viel zu wünschen übrig ließ, aber der populäre Auszug, den Most aus dem ersten Bande des Kapital anfertigte, wimmelte von den ärgsten Mißverständnissen, und sein Vortrag über die Lösung der sozialen Frage riß die großen, bis dahin in der sozialistischen Literatur stets mit Achtung genannten Utopisten in häßlicher Weise herunter, um dann selbst in der Ausmalung des „Zukunftsstaats" einem sehr oberflächlichen Utopismus zu verfallen.

Allzu tragisch brauchte man diese Schatten großen Lichtes nicht zu nehmen. Es waren keine Symptome greisenhaften Verfalls, sondern im Gegenteil Symptome eines kräftig aufschießenden Wachstums, einer Periode, die man im Leben des einzelnen Menschen als Flegeljahre zu kennzeichnen pflegt. Immer blieb die sozialistische Literatur siegreich in dem Streite mit ihrer bürgerlichen Gegnerin. Einen drastischen Maßstab dafür boten die beiden Agitationsbroschüren Brackes für die Wahlen von 1877 und ihre liberalen Gegenschriften. Obgleich Bracke nur vom ideologisch-moralischen Standpunkt aus die Ungerechtigkeit und die Unvernünftigkeit des bürgerlichen Eigentums anfocht, so bewältigte er doch spielend sowohl die kindlichen Einwände der Magdeburgischen Zeitung als auch die abstoßenden Zoten, mit denen der biedere Unruh seinen dreißigjährigen Verrat an der Arbeiterklasse würdig beschloß. Auf Liebknechts Frage, ob Europa kosakisch werden solle, antwortete H. Levy, ein Bankbeamter, der damals zu den schlagfertigsten Mitarbeitern des Vorwärts gehörte, in einer sehr lesenswerten Schrift mit der Gegenfrage; ob die deutsche Arbeiterpartei türkisch werden solle. Das Gefühl

der drohenden Verflachung war in der Partei sehr lebendig und führte, mittelbar und unmittelbar, zur Gründung zweier wissenschaftlicher Zeitschriften, die seit dem Oktober 1877 erschienen.

Die Neue Gesellschaft, eine Monatsschrift, die F. Wiede in Zürich herausgab, hing nur durch einen Teil ihrer Mitarbeiter mit der deutschen Sozialdemokratie zusammen, dagegen fügte sich die Zukunft, eine Halbmonatsschrift, die Karl Höchberg in Berlin herausgab, in den Rahmen der Partei ein. Höchberg, der Sohn eines Frankfurter Lotteriekollekteurs, war ein opferwilliger Idealist, der die Kosten der Zukunft übernahm, ohne dabei irgendwelche Nebenzwecke zu verfolgen, und wären es nur die Zwecke persönlichen Ehrgeizes gewesen. Der Sozialismus war ihm eine Herzenssache, aber freilich nicht bloß im guten, sondern auch im schlechten Sinne des Wortes. Ein Schüler Albert Langes, aus der Zeit, wo Lange sich mehr an die staatsmännische Einsicht der besitzenden, als an die revolutionären Instinkte der arbeitenden Klassen gewandt hatte, scheute Höchberg vor den rauhen Seiten des proletarischen Klassenkampfes zurück. Er glaubte, die Sache des Kommunismus zur Sache aller rechtlich und vernünftig denkenden Menschen machen zu können. Seine ideale Gesinnung wurde durch seine idealistische Philosophie irregeleitet; gleich in den ersten Heften der Zukunft erklärte er, daß der Sozialismus „seine Forderungen, Ziele und Zwecke nur aus der Idee entnehme“, daß „die einzige schöpferische Quelle des sozialpolitischen Ideals das von den gegebenen Zuständen unabhängige, ja denselben sich entgegenstellende, autonome Bewußtsein mit seinem Begriffe von dem Seinsollenden“ sei, daß die wichtigste Aufgabe der „Sozialistik“ darin bestehe, den „sozialistischen Staat“ auszumalen und seine Durchführbarkeit zu beweisen. Damit war der theoretische Sozialismus so ziemlich ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen; Marx und Engels müssen diese programmatischen Kundgebungen, dreißig Jahre nach dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes, mit eigentümlichen Empfindungen gelesen haben.

Sie hielten gute Disziplin und schwiegen. Wäre der Zukunft ein längeres Leben beschieden gewesen, so würde sie auch wohl bald von ihrem himmelblauen Sozialismus kuriert worden sein. Mancherlei Ansätze dazu finden sich sogar schon in ihrem einzigen Jahrgange, mag er auch bunt und verworren genug aussehen. Zu Höchbergs fleißigsten Mitarbeitern gehörte C. A. Schramm, der in den Kampf gegen das

Manchestertum gut eingearbeitet war, so gut, daß er sich schon einen unleidlichen Unfehlbarkeitston zugelegt hatte, aber der darin nun auch den Sozialismus beschlossen wähnte und Bismarcks reaktionären Verstaatlichungsplänen, denen es auf eine Handvoll Flüche gegen das verwerfliche Manchestertum durchaus nicht ankam, unsicher genug gegenüberstand. Auch Mülberger kam mit seinen proudhonistischen Quacksalbereien noch einmal angezogen, und ein allzu beträchtlicher Teil der Zukunft wurde wirklich den Erörterungen über die Einrichtung des „Zukunftsstaats" gewidmet. Doch erhob sich dagegen auch schon eine Opposition; besonders Bebel machte kurzen Prozeß mit Mülbergers Verkehrtheiten und mit Schramms Unsicherheiten, während er zugleich in einem Aufsatz über das Reichsgesundheitsamt zeigte, daß er die Fähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, wirkliche Kulturaufgaben zu lösen, soweit diese Fähigkeit tatsächlich vorhanden war, wohl zu würdigen verstand. Alles in allem freilich vermehrte die Zukunft vorläufig die theoretische Unsicherheit in der Partei, und das galt ebenso, wenn nicht noch in höherem Grade, von der Neuen Gesellschaft, deren Herausgeber nicht einmal das echte und tiefe Gerechtigkeitsgefühl besaß, das Höchbergs verstiegenen Idealismus bis zu einem gewissen Grade ausglich.

Es waren überhaupt nicht alle Höchbergs, die damals aus den besitzenden Klassen zur Sozialdemokratie kamen, um sich in den Strahlen dieser aufsteigenden Sonne zu wärmen. Verkannte Erfinder und Reformer, Impfgegner, Naturheilärzte und ähnliche schrullenhafte Genies suchten in den arbeitenden Klassen, die sich so mächtig regten, die ihnen sonst versagte Anerkennung zu finden. In dem frischen Drange, eine verrottete Welt umzuwälzen, zeigte sich das klassenbewußte Proletariat auch nicht sehr spröde und sah mehr auf den guten Willen der Helfer als auf die Kraft ihrer Lenden. Besonders stark war der Zustrom aus den akademischen Kreisen. Die Überlieferungen des bürgerlichen Radikalismus, die sich seit den Tagen der alten Burschenschaft in studentischen Kreisen erhalten hatten, erloschen in der politischen Verwesung der Fortschrittspartei; je nach Anlage, Herkunft und sozialem Milieu ergaben sich die Studenten entweder einem geschmacklosen Strebertum, das sich höchstens noch mit antisemitischem Schwadronieren aufspielte, oder aber sie suchten sich mit der Sozialdemokratie anzufreunden.

Der weitaus bedeutendste unter den bürgerlichen Adepten des Sozialismus war der Privatdozent Eugen Dühring, der sich über seine alten

Machenschaften mit Bismarck und Wagener weit hinaus entwickelt hatte. Er las unter großem Zulauf über die verschiedensten Fächer, und zugleich hatte er in mehreren, schnell aufeinander folgenden Werken ein eigenes, philosophisch-sozialistisches System aufgestellt, worin er eine Fülle von Wahrheiten letzter Instanz entdeckt zu haben behauptete. So hohen Ansprüchen entsprechend, behandelte er seine philosophischen und sozialistischen Vorgänger mit wenigen Ausnahmen sehr von oben herab; besonders über Marx und Lassalle ergoß sich sein Zorn in vollen Schalen. Trotzdem waren es nicht die schlechtesten Elemente der Sozialdemokratie, auf die Dühring durch Schrift und Wort einen ziemlichen Einfluß gewann; es gehörte immerhin mehr dazu, ihn zu verstehen, als ihn einfach wieder zu verdonnern, wie er seinerseits Marx und Lassalle verdonnert hatte. Ohne Zweifel besaß Dühring große Fähigkeiten. Anders als die Kathedersozialisten verwarf er jeden Sozialismus, der das Lohnsystem nicht völlig beseitigte, er befürwortete die Fabrikgesetzgebung und namentlich die Gewerkschaftsorganisation, aber nur als Mittel zum Zwecke, und er vertrat einen politischen Radikalismus, der in Byron und Shelley, in Marat und Babeuf und den Männern der Kommune seine Ideale sah. Gerade die geistig regen Elemente der Sozialdemokratie, denen Lassalles Agitationsschriften nicht mehr genügten und das Kapital von Marx in allen seinen historischen Zusammenhängen noch nicht erschlossen war, mußten durch Dührings Lehre stark angezogen werden.

Auch war das Leben des Mannes nicht ohne Größe. Ein preußisches Beamtenkind, früh verwaist, in Waisenhäusern und Alumnaten erzogen, kurz nach seinem Eintritt in den Justizdienst völlig erblindet, hatte er sich aus so bedrängenden und beengenden Verhältnissen heraus zu einer freien Weltanschauung emporgerungen und hielt im schwersten Kampfe mit des Lebens Notdurft daran fest. Freilich kannte er praktisch nur altpreußische Zustände; er mußte deshalb mit aller Energie und Kühnheit seiner Denkarbeit in luftigen Regionen bleiben, ohne doch den peinlichen Erdenrest des zurückgebliebenen Weltwinkels los zu werden, den er einmal wirklich mit eigenen Augen gesehen hatte. Dühring verneinte den spezifisch preußischen Sozialismus, aber er überwand ihn nicht, wenn er in der politischen Gewalt den Ursprung aller Knechtschaft sah. Ohne die moderne bürgerliche Gesellschaft zu kennen, knüpfte er an die Aufklärungsliteratur des revolutionären Bürgertums an, wie

einst die großen Utopisten, aber so kam er auch in die Utopie hinein, in die dürftige Nüchternheit seiner Zukunftskommune, durch deren Zeichnung er nun gar noch über Marx hinausgekommen zu sein glaubte. Er sprach verächtlich von den bloßen „Futterzwecken“ der ökonomischen Klassenkämpfe, und dabei spielten die armseligen Futtertröge preußischer Universitätsprofessuren die gewaltigste Rolle in seinem Denken und Kämpfen. Dasselbe Mißverhältnis zwischen kleinlichsten Ausgangspunkten und utopistisch verschwommenen Zielen trat in anderer Weise hervor, wenn Dühring in seinem Krakeel mit dem offiziellen Universitätsklüngel zu einem unheimlichen Größenwahn kam, so daß er schließlich in allen möglichen Wissenschaften bahnbrechend auftreten wollte, ohne auch nur in einer bis auf den Grund zu dringen.

Unter solchen Umständen stand es bedenklich genug um den wachsenden Einfluß, den Dühring auf die revolutionäre Arbeiterbewegung gewann. Gerade das, was sie am meisten brauchte: die dialektisch-historische Methode der Auffassung, konnte sie am wenigsten von einem Manne lernen, der in seinem System, wie es denn nun war, für absehbare Zeit die wissenschaftliche Entwicklung abgeschlossen haben wollte. Die Sozialdemokratie war freilich viel zu groß geworden, als daß Dühring sie zum Fußschemel seines Größenwahns hätte machen können, aber wohl konnte er in der eben erst geeinigten Partei von neuem eine verhängnisvolle Verwirrung hervorrufen. Dieser Gefahr trat Engels entgegen in einer Reihe von Aufsätzen, die seit dem Anfang des Jahres 1877 im Vorwärts erschienen. Sie beleuchteten das System Dührings von den verschiedensten Seiten und erprobten in seiner kritischen Auflösung die historisch-materialistische Dialektik in Geschichte und Natur an einer Reihe großer Probleme.

Was Dühring gegen Marx und Lassalle vorgebracht hatte, war wenig mehr als eine Sammlung von Schimpfereien gewesen, verbrämt mit einigen Mißverständnissen, deren guter Glaube gerechten Zweifeln unterlag. So war Engels jeder schonenden Rücksicht auf Dühring überhoben, die ohnehin, wie Engels nicht mit Unrecht sagte, für einen Mann von solchen Ansprüchen die tödlichste Beleidigung gewesen sein würde. Dühring war für Engels „eine der bezeichnendsten Typen dieser vorlauten Pseudowissenschaft, die sich heutzutage in Deutschland überall in den Vordergrund drängt und alles übertönt mit ihrem dröhnenden höheren Blech“. Engels verhehlte nicht, daß der deutsche Sozialismus

neuerdings auch erklecklich in höherem Blech mache; aus mehr als einer Stelle seiner Aufsätze geht hervor, daß er und Marx sich nicht mehr in den irrigen Voraussetzungen befanden, aus denen heraus Marx seinen Programmbrief geschrieben hatte. Sie haben schlimmere Angriffe, als Dührings Ausfälle schließlich waren, mit gelassenem Schweigen beantwortet; wenn Engels diesmal eingriff, so handelte es sich für ihn um ganz andere Dinge als um Dührings Person, die ohnehin sehr bald aus dem Handel schied.

Noch während die Aufsätze von Engels im Vorwärts erschienen, gelang es dem offiziellen Universitätsklüngel, dem Dühring um seiner guten Seiten willen längst ein Dorn im Auge war, den verhaßten Gegner durch ein Ketzergericht lahmzulegen. Auf die fadenscheinigsten Gründe hin wurde Dühring vom Katheder vertrieben. Seine sozialdemokratischen Anhänger traten tapfer für ihn ein und entfachten eine lebhafte Studentenbewegung, die letzte in Deutschland, die einen idealen Schwung zu entfalten wußte. Dühring selbst machte sich aber unmöglich, indem er sich nunmehr offen als Sektenstifter auftat und die unfehlbare Autorität eines Sektenhäuptlings beanspruchte. Damit war sein Einfluß auf die revolutionäre Arbeiterbewegung für immer abgetan.

Dagegen ist die Polemik, die Engels gegen ihn führte, heute noch lebendig und wirksam. Sie hat in ihrer meisterhaften Form das Verständnis des wissenschaftlichen Kommunismus dem deutschen und dann auch dem internationalen Proletariat erschlossen; eine umfangreiche Literatur ist von ihr ausgegangen und fußt auf ihr. So überaus wertvoll ihre positiven Resultate waren, deren überzeugender Beweiskraft sich zum großen Teile selbst die bürgerliche Gelehrsamkeit bei aller sonstigen Verstocktheit nicht hat entziehen können, so lag ihre epochemachende Bedeutung doch darin, daß sie durch Lehre und Vorbild dem dialektischen Denken zu seinem Rechte verhalf. Engels gab mit dieser Streitschrift der deutschen Sozialdemokratie genau das, was sie in jenem Augenblicke wie das liebe Brot brauchte; er gab einen Anstoß, der in seiner Art nicht minder bedeutungs- und wirkungsvoll werden sollte, als der Anstoß, den ein halbes Menschenalter früher Lassalles Offenes Antwortschreiben gegeben hatte.

Wie notwendig die Schrift war, zeigte vielleicht am schlagendsten ihre etwas unwirsche Aufnahme durch die Partei. Most und andere hatten nicht übel Lust, ihr den Vorwärts zu verschließen und über

Engels ein ähnliches Ketzergericht zu halten, wie der offizielle Universitätsklüngel über Dühring gehalten hatte. Glücklicherweise ließ sich der Kongreß von 1877 nicht darauf ein. Er beschloß nur aus agitatorisch-praktischen Gründen, die Veröffentlichung dieser rein wissenschaftlichen Polemik nicht im Hauptblatte, sondern in einer wissenschaftlichen Beilage des Zentralorgans fortzuführen. Böse Worte fielen freilich genug. Reißer wollte den Vorwärts damit entschuldigen, daß die Redaktion nicht genügende Kräfte gehabt habe, um die Arbeit von Engels gehörig zu prüfen, und Vahlteich meinte in jener überhebenden Weise, die schon Lassalles Verdruß gewesen war, daß der Ton, den Engels anschlage, zu einer Geschmacksverirrung führen müsse und die geistige Speise des Vorwärts ungenießbar mache.

Im Sommer 1878 erschien die vollendete Streitschrift als besonderes Buch. Just da eine dunkle Gewitterwand den politischen Horizont verfinsterte, flammte das ruhig strahlende Licht dieses Leuchtfeuers auf.

Sechstes Kapitel.

Das Sozialistengesetz.

Inzwischen hatte Bismarck seine Finanz-, Steuer- und Zollpläne mit zäher Hartnäckigkeit verfolgt. Bei den Wahlen von 1877 konnte er auch schon einen ersten Erfolg verzeichnen. Die Nationalliberalen verloren etwa 20 Mandate, die der konservativen Fraktion zufielen; die freihändlerische Richtung war etwas geschwächt und die schutzzöllnerische Richtung etwas gestärkt worden. Gleichwohl ließ sich noch keine schutzzöllnerische Mehrheit im Reichstage herstellen, Konservative und Ultramontane zusammen bildeten immer erst eine Minderheit, und Bismarck mußte, was ohnehin für ihn am bequemsten war, mit dem Bemühen fortfahren, die Nationalliberalen kirre zu machen.

Es erübrigt, alle die Versuche aufzuzählen, die er zu diesem Behufe auslaufen ließ: drohende Abschiedsgesuche, schmollendes Zurückziehen auf seine Güter und was dergleichen mehr war. Die entscheidenden Verhandlungen zwischen ihm und Bennigsen fanden zu Weihnachten 1877 in Varzin statt, und sie scheiterten. Bennigsen war damals noch nicht so weit, wie heute seine Nachfolger sind; was Bismarck bot, war ihm zu wenig, und was Bismarck verlangte, war ihm zu viel. Die Nationalliberalen sollten einen oder ein paar Statisten ins Ministerium stellen dürfen, aber dafür das Tabaksmonopol und einen Haufen Finanzzölle bewilligen, ohne „konstitutionelle Bürgschaften", ohne Sicherung des dadurch arg geschmälerten parlamentarischen Budgetrechts; sie sollten einen scheinbaren Anteil an der politischen Macht erhalten, den wirklichen Anteil daran aber, soweit sie ihn noch besaßen, zu gutem Teile preisgeben. Das war ihnen doch eine allzu bittere Zumutung, und zwar um so mehr, als Bismarcks wachsende Intimität mit dem ostelbischen Junkertum sie längst um ihre Gottähnlichkeit bange gemacht hatte.

In der Session des Reichstags, die im Februar 1878 begann, verschärften sich die Gegensätze noch bedeutend. Bismarck forderte unverhohlen das Tabaksmonopol; Camphausen, der sich allzu krampfhaft an

sein Ministerportefeuille geklammert hatte, mußte über die Klinge springen; feudale Nullen, wie der Graf Stolberg-Wernigerode, oder farblose Bureaukraten, wie Hobrecht, setzten sich auf die Ministerstühle, die Bennigsen verschmäht hatte. Um die Osterzeit führte die offiziöse Presse eine Sprache, die keinen Zweifel darüber ließ, daß Bismarck, der sich schulkrank oder wirklich krank nach Friedrichsruh zurückgezogen hatte, nur nach einem Anlaß spähe, um den Reichstag aufzulösen und durch irgend ein „Plebiszit" sich ein Parlament zu schaffen, das ihm ein paar hundert Millionen neuer Steuern entgegenbrächte und dabei todesmutig seine eigenen Rechte verstümmelte.

Für Bismarcks alten und noch immer ungestillten Sozialistenhaß lag es nahe, an das rote Gespenst als einen vortrefflichen Treiber für seine Treibjagd auf die Taschen des Volkes zu denken. Hätte er aber in dieser Beziehung noch eines Anstoßes bedurft, so lieferte ihn die Fortschrittspartei, die in dieser Zeit die Spitze der bürgerlichen Sozialistenhetze übernahm. Ihre älteren und immerhin gescheiteren Führer waren gestorben, und ihr Heft hatte jetzt der brave Eugen Richter in der Hand. Es mochte bei einigem Wohlwollen als krankhafte, aber unschädliche Ausschreitung passieren, wenn dieser hervorragende Denker die Sozialdemokratie als „Nachgeburt des Polizeistaats" verfluchte, oder wenn er meinte, niemand brauche das Kapital von Marx zu lesen, worin nichts bewiesen sei, als daß die kapitalistische Produktionsweise ihre Schattenseiten habe, solange die Menschen noch keine Engel seien. Allein Eugen Richter erklärte auch im Namen seiner Partei den Kampf mit den reaktionären Parteien wörtlich für eine Neben-, den Kampf mit der Sozialdemokratie aber für die Hauptsache und gab die Parole aus: Lieber Lucius, als Kapell! Die Volkszeitung hatte nämlich, nicht etwa tatsächlich gefordert, sondern nur hypothetisch gemeint, daß wenn es bei einer Nachwahl in Erfurt zur Stichwahl zwischen dem Bismärcker Lucius und dem Sozialdemokraten Kapell käme, die fortschrittlichen Stimmen für Kapell und gegen Lucius abgegeben werden müßten, worauf nicht nur alle anderen fortschrittlichen Blätter über das Schreckenskind herfielen, sondern auch das fortschrittliche Zentralwahlkomitee feierlich die Bühne beschritt, um zu erklären, die Hypothese der Volkszeitung widerspräche allen heiligen Überlieferungen der Partei. Diese Überlieferungen dörrten der bürgerlichen Opposition das letzte Blut in den Adern und das letzte Mark in den Knochen.

1. Die christlich-soziale Agitation.

So durfte die christlich-soziale Agitation, die um diese Zeit mit beträchtlichem Gepolter auf die öffentliche Bühne sprang, ihr den Rang abzulaufen versuchen, obgleich sie ziemlich ebenso verwünscht gescheit war wie die fortschrittliche Politik.

Der christliche Sozialismus des neunzehnten Jahrhunderts hat zwei historische Wurzeln. Entweder ist er die Begleiterscheinung des naturwüchsigen Arbeiterkommunismus, der seiner theoretischen Form nach an das ihm vertraute Gedankenmaterial anknüpft, ganz ähnlich wie die großen Utopisten an das ihnen vertraute Gedankenmaterial der Aufklärung angeknüpft haben. In den ersten Anfängen seines Emanzipationskampfes erinnert sich das moderne Proletariat gern des Urchristentums, und die historisch bedeutsamsten Formen des urwüchsigen Arbeiterkommunismus, die mit den Namen Cabet und Weitling verbunden sind, hatten beide die religiöse Färbung. Nur verwittert diese Tünche regelmäßig sehr schnell; je klarer sich die Massen über den proletarischen Inhalt ihrer Bewegung werden, um so rücksichtsloser zerbrechen sie ihre patriarchalische Form.

Oder der christliche Sozialismus entspringt in den besitzenden Klassen und ist eine Begleiterscheinung des feudalen Sozialismus. Deshalb braucht er nicht von vornherein bewußter Humbug zu sein. Religiöse Ideologen mögen in aller Ehrlichkeit glauben, auf religiösem Wege den Armen und Enterbten helfen zu können. In jedem Falle aber ist dieser Form des christlichen Sozialismus auch nur ein kurzer Kreislauf des Lebens beschieden; bei ihr zerbricht der reaktionäre Inhalt sehr bald die proletarische Form. Sie kämpft unter Umständen sehr heftig gegen die kapitalistische Ausbeutung, aber sobald sie der feudalistischen Ausbeutung auf die Zehen tritt, oder das Ausbeutungsverhältnis an und für sich anficht, muß sie so oder so kapitulieren, bleibt ihren Bekennern nur die Wahl, in die Wüste zu fliehen oder zu Kreuze zu kriechen.

Die historische Entwicklung brachte es mit sich, daß die deutsche Arbeiterbewegung vom christlichen Sozialismus weder in dieser noch in jener Form lange behelligt worden ist. Die klassische Philosophie, die von den Handwerksburschen und vorgeschrittenen Arbeitern so lebhaft begrüßt worden war, hatte ihre Köpfe früh von allem überweltlichen Spuk gesäubert. Bei Weitling trat das religiöse Moment sogar schon in direkt

rückständiger Form auf, und die vormärzliche Reaktion machte mit ihrem sozialistelnden Pietismus nicht die geringsten Eroberungen unter der Arbeiterklasse. Als die Arbeiterbewegung im Anfange der sechziger Jahre wieder anhob, verhielt sie sich vollkommen gleichgültig gegen alle religiösen Fragen. Nur die Eisenacher traten zeitweise als theoretische Anhänger des Atheismus auf; Bebel bekannte sich einmal im Reichstage zum Atheismus auf religiösem, wie zum Republikanismus auf politischem und zum Kommunismus auf wirtschaftlichem Gebiete, und der Mainzer Kongreß lehnte 1872 zwar einen Münchener Antrag ab, den Parteimitgliedern den Austritt aus der Landeskirche zur Pflicht zu machen, empfahl ihnen aber den formellen Austritt aus den kirchlichen Genossenschaften, nachdem sie durch die Annahme des Parteiprogramms tatsächlich mit jedem religiösen Bekenntnis gebrochen hätten.

Jedoch gerade ihre eingehendere Beschäftigung mit religiös-philosophischen Problemen belehrte die Eisenacher darüber, wie gänzlich schon die religiösen von den ökonomischen Fragen verschlungen worden waren. Das Buch von David Strauß über den alten und neuen Glauben predigte in seiner ersten Hälfte den entschlossensten Atheismus, in seiner zweiten Hälfte aber den reaktionärsten Reichspatriotismus. Bruno Bauer veröffentlichte seine epochemachenden Untersuchungen über die Entstehung des Christentums in der Hauptzeitschrift des Manchestertums, gründete mit Faucher zusammen die Post, das Organ Strousbergs, und schrieb zugleich für die Berliner Revue Rudolf Meyers die politischen Übersichten. Der Modephilosoph v. Hartmann orakelte über die „Selbstzersetzung des Christentums“ und gehörte dabei zu den gehässigsten Sozialistenhetzern. Eben dazu gehörten fast alle deutschen Darwinisten. Genug, die Tatsache, daß sich die ökonomischen Klassenkämpfe nicht mehr in religiöser Verkleidung durchsetzten, trat mit jedem Tage unzweideutiger hervor; sie war eine leicht erklärliche Folge der großen Industrie, die ohne eine weitreichende Herrschaft über die Natur und also auch ohne eine tiefgreifende Zerstörung aller übernatürlichen Vorstellungen nicht möglich ist.

In dem Gothaer Programm fand diese Erkenntnis einen noch halb unbewußten, aber gerade deshalb sehr drastischen Ausdruck. In dem ursprünglichen Entwurfe war „Gewissensfreiheit“ gefordert, dann aber in der endgültigen Fassung dies Wort durch „Erklärung der Religion zur Privatsache“ ersetzt worden, zunächst aus dem rein äußerlichen

Grunde einer schärferen Präzisierung des Begriffs, die sehr notwendig erschien zu einer Zeit, wo die preußische Regierung sich als Vorkämpferin der „Gewissensfreiheit“ gegen die römische Kurie aufzuspielen liebte. Jedoch die „Erklärung der Religion zur Privatsache“ erhielt praktisch sofort den übertragenen Sinn, daß die Religion auch für den proletarischen Klassenkampf eine Privatsache sei. Soweit die Religion als Machtmittel der herrschenden Klassen dient, war ihre Bekämpfung in anderen Punkten des Programms enthalten, so darin, daß alle Gesetze abgeschafft werden sollten, die das freie Denken und Forschen verböten, und daß die Schule vom Staate verwaltet werden sollte. Aber gegen die Religion als solche zu kämpfen, entfiel mehr und mehr jeder Anlaß, da jeder Tag zeigte, sowohl daß zum Kampfe gegen den letzten preußischen Gendarmen größere Courage gehörte, als zum Kampfe gegen den lieben Gott, den die verschrumpftesten Philister in aller Gemütsruhe führten, als auch daß alle noch vorhandene religiöse Vernebelung das Erwachen des proletarischen Klassenbewußtseins durchaus nicht hindere.

Allerdings hatte der Kulturkampf der Arbeiterbewegung manche Steine in den Weg geworfen, indem er die katholischen Arbeiter wieder fester an die verfolgten Priester ihrer Kirche knüpfte. Aber wenn dadurch bewiesen wurde, daß die Bekämpfung rein kirchlicher Anschauungen eine unfruchtbare und zweischneidige Waffe sei, so zeigte sich auch seit der Mitte des Jahrzehnts, daß die Entwicklung der großen Industrie und die von ihr unzertrennliche Verschärfung des kapitalistisch-proletarischen Klassengegensatzes gründlicher, als alle Beredsamkeit, mit der religiösen Ideologie aufräume. Wo katholische Unternehmer und katholische Arbeiter sich unvermittelt gegenüberstanden, wo sich also die Ablenkung der proletarischen Rebellion auf die „liberalen“ und „protestantischen“ Kapitalisten von selbst verbot, da enthüllte sich der demagogische Charakter des katholischen Sozialismus, und die ultramontane Bourgeoisie erwies sich um kein Haarbeit besser als die liberale Bourgeoisie. Eine klassische Stätte dieser Metamorphose war die große rheinische Fabrikstadt Aachen. Hier, wo es „liberale Kapitalisten“ nur in geringer Anzahl gab, verschärfte sich von Jahr zu Jahr der Kampf zwischen den katholischen Ausbeutern und den katholischen Ausgebeuteten, während die katholische Kirche zeigte, daß sie, sobald es zum Klappen kam, auf seiten der herrschenden Klassen zu finden war. Der Widerstand, den die Kapläne Cronenberg, Laaf, Litzinger versuchten, wurde von ihren

kirchlichen Oberen nicht minder als von profithungrigen Fabrikanten niedergeworfen. Die einen, wie Laaf und Litzinger, mußten zu Kreuze kriechen, die anderen, wie Cronenberg, wurden in die Wüste gestoßen. Über sie hinweg aber hielt der revolutionäre Sozialismus seinen Einzug in die alte Kaiserstadt.

Die evangelische Geistlichkeit war in ihrer gänzlichen Abhängigkeit vom Staate von vornherein auf eine viel bescheidenere Rolle gegenüber der Arbeiterbewegung angewiesen als die katholische. Der sogenannte „Muckerkongreß", der 1871 in Berlin tagte, hatte sich von Adolf Wagner mit einem verlegenen Eiertanz über die soziale Frage erlustieren lassen, ohne daß sonst etwas dabei herausgekommen wäre, und auch die Bemühungen Rudolf Meyers, der, in diesem Punkte viel unklarer als sein Lehrer Rodbertus, die evangelischen Geistlichen für die agrarsozialistischen Ziele mobil machen wollte, hatten keinen besonderen Erfolg. Den etwa willigen Geistlichen wurde von obenher „abgewunken", wie einer von ihnen zu Rudolf Meyer sagte. Bismarck war ein viel zu praktischer Geschäftsmann, um auf eine religiöse Vergleißung der Ausbeutungsmethoden besonderen Wert zu legen; auch wollte er kein „evangelisches Zentrum" haben, das möglicherweise seinem Hausmeiertum in die Quere kommen konnte. Den Bemühungen Rudolf Meyers und Wageners, ihn für eine ernste Fabrikgesetzgebung zu gewinnen, hatte er sich längst verschlossen; als dann Rudolf Meyer in einer fulminanten, von bitteren Wahrheiten überfließenden Streitschrift einen wuchtigen Vorstoß gegen das System der kapitalistischen Korruption unternahm, von dem Bismarck nicht lassen wollte, wurde das Buch sofort beschlagnahmt und sein Verfasser wegen Bismarckbeleidigung vor Gericht gestellt. Rudolf Meyer zog das Exil der harten Gefängnisstrafe vor, die ihm von einem willigen Gericht aufgehalst wurde.

Jedoch hatte er einige evangelische Geistliche für sich gewonnen, in erster Reihe den märkischen Landpfarrer Rudolf Todt, der im Jahre 1877 mit einer umfangreichen Schrift über den radikalen deutschen Sozialismus und die christliche Gesellschaft hervortrat. Todt war ein durchaus ehrlicher Mann, dazu ein gescheiter Kopf und ein fleißiger Arbeiter, wie auch sein Buch eine sehr respektable Leistung war, namentlich wenn man erwog, daß es aus einer weltentlegenen Landpfarre kam. Es bekundete ein weitreichendes Verständnis der sozialdemokratischen Weltanschauung und zeichnete sich dadurch sehr vorteilhaft vor den kleinlichen

Kniffen aus, womit sich die liberalen Federhelden um die entscheidenden Gesichtspunkte herumzureden versuchten. Todt erklärte vom christlichen Standpunkt aus die wirtschaftlichen und bis zu einem gewissen Grade auch die politischen Ziele der Sozialdemokratie für unanfechtbar; unbedingt verwarf er nur ihren Atheismus. Darauf ließ sich nun freilich keine politisch-soziale Agitation gegen die Sozialdemokratie aufbauen, aber Todt wollte auch kein politisch-sozialer Agitator sein. An der Hand seines Buches gründete er vielmehr den Zentralverein für Sozialreform und als dessen Organ den Staatssozialisten, eine Wochenschrift, die sich hauptsächlich mit theoretischen Erörterungen befaßte.

Anders der Hofprediger Stöcker, der ebenfalls von Rudolf Meyer angeregt worden war, aber des trockenen Tones sehr bald satt wurde. Stöcker besaß nicht Todts Gründlichkeit und Wahrheitsdrang, aber dafür hatte er alles Zeug zu einem erfolgreichen Demagogen: derben Mutterwitz, eine kecke Schlagfertigkeit in Gedanke und Rede, eine unverwüstliche Laune, die er sich durch die ärgsten Bedrängnisse nicht trüben ließ. Obgleich er über jenen glücklichen Leichtsinn im Behaupten und Widerrufen von Tatsachen verfügte, der zum rechten Demagogen gehört, war Stöcker keineswegs das Scheusal von Verlogenheit, das die liberale Presse in pfiffiger Berechnung aus ihm machen wollte; verglichen mit einem Eugen Richter, konnte er immer noch als Muster von Wahrheitsliebe gelten. Es war selbst nicht so ganz uneben, wenn ihn seine Verehrer den „zweiten Luther" nannten; nur daß ihm fehlte, was aus Luther trotz alledem eine große historische Gestalt gemacht hat: die revolutionäre Periode im Lebenslauf.

Die christlich-soziale Agitation, die Stöcker im Januar 1878 eröffnete, war auf die Interessen der herrschenden Klassen zugeschnitten, und nur auf sie. Zu Bismarcks Schützlingen hat Stöcker freilich niemals gehört, und gleich sein erstes sozialpolitisches Auftreten hatte eine merkbare Spitze gegen Bismarck; er begann seinen Feldzug gegen die Sozialdemokratie als ein angebliches Kind des Liberalismus zur selben Zeit, wo Bismarck mit Bennigsen über nationalliberale Ministerkandidaturen verhandelte. Stöcker wollte auf die Herrschaft der Orthodoxie in der Kirche hinaus, die mit der Herrschaft des absoluten König- und des feudalen Junkertums im Staate eng zusammenhing; diesen Mächten die Arbeiterklasse dienstbar zu machen, war das Ziel seiner christlich-sozialen Agitation. Jede tiefere Auffassung ökonomischer Klassenkämpfe lag ihm

fern; sein Arbeiterprogramm hatte er sich aus agrarsozialistischen und aus sozialdemokratischen, aus katholisch-sozialen und aus zünftlerischen Quellen zusammengetragen; es kam ihm gar nicht darauf an, den gesetzlichen Arbeiterschutz und die massenplündernde Schutzzöllnerei für eine und dieselbe herrliche Sache zu erklären. Todt hielt sich diesem Treiben fern, und Rudolf Meyer machte sich noch viel offenherziger über solch eine „Mißgeburt“ von christlichem Sozialismus lustig.

Die Mittel, die Stöcker anwandte, um namentlich auf den achtzigjährigen Kaiser zu wirken, waren durchaus seines erhabenen Zweckes würdig. Er warb einige faule Früchte an, die sich die Sozialdemokratie abgeschüttelt hatte, und berief mit ihrer Hilfe zum 3. Januar 1878 eine Volksversammlung in den Eiskeller, auf deren Tagesordnung die Gründung einer christlich-sozialen Arbeiterpartei stand. Wie er gehofft und gewünscht hatte, fanden sich ein paar tausend sozialdemokratische Arbeiter ein, um sich das Ding einmal anzusehen, und es kam zu einem lebhaften Wortgefecht zwischen Most und Stöcker, das sich dann noch in mehreren anderen Volksversammlungen fortsetzte. Es war ein von Stöcker nicht ungeschickt ausgenützter Glückszufall, daß er auf Most stieß, dessen unbesonnener Eifer an solchen oratorisch-spektakelhaften Wettkämpfen großes Gefallen fand, und sich selbst dazu hinreißen ließ, in einer jener Volksversammlungen, und zwar im Widerspruch mit der allgemeinen Parteitaktik, eine Agitation für Massenaustritt aus der Landeskirche einzuleiten. Sie verlief ziemlich im Sande, nicht aus Anhänglichkeit der Arbeiter an die Kirche, sondern aus dem entgegengesetzten Grunde, weil den Arbeitern die Kirche viel zu gleichgültig geworden war, als daß ihnen der formelle Austritt noch die mancherlei Scherereien gelohnt hätte, die damit verbunden waren. Stöcker aber war nicht träge, diesen scheinbaren Mißerfolg eines sozialdemokratischen Vorstoßes für sich auszubeuten, und wußte auch sonst gehörig die Trommel zu rühren. Obgleich Rudolf Meyer manches Mal vor Berliner Arbeitern gesprochen hatte und keinem konservativen Redner in sozialdemokratischen Volksversammlungen Schlimmeres drohte, als etwa ausgelacht zu werden, so spielte Stöcker den Ritter ohne Furcht und Tadel, der zum erstenmal in die Höhle des Löwen zu dringen wage, und blähte Mosts banales Zitat: Macht eure Rechnung mit dem Himmel, eure Uhr ist abgelaufen, in öffentlichen Sendschreiben als angebliche Aufforderung zum Meuchelmorde auf. Der alters- und geistesschwache

Kaiser war von diesem „Lanzenbrecher" denn auch sehr erbaut und half als oberster Bischof der protestantischen Landeskirche den orthodoxen Eiferern wieder auf die im Kulturkampf etwas lahm gewordenen Beine.

Das klassenbewußte Proletariat fiel aber natürlich auf Stöckers christlich-soziale Agitation nicht hinein. Die sozialdemokratische Parteileitung nahm vielmehr Most an den Zügel und hinderte die Fortsetzung der Redewettkämpfe, die dem Treiben Stöckers eine tatsächlich gar nicht vorhandene Bedeutung zu geben schienen. Als die Arbeiter sich nicht mehr darum kümmerten, klappte die christlich-soziale Blase sofort zusammen. Stöcker blieb nur noch der Magnet für allerlei Lumpenproletariat, das bei ihm nach den gefüllten Fleischtöpfen schnupperte, die es bei der Sozialdemokratie nicht gab, und in dieser schwefligen Gesellschaft schwelte denn auch der Schwefelfaden auf, nach dem Bismarck auslugte, um seine Minen zu entzünden.

2. Die Attentate und der weisse Schrecken.

Am 11. Mai 1878 gab der Klempnergeselle Hödel in Berlin Unter den Linden einige Revolverschüsse ab, als gerade der Kaiser in einer offenen Kalesche vorüberfuhr. Die Behauptung des gänzlich verkommenen, wenn auch durchaus nicht lebensmüden Menschen, daß er sich selbst habe erschießen wollen, um dadurch die Aufmerksamkeit des Kaisers auf das Elend der Massen zu lenken, war sicherlich unwahr, allein mit der Glaubwürdigkeit der Behauptung, daß er den Kaiser habe treffen und töten wollen, stand es um nichts besser. Hödels Revolver gehörte zu jenen Mordwerkzeugen, die um die Ecke schießen; er hatte einen schiefen Lauf und schoß, nach dem Zeugnis eines als Sachverständigen vereidigten Hofbüchsenmachers, auf neun Schritte einen Fuß zu hoch und ebensoviel nach links.

Hödel selbst war nichts weniger als ein politischer Fanatiker. Bei seinen zwanzig Jahren schon ein menschliches Wrack, trug er die Striemen und Wunden an sich, womit die bürgerliche Gesellschaft die Unglücklichen zu strafen pflegt, die sich ungeladen zu ihren Gastmahlen einfinden. Unehelich geboren, mit vererbter Syphilis behaftet, im Kindesalter schon als Taschendieb gepeitscht und als Vagabund in eine Korrektionsanstalt gesteckt, dann bei einem Klempnermeister als wehrloses Ausbeutungs-objekt untergebracht, war er all sein Lebtag herumgeknufft und herum-

gepufft worden. Krank an Geist und Körper, besaß er nicht die Kraft einer revolutionären Entwicklung und kämpfte als Gauner und Tagedieb gegen die feindlichen Gewalten, die ihn auf ein halb tierisches Dasein herunterdrückten. Er war nicht mehr zu retten, als er sich in Leipzig, wo seine Mutter als Wäscherin und sein Stiefvater als Flickschuster lebten, der sozialdemokratischen Bewegung anzuschließen versuchte. Seine lumpenproletarischen Gewohnheiten machten ihn in dem klassenbewußten Proletariat sehr bald unmöglich, und nachdem ihn die Leipziger Parteigenossen schon im März abgeschüttelt hatten, war er am 9. Mai durch ausdrücklichen Beschluß des Hamburger Zentralwahlkomitees aus der sozialdemokratischen Partei gestoßen worden. Zwischenein hatte Hödel den „Anarchisten vom reinsten Wasser“ gespielt und sich mit dem Schriftsetzer Werner eingelassen, einem der zwei oder drei Anhänger Bakunins, die es in Deutschland gab, dann hatte er sich dem nationalliberalen Lokalhäuptling Sparig in Leipzig offenbart, der ihn für sogenannte „Enthüllungen“ aus der sozialdemokratischen Partei bar entlohnte, und endlich hatte ihn Stöckers schmetternde Reklametrompete nach Berlin gelockt, wo Hödel übrigens auch noch einmal mit den Sozialdemokraten anzubändeln versuchte, aber nur, um von ihnen abermals unzweideutig die Tür gewiesen zu bekommen.

So hatte Hödel bei der Sozialdemokratie wiederholt einen ungastlichen Empfang gefunden, während der anarchistische Wirrkopf, der nationalliberale Prozentpatriot und der christlich-soziale Hofprediger ihn mit offenen Armen aufgenommen hatten. Immerhin wäre es unbillig, den verlotterten Burschen irgend einer politischen Richtung aufzuhängen, wie verkehrt sie sonst sein mochte. Hödels Herandrängen an politische Parteien hatte für ihn nur den Zweck, sich ein möglichst bequemes Dasein zu sichern, und eben hierauf zielte seine Revolverschießerei Unter den Linden ab. Sie war ein grober Unfug, durch den Hödel sich interessant machen wollte, in der Hoffnung, daß dabei mancherlei für ihn abfallen werde; als er verhaftet wurde, hatte er keinen Pfennig mehr in der Tasche. Die Posse ist dem armen Tropfe schlecht bekommen, aber bis an die Stufen des Blutgerüstes, die er mit leidlichem Mute betrat, hat er geleugnet, auf den Kaiser geschossen zu haben, und das hätte, wenn es nicht wahr gewesen wäre, um so geringeren Sinn gehabt, als Hödel herostratische Eitelkeit genug besaß, sich kokettierend auf den „Attentäter Seiner-Majestät“ hinauszuspielen.

Selbst aber wenn man annehmen wollte, daß Hödel dem Kaiser nach dem Leben getrachtet habe, so war dies Attentat ein mit idiotischen Mitteln gemachter Mordversuch eines Idioten, der nicht aufs Schafott oder auch nur ins Zuchthaus, sondern ins Irrenhaus gehörte. Alle mündlichen und schriftlichen Kundgebungen Hödels zeigen handgreiflich, daß er juristisch und moralisch gleich unzurechnungsfähig war, und diese Tatsache wäre auch medizinisch über jeden Zweifel hinaus festgestellt worden, wenn die Regierung den Wunsch Virchows, ihm den Kopf des Hingerichteten zur anatomischen Untersuchung zu überlassen, nicht rundweg abgeschlagen hätte. Die Verhandlung, die gegen Hödel vor dem Staatsgerichtshofe geführt wurde, bewies in allen ihren Teilen nichts, als daß die Regierung ihn schlechterdings als ernsthaften Hochverräter behandelt wissen wollte, von der krampfhaft tendenziösen Anklageschrift an bis zur überaus schwachen Verteidigung und dem widerspruchsvollen Urteil, das „den geistig und körperlich zerrütteten Menschen" gleichwohl für zurechnungsfähig genug hielt, um ihn zum Tode zu verurteilen.

In jedem Falle gehörte dies Attentat, wenn es denn wirklich ein Attentat war, zu den harmlosesten Attentaten des Jahrhunderts. Trotzdem machte der Byzantinismus, der die besitzenden Klassen seit dem deutsch-französischen Kriege verheerte, eine große Haupt- und Staatsaktion daraus; der patriotische Mob zog vor das Palais des Kaisers und sang: Nun danket alle Gott; der Kaiser selbst, der zunächst auch an kein Attentat glauben wollte, ließ sich dann doch überreden, daß er einer furchtbaren Gefahr entronnen sei, und erklärte, daß dem Volke die Religion erhalten werden müsse, um solche Greueltaten zu vermeiden. Von den bürgerlichen Blättern behielten nur wenige den Kopf oben, die meisten delirierten mit, etwa wie die Nationalzeitung: „Welch große inhaltschwere Entscheidung ist heute über dem Haupte der nichts ahnenden Welt dahingerauscht! Eine kleine Hebung oder Senkung der Pistole mehr, ein kaum zu berechnendes Etwas", und dann kam eine lange Litanei darüber, daß die ganze Weltgeschichte umgekrempelt worden wäre, ohne die „so wunderbare" Rettung des Kaisers. Wie die politische, so die belletristische Presse. Sie füllte ganze Nummern mit der Beschreibung des „Attentats" und verewigte den „Attentäter" in so prächtigen Holzschnitten, wie sie gewöhnlichen Unsterblichen nicht zu widmen pflegte. Natürlich zischten durch all den Paroxysmus mehr oder minder hämische Denunziationen gegen die Sozialdemokratie als angebliche Nährmutter

Hödels. Es versteht sich, daß die sozialdemokratische Presse für den Spuk nichts übrig hatte, als was ihm gebührte: beißenden Hohn und Spott. Sie war ganz unschuldig daran, wenn eine künstliche Attentats-manie herangezüchtet wurde in derselben kapitalistischen Gesellschaft, die so viele verlorene Existenzen heranzüchtet. Die bürgerliche Torheit konnte nicht einmal die Entschuldigung harmloser Naivität für sich geltend machen. Die englische und französische Geschichte bot warnende Beispiele genug dafür, daß Attentate ansteckend wirken und dreimal ansteckend, wenn der Verbrecher, mag er selbst ein so armseliger Patron sein, wie Hödel war, mit allen Ehren eines Luzifer gefeiert wird.

Bismarck seinerseits faßte den tragikomischen Zwischenfall weniger von der sentimental-pathetischen, als von der demagogisch-praktischen Seite auf und telegraphierte auf die erste Kunde von Hödels Revolver-schüssen umgehend aus Friedrichsruh: Ausnahmegesetze gegen die Sozial-demokratie! Wenige Tage darauf war denn auch schon ein solches Machwerk fertig, das Bucher nach einer Angabe seines offiziösen Bio-graphen verbrochen haben soll. Es hob in sechs Paragraphen die Preß- und Vereinsfreiheit für die Sozialdemokratie auf, soviel davon für diese Partei überhaupt noch bestand. Der Bundesrat sollte befugt sein, „Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen“, zu verbieten, doch blieb dem Reichstage das Recht vorbehalten, die ergangenen Verbote „bei seinem nächsten Zusammentritte“ zu be-seitigen. Die Dauer des Gesetzes war auf drei Jahre beschränkt.

Dieser Entwurf hatte schon im Bundesrat einigen Widerspruch er-fahren, im Reichstage war er seiner Ablehnung von vornherein sicher. Bei der Verhandlung, die am 23. und 24. Mai stattfand, stimmten nur die beiden konservativen Fraktionen dafür. Ihr Hauptsprecher war Moltke, der alle verschimmelten Gemeinplätze über die „Güterteilung“ der Sozialisten ausbot und „Elend und Not“ als „zwingende Elemente“ in „Gottes Weltordnung“ verherrlichte. Die anderen bürgerlichen Parteien scheuten noch davor zurück, der Polizei ins Blaue hinein diktatorische Vollmachten zu übertragen. Die Nationalliberalen, auf die es in erster Reihe ankam, wußten trotz all ihrer byzantinischen Krämpfe recht gut, daß Hödels Attentat der Dummejungenstreich eines, wie Bennigsen sagte, „nichtsnutzigen jugendlichen Subjekts“ gewesen sei; sie waren durch das Scheitern der Varziner Verhandlungen kopfscheu geworden und wollten „bei den jetzigen verworrenen ministeriellen Zuständen in Preußen und

im Reiche" keine Diktatur der Verwaltung. Solche Gewalt, meinte Bennigsen, dürfe man nur einräumen, wenn man wisse, wer sie ausübe, und an diesem Grundsatze müsse man um so fester halten, wenn keine Gefahr sichtbar sei, die eine Diktatur erheische. Der nationalliberale Redner fand manche glücklichen Wendungen; er wollte die bürgerlichen Freiheiten auf dem Boden des für alle gleichen Rechtes erhalten und protestierte gegen Ausnahmemaßregeln, die Hunderttausende deutscher Mitbürger träfen. Freilich ganz vermochte Bennigsen mit der wallenden Toga seiner feierlichen Beredsamkeit den reaktionären Pferdefuß nicht zu verstecken; er fand unglaublicherweise, daß die bestehende Gesetzgebung noch nicht bis zur äußersten Grenze des Zulässigen gegen die Sozialdemokratie ausgebeutet worden sei, und erklärte sich bereit, ihre etwaigen Lücken auf dem Boden des gemeinen Rechtes auszufüllen.

Die Ultramontanen waren natürlich noch viel mißtrauischer als die Nationalliberalen gegen die polizeiliche Diktatur; solange sie selbst unter Ausnahmegesetzen standen, konnten sie überhaupt nicht gleich mit beiden Füßen in die Ausnahmegesetzgebung gegen eine andere Partei springen. Von der Fortschrittspartei sprach Eugen Richter, ähnlich wie Bennigsen, nur viel keifender und kleinlicher. Während Bennigsen doch eine gewisse historische Auffassung der Sozialdemokratie bekundet hatte, sah der Fortschrittsredner in ihr „wesentlich und in der Hauptsache ein Kunstprodukt" der preußischen Regierung; er warf der Polizei ungeschickte Handhabung der Preß- und Vereinsgesetze vor, die doch selbst Manteuffel für genügend zur Aufrechterhaltung der Ordnung gehalten habe, und die auch er, der große Freiheitsheld, „geschickt gehandhabt für vollkommen ausreichend" halte. Nur zur Ausfüllung ihrer „Lücken" erklärte er sich noch nicht bereit, das sollte erst etwas später kommen. Die sozialdemokratische Fraktion fand es, wie sie in einer von Liebknecht verlesenen Erklärung sagte, „mit ihrer Würde nicht vereinbar", an der Debatte teilzunehmen, wenn sie auch „zur Verhütung eines beispiellosen Attentats auf die Volksfreiheit" gegen die Vorlage stimmen werde; der Versuch, die Tat eines Wahnwitzigen, noch ehe die gerichtliche Untersuchung geschlossen sei, zur Ausführung eines lange vorbereiteten Reaktionsstreiches zu benutzen und die „moralische Urheberschaft" eines unerwiesenen Mordattentats auf den deutschen Kaiser einer Partei aufzuwälzen, die den Mord in jeder Form verurteile und die politische wie wirtschaftliche Entwicklung als von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig auf-

fasse, richte sich selbst in den Augen jedes vorurteilslosen Menschen. Die Vorlage der Regierung wurde mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt. Die Parteien stimmten fast ganz geschlossen; nur von den Freikonservativen gingen drei zur Opposition über, während von der nationalliberalen Opposition ein Professorenkleeblatt abblätterte: Treitschke und Beseler stimmten mit Ja, während Gneist sich der Abstimmung enthielt. Noch an demselben Tage wurde die Session des Reichstags geschlossen.

Am neunten Tage darauf, am 2. Juni, reifte die Saat, die der patriotische Mob und das politische Drahtziehertum vom Schlage Bismarcks ausgestreut hatten: eine verlorene Existenz, diesmal aus den besitzenden Klassen, ein Doktor Karl Nobiling, der Sohn eines Domänenpächters, schoß aus einem Hause Unter den Linden mit einer Schrotbüchse auf den vorüberfahrenden Kaiser und verwundete ihn schwer. Ehe Nobiling ergriffen werden konnte, hatte er sich selbst eine Kugel durch den Kopf gejagt, und die erste authentische Meldung, die wieder über ihn in die Öffentlichkeit drang, war die Nachricht seines Todes, der am 10. September erfolgte. Ob und was er in der Zwischenzeit über die Tat und ihre Beweggründe ausgesagt hat, darüber hat die Regierung immer sorgsam geschwiegen, ein negativer, aber durchschlagender Beweis dafür, daß sie für einen Zusammenhang Nobilings mit der Sozialdemokratie auch nicht die entfernteste Spur hat entdecken können.

Nach dem, was sonst über Nobiling bekannt geworden ist, gehörte der ebenso eitle, wie unfähige Mensch seinen geistigen Anlagen und Neigungen nach etwa in die Region nationalliberaler Sozialistentöter. Er war noch dümmer als Hödel, wie der Untersuchungsrichter zu einem ultramontanen Redakteur sagte, und der Gefängnisarzt, der ihn behandelte, teilte einem Kollegen brieflich mit, angeregt durch eine historische Bemerkung Schillers über die französischen Capets, habe Nobiling nach seiner eigenen Behauptung den Kaiser erschießen wollen, weil dieser sich zum Schaden des Volkes von anderen leiten lasse und der Kronprinz selbständiger regieren würde. Diese idiotische Auffassung stimmt zu der Tatsache, daß Nobiling erblich belastet war, wozu noch kam, daß er an derselben geschlechtlichen Krankheit wie Hödel litt. Er hatte sich keine Stellung erringen können, die seinen Ansprüchen entsprach, und als er vor dem Nichts stand, wollte er nicht ruhmlos aus der Welt scheiden wie andere Selbstmörder, von denen er einmal gesagt hatte, er begreife nicht, wie sie gehen könnten, ohne einen Großen mit-

zunehmen. Hödels Glorie zeigte seiner Eitelkeit den Weg, nur daß er bei seinem höheren Bildungsgrade den Fluch der Lächerlichkeit erkannte, der dem Attentate Hödels trotz alledem anhing. Dagegen schützte er sich durch die bösartige Ausführung seines Mordplans.

Über das hinterlistige Abschießen eines mehr als achtzigjährigen Mannes, der politisch längst allen Haß überlebt hatte, empörten sich die weitesten Volkskreise. Auch die sozialdemokratische Presse war weit davon entfernt, das zweite Attentat so spöttisch zu behandeln, wie sie das erste mit vollem Recht behandelt hatte; sie verkannte keinen Augenblick den Ernst der Lage, der durch Nobilings Schrotschüsse geschaffen worden war. Nur der „churbrandenburgische Vasall“ Bismarck hatte keinen anderen Gedanken, als daß die Gelegenheit günstig sei, einen bonapartistischen Streich auszuführen. Noch am Abend desselben Tages, an dessen Mittag Nobilings Schüsse gefallen waren, versandte der offiziöse Telegraph eine angeblich „amtliche“, tatsächlich ihrem ganzen Inhalt nach erfundene Depesche, wonach der mit einer Kugel im Kopfe daniederliegende Nobiling bei seiner „gerichtlichen Vernehmung“ ausgesagt haben sollte, daß er sozialistischen Tendenzen huldige, daß er auch wiederholt in Berlin sozialistischen Versammlungen beigewohnt habe, und daß er schon seit acht Tagen mit der Absicht umgegangen sei, den Kaiser zu erschießen. Dieser mitten in die gärende Menge geworfene Funke entzündete jene Stimmung, von der ein Gedicht im Vorwärts treffend sagte: Ein ganzes Volk in Haß und Wahn, Von tollem Grimm entstellt die Züge, und von der Guido Weiß in der Wage noch epigrammatischer schrieb: Der Kaiser hat die Wunden und die Nation das Wundfieber.

Die nationalliberalen Abgeordneten und Preßorgane erklärten jetzt mit allen Zungen, daß sie bereit seien, das verlangte Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie zu bewilligen. Aber sie fanden bei Bismarck taube Ohren. Der Säkularmensch wollte gerade die Nationalliberalen „an die Wand drücken, daß sie quietschten“, und führte dies Programm mit der ihm eigenen Skrupellosigkeit aus. Unter der Regentschaft, die der Kronprinz mit gebundenen Händen für den daniederliegenden Kaiser führte, hatte der Hausmeier womöglich noch freiere Bahn als vordem. Er überwand leicht den Widerstand, den er sowohl im preußischen Staatsministerium als auch im Bundesrate fand, und bereits am 11. Juni war der Reichstag aufgelöst, der 30. Juli als Termin für die Neuwahlen anberaumt. Für die Wahlzeit verhängte Bismarck ein System

des weißen Schreckens, das denn auch den Zweck erfüllte, die aufgeregten Spießbürger blind und toll vor Angst zu machen, so daß sie sich voll brünstigen Eifers an die Schlachtbank drängten. Am sinnlosesten gebärdete sich wieder die Fortschrittspartei, die sehr gut wußte und auch offen aussprach, wohinaus Bismarck wollte, nichtsdestoweniger aber in unerschöpflichen Schmähungen auf das klassenbewußte Proletariat die reaktionärsten Parteien noch zu überbieten versuchte.

Anklagen und Haussuchungen, Verhaftungen, Versammlungsauflösungen und Zeitungsbeschlagnahmen brachen über die sozialdemokratische Partei mit einer bis dahin doch immer noch nicht erhörten Heftigkeit herein. Der nach Gotha einberufene Parteikongreß wurde verboten, ebenso der nach Magdeburg und dann nach Hamburg einberufene Gewerkschaftskongreß. Mit allen denkbaren Schikanen drückte die Polizei auf die Wirte, ihre Säle nicht mehr für sozialdemokratische Versammlungen zu öffnen; mit welcher Frivolität das danach noch vorhandene Versammlungsrecht der Arbeiter niedergetreten wurde, mögen einige der „Gründe" erläutern, aus denen polizeiliche Auflösungen von Arbeiterversammlungen erfolgten: weil der Mittelgang im Saale nicht frei war; weil ein Fenster offen stand und die Versammlung also unter freiem Himmel tage; weil Menschen hinter einer verschlossenen Glastür standen und in den Saal hineinsahen, möglicherweise also eine Scheibe eingedrückt werden könne; weil ein Anwesender während eines Vortrages: Lächerlich! gerufen hatte; weil einzelne Anwesende über die Äußerung eines Redners gelacht hatten; weil sich ein Hund in die Versammlung verlaufen hatte. Im Königreich Sachsen wurde grundsätzlich jede Versammlung aufgelöst, in der die Attentate erwähnt wurden. Nicht besser als der Versammlungs-, ging es der Preßfreiheit der Arbeiterklasse. Selbst vogelfrei für die nichtswürdigsten Verleumdungen, durfte sie durch ihre Presse nicht Schlag mit Schlag erwidern; Staatsretter Tessendorff sühnte, wie es Staatsretter Eugen Richter verlangt hatte, selbst jede „Beleidigung" von Privatpersonen mit einem Strafantrage von Amts wegen. In Halle wurde jeder Redakteur des dortigen Parteiblattes sofort verhaftet, so daß schließlich genau so viele Redakteure im Gefängnis saßen, wie Nummern des Blattes erschienen waren.

Hand in Hand mit der politischen ging die wirtschaftliche Bedrängung des klassenbewußten Proletariats. Treitschke schrie wie ein rasender Schamane: „Warum erklären unsere großen Unternehmer nicht, daß

sie in ihren Werken keinen Arbeiter beschäftigen werden, der an der sozialdemokratischen Wühlerei teilnimmt?" In dieselben Kerbe hieben viele Organe der bürgerlichen Presse, und bald konnten sie lange Listen von Firmen veröffentlichen, die sich verpflichteten, keine Sozialdemokraten mehr anzustellen. Es waren besonders solche Firmen, die sich in der Gründerzeit durch ihre Gründertaten hervorgetan hatten; die Gauner drängen sich immer vor, wenn es ehrliche Leute zu verfemen gilt. Offiziell wurde dies noble Ächtungsverfahren durch einen Erlaß des preußischen Handelsministers Maybach an die Handels- und Gewerbekammern geweiht. Gegenüber einem solchen Gewissenszwange, der in der Geschichte gesitteter Völker beispiellos dastand, forderten die sozialdemokratischen Blätter die bedrohten Arbeiter auf, alles zu versprechen und nichts zu halten; Unternehmer, die mit der Hungerfolter drohten, müßten sich gefallen lassen, angelogen zu werden, auf ihr Haupt kämen die Folgen. Es hat nie ein unantastbareres Recht der Notwehr gegeben, als die Arbeiterpresse in diesem Falle anriet.

Aber nicht nur in der Geschichte der gesitteten Völker, sondern selbst in der Geschichte des byzantinischen Reichs beispiellos waren die Majestätsbeleidigungsprozesse, in denen der patriotische Fanatismus ausschäumte. Eine gemeingefährliche Denunziantenpest tobte durch alle Schichten des deutschen Volkes, mit alleiniger Ausnahme des klassenbewußten Proletariats: in München denunzierte der berühmte Maler Piloty den ihm bekannten siebzigjährigen Arzt Trettenbach wegen einer im Privatgespräch über den geisteskranken König von Bayern getanen Äußerung; in Berlin gaben sich die Spitzbuben in den Spelunken des Lumpenproletariats gegenseitig an. Bis in den Schoß der Familie drang die ekelhafte Seuche; der Gatte war nicht mehr vor der Gattin, der Vater nicht mehr vor dem Sohne sicher. Ein beliebter Trick der Denunzianten bestand darin, in Arbeiterversammlungen oder in Wirtshäusern, wo Arbeiter verkehrten, plötzlich ein Hoch auf den Kaiser auszubringen; wer dann nicht aufstand oder nicht das Haupt entblößte, war wegen Majestätsbeleidigung geliefert. Es kam so weit, daß der amerikanische Gesandte in Berlin den Staatssekretär in Washington ersuchte, die amerikanischen Staatsbürger, die nach Deutschland herüberkämen, vor jedem politischen Gespräche zu warnen.

Bei manchen Beamten und Behörden in Deutschland regte sich das Gewissen, und sie suchten den schmutzigen Strom zu stauen. Doch ohne

nennenswerten und namentlich ohne dauernden Erfolg. Der ehemals hannöversche und nunmehr preußische Justizminister Leonhardt, dem die Elastizität seines Gewissens gestattet hatte, von dem unterlegenen Welfen Georg zu dem siegreichen Hohenzollern Wilhelm herüberzuwechseln, wies die Staatsanwälte zur schärfsten Verfolgung der Majestätsbeleidiger an, und diesem Druck erlagen die Gerichte, wie immer in solchen Fällen. Die berüchtigte siebente Deputation des Berliner Stadtgerichts erkannte an einem einzigen Tage, am 8. Juni, gegen 7 Personen wegen Majestätsbeleidigung auf 22 Jahre 6 Monate Gefängnis, darunter gegen einen Angeklagten auf 2 Jahre 6 Monate, weil er beim Nachhausegehen in angetrunkenem Zustande vor sich hin gemurmelt hatte: „Wilhelm ist tot, er lebt nicht mehr." Eine Frau in Brandenburg a. H. erhielt 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, weil sie auf die erste Nachricht von Nobilings Attentat geäußert hatte: „Der Kaiser ist wenigstens nicht arm, er kann sich pflegen lassen." Wegen einer ähnlich harmlosen Äußerung kam ein Mann in Bonn in erster Instanz mit 3 Monaten Gefängnis davon, wurde dann aber auf die Berufung des Staatsanwalts in zweiter Instanz zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Liberale Blätter, die mit einer Statistik der Majestätsbeleidigungsprozesse begonnen hatten, hörten schon anfangs Juli damit auf, überwältigt von Abscheu und Scham; in einem einzigen Monate war auf weit über 500 Jahre Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung erkannt worden.

In solchen Delirien „genas" die teutsche Nation von dem „Gifte" der sozialdemokratischen Theorien.

---

3. Die Entrechtung der Arbeiterklasse.

Von den beiden Zielen, die Bismarck durch den weißen Schrecken verfolgte, erreichte er das eine vollständig: er drückte die Nationalliberalen so an die Wand, daß ihnen die Überbleibsel eines politischen Rückgrats zerbrochen wurden. Die liberalen Fraktionen verloren etwa 40 Sitze, und ebensoviel gewannen die konservativen Fraktionen. Mit ihren 115 Mandaten konnte Bismarck, je nachdem es ihm paßte, eine konservativ-nationalliberale oder eine konservativ-ultramontane Mehrheit bilden; insoweit stand die Bahn für seine reaktionären Pläne offen.

Nicht aber erreichte er sein zweites Ziel, die Zerschmetterung der Sozialdemokratie, trotz der selbstmörderischen Beihilfe, die ihm dabei

die liberalen Parteien leisteten. Zwar als in den Hauptwahlen sieben von den bisherigen zwölf sozialdemokratischen Reichstagssitzen verloren gingen: Chemnitz, Leipzig-Land, Zwickau-Crimmitschau, Auerbach-Reichenbach, Berlin VI, Reuß ä. L. und Reichenbach-Neurode, und nur zwei behauptet wurden: Glauchau-Meerane (Bracke) und Stollberg-Schneeberg (Liebknecht), da erhob sich ein verfrühtes Triumphgeschrei der „Ordnungsparteien“. Aber es verstummte sehr schnell, als die „Sieger“ ihre Herrlichkeit näher besehen wollten und nur ihren eigenen Schaden besahen.

Unter bedrängteren Umständen, als diesmal, hatte die sozialdemokratische Partei noch nie einen Wahlkampf geführt. Die gesetzlichen Waffen, die allen bürgerlichen Parteien zur unbeschränkten Verfügung standen, wurden ihr zerbrochen oder wenigstens aufs äußerste verkümmert, ein Versammlungsrecht hatte sie in weiten Strecken des Reiches überhaupt nicht, in anderen Gebieten nur im beschränktesten Maße; ihre Flugblätter wurden unter den nichtigsten Vorwänden beschlagnahmt, und ebenso ihre Zeitungen durch einen ununterbrochenen Guerillakrieg der Polizei und Staatsanwaltschaft lahmgelegt; mindestens die Hälfte ihrer Vorkämpfer in Schrift und Wort saß hinter Gefängnisgittern. Gegen Sozialdemokraten ist der Polizei alles erlaubt, sagte ein liberales Blatt, und ein konservatives Blatt bestätigte, daß die Polizei „in jeder denkbaren Weise“ die sozialdemokratische Wahlagitation behindere. Doch solche Geständnisse wurden nur gelegentlich in dem inneren Hader der bürgerlichen Parteien gemacht; weder Konservative noch Liberale genierten sich, die polizeiliche Drangsalierung der Arbeiterklasse für ihre Zwecke auszunützen, auch die Fortschrittspartei kämpfte, unentwegt wie immer, unter dem mütterlichen Schutze der Polizei gegen das klassenbewußte Proletariat. Dazu kam der unerhörte Notstand, der nun schon ins fünfte Jahr die Arbeiter niederdrückte, die wirtschaftliche Maßregelung zahlloser Parteigenossen und nicht zuletzt der Wirbelsturm des Hasses und der Wut, den die angebliche moralische Verantwortung für die Attentate gegen die Sozialdemokratie entfesselte. Der Vorwärts übertrieb nicht, wenn er sagte: „Es war kein ehrlicher Kampf mit gleichen Waffen und mit gleicher Sonne. Der Feind vom Kopfe bis zum Fuße gepanzert und gerüstet. Die Sozialdemokratie wehrlos, an Händen und Füßen gefesselt.“ Selbst der Hamburgische Korrespondent, damals dasjenige bürgerliche Blatt, das verhältnismäßig noch das größte Verständnis für die revolutionäre Arbeiterbewegung hatte, meinte dennoch,

daß die von allen Seiten angegriffene, unter dem Eindruck der schwierigsten Verhältnisse stehende Partei einen starken Rückschlag erleiden, vielleicht gar die Flinte ins Korn werfen und sich nur der Ehre wegen schlagen werde.

In der Tat verkannte das Hamburger Zentralwahlkomitee keinen Augenblick, daß unter solchen Verhältnissen keine Angriffs-, sondern nur eine Verteidigungsschlacht möglich sei. In seinem Wahlaufrufe vom 18. Juni sagte es: „Wie groß die Partei ist, hat uns der vorige Wahlkampf gezeigt; wie widerstandsfähig sie sein kann, soll uns der 30. Juli zeigen.“ Laute der gemeinsame Schlachtruf der Gegner: Fort mit der Sozialdemokratie aus dem Reichstage! so gelte es, die im Reichstage eroberte Position mit allen Kräften zu behaupten. Deshalb sei der Kampf auf die aussichtsreichsten Wahlkreise zu konzentrieren; in anderen Wahlkreisen solle agitatorisch da vorgegangen werden, wo es sich, wie in Städten und industriereichen Gegenden, ohne große Kosten und Mühen tun lasse; wo aber die Agitation sehr erschwert sei, viel koste und wesentliche Vorteile nicht verspreche, sei auf sie zu verzichten. Als offizielle Kreise, in denen die Partei mit höchstem Nachdruck vorgehen müsse, nannte das Zentralwahlkomitee 29: Berlin IV und VI, Hamburg I und II, in Schleswig-Holstein Altona, Glückstadt, Kiel, im Rheinlande Elberfeld-Barmen und Solingen, im Maingau Hanau und Offenbach, in den mitteldeutschen Kleinstaaten Gotha und Reuß ä. L., in Schlesien Breslau I und II, Reichenbach-Neurode und Waldenburg, in Bayern Nürnberg, im Königreiche Sachsen Auerbach-Reichenbach, Borna, Chemnitz, Dresden-Altstadt, Freiberg, Glauchau-Meerane, Leipzig-Land, Mittweida, Stollberg-Schneeberg, Zschopau und Zwickau-Crimmitschau.

Die Haltung der Arbeiter in dem Wahlkampfe war gleich musterhaft durch Besonnenheit wie durch Energie. Der Vorwärts veröffentlichte wochenlang an der Spitze seiner Nummern die Mahnung: Parteigenossen! Laßt euch nicht provozieren! Man will schießen! Die Reaktion braucht Krawalle, ihr Spiel zu gewinnen! Zu dieser Mahnung hatte die Parteileitung die gewichtigsten Gründe; Bismarck verfolgte damals schon den Plan, zu dem er sich seither mit staatsmännischem Zynismus auch öffentlich bekannt hat: die Sozialdemokratie bis aufs Blut zu reizen, damit sie losschlage und um so gründlicher ausgerottet werden könne, und irgend welchen junkerlichen Zähnen entfloh damals das geflügelte Junkerwort, man müsse den roten Lappen so lange

schwingen, bis er in den Augen der geängstigten Philister wie der Schein brennender Städte aussehe. Aber die klassenbewußten Arbeiter setzten allen Herausforderungen kaltblütige Verachtung entgegen und warfen ihre ganze Kraft in den Wahlkampf. In die Kasse des Hamburger Zentralwahlkomitees liefen vom 1. Februar bis zum 18. Oktober 1878 64 218 Mark ein, etwa die Hälfte davon für den Wahlfonds. Nach einer eher zu niedrigen, als zu hohen Schätzung wurden einschließlich der örtlichen Kosten 150 000 Mark für den Wahlkampf aufgebracht. Dänische, belgische, englische, französische, österreichische und schweizerische Arbeiter sandten etwa 8000 Mark ein, eine Unterstützung, die moralisch noch wirksamer war als materiell. Auch Marx warf aus London eine Bombe ins feindliche Lager, die eine nicht geringe Verwirrung anrichtete. Als die Nachricht auftauchte, daß der Diplomatenkongreß, der im Sommer 1878 in Berlin zusammentrat, um die Ergebnisse des russisch-türkischen Krieges zu ratifizieren, von Bismarck zu einer internationalen Arbeiterhetze mißbraucht werden sollte, enthüllte Marx mit beißendem Sarkasmus die anmutigen Angebote, die ihm Bucher, der offizielle Sekretär des Kongresses, im Herbste 1865 für die Mitarbeiterschaft am amtlichen Blatte der preußischen Regierung gemacht hatte. Durch seine verlegenen Ausreden machte sich Bucher vor aller Welt nur lächerlich.

Die Wahltaktik der sozialdemokratischen Partei glich dem Verfahren eines Festungskommandanten, der beim Heranrücken einer überwältigenden Feindesmacht die Vorstädte abbrennt, um sich desto sicherer hinter seinen Mauern und Wällen zu verschanzen. Von vornherein verzichtete die Partei darauf, eine so große Stimmenzahl zu mustern, wie im Jahre 1877, und es war tatsächlich schon ein beträchtlicher Erfolg, daß sich trotzdem 437 158 Stimmen, gegen 8 Prozent der abgegebenen Stimmen, auf ihre Kandidaten vereinten, nur 56 289 Stimmen weniger als im Vorjahre. Viel schwerer aber fiel natürlich in die Wagschale, daß sich die feindlichen Sturmkolonnen an ihren verschanzten Lagern wirklich die Köpfe eingerannt hatten. In den 29 offiziellen Wahlkreisen war die Stimmenzahl von 220 000 auf 240 000 gestiegen. Wenn auch dieser große Erfolg eine Schattenseite hatte, wenn sich das Wachstum der Stimmenzahl nicht gleichmäßig über alle jene Wahlkreise verteilte, so trat viel stärker noch die Lichtseite hervor, daß die Stimmenzahl in allen größeren Städten mit der Ausnahme Nürnbergs bedeutend ge-

wachsen war, und zwar wieder um so bedeutender, je heißer das Feuer war, worin die Wähler dieser Städte gestanden hatten. In Berlin, wo der weiße Schrecken in all seiner Weißglut brannte, waren die sozialdemokratischen Stimmen von 31 522 auf 56 147 gestiegen. Den biederen Fortschrittlern blieb das heisere Geschrei über den „Sieg“, den sie an der mütterlichen Hand der Polizei erfochten hatten, in der Kehle stecken, wenn sie auf die 15 000 Stimmen blickten, mit denen Hasenclever in Berlin VI unterlegen war, oder auf die 20 000 Stimmen, mit denen Fritzsche in Berlin IV zur Stichwahl gelangte. Der Hamburgische Korrespondent erkannte ehrlich an, daß solche Wahlerfolge reichlich ein Dutzend Reichstagsmandate wert seien.

Selbst in ihrer dürrsten Form blieb die famose Wahlparole: Fort mit der Sozialdemokratie aus dem Reichstage! wenig mehr als ein frommer Wunsch. Außer den beiden Sitzen, welche die Partei behauptet hatte, war sie an 16 Stichwahlen beteiligt, in Hannover und in 15 ihrer offiziellen Wahlkreise: in Berlin IV, in Breslau I und II, in Altona und Glückstadt, in Elberfeld-Barmen und Solingen, in Hanau und Offenbach, endlich in den sächsischen Kreisen Auerbach-Reichenbach, Borna, Dresden-Altstadt, Freiberg, Mittweida und Zschopau. Die Stichwahlen vollzogen sich schon unter beträchtlicher Ernüchterung der „Ordnungsparteien“. Der heilige Eifer für die Rettung des Vaterlandes war bei den Konservativen wie bei den Liberalen verdampft, als der Ausfall der Hauptwahlen sie mit der Nase auf ihre Klasseninteressen gestoßen hatte; die Liberalen wollten die siegreichen Konservativen nicht noch mehr stärken, und die Konservativen wollten den geschlagenen Liberalen nicht wieder neuen Mut einflößen; der zähe Ordnungsbrei zerfloß einigermaßen bei den Stichwahlen, und die sozialdemokratische Agitation hatte etwas freiere Hand.

So gewann die Partei in ihren 16 Stichwahlen noch 7 Sitze: Berlin IV (Fritzsche), Breslau I (Reinders), Elberfeld-Barmen (Hasselmann), Dresden-Altstadt (Bebel), Mittweida (Vahlteich), Freiberg (Kayser) und Zschopau (Wiemer). Mit besonderer Begeisterung begrüßte sie die Wahlerfolge in Berlin und Breslau, den beiden größten preußischen Städten; über Breslau flatterte zum erstenmale die rote Fahne, und in Berlin hatte Fritzsche mit 22 000 Stimmen die größte Stimmenzahl auf sich vereinigt, die noch je auf einen Reichstagskandidaten gefallen war. Es gab nun doch wieder 9 sozialdemokratische Reichstags-

mandate, soviel wie im Reichstage von 1874, und wie damals 3 preußische und 6 sächsische. 3 Mandate und noch nicht 60 000 Stimmen waren die kümmerliche Beute der Hetzjagd, in der sich der sogenannte „Rechtsstaat“ bis auf die Knochen bloßgegeben hatte; die Panduren hatten ein wenig auf den freiwillig preisgegebenen Außenwerken der Partei geheert, während die geschlossene Phalanx so ungebrochen wie je das Schlachtfeld behauptete.

Jedoch war dieser schwere Mißerfolg der Schreckenskampagne weder für Bismarck noch für die bürgerlichen Parteien eine Warnung. Mitte August veröffentlichte die Regierungspresse den Entwurf eines neuen Sozialistengesetzes, zu dessen Beratung der Reichstag am 9. September zusammentrat. Gemäß dieser Vorlage sollten die Landespolizeibehörden befugt sein, Vereine, Verbindungen jeder Art, insbesondere genossenschaftliche Kassen, sowie Druckschriften, „welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen in einer, den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise dienen“, zu verbieten. Das Verbot sollte für das ganze Reichsgebiet gültig, eine Beschwerde dagegen, ohne aufschiebende Wirkung, an den Bundesrat zulässig sein. Versammlungen, bei denen gleiche Tendenzen vorauszusetzen seien, sollten gleichfalls verboten, oder falls diese Tendenzen erst in ihrem Verlaufe hervorträten, aufgelöst werden, eine Beschwerde nur an die Aufsichtsbehörden stattfinden. Ferner sollte das Einsammeln von Beiträgen für sozialdemokratische Zwecke verboten sein. Verstöße gegen alle diese Verbote, die Teilnahme an verbotenen Vereinen, die Fortsetzung und Verbreitung verbotener Druckschriften usw. wurden mit schweren Geld- und Gefängnisstrafen bedroht. Berufsmäßigen Agitatoren oder auf Grund dieses Gesetzes rechtskräftig verurteilten Personen sollte die Polizei den Aufenthalt in bestimmten Bezirken und Orten untersagen, unter gleichen Voraussetzungen auch Buchdruckern, Buchhändlern, Leihbibliothekaren und Inhabern von Lesekabinetten, sowie Gast- und Schankwirten die Erlaubnis zum Gewerbebetriebe entziehen können. Endlich sollte über Bezirke und Ortschaften, die durch sozialdemokratische Bestrebungen mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht seien, „von den Zentralbehörden der Bundesstaaten mit Genehmigung des Bundesrats für die Dauer von mindestens Einem Jahre“ ein kleiner Belagerungszustand verhängt werden können, so zwar,

daß der öffentliche Vertrieb von Druckschriften, das Versammlungsrecht, das Recht zum Besitze oder zum Tragen von Waffen von polizeilicher Genehmigung abhängig gemacht, namentlich aber der Polizei die Befugnis erteilt wurde, Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu befürchten sei, den Aufenthalt in diesen Bezirken und Ortschaften zu versagen. Eine Begrenzung in der Zeitdauer des Gesetzes war nicht vorgesehen.

Wie hart immer alle diese Bestimmungen waren, so waren sie für Bismarck noch lange nicht hart genug. Da er wußte, wie gehörig er die Massen schröpfen wollte, so konnten die Vorkämpfer der Massen für ihn nicht fest genug geknebelt werden. In einem Schreiben aus Kissingen rüffelte dieser Gemütsmensch seine Kanzlei, weil sie den Entwurf zu früh veröffentlicht habe, so daß nunmehr wohl weitere Verschärfungen nicht durchzusetzen sein würden. Als Verschärfungen nach seinem Herzen bezeichnete Bismarck namentlich zweierlei: erstens den erweislichen Sozialdemokraten das Wahlrecht und die Wählbarkeit zum Reichstage zu entziehen, und zweitens jedem sozialdemokratisch gesinnten Beamten die Entlassung ohne Pension anzudrohen; er wollte dadurch den „schlecht bezahlten Subalternbeamten", den „Bahnwärtern, Weichenstellern und ähnlichen Kategorien", die nach seiner ganz richtigen Annahme in ihrer Mehrzahl schon Sozialdemokraten waren, patriotische Gesinnung einpauken. Er kam nun aber wirklich mit diesen schöpferischen Gedanken zu spät; vorläufig hatte die Öffentlichkeit an dem veröffentlichten Entwurfe genug.

Die sechswöchigen Verhandlungen des Reichstags über die Vorlage gestalteten sich zu einer Komödie der Irrungen. Die 115 Mitglieder der beiden konservativen Fraktionen waren bereit, mit Haut und Haaren alles anzunehmen, was die Regierung verlangte. Dagegen wollte eine bürgerliche Opposition von etwa 160 Mitgliedern, in der Hauptmasse die Ultramontanen nebst ihren Anhängseln, und daneben die Fortschrittler, von der Vorlage nichts wissen. Prinzipiell ablehnend gegen eine ärgere Bedrückung der Arbeiter verhielt sich diese Opposition aber keineswegs. Obgleich seit der Ära Tessendorff und besonders seit dem Attentate Nobilings handgreiflich gezeigt worden war, was alles mit dem „gemeinen Rechte" gegen die sozialdemokratische Partei ausgerichtet werden konnte, jedenfalls unendlich viel mehr, als die bürgerliche Demokratie in der „schamlosen Reaktionszeit" Manteuffels und

die ultramontane Partei in der „diokletianischen Christenverfolgung" Bismarcks zu ertragen gehabt hatte, so erklärten sich sowohl die Fortschrittler wie die Ultramontanen bereit, die „Lücken" des „gemeinen Rechts" auszufüllen. Und zwar durch den wenig veränderten § 130, den der ganze Reichstag drei Jahre früher unter allgemeiner Heiterkeit abgelehnt hatte. Natürlich war dieser Paragraph, wenn auch in der Form eines allgemeinen Gesetzes, tatsächlich auch nur ein gegen die arbeitenden Klassen gerichtetes Ausnahmegesetz, wie seine ursprünglichen Väter Bismarck und Eulenburg immer ganz unverhohlen bekannt hatten. Umgekehrt richteten sich die fortschrittlich-ultramontanen Angriffe in der Form zwar gegen den ausnahmegesetzlichen Charakter der Regierungsvorlage, ihre wirkliche Sorge aber war, daß die schrankenlosen Polizeibefugnisse, die sie forderte, nicht nur gegen die Arbeiterpartei, sondern auch gegen bürgerliche Oppositionsparteien angewandt werden könnten. Sobald die Fortschrittler und die Ultramontanen hierüber beruhigt waren, haben sie das Sozialistengesetz nicht gestürzt, als sie es stürzen konnten, und somit war der ebenso reichliche wie volltönende Phrasenschwall, den sie bei der ersten Beratung losließen, ohne jede ernsthafte Bedeutung.

Die Entscheidung lag bei den Nationalliberalen, für die der Entwurf immerhin auch ein sehr harter Bissen war. Lasker nannte ihn „eine juristische und politische Monstrosität" und erklärte ihn für „völlig unannehmbar". Besser noch als der ideologische „Strangschläger" dieser Bourgeoispartei sahen ihre gewaschenen Geschäftsleute ein, daß wenn Bismarck mit solcher Gewaltpolitik die Sozialdemokratie wirklich zerschmettere, die liberale Bourgeoisie der leidtragende Teil sein würde. Vollends wurden sie beunruhigt durch die unaufhörliche Versicherung der Regierung, daß es mit der polizeilichen Unterdrückung allein freilich nicht getan sei, sondern auch auf „positivem" Wege für das Wohl der arbeitenden Klassen gesorgt werden müsse; der „Sozialismus" Bismarcks konnte ihnen sehr viel unbequemer werden, als für absehbare Zeit der Sozialismus des Proletariats. Sie tanzten wie die Bären auf glühenden Platten; wer diese wunderlichen Sprünge noch heute bewundern will, der lese die damaligen Reden Bambergers. Aber freilich konnte an einen wirklichen Widerstand dieser Partei, die, immer kraftlos, eben eine so gehörige Tracht Schläge in den Wahlen besehen hatte, nicht gedacht werden, und es war kaum noch nötig, daß Bismarcks

Hauptblatt sie durch die drohende Frage einschüchterte, ob die Nation sich bei Herrn Lasker für einen nochmaligen Wahlkampf bedanken solle.

Natürlich ging es bei dem nationalliberalen Umfalle nicht ohne die übliche Portion politischer Heuchelei ab. Die würdigen Männer wollten nicht der Sozialdemokratie an den Kragen, sondern nur ihren gemeingefährlichen Bestrebungen und ihrem revolutionären Charakter. Das Gesetz, das sie schufen, sollte nicht „eine Anzahl Bürger wegen ihrer politischen Gesinnungen in Acht und Bann tun"; „wir haben", so sagte Lasker, „so deutlich als möglich das Gegenteil ausgedrückt; nicht die Sozialdemokratie und ihre Tendenzen, sondern die friedengefährdende Agitation soll unter das Gesetz fallen." Die Nationalliberalen brachten dies gesetzgeberische Kunststück durch eine Reihe von „Verbesserungen" fertig, die mit einigen juristischen Zwirnsfäden die mörderischen Tatzen der polizeilichen Diktatur fesseln sollten. An das kautschukene Kleid der Vorlage wurden noch ein paar kautschukene Knöpfe genäht, das Wort „Untergrabung" mußte dem Worte „Umsturz" weichen, statt des Bundesrats sollte als Beschwerdeinstanz eine Reichskommission von neun Mitgliedern fungieren, von denen der Bundesrat vier aus seiner Mitte und fünf aus den höchsten Gerichtshöfen wählte; einige neu eingestellte Paragraphen waren dazu bestimmt, eingetragene Genossenschaften und eingeschriebene Hilfskassen besser vor der polizeilichen Willkür zu schützen. Von allen diesen und ähnlichen „Verbesserungen" hatten nur zwei eine etwas größere Bedeutung: die Begrenzung des Gesetzes auf die Dauer von $2^1/_2$ Jahren und die Bestimmung, daß nicht durch eine polizeiliche Verfügung, sondern nur durch ein gerichtliches Erkenntnis berufsmäßigen Agitatoren oder auf Grund des Gesetzes bestraften Personen der Aufenthalt beschränkt oder der Gewerbebetrieb untersagt werden dürfe, wobei dann auch noch festgesetzt wurde, daß sich die Aufenthaltsbeschränkung nicht auf den Wohnsitz des Verurteilten erstrecken dürfe, vorausgesetzt, daß er ihn schon sechs Monate inne habe.

Von diesen beiden Punkten abgesehen, waren die „Milderungen" der Nationalliberalen nichts als Kartenhäuser, die große Kinder aufbauten. Minder harmlos stand es um die treuherzige Fuchsmiene, womit Bismarck und seine Leute auf das kindliche Spiel eingingen. Sie wußten recht gut, daß wenn sie nur erst den Äolusschlauch dieses Gesetzes öffnen durften, der erste Windstoß alle nationalliberalen Kartenhäuser spurlos vom Tische fegen würde. Es paßte ihnen aber in den Kram,

so zu tun, als ob sie die Arbeiterklasse nur aus lauter Liebe verzehren wollten, und weshalb sollten sie an dem hänfenen Strick, den sie ihr um den Hals legten, nicht ein paar unschuldige Zwirnsfäden flattern lassen? Der neue preußische Minister des Innern, wieder ein Graf Eulenburg, war ganz damit einverstanden, wenn Lasker für Schonung der Genossenschaften und Hilfskassen plädierte, und Bismarck selbst brach eine Lanze für das Koalitionsrecht und die Streiks der Arbeiter, die er in vorteilhaften Gegensatz brachte zu den dunklen Zukunftsbildern der Sozialdemokratie. Von Bebel wegen seiner Verhandlungen mit Lassalle in die Enge getrieben, wollte Bismarck sogar stets für das Wohl der Arbeiterklasse geschwärmt haben, wobei ihm nur das kleine Pech zustieß, vor aller Welt zu zeigen, wie unbekannt ihm die größte Frage des Jahrhunderts war. Die Quelle der revolutionären Arbeiterbewegung sah er, darin ein Herz und eine Seele mit seinem intimen Feinde Eugen Richter, in dem unwiderstehlichen Zauber, den das kunstvoll verschleierte Bild des „Zukunftstaats“ auf die Massen ausübe. Wer sich freilich auf die Finessen preußischer Staatskunst verstand, konnte sich durch Bismarcks Reden nicht betören lassen; seine wehmütigen Klagen über die nicht hinlänglich scharfen Bestimmungen des Gesetzes, die heimliche Tücke, womit er wieder auf „die gutmütigen Richter und die milden Gesetze“ stichelte, seine Henkersfreude an der Hinrichtung des Idioten Hödel zeigten den Wolf auf seinem wirklichen Pfade.

Die sozialdemokratische Fraktion, die ungehörigerweise von der kommissarischen Beratung der Vorlage ausgeschlossen worden war, kämpfte im Plenum tapfer um jeden Paragraphen. In überzeugender Weise legten ihre Redner dar, daß die Attentate auch nicht in dem entferntesten Zusammenhange mit der sozialdemokratischen Agitation gestanden hätten, deckten sie das treulose Spiel auf, das Bismarck von jeher mit der Arbeiterklasse gespielt hatte, wiesen sie nach, daß der „revolutionäre Charakter“ der proletarischen Bewegung noch lange nicht an das heranreiche, was die bürgerliche Bewegung in ihren revolutionären Zeiten an herzerfrischender Deutlichkeit gegenüber allen himmlischen und irdischen Autoritäten geleistet habe. Sie sagten voraus, daß die praktische Wirkungslosigkeit der Vorlage so groß sein werde, wie ihre himmelschreiende Ungerechtigkeit, und Bracke tat den Schuß ins Schwarze: Wir pfeifen auf das Gesetz. Das Kern- und Treffwort fuhr den

Patrioten so in die Glieder, daß sie im ersten Augenblick vermeinten, es sei in der Form so unhöflich gewesen wie im Inhalte; der Präsident von Forckenbeck schickte einen Schriftführer auf die Journalistentribüne, der den Berichterstattern der Zeitungen einprägen mußte, Bracke habe nur auf das Gesetz „pfeifen" — und nicht noch ganz etwas anderes wollen.

Am 19. Oktober wurde das Sozialistengesetz mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen. Außer ihm war in der Session nur noch eine politische Machenschaft zurechtgezettelt worden; 204 Mitglieder verschiedener Parteien, mehr als die absolute Mehrheit des Hauses, erklärte eine „Reform des deutschen Zolltarifs" für notwendig, nach der angeblich die „weitesten Kreise des Deutschen Reichs" schrieen. Das Signal zur Massenplünderung erscholl in demselben Augenblicke, wo das Siegel auf die Knebelakte des Proletariats gedrückt wurde. Jedoch hatte die feine Rechnung ein großes Loch. Die Entrechtung der deutschen Arbeiterklasse war vollbracht, aber ihr Heldenzeitalter hob an.

Sechstes Buch

Unter dem Sozialistengesetze



Erstes Kapitel.

Ein Jahr der Verwirrung.

Die moderne Arbeiterbewegung ist frei von aller bürgerlichen Romantik. Nichts fällt dem kämpfenden Proletariat mühelos in den Schoß; Schritt für Schritt muß es sich alles erringen, das Geringste wie das Größte; nach mancherlei Wirrnis erst führt sein Pfad ans gewollte Ziel. Das Sozialistengesetz hatte die deutsche Sozialdemokratie vor eine völlig neue Aufgabe gestellt; so mußte sie sich prüfend und tastend neue Wege suchen, und fand nicht immer gleich den richtigen Weg. Nur daß sich mit ihrer höheren Entwicklung die Etappen ihrer Aufklärung entsprechend abkürzten; nicht mehr ein Jahrzehnt, sondern nur noch ein Jahr innerer Wirren steht am Eingang ihrer zweiten großen Lebensperiode.

Am 21. Oktober 1878 wurde das Sozialistengesetz im Reichsanzeiger veröffentlicht, und sofort begann die Niedermetzelung der sozialdemokratischen Blätter, Schriften und Vereine. Den Reigen der Verbote eröffnete Leopold Jacobys Gedichtsammlung: Es werde Licht; es schien, als ob der Polizeipräsident v. Madai, in dessen Händen sich die Handhabung des Gesetzes für ganz Deutschland zusammenfaßte, seiner selbst mit einem frivolen Witze spotten wolle. Von den 47 politischen Blättern der Partei retteten nur zwei ihr Dasein, eines in Nürnberg und eines in Offenbach. Sie hatten rechtzeitig ihre Titel geändert und schrieben ganz zurückhaltend, bei anderen Blättern versagten auch diese Hilfsmittel. Der Versuch, an die Stelle der verbotenen Zeitungen farblose Blätter zu setzen, gelang auch nicht überall, namentlich nicht in Berlin. Zugleich wurden die zahlreichen Arbeitervereine verboten, die seit der Auflösung der Parteiorganisation entstanden waren, es sei denn, daß sie sich im letzten Augenblicke freiwillig auflösten, und ebenso alle Gewerkschaften, mit wenigen Ausnahmen, unter denen der, übrigens auch stark geschuriegelte, Buchdruckerverband die namhafteste war. In dem-

selben Umfange, wie die Gewerkschaften, verschwanden die Gewerkschaftsblätter. Die Hauptschläge fielen gleich in den ersten Wochen; der Vorwärts, die Berliner Freie Presse und das Hamburg-Altonaer Volksblatt, die drei namhaftesten Blätter der Partei mit zusammen etwa 45 000 Abonnenten, mußten schon in den ersten Tagen daran glauben. In den nächsten Monaten wurde dann gründliche Nachlese gehalten; bis zum 30. Juni 1879 waren 217 Vereine, 5 Kassen, 127 periodische und 278 nicht periodische Druckschriften verboten.

Der Brutalität dieses Massenmordens entsprach seine Perfidie. Mochte man noch so gering von der Kurzsichtigkeit der Nationalliberalen denken, die sich durch Bismarcks und Eulenburgs Redensarten über die „loyale Handhabung" des Gesetzes hatten täuschen lassen, so wurde dadurch natürlich der Wortbruch der Regierung in keiner Weise entschuldigt. Sie trat alle ihre halben und ganzen Versprechungen mit Füßen, unterdrückte nicht die „gemeingefährlichen Bestrebungen" der Sozialdemokratie, sondern alles, was zu ihr gehörte, schonte weder die wissenschaftliche Literatur des Sozialismus, noch die gewerkschaftlichen Organisationen mit ihren eingeschriebenen Hilfskassen, fegte die „Schutzmaßregeln" der Nationalliberalen wie Spinneweben fort. Die Reichskommission, um deren „richterliche Garantien" wochenlang gestritten worden war, erwies sich als das reine Schattenspiel an der Wand; von den 627 Verboten, die bis zur Mitte des Jahres 1879 ergangen und mindestens zu drei Vierteln nach dem Sinne und Wortlaut selbst dieses Gesetzes unzulässig waren, hob sie gerade 6 auf, meist nur solche, welche die bürgerliche Literatur betroffen hatten, wie Schäffles Quintessenz des Sozialismus und eine Nummer eines fortschrittlichen Blattes; von allen irgend nennenswerten Erzeugnissen der sozialistischen Literatur gab sie nur Lassalles Assisenrede von 1849 wieder frei.

Während der Beratung des Sozialistengesetzes war innerhalb der sozialdemokratischen Partei selbstverständlich schon die Frage erwogen worden, was nach seinem Erlasse zu tun sei. Ein gewaltsamer Widerstand gegen die Entrechtung der Arbeiterklasse wäre einfacher Wahnsinn gewesen, aber auch der naheliegende Gedanke einer geheimen Organisation wurde sofort und auf immer verworfen. Für eine breite und mächtige Volksbewegung war alle Geheimbündelei unmöglich, und wäre sie dennoch versucht worden, so würde sie nur ein der Polizei erwiesener Liebesdienst gewesen sein. Es blieb nichts übrig, als vorläufig abzu-

warten, wie das Gesetz gehandhabt werden würde. Am Tage seiner Veröffentlichung erklärte der Vorwärts, die „schwere saure Leistung" einer den Bestimmungen des Gesetzes entsprechenden Schreibweise auf sich nehmen zu wollen.

Die polizeiliche Praxis übertraf dann freilich die schlimmsten Erwartungen. Die Vorkämpfer des heiligen Eigentums gaben ein erbauliches Vorbild, Eigentum zu vernichten. An den 16 Genossenschaftsbuchdruckereien waren 400 Personen als Drucker, Setzer, Expedienten und Redakteure angestellt, über 2500 Arbeiter und Kleinmeister mit ihren paar Ersparnissen und — mittelbar durch die Solidarhaft — ihrer ganzen Habe beteiligt. Die Berliner Genossenschaftsbuchdruckerei, der selbst die farblosesten Blätter und auch die Zukunft verboten wurden, mußte sofort liquidieren; da es ihr gelungen war, mit ihrem Schriftenlager fast ganz aufzuräumen, so kamen die Genossenschafter mit dem Verlust ihrer Einlagen davon. Für die meisten Genossenschaftsdruckereien wäre die sofortige Liquidation gleichbedeutend mit dem Konkurse gewesen, und es lag gar nicht einmal im Interesse der Partei, sofort alle diese Schanzen zu räumen. Der Versuch, sich so oder so auf das Sozialistengesetz einzurichten, mußte bis zum letzten Ende durchgeführt werden; hinderte die Verblendung der Gegner jede mildere Kampfmethode, so konnte eine härtere Kampfmethode um so nachdrücklicher angewandt werden. Viele Parteimitglieder glaubten, wenn nur der erste Sturm ausgetobt habe, würde wieder ein aktives Vorgehen möglich sein; bis dahin, so hofften sie, würden die farblosen Blätter, womit die Genossenschaftsbuchdruckereien sich zu halten suchten, den geschulten Genossen als „Erkennungszeichen und Legitimation" dienen.

Allerdings sprach dabei auch eine gewisse Entmutigung mit. Nach den heißen Kämpfen der letzten Jahre und namentlich der letzten Monate, in denen jeder Nerv angespannt worden war, machte sich eine natürliche Abspannung geltend. Sie wurde durch das Gefühl der absolutesten Rechtlosigkeit beträchtlich verstärkt, und dazu kamen der immer noch andauernde Notstand, die immer noch andauernden Maßregelungen und Verfolgungen. Nicht alle Führer, die bisher ihren Mann gestanden hatten, waren der neuen und um so schwierigeren Lage gewachsen, und das Heer von Spitzeln, das an ihre Fersen gehängt wurde, zwang auch die Entschlossensten zu behutsamer Vorsicht. Das Hamburger Zentralwahlkomitee hatte sich am 19. Oktober aufgelöst, und mancherlei

Personenverhältnisse brachten es mit sich, daß es seine Verbindungen vollständiger preisgab, als vielleicht nötig und jedenfalls wünschenswert gewesen wäre. Geib war todkrank; ein Herzleiden, dem sein blühendes Leben sonst wohl noch lange widerstanden hätte, entwickelte sich schnell unter den furchtbaren Aufregungen der Sozialistenjagd, die den edel denkenden und fein empfindenden Mann täglich erschütterten; Auer war schon vor längerer Zeit nach Berlin gesandt worden, um die zerfahrenen Redaktionsverhältnisse der Berliner Freien Presse zu ordnen; Hartmann, der bald darauf der Partei völlig untreu wurde, besaß nicht die nötige Festigkeit und Umsicht. So fehlte jede Leitung, während sich von allen Seiten vernichtende Schläge über die Partei entluden; was Wunder, daß mancherlei Unsicherheit und Verwirrung in ihren Reihen einriß.

Die erste Wendung zum Besseren gab Bismarck dadurch, daß er zum letzten vernichtenden Schlage gegen die Sozialdemokratie ausholte. Am 28. November, kurz vor der Rückkehr des von seinen Wunden genesenen Kaisers nach Berlin, wurde über diese Stadt, die Stadtkreise Charlottenburg und Potsdam, sowie die Kreise Teltow, Niederbarnim und Osthavelland der kleine Belagerungszustand verhängt, der in § 28 des Sozialistengesetzes vorgesehen worden war. Und zwar in zwei seiner vier Bestimmungen: in der lächerlichsten, die das Waffentragen ohne Erlaubnisschein verbot und die nur allerlei komische Zwischenfälle veranlaßt hat, und in der gehässigsten, die der Polizei die Ausweisung aller ihr mißliebigen Personen gestattete. Am nächsten Tage erhielten bereits 67 Parteimitglieder, an der Spitze Auer und Fritzsche, die lithographierten Ausweisungsbefehle; den meisten war eine zwei-, anderen nur eine ein-, wenigen eine dreitägige Frist gelassen; alle Gesuche um weiteren Aufschub wies Madai in rohester Form zurück. Manche der Ausgewiesenen hatten sich schon seit Jahren von der Agitation zurückgezogen, viele besaßen ein kleines Geschäft, alle mit einer einzigen Ausnahme waren Familienväter. In einem würdig gehaltenen Flugblatte, das sofort verboten, aber doch in Tausenden von Exemplaren vertrieben wurde, verabschiedeten sie sich von ihren Parteigenossen. Sie wiesen darauf hin, daß ihr erstes und letztes Wort immer gewesen sei: Keine Gewalttätigkeiten, achtet die Gesetze, innerhalb ihres Rahmens verteidigt eure Rechte. So auch forderten sie jetzt: Seid ruhig, laßt euch nicht provozieren, an unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde untergehen.

Und zum Schlusse die Bitte: Keiner von uns vermag seinen Angehörigen mehr als den Unterhalt der nächsten Tage zurückzulassen, gedenkt unserer Weiber und Kinder! Viele Ausgewiesene gingen nach Hamburg und nach Leipzig, andere ließen sich in märkischen Städten an der Grenze des Belagerungsgebiets nieder, um ihren Angehörigen möglichst nahe zu bleiben.

Von allen schnöden Wortbrüchen Bismarcks war die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin der schnödeste. Den § 28 des Sozialistengesetzes hatten die Nationalliberalen nur für den äußersten Notfall bewilligt: wenn ein Bezirk von der sozialdemokratischen Agitation so unterwühlt wäre, daß jeden Augenblick ein gewaltsamer Ausbruch erwartet werden könnte, so sollte der Paragraph angewandt werden, um der Verhängung des wirklichen Belagerungszustandes zu entgehen. Von alledem gab es damals in Berlin nichts. Ohne den geringsten Versuch eines Widerstandes waren die harten Bestimmungen des Sozialistengesetzes ausgeführt worden; auch nicht ein Berliner Arbeiter dachte daran, Bismarcks Spiel zu spielen, ein Attentat oder einen Putsch zu provozieren. Selbst die bürgerliche Presse war einstimmig darin, daß alle tatsächlichen Voraussetzungen fehlten, unter denen § 28 angewandt werden könne; nur die reaktionären Blätter stotterten einige verlegene Redensarten über das „teuere Haupt" des Kaisers, das geschützt werden müsse. Dahinter versteckte sich auch Graf Eulenburg, als ihn die Fortschrittler im preußischen Abgeordnetenhause wegen der Maßregel interpellierten. Wäre es mehr als bloßer Vorwand gewesen, so hätte dieser Polizeiminister an einer wahrhaft polizeiwidrigen Beschränktheit gelitten. Männer, wie Auer und Fritzsche, sollten des Meuchelmords verdächtig und die rechtlose Vernichtung von 67 Existenzen sollte geeignet sein, Attentate nicht etwa zu züchten, sondern im Keime zu ersticken! Aber das ganze Gerede vom „teueren Haupte" war eitel Vorwand. Bismarck selbst gestand bald darauf im Reichstage, seine Absicht sei eigentlich gewesen, den kleinen Belagerungszustand über alle Hauptorte der sozialdemokratischen Agitation zu verhängen. Nach seinen Andeutungen scheinen die anderen Regierungen noch vor diesem Henkersdienste zurückgescheut zu sein; er selbst machte jedenfalls kein Hehl daraus, daß er beabsichtigt habe, den Reichstag mit dem § 28 aufs Glatteis zu führen.

Aber wie der schnödeste unter seinen schnöden Wortbrüchen, so war die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin auch

der törichteste unter seinen törichten Gewaltstreichen. Er zeigte der sozialdemokratischen Partei sonnenklar, daß ihr keine Ruhepause gestattet sei, daß ein Kampf auf Leben und Tod gegen sie geführt werde. Überall, wo die Parteimitglieder einen Augenblick ermattet waren, kehrten sie nun massenhaft auf ihre alten Posten zurück. Die Sammlungen für die Ausgewiesenen und ihre Familien knüpften die ersten Fäden einer neuen Organisation, und die Ausgewiesenen selbst, ja mehr noch ihre hungernden Weiber und Kinder wurden Agitatoren, wie sie das klassenbewußte Proletariat noch nicht besessen hatte. Ergraute Kämpfer, die jahrelang im Gefängnis gesessen hatten, ohne mit der Wimper zu zucken, haben oft gesagt, daß keine Folter der Unterdrückung sie so mit kochendem Ingrimm erfüllt habe, wie die Ausweisung, die launenhafte Vernichtung ihrer menschlichen Existenz in der Wurzel. Nicht der geringste Vorteil, den die Partei als solche, bei aller tödlichen Verwundung der einzelnen, aus dem kleinen Belagerungszustande zog, war die allmähliche Lösung des moralischen Bannes, der seit den Attentaten in der Vorstellung weiter Volkskreise auf ihr gelastet hatte. Die beschränktesten Spießbürger, die schon in der Schule von der Vertreibung der protestantischen Salzburger als von einer historischen Schandtat sprechen gelernt hatten, sahen mit Schaudern ihren bewunderten Nationalheros nach den Lorbeeren des Erzbischofs Firmian trachten, und ihre Sympathie begann sich unwillkürlich dem verfolgten Proletariat zuzuwenden. Lasker und der Fortschrittler Ludwig Löwe sammelten unter ihren Parteigenossen und führten namhafte Summen an den Unterstützungsfonds für die Ausgewiesenen ab; in der bürgerlichen Presse wagte nur Julius Stettenheim, ein Possenreißer der Börsenpresse, die Opfer des kleinen Belagerungszustandes zu verhöhnen.

Noch eine andere bedeutsame Folge hatte Bismarcks tölpelhafter Gewaltstreich. Karl Hirsch, der seit einiger Zeit in Paris gelebt hatte, wurde von dort ausgewiesen; in solchen kleinen Gefälligkeiten gegen Sozialdemokraten wuschen die offiziellen „Erbfeinde“ an der Seine und an der Spree sich gegenseitig gern die Hände. Hirsch beabsichtigte, nach Berlin zurückzukehren, als ihn die dortigen Ausweisungen eines Besseren belehrten. Er ging nun nach Brüssel und gründete die Laterne, eine kleine Wochenschrift im Format und Stile von Rocheforts Laterne. Am 9. Dezember aber wurde Most aus Plötzensee entlassen und sofort aus Berlin ausgewiesen. Er siedelte nach London

über, wo er mit Hilfe des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins die Freiheit gleichfalls als Wochenschrift herausgab. Die Laterne erschien von Mitte Dezember 1878, die Freiheit von Anfang Januar 1879 ab.

So hatte die deutsche Sozialdemokratie auf einen Schlag zwei ausländische Organe, die in dem von der Reaktion gedüngten Boden gewissermaßen wild gewachsen waren. Beide Blätter vertraten die Interessen der Partei mit derjenigen Offenheit, die ihnen die Preßfreiheit des Auslandes gestattete. Ihre Einschmuggelung nach Deutschland gelang erst sehr unvollkommen, aber die Hast, womit Bismarck diese neuen Waffen der Sozialdemokratie zu zerbrechen suchte, zeigte genugsam, wie sehr er sie fürchtete. Der Generalpostmeister mußte eine Verfügung erlassen, welche die Postbeamten zu Helfershelfern der politischen Polizei degradierte und sehr stark mit dem verfassungsmäßig gewährleisteten Briefgeheimnis karambolierte, was in Deutschland, dem klassischen Lande der Schwarzen Kabinette, freilich nichts Neues war. Im März wurde Karl Hirsch vom belgischen Ministerium ausgewiesen. Damit waren Bismarcks Schmerzen aber nicht gelindert, denn Hirsch ging nach England und führte die Laterne weiter. Sie war geistreicher und geschickter geschrieben als die Freiheit, aber mehr aufs politische Pamphlet angelegt; die Freiheit hatte in höherem Grade das Wesen eines politischen Parteiblattes, wurde aber durch die persönlichen Eigenschaften ihres Herausgebers weit subjektiver als die Laterne. Most, dessen exzentrischer Charakter der Partei schon vor dem Sozialistengesetze manche Not gemacht und manche Ungelegenheiten geschaffen hatte, war nach der Art und Weise, wie Justiz und Polizei ihm zehn Jahre lang mitgespielt hatten, in einem Grade aufgeregt und erbittert, der sich psychologisch sehr wohl erklären ließ, aber das Bewußtsein seiner politischen Verantwortlichkeit stark herabminderte. In seiner fahrigen und hastigen Art hatte er es für überflüssig gehalten, sich mit der deutschen Parteileitung wegen der Herausgabe der Freiheit ins Einvernehmen zu setzen. Seine Entschuldigung, daß es eine solche Parteileitung ja gar nicht gegeben habe, war doch nur formell zutreffend; in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gab es immer noch eine Parteiorganisation, und für Most als ehemaligen Abgeordneten hätte es doppelt nahe gelegen, ihren Rat einzuholen.

Für die deutsche Partei entstand nun die Frage, wie sie sich zu den beiden ausländischen Preßorganen stellen solle. Die Laterne vermied

sorgfältig, die Partei zu engagieren oder zu kritisieren, die Freiheit aber drängte unausgesetzt auf eine revolutionäre Taktik. Damals jedoch noch nicht im „Heugabelsinne", sondern in dem Sinne, worin vor dem Sozialistengesetze agitiert worden war. Most wollte die Freiheit mit derselben Tinte schreiben, mit der einst der Volksstaat und der Vorwärts geschrieben worden war. Eine grundsätzliche Einigung mit ihm, geschweige denn mit Karl Hirsch war keineswegs ausgeschlossen, mochte sie auch durch das eigenmächtige Vorgehen namentlich Mosts sehr erschwert sein. Allein die leitenden Parteikreise in Deutschland wollten überhaupt nichts von beiden Blättern wissen. Sie richteten ihr Hauptaugenmerk darauf, den unnatürlichen Haß, der in den neutralen Schichten der Nation gegen die Sozialdemokratie herangezüchtet worden war, durch kluge Zurückhaltung zu entwaffnen, und sie fürchteten, daß er aus der rücksichtslosen Sprache ausländischer Blätter neue Nahrung saugen würde. Bismarck lebe von den Attentaten und müsse kapitulieren, wenn ihm dieser Proviant ausgehe. Die Notwendigkeit und Nützlichkeit eines ausländischen Blattes wurde deshalb nicht eigentlich bestritten, aber man meinte, es sei noch viel zu früh, damit vorzugehen. Seine erste Folge würden neue Verfolgungen sein, und die beträchtlich geschmälerten Mittel der Partei reichten so schon nicht hin für die genügende Unterstützung der Ausgewiesenen und Gemaßregelten. Nach der aufreibenden langjährigen Agitation könnten die Parteigenossen eine Ruhepause wohl ertragen; für die sozialistische Propaganda sei noch reichlich gesorgt durch die zahllosen, ins Proletariat geschleuderten, aber noch nicht zum vierten Teile gelesenen und geistig verdauten Agitationsschriften.

Diese Auffassung hatte im Februar 1879 nicht mehr die relative Berechtigung, die sie im Oktober 1878 gehabt hatte. Als der Reichstag am 12. Februar zusammentrat, brachte Bismarck sofort einige Vorlagen an ihn, um die Sozialdemokratie gänzlich zu zerschmettern. Bismarck lebte nicht allein von dem sinnlosen Sozialistenhaß des Philisters, und die Sozialdemokratie brauchte gegen ihn noch andere Waffen, als die moralische Sympathie neutraler Zuschauer. In der Tat drängten denn auch die Massen wieder auf den Kampfplatz, auf dem sie dem Feinde ins Weiße des Auges schauen konnten. Am 5. Februar fand für den verstorbenen Fortschrittler Bürgers in Breslau II, dem westlichen Wahlkreise der Stadt, wo die schlesische Aristokratie und Pluto-

kratie hauste, eine Nachwahl statt, und in ihr brachten die Arbeiter trotz polizeilicher Unterdrückung aller und jeder Wahlagitation, trotz des Verbots ihrer Flugblätter und der Auflösung ihrer Versammlungen, trotz der ganz ungerechtfertigten Verhaftung ihres Kandidaten Kräcker 5175 Stimmen auf. Kräcker kam in die Stichwahl, worin er zwar unterlag, aber nicht ohne daß die für ihn abgegebenen Stimmen auf 7544 gestiegen wären. Ein ähnlich glänzendes Ergebnis hatte am 27. Februar eine Nachwahl im sächsischen Wahlkreise Waldheim-Döbeln, bei der 4322 Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten fielen.

Die Verhandlungen des Reichstags waren bis zu den Osterferien gewissermaßen ein Nachklang zu den Debatten über das Sozialistengesetz. Bismarck wollte nachholen, was er damals noch versäumt hatte: den Ausschluß der Sozialdemokratie aus dem Reichstage. Er spannte gleich zwei Stränge auf seinen Bogen: einmal sollte der Reichstag genehmigen, daß Fritzsche und Hasselmann, die als Berliner Ausgewiesene sich zu den Beratungen des Reichstags eingefunden hatten, wegen Bannbruchs strafrechtlich verfolgt würden, und dann sollte die Disziplinargewalt des Reichstags dahin erweitert werden, daß er seine Mitglieder wegen ungebührlicher Reden ausschließen, ja ihnen die Wählbarkeit entziehen und die ungebührlichen Reden selbst aus den stenographischen Berichten entfernen könne. Der Reichstag ging weder auf das eine oder das andere ein; sogar die nationalliberalen Redner fanden kräftige Worte, um ein solches Maß der Selbstentwürdigung abzuweisen. Sie handelten dabei aber viel mehr in ihrem eigenen Interesse, als im Interesse des Prinzips oder gar der verfolgten Sozialdemokratie; gleich darauf zeigten sie bei einer anderen Angelegenheit, ein wie wohlfeiler Artikel bürgerliche Sympathie überhaupt war. Über die praktische Anwendung des § 28 war dem Reichstage alljährlich Bericht zu erstatten, und auch diese „Schutzmaßregel" löste sich bei der ersten Probe in blauen Dunst auf. Man ließ einen sozialdemokratischen Redner sprechen, und dann stimmten nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch mit einigen Ausnahmen die Fortschrittler und die Ultramontanen für einen konservativen Schlußantrag. Bei der Interpellation im preußischen Abgeordnetenhause war Virchow ein wenig dreister gewesen und hatte gemeint, die Polizei dürfe doch „gute Revolutionäre" nicht gleich mit Königsmördern in einen Topf werfen. Aber seitdem hatte Bismarck seine offiziöse Meute auf die „revolutionäre" Fortschrittspartei los-

gelassen, und nun schwiegen die Unentwegten fein vorsichtig zu den gröbsten Mißbräuchen des Sozialistengesetzes, um sich dafür zur Abwechslung als „konservativste aller Parteien" aufzuspielen.

Von den sozialdemokratischen Abgeordneten sprach Bebel am 4. März zu dem sogenannten Maulkorbgesetze, Liebknecht am 17. März zur Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin. Bebel fertigte sehr glücklich den edlen Bismarck ab, der wegen sogenannter „Beleidigung" seiner Person mit seinen lithographierten Strafanträgen Tausende von Menschen, selbst alte Spittelweiber, ins Gefängnis gebracht und nun mit wehleidiger Miene gemeint hatte, als Mitglied des Bundesrates müsse er sehr vorsichtig sein, da er nicht die verfassungsmäßige Redefreiheit der Abgeordneten besäße. Der Einbruch in dieses Volksrecht stand einem Manne vortrefflich an, der für sich die unbeschränkteste Verleumdungsfreiheit nicht nur besaß, sondern auch wirklich ausnützte, indem er, wenn ein von ihm Verleumdeter ihn einmal gerichtlich belangen wollte, sofort einen heroischen Rückzug unter die Schöße seiner Offiziersuniform antrat. Liebknechts Rede war auf die Taktik der deutschen Parteiführer zugeschnitten. Sie zerpflückte unbarmherzig die paar leeren Redensarten des Rechenschaftsberichts, und dann sagte Liebknecht, er würde ein Feigling sein, wenn er formell desavouieren wollte, was Parteigenossen im Auslande schrieben, aber die Partei habe damit absolut nichts gemein und er könne sagen, daß viele der einflußreichsten Parteimitglieder die Gründung der Freiheit und der Laterne gemißbilligt hätten. Die Partei werde das Sozialistengesetz beobachten, weil sie eine Reformpartei im strengsten Sinne des Wortes und gewaltsames Revolutionsmachen überhaupt ein Unsinn sei; Brackes Pfeifen auf das Gesetz habe nicht bedeutet, daß sich die Partei dem Gesetze nicht fügen werde, sondern habe nur die geschichtliche Wahrheit festgestellt, daß sie durch das Gesetz nicht unterdrückt werden würde; die unparlamentarische Form seiner Äußerung habe Bracke nachträglich bedauert, und er, Liebknecht, wolle sie auch nicht gutheißen.

Diese Rede Liebknechts rief eine, nicht von Most persönlich, sondern von Mielke, einem alten Berliner Parteimitgliede, entworfene Denkschrift des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London hervor, in der es hieß: „Nicht umsichtige Taktik unter dem Sozialistengesetze, sondern eine schlaue Taktik gegen das Gesetz ist nötig und auch zu ermöglichen. Noch gibt es glücklicherweise einige Länder, in denen das

freie Wort gestattet ist, auch ist um das Deutsche Reich noch keine Mauer gezogen. Und selbst Mauern lassen sich übersteigen, wenn man mutig und entschlossen ist. Wenn jede Propaganda im Innern abgeschnitten ist, dann ist noch die Propaganda des gedruckten Wortes aus dem Auslande möglich." Viel anfechtbarer waren andere Teile der Denkschrift, die sich mit gutem Fuge so auslegen ließen, als werde darin eine Geheimbündelei nach dem Muster der russischen Nihilisten und eine parlamentarische Enthaltungspolitik empfohlen. Hiergegen erhob sich sofort die Laterne, wenn sie auch sonst ihre vielfache Übereinstimmung mit der Denkschrift bekundete. Auf ihren Protest erklärte die Freiheit zwar, daß sie weder eine geheime Organisation, noch eine parlamentarische Enthaltungspolitik empfehlen wolle, aber sie war dennoch auf dem besten Wege dazu. Most fing an, von einer „neuen Partei" zu sprechen und traktierte die parlamentarischen Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in einem Stile, der mehr und mehr jede Verständigung ausschloß.

Und doch wurde eine Verständigung über die nunmehrige Taktik immer notwendiger. Nach den Osterferien begann der Reichstag an die berufene „Finanz- und Wirtschaftsreform" zu gehen. Er wurde dabei zur Börse, an der Bismarck mit den Großindustriellen und den Großgrundbesitzern um den Anteil handelte, den jeder dieser drei edlen Verbündeten aus der Haut der konsumierenden Massen schneiden könne. Nach langen und widerlichen Verhandlungen hatten die Großindustriellen ihre Eisen- und Textil-, die Großgrundbesitzer ihre Getreide- und Vieh-, Bismarck seine Finanzzölle in der Tasche, dem Volke aber kostete der Spaß eine Verteuerung aller Lebensmittel und 130 Millionen Mark neuer Steuern. Politisch vollzog sich dabei eine völlige Parteiverschiebung. Die gebrochenen Nationalliberalen gaben ihren Mitgliedern die Abstimmung in allen wirtschaftlichen Fragen frei; ein Teil blieb mit den Fortschrittlern bei der freihändlerischen Fahne, ein anderer Teil ging zu den Schutzzöllnern über. Aber an ihren „konstitutionellen Garantien" hielten sie fest, das Einnahmebewilligungsrecht des Reichstags wollten sie nicht ganz in der Versenkung verschwinden lassen; so mußte Bismarck mit den Ultramontanen abschließen, die sich mit „föderativen Garantien", mit der Überweisung aller Überschüsse an die Einzelstaaten und — als angenehmer Beigabe — der Entlassung des kulturkämpferischen Kultusministers Falk begnügten. Einen großen Geist, wie Bis-

marck war, genierte das nicht; wo solche Summen heimzuramschen waren, lohnte nicht nur der Gang nach Kanossa, sondern auch eine Reverenz vor dem Partikularismus.

Um sich in diesem Wirrwarr zurechtzufinden, konnten den Arbeitern weder die farblosen Blätter, noch die früheren Agitationsschriften etwas nützen. Und auch die parlamentarische Tribüne erwies sich als ein sehr unzulängliches Sprachrohr. In den langen Wochen, in denen um den neuen Zolltarif gestritten wurde, gelangten die sozialdemokratischen Abgeordneten fast gar nicht zum Worte, trotz unzähliger Meldungen. Sie konnten ihre Auffassung nicht entfernt in erschöpfender Weise entwickeln. Ihre Stellung wurde noch dadurch erschwert, daß Kayser sich für einzelne industrielle Schutzzölle zu begeistern begann. Dabei drängten die Arbeitermassen der großen Städte immer stärker vor. Als Reinders, der den Breslauer Ostkreis vertrat, am 22. Mai gestorben war, bereiteten ihm die Breslauer Arbeiter ein großartiges Leichenbegängnis, dann wählten sie Hasenclever in zweimaliger Wahlschlacht als seinen Ersatzmann. Fünfmal im Laufe weniger Monate hatte das Breslauer Proletariat die kräftigsten Lebenszeichen gegeben; es war gar kein Zweifel, daß die Berliner, die Hamburger, die Leipziger, genug, die Arbeiter in den großen Zentren der Bewegung sich gleich mächtig geregt hätten, wenn ihnen gleiche Gelegenheiten geboten worden wären. Dagegen zeigte eine Nachwahl in dem märkischen Wahlkreise Kottbus-Spremberg einen bedenklichen Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen. Die Gefahr einer Spaltung stieg drohend auf: das vorgeschrittene Proletariat konnte der Führung der unberechenbaren Freiheit verfallen, das weniger entwickelte an den farblosen Blättern versumpfen.

Nun ging auch die Laterne schärfer vor. So sehr sie gegen Most das treue Festhalten an der Partei vertrat, so verhehlte sie nicht, daß die Vorgänge in London unmöglich gewesen sein würden, wenn nicht in Deutschland böse Fehler begangen worden wären. Sie sagte: Keine Organisation ohne Organe; taugen die ausländischen Organe nicht, so schafft neue, aber zögert nicht länger, denn es ist höchste Zeit. Sie geißelte Kaysers schutzzöllnerische Sprünge und wies überzeugend die Gemeinschädlichkeit des neuen Zolltarifs nach, so wie er lag und stand. Sie druckte einen Brief Liebknechts ab, worin gegen Most gesagt war, Losschlagen oder Verbleiben auf dem Boden des Sozialistengesetzes, ein drittes gebe es nicht, aber sie veröffentlichte auch eine Zuschrift

„Aus Berlin“, worin es hieß, mit dem Glauben, daß die Sozialdemokratie tief genug in den Massen eingewurzelt sei, um ganze Jahre äußerer Ruhe ertragen und jedes materiellen Bandes entbehren zu können, sei ebensowenig ausgerichtet, wie mit Theatereffekten; es gebe wohl noch ein drittes: eine energische Haltung, defensiv und offensiv, unter Benutzung der Umstände innerhalb und außerhalb des Deutschen Reichs.

Endlich griffen auch Marx und Engels in die unklaren Verhältnisse ein. Höchberg hatte sich nach dem Sozialistengesetze wie vor ihm als der treue Freund der Partei erwiesen; er half und unterstützte, wo er immer konnte, sein Vermögen galt ihm nur noch als Eigentum der Partei. Aber über seinen Schatten vermochte er nicht zu springen; er hielt an der Hoffnung fest, namhafte Kreise der herrschenden Klassen durch Belehrung und Berufung auf ihr Gerechtigkeitsgefühl für die Sozialdemokratie zu gewinnen; er wünschte, daß die Partei solchen Elementen den Übertritt möglichst erleichtere, ihr wirtschaftliches Programm mehr betone, ihre politisch-revolutionären Überlieferungen mehr in den Hintergrund dränge. So ließ er zu Ostern 1879 von Brüssel aus zehntausend Exemplare von Schäffles Quintessenz des Sozialismus an Beamte, Juristen, Lehrer in Deutschland versenden, und in gleichem Sinne begründete er als Ersatz für die verbotene Zukunft ein paar neue wissenschaftliche Zeitschriften, die Staatswirtschaftlichen Abhandlungen unter dem Pseudonym eines Dr. R. F. Seyfferth in Leipzig und das Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik unter dem Pseudonym eines Dr. Ludwig Richter in Zürich. Die Leipziger Zeitschrift, die in unregelmäßigen Zwischenräumen erschien, entging den Griffen des Sozialistengesetzes; sie beschäftigte sich vorwiegend mit Fragen der praktischen Sozialpolitik und stellte dem schutzzöllnerischen Trugbilde des Schutzes der nationalen Arbeit eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung als das wirkliche Interesse der Arbeiterklasse entgegen. Nicht so glücklich fuhr das Züricher Jahrbuch, das sofort verboten wurde, trotz seiner sehr vorsichtigen Haltung. Die erste Hälfte des ersten Jahrgangs, die im Sommer 1879 herauskam, enthielt ein paar Aufsätze von Greulich und Vollmar, eine Anzahl von Rezensionen und eine Reihe von Berichten über die sozialistische Bewegung in den modernen Kulturländern, zum großen Teile treffliche Arbeiten, die einen nicht unwesentlichen Fortschritt über die Haltung der Zukunft hinaus bekundeten.

Aber dieses Heft enthielt auch in einem besonderen Aufsatze „Rückblicke auf die sozialistische Bewegung in Deutschland“, die sich als „kritische Aphorismen“ gaben. Die Verfasser waren Höchberg und C. A. Schramm; Eduard Bernstein, der als literarischer Beirat Höchbergs in die Schweiz übergesiedelt war und als dritter Verfasser galt, hatte nur einige nebensächliche Zeilen beigesteuert. War eine Selbstkritik der Sozialdemokratie im Augenblick ihrer härtesten Unterdrückung an sich schon bedenklich und schwierig, so gelang sie diesem Aufsatze nicht entfernt in halbwegs befriedigender Weise. Die bisherige Agitationsweise wurde einer bitteren, nicht einmal immer zutreffenden, geschweige denn taktvollen Kritik unterzogen; vor den „unfruchtbaren Debatten über den Zukunftstaat“ wurde gewarnt, aber keineswegs im Sinne einer alle Utopien ausschließenden revolutionären Aktion, sondern nur im Sinne der bürgerlich-reformatorischen Praxis, und endlich wurde die Notwendigkeit betont, zahlreiche Anhänger aus den besitzenden und gebildeten Klassen zu gewinnen, wenn anders die mit so vielen Opfern an Kraft und Familienglück betriebene Agitation greifbare Erfolge erreichen solle. Hiergegen protestierten Marx und Engels in einem Rundschreiben an Bebel, Bracke und andere; sie forderten, daß solche Ansichten nicht an leitender Stelle ausgesprochen werden sollten, wenn man sie überhaupt in der Partei dulden wolle.

Nun war das Züricher Jahrbuch freilich nicht zur Leitung der Partei berufen, aber neben der Laterne und der Freiheit vertrat es jetzt schon eine dritte taktische Richtung, ohne daß sich die berufene Stimme der Partei hören ließ. Die Notwendigkeit eines offiziellen, im Auslande erscheinenden Parteiorgans war nicht länger abzuweisen; das sah auch Geib ein, der sich am längsten dem Plane widersetzt hatte. Er selbst sollte das Erscheinen des neuen Blattes nicht mehr erleben. Am 1. August endeten seine Leiden; seinem Sarge folgten die Hamburger Arbeiter in einem gewaltigen Zuge, den bürgerliche Blätter auf 30 000 Köpfe schätzten, und an seiner offenen Gruft gelobten sich seine alten Freunde, unermüdlich im Geiste des unvergeßlichen Mannes weiter zu wirken.

Als Erscheinungsort des Parteiorgans wurde Zürich gewählt, wo die schweizerische Arbeiterbewegung eine eigene Druckerei besaß und auch sonst die günstigsten Bedingungen für das Gedeihen des Unternehmens vorhanden waren. Die Laterne hatte bereits Ende Juni ihr Erscheinen eingestellt, da Karl Hirsch selbst erkannte, daß die von ihm gewählte

Form eines politischen Pamphlets den Bedürfnissen der Partei nicht genüge. Die Freiheit konnte aber nach allem Vorangegangenen um so weniger zum offiziellen Organ ernannt werden, als Most sich immer mehr in eine sinnlose Revolutionsspielerei verlor. In Zürich gab „Der Sozialdemokrat, Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge“ am 28. September seine Probenummer heraus.

Er bekannte sich selbst als ein Kind des Sozialistengesetzes. Die farblosen Blätter, die in Deutschland noch von Parteigenossen herausgegeben würden, könnten bei mancherlei sonstigen Vorteilen doch kein Ersatz für die frühere Parteipresse sein; sie müßten nicht nur jede, auch die leiseste Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation vermeiden, sondern dürften sich nicht einmal, ohne die Gefahr der sofortigen Unterdrückung zu laufen, den dritten Teil der Offenheit erlauben, womit die bürgerliche Presse bisweilen gesellschaftliche oder staatliche Einrichtungen bespräche. Prinzipiell und taktisch stellte sich der Sozialdemokrat auf den Boden des Gothaer Programms; als Organ der deutschen Sozialdemokratie, die nach wie vor eine revolutionäre Partei im wahren und besten Sinne des Wortes sei, werde er für die allmähliche Aufklärung und Organisation der Massen wirken und alle scheinbar eher zum Ziele führende, in Wahrheit aber törichte und verderbliche Revolutionsmacherei bekämpfen. Obgleich er sich nicht im Machtbereiche der deutschen und österreichischen Partei befinde, gedenke er in der Form nach Möglichkeit jede Verletzung des gemeinen Rechts zu vermeiden, was seiner Rücksichtslosigkeit in der Sache keinen Eintrag tun solle.

Damit löste sich ein peinlicher Bann, und durch die Reihen der Partei lief wieder der alte bewährte Schlachtruf: Vorwärts auf der ganzen Linie!

Zweites Kapitel.

Der neue Aufmarsch.

1. Die Musterung im Schlosse Wyden.

Gleich in seiner Probenummer konnte der Sozialdemokrat einen bedeutsamen Erfolg verzeichnen, den die Partei bei den sächsischen Landtagswahlen errungen hatte.

Die Entstehungsgeschichte der Lassalleschen Agitation erklärte zur Genüge, weshalb die sozialdemokratische Wahltätigkeit sich zunächst auf die Wahlen nach allgemeinem Wahlrecht, also auf die Reichstagswahlen konzentriert hatte. Aber mit ihrem stärkeren Wachstum hatte die Partei begonnen, sich auch an den Zensuswahlen für die einzelstaatlichen Landtage und die Gemeinden zu beteiligen, unbeschadet aller prinzipiellen Bedenken, in dem unverwüstlichen Drange, sich wo es irgend anging einen neuen Platz zum Handeln und zum Schlagen zu erobern. Dieser Drang wurde nur da gezügelt, wo die Möglichkeit jedes selbständigen Erfolges ausgeschlossen war, wie bei den Wahlen zum preußischen Landtage. Wo sich in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten günstigere Aussichten boten, waren sie vielfach, und oft genug mit Erfolg, ausgenützt worden, nicht zuletzt im Königreiche Sachsen. In den sächsischen Gemeindevertretungen saßen zahlreiche Sozialdemokraten, und auch die Beteiligung an den sächsischen Landtagswahlen, die alle zwei Jahre stattfanden, um je ein Drittel der Zweiten Kammer zu erneuern, hatte allmählich so zugenommen, daß Crimmitschau 1877 den Anwalt Freytag als ersten sozialdemokratischen Abgeordneten in den sächsischen Landtag sandte. Immerhin war vor dem Sozialistengesetze kein allzu großes Gewicht auf die Beteiligung an den Zensuswahlen gelegt worden; als nun aber am 10. September 1879 neue Wahlen für den sächsischen Landtag stattfanden, und zwar besonders in solchen Bezirken, die wie Leipzig-Land, Chemnitz, Zwickau bei den Reichstagswahlen von 1878

verloren gegangen waren, beschlossen die sächsischen Parteimitglieder eine Kraftprobe zu unternehmen.

Etwa zwei Drittel der sozialdemokratischen Reichstagswähler wurden durch den Zensus von der Landtagswahl ausgeschlossen, trotzdem gelang es, Liebknecht in der westlichen Hälfte von Leipzig-Land und den Rechtsanwalt Puttrich in Zwickau durchzubringen. Auch in den Bezirken, wo die Parteikandidaten unterlagen, war die eroberte Stimmenzahl verhältnismäßig sehr günstig, und besonders hatte sich die private Organisation von Mann zu Mann, die unter dem Sozialistengesetze allein noch möglich war, vortrefflich bewährt. Bis zum dritten Tage vor der Wahl befanden sich die Regierung und die bürgerlichen Parteien in vollständigem Dunkel über die sozialdemokratischen Absichten. Zwar schwante ihnen eine Überrumpelung, und die Polizei hatte den strengsten Befehl, jede sozialdemokratische Wahlbewegung sofort zu unterdrücken; um ihren patriotischen Heldenmut vorläufig zu kühlen, verbot sie drei Blätter in Dresden, Chemnitz und Glauchau, von denen keines auch nur im entferntesten gegen das Sozialistengesetz verstoßen hatte. Aber der Überfall gelang vollkommen: in der Frühe eines Herbstsonntages schwärmten Hunderte von Parteigenossen aus den verschiedenen Zentren der Wahlbewegung aus, und am Abend desselben Tages hatte jeder Wähler seinen sozialdemokratischen Wahlaufruf und Stimmzettel. Nur in Chemnitz, wo der Polizeier Siebdraht wie ein türkischer Pascha hauste, wurden zwanzig Personen, darunter die Reichstagsabgeordneten Vahlteich und Wiemer, beim Falzen der Wahlaufrufe und Stimmzettel überrascht und alle, wie ein Bündel Zigarren mit einem Stricke zusammengebunden, auf das Polizeigebäude geschleppt. Sie mußten freilich bei gänzlichem Mangel eines auch nur scheinbar verbrecherischen Tatbestandes sofort wieder entlassen werden, nur den Kandidaten Vahlteich behielt man bis nach vollzogener Wahl in Haft; mit diesem widergesetzlichen Streiche wurde denn auch der Sieg von „Gesetz und Ordnung“ in Chemnitz gesichert.

Der Treueid, den Liebknecht und Puttrich bei ihrem Eintritt in den sächsischen Landtag leisten mußten, wirbelte einigen Staub in der Partei auf, obgleich er nichts als eine leere Formalität war. Der gehässigen Polemik Mosts zu geschweigen, so focht auch Karl Hirsch deshalb eine scharfe Fehde mit Hasenclever aus. Doch schlief der Streit sehr schnell ein. Machten die besitzenden Klassen die Erfüllung staatsbürgerlicher

Rechte und Pflichten von dem Hersagen einiger schwülstigen Sätze abhängig, so durften sich die arbeitenden Klassen dadurch nicht einen Augenblick beirren lassen; Most selbst hatte bei seiner Aufnahme in den sächsischen Staatsverband einen ganz gleichen Treueid geleistet. Ein trauriges Ereignis zeigte allzu bald und allzu gründlich, wie nützlich eine Vertretung der Arbeiterklasse im sächsischen Landtage war. Kaum hatte Liebknecht am 27. November im Dresdener Landhause die gemeingefährliche Ausbeutung der sächsischen Bergarbeiter kräftig gegeißelt, als am 2. Dezember eine furchtbare Explosion im Zwickauer Brückenbergschachte 89 Menschenleben vernichtete, einzig durch die Schuld des ausbeuterischen Kapitals, das trotz der gestörten Ventilation die Kohlenförderung nicht auf ein paar Stunden aussetzen wollte. Unter dem Eindrucke dieser entsetzlichen Katastrophe fand eine Woche später in Magdeburg eine Nachwahl zum Reichstage statt, die der Sozialdemokratie einen großen Erfolg einbrachte. Auf ihren Kandidaten Viereck fielen in der Hauptwahl 4721, in der Stichwahl 7312 Stimmen. Gleich darauf kamen bei einer Gemeindewahl in Eßlingen von sieben zu wählenden Gemeinderäten fünf Sozialdemokraten durch, wie auch bei Gemeindewahlen in Glauchau-Meerane und Mannheim schöne Erfolge erzielt wurden, und im pfälzischen Städtchen Lambrecht eroberten die blutarmen Weber abermals das Rathaus. Allerdings mußten sie wieder weichen, da die fünfzehn zu Stadträten gewählten Arbeiter von ihren Ausbeutern mit sofortiger Entlassung bedroht wurden, aber welcher Ruhm für die Gesellschafts- und Staatsretter, wenn ihre „Siege“ noch schmählicher waren als ihre Niederlagen!

Derweil hatte der Sozialdemokrat seine klärende und sammelnde Wirksamkeit begonnen. Für Redaktion und Verlag zeichnete der schweizerische Parteigenosse Herter, und an der finanziellen Sicherung des Blattes, das vorerst nur mit Fehlbeträgen arbeiten konnte, beteiligte sich Höchberg mit gewohnter Opferwilligkeit. Aber der Sozialdemokrat wurde doch von vornherein, was er werden sollte: ein Organ der Gesamtpartei. Die enge und nahe Verbindung mit der deutschen Partei schützte ihn vor den Gefahren der Emigrantenliteratur. In seinem ersten Jahrgange machte sich eine gewisse theoretische Unsicherheit geltend, nicht mehr jedoch, als in der Partei selbst davon noch vorhanden war; die eiserne Notwendigkeit des Kampfes drängte zunächst alle Theorie in den Hintergrund. Die Sprache des Blattes war ernst und würdig,

gewiß nicht frei von kräftigen Ausdrücken, sobald es infame Handlungen richtig zu kennzeichnen galt, aber frei von allem vulgären Zynismus.

Die Beschuldigung, daß der Sozialdemokrat damit begonnen habe, den im Dienste der Partei geleisteten Meineid zu rechtfertigen, beruht auf einer groben Fälschung. In Frankfurt a. M. war der Parteigenosse Ibsen von den Geschworenen wegen angeblichen Meineids schuldig gesprochen und vom Gerichtshofe zu dreijähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden, weil er durch eine falsche Zeugenaussage einen, wegen Verbreitung einer verbotenen Schrift angeklagten, Freund gedeckt haben sollte. Wegen angeblichen Meineids, denn Ibsen war vollkommen unschuldig verurteilt worden. Hiervon abgesehen, billigte der Sozialdemokrat in einem von Hasenclever verfaßten Artikel mit keiner Silbe den Meineid, wenn er geleistet worden wäre; er stellte nur die damals landesübliche Gewissensfolter an den Pranger, die einen Mann entweder zum Verrat an einem Freunde oder zum gerichtlichen Meineide zwinge; er beanspruchte menschliches Erbarmen mit dem Unglücklichen, der in solchem Konflikt strauchele und gegen das Gesetz verstoße: „Für uns ist der Mann ein Märtyrer, kein Verbrecher." Es war dieselbe Anschauung, aus der heraus Schiller seinen Verbrecher aus verlorener Ehre geschrieben hatte; daraus eine Rechtfertigung des Meineids im Dienste der Partei zu konstruieren, bewies nur die geistige und sittliche Verwahrlosung derer, die sich mit dieser Lüge befleckten.

Was sich, wenigstens dem äußeren Anscheine nach, eher gegen den Sozialdemokraten einwenden ließ, war der beträchtliche Raum, den er auf das Ausreuten des in der Partei aufgeschossenen Unkrauts verwenden mußte. Es wollte nicht viel besagen, ja es war ein entschiedener Vorteil, daß der scharfe Wind des Sozialistengesetzes sehr schnell die Spreu von dem Weizen sonderte und alle unsicheren Elemente wegblies, die sich dem raschen Siegeszuge der Partei nach dem Gothaer Vereinigungskongresse angeschlossen hatten. Viel beklagenswerter war es schon, daß manche altbewährte Genossen ermattet die Waffen von sich warfen oder selbst der Versuchung unterlagen, sobald die Polizei sie vor die Wahl stellte, entweder ihre und ihrer Familien Existenz vernichtet zu sehen oder zu Verrätern an ihrer Sache zu werden. Aber auch diese Fälle verschwanden in der Fülle aufopfernder Treue, und der Jubel der Gegner über die Proskriptionslisten des Sozial-

demokraten bestätigte nur, daß die Partei eiserne Zucht in ihren Reihen aufrecht zu erhalten entschlossen war. Wirklich bedenklich war dagegen der Einfluß, den Most in dem ersten Jahre der Verwirrung gewonnen hatte. Es waren nicht immer die schlechtesten und nicht immer die zurückgebliebensten Elemente, sondern auch kühne und trotzige Naturen, die auf die Stimme der Londoner Freiheit hörten, die um so mehr darauf hörten, je härter sie unterdrückt wurden. Namentlich in Berlin, wo der kleine Belagerungszustand im November 1879 erneuert worden war und fortdauernd dazu benutzt wurde, das klassenbewußte Proletariat zu zehnten, hatte Most einen gewissen Anhang gewonnen, und auch unter den Berliner Ausgewiesenen herrschte eine entzündliche, jedem Argwohn und Verdacht leicht zugängliche Stimmung. Da die Polizei die Sammlungen für die Ausgewiesenen verboten hatte, mußten sie im Geheimen fortgesetzt, und mußte ihr Ergebnis auch im Geheimen verteilt werden, woraus allerlei Klatschereien und Reibungen entstanden. Most erklärte diese Sammlungen überhaupt für eine philisterhafte Tätigkeit. Seitdem ihm mit dem Erscheinen eines ausländischen Parteiorgans jeder ernsthafte Grund zur Beschwerde genommen worden war, verrannte er sich ganz und gar, warnte die Arbeiter vor der Teilnahme an den Wahlen, feierte die Attentate Hödels und Nobilings, arbeitete mit wenig ehrenhaften Mitteln auf die Bildung einer neuen „sozialrevolutionären" Partei hin. In allen diesen Dingen freie Bahn zu schaffen, war eine oft unerfreuliche, mit vielem kleinlich-persönlichen Hader verknüpfte, aber bei alledem notwendige Aufgabe.

Im allgemeinen wurde ihr der Sozialdemokrat mit großem Takte gerecht. Er drang von Woche zu Woche tiefer ins deutsche Proletariat ein, trotz aller polizeilichen Spürkünste, trotz der Hunderte von Haussuchungen, die an den verschiedensten Orten Deutschlands stattfanden, trotz aller postalischen Briefstiebereien. In diesem Guerillakriege schürzten sich die neuen Fäden der Organisation, die mit den Sammlungen für die Ausgewiesenen angeknüpft worden waren, zu einem Gewebe, das, wie ein Staatsanwalt in Magdeburg schon 1880 klagte, wohl in einzelnen Maschen aufgelöst, aber niemals zerrissen werden könne. Das hungernde und verachtete Proletariat erwies sich als der wirkliche Herr der modernen Produktions- und Verkehrskräfte, mit deren Waffen es die historisch längst überlebte Polizeiwirtschaft spielend überwand. Alles Ding will gelernt sein, und gelegentlich wurde eine Sendung des

Sozialdemokraten oder anderer verbotenen Schriften abgefangen, aber bald arbeitete die „rote Feldpost" mit einer Genauigkeit und Pünktlichkeit, vor der die reklamenhaft aufgebauschte „Findigkeit" der offiziellen Reichspost ruhig die Segel streichen konnte. Neben dem Sozialdemokraten erwies sich die Verbreitung von Flugblättern als ein wirksames Agitationsmittel; ehe ein Verbot hinterher hinken konnte, waren die Flugblätter gewöhnlich verteilt. Als die Dresdener Polizei eine mündliche Berichterstattung Bebels an seine Wähler verbot, erstattete Bebel den Bericht in einem Flugblatte, das an einem Sonntagmorgen zwischen 7 und 9 Uhr von 700 Mann in 30000 Exemplaren so geschickt und schnell verteilt wurde, daß die Polizei, als sie dahinter kam, nur noch ein paar einzelne Exemplare erwischte.

So sicher wurden die Arbeiter bald ihrer unbezwinglichen Kraft, daß sie mit ihren Verfolgern spielen lernten, wie die Katze mit der Maus. Im Februar 1880 ging ein Züricher Parteigenosse, den der Polizeiinspektor Kaltenbach in Mülhausen über die Expeditionsweise des Sozialdemokraten ausholen wollte, scheinbar darauf ein, jagte den Staatsretter mit seinem Gefolge von Spitzeln an die belgische Grenze, während dessen eine große Sendung verbotener Schriften über die schweizerische Grenze ging, und lieferte den erhaltenen Sündensold an die Kasse des Sozialdemokraten ab, der darüber als „von Schnüffel und Langohr im Deutschen Reiche" quittierte. Einen Monat darauf wurde in Lindau von der Zollbehörde ein großes Kolli angehalten, das, aus einem kleinen Orte in Vorarlberg in ein Mainstädtchen in Franken adressiert, angeblich Papierabfälle, unter solchen Abfällen verpackt aber eine Sendung des Sozialdemokraten enthielt. Stolz auf ihren Fang bargen die Zöllner ihn in ihrem Keller, aber am nächsten Morgen war er verschwunden, und die Sendung gelangte in die richtigen Hände. Im Reiche selbst wurde zu gleicher Zeit der Magdeburger Polizei ein lustiger Streich gespielt. Mit ihrer Genehmigung hatte ein patriotischer Buchhändler eine Schrift in rotem Umschlage veröffentlicht, unter dem verlockenden Titel: Der Sieg der Sozialdemokraten oder die Idee Deutschland als Republik, von einem Parteifreunde. Die Schrift begann mit radikalen Phrasen, um dann in eine dringliche Empfehlung polizeifrommer Gesinnung auszulaufen. Flugs erschien eine zweite Schrift, genau in der gleichen Ausstattung, mit dem gleichen Titel und der gleichen Einleitung, aber danach mit einem Inhalte, der des

Sozialistengesetzes spottete. An 25000 Exemplare wurden unter der fördernden Mitwirkung der hohen Polizei verbreitet, die erst nach zwei Monaten dahinter kam, welches Kuckucksei sie ausgebrütet hatte. Nun war guter Rat teuer. Sollte sie ihr eigenes Machwerk mitverbieten oder die Kontrebande mitlaufen lassen? Das schwierige Dilemma schärfte ihre trüben Sinne, und am 9. Mai 1880 verfügte die königliche Regierung in Magdeburg, die Schrift mit dem blaßroten Umschlage sei polizeilich erlaubt, aber die Schrift mit dem hellroten Umschlage sei polizeilich verboten. Also zu lesen im Deutschen Reichsanzeiger und nicht etwa im Amtsblatte von Schilda.

Über solchen ergötzlichen Scherzen verkannte die Sozialdemokratie nicht den Ernst der Lage. Für alle moralischen Niederlagen entschädigte sich die Polizei durch den ausgiebigen Gebrauch, den sie von den materiellen Machtmitteln ihrer schrankenlosen Diktatur machte, und im Frühjahre 1880 brachte Bismarck den Antrag an den Reichstag, das noch auf ein Jahr laufende Sozialistengesetz auf fünf weitere Jahre zu verlängern. Der Säkularmensch konnte nicht mehr ohne den Belagerungszustand regieren, mit dem nach Cavours bekanntem Worte jeder Esel regieren kann.

Die schönen Früchte, die nach Bismarcks Versicherung das Sozialistengesetz zeitigen sollte, hatten sich als eitel Staub und Asche erwiesen. Der Notstand, den angeblich die sozialdemokratische Agitation verschuldet hatte, war nach ihrer Unterdrückung fast noch unerträglicher geworden als vorher. Seinen Höhepunkt erreichte er um die Jahreswende von 1879 auf 1880. An den verschiedensten Orten Deutschlands, im Spessart, in Thüringen, im sächsischen Erzgebirge, in Oberschlesien herrschte selbst nach den Berichten der bürgerlichen Presse eine grauenhafte Hungersnot. Ein überaus strenger Winter und verheerende Überschwemmungen im Frühjahre kamen hinzu. Wenn aber selbst dadurch die Kraft der sozialdemokratischen Partei nicht gebrochen wurde, so wurden um so weiter die Augen der armen Bevölkerung geöffnet, die bisher noch an den Erlöser Bismarck geglaubt hatte. Bis auf den Tod entkräftet, wie sie war, fühlte sie doppelt scharf die neuen Schröpfköpfe der Finanz- und Schutzzölle. Die Lohnerhöhung, die den industriellen Arbeitern durch die Schutzzölle beschert werden sollte, blieb natürlich aus; vielmehr wurden die Löhne, wo es irgend anging, noch gedrückt; waren die Arbeiter doch auch in dieser Beziehung durch die

Zerstörung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen wehrlos gemacht worden! Das ländliche Proletariat wurde aufgeklärt durch das Feld- und Forstpolizeigesetz, womit die preußische Geldsackvertretung in ihrer unstillbaren Profitgier die Blaubeeren und Fichtennadeln verschlang, die der blutigen Armut noch vom alten Gemeineigen am Walde geblieben waren. Unter so bewandten Umständen wußte ein erleuchteter Staatsmann, wie Bismarck, nichts Besseres zu tun, als den Belagerungszustand zu verschärfen: in der Frühjahrssession 1880 verlangte er vom Reichstage die Verlängerung des Sozialistengesetzes und die Erneuerung des im nächsten Jahre ablaufenden Septennats, zugleich mit einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 25615 Mann.

Die Militärvorlage wurde von der konservativ-nationalliberalen Mehrheit ohne viel Federlesens bewilligt. Einzelne Nationalliberale jammerten allerdings ein wenig über die Unersättlichkeit des Militarismus, jedoch einiges Säbelgerassel Moltkes machte sie schnell verstummen. Seit dem russisch-türkischen Kriege hatte das Dreikaiserbündnis einen unverwindlichen Stoß erhalten; die widerstreitenden Interessen Österreichs und Rußlands in der Orientfrage waren scharf aufeinander gestoßen, und wie eifrig immer Bismarck in den siebziger Jahren und namentlich auf dem Berliner Kongresse die zarischen Interessen vertreten hatte, so klagte Väterchen doch bitter über die Undankbarkeit des getreuen Vasallen. Die neue Gruppierung der europäischen Mächte stellte Deutschland, Österreich und bald auch Italien dem Zweibunde Rußland-Frankreich gegenüber. Die Annexion Elsaß-Lothringens reifte jetzt ihre bitteren Früchte. Die sozialdemokratische Politik nach Sedan konnte nicht bündiger gerechtfertigt werden, als durch die steigenden Militärforderungen, die nach der Versicherung der Regierung notwendig seien, um gegen „zwei Fronten", gegen Frankreich und Rußland gerüstet zu sein. Eben das hatte der Braunschweiger Ausschuß in seinem Manifeste vorausgesagt. Von gleichem Standpunkt aus kritisierte Bebel die Militärvorlage, ohne zu verhehlen, daß auch die Sozialdemokratie bereit sei, den vaterländischen Boden gegen fremde Eroberungsgelüste zu verteidigen. Er begründete diese von Most, aber auch von einzelnen treuen Parteimitgliedern angefochtene Auffassung ausführlich im Sozialdemokraten: die international gesinnte Sozialdemokratie sei nicht vaterlandslos, ihr dürfe nicht gleichgültig sein, ob Deutschland unter Fremdherrschaft komme oder ausländische Eroberer Fetzen deutschen Landes an sich rissen, auch

das Proletariat brauche die nationale Unabhängigkeit, um seinen Emanzipationskampf mit Kraft und Nachdruck führen zu können. Es war die alte Auffassung, die 1859 von Marx, Engels und Lassalle betätigt, in den Anfängen der deutschen Partei von Lassalle und Schweitzer vertreten und nur in den wirrenreichen Jahren des norddeutschen Bundes hier und da verdunkelt worden war.

Die Sozialistenvorlagen der Regierung enthielten nichts als einige dürftige und nichtssagende Redensarten, sowohl der Rechenschaftsbericht über die Handhabung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin, als auch der Gesetzentwurf, der die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf fünf Jahre verlangte. Sie waren, wie alle Vorlagen ähnlicher Art, die dem Reichstage im nächsten Jahrzehnte zugingen, nach dem Schema gearbeitet, das Macaulay einmal als die Logik aller schlechten Regierungen in die Formel gebracht hat: „Wenn das Volk unruhig ist, so ist es für die Freiheit nicht reif; wenn es ruhig ist, so verlangt es nicht nach Freiheit." So sagte das System Bismarck entweder: das Sozialistengesetz hat Ruhe im Proletariat geschaffen, und deshalb muß es verlängert werden, oder aber es sagte: das Sozialistengesetz hat noch keine Ruhe im Proletariat geschaffen, und deshalb muß es erst recht verlängert werden. Zwischen diesen beiden genialen Gesichtspunkten taumelten seit 1880 die „Begründungen" aller Sozialistenvorlagen wie betrunken einher; vielleicht haben die Geheimräte, die sie auszuarbeiten hatten, wirklich beim Frühschoppen ausgewürfelt, ob sie ihre Redensarten mehr auf diesen oder auf jenen Leisten schlagen sollten, jedenfalls war niemals irgend ein Zusammenhang mit der konkreten Entwicklung der Dinge in diesen Schriftstücken zu entdecken. Die unabhängigen Organe der bürgerlichen Presse erklärten bald genug, es lohne nicht, die Makulatur erst abzudrucken, und um so weniger darf sich eine historische Darstellung damit befassen. Im Jahre 1880 war die Frage des Sozialistengesetzes, die 1878 noch für viele seiner Befürworter mit mancherlei ideologisch-moralischem Ballast bepackt gewesen war, längst zur simplen Machtfrage geworden, die allein nach den Bedürfnissen des praktischen Klassenkampfes entschieden wurde.

Die konservativ-nationalliberale Mehrheit war bereit, das Gesetz zu verlängern. Die Nationalliberalen stellten nur zwei Bedingungen: die Verlängerung sollte sich nicht auf 5, sondern nur auf $3^1/_2$ Jahre, bis zum 30. September 1884 erstrecken, und die polizeiliche Ausweisungs-

befugnis nach § 28 sollte Mitglieder gesetzgebender Körperschaften während deren Sessionen nicht berühren. Beides bewilligte die Regierung; auf die kleine Abkürzung der Frist kam es ihr nicht an, und mit der Verfolgung Fritzsches und Hasselmanns wegen Bannbruchs war sie inzwischen auch bei den Gerichten abgeblitzt. Von allen Nationalliberalen stimmte nur Lasker unbedingt gegen jede Verlängerung; damals schon ein sterbender Mann, der seine politischen Sünden erkannte und sie an seinem Teile zu sühnen versuchte, sprach er die Wahrheit aus, daß die Regierung die ihr gegen die Sozialdemokratie übertragenen Befugnisse, entgegen ihren Versprechungen, in grober Weise mißbraucht habe. Seine Parteigenossen halfen sich über das unbequeme Geständnis mit der gewissenlosen Bemerkung fort, wenn Unkraut ausgejätet werde, lasse es sich nicht vermeiden, daß auch gesunde Pflanzen mit ausgerissen würden.

Von den bürgerlichen Oppositionsparteien waren die Ultramontanen jetzt darüber beruhigt, daß sie von dem Ausnahmegesetz nicht behelligt würden, und also auch bereit, es zu verlängern, nur sollten um des lieben Scheins willen ihnen einige „Milderungen" zugestanden werden. Der alte Windthorst verlangte, daß der kleine Belagerungszustand auf Berlin beschränkt, Sammlungen für Ausgewiesene nicht verboten, Wahlversammlungen nicht den Beschränkungen des Gesetzes unterliegen sollten, und anderes mehr. Die Regierung und ihre konservativ-nationalliberale Mehrheit gingen nicht darauf ein: die bekehrten „Reichsfeinde" sollten ohne alles Räsonnieren über den Stock springen; 14 Ultramontane waren auch dazu bereit. Da so die Mehrheit für das Gesetz reichlich gesichert war, konnten sich die Fortschrittler noch einmal den ungetrübten Genuß ihrer gesinnungstüchtigen Tiraden gönnen.

Von den sozialdemokratischen Abgeordneten sprach Vahlteich in der ersten Lesung sehr gut und kräftig. Gegenüber dem Gerede der Gegner, daß die Sozialdemokratie die Revolution im „Heugabelsinne" wolle, nach dem Muster des nihilistischen Terrorismus in Rußland, der damals in seiner Blüte stand, legte er dar, daß die Revolution in altem Stile mit Barrikaden und dergleichen bei der Vervollkommnung der Waffen und der Ausbildung des modernen Militarismus schon aus rein technischen Gründen unmöglich sei; deutsche Sozialdemokraten und russische Nihilisten seien nach ihren Ursprüngen und Zielen ganz verschiedene Parteien und demgemäß auch auf eine ganz verschiedene Taktik angewiesen. Ähnlich stellte sich Bebel zum russischen Nihilismus. An der

zweiten Lesung beteiligte sich die Fraktion durch Abänderungsanträge, natürlich nur zu dem Zwecke, ausreichend zum Worte kommen und die ungeheuerliche Polizeiwirtschaft nach den verschiedensten Seiten beleuchten zu können. Ohnehin waren ihre Anträge so abgefaßt, daß, wie ein nationalliberaler Redner sagte, bei ihrer Annahme nur das Schneckenhaus bleiben, die Schnecke selbst aber verschwunden sein würde. In der dritten Lesung sprach Hasselmann, im ganzen nicht ungeschickt, aber mit der plump-herausfordernden Wendung schließend: er bedauere, daß mehrere seiner Kollegen die Gemeinschaft mit den russischen Nihilisten abgelehnt hätten, er nehme sie an, die Zeit des parlamentarischen Geschwätzes sei vorüber, und die Zeit der Taten beginne. Dann wurde die Vorlage der Regierung mit 191 gegen 94 Stimmen genehmigt.

Einen ungünstigeren Augenblick, als den Tag, an dem die Entrechtung der deutschen Arbeiterklasse auf eine Reihe von Jahren erstreckt wurde, hätte sich Hasselmann für sein Pronunziamento nicht wählen können. Seit dem Gothaer Kongresse von 1876 hatte er in seiner frondierenden und intrigierenden Haltung beharrt, ohne irgend ein erkennbares Prinzip, es sei denn, daß er mit der „schwieligen Faust" der Arbeiter kokettierte. Die unbestreitbaren Verdienste, die er sich als geistiger Leiter des Neuen Sozialdemokraten erworben hatte, erhielten ihm die Anhänglichkeit mancher Arbeiterkreise, besonders in Berlin und Elberfeld-Barmen, den Stätten seiner persönlichen Wirksamkeit, jedoch zu einer Fraktion Hasselmann brachte er es nicht. Nach dem Erlasse des Sozialistengesetzes waren von seinen Reichstagskollegen die verschiedensten Versuche gemacht worden, ihn wieder zur rückhaltlosen Mitarbeit für die Parteiintereſſen heranzuziehen, allein sie scheiterten an seinem mißtrauischen und verschlossenen Wesen. Er schürte vielmehr alle Verstimmungen, die irgendwo in der Partei auftauchten, und die parlamentarische Fraktion hatte längst die Frage erwogen, ob diesem heimlichen Verdächtigungskriege nicht ein offenes Zerschneiden des Tischtuches vorzuziehen sei. Um so besser, daß Hasselmann jetzt selbst brach und sich freiwillig zu einem politisch toten Manne machte.

Seine hartnäckige Absonderung scheint seinen politischen Blick vollständig getrübt zu haben; sonst hätte er aus einer Reihe von Nachwahlen, die in der ersten Hälfte des Jahres 1880 stattfanden, erkennen müssen, wie wenig das klassenbewußte Proletariat die politische Tätigkeit mit der „Propaganda der Tat" zu vertauschen gedachte. Am 2. März

wurde Auer in Glauchau-Meerane mit 8225 gegen 7288 Stimmen gewählt, an Stelle Brackes, der wegen schwerer Krankheit sein Mandat niedergelegt hatte. Der Wahlkreis war freilich ein altes Besitztum der Partei, aber gerade damals herrschte in ihm ein furchtbarer Notstand, dessen lähmenden Einfluß zu überwinden eine hohe geistige Energie der hungernden Weber erforderte. Viele dieser Braven verzichteten auf jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, um nur ja ihr Wahlrecht nicht zu verlieren. Scheinbar nicht ganz so günstig verlief am 15. April eine Nachwahl in Berlin II, wo auf den sozialdemokratischen Kandidaten nur etwa 3000 Stimmen fielen, um die Hälfte weniger als im Attentatsjahre. Erwog man aber, daß in Berlin jeder sozialdemokratische Wähler vor der Gefahr sofortiger Ausweisung stand, so war auch dies Ergebnis aller Ehren wert, und den Jubel der Gegner über eine so „segensreiche" Wirkung des kleinen Belagerungszustandes dämpfte selbst ein konservatives Blatt mit der skeptischen Frage, wie viele liberale oder konservative Stimmen wohl unter den Umständen aufgebracht worden wären, unter denen die Sozialdemokratie doch immer noch 3000 Stimmen gemustert habe. Wenn es aber eine kleine Scharte gewesen wäre, so wurde sie am 27. April glänzend ausgewetzt durch die Wahl Hartmanns in Hamburg II, wo 13155 sozialdemokratische Wähler gleich im ersten Anlauf 6451 fortschrittliche und 3583 nationalliberale Wähler schlugen. Damit war der erste Wahlkreis unter dem Sozialistengesetze neu erobert worden; mitten in die Beratungen des Reichstags über die Verlängerung des Sozialistengesetzes schleuderte das alte treue Hamburg diesen schneidenden Protest. Der Sieg wurde unter den schwierigsten Umständen erfochten, trotz der Unterdrückung jeder Wahlagitation, trotz der Verhaftung des Wahlkomitees und der Beschlagnahme des Wahlfonds, trotz der Konfiskation selbst eines harmlosen Flugblattes, das die Wähler zur Einsicht der Wahllisten aufforderte. Nur ein Schatten fiel auf den schönen Erfolg; an demselben Tage starb Bracke, durch einen Blutsturz dahingerafft; wie Geib, hatte er noch nicht sein vierzigstes Lebensjahr erreicht.

Auch für die inneren Parteiverhältnisse war diese Wahl von Bedeutung. In Hamburg gab Hasselmann einige farblose Wochenblätter heraus, und wenn irgendwo, so mußte er hier seine „Taten" beginnen. Er dachte aber nicht daran, wagte sogar seine Brandrede nur verstümmelt in seinen eigenen Blättern abzudrucken und intrigierte bloß

in der alten Weise weiter, nur daß seine Verdächtigungen ihr Gift verloren hatten, seitdem er offen damit hervorrücken mußte. Sein kleiner Anhang schmolz vollständig zusammen, und der große Revolutionär wurde der willenlose Spielball preußischer Spitzel. Als ein gewisser Neumann, ein angeblicher „Sozialrevolutionär" aus Berlin, auf der Reise nach London bei Hasselmann vorsprach, gab dieser dem falschen Bruder einen blutdürstigen Artikel für die Freiheit mit. Als dann verlautete, daß Neumann wahrscheinlich ein Spitzel sei, wie er es denn wirklich war, hielten Hasselmann und sein Helfershelfer Karl Schneidt, ein ehemaliger Privatlehrer, schleunige Flucht für um so geratener, als sie bei den deutschen Arbeitern nichts mehr zu verlieren hatten. Gefördert und unterstützt wurde ihre Ausreißerei durch einen anderen Spitzel, den Blaufärber Wichmann, und zwar im Auftrage des Polizeikommissars Engel in Altona, der vor Hasselmann so große Angst hatte, daß er den „Mann der Tat" zur Ausspionierung der ausländischen Anarchistenparteien mißbrauchte. Hasselmann, der erst nach Belgien, dann nach England und endlich nach Amerika ging, empfahl den Helfer seiner Flucht überall als einen treuen Gesinnungsgenossen; Wichmann wurde ein geschätzter Korrespondent der Freiheit und erhielt von den ausländischen Anarchisten die vertraulichsten Mitteilungen, die er brühwarm zu Engel trug. Ebenso kläglich, wie Hasselmanns Pronunziamento, verlief der Versuch zweier Berliner Ausgewiesenen, des Maurers Körner und des Zimmerers Finn, der Partei von rechts her in den Rücken zu fallen; kaum hatten sie sich für die „Sozialreformer" Bismarck und Stöcker begeistert, als sie abgetane Leute waren; es hat sich niemals auch nur ein dritter Mann zu ihnen gefunden, um wenn nicht eine reichsfreundliche Arbeiterreformpartei, so doch einen reichsfreundlichen Arbeiterreformskat zu bilden.

Mit Most war im Monat Mai noch ein letzter Versuch der Verständigung gemacht worden. Um diese Zeit sollte in Rorschach am Bodensee ein geheimer Parteikongreß stattfinden, zu dem Most als Delegierter mit Mandaten von Berlin und Crimmitschau in der Schweiz erschienen war. Der Kongreß mußte verschoben werden, da die Polizei hinter seine Vorbereitungen gekommen war, und Most agitierte nun in den schweizerischen Städten. Dabei kam es in Zürich mit den dortigen Anhängern der Partei zu eingehenden Auseinandersetzungen und zur einstimmigen Annahme einer Resolution, wonach alle persönlichen An=

griffe auf beiden Seiten eingestellt und die sachlichen Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Weise ausgetragen werden sollten. Jedoch als Most nach London zurückgekehrt war, verleugnete er diese Abmachung und setzte die alten Hetzereien fort. Sie wurden den Arbeitern nun bald so widerlich, wie Hasselmanns Brandreden. Als in Berlin V, wo im Attentatsjahre 3615 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden waren, im Juni eine Nachwahl stattfand, bei der die Partei wegen absoluter Aussichtslosigkeit einer Parteikandidatur demonstrative Wahlenthaltung angeordnet hatte, ließ sich Most von seinen Anhängern als Kandidaten aufstellen und erhielt gerade 203 Stimmen. Unter den Berliner Parteigenossen herrschte mancherlei Mißstimmung, und die schmerzende Geißel des kleinen Belagerungszustandes machte sie noch am ehesten empfänglich für eine Taktik, die Auge um Auge und Zahn um Zahn forderte. Aber sie waren viel zu erprobte und geschulte Parteigenossen, um ihrer Parteipflicht nicht in vollem Umfange nachzukommen, und alle separatistischen Bestrebungen lagen ihnen durchaus fern.

Der geplante Kongreß tagte dann vom 20. bis zum 23. August auf dem alten Schlosse Wyden, das bei Ossingen im Kanton Zürich etwas abseits von der Heerstraße liegt. Er wurde von 56 Delegierten besucht, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl aus den verschiedenen Teilen Deutschlands gekommen waren; außerdem waren Vertreter der deutschen Sozialisten in der Schweiz, in Frankreich und in Belgien, sowie je zwei österreichische und schweizerische Parteigenossen zugegen. Die Sozialisten aller Länder schickten zahlreiche Begrüßungsschreiben und Sympathiezuschriften. Obgleich der Sozialdemokrat seit dem 20. Juni wiederholt zur Beschickung des Kongresses aufgefordert hatte, war das Geheimnis von Ort und Zeit so gut gewahrt worden, daß die viertägigen Beratungen völlig ungestört verliefen. Most und Hasselmann hatten sich nicht eingefunden, und sonst befanden sich unter den 56 Teilnehmern nur drei „Sozialrevolutionäre", ein rheinischer Delegierter und die beiden Delegierten für Berlin.

Die acht Sitzungen des Kongresses führten zu manchem kräftigen Aufeinanderplatzen der Geister, aber zuletzt doch zu vollkommener Einigung. Die Kritik der im ersten Jahre des Sozialistengesetzes begangenen Fehler hatte jetzt nur noch ein historisches Interesse; mochten die einen die überaus schwierige Lage und die drückende Verantwortlichkeit der Führer

nicht gebührend veranschlagen, so übertrieben die anderen mit der Frage, was die Führer denn hätten ausrichten können, wenn die Massen versagten. Aber an der seit Jahr und Tag eingeschlagenen Taktik ließ sich grundsätzlich nichts mehr aussetzen. Man fügte sich nicht mehr dem Sozialistengesetze, sondern setzte die alte Agitation in der alten Weise fort, trotz des Ausnahmegesetzes und gegen dieses Gesetz. Das klassenbewußte Proletariat nahm die ihm geraubten Rechte aus eigener souveräner Kraft zurück, sicher, daß seine Todfeinde eher die Stürme des Himmels mit ihren Händen greifen, als seine Riesenglieder mit ihren rostigen Ketten fesseln könnten.

So beschloß der Kongreß, das Gothaer Programm dahin zu ändern, daß die Partei ihre Ziele mit allen Mitteln und nicht mehr bloß mit allen gesetzlichen Mitteln erstrebe, die Reichstagsfraktion als Parteileitung und den Sozialdemokraten als offizielles Parteiorgan anzuerkennen, in der Regel alle Jahre, spätestens aber alle drei Jahre einen Parteikongreß abzuhalten, die Organisation an den einzelnen Orten den Parteigenossen zu überlassen, an den Wahlen für Reichstag, Landtag und Gemeinde aus agitatorischen und propagandistischen Rücksichten teilzunehmen, insbesondere aber für die Reichstagswahlen von 1881 die allgemeinste und kräftigste Propaganda zu entfalten. So zwar, daß die Parteigenossen in allen Wahlkreisen, ohne Rücksicht auf ihre Zahl, selbständig vorgehen und eigene Kandidaten aufstellen, bei Stichwahlen aber im allgemeinen sich der Stimme enthalten sollten. Die Stimmenthaltung bei Stichwahlen war ein altes Erbstück von den Gothaer Kongressen der siebziger Jahre her; durch die kraftlose Haltung der bürgerlichen Oppositionsparteien veranlaßt, hatte dieser Beschluß gewöhnlich nur ein papiernes Dasein geführt; war der vorgeschrittenere der beiden bürgerlichen Kandidaten, zwischen denen die Entscheidung lag, nur halbwegs annehmbar, so konnte er im allgemeinen auf die sozialdemokratischen Stimmen rechnen.

Auch die internationale Stellung der Partei wurde durch einige Beschlüsse bestimmt. Der Kongreß sprach dem Befreiungskampfe der russischen Nihilisten seine Sympathie aus, wenn ihre durch die russischen Verhältnisse bedingte Taktik auch nicht für die deutschen Verhältnisse geeignet sei, und beschloß, einen von den belgischen Sozialisten für das Jahr 1881 geplanten Weltkongreß zu beschicken. Auf Anregung eines mit den amerikanischen Verhältnissen vertrauten Delegierten sollten ein

paar bekanntere Parteigenossen noch vor den nächsten Reichstagswahlen in den Vereinigten Staaten öffentliche Vorträge über die politischen Verhältnisse Deutschlands zum Besten des Unterstützungs- und Wahlfonds halten.

In den inneren Parteiwirren beschloß der Kongreß die Ausstoßung Hasselmanns und Mosts. Die drei „sozialrevolutionären" Delegierten enthielten sich der Abstimmung, doch nur aus formalen Gründen, denn sie erkannten das falsche Spiel, das Hasselmann und Most gespielt hatten; namentlich ergab die sorgsame Prüfung der Rechnungen, daß alle Beschuldigungen wegen Verschleuderung der Parteigelder aus der Luft gegriffen worden waren. Eingelaufen waren von Beginn des Sozialistengesetzes bis zum 1. August 1880 rund 37310 Mark, und davon für die verschiedensten Unterstützungszwecke ausgegeben 27650 Mark. Ungerechnet die örtlichen Aufwendungen, die sich mindestens ebenso hoch beliefen.

Schloß das erste Jahr des Sozialistengesetzes mit einem Signale zum Sammeln, so schloß sein zweites Jahr mit der Musterung der gesammelten Truppen. Das Heer war marschbereit, und seine Fahnen wehten voran zu neuen Siegen.

2. Der entscheidende Kampf.

Als Antwort auf die Hamburger Wahl und den Wydener Kongreß führte Bismarck einen Schlag, den er schon lange geplant hatte: am 28. Oktober 1880 wurde über Hamburg-Altona und Umgegend, über ein Gebiet von 20 Geviertmeilen mit 600000 Einwohnern, der kleine Belagerungszustand verhängt. Der Hamburger Senat hatte lange mit seiner Einwilligung gezögert; die Bourgeoisie der großen Handelsstadt lag damals in heftigem Zwiste mit Bismarck, der im Interesse seiner schutzzöllnerischen Politik den Eintritt Hamburgs in den Zollverein betrieb; für ihn war es natürlich ein doppeltes Vergnügen, mit dem revolutionären Proletariat zugleich die widerhaarige Bourgeoisie zu treffen, die bald darauf denn auch die Waffen streckte.

Mit der Bourgeoisie waren die Hamburger Arbeiter für die Freihafenstellung der Stadt gegen Bismarck eingetreten, und wesentlich wohl diesem Umstande hatten sie es zu danken gehabt, daß sie in den beiden ersten Jahren des Sozialistengesetzes nicht übermäßig gequält

worden waren. Nicht als ob es ihnen an mancherlei Drangsalierung gefehlt hätte; war doch das Hamburg-Altonaer Volksblatt so schnell verboten worden, wie der Vorwärts und die Berliner Freie Presse. Aber noch vor der Verkündigung des Sozialistengesetzes hatte Heinrich Dietz, ein geborener Lübecker, der Leiter der Hamburger Genossenschaftsbuchdruckerei, dies Geschäft übernommen, um es vor der Polizei zu schützen, und es gelang, die ersten Schläge durch die Gründung der Gerichtszeitung zu parieren, die von Blos, Karl Hillmann, Oldenburg, dann auch von Auer redigiert wurde und schnell 12000 Abonnenten gewann. Vorsichtig gehalten, wurde sie in Hamburg geduldet, dagegen in Altona in ihren ersten 42 Nummern fortgesetzt konfisziert. Die preußische Polizei wollte darin eine Fortsetzung des verbotenen Volksblatts sehen, und es entspann sich zwischen ihr und den Altonaer Kolporteuren, die um ihr tägliches Brot kämpften, ein wochenlanger Krieg, der schließlich auf eine durch zwei Instanzen getriebene Anklage des Altonaer Polizeianwalts mit dem Siege der angeklagten Kolporteure endete. Auf Vorstellungen, die Dietz bei dem Polizeikommissar Engel erhob, erwiderte dieser christliche Biedermann: „Sie haben Berliner Ausgewiesene in Ihrem Geschäfte angestellt, das genügt." Die Hamburger Wahl vom 27. April zeigte dann, daß auch in den Samthandschuhen der Hamburger Polizei scharfe Nägel steckten, aber sie zeigte auch, daß den Hamburger Arbeitern nichts ferner lag, als gewaltsames Losschlagen. Damit fehlte jede Voraussetzung für die Anwendung des § 28; die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Hamburg und Umgegend war nichts als ein boshafter Racheakt.

Nicht minder boshaft war seine Ausführung. Ausweisungsbefehle erhielten sofort 75 Personen, darunter 67 Familienväter, ein paar Monate darauf folgten noch 30 Personen. Dem Gastwirt Fahl in Pinneberg, der seit einem Jahre an der Schwindsucht darniederlag und das Bett nicht verlassen konnte, wurde ein Gesuch um vorläufige Fristverlängerung rundweg abgeschlagen; es war ein echtestes Stücklein preußischen Christentums, daß Fahl in seinem schwer leidenden Zustande forttransportiert werden mußte. Unter den Hamburger Ausgewiesenen befanden sich Auer, Blos, Dietz, Hartmann, Karl Hillmann, die Brüder Kapell, Oldenburg, Praast, Reimer; die Mehrzahl von ihnen ging nach Amerika. Dietz begab sich mit Auer und Hillmann nach Harburg, um die Gerichtszeitung aufrecht zu erhalten, doch wurde sie schon am

30. März 1881 verboten, angeblich wegen einer Notiz über — russische Polizeiwirtschaft, tatsächlich wegen ihrer Opposition gegen den Hamburger Zollanschluß. Sie wurde zwar sofort durch die Bürgerzeitung ersetzt, an der Johannes Wedde in erster Reihe tätig war, doch hatte das Hamburger Geschäft, wie Dietz von einer Kommission bürgerlicher Fachmänner feststellen ließ, durch die Unterdrückungen und Verfolgungen seit dritthalb Jahren 100000 Mark an Wert verloren. Zudem sperrte die Ausdehnung des kleinen Belagerungszustandes auf Stadt und Amt Harburg bald auch diesen Zufluchtsort.

Die Hamburger Ausweisungen kosteten der Partei manche alten Kämpfer; Hartmann, Karl Hillmann, Oldenburg, die beiden Kapells zogen sich von der Bewegung zurück. Aber die geschlossenen Reihen schwankten nicht einen Augenblick, und als der Reichstag am 30. und 31. März 1881 die Denkschriften über den Berliner und Hamburger Belagerungszustand diskutierte, gestand selbst die bürgerliche Presse, so kühn wie diesmal sei die Sozialdemokratie noch niemals im Reichstage aufgetreten. Und wohl verdienten die Reden Auers und Bebels das Lob des Sozialdemokraten: Kein Zugeständnis, aber auch kein kindisches Drohen, kein Appell an die guten Herzen, aber auch kein theatralisches Gepolter. Es war in den Tagen, wo die russischen Terroristen den Zaren Alexander hingerichtet hatten und eine neue Sozialistenfurcht unter den deutschen Spießern im Schwange ging. Die sozialdemokratischen Redner verschmähten jede wohlfeile Entrüstung darüber, daß der Fluch schwerer Taten ihren Täter getroffen habe; sie lehnten die Taktik der russischen Revolutionäre für die deutschen Verhältnisse ab, aber für ihr gutes Recht sprachen sie, wie noch in keinem Parlamente der Welt dafür gesprochen worden war. Auer schloß: Tun Sie, was Sie wollen, wir sind auf alles gefaßt, und Bebel: Ihre Waffen werden in diesem Kampfe zersplittern, wie Glas am Granit.

Am Tische des Bundesrats trat ihnen zum erstenmal ein neuer preußischer Polizeiminister entgegen, jener hinterpommersche Grande v. Puttkamer, dessen Name für die Tage des Sozialistengesetzes so sprichwörtlich werden sollte, wie die Namen Kotzebue, Kamptz, Tzschoppe für die Tage der Demagogenhetze sprichwörtlich geworden sind. Ein Junker ohne jede historische und ökonomische Bildung, alt geworden in der gedankenlosen Routine der preußischen Bureaukratie, auf die gewöhnlichsten Polizeikniffe dressiert, nur begabt mit einer gewissen theatra-

lischen Fähigkeit, große Worte um sich zu schleudern, trotz des zerknirschenden Bewußtseins, daß nichts, aber auch rein gar nichts dahinter stecke. Er machte der sozialistischen Feldpost das schmeichelhafte Kompliment, daß sie den Sozialdemokraten „mit wahrhaft infernalischer Geschicklichkeit" nach Deutschland einzuschmuggeln wisse, und schleppte seinen großen Zitatensack heran, den er fortan bei jeder Sozialistendebatte als einzige Trostquelle seiner staatsmännischen Weisheit öffnen sollte. Einen Grund oder auch nur den Schatten eines Grundes für den über Berlin und Hamburg verhängten kleinen Belagerungszustand konnte er natürlich nicht vorbringen. Trotzdem begnügte sich der Reichstag, die Denkschriften zur Kenntnis zu nehmen; Bismarck wußte, was er den bürgerlichen Parteien bieten durfte.

Er mußte nun aber endlich mit seinen „positiven Reformen" heraus, in der letzten Session des Reichstags, der in den Attentatswahlen gewählt worden war. In den drei ersten Sessionen war das altpreußische Thema Soldatwerden, Steuerzahlen und Mundhalten gründlich durchgeackert worden; wurde nicht noch im letzten Augenblicke irgend ein Augenverblenden angerichtet, so konnte es bei den neuen Wahlen im Herbst 1881 böse ausschauen. Ein Gesetzentwurf über Unfallversicherung der Arbeiter war die Bescherung, die Bismarck den geknechteten und hungernden Massen aufbaute. An die Stelle des elenden Haftpflichtgesetzes, das den Unternehmern nur ermöglichte, sich der Entschädigung für Unfälle der von ihnen beschäftigten Arbeiter zu entziehen, sollte eine Versicherung aller Unfälle durch eine Reichsbank treten. Die Kosten der Versicherung sollten die Unternehmer zu zwei Dritteln, die Arbeiter zu einem Drittel tragen, mit der Einschränkung, daß für Arbeiter, deren Jahresverdienst 750 Mark nicht übersteige, die Reichskasse das zu leistende Drittel übernehmen solle. Jedoch sollte die Unfallversicherung im Falle der Arbeitsunfähigkeit erst in der fünften Woche nach geschehenem Unfall eintreten, und bis dahin hatten die Krankenkassen die Last zu tragen. Die Begründung der Vorlage troff von arbeiterfreundlichen Redensarten, von „sozialistischen Momenten" und Christentum und Humanität. Bei ihrer Beratung im Reichstage tat Bismarck dann noch ein übriges, ganz in jener demagogischen Manier, die, wenn sie einmal den Mund auftut, ihn nicht voll genug zu nehmen weiß. Dieser Mann, der eben Hunderte von Arbeiterfamilien seinen despotischen Launen geopfert hatte, vergoß heuchlerische Tränen über die Ent-

erbten und die Arbeitergreise, die langsam auf dem Kehricht verhungern müßten.

Jetzt zeigte sich, wie sehr man ihn überschätzte, wenn man ihn auch nur mit einem Disraeli oder Louis Bonaparte verglich. Er brachte die ganze Bourgeoisie gegen sich auf, ohne auch nur einen einzigen Arbeiter zu gewinnen. Seine nationalliberale Schutztruppe hatte sich schon im Sommer 1880 gespalten; die allzu heftig „geärgerten Freihändler“ waren ausgeschieden und trieben unter dem Namen der Sezessionisten eigene Politik. Aber auch die schutzzöllnerische Bourgeoisie war keineswegs mit „sozialistischen Experimenten“ einverstanden. Besonders die Börse, deren Matadore die schutzzöllnerische Politik heftig unterstützt und auch bereits ihren Rahm in einem neuen kleinen Aktienschwindel abgeschöpft hatten, wurde täglich wütender über die Judenhetze. Nachdem Stöcker mit seiner christlich-sozialen Agitation bei den Arbeitern abgeblitzt war, hatte er sich mit gar nicht unebenem Instinkt auf die antisemitisch-kleinbürgerliche Agitation geworfen und jetzt wenigstens in Berlin ganz ansehnliche Haufen zusammengebracht. Bismarck war kurzsichtig genug, diesem aussichtslosen Lärm wohlwollenden Schutz zu gewähren. Freilich als Stöcker im Juni 1880 seinen Leibjuden Bleichröder angetastet hatte, wollte der Säkularmensch den zweiten Luther aus Berlin ausweisen lassen, „wie andere Sozialdemokraten auch“, eine Absicht, die daran scheiterte, daß der Kaiser von seinem „Lanzenbrecher“ nicht lassen mochte und ihn mit einem derben Rüffel davonkommen ließ. Aber öffentlich verleugnete Bismarck die antisemitische Agitation nicht, ließ sich vielmehr unter dankender Erwiderung von ihr anhochen und erkannte gar nicht, daß die feurigsten Huldigungen der armseligen Spektakelmacher ihm die wachsende Erbitterung der jüdischen Hochfinanz nicht aufwiegen konnten. Diese geriebene Klasse begann ihn zu kitzeln, wo er am empfindlichsten war. Sie plagte den Kronprinzen, der, von seinem liebevollen Vater überaus knapp gehalten, auf ihr Wohlwollen angewiesen war, so hart und so lange, bis er etwas von der „Schande des Jahrhunderts“ murmelte oder gemurmelt haben sollte, denn sicher ist dieses Wort, das die ganze kapitalistische Presse fortan als die herrlichste Blüte menschlichen Geistes gegen den antisemitischen Schutzpatron Bismarck ausspielte, niemals festgestellt worden.

Das Unfallversicherungsgesetz war nun der Tropfen, der den massenhaft angehäuften Groll der Bourgeoisie zum Überlaufen brachte. Sie

nahm Bismarcks „Sozialismus" viel ernster, als er gemeint war, sah in der Reichsbank für Unfallversicherung einen Anfang, das gesamte Versicherungswesen der privaten Spekulation zu entreißen, und in dem Reichszuschuß einen Versuch, einen Bruchteil des Staatskredits, den die Bourgeoisie ungeschmälert für sich beansprucht, der Arbeiterklasse zuzuwenden. So in Herz und Nieren angegriffen, bewies die deutsche Bourgeoisie etwas von der Courage, die sie für ihre politischen Ideale niemals zu erproben vermocht hat, und sie schwang sich zu dem heroischen Entschluß auf, ihren genialen Helden bei den nächsten Wahlen für seine rollenwidrigen Seitensprünge ein wenig zu zausen.

Die Arbeiter aber durchschauten Bismarcks Spiel sofort. Liebknecht traf den Nagel auf den Kopf, indem er von der „unübersteiglichen Kluft" sprach, die zwischen der deutschen Sozialdemokratie und dem Urheber des Sozialistengesetzes gähne. Gleichwohl lag es nicht im Interesse der Partei, unbesehen in das Anathem der Bourgeoisie gegen das Unfallversicherungsgesetz einzustimmen. Indem sie den falschen Bruder Sozialismus abwies, durfte sie sich nicht von dem falschen Bruder Manchestermann umgarnen lassen. Selbst in dem antisemitisch-philosemitischen Froschmäusekriege, worin die Arbeiter noch am ehesten neutral bleiben konnten, nahmen sie sofort eine entschiedene und klare Stellung über den Parteien. Sie hatten nicht den geringsten Anlaß, sich für das Geldjudentum zu begeistern, aber durften sie sich deshalb von der christlich-germanischen Schachererpolitik betören lassen, die nichts als das Geldjudentum in höchster Potenz war und von Stöcker durch dick und dünn verteidigt wurde? Als die Berliner und die Breslauer Polizei im Januar 1881 den Arbeitern ein wenig Luft ließ, in der Hoffnung, daß sie auf den antisemitischen Leim gehen würden, warnten große Versammlungen „alle ländlichen und städtischen Lohnarbeiter vor den Betörungsversuchen gewisser angeblicher Volksfreunde der verschiedensten Art". Die Arbeiter sollten sich nicht aktiv an der sie gar nichts angehenden Antisemitenbewegung beteiligen und bei den Reichstagswahlen nur solche Kandidaten wählen, die alle Ausnahmegesetze verwürfen. Worauf in Berlin wie in Breslau wieder die strengste Sperre über die Arbeiterversammlungen verhängt wurde.

Von gleich überlegenem Standpunkt aus faßte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Bismarcks Unfallversicherungsgesetz auf. Sie kritisierte den Entwurf im Interesse der Arbeiterklasse ungleich einschneidender

und sachlicher, als die bürgerliche Opposition, aber sie deckte zugleich die Schwäche dieser Opposition auf. Die sozialdemokratischen Redner wiesen spöttisch darauf hin, daß gerade diejenigen Liberalen, die am eifrigsten für die kapitalistische Reichsbank zur Regelung der Geldzirkulation eingetreten waren, jetzt am heftigsten die sozusagen proletarische Reichsbank zur Regelung der Unfallversicherung bekämpften. Eine solche Bank habe ihre unbestreitbaren Vorzüge, indem sie billiger als die private Versicherung verwalte und eine große Kontrollinstanz bilde, um Schutzmaßregeln zur Verhütung von Unfällen zu treffen, was schließlich doch der Hauptzweck aller Unfallversicherung sei. Gegen den Reichszuschuß sprachen sich die sozialdemokratischen Abgeordneten auch aus, aber aus ganz anderen Gründen, als die Manchesterleute. Sie stellten sich auf die unanfechtbare, gerade von der bürgerlichen Ökonomie anerkannte Tatsache, daß die Kosten der Unfallversicherung zu den Produktionskosten gehörten und also allein von den Unternehmern getragen werden müßten. Das Reich habe den Unternehmern keine Geschenke zu machen, aber freilich noch viel weniger die Arbeiterklasse, und wenn zwischen beidem die Wahl stände, sei der Reichszuschuß allerdings noch ein geringeres Übel, als die Beitragspflicht der Arbeiter. Im einzelnen präzisierte die Fraktion ihre Auffassung in einer Reihe von Abänderungsanträgen, die selbstverständlich abgelehnt wurden, zum abermaligen Beweise, daß die Arbeiterinteressen nur in den sozialdemokratischen Abgeordneten kundige und willige Vertreter hatten. Die bürgerlichen Parteien begnügten sich, die Reichsbank und den Reichszuschuß als frevle Attentate auf den heiligen Geist des Kapitalismus zu streichen und im übrigen den Entwurf so zu verballhornen, daß er vom Bundesrat als unausführbar abgelehnt wurde.

In der allgemeinen Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu Bismarcks „sozialistischer" Schwenkung machte sich die theoretische Unsicherheit der Partei noch einigermaßen fühlbar. In agitatorisch wirksamer, auch praktisch zutreffender, aber theoretisch mindestens mißverständlicher Weise wurde der Unfallversicherungsentwurf als Kapitulation Bismarcks vor der Sozialdemokratie ausgelegt. Und zwar so, daß Bismarck nicht die Sozialdemokratie, sondern die Sozialdemokratie ihn habe, daß er im sozialistischen Schlepptau schwimme und mit seiner Vorlage in die kapitalistische Gesellschaftsorganisation die dünne Spitze eines Keils treibe, dessen dickes Ende folgen müsse. So weit dachte

Bismarck aber gar nicht; sein Entwurf wollte weder den Boden der bürgerlichen Gesellschaft verlassen, noch verließ er ihn. Ohne Zweifel sind damals in diesem Zusammenhange manche anfechtbaren Sätze ausgesprochen worden, doch hatten sie gegenüber der praktisch ganz richtigen Haltung der sozialdemokratischen Fraktion durchaus nicht die Bedeutung, zu der sie bei späteren Gelegenheiten aufgebauscht worden sind, um wenn möglich einige Verwirrung in der Partei zu stiften.

Nach Schluß der Reichstagssession, am 27. Juni 1881, wurde der kleine Belagerungszustand über die Stadt und die Amtshauptmannschaft Leipzig verhängt. Puttkamer hatte schon im März darauf angespielt, aber wie der Hamburger Senat, so hatte sich die Dresdener Regierung eine Weile dagegen gesträubt. Es fehlte eben auch hier jede Spur eines Grundes für die Anwendung des § 28, und der Polizeidirektor Rüder, ein alter Peiniger der Sozialdemokratie, der bisher auch das Sozialistengesetz roh genug angewandt hatte, legte sein Amt nieder, da er sich zu den nunmehr von ihm geforderten Henkersdiensten doch nicht bequemen mochte. Die ersten Ausweisungsbefehle aus Leipzig ergingen nicht ganz so zahlreich, wie sie in Berlin und Hamburg ergangen waren; sie trafen 31 Personen, 6 Ledige und 25 Familienväter, darunter Liebknecht, Bebel und Hasenclever. Freilich folgten bald 22 Ausweisungen nach, namentlich in der östlichen Hälfte des Leipziger Landkreises, wo eben die Wahl zum sächsischen Landtage anstand. Jedoch das Schreckensmittel verfing nicht; die Wahl Bebels war die tapfere und trotzige Quittung der Leipziger Industriedörfer über die ihnen angetane Gewalt.

Besonders zahlreich waren unter den Ausgewiesenen die Gemeinderatsmitglieder von sozialdemokratischer Gesinnung, deren es in 25 Orten der Amtshauptmannschaft Leipzig 76 gab. Keiner von ihnen hatte daran gedacht, in Stötteritz, Thonberg oder Volkmarsdorf blutige Putsche zu veranstalten; es waren fleißige und tüchtige Leute, die nach dem Zeugnis der Gemeindevorstände, ihrer politischen Gegner, ihr Amt unverweislich verwaltet hatten; einzelne von ihnen trugen das eiserne Kreuz aus dem deutsch-französischen Kriege. Der wahre Grund der empörenden Maßregel war Bismarcks Absicht, in Leipzig, wie schon in Berlin und Hamburg, ein Hauptzentrum der sozialdemokratischen Agitation lahm zu legen. Als Bebel, der sich mit Liebknecht in dem Dorfe Borsdorf, hart an der Grenze des Belagerungsgebiets, niedergelassen hatte,

nach seinem Eintritt in den sächsischen Landtag von dem Minister v. Nostitz-Wallwitz Rechenschaft forderte, wußte dieser Handlanger der Berliner Gewaltpolitik nur ein paar, nicht gehauene und nicht gestochene Redensarten vorzubringen, worauf ihn die bürgerliche Mamelukenmehrheit durch die schleunige Annahme eines Schlußantrags vor einer noch gründlicheren Abstrafung rettete.

Im Hochsommer und Frühherbst entbrannte dann der Wahlkampf mit großer Heftigkeit. Die bürgerlichen Parteien verhetzten einander „in einer den öffentlichen Frieden, besonders die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise" dermaßen, daß sie von Rechts wegen alle unter das Sozialistengesetz gehört hätten, wenn dies Gesetz sonst nur etwas mit dem Rechte zu tun gehabt hätte. Der größte Hetzer aber war Bismarck selbst. Er hatte es diesmal nicht auf die längst mürbe gewordenen Nationalliberalen, sondern auf die Fortschrittler und die Sezessionisten abgesehen, die er als „Republikaner" denunzierte, wogegen sich die harmlose Gesellschaft mit tragischen Geberden des Entsetzens komisch genug wehrte.

Immer aber war Bismarcks Hauptziel, und von seinem Standpunkt aus auch mit Recht, die neuen Heersäulen der Sozialdemokratie zu zertrümmern. In seinen Söhnen stieg er selbst „zum Volke herab", wie ein patriotischer Schulmeister preisend zur Harfe sang; einer dieser hoffnungsvollen, aber talentlosen Jünglinge erklärte in einer Berliner Lärmversammlung, die Hundesperre sei schwerer zu ertragen, als der kleine Belagerungszustand, wofür die Berliner Arbeiter dem Erzeuger des „Reichshundejungen" gebührend heimgeleuchtet haben. In den Provinzen reiste Adolf Wagner als Bismarcks Kommis und versprach den Arbeitern das Tabaksmonopol als „Patrimonium der Enterbten", wenn sie nur an den „Sozialismus" des Säkularmenschen glauben wollten. Ein gründlicher Durchfall in den vier Wahlkreisen, wo Wagner kandidierte, war die verdiente Quittung, die dieser akademischen Leuchte für ihre intellektuell und moralisch gleich erhebende Rolle ausgestellt wurde.

Ungleich mehr als allen Demagogenkünsten vertraute Bismarck der nackten Gewalt. In den Belagerungsgebieten folgten die Ausweisungen Schub auf Schub, die sozialdemokratischen Wahlflugblätter wurden beschlagnahmt, mochte ihr Inhalt noch so harmlos sein, die Wahlversammlungen der Arbeiter unterlagen einem allgemeinen Verbote. Wer sozialdemokratische Flugblätter oder auch nur Stimmzettel verbreitete, wurde

verhaftet, tage- und selbst wochenlang in Untersuchungshaft gehalten. Nicht weniger als 600 solcher vollkommen ungerechtfertigter Verhaftungen konnten in den letzten Wochen vor der Wahl gezählt werden. Hilfreiche Hand fand die Polizei bei der Bourgeoisie, die trotz aller sonstigen Feindschaft doch darin mit der Regierung einig war, jeden sozialdemokratischen Wahlerfolg zu hindern. Sie verbreitete das Gerücht, jedem Wahlkreise, der einen Sozialdemokraten wähle, drohe der kleine Belagerungszustand oder gar, jeder auf einen sozialdemokratischen Kandidaten abgegebene Stimmzettel sei ungültig. Besonders die sächsische Bourgeoisie war unerschöpflich in der Erfindung von Fallstricken, über die das Proletariat bei Ausübung seines Wahlrechts stolpern sollte. In Stollberg-Schneeberg vertrieb sie Stimmzettel in Viertelfolioformat, die durch ihre Größe leicht kenntlich waren, im Leipziger Landkreise Stimmzettel aus Hanfpapier mit Wasserzeichen und rauhen Rändern, wobei zur Verhütung jeder Nachbildung der ganze Vorrat dieses nur in einer Fabrik vorhandenen Papiers aufgekauft wurde, in Glauchau-Meerane überwiesen die „ordnungsfreundlichen“ Gemeindevorstände die Steuerrückstände der halb verhungerten Weber den Armenkassen und rechneten sie den Schuldnern als Armenunterstützung an, wodurch viele Hunderte von Arbeitern um ihr Wahlrecht kamen. In diesem Kreise übertraf auch die Polizei sich selbst, indem sie den sozialdemokratischen Kandidaten für die ganze Wahlzeit unter ihre fürsorgende Obhut nahm. Auf den Dörfern wurde Auer stets von einem Gendarmen, in den Städten von zwei uniformierten Polizisten begleitet, die ihm vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf zehn Schritt Entfernung folgten. Nicht weniger als sechs sächsische Wahlen, in denen „Gesetz und Ordnung“ gesiegt hatten, wurden später sogar von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstags wegen des unerhörtesten Wahldrucks beanstandet.

Doch die Arbeiter wußten, was es galt, und sie waren entschlossen, die Generalprobe des Sozialistengesetzes als Männer zu bestehen. Die Vortragsreise, die Fritzsche und Viereck gemäß dem Beschlusse des Wydener Kongresses durch die Vereinigten Staaten gemacht hatten, brachte der sozialdemokratischen Wahlkasse das hübsche Handgeld von 13 000 Mark ein; sonst waren die proletarischen Massen auf ihre eigene Kraft angewiesen, gegen alle Gewalt und List der übermächtigen Gegner. Eine heiße Kampflust trieb sie über alle Hindernisse voran; als Fritzsche und

Vahlteich nicht lange vor der Wahl nach Amerika auswanderten, wurden die bittersten Urteile laut über diese ältesten Parteigenossen, die doch fast zwei Jahrzehnte immer im Vordertreffen gestanden haben. Viele der alten Führer waren in der einen oder der anderen Weise dem Sozialistengesetze zum Opfer gefallen; an ihre Stelle traten neue Männer, die wie von selbst aus den Massen emporwuchsen und, vor wenigen Monaten noch ganz unbekannt, den schwierigsten Aufgaben gerecht zu werden verstanden. Niemals noch war das Märchen von den „verführten Massen", den Opfern „leichtfertiger Verführer", so gründlich zerstört worden, wie bei dieser Wahl.

Am 27. Oktober gewann die Partei in der Hauptwahl 311 961 Stimmen. Es waren immerhin 125 197 Stimmen weniger, als bei den Attentatswahlen, aber auch nicht einem Gegner fiel es ein, den Unterschied gegen die Sozialdemokratie auszubeuten. Mehr als dreimalhunderttausend Stimmen für die seit drei Jahren mit allen Gewaltmitteln gehetzte, unterdrückte, verfolgte Sozialdemokratie, das hieß mit anderen Worten: das Sozialistengesetz ist ein Schlag ins Wasser gewesen. Der Berliner Korrespondent der Times meldete nach London die große Bestürzung, die „in den hohen und höchsten Regionen" über den sozialdemokratischen Wahlerfolg herrsche. Engels aber schrieb erfreut aus London: „So famos hat sich noch kein Proletariat benommen."

In der Hauptwahl war nur ein Mandat gewonnen worden: der Gärtner Stolle, ein alter Streiter noch von der Sächsischen Volkspartei her, hatte in Zwickau-Crimmitschau gesiegt. Doch verstanden es die „Ordnungsfreunde", den Sieg zu eskamotieren, indem sie eine Anzahl sozialdemokratischer Stimmzettel mit Unrecht für ungültig erklärten, so daß auch in diesem Kreise noch eine Stichwahl stattfinden mußte. Im ganzen war die Sozialdemokratie an 22 Stichwahlen beteiligt. Voran standen in der Größe des Erfolges die drei Belagerungsgebiete: Stichwahlen in Berlin IV und VI, in Hamburg II und Altona, in der Stadt Leipzig, die noch nie zuvor so nachdrücklich berannt worden war: 30 171 Stimmen im Berliner, 30 087 Stimmen im Hamburg-Altonaer, 17 006 Stimmen im Leipziger Belagerungsbezirke. Nicht minder rühmlich hatte sich Breslau, das unter dem Sozialistengesetze zuerst die Fahne vorangetragen hatte, mit Stichwahlen in seinen beiden Wahlkreisen gehalten. Weiter standen zwei andere preußische Provinzialhauptstädte, Hannover und Magdeburg, zur Stichwahl, und im Rheinlande die

Industriezentren Elberfeld-Barmen und Solingen. Im Königreiche Sachsen waren Glauchau-Meerane, Stollberg-Schneeberg und Leipzig-Land den ruchlosen Wahlpraktiken der Gegner gerade noch knapp unterlegen. Stichwahlen standen, außer in Leipzig-Stadt und Zwickau-Crimmitschau, in Dresden-Altstadt, Freiberg, Mittweida und dem wichtigen Chemnitz an. In den mitteldeutschen Kleinstaaten war Reuß ä. L. halb erobert. Glänzend hatte sich der Maingau herausgepaukt mit Stichwahlen in Mainz, Frankfurt, Hanau, Offenbach, in Bayern wankte Nürnberg, das Hauptzentrum der bayerischen Industrie.

Von den verlorenen Stimmen fiel ziemlich der dritte Teil auf das Königreich Sachsen. Es hatte ihrer seit den Attentatswahlen etwa 40000 eingebüßt und war fast genau auf die Ziffer von 1874 zurückgeworfen worden. Doch dieser Teil der Verlustliste zählte keine Toten und keine Überläufer, sondern nur Gefangene und Verwundete; sie kamen alle wieder, die Ärmsten der Armen, die für den Augenblick der Hunger gelähmt und die Hungerpeitsche zerschlagen hatte. Ähnlich lag es mit den 6000 in Schlesien verlorenen Stimmen. Gründlicher hatte sich die Bewegung in den vorwiegend ländlichen Distrikten verschoben: in Schleswig-Holstein, wo die sozialdemokratische Stimmenzahl seit 1874 in dauerndem Abschwellen um mehr als zwei Drittel gesunken war, von 44933 auf 14109, in den ostelbischen Provinzen des preußischen Staats und in den Kleinstaaten nördlich des Mains. Dagegen hatte sich, wie der Maingau, so ganz Süddeutschland ausgezeichnet gehalten, obgleich die Polizeiwirtschaft in den süddeutschen Staaten längst in eine erfolgreiche Konkurrenz mit ihren preußischen und sächsischen Vorbildern getreten war. Hätte das Gesamtergebnis der Wahl den Stimmenverlust nicht schon in den Hintergrund gedrängt, so würde die feste Haltung des süddeutschen Proletariats und die Konzentration der Bewegung in den großen Industrieplätzen ihn ohnehin ausgeglichen haben. In diesem Sinne meinte Engels, die ihrer ökonomischen Lage nach revolutionäre Klasse sei jetzt der Kern der Partei geworden, die, über das ganze industrielle Deutschland gleichmäßig verteilt, nun erst eine nationale Bewegung werde.

Die Bourgeoisie ihrerseits hatte ihrem ehemaligen Abgotte den zugedachten Denkzettel wirklich erteilt. Die Fortschrittler und die Sezessionisten rückten über 100 Mann stark in den Reichstag ein; sowohl die konservativ-nationalliberale wie die konservativ-ultramontane Mehr-

heit war zertrümmert. Bismarcks Bestürzung verriet sich zum Erbarmen in dem ratlosen Hin und Her, womit er für die Stichwahlen zu retten suchte, was noch zu retten war. Er sprach davon, als konstitutionell denkender Mann einem fortschrittlich-ultramontanen Koalitionsministerium das Feld räumen zu wollen und berief schleunigst einen seiner Geschäftsjuden, um ihm zu offenbaren, wie warm sein Herz stets für das Volk Israel geschlagen habe. Dann aber klagte er auch, die Bourgeoisie lohne ihn mit Undank; auf ihr Drängen habe er das Sozialistengesetz gemacht, das die Arbeiterklasse gegen ihn erbittere; ihm liege gar nichts daran, und er verzichte lieber heute als morgen darauf. Gleichzeitig bot Adolf Wagner, in Verbindung mit Stöcker, den Berliner Sozialdemokraten ein politisches Geschäftchen an. Liebknecht, Bebel und Hasenclever sollten erklären, daß sie die arbeiterfreundliche Absicht der Regierung in ihrer Reformpolitik anerkännten, daß sie ernstlich gewillt seien, gemeinsam mit den sozialreformerischen Parteien in Frieden an der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu arbeiten, und daß sie hofften, durch energische soziale Reformen die Revolution zu überwinden. Dafür versprachen Wagner, Stöcker und Genossen, bei den Stichwahlen in Berlin IV und VI für die sozialdemokratischen gegen die fortschrittlichen Kandidaten einzutreten und im gegebenen Falle für die Aufhebung des Sozialistengesetzes zu stimmen.

Wenn diese Verhandlungen nicht schon mit Vorwissen Bismarcks geführt worden sind, so fanden sie jedenfalls bei ihm verständnisinnigen Widerhall. Das offiziöse Hauptblatt schlug den Takt dazu: Dank dem Sozialistengesetze finde die Bourgeoisie politische Verbündete in der Klasse der Arbeiter, ihrer wirtschaftlichen Erbfeinde, deren unbequeme Ansprüche auf ökonomischem Gebiete sie nach wie vor zu vereiteln suche. Dagegen hindere das Sozialistengesetz die Arbeiter, die wohlwollenden Absichten der Regierung zur Hebung ihrer Lage zu würdigen. Das sei für die Bourgeoisie eine angenehme Lage — solange sie vorhalte. Von der staatsmännischen Auffassung der Regierung dürfe aber erwartet werden, daß sie durch Befriedigung der gerechten Arbeiterforderungen den gesunden Kern der sozialistischen Idee verwirkliche, und dann sei das Sozialistengesetz überflüssig. Ungeschminkter konnte nun schon gar nicht geschachert werden.

Liebknecht, Bebel und Hasenclever antworteten, wie es der Ehre der Partei entsprach. Sie wiesen jeden Stimmenkauf zurück; dreitausend

ehrlich gewonnene Stimmen seien ihnen lieber, als dreißigtausend erkaufte; sie könnten nicht die mit Erlaß des Sozialistengesetzes inaugurierte Wirtschaftspolitik der Regierung, die Vermehrung und Erhöhung der indirekten Steuern und Zölle auf notwendige Lebensmittel, die Erhöhung der Militärlast und dergleichen mehr als arbeiterfreundlich anerkennen. Sie hätten nie abgelehnt, wie noch zuletzt ihre Haltung gegenüber dem Unfallversicherungsgesetze gezeigt habe, Reformvorschläge der Regierung ernsthaft zu prüfen und den Arbeiterinteressen gemäß umzugestalten, aber sie müßten ablehnen, mit reaktionären und deshalb volksfeindlichen Parteien gemeinsame Sache zu machen. Es sei eine ganz willkürliche Annahme, daß sie die gewaltsame Revolution wollten; sie hätten stets erklärt, daß gleichmäßige, gründliche und ganze Reformen einer Revolution, die andernfalls eine notwendige Folge unserer politischen und ökonomischen Entwicklung sei, vorbeugen könnten; sie seien nicht verantwortlich für Dinge, die nicht von ihrem Willen und ihrer Macht, sondern vom Willen und von der Macht ihrer Gegner abhingen. Die Wirkung dieser mannhaften Erklärung war bezeichnend; die konservativen Handelsmänner proklamierten Stimmenthaltung für ihre Leute, trotzdem schnellten bei den Stichwahlen die Stimmen für Bebel in Berlin IV von 13573 auf 18979, für Hasenclever in Berlin VI von 10629 auf 17378 empor. Der forschrittliche Gegenkandidat siegte in Berlin VI mit 569, in Berlin IV gar nur mit 51 Stimmen, wobei noch mancherlei Wahlmachenschaften der Unentwegten eine sehr fragwürdige Rolle spielten.

Sonst verliefen die Stichwahlen verhältnismäßig günstig für die Partei. Die liberale Beschwerde über massenhafte Unterstützung der sozialdemokratischen Kandidaten durch konservative Stimmen war im ganzen grundlos, wenn sie auch in einzelnen Kreisen nicht ohne tatsächlichen Anhalt war. Ganz so blind wie der liberale Denker, der sich bei Stichwahlen die Finger an der eigenen Hand abhackt, bloß um seinen moralischen Abscheu vor den kommunistischen „Teilern" zu bekunden, sind die ans Herrschen gewöhnten Konservativen nie gewesen. Im wesentlichen waren es doch neue, durch den Ausfall der Hauptwahl elektrisierte Arbeitermassen, die bei den Stichwahlen ins Feld rückten. Gewonnen wurden 13 Sitze: Breslau I (Hasenclever), Breslau II (Kräcker), Hamburg II (Dietz), Solingen (Rittinghausen), Mainz (Liebknecht), Hanau (Frohme), Offenbach (Liebknecht), Nürnberg (Grillen-

berger), Mittweida (Vollmar), Freiberg (Kayser), Chemnitz (Geiser), Zwickau-Crimmitschau (Stolle) und Reuß ä. L. (Blos). Liebknecht nahm für Offenbach an, und Mainz ging in der Nachwahl verloren, so daß die sozialdemokratische Fraktion, 12 Köpfe stark, in den Reichstag eintrat.

Am Schlusse seines dritten Jahres war das Sozialistengesetz als gesetzgeberische Leistung ein zerrissener Fetzen Papier. Es kamen noch schwere Tage, aber das Schwerste war überwunden.

---

3. Der anarchistische Spuk.

Der sozialdemokratische Wahlerfolg beseitigte nun auch die letzten Zweifel an der Richtigkeit der eingeschlagenen Taktik. Unter der scheinbar alles zermalmenden Härte, womit das Sozialistengesetz gehandhabt wurde, waren solche Zweifel doch wieder hier oder da aufgetaucht; Berlin I und V, die beiden Wahlkreise der deutschen Hauptstadt, wo die Wahlaussichten am niedrigsten standen und Most den verhältnismäßig größten Anhang gehabt hatte, waren sogar dem Wahlkampfe fern geblieben. Zudem fügte sich, daß gleichzeitig mit der Wahlschlacht der erste Hochverratsprozeß vor dem Leipziger Reichsgerichte verhandelt wurde, der die ganze Hoffnungslosigkeit der „sozialrevolutionären" Aktion aufdeckte und übrigens jeden klassenbewußten Arbeiter anspornte, die polizeiliche Korruption des Systems Bismarck mit jedem politischen Mittel zu bekämpfen.

Most war seit seiner Ausstoßung aus der Partei tiefer und tiefer gesunken. Er bekannte sich äußerlich zur anarchistischen Richtung, ohne auch nur ihr in irgend einem ernsten Sinne anzugehören. Den Inhalt der Freiheit bildete von der ersten bis zur letzten Zeile ein sinnloses Wutschäumen, und die Agitationsschrift: Taktik kontra Freiheit, die Most im Herbst 1880 gegen die deutsche Sozialdemokratie richtete, war, in nicht ganz so tobender Sprache, doch nur ein konfuses Durcheinander. Der Belgier Dave, ein gebildeter Schüler Proudhons und Bakunins, der selbst zur friedlich-harmlosen Richtung des Anarchismus gehörte und in diesem Sinne auf Most einzuwirken suchte, sagte von jener Schrift in seinem gebrochenen Deutsch: „Das hat keine Ahnung von anarchistischen Ideen. Die Broschüre ist ganz und gar eine jakobinistische, gemildert mit Blanquismus, mit Ideen von Blanqui."

Der „Blanquismus" war aber auch nicht eigenes Fabrikat von Most, sondern ihm durch Hasselmann souffliert worden, und zwar in dem Artikel der Freiheit, den der Spitzel Neumann nach London überbracht hatte.

Most hatte diesen Artikel am Schlusse seiner Broschüre gewissermaßen als ihren praktischen Fünftelsaft abgedruckt, und es hieß darin: „Es fällt uns nicht ein, den Arbeitern Deutschlands ‚Verschwörungsspielerei' zu empfehlen, mit geheimen Zentralleitungen und so weiter, denn dieses nützt nur dem finsteren Treiben der Geheimpolizei. Aber vollkommen wirksam können wir uns organisieren, wenn in den vertrauten Kreisen je zehn und zwanzig genau bekannte Freunde zusammentreten, ohne durch Mitgliederverzeichnisse, Statuten und so weiter Anhaltspunkte zu Verfolgungen zu bieten, wenn diese freigebildeten Gruppen mit aller Energie durch Wort und Schrift die revolutionäre Idee verbreiten, wenn sie mit ihren Freunden und Gesinnungsgenossen im Militär stete Fühlung halten, wenn sie sich schließlich, jeder auf eigene Hand, mit einem guten Hinterlader versehen. Viertausend derart organisierte und bewaffnete Sozialisten in der Reichshauptstadt Berlin und eine entsprechende Anzahl in den Hauptindustrieplätzen gesammelt — und Moltke soll die Nuß nicht leicht knacken." Hasselmann hatte, ehe er nach Amerika ging, die Adressen seiner spärlichen Anhänger an Most übergeben. Darunter waren namentlich einige Arbeiter in Frankfurt und Darmstadt, mit denen Most sofort anknüpfte; auch adressierte er seinen Freund Dave an sie, als sich dieser im November 1880 nach Deutschland begab, um literarische Beziehungen für ein Korrespondenzbureau zu suchen, das er zu gründen beabsichtigte, daneben auch wohl, um sich den deutschen Anarchismus einmal in der Nähe anzusehen. Er war peinlich überrascht, nichts davon zu entdecken, als ein paar geistig zurückgebliebene und politisch vollkommen unklare Arbeiter.

Nicht so kurzsichtig, wie der anarchistische Ideologe, war die preußische Polizei. Sie deutete Mosts blutdürstige Prahlereien viel richtiger und beeilte sich, ihn in ein dichtes Spitzelnetz einzuspinnen. In der Expedition der Freiheit saß der Spitzel Neumann als Mosts Vertrauensperson, während die Spitzel Wichmann und Wolff von Altona aus für das Blatt korrespondierten. Sie verfolgten mit dieser „schriftstellerischen" Tätigkeit verschiedene Zwecke: sie hoben die Nachsicht der „republikanisch gesinnten" Polizei in Hamburg gegen die Sozialdemokratie hervor, sie

verleumdeten die sozialdemokratischen Abgeordneten als Betrüger und Diebe an den Parteigeldern, sie entwarfen ein ungeheuerliches Schreckbild von der anarchistischen Bewegung in Deutschland, und endlich, aber nicht in letzter Reihe lieferten sie reiches Material für Puttkamers großen Zitatensack. So schrieb Wichmann nach dem gelungenen Attentat auf den russischen Zaren: „Möge der Tag nicht mehr fern sein, wo ein gleiches Ereignis uns von allen Tyrannen befreit! Wir bedauern nur, daß den anderen Schuften ihr verdienter Lohn nicht gleichzeitig ausgezahlt worden ist." Und das war noch lange nicht der „sozialrevolutionärste" Ausbruch. Wer begriffe da nicht „den sittlichen Abscheu und die tiefste Indignation", womit Puttkamer im Reichstage an solche Perlen seines Zitatensacks nur zu denken wagte! Später haben Wolff und Wichmann ihre „schriftstellerischen" Fähigkeiten gegen ihre eigenen Patrone gekehrt. Wolff bot seine „Memoiren" der preußischen Polizeibehörde zu einem Honorar an, das nicht einmal für die erlesensten Meisterwerke der Weltliteratur gezahlt zu werden pflegt; er wurde von den Berliner Gerichten unter strengstem Ausschlusse der Öffentlichkeit wegen Erpressung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, nach seiner Entlassung aus Plötzensee in Altona wegen angeblicher Majestätsbeleidigung wieder verhaftet und am nächsten Morgen in seinem Gefängnis erhängt gefunden. Wichmann aber fing an zu plaudern, als ihm, nach seiner Entlarvung durch die Altonaer Arbeiter, die Polizei keine Pension gewähren wollte, weil er nun für sie unbrauchbar geworden war. Auf diese Weise ist über die beiden Lumpen Genaueres bekannt geworden; selbstverständlich bildeten sie nur einen kleinen Bruchteil der Spitzelbande, die nach dem Sozialistengesetze losgelassen wurde und im Verborgenen ihr schuftiges Handwerk betrieb.

Ehe noch Dave nach Deutschland kam, war sein Signalement in den Händen aller deutschen Polizeibehörden, und ebenso kannte die Frankfurter Polizei die paar Anhänger Mosts im Maingau. Dies halbe Dutzend armer Teufel bildete in Frankfurt, Darmstadt und noch ein paar Orten „Gruppen", nicht etwa, um sich gute Hinterlader anzuschaffen, sondern um gemeinsam auf die Freiheit zu abonnieren und Geld für Most zu sammeln; ganze fünf Mark führten sie wirklich nach London ab. Ihre größte Tat bestand darin, daß sie in der Nacht vom 18. auf den 19. Oktober 1880, kurz vor einem Besuche des Kaisers in Frankfurt, ein verbotenes Flugblatt in ein paar hundert Exemplaren

verbreiteten. Der Polizeirat Rumpf, der die politische Polizei in Frankfurt und Umgegend leitete, kannte nach seiner eigenen eidlichen Angabe die Täter, aber er verfolgte sie nicht, sondern warb den Schneider Horsch als Spitzel, der sich ins Vertrauen der „Verschwörer“ einschleichen sollte. Natürlich warnte Rumpf seinen „Vertrauensmann“ davor, sich aktiv an Mord- und Umsturzplänen zu beteiligen, wie das so die heitere Einleitung jeder polizeilichen Spitzelei ist, setzte ihn aber, ebenfalls nach altbewährter polizeilicher Methode, nicht auf Tage-, sondern auf Stücklohn, je nach der „Wichtigkeit“ der gemachten „Enthüllungen“. Horsch, ein bestrafter Dieb, der seine zahlreiche Familie hungern ließ und seinen Sündenlohn mit liederlichen Dirnen verpraßte, brauchte natürlich Geld, viel Geld, und rapportierte täglich „wichtigere“ Nachrichten: ein Mordattentat auf Rumpf selbst und einen geheimen Kongreß in Darmstadt oder Eberstadt, wo die gewaltsame Schilderhebung beraten werden sollte. Am 1. Dezember 1880 zog Rumpf dann das Netz zusammen; in Frankfurt und Umgebung wurden einige fünfzig Personen verhaftet, in Augsburg Dave und auch in Berlin einige Freunde Mosts. Unter den Verhafteten befand sich Horsch, den Rumpf mit einsteckte, angeblich um ihn vor der Rache der Sozialisten zu schützen. Daß Rumpf damit ein in § 341 des deutschen Strafgesetzes mit Zuchthaus bedrohtes Verbrechen beging, scheint diesen sorgsamen Wächter der Gesetze nicht weiter gegrämt zu haben.

Schon in Frankfurt wurden in die Zellen der Verhafteten gemeine Verbrecher gesteckt, um sie auszuspionieren, und dies schöne System fand seine Fortsetzung in Berlin, wohin bald alle Verhafteten zusammengebracht wurden. Dem betrügerischen Bankrotteur Schnitzer, der namentlich auf Dave gehetzt wurde, sagte der Polizeikommissar Graf Stillfried, es komme auf 1000, ja auf 10 000 Mark nicht an, wenn Wichtiges entdeckt würde, und der Untersuchungsrichter Hollmann verhieß demselben Patrioten eine Herabminderung seiner Strafe im Gnadenwege. Die Verhafteten führten auch bittere Beschwerde über die Art, wie Hollmann ihre Aussagen protokollierte. Ihre große Mehrzahl mußte aber nach längerer Untersuchungshaft entlassen werden, da nicht einmal der Schein einer strafbaren Handlung gegen sie aufzufinden war, und dritthalb Monate nach dem großen Schlage erklärte auch der Unrat witternde Horsch dem Untersuchungsrichter, er wolle entlassen werden, da er ja gar kein Verbrecher, sondern ein großer Patriot sei. Auf

eine Anfrage Hollmanns antwortete Rumpf in drei Briefen von demselben Tage, worin er zwar die Spitzelei des Horsch zugestand, aber seinen „Vertrauensmann“ wegen aktiver Beteiligung an der „Verschwörung“ verdächtigen wollte und dabei bemerkte, daß ihm die Vernehmung des Horsch als Zeugen „mindestens nicht angenehm“ sein würde. Das wurde dem Untersuchungsrichter nun doch allzu brenzlich, und er ließ den Horsch frei.

Die Verhandlungen dieses großen Hochverratsprozesses, der inzwischen monatelang zum Frommen des Sozialistengesetzes ausgebeutet worden war, fanden vom 10. bis zum 21. Oktober 1881 statt. Vor den Schranken des Reichsgerichts erschienen noch 15 Angeklagte, und zwar 11 Süddeutsche, 3 Berliner und Dave. Von den Belastungszeugen, die mit Horsch an der Spitze aufmarschierten, sagte selbst die Magdeburgische Zeitung: Ist seit den Tagen der schwärzesten Reaktion je ein Prozeß vorgekommen, der unter den Belastungszeugen eine solche Fülle widerlicher bestrafter Subjekte, offenkundiger Spione der Polizei aufzuweisen hätte? Gegen Dave zeugte im besonderen noch der Polizeirat Krüger, indem er über das Vorleben dieses Angeklagten Angaben machte, die Dave sofort Punkt für Punkt widerlegen konnte. „Sehen Sie, das ist Ihre Kunst und Wissenschaft“, rief er dem Berliner Polizeigenie zu, und nachdem er noch ein paar nebensächliche Angaben Krügers berichtigt hatte, schloß er: „Es ist nur, um zu beweisen, daß er gar nichts weiß.“ Krüger berief sich auf seine „Vertrauensmänner“, die er im Staatsinteresse nicht nennen dürfe; die gloriose Methode, daß die Polizeibeamten auf ihren Eid nahmen, was ihnen Geister wie Horsch, Wichmann und Wolff gegen Stücklohn je nach der „Wichtigkeit“ mitgeteilt hatten, ging in diesem Prozeß aus ihrer altpreußischen Vergangenheit in ihre neudeutsche Gegenwart über.

Die Anklage „wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ fiel natürlich platt zu Boden. Ein Teil der Angeklagten hatte verbotene Druckschriften verbreitet und somit gegen das Sozialistengesetz, vielleicht auch wegen des Inhalts dieser Druckschriften gegen einen oder den anderen Kautschukparagraphen des Strafgesetzes verstoßen, aber das alles war keine Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens. Ebensowenig wäre es eine solche Vorbereitung gewesen, wenn die Angeklagten sich von dem Lockspitzel Horsch wirklich hätten verleiten lassen, ein Attentat gegen Rumpf oder einen geheimen Kongreß

zu planen. Soviel erkannte das Reichsgericht auch an, jedoch verurteilte es 9 Angeklagte, und unter ihnen Dave, zu einer Gesamtstrafe von 19 Jahren Zuchthaus, indem es die „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ daraus folgerte, daß die Verurteilten im Sinne Mosts gehandelt hätten. Most aber plane das hochverräterische Unternehmen, die moderne Gesellschaft mittels Gewalt umzustürzen und also auch die Verfassung des Deutschen Reichs gewaltsam zu ändern. Von allem anderen abgesehen, beruhte dies Urteil auf einem groben juristischen Schnitzer. Der angezogene § 86 des deutschen Strafgesetzes war wörtlich aus dem preußischen Strafgesetze übernommen worden, und der preußische Staatsgerichtshof hatte Lassalle noch 1864 ohne Zögern freigesprochen auf den sonnenklaren Nachweis, daß ein hochverräterisches Unternehmen nach Sinn und Wortlaut dieses Paragraphen eine nach Ort, Zeit und Umständen greifbare Realhandlung sein müsse, nicht aber nur irgend eine allgemeine, irgendwann, irgendwie und irgendwo auszuführende Absicht sein dürfe. Bei dem ersten Hochverratsprozesse, den das deutsche Reichsgericht zu entscheiden hatte, übertraf es an unrichtiger Auslegung des Strafgesetzes schon den preußischen Staatsgerichtshof Manteuffelischen Ursprungs.

Das Urteil erregte auch in bürgerlichen Kreisen peinliches Aufsehen. Da es aber dem bürgerlichen Klasseninteresse wider den Strich ging, zuzugestehen, daß der oberste Gerichtshof des Deutschen Reichs gleich bei der ersten Probe eines politischen Strafprozesses neun im Sinne der Anklage vollkommen unschuldige Männer zu entehrender Zuchthausstrafe verurteilt habe, so half sich die liberale Presse damit, das Reichsgericht zu feiern, weil es den Zeugen Horsch für unglaubwürdig erklärt und daneben einen leisen Tadel der polizeilichen Machenschaften mehr angedeutet als ausgesprochen hatte. Jedoch als sich einige kecke Organe unterstanden, auf die Autorität des Reichsgerichts hin den Rumpf etwas schärfer anzufassen, wurden sie sofort wegen Beleidigung eines, wie Puttkamer im Reichstage sagte, „sehr ausgezeichneten und über jeden Verdacht erhabenen Beamten“ angeklagt und zu schweren Strafen verurteilt.

Bei aller Sympathie mit den unschuldig Verurteilten zeigte der Prozeß den Arbeitern klar, was bei der „sozialrevolutionären“ Taktik herauskam. Most selbst war inzwischen von den englischen Gerichten zu 16 Monaten Zwangsarbeit verurteilt worden, weil er sich über die

Tötung des Zaren ungefähr in demselben Stile ausgelassen hatte, wie der preußische Polizeiagent Wichmann. Die Freiheit konnte sich in London nicht mehr halten und suchte eine Zuflucht in der Schweiz. Im Jahre 1882 erschien sie bei dem Drucker Wilhelm Bührer in Schaffhausen; die Druckkosten zahlte der Schreiner Schröder=Brennwald, der nach einer unbestrittenen Feststellung der Züricher Polizeibehörde im Dienste der Berliner Polizei stand und seine Kiste Dynamit mit sich führte, wie ein Probereiter seinen Musterkoffer.

Drittes Kapitel.

Frage und Antwort.

Die erste Periode des Sozialistengesetzes erstreckte sich über seine drei ersten Jahre. Sie enthielt den siegreichen Widerstand der Partei, der in drei Etappen gleichmäßig und unwiderstehlich heranwuchs. Die zweite Periode des Gesetzes währte fünfthalb Jahre und zerfiel gleichfalls in drei Abschnitte von ziemlich gleicher Länge. Es war die Zeit der „milden Praxis", der Versuche, die Sozialdemokratie nicht mehr bloß mit der Peitsche, sondern auch mit dem Zuckerbrote zu zähmen, die Zeit, wo auf dem Wege der Korruption erreicht werden sollte, was auf dem Wege der Gewalt mißlungen war. Der erste Abschnitt dieser Periode reichte von der kaiserlichen Botschaft im Herbst 1881 bis zum Kopenhagener Kongreß im Frühjahr 1883, von der Frage des Kaisers an das Proletariat bis zur Antwort des Proletariats an den Kaiser.

---

1. Die kaiserliche Botschaft.

Am 17. November 1881 wurde der neue Reichstag durch eine Thronrede eröffnet, die in die feierliche Form einer kaiserlichen Botschaft gekleidet war.

Darin hieß es, daß die Unterdrückung sozialdemokratischer Ausschreitungen nicht genüge, sondern auch das positive Wohl der Arbeiter gefördert werden müsse. Die Unfallversicherungsvorlage werde, umgearbeitet an der Hand der früheren Verhandlungen, dem Reichstage von neuem zugehen, und als Ergänzung eine Vorlage zur gleichmäßigen Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens. Aber auch die Erwerbsunfähigkeit durch Alter oder Invalidität bedürfe eines höheren Maßes staatlicher Fürsorge, als sie bisher gefunden habe. Der engere Anschluß an die realen Kräfte des christlichen Volkslebens und deren Zusammenfassung in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werde die Lösung von Auf-

gaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sei. Immerhin würde auch dabei die Aufwendung erheblicher Mittel nötig sein, und ebenso weise die Durchführung der begonnenen Steuerreform auf die Erschließung ergiebiger Einnahmequellen aus indirekten Reichssteuern hin, wofür drückende direkte Landessteuern abgeschafft und die Gemeinden entlastet werden könnten. Der sicherste Weg dazu sei das Tabaksmonopol und die stärkere Besteuerung der Getränke, Bestrebungen, die nicht nur von fiskalischen, sondern auch von reaktionären Hintergedanken frei seien.

Diese „Staatsschrift von weltgeschichtlicher Bedeutung" war tatsächlich ein reines Verlegenheitsmanöver Bismarcks. Ihn schmerzten noch alle Glieder von den Schlägen, die ihm die Bourgeoisie und weit mehr noch das Proletariat appliziert hatte. Er tat Reu' und Leid vor den kapitalistischen Interessen, indem er diesen „realen Kräften des christlichen Volkslebens" eine neue Organisation versprach und ihre Händchen zuließ bei den „Sozialreformen", die der Staat auf eigene Faust nicht ausführen könne. Das Proletariat aber wollte er durch die für den alten, kranken und verunglückten Arbeiter verheißene Fürsorge über die furchtbaren Leiden hinwegtäuschen, welche die kapitalistische Produktionsweise über den gesunden und kräftigen Arbeiter verhängt. Beiden Klassen aber suchte er reichlich strömende Finanzquellen abzulocken, wodurch er nach wie vor Herr der politischen Situation bleiben könnte. In gleichem Geiste war eine Vorlage gedacht, welche die Gewerbeordnung rückwärts revidieren sollte, halb im zünftlerischen und halb im polizeilichen Sinne, um das Kleinbürgertum zu födern und die Machtmittel der Regierung zu stärken.

In diesem Rahmen bewegte sich für die nächste Zeit die praktische Politik Bismarcks. Bei der ersten Gelegenheit erklärte er sich gegen den gesetzlichen Arbeiterschutz und gab dadurch den kapitalistischen Interessen eine weitere Bürgschaft seines Wohlverhaltens. In dieser Beziehung heuchelte er keineswegs, denn sein Haß gegen die Fabrikgesetzgebung war durchaus echt, so wenig echt die Schlagworte waren, womit er ihn zu begründen suchte, Schlagworte, deren halbwegs unterrichtete Manchesterleute sich längst schämten. Die Provinzialkorrespondenz ging in der Erfüllung ihres Auftrags, dem Kapital ja nicht auf die Zehen zu treten, sogar soweit, daß sie im September 1882 der überraschten Mitwelt verkündete, der „wahre Sozialismus" bestehe darin, das Kapital

zu schonen; wolle der Staat seinen Bedarf überwiegend dem großen Kapital entnehmen, so würde er den größten materiellen Hebel aller Zivilisation vernichten. Wegen dieses allzu kompromittierenden „Mißverständnisses" mußte sich das halbamtliche Blatt dann freilich acht Tage später selbst ohrfeigen. Die „lieben Brüder" Stöcker und Adolf Wagner dämpften ihren antisemitischen Zorn zu kindischen Ausfällen gegen die „Juden" Lassalle und Marx, die den arbeitsamen, fleißigen und uneigennützigen Fabrikanten als faulenzenden Ausbeuter verschrieen, aber den wahren Sitz der Ausbeutung, den spekulierenden Handel, sorgsam verschleiert hätten. Die Arbeiter selbst erhielten etwas freiere Bewegung in Schrift und Wort, um die neuen Heilsbotschaften zu vernehmen und auf sie zu schwören. Um aber diesen Botschaften die Weihe der Wissenschaft zu geben, wurde Rodbertus als ihr Schwurzeuge angerufen. Der Ärmste hätte sich im Grabe umgedreht, wenn er diesen Mißbrauch seines Namens hätte hören können; Rudolf Meyer handelte durchaus im Geiste seines Lehrers mit den energischen Protesten, die er vom Auslande her gegen das Sozialistengesetz und die Bismärckische Wirtschaftspolitik richtete. Aber wer daran zweifelte, daß Rodbertus aus dem Jenseits diese menschenfreundliche Ära segne, wurde von Adolf Wagner niedergedonnert: Rodbertus habe erklärt, die Volkswirtschaft müsse Staatswirtschaft werden, und eben dies erfülle sich glorreich.

In der ersten Session des neuen Reichstags wurden die laufenden Geschäfte erledigt. Da die sozialdemokratische Partei sich als wirkliche Macht erwiesen hatte, so fand ihre parlamentarische Fraktion, obgleich sie nur ein Dutzend Köpfe zählte, im Reichstag einen ganz anderen Empfang als früher. Die Rücksichtslosigkeiten gegen sie, die bisher an der Tagesordnung gewesen waren, hörten auf, und ihre Redner kamen ausreichend zum Worte. Alle bürgerlichen Parteien begannen in „Arbeiterwohl" zu machen. Die liberalen Fraktionen brachten einen Antrag auf Revision des Haftpflichtgesetzes ein, der im Grunde zwar nur bezweckte, die Arbeiterversicherung der privaten Spekulation zu erhalten, aber der schon um des lieben Scheins willen wirkliche Verbesserungen jenes verpfuschten Gesetzes vorschlagen mußte; die Ultramontanen interpellierten die Regierung wegen Fortbildung der Fabrikgesetzgebung; nur die Konservativen, die von Wagener auf Stöcker gekommen waren, wußten nichts Besseres zu ersinnen, als eine obligatorische Wiedereinführung der Arbeitsbücher. Die sozialdemokratische Fraktion half

gern dazu, die bürgerliche Arbeiterfreundlichkeit in die richtige Schmiede zu geleiten. Sie brachte den Antrag ein, die Regierung zur Beseitigung aller Ausnahmegesetze aufzufordern, und der Mehrheit des Reichstags, die jetzt aus lauter pathetischen Gegnern jeder Ausnahmegesetzgebung bestand, hätte dieser Antrag so willkommen sein müssen, wie er der politischen Lage angemessen war. Merkwürdigerweise hämmerte diese Mehrheit aber das glühende Eisen nicht, sondern ging in weitem Bogen daran vorbei; keine bürgerliche Partei, auch die Fortschritts- und die Volkspartei nicht, wollte den sozialdemokratischen Antrag unterstützen; mit Mühe und Not fanden sich ein Volksparteiler und ein paar Fortschrittler, um die fünfzehn Stimmen voll zu machen, die zur Einbringung eines selbständigen Antrags notwendig waren. Dann wurde der Antrag auf die lange Bank geschoben.

In der Debatte über die Jahresberichte, die den kleinen Belagerungszustand in Berlin, Hamburg und Leipzig begründen sollten, sprachen diesmal Hasenclever und Blos als Redner der Partei. Sie schnitten nicht so glatt ab wie neun Monate früher Auer und Bebel; einzelne ihrer Äußerungen führten zu lebhaften und scharfen Auseinandersetzungen im Sozialdemokraten. Immer aber gelang es ihnen, den Fechterkunststückchen Puttkamers durch die Parade zu fahren. Es war so recht in der Manier dieses Poseurs, daß er seine Niederlage mit der Klage verdecken wollte, Hasenclever habe die Frage nicht aus „großen Gesichtspunkten“ aufgefaßt. Das fehlte gerade noch, die Polizeischurkereien der Horsch und Rumpf zu besingen, wie Vater Homer die Taten Achills und Hektors besungen hat.

In der Frühjahrssession 1882 ging der Reichstag dann an seine „großen Geschäfte“. Bismarck pries das Tabaksmonopol, das selbst im willigen Bundesrate nur mit 36 gegen 22 Stimmen angenommen worden war, über den grünen Klee. Er fürchte sich nicht vor dem sozialistischen Gedanken, der, wie Goethe vom braven Reiter und vom guten Regen sage, überall seinen Weg finde. Wie großes Heil habe der Sozialismus dem Lande schon gebracht! Sozialistisch sei die Bauernemanzipation gewesen, sozialistisch sei jede Enteignung zugunsten der Eisenbahn- oder Wassergesetzgebung, sozialistisch sei die ganze Armenpflege, der Schulzwang, der Wegebau. Dieses unglaubliche Spiel mit dem Sozialismus als Schlagwort, wenn es anders nichts Schlimmeres war, hatte nur einen mildernden Umstand, und zwar darin, daß Bam-

berger und ähnliche liberale Weltweise begierig darauf eingingen, um das „sozialistische" Tabaksmonopol „im Interesse der bürgerlichen Freiheit" zu bekämpfen. „Sagen Sie richtig: im Interesse der bürgerlichen Ausbeutung", warfen die sozialdemokratischen Abgeordneten dazwischen. Hauptredner der Fraktion war Vollmar, dessen in ihrer Art meisterhafte Jungfernrede den bürgerlichen Freunden wie den bürgerlichen Gegnern des Tabaksmonopols die Wege wies. Mit 276 gegen 43 Stimmen wurde der Entwurf abgelehnt.

Zugleich hatte die Regierung ein Kranken- und ein Unfallversicherungsgesetz vorgelegt. Beide standen in engem Zusammenhange, denn in noch weit höherem Maße, als in dem ersten Entwurfe, sollte die Unfallversicherung auf die Krankenkassen abgewälzt werden; nicht mehr eine vier-, sondern eine dreizehnwöchige Karenzzeit war vorgesehen. Die Reichsbank für Unfallversicherung ließ Bismarck fallen; an ihre Stelle sollten Betriebsgenossenschaften der Unternehmer treten. Wohl aber hielt er am Reichszuschusse fest, in der Höhe von 25 Prozent der zu leistenden Entschädigungen. Es war immer noch mehr, als die Bourgeoisie sich bieten lassen mochte. Zunächst beschäftigte sich der Reichstag mit der Vorlage über die Krankenversicherung, die nicht viel mehr als eine Verallgemeinerung des Hilfskassengesetzes von 1876 bedeutete. Eine Kommission gewerkschaftlich und politisch geschulter Arbeiter hätte in acht Tagen das Gesetz hieb- und stichfest hergestellt. Der Reichstag aber verhedderte sich so, daß er nach zahllosen Kommissionssitzungen noch immer nicht fertig war. Kam es doch für die bürgerlichen Parteien darauf an, den Arbeitern möglichst sorgfältig jede Möglichkeit einer neuen Organisation zu versperren! Das Haus war nicht mehr zusammenzuhalten, ehe auch nur das Krankenversicherungsgesetz verabschiedet war, und um nicht wieder von vorn anfangen zu müssen, wurde die Session nicht geschlossen, sondern bis zum nächsten Winter vertagt.

Im Dezember 1882 trat der Reichstag wieder zusammen. Die sozialdemokratische Fraktion wollte diesmal die bürgerlichen Parteien in der fälligen Debatte über § 28 des Sozialistengesetzes nicht so wohlfeilen Kaufes davonkommen lassen wie bisher; sie beantragte eine Resolution, worin der Reichstag erklären sollte, daß die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin, Hamburg und Leipzig nicht gerechtfertigt sei. Vollmar eröffnete die Debatte mit einer durchschlagenden Rede, die von dem stolzen Kehrreim widerhallte: Wir sind die Sieger,

und ihr seid die Besiegten. Puttkamer antwortete äußerst schwach, indem er ein paar Schnitzel aus dem großen Zitatensack ablas; die Ausweisungen aus Berlin, Hamburg und Leipzig sollten dadurch begründet werden, daß der Sozialdemokrat ketzerische Äußerungen über das Gottesgnadentum gemacht oder die Freiheit über Ehe und Familie in einer der bürgerlichen Heuchelei mißfälligen Weise geschrieben hatte. Mit all seinem leeren Pathos lockte Puttkamer nicht einmal die bürgerlichen Parteien hinter dem Ofen hervor; so raffte er sich zu dem Verzweiflungsstreich auf, die „kühnen" Anarchisten als die stärkere Arbeiterpartei herauszustreichen und alle holden Geheimnisse seiner schönen Polizistenseele in dem Trumpfe zu enthüllen: Most ist mir lieber als Sie.

Die bürgerlichen Parteien hätten nun gern die Debatte geschlossen. Aber sie mußten ihre Armesündersprüchlein hersagen, so gut oder so schlecht es ging, denn die sozialdemokratische Fraktion drohte, einen Schlußantrag mit einem Antrag auf Auszählung des beschlußunfähigen Hauses zu beantworten. Einigermaßen mannhaft sprach der Volksparteiler Köhl und neben ihm der Fortschrittler Wendt, ein Hamburger Lehrer, der sich offen als Republikaner bekannte. Die preußischen Fortschrittler, denen Bismarck eben in den Landtagswahlen eine böse Schlappe beigebracht hatte, redeten matt und nichtssagend, wenn sie sich auch nicht offen der sozialdemokratischen Resolution zu widersetzen wagten. Der Schönredner Hänel bot wieder verschämt eine Verschärfung des gemeinen Rechts als Ersatz für das Sozialistengesetz an, und der königstreue Patriot Eugen Richter verleugnete heftig das republikanische Bekenntnis seines Fraktionskollegen Wendt. Die Sezessionisten versteckten sich hinter formalen Ausreden, ebenso der ultramontane Redner Windthorst, der, selbst beschämt über diese niederziehende Rolle, sich zu der komischen Drohung verstieg, die soziale Revolution mit dem Schwerte niederschlagen zu wollen. Noch trauriger gebärdete sich der polnische Junker Czarlinski, der sich bereit erklärte, die „Verirrungen" der Arbeiter an die Polizei zu verraten. Die konservativen und die nationalliberalen Pagoden nickten einfach ihr Ja zu allen Puttkamereien, nur Stöcker tat ein übriges und verlangte womöglich eine Verschärfung des Sozialistengesetzes. Gegen die fortschrittlichen und die volksparteilichen Stimmen wurde die sozialdemokratische Resolution abgelehnt.

Vorher hatte Grillenberger noch mit festem Griffe das sophistische Spinnengewebe Puttkamers zerrissen. Er fertigte die heuchlerischen

Redensarten über die Heiligkeit der bürgerlichen Ehe und Familie so derb wie treffend durch einen drastischen Hinweis auf die Mätressenwirtschaft der oberen Zehntausend ab; dann langte er sich einen von Bismarcks Söhnen, der damals eine verheiratete Frau entführt und auf eine Drohung des Alten mit dem seiner Rasse eigenen Heldenmut das verführte Weib verlassen hatte, um zu den väterlichen Fleischtöpfen zurückzukehren. Die in all ihrer Heiligkeit gekränkte Familie Bismarck schwor fürchterliche Rache, und auf eine telegraphische Depesche aus Berlin wurde umgehend ein harmloser Arbeiternotizkalender verboten, den die Nürnberger Genossenschaftsbuchdruckerei herausgab. Sie kam dadurch an den Rand des Konkurses, aber nur Toren konnten sich einbilden, mit solchen Mitteln einen Mann wie Grillenberger zu schrecken. Ein Bild urwüchsiger Manneskraft, hatte sich der Führer der Nürnberger Arbeiter zu einem trefflichen Kämpfer auf parlamentarischem Boden entwickelt. Kundig, wie wenige, in allen Fragen der Arbeitergesetzgebung, immer bereit und fähig, in sachlichster Weise zu prüfen, was selbst von dieser Regierung dem Proletariate Gutes kommen konnte, war Grillenberger nicht minder voran, die Schlingen des Sozialistengesetzes zu zerreißen. Sein besonderes Interesse widmete er den berüchtigten Zwanziggroschenjungens, die den sozialdemokratischen Abgeordneten auf Schritt und Tritt, bei Tage und bei Nacht, ja bis in die Räume des Reichstags nachspitzelten. Als Grillenberger einmal die Regierung wegen dieses unwürdigen Treibens interpellierte, drückte sich Puttkamer, und der Staatssekretär v. Bötticher sagte mit der unschuldigsten Miene von der Welt: Mein Name ist Hase, und ich weiß von gar nichts. Grillenberger verhieß, wenn der Unfug nicht aufhöre, einmal einen Spion leibhaftig auf dem Tische des Hauses niederzulegen, und er war der Mann, sein Wort zu halten; mehr als einmal sind die feigen Burschen vor seinen kräftigen Fäusten ausgerissen.

Hatte sich ein Teil der bürgerlichen Opposition noch dazu bequemt, die mißbräuchliche Anwendung des § 28 zu tadeln, so fiel auch dieser Teil fast vollzählig um, als am 11. Januar 1883 endlich der sozialdemokratische Antrag auf Beseitigung aller Ausnahmegesetze verhandelt werden mußte. Die Sezessionisten erfanden die Finte, daß die Behandlung verschiedener Rechtsmaterien in einer und derselben Vorlage sich nicht empfehle, und auf diesem Seitenpfade trabten so ziemlich alle „prinzipiellen Gegner jeder Ausnahmegesetzgebung" in die Büsche, an

der Spitze der fortschrittliche Bullenbeißer Eugen Richter und der ultramontane Fuchs Windthorst. Auch die Frankfurter Zeitung, das Organ der Volkspartei, schrieb von einer „verlorenen Schlacht“ der Sozialdemokratie, als ob die sozialdemokratische Fraktion von der Annahme ihres Antrags die sofortige Beseitigung der kirchen- und sozialpolitischen Ausnahmegesetze erwartet hätte! Was sie beanspruchte und beanspruchen konnte, war vielmehr nur, daß die Mehrheit des Reichstags ihren angeblichen Abscheu vor Ausnahmegesetzen offiziell bekunde. „Wir stehen auf dem Boden des Prinzips“, sagte Liebknecht in den ausgezeichneten Reden, womit er den sozialdemokratischen Antrag begründete, „wir verlangen, daß Sie sich auch auf diesen Boden stellen. Wer gegen unseren Antrag stimmt, bekennt sich als prinzipiellen Anhänger von Ausnahmegesetzen.“ Es gehörte eine schon sehr weit gediehene Geistesverwirrung dazu, in der prinzipiellen Flucht der bürgerlichen Opposition eine „gewonnene Schlacht“ zu erblicken.

Soviel hatte Bismarck mit dem Sozialistengesetz allerdings erreicht, daß zwar nicht der proletarische Sozialismus, aber wohl der bürgerliche Liberalismus und Radikalismus gelähmt war. Die Unentwegten bekamen alle den Staatsmannskoller, der durch die possierlichsten Sprünge die heimliche Angst um den geliebten Geldschrank zu verdecken suchte.

2. Der Kongress in Kopenhagen.

Die innere Kräftigung der deutschen Sozialdemokratie hatte seit den Reichstagswahlen von 1881 ununterbrochene Fortschritte gemacht. Das Bewußtsein, daß die Partei so kräftig lebe wie je, wirkte anfeuernd auf die Arbeitermassen, und in den Spalten des Sozialdemokraten fochten Vollmar und Bebel schon eine kleine Fehde über die Frage aus, ob das Ausnahmegesetz alles in allem nicht dem gemeinen Rechte vorzuziehen sei. Vollmar meinte, die Frage bejahen zu sollen, wogegen Bebel doch eine Reihe triftiger Einwände geltend machte.

Dieser Streit war vorläufig noch Zukunftsmusik; für die Gegenwart genügte, daß die Entwicklung der Partei von dem Sozialistengesetze unabhängig war. Sie besaß jetzt im Auslande einen starken Außenposten, der ihr völlige Freiheit der Bewegung gestattete. Die deutschen Sozialdemokraten in der Schweiz hatten sich zu einer festen Organisation zusammengefaßt, nachdem sie sich im Herbste 1880 auf einem

Kongresse in Olten von ihren schweizerischen Gesinnungsgenossen friedlich-schiedlich getrennt hatten, und auch die Schweizerische Vereinsbuchdruckerei und Volksbuchhandlung, die den Sozialdemokraten herstellte, war in den Besitz deutscher Parteigenossen übergegangen. Das Geschäft stand unter der technischen Leitung eines tüchtigen Fachmannes des schweizerischen Buchdruckers Conzett, die deutsche Partei hatte darin fünf Vertreter. Es waren Eduard Bernstein, der seit dem Herbste 1880 die Redaktion des Sozialdemokraten führte, Julius Motteler, der die Expedition besorgte, der bisher in Dresden agitatorisch tätig gewesene Kaufmann Hermann Schlüter als Verwalter der Buchhandlung, endlich Leonhard Tauscher als Faktor und Richard Fischer als Metteur der Druckerei.

Seitdem Bernstein die Redaktion führte, hielt das während seines ersten Lebensjahres mitunter etwas schwankende Parteiorgan eine streng konsequente Richtung inne, mit einer Schärfe, die den Verfolgungen der Partei entsprach. Ob es in urkräftigen Ausdrücken des Zornes nicht manchmal mehr leistete, als gerade notwendig war, das mochte fraglich sein; Bernstein selbst hat später einmal ehrlich gestanden, daß er, von den heimischen Verhältnissen losgerissen und der Atmosphäre des Exils überwiesen, durch den Konkurrenzkampf mit Mosts Freiheit in der Form seiner Polemik beeinflußt worden sei. Doch handelte es sich dabei allein um die Frage, ob nicht, wie Engels an Bernstein schrieb, die vorwiegende Anwendung des Hohnes und des Spottes die Gegner schärfer verwunde, als die heftigsten Worte der Entrüstung sie verwunden könnten. Sonst war mit den stärksten Ausdrücken, die der Sozialdemokrat je gebraucht hat, der deutschen Polizeiwirtschaft gerade nur ihr Recht geschehen, und dies war auch die sehr entschiedene Ansicht der deutschen Arbeiter. Als Hasenclever und Blos Ende 1881 im Reichstage einige Redewendungen gebraucht hatten, die halb und halb als eine Verleugnung des Sozialdemokraten gedeutet werden konnten, entspann sich eine lebhafte Auseinandersetzung über die Schreibweise des Zentralorgans, die mit dem nahezu einstimmigen Votum des klassenbewußten Proletariats endete: Je kräftiger, desto besser! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, auch Hasenclever und Blos, erkannte bei dieser Gelegenheit nochmals den Sozialdemokraten als offizielles Parteiorgan an, wobei sie nur den ganz selbstverständlichen Vorbehalt machte, nicht für jeden einzelnen Artikel oder Ausdruck haftbar zu sein.

In der Expedition des Sozialdemokraten bewährte Motteler als „roter Feldpostmeister" seine alten Organisationstalente. Was noch niemals in der Geschichte gelungen war, das gelang jetzt mit unübertrefflicher Leichtigkeit und Sicherheit: ein verbotenes Emigrantenblatt, dessen Verbreitung mit schweren Strafen bedroht war und dessen Wege von dem polizeilichen Heerbanne eines großen Staates besetzt waren, wurde allwöchentlich in vielen Tausenden von Exemplaren bis in die entlegensten Orte dieses großen Staates pünktlich vertrieben. Die Möglichkeit eines so beispiellosen Erfolges schufen freilich erst die modernen Produktions- und Verkehrsverhältnisse. Die Napfkuchen, die Schweizerkäse, die Kürbisse, die Gipsfiguren, die Zuckerhüte, in die gestopft der Sozialdemokrat angeblich die deutsche Grenze passieren sollte, gehörten in das Reich der Fabel. Die modernen Transportmittel und die moderne Technik machten solche altväterischen, für die zu transportierenden Mengen auch ganz unzulänglichen Methoden überflüssig. Der Schmuggel ins Reich bot überhaupt nicht die größten Schwierigkeiten. Viel wichtiger war die Weiterverbreitung und an den einzelnen Orten die Verteilung an die Abonnenten und Leser. Das erforderte ein ganzes Heer energischer, geschickter und unbedingt zuverlässiger Parteigenossen, und ohne ein Massenaufgebot der pflichttreuen Soldaten, die durch die moderne Produktionsweise geschult waren und aus der Solidarität des modernen Proletariats ihre Kraft schöpften, hätte der Sozialdemokrat seine historische Aufgabe nicht vollbringen, hätte auch die Verbreitung von Flugblättern sich nicht zu einer immer schärferen Waffe der Partei entwickeln können. Jeder einzelne dieser Tapferen bewährte einen Opfermut und eine Überzeugungstreue, die um so fleckenloser strahlten, als sie nicht einmal durch die edelste menschliche Leidenschaft, die Begierde nach Ruhm, getrübt wurden. Die namenlosen Kämpfer wußten, daß „kein Lied, kein Heldenbuch" künden würde, wie sorgsam sie ihre, im Dienste ihrer Klasse übernommene Pflicht erfüllt hätten.

Solche Phalanx zu sprengen, war für die offizielle Polizei des Deutschen Reiches unmöglich, trotz der krampfhaftesten Anstrengungen. In Berlin allein verzehnfachten sich die etatsmäßig angestellten Beamten der politischen Polizei innerhalb dreier Jahre, ungerechnet das ungezählte Heer der Spitzbuben, die gegen Stücklohn für die Verteidigung der heiligsten Güter kämpften. Diese Bande überschwemmte namentlich auch die Schweiz, aber so leicht sie in die anarchistischen Konven-

tikel eindrang, so sicher prallte sie an der sozialdemokratischen Organisation ab. Die schmähliche Methode der Polizei, arme, gehetzte, hungernde Arbeiter so lange zu martern, bis sie sich zu Verräterdiensten bequemten, half auch nicht weit. Wurde gelegentlich ein Posten verbotener Schriften „geschnappt", so rückte sofort Ersatz nach, und es dauerte nie lange, bis der Verräter in der schwarzen Liste des Sozialdemokraten prangte und aller Schande Müh' umsonst war.

Ein Hauptfang gelang den Zürichern im November 1882, als sie mit dem Spitzel Schmidt auch dessen „amtliche" Korrespondenz ergriffen. Schmidt war ein betrügerischer, von den ordentlichen Gerichten steckbrieflich verfolgter Bankrotteur aus Dresden, den die Schweiz nach den bestehenden Verträgen ausliefern mußte, wenn die deutschen Behörden seine Auslieferung verlangten. Das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte trug danach aber kein Verlangen, sondern benützte den Gauner als Lockspitzel unter den deutschen Sozialdemokraten in Zürich. Schmidt empfahl Attentate mit vergifteten Nadeln und überhaupt die Stiftung eines Attentatsfonds, was allein schon genügte, ihn denen verdächtig zu machen, die er bespitzeln wollte. Bei seiner Entlarvung fanden sich die zärtlich-vertraulichen Briefe vor, die der Kriminalrat Weller und der Polizeikommissar Paul in Dresden, sowie der Polizeiinspektor Kaltenbach mit dem notorischen Verbrecher als ihrem „Vertrauensmanne" gewechselt hatten, teilweise unter der Deckadresse eines höheren Postbeamten in Mülhausen. Aus diesen Schriftstücken erhellte dann auch die Art, wie Lockspitzel gezüchtet wurden, unbeschadet der feierlichen Verwarnung an alle polizeilichen „Vertrauensmänner", ja nicht zu Verbrechen aufzureizen. Nachdem der Appetit des Spions durch reichliche Vorschüsse gereizt war, wurde er an die Hungerkandare genommen, mit dem Bedeuten, daß neue Gelder nur „locker gemacht" werden könnten, wenn er „Wichtiges" zu melden habe. Es war nicht die Schuld des dummen Teufels, wenn all seine Lockspitzeleien keine „wichtigen" Attentate gezeitigt hatten. Aus Zürich hinausgepeitscht, floh er ins Deutsche Reich zurück, wo ihn die ordentlichen Gerichte, die sich nun nicht mehr unter die höheren Bedürfnisse der Polizei zu ducken brauchten, wegen betrügerischen Bankrotts zu vierjährigem Zuchthause verurteilten.

Der Sozialdemokrat konnte nun schon den Spieß umkehren und ein „Verbrecheralbum" anlegen, worin er die in der deutschen Polizei

herrschende Korruption aufdeckte. In Elberfeld-Barmen allein brachen darüber ein halb Dutzend polizeilicher Sozialistenhetzer so oder so den Hals, und der Oberbürgermeister klagte, daß sich Niemand mehr zu dem gefährlichen Amte der Staatsrettung hergeben wolle. Um dem Mangel abzuhelfen, wurden „bewährte Kräfte" von auswärts gesandt, ein Polizeiinspektor Öhlschläger aus Altona mit noch einem Komplizen, aber auch sie mußten schleunigst aus dem Wuppertale retirieren, da ein Berliner Ausgewiesener, den sie zu Spitzeldiensten ködern wollten, ihre Uriasbriefe sofort im Sozialdemokraten veröffentlichte. Dabei kamen gleich noch ein paar Lockspitzel an den Pranger, die seit längerer Zeit im bergisch-märkischen Proletariat gewühlt hatten.

Die politische Organisation der deutschen Arbeiterklasse war zertrümmert worden, aber ihre ökonomische Organisation konnte nicht vernichtet werden, es sei denn, daß die moderne Zivilisation aufgehoben wurde, der Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses, der die Arbeiterklasse vereint, schult und organisiert. Mit ihm waren tausend Wege der schnellen Verständigung eröffnet, ohne daß zu dem gefährlichen und zweischneidigen Mittel einer hierarchisch gegliederten Geheimorganisation gegriffen zu werden brauchte. Jeder gemeinsame Arbeitstag in den großen Werkstätten der modernen Industrie, jede Form geselliger Vereinigung, jeder Bildungs- und Leseverein, jeder Rauch- und Tanzklub, jeder sonntägliche Ausflug in Feld und Wald, jeder Spaziergang am Feierabend spottete der polizeilichen Anstrengungen, die sozialdemokratische Organisation zu zerbrechen. Geheim war diese Organisation, die sich je nach den örtlichen Verhältnissen in der verschiedensten Weise gestaltete und jeder Form des Angriffs ihren siegreichen Widerstand anzupassen wußte, nur insoweit, als sie geheim sein mußte, um dem Proletariat gleiches Recht mit den übrigen Bevölkerungsklassen zu sichern. Eben deshalb war sie moralisch so unüberwindlich, wie sie ökonomisch unzerbrechlich war.

Mit der neuen Wendung seiner Politik war Bismarck nun aber auch gezwungen, den Arbeitermassen größeren Spielraum zu lassen, als sie in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes gehabt hatten. Sie mußten sprechen können, sei es auch nur, um ihm für seine „Wohltaten" zu danken, um ihren „Verführern" zu fluchen, und nicht zuletzt, um die Bourgeoisie ins Bockshorn zu jagen. Bismarck spann denselben Faden, aber eine andere Nummer der polizeilichen Willkür. In

seiner beschränkten Weise bildete er sich ein, damit die Arbeiter fangen zu können. In der Tat statteten sie ihm ihren Dank ab, indem sie sofort jeden Fußbreit des ihnen eingeräumten, noch so schwankenden Bodens besetzten, aber nicht den Dank, den er beanspruchte, sondern den Dank, den er verdiente.

Mit dem Jahre 1882 nahm die gewerkschaftliche Bewegung einen neuen Aufschwung. Ganz hatte sie selbst durch das Sozialistengesetz nicht unterdrückt werden können. Den ersten größeren Lohnkampf unter dem Gesetze führten die Berliner Tischler im Frühjahr 1880, seit dem Ende dieses Jahres waren auch einzelne Fachvereine entstanden, und noch früher, fast unmittelbar nach dem Verbot der alten Gewerkschaftsblätter, einzelne Fachblätter. So der Wecker, den Bock in Gotha für die Schuhmacher gründete, so die Neue Tischlerzeitung und der Schiffbauerbote in Hamburg, der Gewerkschafter für die Tabaksarbeiter in Leipzig und andere mehr. Dann gab ein gewisser Aufschwung der Industrie, der sich im Anfange der achtziger Jahre bemerklich machte, der gewerkschaftlichen Bewegung einen starken Anstoß.

Als im März 1882 der Vergolder Ewald die Vorstände der Berliner Fachvereine zusammenberief, um eine Petition zu beraten, die der Regierung die Beschwerden und Wünsche der Arbeiter vortragen sollte, gab es solcher Vereine schon 18. Aus ihnen entstand das Generalkomitee der Berliner Gewerkschaften, das eine lebhafte Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz entfachte. Gleich in der ersten Arbeiterversammlung, die darüber beriet, wurde beschlossen, die Petition nicht an die Regierung, sondern an den Reichstag zu senden; auch ohne Bismarck werde sie an den parlamentarischen Vertretern der Arbeiterklasse kräftige Befürworter finden. Noch deutlicher trat der Geist, der die Berliner Arbeiter beseelte, in späteren Versammlungen hervor, in denen Hasenclever, Frohme und andere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete mit stürmischem Jubel begrüßt wurden. Immerhin lavierte Ewald sehr vorsichtig, und die gehässigen Angriffe der fortschrittlichen Presse, die mit ihren verschollenen Manchesterphrasen gegen die Petition ins Feld rückte, boten ihm auch einen ungezwungenen Anlaß, zunächst mit der Fortschrittspartei abzurechnen. So hofften Stöcker und Konsorten monatelang sich der Bewegung bemeistern zu können; sie schwangen sich sogar zu Angriffen gegen die Polizei auf, die mit der Auflösung der Arbeiterversammlungen gar zu schnell bei der Hand sei.

Lange währte der süße Traum natürlich nicht. Als die konservative Partei um die Jahreswende von 1882 auf 1883 mit ihrem Antrag auf Einführung obligatorischer Arbeitsbücher ans Tageslicht kam, schoben die klassenbewußten Arbeiter die lahmen Proteste der Fortschrittler gleichmütig beiseite und brandmarkten den reaktionären Streich in geziemender Frakturschrift. In zwei großartig besuchten Versammlungen nannten die Berliner Arbeiter die Behauptung, daß die Arbeitsbücher vom Proletariat gewünscht würden, eine bewußte Lüge und erklärten, daß die Urheber dieses Antrags die Verachtung aller Arbeiter verdienten und an den Schandpfahl der Geschichte gehörten. Ähnliche Resolutionen faßten etwa hundert Arbeiterversammlungen, die von Rendsburg und Wilhelmshaven bis Nürnberg, München und Stuttgart stattfanden. Wo sich Stöcker und seine Kumpane vor Arbeitern blicken ließen, wurden sie mit lautem Gelächter weggefegt. Die Polizei wußte jetzt, woran sie war, und am 15. Februar 1883 bekam das Generalkomitee der Berliner Gewerkschaften eine Anklage angehängt, weil die Fachvereine als politische Vereine durch ihre Verbindung das Vereinsgesetz übertreten haben sollten.

Trotz der „milden Praxis“ hatten die Verfolgungen der sozialdemokratischen Partei überhaupt nicht aufgehört. Der kleine Belagerungszustand in Berlin, Hamburg und Leipzig wurde am Tage seines Ablaufs regelmäßig erneuert, die Ausweisungen aus den drei Belagerungsgebieten dauerten ununterbrochen fort, die Arbeiterversammlungen wurden nach der Laune der Polizei ebensogut aufgelöst wie gestattet, die Verbote von Druckschriften und Vereinen rissen nicht ab, und die Beschwerdekommission handhabte ihre „richterlichen Garantien“ so lustig wie je zuvor, wenn die Arbeiter, was seit geraumer Zeit nur noch in irgendwelchen Ausnahmefällen geschah, der Mühe für wert hielten, die „Reichsgalgenkommission“ zu behelligen. Auch die Aufruhrs-, Hochverrats-, Majestätsbeleidigungs-, Aufreizungs- und sonstigen Kautschukprozesse blieben auf der Tagesordnung. Es gehörte zum Wesen der „milden Praxis“, daß die Arbeiter keinen Augenblick vergessen durften, unter welchem Damoklesschwerte sie lebten. Im einzelnen wäre es auch zu viel behauptet, wenn man sagen wollte, daß die Justiz der Polizei erst nachgehinkt sei. Das würde namentlich nicht auf das Reichsgericht zutreffen, dessen politische Rechtsprechung seit dem ersten großen Hochverratsprozesse immer tiefer ins bodenlose fiel. Nur soviel darf gesagt werden, daß

zwar nicht alle, aber viele Gerichte in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes eine gewisse Reserve beobachteten. Es kamen manche Urteile vor, die an die Attentatsperiode erinnerten, so wurden vom Juli 1880 bis zum Januar 1882 in Dresden über 90 Parteigenossen gegen 18 Jahre Gefängnis verhängt, aber in vielen Fällen blitzten die Polizeibehörden mit ihren Denunziationen bei den Gerichten ab, wie denn in Berlin bis Ende 1881 von 359 polizeilich denunzierten Sozialdemokraten nur 26 gerichtlich bestraft wurden.

Mochte sich nun aber auch die Partei gegenüber der neuen Taktik Bismarcks schnell zurecht finden, so machte sich doch in ihren Reihen das Bedürfnis geltend, auf einem neuen Kongresse eine völlig unzweideutige Stellung zu der seit dem Wydener Kongresse mannigfach verschobenen Lage der Dinge zu nehmen. Gab es keine prinzipiellen, so immerhin mancherlei taktische Meinungsverschiedenheiten, wie sie namentlich in dem Streit über die Haltung des Sozialdemokraten hervorgetreten waren. Zudem mußten die nächsten Reichstagswahlen vorbereitet werden, und das dritte Jahr, in dessen Laufe nach dem Wydener Beschlusse spätestens ein neuer Kongreß zusammentreten sollte, war bereits angebrochen. Im August 1882 traten die Reichstagsabgeordneten und eine Anzahl Vertrauenspersonen zu einer dreitägigen Konferenz in Zürich zusammen, wobei die gesamte Lage der Partei einer gründlichen Erörterung unterzogen, und die Einberufung eines allgemeinen Kongresses fürs nächste Frühjahr festgesetzt wurde. Am 4. Januar 1883 forderte der Sozialdemokrat zur Wahl von Delegierten auf, die bis Ende Februar erfolgt sein müsse, worauf den Delegierten weitere Mitteilungen zugehen würden. Obgleich der Natur der Dinge nach sehr viele Personen Ort und Zeit des Kongresses erfuhren, wurde die deutsche Polizei doch vollständig getäuscht. Unter dem Befehle des Polizeirats Krüger hielt ein Kordon von Spitzeln die schweizerische Grenze von Lindau bis Basel besetzt; als dann in deutschen Blättern die Nachricht auftauchte, daß der Kongreß im Norden tage, preschte Krüger nach London, um hier zu erfahren, daß der Kongreß in Kopenhagen getagt habe und bereits geschlossen sei. Die Polizei konnte ihre ohnmächtige Wut über ihre gründliche Niederlage nur noch dadurch bekunden, daß sie in Kiel und Neumünster mehrere heimkehrende Delegierte, darunter einige Reichstagsabgeordnete, wider Gesetz und Recht auf ein paar Stunden sistierte.

Der Kongreß hatte vom 29. März bis zum 2. April in sieben Sitzungen seine Geschäfte zur allseitigen Befriedigung seiner sechzig Delegierten erledigt. Von einem Mitgliede, das seit 1872 sämtlichen Kongressen der Partei beigewohnt hatte, konnte festgestellt werden, daß noch auf keinem früheren Kongresse alle Parteibezirke so gleichmäßig vertreten gewesen seien, wie auf diesem. Die Gesamtlage der Partei erwies sich als in hohem Grade befriedigend. Innerhalb Deutschlands waren vom 5. August 1881 bis zum 28. Februar 1883 in den Sammelstellen 95000 Mark eingelaufen, daneben nach Zürich für die verschiedensten Zwecke 20729 Franken gesandt worden. In den drei Belagerungsgebieten war der Geist der Partei am ausgezeichnetsten, opferten die Genossen am großartigsten und besaß das Parteiorgan die stärkste Verbreitung. Über den Stand des Sozialdemokraten berichtete Richard Fischer: die Abonnentenzahl war seit dem Wydener Kongreß aufs Vierfache gestiegen, das Blatt deckte nicht nur seine Kosten, sondern konnte schon mit der Rückzahlung der ihm gemachten Vorschüsse beginnen.

Die Leitung der nächsten Reichstagswahlen wurde der Reichstagsfraktion übertragen, mit dem Rechte der Kooptation und der Befugnis, ein Subkomitee zur Besorgung der Geschäfte einzusetzen. Sie erhielt den Auftrag, ein allgemeines Wahlmanifest und eine Instruktionsbroschüre zum Schutze gegen ungesetzliche Übergriffe der Behörden und der herrschenden Klassen auszuarbeiten. Als Ziel der Wahlbeteiligung wurde nicht die Eroberung möglichst vieler Mandate, sondern möglichst zahlreicher Stimmen aufgestellt, demgemäß unter Beseitigung der offiziellen Wahlkreise die regste Wahlagitation empfohlen, wo immer es Parteigenossen gab. Die prinzipielle Haltung bei der Wahl blieb nach den Wydener Beschlüssen geordnet; ein Antrag auf absolute Stimmenthaltung bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten fiel mit 24 gegen 34 Stimmen. Mit dem System, bekannte Kandidaten in möglichst vielen Wahlkreisen aufzustellen, sollte gebrochen werden; alle Kandidaten mußten nicht nur das Parteiprogramm unbedingt anerkennen, sondern sich auch verpflichten, an allen durch Gesamtbeschluß der Parteivertretung herbeigeführten Aktionen teilzunehmen.

Die Haltung des Sozialdemokraten wurde im ganzen gebilligt, ebenso nach eingehender Aufklärung einzelner Punkte die Gesamthaltung der Reichstagsfraktion. In einer besonderen Resolution forderte der Kongreß ein „rücksichtsloses Vorgehen“ der Partei und verwarf jede Nachgiebig-

keit gegenüber den Verfolgungen der herrschenden Klassen, jede auf die Nachsicht der Behörden spekulierende Rücksichtnahme. Über die sogenannte Sozialreform im Deutschen Reiche erklärte der Kongreß einstimmig ohne Debatte, daß er nach dem bisherigen Verhalten der herrschenden Klassen weder an ihre ehrlichen Absichten noch an ihre Fähigkeiten glaube. Vielmehr sei er überzeugt, daß die angebliche Sozialreform nur als taktisches Mittel benützt werde, um die Arbeiter vom richtigen Wege abzulenken. Wohl aber halte es der Kongreß für die Pflicht der Partei und ihrer parlamentarischen Vertreter, bei allen auf die ökonomische Lage des Volks gerichteten Vorschlägen, gleichviel welchen Motiven sie entsprängen, die Interessen der Arbeiterklasse energisch wahrzunehmen, selbstverständlich ohne dabei auch nur einen Augenblick auf die Gesamtheit der sozialistischen Forderungen zu verzichten.

Dies war, klar, nett und rund, die Antwort des Proletariats auf die Botschaft des Kaisers.

Viertes Kapitel.

Wissenschaftliche Sammlung.

Noch eine traurige Pflicht war in Kopenhagen erfüllt worden, durch die Huldigung, die dem Andenken des Mannes gespendet wurde, der seit vier Jahrzehnten die proletarische Bewegung zweier Welten mit seinen gewaltigen Gedanken befruchtet hatte. Karl Marx war am 14. März 1883 gestorben. In seinem letzten Lebensjahrzehnt hatte er mit schweren Leiden zu kämpfen gehabt; vor ihm sanken seine Frau und seine älteste Tochter ins Grab; ernst und erschütternd klang dies große Leben aus. Doch es erlosch nicht in hoffnungsloser Nacht, wie einst das Leben eines Lessing oder eines Fichte, sondern im aufdämmernden Frührot der besseren Zeit; die fortschreitenden Erfolge der deutschen Arbeiterklasse erhellten die Lebensneige von Karl Marx.

Sein Erbe übernahm Engels, der noch zwölf Jahre lang unermüdet für das internationale Proletariat gearbeitet und geschafft hat. Aus den von Marx hinterlassenen Manuskripten gab er den zweiten und dritten Band des Kapitals heraus, die den Mechanismus des Kontors und des Markts zerlegten, wie der erste Band den Mechanismus der Fabrik. Doch konnten diese Bände ihrem Inhalte nach nicht so tief und unmittelbar in die Arbeiterbewegung eingreifen, wie ehedem der erste Band; die Fülle neuer Erkenntnis, die in ihnen erschlossen war, ließ sich nur von theoretisch durchgebildeten Lesern bewältigen. Gemeinverständlicher war die Schrift, die Engels im Anschluß an Morgans Forschungen und an Vorarbeiten von Marx, doch im wesentlichen als selbständige Arbeit über den Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats herausgab; sie füllte die eine große Lücke in der welthistorischen Auffassung des Kommunistischen Manifestes aus und gab dem wissenschaftlichen Kommunismus mit der lichtvollen Aufdeckung der menschheitlichen Urgeschichte eine neue Stütze. Immer aber gehörte der größere Teil der fruchtbaren und reichen Arbeit, die Engels

in seinem letzten Lebensjahrzehnt vollbracht hat, den praktischen Bedürfnissen des proletarischen Klassenkampfes. In unzähligen Aufsätzen, Briefen und Unterhaltungen beriet er die Arbeiterparteien aller Länder; alle Mühsal, die ihm daraus erwuchs, war ihm eine unabweisliche, augenblicklich zu erfüllende Pflicht. Hatte er sein Leben lang etwas im Schatten von Marx gestanden, so lohnte ihn jetzt ein frisch blühendes Greisenalter in reicher, wie er selbst mit der echten Bescheidenheit des großen Denkers meinte, überreicher Fülle.

Seine Schrift gegen Dühring hatte mitten in dem tobenden Kampflärm, der die ersten Jahre des Sozialistengesetzes erfüllte, langsam in einzelnen hellen Köpfen zu wirken begonnen; eine populäre Zusammenstellung ihrer wichtigsten Kapitel, die Engels zur Zeit des Kopenhagener Kongresses herausgab, um die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft in ihren großen Zügen darzulegen, wurde nun schon in einer starken Auflage heißhungrig von den Massen verschlungen, bald auch mit ähnlicher Wirkung in die Sprache aller Länder übersetzt, wo es eine Arbeiterbewegung gab. Höchbergs wissenschaftliche Zeitschriften waren eingegangen, obgleich namentlich das Züricher Jahrbuch in seinen späteren Bänden eine fortschreitende Entwicklung bekundet hatte; solange die Partei um ihr politisches Dasein ringen mußte, schob sie alle Theorie zurück. Nach den Wahlen von 1881 drängte die wundervolle Spannkraft, die in der modernen Arbeiterbewegung lebt, um so stärker zur wissenschaftlichen Sammlung. Das Heer, dem noch ein langwieriger Krieg bevorstand, bedurfte der Rüst- und Zeughäuser, um alte Waffen zu schärfen und neue Waffen zu schmieden; die Gründung eines Parteiarchivs war schon in Wyden erwogen, in Kopenhagen mit verstärktem Nachdruck beschlossen worden; es fand in Schlüter einen sehr findigen Pfleger.

In dieser Beziehung, wie in allen anderen, täuschte das Sozialistengesetz die verblendeten Erwartungen seiner Urheber. Nicht mit Unrecht klagten die Manchestermänner, der verfolgte Sozialismus sei ein „großer Herr" geworden, dem alle Welt den Hof mache. Gewiß lief dabei viel bloßer Schein mit unter, wofür schon die Verbeugungen Bismarcks vor dem Sozialismus hinlänglich zeugten. Jede Maßregel der fiskalischen Plus- oder der bürgerlichen Profitmacherei wurde als Sozialismus verherrlicht, sobald nur der Arm des Staates dazu diente, sie durchzuführen. Aber ungestraft spielt niemand mit diesem Feuer, und was noch an

wissenschaftlichem Gewissen in der bürgerlichen Gelehrsamkeit lebte, empörte sich gegen den Humbug. Manche junge Forscher veröffentlichten verdienstliche Arbeiten über die Lebenslage des deutschen Proletariats; einzelne davon, wie Emanuel Hans Sax und Schnapper-Arndt, bekannten sich ehrlich zu den Anregungen, die sie durch Engels und Marx empfangen haben. Mit tiefen Einblicken in die historische Entwicklung und das typische Wesen der kapitalistisch ausgebeuteten Hausindustrie schilderte Sax thüringische Bezirke, Schnapper-Arndt fünf Dorfgemeinden auf dem Hohen Taunus; ihre Bilder waren bei aller Sorgfalt der Untersuchung mit der schöpferischen Kraft entworfen, die den wissenschaftlichen Forscher von dem gelehrten Handwerkstroß trennt. Aber auch das Spiel dieses Trosses mit Rodbertus erwies sich als zweischneidig. Über einen so harten Knorren, wie Rodbertus doch immer gewesen war, stolperte die akademische Jugend, die auf ihn dressiert wurde: die gesinnungslosen Streber versanken lieber gleich in dem Bismärckischen Sumpfe, indem sie fanden, daß Rodbertus mehr als Marx sein möge, aber Bismarck entschieden noch viel mehr als Rodbertus sei, die wirklichen Talente aber retteten sich auf die ebene Erde des wissenschaftlichen Kommunismus. So namentlich Max Schippel, ein geborener Chemnitzer, der gleich in seinem literarischen Erstling über das moderne Elend und die moderne Überbevölkerung eine wertvolle Arbeit gab und schnell die materialistische Geschichtsauffassung beherrschen lernte.

Mehr als ihren begabtesten Nachwuchs konnte der wissenschaftliche Kommunismus der offiziellen Gelehrsamkeit nicht entreißen, die, eben weil sie offizielle Gelehrsamkeit ist, sich nicht vom Boden des bürgerlichen Klassenstaats zu lösen vermag. Nur wenige Jahre, und die deutschen Universitäten erklärten sich noch unter dem Sozialistengesetze zu Werkzeugen der Klassenherrschaft. Als Konrad Schmidt, ein junger Königsberger aus altdemokratischer Familie, sich als Privatdozent mit einer Schrift einführen wollte, die ein Problem des wissenschaftlichen Kommunismus in rein spekulativ-theoretischer Form mit großem Scharfsinne behandelte, wurde ihm überall bedeutet, daß ein „Marxist“ an deutschen Hochschulen nicht geduldet würde. Die sozialdemokratische Partei brauchte nicht erst bei diesem Anlasse zu erfahren, daß die Freiheit der Wissenschaft auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft eine hinfällige Redensart ist. Sie hatte sich längst ihre wissenschaftlichen Waffen-

schmieden im eigenen Lager errichtet. Nach bewährter Gewohnheit war sie dabei von ihren nächsten Bedürfnissen ausgegangen; ihre erste Stätte theoretischer Erörterung wurde ihr Züricher Zentralorgan, dessen Aufgaben sich wandelten, seitdem den deutschen Arbeiterblättern einige Bewegungsfreiheit eingeräumt worden war.

Es kam jetzt nicht mehr in erster Reihe darauf an, den gehetzten, unterdrückten und verfolgten Arbeitern die Leidenschaft des Kampfes einzuflößen und eine revolutionäre Sprache zu führen, die der reaktionären Verfolgungswut entsprach. Vielmehr trat die andere Aufgabe in den Vordergrund, das Spiel der offiziellen Sozialdemagogie zu durchkreuzen, die Partei über die ökonomisch-sozialen Strömungen in Gesellschaft und Staat aufzuklären, mißverständliche Schlagworte in das richtige Licht zu stellen, wie den „Kampf gegen das Manchestertum", der einmal seinen guten Sinn gehabt hatte und wieder seinen guten Sinn haben konnte, damals aber die deutsche Arbeiterklasse in eine bedenkliche Waffenbrüderschaft mit den bedenklichsten Elementen des herrschenden Ausbeutertums zu bringen drohte. Über alle diese Fragen konnten die deutschen Arbeiterblätter nicht mit der nötigen Offenheit sprechen, ohne sofort dem Beile des Sozialistengesetzes zu verfallen. So zerfetzte der Sozialdemokrat in einer Reihe lehrreicher Artikel das Märchen vom sozialen Königtum, die leeren Gaukeleien der Stöcker und Wagner, die sinnlose Vorstellung, als ob jede „Verstaatlichung" ein Schritt zum Sozialismus sei. Er wies nach, daß die ökonomische Aufgabe der Sozialdemokratie zur Zeit, wo sich der Staat in den Händen der schlimmsten Arbeiterfeinde befinde, nicht darin bestehen könne, den Einfluß des Staates zu verstärken und sein Machtgebiet zu erweitern, sondern nur darin, die proletarischen Klasseninteressen zu fördern und zu wahren. Sein Hauptaugenmerk aber müsse das klassenbewußte Proletariat unter den obwaltenden Umständen darauf richten, politische Macht und politische Rechte zu erobern.

Für diese aufklärende Tätigkeit war Eduard Bernstein mindestens ebenso geeignet, wie für die revolutionierende Tätigkeit des Sozialdemokraten. Er stammte aus einer armen jüdischen Familie in Berlin, sein Vater war Lokomotivführer auf der Anhalter Bahn, sein Oheim der politische Leiter der Volkszeitung, in geistig angeregter und anregender Umgebung wuchs er auf, in einem Milieu, worin sich politische, religiöse, soziale Interessen verschiedenster Art kreuzten. Die Mittel

seiner Eltern gestatteten ihm den Besuch des Gymnasiums nur bis zum Zeugnis für den einjährigen Militärdienst, dann war er zwölf Jahre lang in einem Bankgeschäfte tätig. Im Jahre 1872 schloß sich Eduard Bernstein nach manchem Tasten der sozialdemokratischen Partei an, sofort als praktischer Agitator, der eifrigsten einer unter den damaligen Eisenachern in Berlin. Er teilte die theoretische Unklarheit dieser Fraktion und kam in nahe Beziehungen zu Dühring und Höchberg; über den wissenschaftlichen Kommunismus wurde er sich erst klar, als er im Winter von 1878 auf 1879 die Streitschrift von Engels gegen Dühring studierte. Im Herbst 1880 machte ihn eine Reise nach London persönlich mit Marx und Engels bekannt; nach Zürich zurückgekehrt, übernahm er vorläufig die Redaktion des Sozialdemokraten, um sie dann endgültig zehn Jahre lang zu führen.

Bernstein hat es verstanden, das Blatt als Organ der Gesamtpartei zu erhalten und ihm zugleich eine bestimmte, feste, klare Richtung zu geben, die allen taktischen Anforderungen gerecht wurde, ohne doch das Prinzip zu verletzen. Fast in keiner, jedenfalls in keiner entscheidenden Frage, die der politische Tageskampf eines Jahrzehnts aufwarf, ist der Sozialdemokrat auf einen Seitenweg abgeirrt. Aus seiner agitatorischen Zeit war Bernstein viel zu vertraut mit den Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes, um sie je zu verkennen, aber gründlich und langsam schaffend, eine nachdenkliche Natur, selbst mit einem leisen Anfluge von Skepsis, der das relative Recht der Gegner eher zu hoch, als zu niedrig einschätzte, liebte er den Kampf nicht um des Kampfes willen, war er stets zu jeder fruchtbaren Diskussion bereit. Beraten von Engels, hat Bernstein durch seine Leitung des Sozialdemokraten mindestens ebensoviel zur theoretischen Aufklärung der deutschen Arbeiterklasse beigetragen, wie zu ihrer praktischen Schulung.

Ergänzt wurde diese theoretische Aufklärung durch die Neue Zeit, eine wissenschaftliche Monatsschrift, die vom Januar 1883 ab in Stuttgart erschien. Hierher hatte sich Dietz nach seiner Vertreibung aus Hamburg-Harburg zurückgezogen und die Trümmer der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei, die in den Besitz von Höchberg übergegangen war, von diesem übernommen. Auch im Schwabenlande, das sich seit der Attentatsperiode eine recht niedliche Polizeiwirtschaft zugelegt hatte, wurde Dietz mit argen Scherereien empfangen, doch ganz konnte sein neues Unternehmen nicht totgeschlagen werden.

Die Redaktion der Neuen Zeit übernahm Karl Kautsky, ein geborener Prager. Er stammte aus einer internationalen Künstlerfamilie, in seinen Großeltern von väterlicher Seite mischte sich polnisches und tschechisches, von mütterlicher Seite italienisches und deutsches Blut, sein Vater war ein bekannter Maler, seine Mutter hat sich durch eine Reihe trefflicher sozialer Romane einen rühmlichen Namen gemacht. Dank seiner tschechischen Abstammung wurde Karl Kautsky durch die Quälereien seiner deutschen Schulkameraden früh in die Opposition gedrängt; in der Benediktinerabtei Melk, wo er einen Teil seiner Erziehung erhielt, lernte er die Pfaffenwirtschaft kennen und hassen; dann ergriff ihn mächtig die Erhebung und der Fall der Pariser Kommune. Als er in der Mitte der siebziger Jahre zur Universität abging, stand sein Entschluß fest, daß sein Leben der Partei gehören solle. Sein Lieblingsfach war die Geschichte, daneben trieb er eifrig Naturwissenschaften und studierte den Sozialismus, zunächst an den französischen Quellen. Das Stück Utopismus, das er von daher überkommen hatte, seine genaue Kenntnis des Darwinismus und der Einfluß Albert Langes veranlaßten ihn zu seiner ersten Schrift, über die Bevölkerungsfrage im Zukunftsstaate. Sie war gerade druckfertig, als Hödel in die Luft schoß. Das Sozialistengesetz schädigte die österreichische Arbeiterbewegung, die nach ihren ersten stürmischen Anläufen verkümmert war und mühsam im Schlepptau der deutschen Bewegung segelte, viel ärger als diese selbst; im österreichischen Proletariat fand Most ein verhältnismäßig ergiebiges Rekrutierungsfeld. Trotz wiederholter Versuche gewann Kautsky auf seinem heimatlichen Boden nicht den nötigen Spielraum für eine Tätigkeit, die seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprochen hätte. Er kam dann in sein Fahrwasser, als Höchberg ihn im Januar 1880 nach Zürich berief, zum Mitarbeiter an seinen Zeitschriften. Wie Bernstein, so befreite sich nun auch Kautsky von allen Resten theoretischer Unsicherheit durch das Studium des zwischen Dühring und Engels geführten Streits. Höchberg hatte einen guten Blick gehabt, als er Bernstein und Kautsky zu seinen literarischen Gehilfen wählte, nur dies eine hatte er übersehen, daß sie nicht wie er als Philanthropen, sondern als Rebeller zur Partei gekommen waren. Beide wuchsen ihm schnell über den Kopf; die Trennung erfolgte in persönlich freundschaftlicher, aber grundsätzlich entschiedener Weise.

Unter der Redaktion Kautskys vertrat die Neue Zeit von vornherein den Marxismus, die einheitliche und geschlossene Weltanschauung, die

von Marx und Engels begründet worden war. Nicht jedoch in irgend einem dogmatisch-ausschließlichen Sinne, der am wenigsten marxistisch gewesen sein würde. Weit entfernt zu sagen, daß der Marxismus überhaupt das letzte Wort der Menschheit sei, hielt Kautsky nur darauf, daß der Marxismus in der Neuen Zeit sein letztes Wort sprechen könne. Ehe eine Weltanschauung überwunden werden kann, muß sie sich historisch ausgelebt haben, und wie relativ immer die Wahrheit sein mag, die ihr innewohnt, so steht eine solche relative Wahrheit hoch über der absoluten Unwahrheit der Konfusion, die überhaupt nicht logisch zu denken vermag. Geschult durch vielseitige Studien und ganz frei von der herkömmlichen Literateneitelkeit, die um gegenseitigen Lobhudelns willen mantscht und mantschen läßt, schied Kautsky in mühsamen Arbeiten, mit unerbittlicher Kritik den Marxismus in seiner historischen Eigentümlichkeit aus dem Wuste des Allerweltsozialismus, der sich um ihn gehäuft hatte. Des Rates von Engels erfreute er sich in noch höherem Grade als Bernstein; seit 1884 leitete er die Neue Zeit von London aus.

Hatte diese Monatsschrift ihr Schwergewicht in der historischen und ökonomischen Forschung, so beschäftigte sich das Recht auf Arbeit, eine Wochenschrift, die Louis Viereck in München herausgab, vorwiegend mit praktischer Sozialpolitik, mit den Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Gewerkschaftsorganisation. Seit dem Jahre 1882 bemühte sich Viereck, in der bayrischen Hauptstadt einen belebenden Mittelpunkt für die Parteipublizistik innerhalb der deutschen Grenzen herzustellen; in der Süddeutschen Post und einer Reihe von Kopfblättern, die vom Rheine bis zum Pregel an den verschiedensten Orten erschienen, schuf er einen kleinen Blätterwald, den die Nachtfröste des Sozialistengesetzes oft genug verheerten, aber doch nicht zerstörten. Die geistig leitende Kraft dieser Unternehmungen war Bruno Schoenlank, ein junger Thüringer, der auf deutschen Universitäten gelernt hatte, was sie lehren konnten, und daneben vieles, was sie nicht lehren konnten, ein rascher und rüstiger Arbeiter, den ein glänzendes Formtalent und eine reiche Bildung vor aller Verflachung des publizistischen Kleinkriegs schützten.

Aus unscheinbaren Anfängen, in Wetterschein und Regenguß, erwuchs der Partei eine wissenschaftliche Literatur, die einen bedeutenden Fortschritt über ihren geistigen Stand in den siebenziger Jahren bekundete. Man konnte diesen Fortschritt messen, wenn man Kautskys populären

Auszug aus dem ersten Bande des Kapitals mit Mosts entsprechender Pfuscherei verglich, die zehn Jahre früher vollgültigen Kurs in der Partei gehabt hatte. Die Pächter der bürgerlichen Weisheit glaubten die junge Saat mit allerlei Redensarten über „fanatische Epigonen" niederhageln zu können; als ob ein anmaßliches und unfähiges Epigonentum nicht vielmehr das naturnotwendige Erbe der Klasse gewesen wäre, die ihre Ideale auf dem Trödelmarkt verloren hatte.

Fünftes Kapitel.

Peitsche und Zuckerbrot.

Der zweite Abschnitt in der zweiten Periode des Sozialistengesetzes dauerte ebenfalls anderthalb Jahre. Er reichte vom Frühjahr 1883 bis zum Herbste 1884 und erledigte praktisch, was im ersten Abschnitt dieser Periode durch die Frage des Kaisers und die Antwort des Proletariats prinzipiell erledigt worden war: Bismarck machte seine „Sozialreform", und die Sozialdemokratie quittierte darüber in den Wahlen.

Die Handhabung des Sozialistengesetzes war in diesem Zeitraum ungefähr dieselbe wie in dem vorhergehenden, höchstens daß die Peitsche noch etwas lässiger regiert und das Zuckerbrot noch etwas reichlicher ausgestreut wurde. Die Anklage gegen das Generalkomitee der Berliner Gewerkschaften nahm einen glimpflichen Ausgang, Ewald und seine Genossen wurden zu kleinen Geldstrafen verurteilt, die Fachvereine aber nicht geschlossen. Als sich dann die Berliner Arbeiter im Jahre 1883 zum erstenmal an den Gemeindewahlen beteiligten, die zwar auch nach dem Dreiklassenwahlsystem stattfanden, aber sich dadurch von den Landtagswahlen unterschieden, daß jede Klasse ihre eigenen Vertreter wählte, wurden sie wenig behindert. Die unwürdigen Klagen der Fortschrittler darüber beschied Puttkamer in seiner pompösesten Attitüde: „Wer gibt uns das Recht, wenn hier bei den Kommunalwahlen, sagen wir einmal der vierte Stand sich zusammentut und ganz bestimmte Beschwerden vorzubringen hat, solche Leute unter die Paragraphen 1 und 9 des Sozialistengesetzes zu subsumieren? Das würde eine flagrante Gesetzesverletzung sein." Seit dem Januar 1884 konnte auch ein Arbeiterorgan, das Berliner Volksblatt, täglich erscheinen. Daneben aber wurden 1883 in Berlin 46, 1884 gar 80 Arbeiterversammlungen aufgelöst. Ähnlich wie in der Hauptstadt stellte sich das System von Peitsche und Zuckerbrot im ganzen Reiche dar.

Auf die Arbeiter machte es einen Eindruck, der den Wünschen Bismarcks und Puttkamers schnurstracks widersprach. Der Sozialdemokrat

kennzeichnete es mit den Worten, die Regierung wolle die Arbeiter dressieren, daß sie einmal gegen den Liberalismus als Wadenkneifer losführen und dann wieder, wenn ihnen gepfiffen würde, gehorsam kuschten. Aber gerade dieses launenhafte Willkürregiment erbittere die Arbeiter noch mehr, als eine konsequent durchgeführte, wenn auch noch so harte Verfolgung. An einem schonungslosen Gegner könne man wenigstens die Ehrlichkeit achten. „Aber wenn der Gegner uns nicht zu vernichten, sondern zu korrumpieren sucht, wenn er uns rechtlos macht und unsere Familien dem Elende preisgibt, nicht weil unsere Ziele ihm unsittlich und verderblich erscheinen, sondern weil wir uns nicht korrumpieren lassen, dann wird nicht nur unser Haß ein tieferer, es gesellt sich zu ihm auch die Verachtung: wir verachten Bismarck und seinen Troß, wir verachten ihn in seiner Strenge, und wir verachten ihn noch viel mehr in seiner Milde.“ In den sozialdemokratischen Flugblättern wurde es zum geflügelten Worte: Sein Zuckerbrot verachten wir, seine Peitsche zerbrechen wir.

Für diese Sprache von Männern fehlte dem von Schmeichlern umschwärmten Säkularmenschen jedes Verständnis. Er hielt an der Hoffnung fest, durch seinen Almosensozialismus die „verführten Massen“ gewinnen und durch seine Lockspitzeleien die „verbrecherischen Führer“ aufs Glatteis locken zu können. Die oppositionelle Bourgeoisie aber drängte er in die Zwickmühle, sich entweder vor ihrer eigenen Klasse zu kompromittieren, indem sie mit dem „Umsturz“ gemeinsame Sache machte, oder allen Kredit bei den Massen zu verlieren, indem sie über den Stock des Sozialistengesetzes sprang. Bismarck war jetzt schon verloren, wenn die oppositionelle Bourgeoisie so festen Stand hielt wie das klassenbewußte Proletariat. Um die Frage, ob sie so festen Stand halten würde, drehte sich der zweite Abschnitt in der zweiten Periode des Sozialistengesetzes.

1. Armenpflege und Lockspitzeleien.

Nach dem Kopenhagener Kongresse brachte der Reichstag das Krankenversicherungsgesetz endlich fertig, das Unfallversicherungsgesetz verschleppte er noch einmal, trotz einer neuen kaiserlichen Botschaft, womit Bismarck es durchzudrücken versuchte. Erst im Jahre 1884 wurde ein dritter Entwurf dieses Gesetzes verabschiedet, der auf den Reichszuschuß ver-

zichtete und auch sonst nach den Diktaten der Großindustriellen fabriziert worden war. Eine ganze Gesetzgebungsperiode hatten Regierung und Reichstag gebraucht, um ein paar „sozialreformatorische" Gesetze fertigzustellen, von denen es schwer war zu sagen, welches unvollkommener ausgefallen sei.

Die sozialdemokratische Fraktion nahm in den langwierigen Beratungen die von der Kopenhagener Resolution gebotene Haltung ein. Prinzipiell hatten diese Gesetze mit sozialen Reformen überhaupt nichts zu tun. Sie berührten auch nicht **ein** Problem der modernen Arbeiterfrage, sondern bewegten sich auf dem Gebiete der Armenpflege, die lange vor der modernen Industrie und überhaupt so lange bestanden hat, als es Klassengesellschaften gibt, die Arme produzieren. Etwaige Verbesserungen der Armenpflege als „Sozialreformen" auszuspielen, war ein längst sogar schon von bürgerlicher Seite gekennzeichnetes Doppelspiel; zehn Jahre früher hatte Albert Lange geschrieben: „Jede politische Maßregel ist zu verwerfen, welche die Tendenz hat, etwa gegen kleine materielle Verbesserungen in der Lage der Arbeiter ihre Abhängigkeit oder ihre moralische Unterordnung unter die höheren Klassen zu erhalten und zu befestigen." Genau diese, von Albert Lange als „unbedingt verwerflich" gekennzeichnete Tendenz hatten das Kranken- und das Unfallversicherungsgesetz. Sie waren keine „Sozial-", sondern Bettelreformen in dem Sinne, daß sie die Arbeiterklasse wieder unter das Joch des Kapitals drücken wollten, gegen die fragwürdige Verheißung, die kranken oder verunglückten Arbeiter vor dem Bettel zu schützen. Jede Selbsttäuschung hierüber war für die deutschen Arbeiter längst ausgeschlossen, und die Vorhersage der sozialdemokratischen Abgeordneten, daß diese und ähnliche Gesetze im Sinne ihrer Urheber auch nicht den leisesten Einfluß auf die revolutionäre Arbeiterbewegung haben würden, ist seitdem durch die Erfahrungen eines halben Menschenalters bestätigt worden.

Damit war aber eine praktische Mitarbeit insofern nicht ausgeschlossen, als die Armenpflege auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft je nachdem besser oder schlechter eingerichtet sein kann. Die sozialdemokratische Fraktion stellte sich auf diesen Boden, indem sie verlangte, daß die Unfallversicherung Sache der Unternehmer sein solle, die sich dafür weder an den Kassen des Staats noch an den Taschen der Arbeiter zu erholen hätten, die Krankenversicherung aber Sache der Arbeiter,

die weder vom Staat noch von den Unternehmern irgendein Almosen beanspruchten, sondern nur verlangten, was für alle übrigen Klassen der Gesellschaft selbstverständlich sei: die selbständige Verwaltung ihrer Krankenkassen. So einleuchtend die sozialdemokratischen Redner ihre Auffassung im einzelnen begründeten, mit einer Sachkenntnis, die den Rednern sowohl der bürgerlichen Parteien, als auch des Regierungstisches weit überlegen war, so wurden ihre Vorschläge dennoch abgeworfen.

Den herrschenden Klassen war die Verbesserung der Armenpflege nicht Zweck, sondern Mittel. Ihnen kam es auf ein Schaugericht an, das die Arbeiter über die proletarischen Klasseninteressen täuschen und möglichst auch noch von den Arbeitern bezahlt werden sollte. Auch in der unfähigsten Bureaukratie fehlt es nie ganz an tüchtigen Elementen, welche die Arbeit leisten, die schließlich von jeder regierenden Klasse geleistet werden muß. Die paar Geheimräte im preußischen Handelsministerium, die wirklich etwas von der Arbeiterversicherung verstanden, suchten sie in ihrer Weise vernünftig einzurichten, so besonders der Geheimrat Lohmann. Er drängte auf eine kräftige Ausbildung der staatlichen Fabrikaufsicht, auf die obligatorische Verpflichtung der Unternehmer, alle Unfälle in ihren Betrieben sofort anzuzeigen, und auf den Erlaß technischer Schutzvorschriften. Das waren in der Tat die unerläßlichen Vorbedingungen einer ernsthaften Unfallversicherung. Aber eben deshalb „belästigten sie die Industrie“ und waren für Bismarck ein Greuel. Er unterdrückte die schwachen Anfänge der staatlichen Fabrikaufsicht, wo er irgend konnte, ließ einen im preußischen Handelsministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die obligatorische Anzeigepflicht der Unternehmer vom Bundesrat eskamotieren und ebenso eine Reihe ziemlich schüchterner Schutzvorschriften, die ein Ausschuß von Sachverständigen ausgearbeitet hatte. Klarer konnte der eigentliche Kern der offiziellen „Sozialreform“ gar nicht beleuchtet werden. Die Regierung und die bürgerliche Reichstagsmehrheit verkoppelten die Kranken- und die Unfallversicherung in der zweckwidrigsten Weise, um ein bourgeois-bureaukratisches Ungetüm von Organisation zurechtzubasteln, worin die Beamten und die Unternehmer viel, die Arbeiter wenig zu sagen hatten. Seitdem es eine moderne Arbeiterfrage gab, hatte die „korporative Organisation“ im sozialreformatorischen Sinne immer und überall als eine Organisation der Arbeiterklasse gegolten; es war die epochemachende

Tat Bismarcks, die „realen Kräfte des Volkslebens" mit seinen „sittlichen Fundamenten", worüber die kaiserliche Botschaft so feierlich gesprochen hatte, in dem ausbeuterischen Kapital zu entdecken und ihm unter dem Schutze der Bureaukratie eine neue Organisation zu schaffen.

Hätten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten dadurch betören lassen, so würden sie um einiger Silberlinge willen die unveräußerlichen Rechte des Proletariats verraten haben. Sie stimmten sowohl gegen das Kranken-, als auch gegen das Unfallversicherungsgesetz, und die wiederholten Versuche Bismarcks, ihnen daraus einen Strick zu drehen, haben nie auch nur bei einem Arbeiter verfangen. Ebensowenig erreichten die Denunziationen ihren Zweck, die an die Opposition der sozialdemokratischen Fraktion gegen jede polizeiliche oder zünftlerische Rückwärtsrevidierung der Gewerbeordnung geknüpft wurden. Alle angeblichen oder wirklichen Auswüchse des Manchestertums reichten nicht an den einen großen Auswuchs der rückständigen Polizeiwirtschaft heran, und für den biedern Handwerksmeister, der sich redlich vom Schweiße seiner Gesellen und Lehrlinge nähren will, hat die deutsche Arbeiterklasse nie etwas übrig gehabt.

Während die deutsche Sozialdemokratie immer mehr über die bürgerlichen Parteien hinauswuchs, wurde der deutsche Anarchismus immer mehr vom Lockspitzeltum genarrt. Nicht als ob die deutschen Anarchisten durchweg aus Lumpen und Maulhelden oder auch nur aus zurückgebliebenen Arbeitern bestanden hätten; es befanden sich feurige, leidenschaftliche Naturen darunter, die dem psychologisch erklärlichen, aber politisch verhängnisvollen Irrtum verfielen, daß die gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterklasse nur gewaltsam gebrochen werden könne. Die eigentliche Gefahr der anarchistischen Bewegung lag gerade in solchen Männern, wie dem holsteinischen Tischler Neve, die jeden Augenblick bereit waren, ihre Freiheit und ihr Leben an ihre Überzeugung zu setzen. Ihr zuverlässiger Charakter verschaffte ihnen Vertrauen bei den Arbeitern, während ihre fanatische Beschränktheit sie den Einflüsterungen der Lockspitzel zugänglich machte. Dennoch gelang es der anarchistischen Agitation nicht, eine irgend nennenswerte Ausbreitung unter den deutschen Arbeitern zu gewinnen. Most hatte sich seit seiner Entlassung aus dem englischen Gefängnisse nach New York zurückgezogen, wo nun auch die Freiheit erschien, tobsüchtiger geschrieben als je und um so einflußloser in der deutschen Arbeiterwelt. Die anarchistischen Kassen blieben leer,

und da auch zur anarchistischen Kriegführung Geld gehörte, so entwickelte sich eine neue Form der „sozialrevolutionären" Taktik: der gemeine Raubmord, der sofort von den polizeilichen Lockspitzeln sorgfältig gepflegt wurde.

Bereits im Juli 1882 wurde der Schuhwarenfabrikant Merstallinger in Wien von Anarchisten mit Chloroform betäubt und um tausend Gulden beraubt. Zu den intellektuellen Urhebern des Anschlags gehörte ein gewisser Hotze, der nach Amerika flüchten durfte, ohne daß die österreichische Regierung seine Auslieferung verlangte. Ihre Besorgnis, Hotze werde nicht ausgeliefert werden, da der von ihm angestiftete Raub einen politischen Hintergrund habe, wurde allerdings durch die Regierung in Washington zerstreut, die sich bereit erklärte, den gemeinen Verbrecher auszuliefern, jedoch die Staatsretter an der Donau beharrten bei ihren zartfühlenden Bedenken. Einen größeren Aufschwung nahm die Raubmordtaktik aber erst im Herbst 1883, gleich nach einer anarchistischen Konferenz, die in Zürich getagt hatte. Unter ihren Teilnehmern befanden sich der Schuhmacher Stellmacher aus Schlesien, der die Freiheit während ihres Erscheinens in der Schweiz redigiert hatte, der Buchbinder Kammerer und der Schreiner Kumics, zwei geborene Österreicher, dann aber auch der Lockspitzel Schröder-Brennwald und der Mechaniker Kaufmann, ein anderer Lockspitzel der deutschen Polizei. Schnell hintereinander folgten nun am 22. Oktober der Raubmord an dem Apotheker Lienhard und einer Schildwache in Straßburg, am 29. Oktober eine Dynamitexplosion im Frankfurter Polizeigebäude, am 21. November das Raubmordattentat auf den Bankier Heilbronner in Stuttgart, endlich in Wien am 15. Dezember die Erschießung des Polizeibeamten Hlubeck, am 10. Januar 1884 der Raubmord an dem Wechselagenten Eisert und dessen zwei Söhnen, und am 25. Januar die Erschießung des Polizeiagenten Blöch.

Die Urheberschaft dieser Verbrechen ist nicht durchweg klargestellt worden. So mag die ziemlich harmlose Explosion im Frankfurter Polizeigebäude ein Privatvergnügen des biederen Rumpf gewesen sein. Jedoch an den meisten waren nachweislich Kumics, Kammerer und Stellmacher beteiligt. Als Stellmacher in Wien prozessiert wurde, ergab sich noch eine andere Variante der anarchistischen Taktik. Stellmacher hatte an den Polizeiinspektor Kaltenbach in Mülhausen und den österreichischen Gesandten in Bern geschrieben, um sich zu Spitzeldiensten

anzubieten: nicht in der Absicht, diese Dienste wirklich zu leisten, sondern im Einverständnisse mit seinen Gesinnungsgenossen, um auf solche Art Geld zu erschwindeln. Stellmacher hat bis an den Fuß des Galgens eine trotzige Haltung bewahrt und ist in festem Glauben an seine Sache gestorben, aber was war aus dieser Sache geworden, wenn ihre Grenzen vollständig in das gemeinste Verbrechen und die verächtlichste Spitzelei verliefen! Nach Stellmachers Hinrichtung erschienen blutrünstige Plakate in der Schweiz, die ihn zu rächen aufforderten und von dem Klempner Weiß aus Dresden angeschlagen wurden. In Liestal deshalb vor Gericht gestellt, entpuppte sich auch dies Früchtchen als deutscher Lockspitzel. Seine Entlarvung zog dem Polizeiinspektor Kaltenbach in Mülhausen einen tödlichen Schlaganfall zu; der arme Patriot hatte im Kampfe für die heiligsten Güter auch allzu großes Pech gehabt. Zur selben Zeit stöberten die deutschen Sozialdemokraten in Zürich noch den deutschen Lockspitzel Friedemann auf, der auf anarchistischen Festen mit henkerhaftem Pathos zu deklamieren pflegte: Mein Kaiser, mein Kaiser muß hangen.

Eine andere Reihe anarchistischer „Taten" ging im Herbst 1883 von Elberfeld-Barmen aus. Ihr leitender Kopf war der Schriftsetzer August Reinsdorf, der aus einem Leipziger Vororte stammte und schon im Jahre 1877 von den Sozialdemokraten wegen seiner anarchistischen Umtriebe ausgeschlossen worden war. Er war kein Polizeispitzel, wofür er lange Zeit galt, und er gab sich auch nicht, wie die Kammerer und Stellmacher, mit gemeinen Verbrechen ab, aber über einen Verschwörer nach dem Geschmacke der Polizei brachte er es doch nicht hinaus. Er hatte fünf oder sechs Anhänger um sich gesammelt, fast durchweg junge und unreife Menschen, die er zu Dynamitattentaten anstiftete. Drei solcher Versuche wurden gemacht, ohne daß ein Menschenleben geschädigt wurde, bei dem wichtigsten explodierte auch nicht das Dynamit. Reinsdorf, der an weit vorgeschrittener Schwindsucht litt und im Hospitale lag, hatte den Sattler Rupsch und den Schriftsetzer Küchler nach Rüdesheim gesandt, um am 27. September den deutschen Kaiser und dessen fürstliches Gefolge bei der Enthüllung des Germaniadenkmals auf dem Niederwalde in die Luft zu sprengen. Nach Reinsdorfs eigener Behauptung flossen die Kosten der Expedition zum größten Teil aus polizeilichen Fonds, und diese Behauptung wurde nur deshalb nicht urkundlich festgelegt, weil der Weber Palm, der die fraglichen 40 Mark

beigesteuert hatte, gleichwohl aber nicht mitangeklagt worden war, sondern als Zeuge vernommen wurde, jede Angabe über die Herkunft des Geldes verweigerte. Das Reichsgericht sah von der Vereidigung dieses „Zeugen" ab, der nach dem Prozesse notorisch polizeiliche Dienste getan hat. Das Attentat war in so kindischer Weise versucht worden, daß es nicht die geringsten Spuren hinterließ. Wie es dennoch „entdeckt" wurde und weshalb seine „Entdeckung" nicht gleich an die große Lärmglocke gehängt wurde, die unaufhörlich über die „sozialistischen Attentate" tönte, blieb auch bei den späteren Verhandlungen vor dem Reichsgerichte sehr im unklaren.

Anscheinend sollte es in der Hinterhand bleiben, als großer Wahlpuff, wenn der Reichstag sich weigerte, das Sozialistengesetz zu verlängern, und deshalb aufgelöst werden mußte. Um die nötige Stimmung für die Verlängerung des Gesetzes zu machen, hatten die Lockspitzel genügend zahlreiche Attentate geliefert.

---

2. Die Kronprinzenpartei und ihr Krach.

Das Sozialistengesetz lief am 30. September 1884 ab, und wenige Wochen später das Mandat des Reichstags. Bismarcks Absicht, dies Zusammentreffen für seine Pläne auszunutzen, erhielt einen neuen Sporn, als ein halbes Jahr vorher, an einem schönen Märzmorgen, die Freisinnige Partei unvermutet auf dem Plane erschien. Sie war von den Fortschrittlern und den Sezessionisten hinter den Kulissen gegründet worden, ohne daß es eine der beiden Fraktionen der Mühe für wert gehalten hätte, die Ansicht ihrer Wähler einzuholen. Was sie bedeutete, war freilich kein Geheimnis, und am wenigsten für Bismarck. Die neue Partei erhielt ihren ersten Glückwunsch vom Kronprinzen, und der Volkswitz taufte sie sofort als die Kronprinzenpartei. Das Ableben des bald neunzigjährigen Kaisers wurde damals in naher Zukunft erwartet, und der Kronprinz wollte eine „große liberale Partei" haben, auf die er sich bei seinem Regierungsantritte stützen könne.

Schade nur, daß diese große Partei sich selbst auf nichts stützte, als auf den „liberalen" Kronprinzen! Die liberale Opposition hatte seit 1881 eine ungemein schwächliche Politik getrieben. Das galt selbst von der süddeutschen Volkspartei, die sich höchstens durch noch größere Phrasenhaftigkeit von den engbrüstigen Fortschrittlern unterschied; man

brauchte nicht die Finger einer Hand, um in beiden Parteien die paar Leute herzuzählen, die zur Not als bürgerliche Demokraten passieren konnten, und übrigens von den eigentlichen Parteiführern sehr scheel angesehen wurden. Die Sezessionisten waren überhaupt nichts als „geärgerte Freihändler". Das einzige Verdienst dieser Opposition hatte denn auch darin bestanden, neue Erhöhungen des Zolltarifs abzuwehren; die Sezessionisten waren nicht einmal in der Frage neuer Finanzzölle sattelfest. Das Programm der neuen Partei formulierte die Klasseninteressen des mobilen Kapitals und verbrämte sie mit einigen allgemeinen Redewendungen über Freiheit, Volkswohlfahrt und dergleichen; um hoffähig zu werden, hatten die Fortschrittler die paar Spitzen ihres alten Programms abgebrochen oder doch so umgebogen, daß sie keinen Hofmarschall stechen konnten. Darüber erhob sich etwelches Murren in der fortschrittlichen Wählerschaft, das von den Führern mit der Versicherung beschwichtigt wurde, eine kostbare Mitgift bringe die sezessionistische Schöne doch in die junge Ehe mit: die neuen Bundesgenossen würden nicht mehr für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmen.

Wirklich hieß es in dem freisinnigen Programm: Gleichheit vor dem Gesetze ohne Ansehen der Person und der Partei. Es war auch nicht unglaubhaft, daß alle Liberalen, die noch einige Spannen weit über ihre Nasenspitze hinweg blicken konnten, mit dem Sozialistengesetze reinen Tisch machen wollten. In den gebildeten Kreisen der Bourgeoisie ächzte und stöhnte man schon über das „Unglücksgesetz"; seine „erzieherischen Wirkungen" wurden öffentlich nur noch von dem Modephilosophen v. Hartmann gepriesen, der an seinem Teil beweisen wollte, daß die bürgerliche Philosophie fünfzig Jahre nach Hegels Tode wirklich bis auf die letzten Knochen vermorscht sei. Niemand konnte von der liberalen Bourgeoisie verlangen, daß sie um des revolutionären Proletariats willen ihre Hoffähigkeit schädigen sollte, aber unter der Versumpfung des öffentlichen Lebens, die das Sozialistengesetz hervorrief, litt sie am meisten. Sie hatte den Schaden von dem Ausnahmegesetze, während das Proletariat den Vorteil davon hatte. Gerade wenn sie hoffähig bleiben, wenn sie dem Kronprinzen einen sicheren Halt bieten wollte, mußte sie dem „Unglücksgesetze" lieber heute als morgen den Kehraus tanzen.

Bismarck war auch so galant, die neue Partei noch in ihren Flitterwochen zu diesem Tanze aufzufordern. Er verlangte vom Reichstage

die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf zwei Jahre. Die erste Lesung seiner Vorlage fand schon am 20. und 21. März statt, zugleich mit der Debatte über die Fortdauer des kleinen Belagerungszustandes in Berlin, Hamburg und Leipzig. Zu ihrem Haupttrumpfe hatte die Regierung natürlich die anarchistischen Verbrechen gemacht, für die niemand anders verantwortlich war, als sie selbst. Bebel sagte: „Die Anarchisten sind nur möglich geworden durch das Sozialistengesetz, und die Väter des Sozialistengesetzes sind zugleich die Väter der Anarchisterei.“ In gleichem Sinne sprachen Hasenclever, Grillenberger und Liebknecht; es war ihnen leicht nachzuweisen, was jeder kundige Beobachter der Zeitgeschichte wußte, daß nämlich die Sozialdemokratie den verbrecherischen Anarchismus keineswegs fördere, vielmehr der einzige Damm gegen sein gefährliches Überwuchern sei. Gegen die Sozialdemokratie selbst schleppte Puttkamer den großen Zitatensack heran, wußte aber aus dieser unerschöpflichen Fundgrube nichts weiter hervorzuzaubern, als einige, obendrein gefälschte Zitate aus Bebels Buch über die Frau und den Sozialismus. Sogar die getreue Nationalzeitung murrte darüber: sie meinte, wenn etwas bei Erlaß des Sozialistengesetzes niet- und nagelfest gemacht sei, so die Absicht, theoretische Spekulationen, wie Bebel in jener Schrift angestellt habe, nicht zu verbieten. Bismarck stritt sich mit Windthorst über die vorsintflutliche Frage, ob die katholische Kirche der Sozialdemokratie einen unzerbrechlichen Widerstand entgegen stelle, und Hänel sah den Schaden des Sozialistengesetzes darin, daß die bürgerlichen Parteien vergäßen, eine „gewisse Verbindung“ unter sich aufrecht zu erhalten gegen den gemeinsamen sozialdemokratischen Feind. Sehr glorios machte sich dies Bekenntnis der Kronprinzenpartei zur „einen reaktionären Masse“ gerade nicht, und es war schon ein erster Schritt zum Umfall, daß die bürgerlichen Oppositionsparteien den Entwurf der Regierung, statt ihn kurzer Hand abzuwerfen, in eine Kommission abschoben. Trotzdem besah die Deputation des Reichstags, die am Tage darauf dem Kaiser zu seinem achtundachtzigsten Geburtstage gratulierte, einen derben Nasenstüber und die Drohung, der Kaiser werde die Ablehnung der Vorlage als einen Schlag gegen seine Person betrachten. Hätte noch irgend ein Zweifel an Bismarcks Absichten bestanden, so war er nun beseitigt; eine zweite Auflage der Attentatswahlen stand vor der Tür, wenn der Reichstag nicht zu Kreuze kroch.

Unter solchen Vorzeichen gestalteten sich die Verhandlungen der Kommission zu einem sehr unerbaulichen Schauspiel. Windthorst kam mit seinen „Milderungsanträgen“ angezogen, die der Polizei den Spaß gemacht hätten, noch ein paar juristische Zwirnsfäden mehr zu zerreißen, als sie schon zerrissen hatte, und Hänel präsentierte seine Verschärfung des gemeinen Rechts, die das Proletariat aus dem Regen unter die Traufe gebracht hätte. Sie wollten ja alles tun, die unerschütterlichen Gegner jeder Ausnahmegesetzgebung, wenn ihnen nur erlassen würde, dies so oft verfluchte Gesetz jetzt selbst zu bewilligen. Einen verhältnismäßig geschickten Schachzug machten die Fortschrittler, indem sie das mysteriöse Niederwaldattentat ans Tageslicht zogen und so den Wahlkarren der Regierung etwas verfuhren, aber statt daran eine kräftige Kritik der Lockspitzelwirtschaft zu knüpfen, apportierten sie vielmehr das Dynamitgesetz, vermutlich die verkehrteste Leistung, die je von der Gesetzgebung eines modernen Staats verbrochen worden ist. All das Flehen und Jammern hätte einen Stein erweichen können, aber Puttkamer hatte strengste Order von Bismarck und erklärte einfach: Hopla, meine Herren, hier ist der Stock, nun springen Sie!

So sprangen sie denn wirklich. Die offiziöse Wahlmaschine war schon in voller Tätigkeit, und diesen Druck hielt die Kronprinzenpartei nicht aus. Der innere Kampf ihrer Mannesseelen spiegelte sich getreulich in einem Briefe wieder, den Mommsen an seine Koburger Wähler richtete. Mit anerkennenswertem Scharfsinne wies der berühmte Historiker darin nicht nur die Nutzlosigkeit, sondern auch die Verderblichkeit des Sozialistengesetzes nach, um dann zu schließen: besteht die Regierung auf dem Gesetze, so werde ich gleichwohl dafür stimmen, und alles Unheil komme über ihr Haupt. Von den Ultramontanen fielen 39, von den Freisinnigen 27 um; da aber Eugen Richter dem Frieden noch nicht traute, so ließ er durch seinen Adjutanten Otto Hermes den ehemaligen Fortschrittlern schreiben, es sei nicht nötig, daß sie zur entscheidenden Abstimmung im Reichstage erschienen. Der urkundliche Wortlaut der Briefe liegt vor und ebenso die Erklärung des Hermes, daß er sie im Auftrage Richters geschrieben habe. Wenn Richter sich hinter die Ausrede versteckt hat, die Abkommandierungen seien nicht „im Auftrage des Parteivorstandes“ erfolgt, so steht diese Redensart auf derselben Höhe mit Puttkamers Redensart, „im Auftrage der Regierung“ würden keine Lockspitzel ge-

züchtet. Als ob solche Geschichten jemals offiziell gemacht würden! Die beiden „großen Staatsmänner“ mußten eigentümliche Begriffe von der Ausdehnungsfähigkeit menschlicher Leichtgläubigkeit haben, wenn sie für ihre brünstigen Beteuerungen ein gläubiges Publikum zu finden hofften. Im übrigen entschuldigte Richter die Fahnenflucht seiner 27 Parteigenossen etwa so, wie jene Maid, die noch Jungfer sein wollte, weil sie nur ein ganz, ganz kleines Kind geboren habe. Er sagte: Einmal ist keinmal, und künftig werden wir um so unentwegter das fluchwürdige Ausnahmegesetz bekämpfen. Sie haben es auch wirklich getan, da sie, dank ihrem Wankelmute, niemals wieder in die Lage gekommen sind, die Entscheidung über das Gesetz zu geben. Am 10. Mai wurde die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf zwei Jahre mit 189 gegen 157 Stimmen beschlossen.

Bei den Verhandlungen der zweiten und dritten Lesung trat das wirkliche Wesen der Machenschaft klar hervor. Bismarck sagte der Kronprinzenpartei grimmige Fehde bis zum letzten Athemzuge an, und Richter, der eben die Zukunft seiner Partei vernichtet hatte, antwortete nicht minder grimmig, die nächsten Wahlen würden die Zukunft des Liberalismus sichern. Vom Sozialistengesetze sprachen die beiden Kampfhähne nur ganz nebensächlich, doch warf Bismarck bei dieser Gelegenheit den Köder aus von dem Rechte auf Arbeit, das dem Proletariat im preußischen Landrechte verbürgt sei. Während deutsche Professoren sofort tiefsinnige Abhandlungen über den Widersinn schrieben, hatte die sozialdemokratische Fraktion nur ein verächtliches Achselzucken dafür übrig; sie stellte den spöttischen Antrag, Bismarck möge schleunigst einen Gesetzentwurf einbringen, der das Recht auf Arbeit verwirkliche. Sonst hielten es die sozialdemokratischen Abgeordneten unter ihrer Würde, sich sachlich an Debatten zu beteiligen, bei denen die Entrechtung der Arbeiterklasse den schnöden Deckmantel abgeben mußte für persönliche und politische Machtfragen, die mit dem Sozialistengesetz und dem Sozialismus nichts zu tun hatten. Sie beschränkten sich darauf, tatsächliche Unwahrheiten der Gegner zurückzuweisen und am Schlusse der dritten Lesung durch eine von Liebknecht verlesene Erklärung festzustellen das, was war.

Gleich nach der Verlängerung des Sozialistengesetzes wurde das Dynamitgesetz beschlossen, das die bürgerliche Opposition apportiert und Puttkamer in seiner stilvollen Weise verschönert hatte. Die Mehrheits-

parteien, die sich eben noch heftig befehdet hatten, waren nun ein Herz und eine Seele, die sozialdemokratische Kritik ihres gemeinsamen Machwerks zu hintertreiben. Die Fraktion kam nicht zum Wort und enthielt sich, da sie ihre Auffassung nicht begründen konnte, der Abstimmung. In ihrem Namen gab Hasenclever eine kurze Erklärung ab, worin er die Unannehmbarkeit des monströsen Gesetzes feststellte und der Regierung überließ, wie sie mit dem von ihr gezüchteten Anarchismus fertig werden wolle. Bekanntlich hat das Dynamitgesetz nie einem anarchistischen Verbrecher ein Haar gekrümmt, wohl aber manchen harmlosen Gewerbetreibenden ins Unglück gestürzt.

Hatte die Kronprinzenpartei gehofft, mit ihrer politischen Erniedrigung wenigstens die Wahltreiberei Bismarcks zu vereiteln, so täuschte sie sich auch darin. Bismarck hatte sogar schon, als die Verlängerung des Sozialistengesetzes beschlossen wurde, einen neuen Trumpf ausgespielt, nämlich die Kolonialpolitik. Er war bis dahin ein abgesagter Gegner dieser Politik gewesen. Als im März 1871 das Gerücht ging, er wolle sich mit französischen Kolonien für die Kriegskosten bezahlt machen, meinte er: „Ich will gar keine Kolonien. Die sind bloß zu Versorgungsposten gut. Für uns in Deutschland — diese Koloniegeschichte wäre für uns genau so, wie der seidene Zobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die kein Hemd haben.“ Er blieb auch noch taub, als nach dem Krache der siebziger Jahre in kapitalistischen Kreisen eine Kolonialschwärmerei erwachte. Ihr Ziel waren Ackerbaukolonien, um durch eine organisierte Auswanderung der Übervölkerung als der angeblichen Hauptquelle der sozialen Leiden zu steuern und gleichzeitig der deutschen Industrie einen neuen Stamm wohlhabender Käufer zu sichern. Davon wollte Bismarck nichts wissen; „ich bin kein Freund der Auswanderung“, sagte er einmal im Reichstage, „ein Deutscher, der sein Vaterland abstreift, wie einen alten Rock, ist für mich kein Deutscher mehr.“ Wie konnte man auch diesem ostelbischen Junker, der von allen hartherzigen Grundherren stets der hartherzigste gewesen ist, die Auswanderung besitzloser Tagelöhner zumuten, die den Arbeitslohn des ländlichen Proletariats steigern mußte? Anders aber, als jetzt eine kapitalistische Agitation für Handelskolonien, für neue Stätten der ärgsten Ausbeutung begann.

Im April 1884 telegraphierte Bismarck zur Überraschung von aller Welt an den deutschen Konsul in Kapstadt, er solle Angra Pequena,

die südwestafrikanische Niederlassung eines Bremer Kaufmanns, unter den Schutz des Deutschen Reiches stellen. Gleichzeitig sandte er den Generalkonsul Nachtigall auf einem deutschen Kriegsschiffe nach Kamerun und Togo, um dort die deutsche Flagge zu hissen. Dann aber begann die offiziöse und sonst dienstwillige Presse mit allem Hochdrucke jene „Schützenfeststimmung“ hervorzurufen, über die Bamberger nicht ohne inneres Grauen witzelte. In der Tat lockerte Bismarck ein paar Grundsäulen der Kronprinzenpartei: die große Reederei und den großen Handel einer-, den Biertischphilister andererseits. Er sagte im Reichstage, die königlichen Kaufleute sollten die neuen Kolonien regieren, die dem Reiche sehr wenig kosten würden. Die Sorge des Philisters um seinen Geldbeutel war damit beschwichtigt, und seinen hinter dem Stammtische stets in unendlichen Massen vorhandenen Tatendrang reizte Bismarck durch den Spott, die Deutschen seien bisher Stubenhocker gewesen, sie hätten auf den Thüringer Bergen zusammengesessen und dem Meere den Rücken zugekehrt. Da widerstand der nationale Taumel nicht, den nicht zuletzt die liberale Opposition herangezüchtet hatte.

Die Lage der Kronprinzenpartei war um so übler, als sie keinen prinzipiellen Widerstand gegen die Kolonialpolitik wagen durfte. Sie war eine Kapitalistenpartei vom reinsten Wasser, und jeder kapitalistische Kater schnurrt behaglich, wenn er Profit wittert. Das ist seine Natur, die ihm nicht ausgetrieben werden kann. Die Bamberger und Richter mußten sich darauf beschränken, nachzuweisen, daß Bismarcks Kolonialpolitik ein unprofitables Geschäft sei, das nichts einbringen und viel kosten, die nationale Glorie nicht mehren, sondern mindern und der auswärtigen Politik des Reichs manche „Nasenstüber“ eintragen werde. Sie haben damit Recht behalten, aber im Sommer 1884 kurierten diese Wasserstrahlen den berauschten Spießer nicht. Bismarcks Börsenfreunde, die Bleichröder und Konsorten, opferten ein paar lumpige Millionen, um Gesellschaften für die Ausbeutung der neuen Kolonien zu gründen, und mit gleißenden Farben schilderten unzählige Soldschreiber die unerschöpflichen Schätze, die in den afrikanischen Sand- und Sumpfwüsten verborgen sein sollten. Es gelang, in dem großen und namentlich auch in dem kleinen Bürgertum einen Rausch hervorzurufen, als wäre eine neue Gründer- und Schwindelperiode angebrochen.

In dem Wahlkampfe selbst hütete sich Bismarck diesmal vor dem Tabaksmonopol und ähnlichen verfänglichen Parolen. Er schwärmte für

die Sozialreform und die Kolonialpolitik, und bekämpfte den vaterlands-verräterischen Freisinn, der die deutsche Nation um solche Herrlichkeiten bringen wolle. In dieselbe Posaune stießen die Konservativen und auch die Nationalliberalen, die sich nach der Gründung der freisinnigen Partei auf ihrem Heidelberger Tage der Regierung unbesehen verschrieben hatten. Die nationalliberale Wahltaktik, die den fanatischen Treiber für Bismarck machte, war allerdings noch elender, als die freisinnige Wahltaktik, die schon elend genug war. Die Kronprinzenpartei vergalt nicht Schlag mit Schlag, sie schrieb nicht auf ihre Fahne: Fort mit Bismarck!, sondern stöhnte nur herzbrechend: Wir sind ja so gute Patrioten, und wie kann man uns Vaterlandsverräter nennen! Den Gnadenstoß gab ihr, daß manche ihrer Koryphäen, wie Forckenbeck, sich vorbehielten, auch in der Zukunft für die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu stimmen. Sie verlor etwa 40 Sitze, von denen über 30 an die Altkonservativen fielen. Die Nationalliberalen ernteten den verdienten Lohn der Verräter und erwischten von der Beute nur eine Kleinigkeit, soviel etwa ein eifriger Lakai an Trinkgeld verdienen mag. Der Liberalismus in seinen verschiedenen Schattierungen hatte einer konservativ-ultramontanen Mehrheit den Weg in den Reichstag geebnet.

Das war nicht alles, was Bismarck wünschte, denn neben der konservativ-ultramontanen ließ sich noch keine konservativ-nationalliberale Mehrheit bilden. Aber eine schutzzöllnerische Mehrheit war doch schon ein netter Anfang, und da der alte Kaiser ruhig weiter lebte, so konnte bald ein zweiter Anlauf mit noch besserem Erfolge gemacht werden. Die feste und kühne Haltung des Proletariats hatte den Junker so weit verkracht, daß die Bourgeoisie ihn nur noch umzuwerfen brauchte, aber statt ihn umzuwerfen, ließ sich die Bourgeoisie von dem halb verkrachten Junker ganz verkrachen. Es war die alte Geschichte, die seit den Märztagen so oft auf deutschem Boden gespielt hatte und so oft noch spielen sollte.

3. Sozialdemokratische Wahlsiege.

Für die Sozialdemokratie wurde der 28. Oktober ein Tag des Triumphes. Bald nach dem Kopenhagener Kongresse hatte Bebel in einer Nachwahl Hamburg I erobert, so daß die Fraktion beim Schlusse dieser Gesetzgebungsperiode 13 Köpfe zählte. In den neuen Wahlen gewann sie 24 Sitze und, was für sie weit mehr galt, 549 990, also 238 029 Stimmen

mehr als 1881. Von 6,1 war sie auf 9,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen gestiegen.

Die Vorbereitungen der Wahl waren nach den Kopenhagener Beschlüssen getroffen worden. Die Fraktion hatte ein Zentralwahlkomitee niedergesetzt, das aus Auer, Bebel, Grillenberger, Hasenclever und Liebknecht bestand. Das in anderthalb Millionen Exemplaren verbreitete Wahlmanifest war sehr gut gelungen; in knappem Rahmen wies es nach, daß die Kurversuche der Schutzzöllner, der Zünftler, der Kolonialschwärmer und wie diese Doktoren Eisenbart sonst noch hießen, die kranke Gesellschaft nicht heilen könnten, daß deren Gesundung nur auf den Wegen möglich sei, die der wissenschaftliche Kommunismus weise. Ohne alle Prahlerei, aber auch ohne alle Zweideutigkeit führte das Manifest eine klare, ruhige, überzeugende Sprache. Nicht minder gute Dienste leistete die Instruktionsbroschüre, die alle widergesetzlichen Wahlschliche aufdeckte; ohnehin waren jetzt die Arbeiter an das Sozialistengesetz gewöhnt und ließen sich nicht mehr so leicht verblüffen.

Ganz so arg, wie 1878 und 1881, wurden sie bei diesen Wahlen nicht bedrängt. Bei den Wahlprüfungen hatte der Reichstag doch etwas wie Scham empfunden über die empörenden, allen Begriffen von Gesetz und Recht ins Gesicht schlagenden Wahlorgien der Polizei und ihnen für die Zukunft ein paar Riegel vorgeschoben. So hatte er beschlossen, daß die Anmeldung einer Wahlversammlung durch einen Sozialdemokraten an sich, auch selbst in Verbindung mit der Ankündigung, daß in der Wahlversammlung ein Sozialdemokrat als Redner auftreten werde, noch nicht unter das Sozialistengesetz falle. Ferner hatte der Reichstag eine Bestimmung in die Gewerbeordnung aufgenommen, wonach Stimmzettel keine Druckschriften im Sinne des Sozialistengesetzes sein sollten. Damit wurde ein Urteil des Reichsgerichts kassiert, das Stimmzettel für Drucksachen solcher Art erklärt hatte, nach einer beweglichen Klage Puttkamers über den Mangel an Mitteln, die Wahlagitation durch Stimmzettel zu verbieten. Freilich waren viele Polizeibehörden weit davon entfernt, diese Reichstagsbeschlüsse zu beachten; in einem Lande von bürgerlich-rechtlichen Gewohnheiten wären die polizeilichen und sonstigen Bedrängungen der Arbeiter bei den Wahlen von 1884 noch immer als himmelschreiende Willkür empfunden worden; nach preußisch-deutschen Begriffen hatte die sozialdemokratische Agitation aber eine Art freier Bewegung.

An der Spitze der sozialdemokratischen Wahlsiege marschierten wie immer die drei Belagerungsgebiete. Von den neun Siegen, die in der Hauptwahl erfochten wurden, stellten sie die fünf glänzendsten: Berlin IV (Singer) mit 25 386, Hamburg I (Bebel) mit 12 280, Hamburg II (Dietz) mit 14 276, Altona (Frohme) mit 10 266, Leipzig-Land (Viereck) mit 15 238 Stimmen. Im ganzen warfen die sechs Berliner Wahlkreise 68 275, die drei Hamburger Wahlkreise und Altona 46 550, die beiden Wahlkreise Leipzig Stadt und Land 24 914 Stimmen auf den Tisch. Dabei hatte in Berlin die Sozialdemagogie Stöcker-Wagner all ihren Hokuspokus losgelassen, waren in Hamburg alle Arbeiterversammlungen gehindert worden und gab es in Leipzig kein Blatt, das den Arbeitern auch nur einigermaßen unparteiisch gegenüberstand. Man weiß nicht, wem man den Preis zuerkennen soll, schrieb rühmend der Sozialdemokrat: dem geschlossenen Karree im nordwestlichen Deutschland, den gewaltigen Forts im Norden und Südosten der Reichshauptstadt oder den sozialistischen Arbeiterbataillonen in Leipzig Stadt und Land.

Die vier übrigen, in der Hauptwahl gewonnenen Mandate verteilten sich auf Sachsen und Thüringen: es waren alte Sitze der Partei, Glauchau-Meerane (Auer), Zwickau-Crimmitschau (Stolle), Chemnitz (Geiser) und Reuß ä. L. (Blos). Daneben war die Partei an 24 Stichwahlen beteiligt: in Berlin VI und Hamburg III, dem Landkreise der großen Handelsstadt, in alten rheinischen und sächsischen Sitzen: Elberfeld-Barmen, Solingen, Dresden-Altstadt, Auerbach-Reichenbach, in sieben preußischen Provinzialzentren: Breslau I und II, Königsberg, Magdeburg, Kassel, Hannover, Kiel, in drei nord- oder mitteldeutschen Kleinstaaten: Braunschweig I, Gotha, Reuß j. L., in fünf Maingaukreisen: Frankfurt, Darmstadt, Offenbach, Mainz, Hanau, endlich in drei süddeutschen Kreisen: Nürnberg, München II und Frankenthal-Speyer.

An vielen Orten war die Partei auch in der Lage, Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten zu entscheiden. Die früheren Wahlen hatten häufig gezeigt, daß der Kampfeifer der Parteigenossen sich nicht zügeln ließ, wenn bei solchen Stichwahlen nur ein halbwegs präsentabler Kandidat der bürgerlichen Linken mit im Spiele war, trotz aller Kongreßbeschlüsse, die im allgemeinen Wahlenthaltung in solchen Fällen empfahlen. Diesmal mußte auch das Zentralwahlkomitee dem drängenden Strom nachgeben; am 30. Oktober erließ es einen Aufruf, worin es anordnete,

daß wo sich die Parteigenossen für eine Beteiligung an Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien entschieden, jedenfalls nur Kandidaten in Frage kommen könnten, die sich bestimmt und unzweideutig verpflichteten, gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes, gegen die Verschärfung der Strafgesetze, gegen die Verkümmerung oder Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts, gegen die Verlängerung der Gesetzgebungsperioden, gegen die Einführung der Arbeitsbücher und gegen neue Zölle und Steuern auf notwendige Lebensbedürfnisse zu stimmen.

Mitte November waren die Stichwahlen beendigt. In ihnen hatte die sozialdemokratische Partei noch 15 Sitze gewonnen: Berlin VI (Hasenclever), Breslau I (Kräcker), Breslau II (Hasenclever), Magdeburg (Heine), Hannover (Meister), Solingen (Schumacher), Elberfeld-Barmen (Harm), Auerbach-Reichenbach (Kayser), Braunschweig (Blos), Gotha (Bock), Reuß j. L. (Rödiger), Frankfurt a. M. (Sabor), Offenbach (Liebknecht), Nürnberg (Grillenberger) und München II (Vollmar). Hasenclever nahm in Breslau II und Blos in Braunschweig an, bei den Ersatzwahlen wurde Berlin VI (Pfannkuch) und Reuß ä. L. (Wiemer) behauptet. Eingebüßt hatte die Partei die Wahlkreise Freiberg, Mittweida und Hanau, von altem Besitze zurückerobert Berlin IV und VI, Altona, Glauchau-Meerane, Auerbach-Reichenbach, Leipzig-Land und Elberfeld-Barmen, zum erstenmal besetzt Braunschweig I, Frankfurt a. M., Gotha, Hannover, Magdeburg, Reuß j. L. und München II.

Obgleich die sozialdemokratische Wahlleitung bei den Stichwahlen den Freisinnigen nach Möglichkeit beigesprungen war, so suchte die geschlagene Kronprinzenpartei doch in ihrer besonderen Art die Wahlerfolge der Arbeiterpartei dadurch zu verkleinern, daß sie behauptete, bei den Stichwahlen sei die Partei durch konservative und nationalliberale Stimmen unterstützt worden. In erster Reihe natürlich zu dem Zwecke, das eherne Bollwerk der Freiheit, das heißt die Kronprinzenpartei, zu überrennen; anders als durch „Verrat" hat Eugen Richter die zahllosen Schläge, die er in seinem politischen Leben davongetragen hat, ja noch nie besehen, nämlich wenn man ihm selber glaubt. Nun ist so viel richtig, daß bei den Stichwahlen von 1884 in manchen Wahlkreisen, so in Hannover, Magdeburg, München II, nationalliberale oder selbst konservative Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben worden sind. Auch erklärte die Kölnische Zeitung, ein sozialdemokratischer Abgeordneter sei unter Umständen ein kleineres Übel, als ein fortschritt-

licher, und in ähnlichem Sinne sprach sich der Magdeburger Polizeipräsident aus. Aber was immer daraus gegen die Nationalliberalen oder die Konservativen folgen mag, so ist nicht abzusehen, wie dadurch die sozialdemokratischen Wahlsiege verkleinert werden sollen. Selbst wenn dieser oder jener Sitz der nicht erbetenen und nicht erwünschten Hilfe der Reaktion zu danken gewesen wäre, so wäre damit noch nicht entfernt das krasse Mißverhältnis ausgeglichen worden, das damals, wie vorher und nachher stets, zwischen der Zahl der sozialdemokratischen Mandate und der Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bestanden hat und unendlich oft durch das Bündnis der freisinnigen Helden mit der „finstersten Reaktion" verursacht worden ist. In den Stichwahlen von 1884 hätte die Sozialdemokratie sich nur dann etwas vergeben, wenn sie irgendwie oder irgendwo mit den reaktionären Parteien kokettiert hätte. Das ist aber nirgends geschehen.

In der abschreckendsten Weise bewährte sich dagegen bei diesen Stichwahlen die Gesinnungslosigkeit der „einen reaktionären Masse". In Offenbach, wo Liebknecht mit einem Nationalliberalen zur Stichwahl stand, hieß es in einem nationalliberalen Flugblatt: „Die Namen der Mordgesellen Hödel, Nobiling, Kammerer, Stellmacher tragen das Gepräge des Feindes, der Sozialdemokratie nämlich, die sich nicht scheut, offen zu erklären, daß ihr Weg nur über Blut und Leichen führt, recht deutlich an sich." In Hannover aber, wo Meister mit dem Welfen Brüel kämpfte, liefen die Nationalliberalen den Sozialdemokraten demütig nach. Sie erklärten, Meister sei „eigentlich" ein Anhänger der Bismärckischen „Sozialreform", obgleich es in dem sozialdemokratischen Wahlaufruf hieß: „Die nationalliberale Partei, die Partei der Charakterlosigkeit und der politischen Heuchelei, ist tot und bereits in Fäulnis geraten. . . . Sie ist nur noch eine Anzahl von Hanswursten. . . . Ihrer erbärmlichen Feigheit und Charakterlosigkeit ist es zu verdanken, daß die Reaktion in Deutschland so stark geworden ist. . . . Die bisher vom Reichstag fabrizierten sozialpolitischen Gesetze (Kranken- und Unfallversicherungsgesetz) sind so hundserbärmlich schlecht, daß unsere Vertreter notgedrungen dagegen stimmen mußten. . . . Der ganze Staatssozialismus, wie er heute von der Regierung und den Konservativen betrieben wird, ist der reinste Schwindel." Wenn dennoch nationalliberale Stimmen für Meister als einen „eigentlichen" Anhänger Bismarcks abgegeben wurden, so mag man zweifeln, ob man die Dick-

häutigkeit oder die Wahrheitsliebe dieser Gentlemen mehr bewundern soll, aber derselbe Zweifel gilt auch von den freisinnig-volksparteilichen Blättern, die angesichts solcher Tatsachen von einem Bündnis zwischen „Reaktion und Sozialdemokratie“ schwatzten.

So veröffentlichte die Frankfurter Zeitung zur Stichwahl für ihren heißgeliebten, aber unrettbar verlorenen Sonnemann einen Wahlaufruf, von dem sie in ihrem lokalen Teile preisend sagte, er gehe von den hervorragendsten Vertretern des Frankfurter Handelsstandes, der Industrie und des Gewerbes, der Advokatur usw. aus, die zum guten Teile der nationalliberalen, zum Teil auch der konservativen und der ultramontanen Partei angehörten. Und in dem politischen Teile derselben Nummer erdreistete sich das Blatt, zu sagen, daß „der Konservative und der Sozialdemokrat eigentlich Brüder seien, nach gleichem Ziele strebend, Freud und Leid miteinander teilend, ein edles Paar von Brüdern“. Der Sozialdemokrat machte dazu die beißende Bemerkung, das Handelsorgan rechne wohl darauf, in seinem politischen Teile nur von den Dummen gelesen zu werden.

Überhaupt gehörte die beginnende Verekelung der Volksmassen an der bürgerlichen Parteiwirtschaft zu den hervorragenden Kennzeichen der Wahlen von 1884. Prüfte man die amtliche Wahlstatistik, so zeigte sich, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen überall beträchtlich zugenommen hatte, wo die Arbeiterbewegung schon vor dem Sozialistengesetz tief eingewurzelt gewesen war. Im Königreich Sachsen war mit 128124 Stimmen der Stand von 1878 erreicht worden; im bergisch-märkischen Industriebezirk, im Maingau, in Braunschweig und Hannover, in der Provinz Sachsen, in Schlesien und Thüringen zeigte sich ein gleich günstiges oder ein noch günstigeres Ergebnis. Aber auch in Gegenden, die von kleinbürgerlichen oder kleinbäuerlichen Vorstellungen beherrscht wurden, begann die rote Fahne wieder lustig im Winde zu wehen.

Damit setzte eine Entwicklung von neuem ein, die bis in die ersten Jahre des Deutschen Reichs zurückreichte. Sie war durch die jähen Gewaltstöße des Sozialistengesetzes und die verführerischen Lockungen der bürgerlichen Sozialdemagogie unterbrochen worden, denen von vornherein gleichmäßig einen unerschütterlichen Widerstand entgegenzustellen erst das moderne Proletariat der großen Industrie gereift genug war. Wenn die sozialdemokratische Propaganda nun aber wieder

auf einem Boden vordrang, den der industrielle Kehrbesen noch nicht geebnet hatte, so geschah das unter viel günstigeren Umständen als zehn Jahre früher. Die Enttäuschung der Volksmassen war gründlicher und nachhaltiger als im Anfange der siebziger Jahre. Sie hatten alle bürgerlichen Heilmittel des sozialen Elends durchgekostet, den Freihandel und den Schutzzoll, die liberale Manchesterei und die reaktionäre Zünftlerei, und waren immer schlechter gefahren; ihre gesündesten und tüchtigsten Schichten begannen sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß nur die Radikalkur der Sozialdemokratie ihnen helfen könne, oder doch mindestens einzusehen, daß alle Beschwerten und Unterdrückten nirgends als an dieser prinzipienklaren und prinzipientreuen Partei einen festen Halt hätten. Nicht allein das konservative und das liberale Blendwerk war gründlich verblaßt, sondern auch das ultramontane Blendwerk begann zu verblassen. Je mehr der Kulturkampf versumpfte um der Massenplünderung willen, desto greifbarer trat der innerlich reaktionäre Charakter des Zentrums hervor. Vielleicht kein Einzelergebnis der Wahlen erregte so großes Aufsehen, wie die Erschütterung der ultramontanen Hochburgen Köln und München durch den Ansturm des klassenbewußten Proletariats.

Noch bedeutsamer wurde diese Ausdehnung der sozialdemokratischen Propaganda dadurch, daß sie gleichmäßig die verschiedensten Hindernisse überwand. In Brandenburg, Mecklenburg, Schleswig-Holstein warf sie das feudale Junkertum zurück, in Baden und Württemberg das demokratische Kleinbürgertum; in Elsaß-Lothringen hob sie sich mit 3111 Stimmen über den nationalen Gegensatz empor. Von Mannheim bis Königsberg zog sich quer durchs Reich fast schon eine ununterbrochene Postenkette der Partei. In Mannheim hatte Dreesbach über 5000 Stimmen erhalten und kam bald darauf in einer Nachwahl mit ziemlich 7000 Stimmen zur Stichwahl; auch saß er mit noch einem Genossen im Stadtrat, während im Bürgerausschusse die dritte Klasse durch 16 Sozialdemokraten vertreten war. Auf Königsberg waren überhaupt keine Hoffnungen gesetzt worden; nach der Berufszählung von 1882 hatte die Stadt unter allen deutschen Großstädten die verhältnismäßig geringste Industrie, dagegen ein auffälliges Überwuchern kleiner selbständiger Betriebe aufzuweisen. Bis zum Jahre 1878 bestand die Königsberger Sozialdemokratie wesentlich aus einem Häuflein radikaler, von Johann Jacoby beeinflußter Ideologen, deren weitaus

größten Teil das Sozialistengesetz zerstäubte. Bei den Wahlen von 1881 wurden nur 284 sozialdemokratische Stimmen gezählt, und diese kleine Truppe hatte der Schlossermeister Godau unter schweren Mühen gesammelt. Godau war von der Ostbahnwerkstätte wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung aufs Pflaster geworfen worden; aus demselben Grunde überall abgewiesen, wo er Arbeit suchte, mußte er sich als Kleinmeister auftun und lernte allen Jammer des handwerksmäßigen Kleinbetriebs am eigenen Leibe kennen. Mit packender Beredsamkeit wußte er die Klasse aufzuklären, in die ihn nicht seine Neigung, sondern die Not gestoßen hatte. Die gelehrten Vorkämpfer der Bourgeoisie unterlagen diesem echten Proletarier, den ein eiserner Bildungstrieb und Wissensdurst beseelte, trotz der Proletarierkrankheit, die ihn unaufhaltsam aufrieb. In erster Reihe war es sein Verdienst, daß die Partei in Königsberg jetzt schon 4349 Stimmen musterte.

Jedoch die Tatsache, daß die unaufhaltsame Zersetzung der bürgerlichen Parteien mehr und mehr alle historischen Aufgaben, die zu lösen der historische Beruf der Bourgeoisie war, auf die breiten Schultern des klassenbewußten Proletariats wälze, trat nirgends so klar und unzweideutig hervor, wie in dem zweitgrößten Staate des Deutschen Reichs, wie in Bayern. Solange es eine deutsche Sozialdemokratie gab, hatte sie ihre Anhänger auch in Bayern gehabt, aber einen bayrischen Flügel der Gesamtpartei, der in gesetzmäßiger Entwicklung seine Reihen und Rotten entfaltete, gab es erst seit den Wahlen von 1884.

---

4. Die bayerische Eroberung.

In Bayern war das Sozialistengesetz von Anfang an mit großer Härte gehandhabt worden, wenn auch nicht ganz in dem Berliner Stile. Es war mehr urwüchsige Brutalität, als hinterhaltige Berechnung dabei, aber soweit hinterhaltige Berechnung dabei war, zielte sie nach einer anderen Richtung, als nach der höheren Diplomatie der „milden Praxis“. Das sozusagen liberale Ministerium in München hatte ein dringendes Interesse an der fortdauernden Sozialistenhetze, um sich dem geisteskranken König als erfolgreichen Bändiger des roten Gespenstes unentbehrlich zu machen. Daneben spielte ein gewisser Antagonismus zwischen Berlin und München, den Viereck für seine publizistische Tätigkeit in der bayerischen Hauptstadt auszunützen verstand. Die Kopf-

blätter, die er für das außerbayerische Deutschland herstellte, betrachtete die bayerische Regierung nach dem Grundsatze: Heiliger Florian, beschütz' mein Haus, zünd' andere an; wenn sie aber die Süddeutsche Post verbot, die ihr selbst im Nacken saß, so hob die Reichskommission, entgegen ihrer sonstigen Praxis, das Verbot wieder auf.

In der linksrheinischen Pfalz hatte das Sozialistengesetz die Arbeiterbewegung für den Augenblick vollständig zertreten. Jede ihrer Kundgebungen wurde rücksichtslos unterdrückt und es blieb ihr kein Mittel der Agitation, als die nächtliche Verbreitung von Flugblättern, die von Mannheim aus organisiert wurde. Bald aber zeigte die kräftige Minierarbeit die erfreulichsten Wirkungen. Im Jahre 1882 siedelte Ehrhart von Mannheim nach Ludwigshafen über, die Pfalz konnte sich als selbständiger Agitationsbezirk auftun. Als sich das pfälzische Proletariat in der Wahlbewegung von 1884 durch gewaltige Kundgebungen das Versammlungsrecht zu erzwingen versuchte, wurden 800 Mann Soldaten nach Ludwigshafen verlegt, doch scheiterte die Provokation eines Blutbades an der ebenso besonnenen wie entschiedenen Haltung der Arbeiter. Sie kamen vielmehr im Wahlkreise Frankenthal-Speyer, worin Ludwigshafen liegt, mit 4822 Stimmen zur Stichwahl, und die „Strafbayern" mußten mit langer Nase abziehen. Seitdem nahm die pfälzische Entwickung ihren stetigen Fortgang.

Im rechtsrheinischen Bayern blieb Nürnberg-Fürth der Mittelpunkt der Bewegung für die drei fränkischen Regierungsbezirke. Freilich mehr erst als rings umbrandeter Fels, denn als Knotenpunkt eines weitverzweigten Netzes. Ein anmutiges Kleeblatt: die staatliche Bureaukratie, die freisinnig-kommunale Polizei und einzelne anarchistische Elemente machten den Nürnberger Arbeitern das Leben blutsauer. Da diese Arbeiter von Grillenbergers hartem Schlage waren, so hielten sie sich unerschütterlich, doch wurde es ihnen schwer, auch nur in Franken selbst erobernd vorzudringen. Im Februar 1884 wollte Grillenberger die oberfränkischen Hausarbeiter der Korbflechterei, die durch den greulichsten Truckunfug bis auf die nackte Haut geplündert wurden, organisieren und zunächst einen Fachverein der Korbmacher in Schney gründen, aber die oberfränkische Regierung beeilte sich, diesen Verein auf unglaubliche Rabulistereien hin für einen politischen Verein zu erklären, der als solcher weder Minderjährige noch Frauen zu Mitgliedern haben und mit anderen Vereinen in keine Verbindung treten dürfe; damit war

der gesetzliche Widerstand der Korbflechter gegen die ungesetzlichen Praktiken ihrer Ausbeuter von Obrigkeits wegen totgeschlagen. Immerhin wurde eine so empörende Mißhandlung wehrloser Arbeiter mittelbar die wirksamste Propaganda für die Sozialdemokratie, die unter den oberfränkischen Korbflechtern bald Tausende von Anhängern zählte; schwieriger war es, andere fränkische Wahlkreise, selbst mittelfränkische ganz in der Nähe Nürnbergs, anzugreifen, weil die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung, der Mangel an Industrie und Städten, die schroffen konfessionellen Gegensätze und anderes mehr einem so hochentwickelten Proletariat der modernen Großindustrie, wie die Nürnberger Arbeiter waren, geringe Anknüpfungspunkte boten.

Für den schwäbischen Regierungsbezirk leistete Augsburg leider nicht oder noch nicht das, was Nürnberg für die fränkischen Regierungsbezirke leistete. Augsburg war ein typisches Beispiel dafür, wie schwer es die Arbeiterklasse zu büßen hat, wenn sie sich von der Höhe sozialistischer Erkenntnis noch einmal herabwerfen läßt. Aus dem sozialdemokratischen Vororte, der ehedem die bayerische Reichsratskammer mit kräftigen Hieben zu Paaren getrieben hatte, war eine Fabrikstadt traurigster Art geworden. Jedes Werk hatte seine Kassen-, Konsum- und Spareinrichtungen, die Arbeiter wurden elend bezahlt und standen völlig unter der Fuchtel ihrer Ausbeuter; ein Ausgesperrter bekam nirgends sonst Arbeit. Wohl fühlten sich die Arbeiter als Proletarier, aber sie hatten alle Fehler einer systematisch unterdrückten und durch den Industrialismus ausgebeuteten Volksschicht; in platten Vergnügungen, in Lärmen und Schreien unter sich erschöpften sie die Kraft, die sie ihren Vorgesetzten nicht zu zeigen wagten. Doch war auch in Augsburg die schlimmste Zeit schon überstanden; 1550 sozialdemokratische Stimmen bekundeten unzweideutig, daß Disziplin und Energie von neuem im Augsburger Proletariat erwachten und nun wieder schnell erstarken würden.

Nicht aber die fränkischen und schwäbischen, sondern die altbayerischen Landschaften, die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz konnten den Hebel bilden, der den größten süddeutschen Staat in den Malstrom der sozialdemokratischen Massenbewegung warf. Sie nährten den verhältnismäßig ungebrochensten der alten deutschen Volksstämme und prägten den Charakter Bayerns als eines Bauernlandes am schärfsten aus. Große Industrie gab es eigentlich nur in und um

München, auch da neben einem ziemlich starken Handwerke, dazu kamen ein paar mittlere Bergwerke, sonst wuchsen in den Städtchen und auf dem platten Lande erst industrielle Anfänge, hier oder da Sägen, Zementhütten, Hammerwerke, Papiermühlen, langsam empor. Alles übrige war Land- und Forstwirtschaft, neben einem wenig umfangreichen und politisch machtlosen Großgrundbesitze hauptsächlich mittlere und kleine Bauernschaft. Die ägyptische Plage eines preußischen Junkertums war unbekannt, nicht erst seit der französischen Revolution, sondern schon vom Mittelalter her, wo die Geistlichkeit der Hauptfeudalherr gewesen war und an ihrem Teile die alte Erfahrung bestätigt hatte, daß sich unter dem Krummstabe besser leben ließ, als unter der Junkerpeitsche. Der oberbayerische Adel entstand zumeist aus Ministerialen der Klöster; er konnte um so schwerer aufkommen, als ihm die bayerischen Herzoge schon früh den Daumen aufs Auge drückten und die Bauern ein ebenso gerechtes wie gründliches Mißtrauen gegen den Baron hegten. Sowenig wie das Junkertum hatte das Großbürgertum eine überwiegende Macht; der Liberalismus war eine reine „Gebildeten"partei, die der ländlichen Bevölkerung fern stand. Auch ließ sich wenig für die Antisemiten holen, da der jüdische Wucher die Bauern noch nicht so sehr geplündert hatte; höchstens unter den beschränktesten Kleinbürgern der Flecken und Märkte fand die antisemitische Agitation einigen Anklang. Den maßgebenden Einfluß besaß die katholische Geistlichkeit.

Die altbayerischen Volksmassen lebten verhältnismäßig reichlich. Sie kannten noch nicht das allein seligmachende Sparevangelium der kapitalistischen Sykophanten und führten jede Vermehrung ihres Einkommens sofort ihrer Lebenshaltung zu. Die Einkommensunterschiede waren weit geringer, als in dem kapitalistisch entwickelten Deutschland; es gab weniger Luxus und weniger Bettelarmut, geringen Klassenhaß, keine gegenseitige Absperrung und Überhebung. Damit hingen die altbayerischen Charaktereigenschaften zusammen: unerschütterte Volkskraft, Starrsinn, Steifnackigkeit, wenig Unternehmungsgeist, gar keine Profitgier, mäßige Arbeitslust, Genußfreudigkeit, keine Spur von Unterwürfigkeit. Ein wahres Bauernvolk, frei von Grübelei und mystischer Spekulation, fast ohne jeden Sinn für Theorien, mit geringem formalen Bildungstriebe. Die Religion wirkte unter diesen Massen als Gewohnheit und Kunst, in der Politik waren sie kernige Gefühlsdemokraten. Eine „starke" Regierung nach Berliner Muster konnte unter solchen Verhältnissen nicht

gedeihen; die bayerischen Beamten waren lange nicht so gebunden und unterwürfig wie die preußischen. Dem widersprach auch nicht die wilde Sozialistenhetze; sie bewies nur, daß die bayerischen Arbeiter noch nicht mitzählten unter den treibenden Kräften, zwischen denen die Münchener Vorsehung hin- und herschaukelte, unfähig wie sie war, einem wirklich starken Anstoße zu widerstehen.

Wie in Augsburg, so war auch in München die junge Arbeiterbewegung von der ultramontanen Flut überschwemmt worden, und in der Hauptstadt des Landes arbeitete die Polizei natürlich mit dem höchsten Drucke, um den gestörten Geist des Königs Ludwig aus einem Sozialistenschrecken in den anderen zu jagen. Die gerichtlichen und polizeilichen Prozeduren gegen die klassenbewußten Arbeiter rissen nicht ab, der Polizeikommissar Michael Gehret organisierte ein unwürdiges Denunziationssystem und nahm die abenteuerlichsten Erfindungen seiner Lockspitzel so unerschrocken auf seinen Diensteid, daß er sich bis in die bürgerliche Welt hinein den schmeichelhaften Übernamen des „Meineidsmichels“ erwarb. Da an einen Entsatz der Hauptstadt durch das Land einstweilen nicht zu denken war, so galt München in der Partei als auf lange hinaus verloren, und um so mehr überraschten die hohen Ziffern, die es 1884 in seinen beiden Wahlkreisen aufbrachte.

In hohem Maße konnte Vollmar das Verdienst dieser glücklichen Wendung beanspruchen. Er war selbst ein echter Sohn des alten Bayerns. In einer Beamten- und Offiziersfamilie aufgewachsen, mit fünfzehn Jahren schon ein Hüne an Körperbau, mit sechzehn Jahren Leutnant, war er mit einundzwanzig Jahren durch seine schwere Verwundung im deutsch-französischen Kriege auf ein langwieriges Krankenlager geworfen worden. Er hatte bereits einen bewegten Lebenslauf hinter sich, als ihn ernste wissenschaftliche Studien erst zur Demokratie und dann folgerichtig zum Sozialismus führten. Sobald es die Wiederherstellung seiner Gesundheit gestattete, hatte Vollmar sich der sozialdemokratischen Agitation gewidmet. Beim Erlaß des Sozialistengesetzes verbüßte er eine lange Haft im Zwickauer Gefängnisse, wo er eine Schrift über den isolierten sozialistischen Staat verfaßte. Theoretisch in mancher Beziehung anfechtbar, bekundete die kleine Arbeit in eigentümlicher Weise Vollmars Neigung, überall an praktische Verhältnisse anzuknüpfen. Deshalb war er für die Redaktion des ausländischen Parteiorgans, die er im ersten Jahre des Sozialdemokraten führte,

weniger geeignet, aber um so glücklicher fand er sich in den praktischen Kämpfen des Reichstags zurecht. Seine bekannte Rede über das Tabaksmonopol war die erste parlamentarische Kundgebung der Partei, die eine völlig unanfechtbare und unzweideutige Stellung in dem Wirrwarr der bürgerlichen, sich als angebliche Sozialreform maskierenden Interessenkämpfe nahm.

Jedoch in sein eigentliches Fahrwasser kam Vollmar erst, als er im Jahre 1883 nach München zurückkehrte, um die Leitung der bayerischen Agitation zu übernehmen. Er wußte sich zu sagen, daß eine schablonenmäßig auf das großindustrielle Proletariat zugeschnittene Taktik in München geringen, im übrigen Altbayern so gut wie gar keinen Erfolg haben werde. Ohne den prinzipiellen Standpunkt der Partei zu verleugnen, suchte er ihn doch den besonderen bayerischen Verhältnissen anzupassen. Er blieb dem sozialdemokratischen Programm vollkommen treu, wenn er die Religion als solche aus dem Parteikampfe schied, eben deshalb aber die ultramontane Verquickung der Religion mit der Politik, die politische und soziale Unterdrückerrolle einzelner Geistlichen und der ganzen Kirche um so schärfer anfaßte. Indem er nachdrücklich auf die Gefühlsdemokratie des bayerischen Stammes wirkte, war er doch bemüht, sie über sich selbst aufzuklären.

Ebensowenig gefährdete die eindringliche Beschäftigung mit den Beschwerden der bäuerlichen Bevölkerung, durch die der sozialdemokratischen Agitation der Weg in die bayerische Volksmasse gebahnt wurde, die Prinzipien und das Programm der Partei. Gewiß mußte hier eine scharfe Grenzlinie gezogen werden zwischen den Bauern, die sich vom Schweiße ihrer paar Knechte und Tagelöhner so redlich nähren wollten wie der Zunftmeister von dem Schweiße seiner paar Gesellen und Lehrlinge, und den selbstwirtschaftenden Bauern, die sich von dem modernen Proletarier nur dadurch unterschieden, daß sie sich noch im Besitze ihrer armen Arbeitsmittel befanden. Mit jenen hatte das klassenbewußte Proletariat so wenig etwas zu schaffen, wie mit den Zünftlern, diese aber waren seine nächsten Bundesgenossen, und aus solchen selbstwirtschaftenden Bauern bestand die bayerische Bauernklasse zu neun Zehnteln. Immer gehörte viel praktischer Schick und Takt dazu, die notwendige Grenzlinie streng innezuhalten, aber die Schwierigkeit der Aufgabe war kein Grund, sie fallen zu lassen. Ihre Lösung drängte um so mehr, je gründlicher die Torheiten und Treulosigkeiten des Zentrums

die selbstwirtschaftenden Bauern kurierten, genau so, wie die Torheiten und Treulosigkeiten des Freisinns den selbstwirtschaftenden Kleinmeister über seine Lage aufklärten.

So drang die sozialdemokratische Agitation bis in die letzten Winkel eines uralten Bauernlandes vor. Wie die altbayerischen Provinzen überhaupt die bayerische Eigenart am ausgeprägtesten aufwiesen, so wies sie unter ihnen selbst Oberbayern und in Oberbayern wieder der Reichstagswahlkreis Rosenheim-Miesbach-Tölz am schärfsten auf. Ebenso dünn bevölkert wie räumlich ausgedehnt, lief dieser Kreis vom Walchensee bis zum Chiemsee die Tiroler Grenze entlang. Er enthielt fast gar keine Industrie, nur eine Stadt und ein paar Marktflecken, nicht einmal viele Dörfer von nennenswerter Einwohnerzahl. Das Einödsystem herrschte durchaus vor, die zerstreute Bauart, wobei jeder Hof oder Weiler seine ganzen Besitztümer abgerundet um sich liegen hat. Eine Menge dieser Höfe waren von alters her, seit dem sechzehnten Jahrhundert, und weiter selbst bis ins elfte Jahrhundert zurück, urkundlich in derselben Familie, besonders im oberen Isartal, in der einsamen Jachenau und an den Seen, manche von ihnen waren einst Edelsitze gewesen. Konservative Neigungen und Sitten wurzelten tief in diesem Kreise, dem Hauptsitze des Almenlebens, des Haberfeldtreibens, des Wildschützenwesens; theoretisch ließ sich gar kein für die sozialdemokratische Agitation ungünstigerer Rekrutierungsbezirk denken. Dennoch ist dieser Kreis zeitweise der beste bayerische Landkreis der Partei gewesen.

Die ganze Entwicklung, deren hervorragendstes Kennzeichen die bayerische Eroberung bildete, war ein Produkt der deutschen Geschichte. Wollte man erklären, weshalb sich die gesunden Kräfte aller leidenden Volksklassen um das sozialdemokratische Banner zu sammeln begannen, so mußte man erklären, weshalb sich die große Industrie, die kapitalistische Produktion, die moderne bürgerliche Gesellschaft in Deutschland so reißend schnell entwickelt und weshalb der politische Fortschritt nicht die gleiche Höhe mit dem sozialen Fortschritt inne gehalten hatte, weshalb die Machtmittel der Regierung in den Händen rückständiger und verlebter Klassen geblieben, weshalb die verschiedenen Schichten der Bourgeoisie so feige und träge, die kleinbürgerlichen Klassen so zaghaft und zwiespältig waren. Unter solchen Voraussetzungen mußte es kommen, wie es nun kam. Das hatte Lassalle schon vorausgesehen, als er alle Enterbten in der sozialdemokratischen Partei sammeln wollte, deren Vorhut

das großindustrielle Proletariat bilde, nur daß er die Schnelligkeit der historischen Entwicklung überschätzt hatte.

Die deutsche Sozialdemokratie war damit vor neue schwere Aufgaben gestellt. Immer wo sie erobernd vordringt in eine kleinbäuerliche oder kleinbürgerliche Bevölkerungsschicht, droht die Gefahr, daß die neu gewonnenen Elemente, noch befangen in ererbten Vorurteilen, die Herrschaft über die Partei an sich zu reißen suchen, ebenso wie die bürgerliche Intelligenz, sobald sie etwa nur das Abc des proletarischen Klassenkampfes begriffen hat, ihn nun auch gleich kommandieren möchte. Gerade in Deutschland, dem klassischen Lande des Spießbürgertums, ist zur Zeit, wo die industrielle Entwicklung das Spießbürgertum gewaltsam und massenweise entwurzelt, das Aufkommen eines gewissen kleinbürgerlichen Sozialismus unvermeidlich, eines Sozialismus, der zwar die Grundanschauungen des wissenschaftlichen Kommunismus und die Forderung der Verwandlung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum als berechtigt anerkennt, aber ihre Verwirklichung erst in entfernter, praktisch unabsehbarer Zeit für möglich erklärt, damit für die Gegenwart auf bloßes soziales Flickwerk angewiesen ist und je nach Umständen selbst mit den reaktionärsten Bestrebungen zur sogenannten „Hebung der arbeitenden Klassen" sympathisiert. An dem gesunden Sinn der deutschen Arbeiter scheitert dieser Sozialismus immer; so sehr die sozialdemokratische Partei auf der Gleichberechtigung ihrer Mitglieder beruht, so sehr ist sie ihrem historischen Wesen nach eine proletarische und keine kleinbürgerliche Partei. Ihr historischer Kern ist das moderne, großindustrielle, seiner ganzen Klassenlage nach revolutionäre Industrieproletariat; dies Proletariat ist der Preisfechter der Partei, ohne dessen starken und unzerbrechlichen Arm das Parteiprogramm nie verwirklicht werden wird. Deshalb gebührt ihm innerhalb der Partei kein undemokratisches Vorrecht, aber wohl die Stellung, die seiner Fähigkeit und seiner Kraft entspricht. Wenn die historische Entwicklung aus der deutschen Sozialdemokratie ein vielstimmiges Orchester gemacht hat, so hat die kleine Flöte so gut das Recht, sich hören zu lassen, wie der große Brummbaß, aber gespielt werden muß der große Brummbaß vom modernen Industrieproletariat, weil er nur von ihm gespielt werden kann.

Mit dem Instinkt des Hasses sahen die bürgerlichen Parteien, daß die bayerische Eroberung unter gewissen Gesichtspunkten auch ihre Kehrseite hatte. Sie träumten wochenlang vom „Damaskus" der Sozial-

demokratie und trösteten sich über das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmenzahl damit, daß neue tiefgehende Spaltungen in der bisher so geschlossenen Partei eintreten würden. Wirklich schienen auch solche Spaltungen im Jahre 1884 einzutreten. Dennoch war der bürgerliche Hoffnungsrausch voreilig und endete mit der üblichen Enttäuschung. Die Frage, die der Partei mit dem Ausfalle der Wahlen von 1884 gestellt war, konnte für sie im Grunde gar keine Frage sein. Geflissentlich die Quellen abzusperren, woraus ihr täglich neues Leben zurann, wäre der erste Schritt zur sektenmäßigen Verkümmerung gewesen. An diesen langsamen Selbstmord hat die Partei keinen Augenblick gedacht; sie fühlte kraftvolles und ursprüngliches Leben genug in sich, um den Kampf und Streit nicht zu scheuen, der mit der Assimilierung neuer Elemente an ihre alten großen Ziele verbunden war. Gewiß sah die Partei in Gegenden mit überwiegend kleinbäuerlicher und kleinbürgerlicher Bevölkerung etwas anders aus, als in Gegenden mit großindustriell-proletarischer Bevölkerung. Man brauchte nur die beiden größten Mittelstaaten miteinander zu vergleichen, um den Unterschied sofort zu erkennen; während sich in Sachsen der Abgrund zwischen den „zwei Nationen“ täglich erweiterte und vertiefte, wurden Grillenberger und Vollmar in Bayern die populärsten Männer des Landes, die allezeit willigen Berater und Helfer der allerverschiedensten Bevölkerungsschichten. Aber an der geschlossenen Einheit der Partei hatten alle ihre Teile das gleiche wie das höchste Interesse; jeder Zweig, der sich vom Stamme gelöst hätte, wäre vertrocknet, wäre ein dürres Holz geworden, nur noch gut genug, den Ofen der politischen und der sozialen Reaktion zu heizen.

Innerhalb des festen und unzerbrechlichen Parteirahmens konnten praktische und taktische Meinungsverschiedenheiten kein trennendes und zerstörendes, sondern nur ein belebendes und erfrischendes Element sein. Wie sie gleich nach den Wahlen von 1884 auftauchten, so sind sie manches Mal wiedergekehrt und werden noch manches Mal wiederkehren, aber nur um zu erweisen, daß die deutsche Sozialdemokratie ein lebendiger Organismus ist, geboren aus dem historischen Leben eines großen Volkes, gewachsen mit ihren wachsenden Aufgaben, treu dem Gebote des Dichterworts: Reif sein ist alles.

Sechstes Kapitel.

Der Anfang vom Ende.

1. Worte und Taten.

Die Hoffnung auf ein „Damaskus“ der Sozialdemokratie verlängerte die zweite Periode des Sozialistengesetzes noch um einen dritten Abschnitt, der wieder anderthalb Jahre, vom Herbste 1884 bis zum Frühjahre 1886 währte.

Nach seinem halben Wahlerfolge strebte Bismarck dahin, den neuen Reichstag auszupressen, soweit er für ihn Zitrone war, die Kolonialpolitik zu inszenieren und einen neuen schutzzöllnerischen Fischzug zu veranstalten, zugleich aber einen frischen Wahlkampf nach dem Muster bonapartistischer Plebiszite vorzubereiten für den Augenblick, wo der Reichstag sich fiskalischen Attentaten auf die Taschen des Volkes unzugänglich erweisen sollte. Einen ersten kleinen Entrüstungslärm leitete er schon zu Weihnachten 1884 ein, aus ganz geringfügigem Anlasse, aber mit dem tröstlichen Erfolge, daß sich der deutsche Philister nach wie vor leicht ins Garn locken ließ. Schwerer war es zu begreifen, daß Bismarck noch immer mit der Möglichkeit rechnete, das Proletariat gegen die Bourgeoisie auszuspielen. Allein es ging ihm, wie es den Machthabern zu gehen pflegt, die für ihre eigennützigen Zwecke die Presse zu korrumpieren trachten: sie glauben schließlich selbst an die Lügen ihrer Soldschreiber. Die Hoffnung der offiziösen Blätter auf das „zahme Haustier“, in das sich wenigstens ein Teil der Sozialdemokratie verwandeln werde, um sich mit der „dünnen Milch“ der Arbeiterversicherung zu begnügen, fand seinen Widerhall in Bismarcks Rede vom 26. November 1884, worin er der Sozialdemokratie noch ein Dutzend Mandate wünschte und sie „ein ganz nützliches Element“ nannte, ohne das die mäßigen Fortschritte, die bisher in der Sozialreform gemacht seien, auch noch nicht existieren würden. Sogar Puttkamer schnitt der Partei, die „in weniger revolutionäre Bahnen eingelenkt“ sei, ein mög-

lichst freundliches Gesicht und behauptete zur Abwechslung, das Sozialistengesetz richte sich nur gegen die anarchistische Gruppe, die vor keinen Übeltaten zurückschrecke, um den unmittelbaren gewaltsamen Umsturz der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung zu erreichen. Freilich als dieser Versuch in einer neuen Rolle nur die Heiterkeit der sozialdemokratischen Fraktion erweckte, kletterte Puttkamer auf den kaum verlassenen Kothurn zurück und verschwor sich hoch und teuer, die Sozialdemokratie habe den Dolch geschliffen, womit eben, im Januar 1885, einer seiner Lieblinge, der Lockspitzelvater Rumpf in Frankfurt a. M., niedergestochen worden war.

Im Dezember 1884 hatte das Reichsgericht das mysteriöse Niederwaldattentat abgeurteilt, ohne jedoch die Schleier zu lüften, die darüber lagen. Von den acht Angeklagten wurden drei freigesprochen, zwei zu langjähriger Zuchthausstrafe und drei, Reinsdorf, Küchler, Rupsch, zum Tode verurteilt. Küchler und Rupsch reichten Gnadengesuche ein, und Rupsch wurde auch zu lebenslänglichem Zuchthause begnadigt, während Küchler als gebrochener Mann aufs Schafott schwankte. Dagegen verschmähte Reinsdorf, um Gnade zu bitten; nicht in der Haltung eines politischen Märtyrers, aber gelassen und gleichmütig, ein Schlemperlied auf den Lippen, verlebte er seinen letzten Tag, und ehe sein Haupt unterm Beile fiel, rief er: Nieder mit der Barbarei!

Vordem war Rumpf schon ein Opfer seiner Menschenjagd geworden. In diesem Attentat hatte kein Lockspitzel sein Händchen, und so hat die Polizei seine Urheber auch niemals entdeckt. Sie brachte nur einige schwache Indizien gegen den Schuhmachergesellen Lieske zusammen, Indizien, die etwa den Verdacht begründeten, daß Lieske irgendwie um die Tat gewußt haben könne, aber die ihn der Tat selbst nicht im entferntesten überführten. Gleichwohl sprachen ihn Frankfurter Geschworene schuldig, und Lieske wurde hingerichtet. Er starb als ein Mann, und sein Fluch jagte seinen Ankläger, den Staatsanwalt Frehse, ins Irrenhaus. Puttkamer aber ließ den preußischen Landtag in einem besonderen Gesetze beschließen, daß die Gehaltsbezüge des Rumpf seinen Erben unverkürzt gesichert bleiben sollten; welch würdigeren Helden konnte die Ära Bismarck-Puttkamer auch auf dem Prytaneum speisen, als einen Lockspitzelvater, der in seinem elenden Handwerk umgekommen war!

In beschämender Weise zeigte damals die kleine Schweiz dem großmächtigen preußisch-deutschen Reiche, wie das anarchistische Gespenst zu

bannen sei. Ein angeblicher Plan, das Bundesratshaus in Bern in die Luft zu sprengen, führte zu einer Untersuchung des eidgenössischen Generalanwalts über die „anarchistischen Umtriebe“ in der Schweiz, und ergab das Resultat, daß die anarchistische Bewegung, soweit von einer solchen überhaupt gesprochen werden konnte, in „rapidem Verfalle“ sei, daß Most gerade durch seine wahnwitzigen Hetzereien die Arbeiter immer stärker von der „Propaganda der Tat“ zurückstoße, daß die anarchistischen Umtriebe, die überhaupt noch existierten, allein hervorgerufen würden durch die gehässigen Verfolgungen der Arbeiter in Deutschland und Österreich. „Die Ausnahmegesetze treiben uns die anarchistischen Agitatoren zu und führen sie bei uns zu agitatorischer Tätigkeit gegen ihr Vaterland.“ Da die bürgerliche Gesellschaft nicht ohne Polizei leben kann, so bleibt die Polizei immer bürgerliche Polizei: demgemäß wies die Schweiz ein Dutzend anarchistischer Agitatoren aus ihrem Gebiete aus, neben deutschen Lockspitzeln, wie Kaufmann und Weiß, auch ehrliche Anarchisten wie Neve. Aber der Bundesanwalt warnte dringend davor, die anarchistische Gefahr durch das Mittel zu beschwören, das sie gerade hervorrufe, nämlich durch die Knebelung der politischen Freiheit, und wie die schweizerische Polizei darin das gerade Widerspiel der deutschen Polizei war, so auch in der Geschicklichkeit, das anarchistische Gewebe aufzudecken. Die Unfähigkeit der deutschen Polizei, wirkliche Attentate zu verhüten, wurde nur erreicht von ihrer Routine in der Anzettelung künstlicher Attentate.

Ein ähnliches Verhältnis bestand zwischen den sozialpolitischen Worten und den sozialpolitischen Taten Bismarcks. Die platonische Liebeserklärung, die er im November 1884 der sozialdemokratischen Partei gemacht hatte, war der holde Anfang einer Schalmei, die sehr bald aus einem ganz anderen Loche blies. Wie 1881, so hatten auch 1884 die sozialdemokratischen Wahlerfolge das bürgerliche Gewissen geschärft, und zwar um so mehr geschärft, je größer sie waren: die Ultramontanen brachten nicht mehr bloß eine Interpellation, sondern einen Antrag auf Fortbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung ein. Sie forderten Verbot der Sonntags-, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, für die erwachsenen männlichen Arbeiter aber einen Maximalarbeitstag. Die anderen bürgerlichen Parteien kamen mit ähnlichen Anträgen vor, nur die Kronprinzenpartei wollte die Schrankenlosigkeit der kapitalistischen Ausbeutung nicht einmal scheinbar, geschweige denn ernsthaft angetastet wissen. Darin war sie mit Bismarck ein Herz und eine Seele.

Wie Don Quichotte seine Rosinante, so spornte der Säkularmensch den klapprigen Manchestergaul. Seine phänomenale Unkenntnis auf sozialpolitischem Gebiete mochte ihn zur Not entschuldigen, wenn er die praktisch und theoretisch tausendmal widerlegte Behauptung vortrug, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auch eine Verkürzung des Arbeitslohnes nach sich ziehen müsse, aber sein böser Wille trat in abschreckender Nacktheit hervor, wenn er sagte, der Maximalarbeitstag schädige die Interessen der Arbeiter; würde zum Beispiel ein vierzehnstündiger Arbeitstag festgesetzt, so würden auch die Unternehmer, die sich bisher mit zehn oder elf Stunden begnügt hätten, vierzehn Stunden arbeiten lassen. Das traurige Gerede erfüllte selbst die bürgerlichen Parteien mit gelindem Grauen, und wieder nur die Kronprinzenpartei empfing mit wollüstigen Schauern diese befruchtenden Gedanken des genialen Staatsmannes. Der ehemalige Fortschrittler Eugen Richter erklärte, der „Herr Reichskanzler" könne, wenn er so vernünftig spräche, auf die Kerntruppe der Unentwegten zählen, und der ehemalige Sezessionist Baumbach fragte, was denn über die Kinderarbeit viel zu reden sei, da die Kinder der Hohenzollern doch auch ein Handwerk erlernen müßten. Jedoch gebietet die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß eine freisinnige Minderheit, mit Ludwig Löwe und dem alten Virchow an der Spitze, gegen die allzu unbeschämte Profitjagd zu rebellieren begann.

Statt des gesetzlichen Arbeiterschutzes pflanzte Bismarck am 13. März 1885 in einer Debatte des Reichstags über die Kolonialpolitik die Züchtung von Millionären als sein Banner auf. Die Bleichröder und Hansemann seien sozusagen doch auch Menschen, ja sogar Deutsche, die Schutz für ihren Reichtum beanspruchen könnten; „ich wollte, wir könnten sofort ein paar Hundert Millionäre mehr im Lande schaffen". Wie Bismarck ein Jahr vorher im preußischen Landrechte das „Recht auf Arbeit" entdeckt hatte, so berief er sich jetzt auf die merkantilistische Politik der alten Hohenzollern; der „Herkules des neunzehnten Jahrhunderts" war immer auf der Höhe seiner Bildung, wenn er ein paar Jahrhunderte hinter der Bildung seiner Zeit zurück war. Praktisch beging er mit seiner Millionärzüchtung ein Plagiat an Guizots Enrichissez-vous, nur daß ihm Guizots persönliche Uneigennützigkeit fehlte. In der ersten Session des neuen Reichstags richtete er eine zweite Auflage der schutzzöllnerischen Orgie von 1879 an; da die Wölfe sechs Jahre gehungert hatten, so stürzten sie sich mit heißem Hunger auf die kon-

sumierenden Massen. Die Getreidezölle wurden verdreifacht, die Holzzölle verdoppelt, die Vieh- und Branntweinzölle erhöht und ebenso eine große Anzahl industrieller Zölle. Die Session, die unter dem Zeichen der „Sozialreform“ begonnen hatte, endete mit einer allgemeinen Plünderung der Armen durch die Reichen, mit einem „Raubzuge am arbeitenden Volke“, wie Auer als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion sagte.

2. Fraktion und Partei.

Diese Fraktion war zum ersten Male stark genug, um im Reichstage selbständig vorgehen zu können.' Getreu den Überlieferungen der Partei und den Beschlüssen von Wyden und Kopenhagen legte sie das Hauptgewicht ihrer parlamentarischen Tätigkeit in die Agitation und Propaganda, aber daneben nahm sie mit, was für die proletarischen Interessen mitzunehmen war, ohne alle sonstigen Illusionen über die Leistungsfähigkeit des bürgerlichen Parlamentarismus. Sie beteiligte sich an manchen, wenn auch nicht an allen Kommissionen, nicht an der Budgetkommission, da sie das Budget des Militärstaats doch ein für allemal verwerfen mußte, wohl aber an der Petitions- und der Wahlprüfungskommission, in denen wichtige Interessen der Arbeiterklasse geschützt werden konnten.

Zu den drei Hauptfragen der Session war die Stellung der Fraktion von selbst gegeben. Dem neuen schutzzöllnerischen Hexensabbat stand sie in unversöhnlicher Opposition gegenüber, während sie die verlegenen und verlorenen Anläufe der bürgerlichen Parteien zur Fortbildung der Fabrikgesetzgebung durch einen umfassenden Arbeiterschutzgesetzentwurf auf die Höhe moderner Kultur hob. Die Kernpunkte ihres Entwurfs waren der zehnstündige Arbeitstag für erwachsene, der achtstündige für jugendliche Arbeiter, Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit mit den unumgänglichen Ausnahmen, der Kinderarbeit, der Frauenarbeit auf Hochbauten und unter Tag, der Nachtarbeit unter bestimmter Feststellung der zulässigen Ausnahmen, wöchentliche Lohnzahlung am Freitag und ein Minimallohn, ein umfassendes, reich gegliedertes System zur Überwachung der Arbeitsverhältnisse durch ein Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter, Arbeitskammern und Schiedsgerichte. Der Entwurf war gerade nicht in jedem Punkte unanfechtbar, so nicht in der Forderung des Minimallohns, die schon in der Fraktion auf starken Widerspruch ge-

stoßen war, aber im allgemeinen zeigte er den bürgerlichen Parteien in vortrefflicher Weise, wie eine klare und konsequente Sozialreform auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft aussah. Natürlich fand er die landesübliche Aufnahme: nach einem langen Lärm darüber, daß die Sozialdemokratie durch diesen Entwurf ihren „revolutionären Utopien“ entsagt habe, wurde jede seiner praktischen Forderungen als „revolutionäre Utopie“ zurückgewiesen.

Der Kolonialpolitik setzte die sozialdemokratische Fraktion denselben Widerstand entgegen wie der Zollpolitik, und zwar nicht nur der unprofitablen, sondern der Kolonialpolitik überhaupt, deren Kosten die Arbeiter tragen und deren Profite die Kapitalisten genießen sollten. Neben kleineren Etatsposten präsentierte Bismarck die erste Rechnung der Kolonialpolitik in einer Forderung von jährlich 4400000 Mark, als einer Beihilfe für die Einrichtung und den Unterhalt von regelmäßigen, an Unternehmer zu übertragenden Postdampfschiffsverbindungen mit Ostasien, Australien und Afrika. Soweit diese Forderung die Kolonialpolitik fördern sollte, lehnte die sozialdemokratische Fraktion sie einstimmig ab. Jedoch ergab sich dabei eine Meinungsverschiedenheit zwischen einer durch Auer, Dietz, Frohme, Grillenberger vertretenen Mehrheit, und einer durch Liebknecht, Bebel, Vollmar vertretenen Minderheit der Fraktion. Die Mehrheit meinte, daß einzelne der vorgeschlagenen Dampferlinien mit der Kolonialpolitik nicht zusammenhingen, sondern nur dazu dienen würden, den internationalen Verkehr der Völker und damit die Werke des Friedens zu fördern, was auch im Interesse des Proletariats liege. Ohne diese grundsätzliche Auffassung zu bestreiten, wandte die Minderheit ein, die deutsche Handelsmarine sei ohne Subvention groß geworden und man solle deshalb die Steuerzahler aus dem Spiele lassen, die Subvention würde ungesunde Tarifverhältnisse schaffen, und sie hinge doch mit den „Wirtschaftsreformen“ Bismarcks zusammen, indem sie eine Schmutzkonkurrenz züchte; den Handelsverkehr durch Reichsbeihilfe fördern, heiße neue Krisen heraufbeschwören. Diese Bedenken berücksichtigte die Mehrheit dadurch, daß sie alle Hintergedanken, die Bismarck bei der Dampfersubvention haben mochte, zu vereiteln suchte.

Der Handel Deutschlands mit Ostasien und Australien war zu elf Zwölfteln in den Händen Hamburgs, während Bremen nur eine starke Reiseinfuhr hatte, und es war ein offenes Geheimnis, daß Bismarck

die Subvention dem Bremer Lloyd zuwenden wollte, wodurch der Hamburger Handel und nicht zuletzt das Hamburger Proletariat arg geschädigt werden mußte. Als das größte Reedereigeschäft Deutschlands konnte der Bremer Lloyd sofort eine große Flotte älterer Schiffe einstellen, dagegen mußte die Hamburger Reederei, wenn ihr die neuen Linien übertragen wurden, neue Schiffe bauen, womit den damals zu vielen Tausenden brotlosen Schiffsbauern Arbeit geschafft worden wäre. Aus diesen Erwägungen heraus entschloß sich die Mehrheit, für die ostasiatische und die australische Linie, für diese mit Ausnahme der Samoalinie, zu stimmen, in Konsequenz der Stellung zur Kolonialpolitik die afrikanische und die Samoalinie abzulehnen, jedoch auch ihre Zustimmung, soweit sie ging, davon abhängig zu machen, daß die einzustellenden Schiffe neue Dampfer ersten Ranges und auf deutschen Werften gebaut sein müßten, schließlich aber die ganze Vorlage zu verwerfen, falls diese Bedingung abgelehnt oder eine der zurückgewiesenen Linien vom Reichstage bewilligt werden sollte. Beide Fälle traten ein, indem der Reichstag die Vorlage annahm, wie sie Bismarck eingebracht hatte, und so stimmte die sozialdemokratische Fraktion geschlossen gegen die gesamte Dampfersubvention.

Eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit war innerhalb der Fraktion nicht hervorgetreten, und das verschiedene Urteil über eine tatsächliche Frage hatte zu keiner praktischen Trennung in der Abstimmung geführt. Dennoch erregte der Zwischenfall heftige Debatten in der Partei, die heftigsten, die überhaupt in ihrem Schoße vorgekommen sind, solange das Sozialistengesetz bestand. Zuerst erhob sich die Züricher Mitgliedschaft gegen die Mehrheit der Fraktion, und im Einklange mit ihr auch der Sozialdemokrat, dann folgten die Genossen in Bern, London, Brüssel, Kopenhagen, in Deutschland selbst die Leipziger, Rostocker, Königsberger Parteimitglieder. Am 20. März erließ die Fraktion eine Erklärung, worin sie sich diese Angriffe als „durchaus ungehörig" verbat; das Parteiorgan dürfe sich unter keinen Umständen der Fraktion widersetzen, die für seinen Inhalt verantwortlich sei; „nicht das Blatt ist es, welches die Haltung der Fraktion zu bestimmen, sondern die Fraktion ist es, welche die Haltung des Blattes zu kontrollieren hat." Diese Erklärung goß Öl ins Feuer und rief neue Stürme hervor; am heftigsten protestierten Frankfurter Genossen gegen die „diktatorische Maßregelung", gegen den „Sumpf des Parlamentarismus", in den

die revolutionäre Arbeiterbewegung nicht verlaufen dürfe. Glücklicherweise einigten sich die Fraktion und das Parteiorgan schnell; am 23. April veröffentlichte der Sozialdemokrat den Friedenspakt: die Fraktion erkannte an, daß der Sozialdemokrat nicht ihr persönliches Organ, sondern das Organ der Gesamtpartei sei und bleiben müsse, dagegen stimmte ihr die Redaktion darin zu, daß die Einheit und Aktionsfähigkeit der Partei unter allen Umständen aufrechterhalten werden, daß die Fraktion, solange sie unter dem Kriegszustande des Ausnahmegesetzes die Leitung habe, unbedingt auf die Unterstützung aller Genossen zählen müsse, sobald sie einmal einen bestimmten Entschluß gefaßt habe. Damit waren freilich die erregten Gemüter noch lange nicht besänftigt; bis in die Spalten der bürgerlichen Presse spann sich die innere Fehde fort; erst nach Monaten glätteten sich wieder die Wellen.

Auf beiden Seiten gab sich eine Empfindlichkeit und Überreizung kund, die in gar keinem Verhältnisse zu dem eigentlichen Gegenstande des Streites stand. Die Minderheit der Fraktion hatte die Dampfersubvention als einen Teil des Bismärckischen Systems verworfen, aber der Mehrheit ließ sich kein Vorwurf daraus machen, daß sie die Vorlage auf dem Schmelztiegel der Kritik prüfte, ehe sie ihr den Abschied gab. Eine so eminent zivilisatorische Partei, wie die Sozialdemokratie, hat allen Anlaß, die Keime der Zivilisation zu pflegen, die sich schon auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft entwickeln können; da alle solche Keime in dieser Gesellschaft kapitalistisch infiziert sind, so ist die richtige Grenze zwischen dem kapitalistischen und dem zivilisatorischen Interesse oft schwer zu unterscheiden; bei der Dampfersubvention war sie nicht so leicht zu erkennen, wie beim Nordostseekanal, dessen Bau die Fraktion bald darauf ohne irgend einen Widerspruch aus der Partei bewilligte, obgleich er zunächst auch nur kapitalistischen und militärischen Interessen dienen sollte.

Es darf auch nicht verkannt werden, daß die Mehrheit mit ihrem Standpunkt im historischen Rechte und der ablehnende Beschluß der Fraktion bis zu einem gewissen Grade ein Verlegenheitskompromiß war. Die Dampfersubvention für die ostasiatische und australische Linie (ohne Samoa) sollte den Unternehmern eine Entschädigung bieten für kontraktlich stipulierte, regelmäßige Fahrten nach den Bestimmungsorten. Die Schiffe hatten den Postdienst zu versehen und mußten auf ihren Reisen eine Minimalgeschwindigkeit einhalten. Außer den vorgeschriebenen

Zwischenhäfen durften andere Häfen nicht angelaufen werden, während die bisherigen Linien als bloße Frachtlinien, unbekümmert um die Reisedauer, jeden Hafen anliefen, wo Fracht abzuliefern oder einzunehmen war.

Die Erfahrung hat mittlerweile gezeigt, daß die alten Frachtlinien sich verstärkt haben, während die deutschen subventionierten Postlinien unter den schweren Bedingungen, die ihnen auferlegt wurden, eine Rentabilität nicht immer gezeigt, wohl aber mittelbar auf Handel und Verkehr günstig eingewirkt haben, ganz besonders auf den Personenverkehr, der von allen Nationen benutzt und gerühmt wird. Der tüchtige Bau der Schiffe, die ausgezeichnete Bemannung und die großartige Verpflegung ziehen das ganze internationale Publikum an.

Dieß sagte in der zweiten Lesung voraus, daß die Subvention, als Zinsgarantie gedacht, ähnlich wie bei den Anfängen des Eisenbahnbaus, ungenügend sei. Von einer „Schmutzkonkurrenz“, die durch Steuergroschen gestärkt werde, konnte also keine Rede sein. Die Subvention stellte sich nur als Entgelt für besondere Leistungen dar, die keine Linie freiwillig unternommen hat oder unternimmt, während die Postlinien durch die internationale Konkurrenz notwendig geworden waren. Der Hinweis auf den transatlantischen Verkehr und die Entwicklung unserer beiden großen Linien ohne Subvention erledigte sich durch das Monopol der Auswanderung, die allein eine sichere Garantie für das angelegte Kapital bietet. Die eigentlich kolonialen Linien, die mit der Dampfersubvention allerdings verknüpft waren, sind sehr bald eingeschlafen, dagegen werden die Ablösungsmannschaften der Flottenstationen, die sonst teilweise mit großen Kosten auf fremden Linien oder aber durch direkte Entsendung von Transportschiffen geschickt werden müssen, auf den Postschiffen befördert. Ähnliche Subventionen zahlten und zahlen die Engländer an die Peninsular and Oriental-Company, die Franzosen an die Messageries maritimes und die Österreicher an den Österreichischen Lloyd, doch haben die deutschen Postlinien alle Konkurrenten aus dem Felde geschlagen.

Dazu kam die Rücksicht auf den Schiffsbau. Fast alle transatlantischen Schiffe waren bis dahin in England gebaut worden. Der Vulkan in Stettin hatte zwar einen Versuch gemacht, auf seiner Werft das englische Monopol zu brechen, allein mit zweifelhaftem Ergebnis und nur mit d e m sicheren Erfolge, daß die Engländer noch billigere Preise für ihre Schiffsbauten stellten, so daß ein privater Unternehmer ein Tor

gewesen wäre, in Deutschland um teures Geld ein zweifelhaftes Fabrikat zu erhalten, statt in England um billiges Geld ein gutes. Die englischen Preise sanken derart, daß dem kontinentalen Schiffsbau die Konkurrenz unmöglich wurde. Dabei war der deutsche Schiffsbau in eine Krise geraten. Der Bau hölzerner Schiffe hörte allmählich auf, während sich der Bau eiserner Schiffe aus Mangel an Aufträgen nicht entwickeln konnte. Die Werften waren leer, und etwa zwanzigtausend Schiffszimmerleute lagen arbeitslos in den Häfen der Nord- und Ostsee. Wohl hatten sich in Stettin, Lübeck, Hamburg, Bremerhaven Werften für den Eisenschiffsbau etabliert, aber sie mußten sich mit kleinen Schiffsgefäßen begnügen, während die großen nach England vergeben wurden.

Hier konnte nur staatlicher Zwang helfen. Der sozialdemokratische Antrag, daß alle in die subventionierten Linien einzustellenden Schiffe neu und auf deutschen Werften gebaut sein sollten, wurde abgelehnt und mußte vom Standpunkt der Reichstagsmehrheit auch abgelehnt werden, da bei seiner Annahme die Eröffnung der subventionierten Linien lange auf sich hätten warten lassen. Bismarck begriff aber die Situation und erklärte in der zweiten Lesung, der Gedanke des sozialdemokratischen Antrags sei durchaus anzuerkennen, nur in der vorliegenden Form sei er nicht annehmbar. Er wolle aber gern bei dem Bundesrat dafür eintreten, daß alle neuen, in die subventionierten Linien einzustellenden Schiffe auf deutschen Werften gebaut werden müßten. Ein sofort von konservativer Seite in diesem Sinne eingebrachter Antrag wurde angenommen. Der Bremer Lloyd konnte also seine älteren, erstklassigen Schiffe einstellen, mußte aber neue auf deutschen Werften bauen lassen. Dadurch hat der deutsche Schiffsbau einen ungeahnten Aufschwung genommen und an der Stelle der früheren zwanzigtausend halbverhungerten Schiffszimmerleute stehen heute Hunderttausende von Arbeitern, die sich in ihrer Organisation ihren Anteil am Profit freilich erkämpfen müssen, aber doch auch erkämpfen.

Soviel über den sachlichen Kern der Dampfersubventionsfrage, die im übrigen nur der Anlaß, nicht die Ursache des bitteren und langwierigen Streites war, der sich an sie knüpfte. Die Behauptung, daß die sozialdemokratische Partei durch den „eisernen Reifen" des Sozialistengesetzes zusammengeschmiedet würde, gehörte zu den wohlfeilen Halbwahrheiten des Liberalismus; sie stand auf gleicher Stufe mit der Be-

hauptung, daß geistige Bewegungen durch gewaltsame Mittel nicht unterdrückt werden könnten; die sehr relative Wahrheit dieser Behauptungen läßt sich nirgends so klar erkennen, wie aus der Geschichte des deutschen Liberalismus, der sie mit so großem Pathos zu predigen pflegt. Die sozialdemokratische Partei wurde durch ganz andere Reifen zusammengehalten, als durch das Sozialistengesetz. Um dies Gesetz zu entkräften, schloß sie sich gewiß um so enger und fester zusammen, aber die Kraft dazu schöpfte sie aus ihren historischen Existenzbedingungen, nicht aus einer brutalen Unterdrückung, die, soweit sie überhaupt wirkte, nur zerstörend und verwirrend wirken konnte. Wie sie wirkte, kam ganz auf das Wesen der Klassen an, die sie traf; sie wirkte erschlaffend und erlahmend auf die mittelbar betroffene Bourgeoisie, aufregend und erbitternd auf das unmittelbar betroffene Proletariat. Ein Symptom dieser Überreizung, die in dem nun schon ins siebente Jahr währenden Kampf um Leben und Tod von selbst entstehen mußte, war der Streit um die Dampfersubvention, die heftige Reibung zwischen der Fraktion und der Partei.

Das Sozialistengesetz erheischte, daß die Leitung der Partei der parlamentarischen Fraktion übertragen wurde, daß überhaupt der Reichstagstribüne, dem einzigen Orte in Deutschland, wo noch ein freies Wort möglich war, eine Bedeutung zufiel, die der bürgerliche Parlamentarismus an und für sich nicht beanspruchen konnte. Irgend eine ernsthafte Verfehlung ließ sich der Fraktion nicht nachweisen; noch vor den Wahlen von 1884 hatte sie den alten Rittinghausen, der sich ihrer strammen Disziplin nicht fügte, rücksichtslos ausgeschlossen. Nach den Wahlen von 1887 tat sie mit ihrer stärkeren Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten nur, was sie nicht lassen durfte; wie frei sie sich dabei vom parlamentarischen Kretinismus hielt, zeigte am schlagendsten das Zetern Eugen Richters über ihre angebliche Saumseligkeit im Reichstage. Eine gewisse Zwiespältigkeit der Auffassung lag freilich in der Natur der Dinge: einerseits enttäuschte nach den furchtbaren Anstrengungen der Wahlschlacht das fruchtlose Klappern der parlamentarischen Mühle, und diese Enttäuschung war schon nach den Wahlen von 1881, ja selbst schon nach den erfolgreichen Wahlen der siebziger Jahre in ganz ähnlicher Weise hervorgetreten, andererseits regte sich namentlich da, wo der Druck des Sozialistengesetzes am schwersten auf den Arbeitern lastete, doch immer wieder die Befürchtung, daß sich die Frak-

tion, um nur etwas zu erreichen, mit den bürgerlichen Parteien zu tief einlassen und im parlamentarischen Treiben versumpfen könne. Die souveräne Selbständigkeit der Partei hüteten gerade die ältesten und treuesten Mitgliedschaften als ihr köstlichstes Kleinod; obgleich im sächsischen Landtage nun schon fünf Sozialdemokraten saßen und im Frühjahr 1885 auch zwei in den hessischen Landtag gelangten, stießen Frohme und Hasenclever doch auf einen unbeugsamen Widerstand, als sie die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen befürworteten.

Am wenigsten ließ sich gegen das Arbeiterschutzgesetz einwenden, das die Fraktion im Reichstage eingebracht hatte, doch führte es auch zu mancherlei Reibungen in der Partei. Der ökonomische Zustand der achtziger Jahre war eine chronische Stagnation, unterbrochen durch einzelne Schwankungen, die am Anfange, in der Mitte und am Ende des Jahrzehnts eintraten, und zwar so, daß sich jedesmal ein stärkerer Aufschwung der Industrie bemerkbar machte. Von der ersten dieser Hebungen datierte die neue Streik- und Gewerkschaftsbewegung, die von der Reaktion nicht ganz ungeschoren gelassen, aber im allgemeinen nicht unterdrückt wurde. Sie dehnte sich kräftig aus, als in der Mitte des Jahrzehnts eine höhere Welle des industriellen Aufschwungs heranrauschte; zahlreiche Streiks brachen aus, und im Jahre 1885 hatten fast alle Berufe schon wieder gewerkschaftliche Organisationen, teils Lokal-, teils Zentralverbände, die zusammen über 80000 Mitglieder umfaßten. Sie entwickelten sich gewöhnlich naturwüchsig aus den Streiks, so der Verband der Bildhauer aus einem mißlungenen Streik in Berlin, der Verband der Tischler aus einem Streik in Stuttgart, den Karl Kloß mit großer Umsicht zu einem glücklichen Ende geführt hatte. Natürlich mußte bei der Gründung gewerkschaftlicher Verbände mit äußerster Vorsicht vorgegangen werden, die verschiedensten Formen der Organisation wurden durchgeprobt, um den Eingriffen der Behörden jede denkbare Handhabe zu nehmen, die Zentralverbände verlegten ihren Sitz mit Vorliebe in die kleineren Staaten mit etwas freierem Vereinsrechte, die Schneider nach Hamburg, die Tabakarbeiter nach Bremen, die Manufakturarbeiter nach Gera, die Metallarbeiter nach Mannheim. Mit den Versicherungsgesetzen war den gewerkschaftlichen Verbänden eine kräftige Stütze fortgeschlagen worden, doch wußten auch hier die Arbeiter in ihrem unstillbaren Drange nach Organisation aus der Not eine Tugend zu machen; sie drängten sich in die freien Hilfskassen, die das Krankenkassengesetz

zugelassen hatte; im Jahre 1885 zählten diese Kassen 874507 Mitglieder, vierzehnmal so viel, als sie fünf Jahre früher gezählt hatten.

In diesem Jahre erlebte auch die Arbeiterinnenbewegung, nach ihren sporadischen Anläufen in den sechziger und siebziger Jahren, ihre erste Hochflut. Sie konnte sogar schon einen kleinen praktischen Erfolg verzeichnen; als die Regierung einen Zoll auf Nähfäden legen wollte, erhoben die Berliner Konfektionsarbeiterinnen einen so lebhaften Einspruch, daß der Reichstag zunächst die Lage der Arbeiterinnen in der Wäschefabrikation und Konfektionsbranche zu untersuchen beschloß. In ganz oberflächlicher und unzulänglicher Weise von der Regierung angestellt, deckte die Untersuchung doch ungeheuerliche Zustände auf diesem umfangreichen Ausbeutungsgebiete weiblicher Arbeitskraft auf. Sie entrollte eine bunte Musterkarte der verschiedensten Produktionsweisen und Wirtschaftsformen, die im Gange der ökonomischen Gesamtentwicklung eine die andere abgelöst hatten: nebeneinander fanden sich Handwerk, Hausindustrie, Kaufmannskapital, Schwitzmeisterschaft, Verleger und Fabrikant, Mittelbetrieb und Großunternehmen, Exporthäuser, die für den Welkmarkt produzierten, Firmen, die den lokalen und provinziellen Bedarf deckten, Zwerggeschäfte, die auf Bestellung arbeiteten, Handarbeit und Maschine, Tätigkeit im Fabriksaal und in der Werkstätte, im Keller und in der Dachkammer, aber allen gemeinsam war die Schröpfung der weiblichen Arbeitskraft bis auf das Mark der Knochen, so daß auch die amtlichen Berichterstatter ziemlich unverblümt zugaben, Hungers zu sterben oder sich zu prostituieren sei die einzige Wahl der Arbeiterinnen, die nicht von ihren Familien unterstützt werden könnten. Auf die offizielle „Sozialreform" machte das schauerliche Bild nicht den geringsten Eindruck; hatte Bismarck doch alle Hände voll damit zu tun, den „Notstand" der Großgrundbesitzer und Großindustriellen zu heilen.

Um so mehr zündete das sozialdemokratische Arbeiterschutzgesetz in der Gewerkschafts- und Streikbewegung. Petitionen, die seine Annahme vom Reichstage forderten, bedeckten sich mit einer halben Million Unterschriften. Wie in jedem heißen Kampfe, erwachten aber auch diesmal in den Kämpfern manche Hoffnungen, die über das Ziel hinausschossen. Wie das Jahr 1885 mit dem Streit um die Dampfersubvention begonnen hatte, so endete es mit einer scharfen Polemik zwischen Liebknecht und Viereck über die Bedeutung des Normalarbeitstages: Viereck gab sich der Illusion hin, daß der Normalarbeitstag die industrielle

Reservearmee mehr oder minder aufsaugen würde, während Liebknecht schlagend nachwies, daß der Normalarbeitstag, so sehr er eine große Etappe im Emanzipationskampfe des Proletariats sei, doch nicht die Übel der kapitalistischen Produktionsweise an der Wurzel heilen könne. Auch hier schuf das Sozialistengesetz künstliche Gegensätze. Der Sozialdemokrat hielt der gewerkschaftlichen Bewegung gegenüber aus guten Gründen eine strenge Reserve inne, während das Recht auf Arbeit ebenfalls aus guten Gründen ihr allzu ausschließlich seine Aufmerksamkeit zuwandte. So entstand ein gewisser Antagonismus zwischen beiden Blättern, und er wurde nun wieder der Anlaß, daß Höchberg und C. A. Schramm noch einmal ihre besondere Auffassung der modernen Arbeiterbewegung durchzusetzen versuchten.

Höchberg hatte sich von den Schlagworten der Kolonialpolitik einfangen lassen und befürwortete im Recht auf Arbeit eine Börsensteuer, unter der Bedingung, daß ihre Erträgnisse zur Gründung von Produktivgenossenschaften für Arbeiter verwandt würden. Diesen Vorschlag tat der Sozialdemokrat sofort ab, ohne darüber Höchbergs Verdienste um die Partei zu vergessen; als Höchberg im Sommer 1885 starb, widmete ihm das Parteiorgan einen Nachruf voll herzlichen Dankes. Härter gestaltete sich der Zusammenstoß mit Schramm, der gegen das „Dogma des Marxismus" anzurennen versuchte. Er brach einen ganz überflüssigen Streit vom Zaun, als Kautsky in der Neuen Zeit einen durchaus sachlichen und zutreffenden Artikel über ein nachgelassenes Werk von Rodbertus veröffentlicht hatte; schlagend zurückgewiesen, brachte Schramm dann noch in Viercks Verlage eine Broschüre über Rodbertus, Marx und Lassalle heraus, worin zur Abwechslung Lassalle auf den Schild gehoben wurde, freilich in einer Weise, die Lassalle selbst, wenn er noch gelebt hätte, sich sehr entschieden verbeten haben würde. Der Sozialdemokrat fertigte das Schriftchen in einer Reihe vortrefflicher Artikel ab, und Schramm verbesserte seine Sache nicht durch eine taktlose Spekulation auf den Groll, der in manchen Gemütern der Fraktion noch gegen das Parteiorgan nachzittern mochte. Auch mit Schoenlank, der sich um diese Zeit von Vierck trennte und ein fleißiger Mitarbeiter der Neuen Zeit wurde, zankte Schramm, um zum drittenmal abgeführt zu werden.

Trotz mancher taktischen Meinungsverschiedenheiten ließ sich die Parte von der mühsam erklommenen Höhe der theoretischen Erkenntnis nicht

mehr herabwerfen. Sie marschierte vielmehr rüstig auf dem gewonnenen Hochlande vorwärts. Der Sozialdemokrat sammelte in der Sozialdemokratischen Bibliothek die hervorragenden Schriften der älteren sozialistischen Literatur, während sich die Internationale Bibliothek, die Dietz in Stuttgart herausgab, neuen sozialistischen Forschungen eröffnete; als Schäffle jetzt über die „Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie“ zu orakeln begann, mochte er manche sorgenvollen Bourgeoisgemüter beruhigen, aber in der Partei erzielte er keine andere Wirkung, als daß sie sich über die Schwächen von Schäffles Quintessenz des Sozialismus klar wurde, desselben Schriftchens, das sie zehn und selbst noch fünf Jahre früher sehr bewundert hatte.

---

3. Bismarcks Enttäuschung.

So sehr die taktischen und theoretischen Auseinandersetzungen, die das Jahr 1885 für die Partei mit sich brachte, von der bürgerlichen Presse ausgebeutet wurden, um über die „Zerfahrenheit der Sozialdemokratie“ zu jubeln, so wenig täuschten sie auf die Dauer den praktischen Genius Bismarcks. Viereck formulierte das Programm des sogenannten „rechten Flügels“ einmal in den drei Forderungen: Beseitigung des Sozialistengesetzes, unbedingte Koalitionsfreiheit, Fabrikgesetzgebung nach englischem Muster, und das war für Bismarck ein noch größerer Greuel, als selbst das Gemeineigentum, sintemalen diese Forderungen seinem geliebten Profit unmittelbar auf den Leib rückten. War doch die Abwehr „revolutionärer Ausschreitungen“ nur der angebliche, die tatsächliche Knebelung der Arbeiterklasse aber der wirkliche Zweck des Sozialistengesetzes! In Bismarcks Denkerkopfe dämmerte gemach die Erkenntnis auf, wie töricht seine Einbildung gewesen sei, daß sich die deutsche Arbeiterklasse von einem beliebigen Junker mit Peitsche und Zuckerbrot kuranzen lassen würde.

Noch dauerte die „milde Praxis“ an, aber es meldeten sich auch schon die Vorboten neuer Nücken und Tücken. In der gehässigsten Weise befehdete die offiziöse Presse jeden Streik, den freien Hilfskassen wurden Knüppel auf Knüppel zwischen die Beine geworfen, und mit dem Verbote des Metallarbeiterverbandes griff das Sozialistengesetz zum erstenmal tief in die Fachvereinsbewegung ein. In Breslau verbot die Polizei die Buchdruckerei Silesia, deren einziger Besitzer Kräcker war,

als einen angeblichen Verein, und die Reichskommission bestätigte die nackte widergesetzliche Vermögenskonfiskation, ohne mit der Wimper zu zucken. Über Bielefeld wurde sogar auf einige Tage der große Belagerungszustand verhängt, weil die streikenden Arbeiter einer Nähmaschinenfabrik, gereizt durch ihren „Brotgeber“, vor dessen Wohnung demonstriert hatten, und in Frankfurt a. M. ließ ein Polizeikommissar Meyer seine Mannschaften mit blanker Klinge auf das Leichengefolge eines braven Sozialdemokraten einhauen, ohne jeden Anlaß, aus reiner Brutalität. Die greuelvolle Friedhofsmetzelei, bei der 30 bis 40 Personen verwundet wurden, brachte freilich selbst die schläfrigsten Philister auf; Meyer und ein paar seiner Komplizen wurden vor Gericht gestellt und im Höchstmaße zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, zur selben Zeit, wo der Zigarrenarbeiter Kückelhahn in Altona wegen Verbreitung des Sozialdemokraten in einer Reihe von Fällen zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Obendrein begnadigte die Krone den Meyer und seine Mitschuldigen sofort, auf daß ja kein Zweifel an der „Gerechtigkeit“ dieses berühmten „Rechtsstaats“ auftauche.

Auch sonst begann Bismarck jetzt von der Justiz zu beanspruchen, was ihm die Polizei nicht leisten konnte. Zur Feier seines siebzigsten Geburtstags wurde eine allgemeine Tellersammlung für irgend einen erhabenen nationalen Zweck veranstaltet, wobei auch Tausenden von armen Arbeitern ihre Pfennige von patriotischen Unternehmern abgezwackt wurden, aber als etwa zwei bis drei Millionen Mark beisammen waren, legte Bismarck seine Hand auf die größere Hälfte der Summe, um dafür einen Teil seines Stammguts wieder zu kaufen, der seinen Ahnen entglitten war. Noch brannte die Scham darüber auf den Wangen seiner Bewunderer, als der Geniale gegen freisinnige und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete eine Reihe von Prozessen einleiten ließ, um ihnen auf einen vermoderten Paragraphen des preußischen Landrechts hin die aus ihren Parteikassen bezogenen Diäten als „wider die Ehrbarkeit“ verstoßenden Gewinn abzuzwacken. Doch fällten die ersten Instanzen in sieben dieser Prozesse freisprechende Urteile, und ebenso scheiterte ein anderes gerichtliches Verfahren, das sich seit Jahren gegen die ihrer Zeit in Kiel und Neumünster sistierten Delegierten des Kopenhagener Kongresses fortgeschleppt hatte. Ein Versuch, ihnen einen Hochverratsprozeß anzuhängen, hatte der Reichsanwalt abgelehnt und ebenso waren die an mehreren Landgerichten versuchten Anklagen auf Geheim-

bündelei gescheitert. Endlich fand der sächsische Justizminister Abeken in Chemnitz, wo Vollmar 1883 seinen Wohnsitz gehabt hatte, freundliches Gehör beim Staatsanwalt, wenngleich auch hier noch nicht beim Gerichte. Vielmehr sprach das Landgericht in Chemnitz alle neun Angeklagten frei, da nicht der geringste Beweis für eine geheime Verbindung im Sinne des Strafgesetzes erbracht worden sei.

Im November 1885 trat der Reichstag zu seiner zweiten Session zusammen und Bismarck kam nun bald mit ihm hintereinander. In erster Reihe wegen eines Schnapsmonopols, das dazu bestimmt war, sowohl die Taschen des Fiskus, als auch die Taschen der Junker zu füllen. Die Rohproduktion des Branntweins sollte nämlich von der Monopolisierung ausgeschlossen sein und den Produzenten ein Durchschnittspreis von 35 Mark (im Minimum 30, im Maximum 40 Mark) für den Hektoliter gesichert werden, während der Marktpreis des Hektoliters 24 Mark betrug. Wie angenehme Schnitte dabei für die Junker abfielen, zeigte schon das eine Beispiel des Branntweinbrenners Bismarck, der auf seinen hinterpommerschen Gütern monatlich 900 Hektoliter brennen konnte. Dies saubere Monopol ging aber der Mehrheit des Reichstags doch wider den Strich, und da seine Annahme ausgeschlossen war, so wagten nicht einmal die Junker dafür zu stimmen, aus Furcht, sich zwecklos vor der aufgeregten öffentlichen Meinung zu prostituieren. Am 27. März 1886 fiel das Schnapsmonopol im Reichstage mit allen gegen drei Stimmen.

Gleichzeitig hatte sich der Reichstag über die Verlängerung des Sozialistengesetzes schlüssig zu machen, und einzelne Umstände deuteten darauf hin, daß Bismarck aus diesem Anlasse gern eine sofortige Auflösung herbeigeführt hätte. Aber wenn er wirklich die Absicht gehabt haben sollte, so mußte er sich bald überzeugen, daß den bürgerlichen Oppositionsparteien in dieser Frage jede Konfliktsstimmung fehlte. Nicht als ob sich ihnen die Unerträglichkeit des Sozialistengesetzes nicht immer fühlbarer gemacht hätte; sprachen doch selbst schon Nationalliberale, wie Gneist, öffentlich von der Notwendigkeit seiner Beseitigung! Aber der Sozialdemokrat hatte recht, wenn er zu all solchem Gerede trocken bemerkte: die herrschenden Klassen werden das Sozialistengesetz beseitigen, wenn es ihnen wie Feuer auf den Nägeln brennt, jedoch keinen Augenblick früher. Die bürgerliche Opposition litt an greisenhafter Müdigkeit; im Hinblick auf die immer frische und kampfesmutige Sozialdemokratie

sagte damals Bamberger mit einem Seufzer des Neides: Die haben noch den Glauben! Die Freisinnigen waren heilfroh, diesmal ihre alten Tiraden ungestraft hersagen zu können, und die Ultramontanen begnügten sich damit, die zur Verlängerung des Gesetzes nötige Hilfsmannschaft unter einer betäubenden Kanonade über ihre „Milderungsanträge" abschwenken zu lassen. Die Gaukelei täuschte niemanden mehr; wie üblich, flogen die „Milderungsanträge" unter den Tisch, und wie üblich, ließ sich die Regierung ein paar Jahre an der von ihr vorgeschlagenen Dauer der Verlängerung abhandeln.

Sonst nahm sie, da sich nun einmal keine große Haupt- und Staatsaktion herausschlagen ließ, auch mit dem vorlieb, was sie kriegen konnte. Puttkamer holte nur ein kleines Schnipfelchen aus dem großen Zitatensacke hervor, einen Artikel des Sozialdemokraten, der die Königin Luise, die preußische Nationalheilige, im Lichte der historischen Wahrheit zeigte, und deklamierte sonst über Arbeiterunruhen, die zwar nicht in Deutschland, aber doch in Belgien stattgefunden hatten, während Bismarck einen vollkommen zutreffenden Satz Bebels über russische Zustände so zu verdrehen suchte, als predige die deutsche Sozialdemokratie Mord und Totschlag. Da er es als zweifelhaft hinstellte, ob Marx nicht „Mörder gezüchtet" habe, um sie gegen ihn, den großen Bismarck, auszusenden, so erklärten die überlebenden Töchter von Marx öffentlich: für ihren Vater sei Bismarck nur eine erheiternde Figur und höchstens noch ein stellenweise recht brauchbarer unfreiwilliger Helfershelfer an der proletarischen Revolution gewesen; die Schauerromanvorstellung, als ob ein Mann wie Marx sich damit abgeben könne, „Mörder zu züchten", zeige aufs neue, mit wie großem Rechte Marx in Bismarck nur einen, bei aller Verschlagenheit höchst bornierten, preußischen Junker gesehen habe, der total unfähig sei, irgend welche große geschichtliche Bewegung zu verstehen. Am 31. März wurde das Sozialistengesetz mit 169 gegen 137 Stimmen auf zwei Jahre verlängert, bis zum 30. September 1888.

Aber wenn die bürgerliche Opposition das System Bismarck-Puttkamer wohlfeilen Kaufs davonkommen ließ, so war die sozialdemokratische Fraktion anspruchsvoller. In den fälligen Debatten über den kleinen Belagerungszustand zog Singer einen Lockspitzel ans Tageslicht, den Schutzmann Ihring, der sich unter dem Namen eines Mechanikers Mahlow in einen Berliner Arbeiterverein geschlichen hatte, um hier durch grobe Majestätsbeleidigungen, durch den Vertrieb anarchistischer

Schriften und durch Aufreizung zu Dynamitattentaten zu wirken. Alle schönen Ausreden, womit Puttkamer sich um die früheren Lockspitzeleien herumgeredet hatte, fielen diesmal fort: Ihring-Mahlow war ein etatsmäßig angestellter Beamter, der im Auftrage seiner Vorgesetzten, aber in direkter Übertretung des Vereinsgesetzes unter falscher Maske in einem vom Sozialistengesetze geduldeten Arbeitervereine spioniert hatte. Das allein begründete schon den Verdacht verbrecherischer Absichten, der durch eine Reihe unanfechtbarer Zeugen zur unbedingten Gewißheit erhoben wurde.

Man begreift, daß sich Puttkamer in seine glorreichsten Posituren warf, um die Wucht dieser Enthüllung abzuschwächen: der reine Komödiant, wie ihm ein freisinniger Abgeordneter zurief. Jedoch war er darin konsequent, daß er dem verunglückten Träger des Systems die sühnenden Machtmittel des Staates zur Verfügung stellte. Der Staatsanwalt mußte die Ankläger des Ihring-Mahlow, den Schriftsteller Christensen und den Maurer Berndt, wegen Verleumdung belangen, und in den gerichtlichen Verhandlungen zweier Instanzen traten die amtlichen Vorgesetzten des Lockspitzels begeistert für ihn ein. Nach ihrer eidlichen Versicherung hatte es nie einen untadelhafteren Ehrenmann gegeben; ehe sie etwas auf Ihring-Mahlow kommen ließen, ziehen sie sich lieber selbst der mangelhaften Umsicht. Denn wie hatten sie nur einen so durch und durch wahrhaftigen Mann zu einem Dienste kommandieren können, worin er von früh bis spät lügen, lügen und wieder lügen mußte! Mit schmatzenden Lippen sprachen sie von dem „kostbaren Material“, das Ihring geliefert habe, während Ihring selbst wenigstens die kleine Schwäche zugab, in seinen klassischen Berichten immer Marx und Most verwechselt zu haben. Es machte nun doch einen tiefen Eindruck auch auf die bürgerliche Welt, daß von dem Gefasel solcher unwissenden Patrone die ganze Existenz ehrlicher Leute abhängig sein sollte. Nur das Schöffengericht unter dem Vorsitze des Amtsrichters Bardisius hielt noch patriotischen Stand und verurteilte die beiden Angeklagten zu sechsmonatigem Gefängnis; vor dem Landgerichte brach der ganze offizielle Apparat unter der erdrückenden Fülle des gegen Ihring beigebrachten Beweismaterials zusammen, und die Angeklagten wurden freigesprochen, da sie nichts als die reine Wahrheit gesagt hätten. Puttkamer aber blieb auch jetzt konsequent und verschaffte dem gerichtlich überführten Lockspitzel die „eklatante Genugtuung“ des Allgemeinen Ehren-

zeichens, zugleich mit dem Schutzmanne Naporra, der nicht lange nachher auf ähnlichen Schlichen ertappt worden war.

Gleichwohl gerann die Milch der „milden Praxis“, die dem System Bismarck-Puttkamer schon sauer geworden war, in gährend Drachengift, als die Sozialdemokratie amtlich abgestempelte Lockspitzel anzutasten wagte. Trotz aller heroischen Stellungen in der Öffentlichkeit sagte sich das System in seinem stillen Kämmerlein, daß im Frühjahr 1886 die Methode der Korruption so bankrott geworden sei, wie im Herbste 1881 die Methode der nackten Gewalt.

Siebentes Kapitel.

Die Todeskrämpfe des Sozialistengesetzes.

Die dritte und letzte Periode des Sozialistengesetzes währte, wie die zweite, fünfthalb Jahre und zerfiel auch in drei Abschnitte, nur in Abschnitte von ungleicher Länge. Vom Frühjahre 1886 bis zum Frühjahre 1888 dauerten die Todeskrämpfe des Ausnahmegesetzes, worin das von der kräftigen Faust des Proletariats an der Gurgel gepackte Ungetüm noch einmal wild um sich schlug; vom Herbste 1888 bis zum Herbste 1890 vollzog sich sein endgültiger Zusammenbruch, und mit ihm der Zusammenbruch des ganzen Systems Bismarck; dazwischen lagen die deutschen Thronwechsel, die 99 Tage des Kaisers Friedrich.

Die Todeskrämpfe des Sozialistengesetzes spielten sich ab, wie sich Todeskrämpfe abzuspielen pflegen. Die Nationalzeitung traf in ihrer Weise den Nagel auf den Kopf, wenn sie im Jahre 1886 sagte, ein Prinzip lasse sich in der Handhabung des Sozialistengesetzes nicht entdecken, aber die einzelnen Maßregelungen der Regierung bekundeten jene Gleichgültigkeit in der Wahl der Mittel, die am Vorabend großer Erschütterungen von den Vertretern der bestehenden Ordnung bekundet zu werden pflege. Das nationalliberale Blatt bezog sich namentlich auf das Bestreben Bismarcks, die Justiz für die Dienste heranzuziehen, welche die Polizei nicht hatte leisten können. Das war ohne Zweifel vom bürgerlichen Standpunkt aus sehr bedenklich, um so bedenklicher, als die verhältnismäßige Reserve der offiziellen Rechtspflege in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes wieder eine Art grönländischen Sonnenscheins über sie ergossen hatte; Bebel meinte einmal, man möge sagen, was man wolle, aber die Justiz sei immer doch noch ein ander Ding als die Polizei. Nun von neuem die breitesten Massen des Volks über das Wesen der Klassenjustiz aufklären, hieß gewiß um der zweifelhaftesten Vorteile willen die nach einem bekannten Worte stärkste Stütze der Klassenherrschaft erschüttern. Aber was blieb den ver-

zweifelten Trägern des Systems noch anderes übrig, nachdem sowohl die polizeiliche Gewalt wie die polizeiliche Korruption unrettbar gescheitert war?

Soweit die blinden Gewaltstöße, die gleich nach der dritten Verlängerung des Sozialistengesetzes einander folgten, einen inneren Sinn hatten, hat später Bismarck diesen Sinn mit den Worten enthüllt, die Sozialistenfrage sei für ihn nur noch eine „militärische“ Frage gewesen. Genau dies war die Meinung des Sozialdemokraten, der im Frühjahr 1886 immer wieder aussprach, der neue Wolkenbruch brutaler Verfolgungen solle proletarische Aufstände hervorrufen, auf daß dem schlagflüssigen System durch einen Aderlaß großen Stils noch eine Galgenfrist verschafft werden könne.

I. Streikerlass und Geheimbundsprozesse.

Am 11. April erschien Puttkamers Streikerlaß, einen Monat darauf wurde die Genehmigung öffentlicher Versammlungen in Berlin von der Erlaubnis der Polizei abhängig gemacht, noch etwas später auch der öffentliche Vertrieb von Druckschriften für Berlin und Altona verboten; in der Reichshauptstadt waren damit alle vier Vollmachten des § 28 aktiv geworden. In allen Belagerungsgebieten nahm die Ausweisungspraxis einen neuen Aufschwung; dazu wurde dem märkischen Landstädtchen Spremberg der kleine Belagerungszustand aufgehängt, weil gestellungspflichtige Rekruten die Flegeleien eines Polizeidieners mit dem Absingen der Arbeitermarseillaise beantwortet hatten.

Nichts bezeichnender für die offizielle „Sozialreform“, als daß der erste Gewaltstoß der gewerkschaftlichen Bewegung galt. An und für sich enthielt der Streikerlaß nichts Neues; er machte nur die Polizeibehörden darauf aufmerksam, daß nach der zeitweiligen Schonung der Fachvereine wieder mit ihrer Drangsalierung vorzugehen, also die Praxis wieder aufzunehmen sei, die sofort nach Erlaß des Sozialistengesetzes beobachtet worden war. Die heuchlerische Aufforderung, dabei die Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu achten, glich wie ein Ei dem anderen den heuchlerischen Versicherungen, womit Bismarck und Eulenburg bei der Beratung des Ausnahmegesetzes jene Freiheit zu respektieren versprochen hatten. Der Streikerlaß fand sofort die rücksichtsloseste Ausführung; um die Frühjahrsbewegung der Bauhandwerker lahmzulegen, wurden die Führer der Berliner Maurer ausgewiesen, obgleich sie nie den ge-

ringsten Zusammenhang mit der politischen Arbeiterpartei gehabt hatten, wurde der Fachverein der Maurer und die Preßkommission der Bauhandwerker aufgelöst. Dasselbe Schicksal teilten die drei Arbeiterinnenvereine und sämtliche Arbeiterbezirksvereine, in deren einem der Lockspitzel Ihring-Mahlow entlarvt worden war. Im Monat Mai wurden in Berlin 47, darunter 33 gewerkschaftlichen Versammlungen die Genehmigung versagt; Maurer und Tischler konnten jahrelang keine Versammlung halten. Und wie in Berlin, so überall in den Provinzen, wo es eine gewerkschaftliche Bewegung gab.

Die bürgerlichen Klassen sahen diesem polizeilichen Wüten mit schlecht verhehlter Genugtuung zu. Soweit sich vereinzelter Widerspruch erhob, kam er von einsichtigen Großindustriellen; dagegen hatten die Zünftler ihre helle Freude an der Treibjagd, wie denn auch eine Deputation der Bauinnungsmeister bei Puttkamer ausdrücklich um den Streikerlaß petitioniert hatte. Als die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage wegen des Erlasses interpellierte, sprachen nur ihre Redner, wie es sich gehörte; von der bürgerlichen Opposition „hoffte" Bamberger, daß der Erlaß die Koalitionsfreiheit nicht abwürgen werde, während Windthorst ihn, solange einmal das Sozialistengesetz bestehe, für nicht gesetzwidrig erklärte. Hierdurch üppig gemacht, lästerte Puttkamer über die Agitatoren, die sich vom Schweiße der Arbeiter „mästeten" und deren „sauer erworbene Spargroschen durch den Rachen jagten", und dann erklärte er, daß hinter jedem Streik die Hydra der Revolution laure. Dies geflügelte Wort war nicht ganz so dumm wie es aussah, denn allerdings sind die Streiks die Anfangsschule des proletarischen Klassenkampfs, aber natürlich sprach Puttkamer nicht in historisch-psychologischem, sondern in subaltern-polizeilichem und bourgeois-ausbeuterischem Sinne. Er hielt die Früchte des Koalitionsrechts für „äußerst beklagenswert" und nannte den Wert dieses Rechts „im höchsten Maße zweifelhaft". Alles das nahm die bürgerliche Opposition schweigend hin, so daß selbst die Frankfurter Zeitung meinte, der Reichstag trage ein gehäuftes Maß der Mitschuld, wenn der Polizeistaat sich immer herrlicher entfalte.

Am Entfalten ließ er es denn auch nicht fehlen. Da die gewerkschaftliche Bewegung nach den früheren Erfahrungen mit dem Sozialistengesetze allein doch nicht klein zu kriegen war, so sollte sie außerdem nach verschiedenen gerichtlichen Methoden erdrosselt werden. Zunächst wurde der Kautschukparagraph, den die Gewerbeordnung gegen Aus-

schreitungen bei Streiks enthielt, bis zur Menschenmöglichkeit ausgereckt; der Verurteilungen auf Grund dieses Paragraphen gab es im Jahre 1886 nicht weniger als 179, gegen 5 im Jahre 1882. Wo aber dieser Paragraph nicht weiter zu recken war, da wurde er durch die Paragraphen des Strafgesetzbuchs über groben Unfug, über Nötigung, über Erpressung ergänzt; fast die Krone dieser Leistungen war ein Erkenntnis des Reichsgerichts, wonach die Aufforderung zur Einstellung der Arbeit ohne Innehaltung der Kündigungsfrist unter § 110 des Strafgesetzbuchs fiel, der die, auch erfolglose, Aufforderung „zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen“ mit dem Höchstmaß von zweijährigem Gefängnis bedroht, während § 111 auf die erfolglose Aufforderung zu einer strafbaren Handlung nur ein Höchstmaß von einjährigem Gefängnis setzt. Nach der Feststellung des obersten Gerichtshofs konnten Arbeiter, die zum Kontraktbruche gegen die Unternehmer aufreizten, mit zwei Jahren Gefängnis bestraft werden, während Verbrecher, die zu Mord und Raub aufreizten, höchstens ein Jahr Gefängnis erhalten durften! Ferner wurden die Gewerkschaften als angebliche Versicherungsanstalten, die nach einem Paragraphen des Strafgesetzbuchs der Genehmigung durch die Staatsbehörde bedurften, unter polizeiliche Kontrolle zu bringen gesucht. Ganz besonders mußte auch die Bestimmung der meisten deutschen Vereinsgesetze herhalten, die politischen Vereinen die Verbindung untereinander verbot. Der „politische“ Charakter der Gewerkschaften wurde sehr einfach dadurch hergestellt, daß die Gerichte die Fragen des gesetzlichen Arbeiterschutzes für „politisch“ erklärten. So hatte ein Tischlerverein in Altona um gesetzliche Regelung der Arbeitszeit an den Reichstag petitioniert und einige Petitionsbogen von einem Tischlervereine in Hamburg entnommen, der die gleiche Petition abgesandt hatte. Darauf erfolgte die polizeiliche Schließung des Altonaer Vereins unter der famosen Begründung, daß er durch die Entnahme der Petitionsbogen mit einem anderen „politischen“ Verein „in Verbindung getreten“ sei. Der Staatsanwalt beantragte je 4 Wochen Gefängnis gegen die Mitglieder des Vorstandes, und wenn das Landgericht auch nur auf je 30 Mark Geldstrafe erkannte, so bestätigte es doch die Schlußfolgerung der Polizei als richtig, und ebenso tat das Reichsgericht als letzte Instanz.

Damit sind keineswegs alle, aber einige besonders schöne Foltern der gewerkschaftlichen Bewegung gekennzeichnet. Wenn es dennoch nicht

gelang, sie auszurotten, so war dieser Erfolg der bewundernswerten Ausdauer und Zähigkeit der Arbeiter geschuldet. Sie brauchten sich wahrlich nicht vor den Trade Unions zu verstecken, die mit solchen, in modernen Kulturstaaten unerhörten Hindernissen niemals zu kämpfen gehabt haben. Freilich hatten die raffinierten Verfolgungen der gewerkschaftlichen Bewegung auch eine Wirkung, die der Entwicklung des klassenbewußten Proletariats einen mächtigen Ruck nach vorwärts gab: die handgreifliche Einseitigkeit, womit die Behörden des Klassenstaats an den Arbeiterverbänden verfolgten, was sie den Unternehmerverbänden gestatteten, womit sie geflissentlich die Augen zudrückten vor den gröbsten Verstößen der Unternehmer gegen die Koalitions- und Vereinsgesetze, während selbst dem behutsamsten und vorsichtigsten Verhalten der Arbeiter immer neue Schlingen gelegt wurden, säete eine Saat von Drachenzähnen, woraus geharnischte Männer erwachsen sind.

Wie die ökonomische, so sollte die Justiz auch die politische Organisation der Arbeiterklasse ausrotten helfen. Die offiziöse Presse hatte mit den unverhülltesten Drohungen auf die freisprechenden Urteile erster Instanz in den Diätenprozessen geantwortet; sie konnte dann mit hoher Genugtuung die verurteilenden Erkenntnisse zweiter Instanz verzeichnen. Auch kassierte das Reichsgericht das freisprechende Urteil in dem Chemnitzer Geheimbundsprozesse und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor das Freiberger Landgericht, nachdem es den Begriff der Verbindung so erläutert hatte, daß der Rechtsanwalt Munckel vor den Freiberger Richtern sagen konnte, glücklicherweise habe der höchste Gerichtshof des Reichs erklärt, die „Verbindung“ müsse sich mit „öffentlichen Angelegenheiten“ beschäftigen, denn sonst wäre jede Familie in Gefahr, als eine Verbindung im Sinne des Strafgesetzbuchs angesehen zu werden.

Am 4. August 1886 verurteilte das Freiberger Landgericht Auer, Bebel, Frohme, Ulrich, Viereck und Vollmar zu je 9, Dietz, Heinzel und Müller zu je 6 Monaten Gefängnis, auf Grund von § 129 des Strafgesetzbuchs, wonach die Teilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken und Beschäftigungen es gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bedroht wird. Weil auf dem Kongresse in Kopenhagen über den Stand des Sozialdemokraten berichtet und die Gesamthaltung des Blattes einstimmig gebilligt

worden war, sollten die Verurteilten durch eine „konkludente Handlung“ einer verbotenen Verbindung beigetreten sein, deren Dasein zwar nicht bewiesen, aber vom Gericht vorausgesetzt wurde.

Das Freiberger Urteil entfesselte eine wahre Flut von Geheimbundsprozessen in allen bedeutenden Zentren der Arbeiterbewegung. An und für sich boten diese Prozesse, sowenig wie der Streikerlaß, den Reiz der Neuheit. Bis zum Freiberger Erkenntnis, also in ungefähr 8 Jahren, waren 24 Geheimbundsprozesse angestrengt worden, davon hatten 6 mit Freisprechung, 10 mit Einstellung des Verfahrens geendet, während in 8 Prozessen (Frankfurt 1880, München und Posen 1882, Stettin 1883, Breslau 1884, München, Altona, Augsburg 1886) Verurteilungen erfolgt waren. Von Anfang August 1886 bis Ende Januar 1889, also in dritthalb Jahren, wurden nun aber 55 Geheimbundsprozesse eingeleitet, von denen nur 10 mit Einstellung des Verfahrens und nur 8 mit Freisprechung, dagegen 33 mit der Verurteilung von insgesamt 236 Personen endeten, während 4 noch in der Schwebe waren. Unter diesen vieren stand obenan der Elberfelder Geheimbundsprozeß, der Ende 1889 nach langer Vorbereitung 87 Personen auf die Anklagebank brachte. Er war bestimmt, neben einem örtlichen Geheimbunde einen gesamtdeutschen Geheimbund unter der obersten Leitung der Fraktion nachzuweisen, worauf dann als Krönung des ganzen Feldzugs ein Geheimbundsprozeß gegen sämtliche Mitglieder der Fraktion geplant war. Jedoch brach an dem Elberfelder Prozesse nicht die Partei, sondern das System der Geheimbundsprozesse schmählich zusammen. Hatten schon alle diese Prozesse nichts enthüllt, als daß durch ein fluchwürdiges Spitzelsystem brave Arbeiter vor die Gerichte geschleppt wurden, um durch künstlich ausgeklügelte Auslegungen des Strafgesetzbuchs für Dinge bestraft zu werden, die zu tun jeder anderen Bevölkerungsklasse freistand, so enthüllte das gerichtliche Verfahren in Elberfeld so arge Zustände, daß selbst zahme liberale Organe schaudernd riefen: Genug der Schande! Viel mehr noch an dieser moralischen Rebellion verkam die Ära der Geheimbundsprozesse, als an der juristischen Feststellung des Landgerichts in Elberfeld, daß eine allgemeine Verbindung in Deutschland, an deren Spitze die Fraktion stehe, trotz „schwerer Verdachtsmomente“ nicht zu erweisen sei. Ohnehin wurden nur 43 Angeklagte freigesprochen, 44 aber wegen des angeblichen örtlichen Geheimbunds zu reichlich zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Neben den Geheimbundsprozessen liefen auch die sonstigen, seit Erlaß des Sozialistengesetzes üblichen Prozesse in verstärkter Auflage einher. Als im September 1886 dem aus Leipzig ausgewiesenen Genossen Schumann eine Anzahl Freunde das Geleite gab, wobei ein rotes Tuch an einem Stocke getragen wurde, stürzten sich vier Polizisten in Zivil in den Zug, um sich dieses Tuches zu bemächtigen. Ein paar von den Häschern, die sich weder legitimiert noch auch nur gesagt hatten, daß sie Polizisten seien, wurden niedergeschlagen, ohne sonst einen Schaden an ihrer kostbaren Gesundheit zu nehmen. Schumann aber und seine Freunde mußten sich wegen angeblichen Aufruhrs verantworten, und ihrer 11 wurden zu 10½ Jahren Zuchthaus und 12½ Jahren Gefängnis verurteilt. Schumann starb nach einigen Monaten im Zuchthause, ein anderer der Verurteilten wurde irrsinnig. Auch die alte, von Manteuffel in der preußischen Reaktionszeit erfundene Praxis, solche Angeklagte, denen nichts oder wenig nachzuweisen war, durch ausgiebige Untersuchungshaft zu martern, gelangte zu neuer Blüte, und nicht bloß in Preußen. In drei Hamburger Prozessen mußten die Angeklagten 15 Jahre Untersuchungshaft aushalten, um dann entweder freigesprochen oder zu Gefängnisstrafen verurteilt zu werden, die in ihrem Gesamtbetrage noch nicht 6 Jahre erreichten.

In solchen Zuckungen verröchelte der Wechselbalg des Sozialistengesetzes, die deutschen Arbeiter aber wußten für alle Zukunft, was Klassenjustiz war.

---

2. Die Faschingswahlen.

Derweil hatte Bismarck die Frage zu entscheiden, was mit der ausgepreßten Zitrone von Reichstag anzufangen sei. Von allem anderen abgesehen, drängte nun auch der bevorstehende Thronwechsel. Der Kaiser konnte jeden Tag sterben, und wenn der Kronprinz zur Regierung kam, mußte Bismarck eine gefügige Reichstagsmehrheit haben.

Da der Reichstag sich in den Fragen der Schutzzöllnerei und des Sozialistengesetzes gehorsam erwiesen hatte, mit dem Schnapsmonopol aber keine Wahlagitation getrieben werden konnte, und auch die Kolonialpolitik durch verschiedene „Nasenstüber“ schon etwas anstößig geworden war, so hatte Bismarck nur ein Mittel, die Wählermassen zu betören, dasselbe Mittel, das ihm zu seinem ersten erfolgreichen „Plebiszite“ verholfen hatte, nämlich den Militärschrecken. Ein Jahr früher, als

nötig war, im November 1886, verlangte er die Erneuerung des erst im Frühjahr 1888 ablaufenden Septennats, zugleich mit einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 41 145 Mann und des Militäretats um 23 Millionen Mark. Dies Mittel hatte für ihn noch den Vorteil, daß die bürgerliche Opposition ihm schwer ausweichen konnte, denn in der Septennatsfrage waren sowohl die Freisinnigen wie die Ultramontanen festgenagelt.

Gleichwohl scheute die bürgerliche Opposition den Kampf und trat sofort den Rückzug an. Als im Januar 1887 die zweite Lesung begann, hatte sie nicht nur jeden Mann und jeden Groschen bewilligt, sondern auch das Prinzip der jährlichen Etatsbewilligung preisgegeben, so zwar, daß sie nur noch das Triennat statt des Septennats, die Bewilligung auf drei statt auf sieben Jahre vertrat. In der gerechtfertigten Besorgnis, daß auch dieser Widerstand bis zur dritten Lesung verfliegen könne, löste Bismarck sofort nach der ersten Abstimmung der zweiten Lesung, die für das Triennat und gegen das Septennat entschieden hatte, den Reichstag auf und beraumte die Neuwahlen auf den Faschingstag, auf den 21. Februar an.

Die sozialdemokratische Fraktion war natürlich von den Schwachherzigkeiten der bürgerlichen Opposition frei und bewilligte „keinen Mann und keinen Groschen". Sie verwarf das Septennatsgesetz, wie sie den ganzen Militäretat verwarf. Aber soweit der Streit zwischen Bismarck und der bürgerlichen Opposition, zwischen Regierung und Reichstag stand, unterstützte sie die bürgerliche Opposition, die dadurch die Mehrheit bekam, vertrat sie den prinzipiellen Standpunkt, daß der Reichstag, und nicht die Regierung über den Militäretat zu befinden habe. Sie nahm den Kampf auf, wie er geboten wurde, und verfocht das Recht der bürgerlichen Opposition energischer, als diese selbst. Die Freisinnigen spielten wie gewöhnlich die verfolgten Unschuldslämmer, denen der hartherzige Bismarck nicht einmal die drei statt der sieben Jahre zugestehen wollte, obgleich sie ihm alles andere mit vollen Händen bewilligt hätten, und die Ultramontanen hatten nur ein parteitaktisches Interesse daran, die Rechte des bürgerlichen Parlamentarismus zu wahren. Immerhin hielten sie sich strammer als die Freisinnigen. Als Bismarck sich soweit vergaß, zu tun, was er im Kulturkampfe so oft als eine nationale Schmach verurteilt hatte, als er die Hilfe des Papstes gegen das Zentrum anrief und damit einen auswärtigen Souverän zum

Schiedsrichter über innere deutsche Angelegenheiten berief, da wies Windthorst selbst dem heiligen Vater die Zähne, der sich zu dem traurigen Liebesdienste hergegeben hatte. Der ultramontane Führer war von jeder Vorliebe für den modernen Konstitutionalismus frei; er sah sein politisches Ideal etwa in der feudalen Verfassung des Herzogtums Arenberg-Meppen, und als ehemals welfischer Justizminister hatte er eine reiche Erfahrung in Staatsstreichaffären. Aber er wußte sich zu sagen, daß eine geborene Minderheitspartei, wie das Zentrum, die Rechte des Reichstags nicht völlig abbröckeln lassen dürfe, wozu dann noch kam, daß die Ultramontanen nach ihrer ausgiebigen Beteiligung an Bismarcks eigennütziger Wirtschaftspolitik einer Auffrischung ihrer Reputation als angebliche Vorkämpfer „für Wahrheit, Freiheit und Recht" bei den katholischen Wählermassen dringend bedurften.

Auf der anderen Seite schlossen sich die beiden konservativen Fraktionen mit den Nationalliberalen zum Kartell zusammen, das sich um Bismarck als seinen Bannerträger scharte. Es war dasselbe Bündnis zwischen Großgrundbesitz und Großindustrie, das zehn Jahre früher die reaktionäre Ära eingeleitet hatte, jedoch mit dem Unterschiede, daß die nationalliberalen Großindustriellen mit ihrer haltlosen Drehscheibenpolitik ganz unter den Schlitten der konservativen Großgrundbesitzer gekommen waren. Die Kreuzzeitung gab das Signal zum Kartell, und Bamberger übersetzte dies Fremdwort sehr richtig mit den Worten: Die feudalen Junker des Ostens ziehen in die Reichsfestung ein, und die liberalen Bürger des Westens blasen die Trompeten dazu.

Der Wahlkampf war von vornherein durch die Schwäche der bürgerlichen Opposition verfahren worden. Mit der dünnen und prinzipiell verkröpften Halbheit: Triennat oder Septennat? ließen sich große Wählermassen schwer auf die Beine bringen. Bismarck fand einen viel zugkräftigeren Trumpf in der Wahlparole: Krieg oder Frieden? Während der ganze polizeiliche Apparat aufgeboten wurde, um die Wahlagitation der oppositionellen Parteien lahmzulegen, arbeitete der ganze Apparat der offiziellen und offiziösen Preßmache daran, bis in die entlegenste Hütte des Reichs die Lüge zu verbreiten, daß dem Siege der Oppositionsparteien eine französische Kriegserklärung an das nunmehr entwaffnete Deutschland auf dem Fuße folgen würde. Die Regierungsblätter vertrieben falsche Nachrichten über französische Pferdeankäufe und Rüstungsmaßregeln, über die Anfertigung von Melinitbomben und Pikrinsäure;

um diesem Humbug den gehörigen Nachdruck zu geben, wurden deutsche Pferdeausfuhrverbote erlassen und zu ganz ungewöhnlicher Zeit, im Februar, zahlreiche Reserve- und Landwehrmänner zur Übung mit einem neuen Gewehr einberufen. Die Kartellbrüder erwiesen sich ihres Heros würdig. Sie verbreiteten massenhaft Karten, die durch gefälschte Darstellungen und Ziffern beweisen sollten, daß an den deutschen Grenzen französische Truppenmassen angehäuft seien, denen gleich starke deutsche Heereskörper nicht gegenüberstünden, sie verbreiteten dazu Bilderbogen im grellsten Jahrmarktstile, worauf zu sehen war, wie französische Rothosen deutsche Frauen mißhandelten, Vieh wegtrieben, Ortschaften anzündeten. Der Sozialdemokrat schrieb: „Es war keine Wahl, es war ein Kesseltreiben, ein Überfall, eine moralische und physische Vergewaltigung, ein Plebiszit im schlechtesten napoleonischen Sinne — nur roher, heuchlerischer, verlogener, wie das der niedrigere Bildungsstand unseres Junkertums mit sich bringt. So plump und brutal konnte es Bonaparte der Kleine nicht treiben — die französische Durchschnittskultur, die der unserigen leider überlegen ist, setzte ihm kategorische Schranken." Eben auf diese französische Kultur spekulierten aber die Kartellpatrioten. Hätten sie nicht mit Recht die Chauvinisten der französischen Bourgeoisie für zehnmal so anständig und besonnen eingeschätzt, wie sich selbst, so wäre aus dieser Wahlhetze ein deutsch-französischer Krieg entstanden.

Trotz seiner gelegentlichen Redensarten über den Appell an die Furcht, der in deutschen Herzen niemals ein Echo finde, und über die Deutschen, die Gott fürchteten und sonst nichts auf der Welt, war sich Bismarck darüber klar, daß die Wurzel seines Despotismus in letzter Instanz die Blindheit und die Feigheit des deutschen Philisters sei, und nicht vergebens betete er zu diesen hilfreichen Beschützerinnen. Mit der Angst um die letzte Kuh, die von den Turkos geholt werden würde, brachte er die letzten Ochsen aus dem Hause; über anderthalb Millionen Stimmen mehr, als bei irgend einer früheren Reichstagswahl, wurden am 21. Februar abgegeben, und der Faschingstag gebar eine Kartellmehrheit.

Einem wirklichen Staatsmanne, gesetzt, daß ein wirklicher Staatsmann je auf solche Streiche verfallen könnte, hätte freilich vor diesem Siege gegraut. Politisch unreife Wählermassen, die durch einen blinden Schrecken an die Urne gejagt werden, sind ein schwankes Rohr im Winde, und selbst sie hatten der Regierung nicht einmal die Mehrheit

der überhaupt abgegebenen Stimmen gesichert. Für das Kartell waren in runder Summe $3\frac{1}{2}$ Millionen, gegen das Kartell 4 Millionen Stimmen abgegeben worden. Hätte die Verteilung der Mandate in richtigem Verhältnis zur Stimmenzahl gestanden, so wäre trotz alledem nur eine Kartellminderheit in den Reichstag gezogen. Die ultramontanen Kandidaten hatten trotz Kaiser und Papst fast eine Viertelmillion Stimmen mehr erhalten, als 1884, und selbst der Verlust der Freisinnigen bezifferte sich gegen 1884 auf wenig über 20000 Stimmen.

Vor allem aber trug die Sozialdemokratie, die einzige Oppositionspartei, die den Kampf mit voller prinzipieller Schärfe geführt hatte, einen großen Erfolg davon. Sie hatte 763128 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt, 10,1 Prozent der Gesamtzahl, 213038 Stimmen mehr als 1884. In allen preußischen Provinzen, fast in allen Mittel- und Kleinstaaten war die Bewegung stark angewachsen, auch im südlichen und südwestlichen Deutschland, wo sonst die Kriegslüge am stärksten gewirkt hatte; nur in Hessen und in Elsaß-Lothringen, sonst nirgends im ganzen Reiche, war die sozialdemokratische Stimmenzahl nicht gestiegen, sondern etwas gesunken. Dabei hatte die Partei die Last des Wahlkampfs am schwersten zu tragen gehabt; sie mußte unter ganz ähnlichen Umständen kämpfen wie 1878 und 1881. Am Vorabende der Schlacht war der kleine Belagerungszustand über Frankfurt und Umgegend verhängt worden, ohne den geringsten Anlaß, zu dem tatsächlichen Zwecke, den Maingau zu bändigen, der sich bei den früheren Wahlen unter dem Sozialistengesetze so tapfer hervorgetan hatte; um von vornherein den nötigen Schrecken zu verbreiten, wurden die ersten Ausweisungsbefehle ihren Opfern, darunter vielen Familienvätern, unter den Weihnachtsbaum beschert, so recht im Geiste jenes „praktischen Christentums“, womit Bismarck prahlte. Während des Wahlkampfs wurde der kleine Belagerungszustand, nach längerem Sträuben der hessischen Regierung, auf Offenbach ausgedehnt, und zu gleicher Zeit fiel er auf Stettin. Hier war eine Wahlversammlung von Arbeitern ohne jeden Grund aufgelöst worden, und dann hatten verkleidete Polizeispitzel vor dem Versammlungslokale einen kleinen Tumult hervorgerufen. Ein „schneidiger“ Bajonettangriff der bewaffneten Macht rettete die pommersche Hauptstadt, viele Arbeiter wurden leicht oder schwer verwundet, einer getötet, dann regnete es Ausweisungsbefehle. Aber die neuen Belagerungsgebiete erwiesen sich der

alten würdig; eine reißende Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen war die Antwort, die sie ihren Quälern ins Gesicht warfen. 93000 Stimmen in Berlin, 65000 in Hamburg-Altona, 30000 in Leipzig Stadt und Land, 9000 in Frankfurt, 7000 in Offenbach, 4000 in Stettin, 4000 in Kottbus-Spremberg: mehr als ein Viertel der sozialdemokratischen Stimmen kam aus den Belagerungsgebieten. In den 23 rein städtischen Wahlkreisen des Reiches musterte die Partei 36,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen; einen tief ergreifenden Ausdruck fand die Aufopferung des deutschen Proletariats bei diesen Wahlen in dem Opfertode dreier Berliner Arbeiter, des Gürtlers Nauen, des Schlossers Hensel, des Formers Bachmann, die, aus einer nächtlichen Versammlung von Vertrauensmännern heimkehrend, auf dem Eise des Spandauer Schiffahrtskanals einbrachen und ertranken.

Nach ihrer Stimmenzahl hätte die Partei 40 Mandate beanspruchen können, tatsächlich erhielt sie nur 11, gegen 25, die sie im vorigen Reichstage gehabt hatte, nachdem der Wahlkreis Stollberg-Schneeberg 1886 in einer Nachwahl von Geyer erobert worden war. Von vornherein gingen in den Faschingswahlen alle sächsischen Wahlkreise verloren bis auf eine Stichwahl in Dresden-Altstadt. Die sächsischen Ordnungsfanatiker hatten ihre Leistungen von 1881 fast noch überboten, freilich nur mit einem viel geringeren Erfolge: sie hatten einen großen Haufen träger Philister an die Urne geschleppt, aber nicht mehr die sozialdemokratischen Heersäulen erschüttert, die in ganz Sachsen seit 1884 um 20000 Köpfe gewachsen waren. In den Hauptwahlen gewann die Partei 6 Sitze: Berlin IV und VI (Singer und Hasenclever), Hamburg I und II (Bebel und Dietz), Altona (Frohme) und Nürnberg (Grillenberger). Stichwahlen hatte sie 18 zu bestehen: außer in Dresden-Altstadt in Berlin III, Breslau I und II, Königsberg, Kottbus-Spremberg, Magdeburg, Hannover, Gotha, Reuß ä. L., Hamburg III, Lübeck, Kiel, Glückstadt, Elberfeld-Barmen, Solingen, Frankfurt a. M. und München II.

Die Stichwahlen waren diesmal von besonderer Bedeutung. Hatte die Wahlkreisgeometrie den Sieg des Kartells gesichert, so konnte der Schaden durch festes Zusammenhalten der Oppositionsparteien in den Stichwahlen bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen, die Kartellmehrheit nicht mehr völlig verhindert, aber doch auf eine so geringe Stimmenzahl beschränkt werden, daß sie dadurch schwankend und un-

zuverlässig gemacht wurde. Das sozialdemokratische Zentralwahlkomitee, Grillenberger, Hasenclever, Liebknecht, Meister und Singer, forderte schon am 23. Februar die sozialdemokratischen Wähler auf, in den Stichwahlen für alle Kandidaten der bürgerlichen Opposition zu stimmen, die sich bindend über ihre Stellung zum allgemeinen Wahlrecht und zu den Ausnahmegesetzen erklärten, und auch das Zentrum gab die Stichwahlparole aus: Wider den Mischmasch! Mit ultramontaner und namentlich mit sozialdemokratischer Hilfe wurden den Freisinnigen so viele Mandate gerettet, daß sie noch 32 Mann stark im Kartellreichstage antreten konnten. Aber die Unentwegten selbst erwiesen sich so unzuverlässig wie je; Eugen Richter, der den kleinlichsten Fraktionsdespotismus in die freisinnige Partei eingeführt hatte, war nicht zu der Stichwahlparole heranzubringen, die Ehre und Vernunft geboten; er mochte fürchten, dadurch seinen Ruf als bewährtester Organisator von Wahlniederlagen zu gefährden. In Berlin III und Kiel, wo Freisinnige und Sozialdemokraten stachen, flehten die Freisinnigen in erbarmungswürdigster Weise um die Hilfe der Kartellbrüder; wo aber Kartell und Sozialdemokratie gegenüberstanden, liefen sie in offenem Verrat ihrer eigenen Sache zum Kartell über, am skandalösesten in Hamburg III, Glückstadt, Lübeck, Magdeburg und Königsberg. So spielte der Freisinn noch etwa zehn Wahlkreise in Bismarcks Hände und machte die Kartellmehrheit ganz schußfest. Die Sozialdemokraten eroberten in den Stichwahlen nur Breslau II (Kräcker), Elberfeld-Barmen (Harm), Solingen (Schumacher), Hannover (Meister) und Frankfurt a. M. (Sabor).

Für drei Jahre hatte Bismarck jetzt wieder freie Hand, und wie Don Philipp nutzte er diesen Abend aus. Das Kartell bewilligte ihm auf den ersten Hieb nicht nur die Septennatsvorlage, sondern auch eine Erhöhung der Branntweinsteuer um jährlich mehr als 100 und der Zuckersteuer um jährlich etwa 40 Millionen, daneben aber auch noch aus den Taschen der Steuerzahler eine jährliche Liebesgabe von 40 Millionen für die Schnapsbrenner und von 30 Millionen für die Zuckersieder. Der „moralische Aufschwung des Volksgeistes", wie das Kartell den blinden Schrecken dieser Wahlen taufte, hatte allerdings soviel erreicht, daß die Plünderer der Massen keine imaginären Schreckgestalten in roten Hosen waren.

—

3. Der Parteitag in St. Gallen.

Wie einer ehrlichen und konsequenten Politik alle Dinge zum Besten zu geraten pflegen, so brauchte die sozialdemokratische Partei die Herabminderung ihrer parlamentarischen Mandate nicht zu bedauern. In dem Kartellreichstage durfte sie sich gut und gern mit einem starken Wachtposten begnügen, der bei geeigneten Anlässen die volksfeindlichen Machenschaften vor allem Volk aufdeckte. Der Streit über das Maß der Beteiligung an den parlamentarischen Geschäften fiel nunmehr fort, und desto straffer konnte die Partei ihre Kraft zusammenfassen, um die neuen Angriffe des Systems Bismarck abzuwehren und ihrerseits erobernd vorzudringen.

Soweit die Geheimbundsprozesse darauf abzielten, das Parteiorgan und die Parteikongresse lahm zu legen, waren sie, wie in allem übrigen, ein Schlag ins Wasser. Nach der Bestätigung des Freiberger Urteils durch das Reichsgericht hatte die Fraktion den offiziellen Charakter des Sozialdemokraten aufgehoben, wodurch sein Einfluß nicht um einen Deut geschwächt und sein Leserkreis nicht um einen Kopf gemindert wurde. Im September 1887 veröffentlichte die Fraktion dann, gemeinsam mit den früheren Reichstagsabgeordneten und den parlamentarischen Vertretern der Partei in den Landtagen, einen Aufruf zur Beschickung eines Parteitags, zu dem jeder Genosse eingeladen wurde. Vorbehalten blieb dem Parteitage selbstverständlich nur, um die Ihring-Mahlow abzuhalten, der Beschluß über die Zulassung der einzelnen Teilnehmer. Der Aufruf teilte die Tagesordnung des Parteitags mit und hob ausdrücklich hervor, daß die geplanten Verhandlungen dem gemeinen Recht in Deutschland nicht widersprächen. Nur die Handhabung des Ausnahmegesetzes zwinge zu besonderen Maßregeln; deshalb könne Ort und Zeit vorläufig nicht bekannt gegeben werden.

Damit waren alle Fußangeln des Freiberger Urteils umgangen und die Politik Bismarck-Puttkamer saß wieder einmal auf. Ihre Soldschreiber machten sich sogar in bürgerlichen Kreisen verächtlich mit der Frage, weshalb denn der Parteitag nicht in Deutschland tage, wenn seine Verhandlungen nicht dem gemeinen Rechte widersprechen sollten. Sie erhielten von Bebel die wohlgezielte Ohrfeige: „Wenn wir doch einmal von ‚fremder Gnade' in bezug auf unsere innersten Parteiangelegenheiten abhängen sollen, so wollen wir lieber von der ‚Gnade'

einer fremden Regierung, als von der Gnade der deutschen Polizei abhängen. Das mögen sich die offiziösen Blätter und ihre Hintermänner hinter die Ohren schreiben.“ Natürlich gelang es dem Ungeschick der deutschen Polizei diesmal so wenig, wie bei den früheren Gelegenheiten, Ort und Zeit des Parteitags vorzeitig zu entdecken.

Er hielt seine Beratungen vom 2. bis 6. Oktober in der Brauerei zu Schönenwegen bei Bruggen, eine halbe Stunde von St. Gallen. Im ganzen hatten sich 79 Teilnehmer eingefunden, 74 davon aus Deutschland. Der Rechenschaftsbericht der Fraktion ergab, daß seit dem Kopenhagener Kongresse 135 748 Mark in die Parteikasse eingelaufen waren, dazu von ausländischen, namentlich amerikanischen und schweizerischen Genossen 52 907 Mark, ungerechnet die örtlichen Aufwendungen, von denen man mit Fug annehmen konnte, daß sie noch das Mehrfache dieser Summen erreichten. So ungebeugt und ungebrochen wie je trat die Partei ihren Verfolgern entgegen; gleich der erste Beschluß des Parteitags tadelte scharf die Flucht von Genossen wegen drohender Prozesse oder Gefängnisstrafen. Ein nicht weniger scharfes Tadelsvotum erhielten Geiser und Viereck, weil sie sich aus unzureichenden Gründen geweigert hatten, den Aufruf zur Beschickung des Parteitags zu unterzeichnen. Über die parlamentarische Tätigkeit der Partei, über ihre Stellung zur Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung wurde ebenso beschlossen, wie in Wyden und in Kopenhagen; nur für die Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten empfahl der Parteitag, gestützt auf die Erfahrungen der Faschingswahlen, diesmal unbedingt Stimmenthaltung. Das Berliner Volksblatt urteilte über die Verhandlungen: Hat es je einen „rechten Flügel“ der Partei gegeben, so gibt es ihn nicht mehr.

Das schlagendste Zeugnis für die unerschöpfliche Kraft der Partei lag aber darin, daß sie sich inmitten aller Bedrängnis anschickte, die Leitung der internationalen Arbeiterbewegung zu übernehmen. Seit dem großen Krache der siebziger Jahre hatten sich die Übel der kapitalistischen Produktionsweise in allen Kulturländern dermaßen gesteigert und waren allen Klassen der Bevölkerung dermaßen beschwerlich geworden, daß sich ein starkes Bewußtsein von der Notwendigkeit sozialer Reformen weit über die Arbeiterkreise hinaus geltend zu machen begann. Es wurde immer klarer, daß die allgemeine Schutzzöllnerei jene Übel nicht schwächte, sondern steigerte, daß auch die Kartelle, Ringe und sonstigen Unter-

nehmerverbände, die sich im Laufe der achtziger Jahre zur Regelung der Produktion bildeten, tatsächlich auf eine Stärkung der kapitalistischen Macht gegenüber den Konsumenten wie gegenüber den Proletariern hinausliefen. Eine ungleich gründlichere Abhilfe verhieß der gesetzliche Schutz der Arbeiterklasse vor der kapitalistischen Ausbeutung. Dabei lief mancherlei Illusion und auch viel Heuchelei mit unter, aber eine starke Strömung drängte doch in allen industriell entwickelten Ländern nach dieser Richtung, und sie nahm eine internationale Wendung, sowohl aus Gründen, die in der Natur der Sache lagen, als auch weil die Vorkämpfer der kapitalistischen Ausbeutung, wie besonders auch Bismarck, stets auf die internationale Konkurrenz und die verschiedene Sozialgesetzgebung der konkurrierenden Länder hinwiesen, nicht zwar um eine internationale Fabrikgesetzgebung zu fördern, aber um eine nationale Fabrikgesetzgebung zu hindern.

Die erste Anregung zu internationalen Verhandlungen auf diesem Gebiete hatte die Schweiz im Jahre 1881 gegeben, jedoch ohne jeden Erfolg. Seitdem hatte sich das Bedürfnis überall noch fühlbarer gemacht; vielleicht das sprechendste Zeugnis dafür war, daß sogar der deutsche Kartellreichstag gleich in seiner ersten Session auf eine Fortbildung der deutschen Fabrikgesetzgebung drängte. Wie er auf einen unerschütterlichen Widerstand Bismarcks stieß, so stieß der gesetzliche Arbeiterschutz in allen Ländern auf mächtige Gegnerschaften, ganz abgesehen von der Erfahrung, daß mit der wachsenden Popularität des Gedankens auch sehr unsichere Kantonisten sich seiner bemächtigten, darunter sogar kapitalistische Klopffechter, wie Eugen Richter und seine Kohorte von fanatischen Manchesterleuten, die, als sie ganz sicher waren, daß Bismarck in dieser Frage nicht nachgeben werde, nicht üble Lust verrieten, „sozialreformerische“ Demagogie zu treiben. Um so näher lag es, daß die internationale Arbeiterklasse die Frage auf ihre volle Höhe hob, und das Spiel der hartnäckigen Gegner wie der halben oder heuchlerischen Freunde vereitelte.

Sie brauchte dabei nur an die Überlieferungen der alten Internationalen anzuknüpfen, auf deren Kongressen dieser Frage stets ein so bedeutender Raum gewährt worden war. War die Internationale an dem Abfalle des Anarchismus einer-, der Trade Unions andererseits untergegangen, so war jetzt die Zeit reif, sie auf höherer Stufenleiter zu erneuern. Die Anarchisten hatten überall abgewirtschaftet. Wie in

Deutschland und der Schweiz, so waren sie auch in Österreich, Frankreich, Belgien, England von ruchloser Lockspitzelei durchsetzt; im Jahre 1887 wurde der ehrliche und uneigennützige Anarchist Neve von den Lockspitzeln Trautner, Peukert und Reuß in nichtswürdiger Weise der deutschen Polizei ans Messer geliefert und vom Reichsgericht hinter verschlossenen Türen zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Einzig in den Vereinigten Staaten hatte sich der Anarchismus zu einer gewissen Macht entwickelt, aber nur dadurch, daß er sich einer gewaltig anschwellenden Bewegung für den Achtstundentag bemächtigte, und nur mit der Wirkung, daß er diese aussichtsreiche Agitation auf lange hinaus verfuhr. Die von der anarchistischen Presse gepredigte Gewaltpolitik ermöglichte den amerikanischen Kapitalisten ein abgekartetes Spiel: den Bombenwurf auf dem Heumarkt in Chicago und die verächtliche Justizposse, durch die von acht anarchistischen Führern einer zu langjährigem Zuchthause und sieben zum Tode verurteilt wurden. Diese Männer waren an dem Bombenattentate so unschuldig wie die deutschen Sozialdemokraten an Nobilings Schrotschüssen, aber dank ihrer falschen Taktik unterlag die amerikanische Arbeiterbewegung dem künstlich entfachten Wirbelsturme des Hasses und der Wut, den die deutsche Arbeiterbewegung dank ihrer richtigen Taktik siegreich bestanden hatte.

Auf der anderen Seite wurden die Trade Unions aus ihrer beschränkten Zurückhaltung aufgeschreckt, als das englische Weltmarktmonopol mehr und mehr durch die deutsche, französische und namentlich amerikanische Konkurrenz gebrochen wurde. Sie verloren dadurch ihre bis zu einem gewissen Grade geschützte Stellung und wurden unsanft auf die Solidarität des internationalen Proletariats zurückgestoßen. Das ließ sich Schritt für Schritt an den internationalen Kundgebungen der Arbeiterklasse in den achtziger Jahren verfolgen. Der von belgischer Seite angeregte Weltkongreß, den die deutsche Partei in Wyden zu beschicken beschlossen hatte, war 1881 in Chur zusammengetreten, aber wie vier Jahre früher der Genter Weltkongreß ohne bemerkenswerte Ergebnisse. Fast noch unfruchtbarer verlief 1883 eine internationale Arbeiterkonferenz in Paris; höchstens gab sie der bürgerlichen Presse durch ihre nichtssagenden Beschlüsse willkommene Gelegenheit, wohlfeile Triumphgesänge über eine „moralische Niederlage des Sozialismus“ anzustimmen. Die Konferenz wurde vollständig von den Trade Unions beherrscht, neben denen fast nur noch die Possibilisten vertreten waren; P. Brousse, der

Führer dieser französischen Arbeiterfraktion, hatte sogar zu verhindern gewußt, daß die deutschen Arbeiter überhaupt eingeladen wurden. Ganz anders sah es schon auf einer internationalen Arbeiterkonferenz aus, die 1886 gleichfalls in Paris stattfand. Zu ihr waren die Arbeiterparteien aller Länder eingeladen worden; die deutsche Sozialdemokratie wurde durch den in Paris wohnenden Genossen Grimpe vertreten, während Rackow als Delegierter des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London erschien. Neben Deutschland, England und Frankreich hatten auch Österreich, Ungarn, Belgien, Schweden, Norwegen und Australien die Konferenz beschickt. Grimpe richtete einen vielleicht nicht sehr höflichen, aber sehr geschickten Vorstoß gegen die Politik der Trade Unions, wobei ihn Rackow wirksam unterstützte; es kam zu einer lebhaften zweitägigen Debatte, in der die sieben Delegierten der Trade Unions eine sehr erschütterte Haltung zeigten; schließlich stimmten sie dem sonst einstimmig angenommenen Beschlusse der Konferenz, die Regierungen der einzelnen Länder zu einer internationalen Fabrikgesetzgebung auf der Grundlage des Achtstundentags anzutreiben, nur aus dem formalen Grunde mangelnder Vollmacht nicht bei, in der Tendenz erklärten sie sich damit einverstanden. Ein Jahr darauf beschloß der Kongreß der Trade Unions in Swansea von sich aus die Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses, freilich noch unter Beschränkung auf Gewerkschaften und unter Zulassungsbedingungen, die für Länder mit polizeilicher Ausnahmegesetzgebung, wie Deutschland und Österreich, eine ausreichende Vertretung unmöglich machten.

Hier nun griff der Parteitag in St. Gallen ein. Er faßte eine Resolution gegen den Anarchismus, deren Schwergewicht in einer rücksichtslosen Verurteilung der anarchistischen Taktik lag; in der Geschichte der Völker sei die Gewalt ebensogut, ja sogar häufiger ein reaktionärer, als ein revolutionärer Faktor, ihre individuelle Anwendung führe nicht zum Ziele, sie sei vielmehr schädlich und verwerflich, weil sie das Rechtsgefühl der Masse verletze. „Für die individuellen Gewaltakte bis aufs äußerste Verfolgter und Geächteter machen wir die Verfolger und Ächter verantwortlich; wir begreifen die Neigung zu solchen als eine Erscheinung, die sich zu allen Zeiten unter ähnlichen Verhältnissen gezeigt hat und die gegenwärtig durch bezahlte Lockspitzel für die Zwecke der Reaktion gegen die arbeitende Klasse ausgenützt wird.“ Dieser Schlußsatz verwahrte den Parteitag vor dem Verdachte, in das Horn der bürger-

lichen Ängstlichkeit zu stoßen; als einen Monat darauf die Hinrichtung der sieben in Chicago verurteilten Anarchisten erfolgen sollte, richteten Bebel, Grillenberger, Liebknecht und Singer im Namen der deutschen Arbeiter ein Telegramm an den Gouverneur des Staates Illinois, worin sie um Menschlichkeit baten, unbekümmert darum, daß Puttkamer und die Puttkämerlinge diesen Schritt in gehässigster Weise ausbeuteten. Bekanntlich wurden nur zwei der Verurteilten zu lebenslänglichem Zuchthause begnadigt, einer tötete sich vor der Hinrichtung selbst, vier aber starben am Galgen als entschlossene und mutige Männer: seitdem ist ihre Unschuld auch offiziell anerkannt worden.

Mit der Abwehr der anarchistischen Taktik verband der Parteitag in St. Gallen die Abwehr des engherzigen Geistes, der noch immer in den Trade Unions spukte. Er beauftragte die Parteileitung, im Verein mit den Arbeiterverbindungen anderer Länder, für den Herbst 1888 einen allgemeinen internationalen Arbeiterkongreß einzuberufen, zu dem Zwecke, gemeinsame Schritte der Arbeiter aller Länder zur Verwirklichung einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung herbeizuführen, und brach dadurch dem internationalen Klassenkampfe des modernen Proletariats eine neue Gasse.

---

4. Das Ächtungsgesetz.

Als der Kartellreichstag im November 1887 zu seiner zweiten Session einberufen wurde, hatte Bismarck neben neuen schweren Militärforderungen noch eine dreischwänzige Peitsche geflochten, um die Wähler dafür zu zerfleischen, daß sie sich am Faschingstage hatten vergewaltigen lassen; die Erhöhung der Brotzölle von 3 auf 5 Mark, die Erstreckung der Gesetzgebungsperioden von 3 auf 5 Jahre und endlich die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf 5 Jahre mit kannibalischen Verschärfungen. In all seiner reaktionären Beschränktheit war Bismarck nun schon wieder so weit, nicht einmal mit dem Kartellreichstage fertig zu werden. Nur bei der Verlängerung der Gesetzgebungsperioden als der ersten Attacke auf das allgemeine Wahlrecht machte die Kartellmehrheit gerne mit; gegen die Erhöhung der Brotzölle sträubten sich die meisten Nationalliberalen im Interesse der Industrie, und diese neue Plünderung der Massen gelang erst durch den Zuzug der ultramontanen Sippschaft, dagegen waren weder die Nationalliberalen noch die Ultra-

montanen für das Ächtungsgesetz gegen die Sozialdemokratie zu haben, und Bismarck blieb damit hängen.

Das Gesetz erhöhte die Strafe für die Verbreitung verbotener Druckschriften im Höchstmaße um das Doppelte, von sechs Monaten auf ein Jahr, und bedrohte die „geschäftsmäßige" Agitation für die Ziele der Sozialdemokratie mit Gefängnis nicht unter zwei Jahren. Da es vollständig im Belieben des Richters stand, was er für „geschäftsmäßig" erklären wollte und was nicht, so war mit diesem Kautschukparagraphen die Möglichkeit gegeben, jeden unbequemen Sozialdemokraten erst auf Jahre ins Gefängnis zu werfen und dann aus dem Lande zu treiben. Denn gegen die nach ihm Verurteilten, sowie gegen alle wegen Geheimbündelei Verurteilten sollte die Entziehung der Staatsangehörigkeit ausgesprochen werden können. Ebenso gegen alle, die im Auslande an Versammlungen zur Förderung der sozialdemokratischen Bestrebungen teilnehmen würden. Außerdem wurde dieses neu geschaffene Verbrechen noch mit Gefängnis bedroht.

Die Vorlage war die einfache Bankrotterklärung des Sozialistengesetzes. Sie suchte mit der russischen Knute zu erreichen, was mit dem deutschen Polizeistocke nicht erreicht worden war. Nach § 22 des Sozialistengesetzes konnte über geschäftsmäßige Agitatoren die Einschränkung des Aufenthalts verhängt werden, und diese schmähliche Waffe hatte reichliche Anwendung gefunden. Christensen war wie ein wildes Tier durch Deutschland gehetzt worden für das Verbrechen, den Lockspitzel Ihring-Mahlow entlarvt zu haben, ebenso Kayser für das Verbrechen, in der sozialdemokratischen Fraktion am weitesten nach Rechts zu stehen, und der Baumeister Keßler für das Verbrechen, an der politischen Agitation gar nicht, sondern nur an der gewerkschaftlichen Organisation der Bauhandwerker beteiligt gewesen zu sein. Jedoch hatten diese Hetzereien und die Ausweisungspraxis in den Belagerungsgebieten nichts anderes bewirkt, als eine um so kräftigere Ausbreitung der sozialdemokratischen Propaganda; die Begründung des Ächtungsgesetzes gestand selbst, daß die Ausweisungen häufig die Agitation in Gegenden verpflanzt hätten, die von ihr bis dahin noch wenig oder gar nicht berührt gewesen seien. Dieser selbstmörderischen Folge ihrer staatsmännischen Weisheit wollten die Bismarck und Puttkamer nun dadurch abhelfen, daß sie alle des Verdachts Verdächtigen gleich über die deutsche Grenze jagten. Daneben richtete das Ächtungsgesetz seine giftigste Spitze gegen den Sozialdemo-

kraten, der in mehr als zehntausend Exemplaren allwöchentlich mit unübertrefflicher Pünktlichkeit durch ganz Deutschland verbreitet wurde, obgleich das Reichsgericht inzwischen noch die wunderbare Entdeckung gemacht hatte, daß schon das Bestellen, ja selbst das Annehmen und Aufbewahren von einzelnen Exemplaren als Beihilfe oder Anstiftung zur Verbreitung zu bestrafen sei; „der gewalttätigste aller Raubvögel erklärt sich für unfähig, den Kampf mit dem Rotkehlchen zu führen, dessen unerschrockenes Lied ihn verdrießt", spottete das bedrohte Blatt. Bis in konservative Kreise hinein empfand man die Schande, die diese Vorlage über den deutschen Namen brachte.

Puttkamer selbst war freilich sehr siegesgewiß. Seit den Faschingswahlen gefiel er sich in einer neuen schnurrigen Pose: in der stummen Dulderrolle des seiner Zeit weit voraus geeilten Denkers, der mit gelinder Verzweiflung, aber doch mit rührender Geduld die Verkennung seiner weisen Absichten durch das törichte Volk erträgt. Wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten über die Handhabung des Sozialistengesetzes sprachen, so betrachtete er lässig hingelehnt seine Lackstiefel oder strich seine flatternden Bartkoteletten, aber kein Wort entrann dem Zaune seiner Zähne, gleich als ermüde sein göttergleiches Ingenium, mit menschlicher Dummheit zu kämpfen. So auch hielt er es für überflüssig, die Beratung des Ächtungsgesetzes einzuleiten; er ließ den Sozialdemokraten den Vortritt, die ihn nun sofort von der sinnenden Bewunderung seiner Lackstiefel auf- und in seine letzte Rolle als Staatsretter hineinjagten, in die Rolle des Stiers im Porzellanladen, die er, eben weil sie die letzte war, nicht mit affektierter Kunst, sondern mit überzeugender Naturwahrheit spielte.

Die Sozialdemokratie setzte nach ihrem guten Brauch auf einen Schelmen anderthalbe: sie antwortete auf das Ächtungsgesetz mit einer umfassenden Enthüllung der Korruptions- und Spitzelwirtschaft, womit das System Bismarck-Puttkamer nicht nur das ganze Deutschland, sondern auch das halbe Europa verpestete. Der Sozialdemokrat hatte bereits im Mai 1887 das schuftige Spiel enthüllt, das den braven Neve in die Hände der deutschen Polizei geliefert hatte; am Ende dieses Jahres schaufelte er nicht weniger als zwölf Polizeiagenten aus dem Sumpfe hervor: in London den Schriftsteller Sachs und den verkrachten Sänger Reuß, in Paris den Schriftsteller Trautner, den Sprachlehrer Nonne und den Schriftsteller Oberwinder, der einst zu Lassalles ersten An-

hängern gehört und dann zeitweise in der österreichischen Arbeiterbewegung gewirkt hatte, in Zürich den Schreiner Schröder und den Weißbierwirt Heinrich, in Genf den Gießer Haupt, in Magdeburg den Schriftsteller Schwennhagen, in Altona den Blaufärber Wichmann, in Hamburg den Tischler Neumann, in Leipzig den Buchhändler Nebel. Einzelne davon, wie Oberwinder, mochten sich mit der Rolle moderner Kotzebues begnügt haben, die meisten waren Dynamit- und Lockspitzel der verworfensten Art, wie die Reuß und Wichmann, die Schröder und Haupt. Diese beiden hatte das geschickte und schnelle Eingreifen der Züricher Mitgliedschaft zu umfassenden Geständnissen veranlaßt; die gerichtliche Untersuchung, die gegen die überführten Lockspitzel eingeleitet wurde, bestätigte in vollstem Umfange ihre Schuld, was der Züricher Polizeihauptmann und Untersuchungsrichter Fischer auf eine Anfrage Bebels und Singers amtlich beglaubigte. Gleichzeitig wies der Bundesrat in Bern den ehemaligen badischen Generalstabsoffizier v. Ehrenberg aus der Schweiz, der sich seit Jahren vergebens abgequält hatte, die sozialdemokratische Partei in hoch- und landesverräterische Unternehmungen zu verstricken. Ehrenberg war bis dahin als hirnloser Abenteurer betrachtet worden; aus der Schweiz gewiesen, stellte er sich jetzt dem Militärgericht in Karlsruhe, das die Untersuchung wegen Hoch- und Landesverrats gegen ihn eröffnete, aber ihn trotz der schwersten Inzichten nicht verhaftete; als dann seine krampfhaften Versuche mißlangen, die Sozialdemokratie dennoch hineinzulegen, die Untersuchung vielmehr für ihn und seine Gönner immer brenzlicher wurde, flüchtete er ungehindert aus dem Reiche.

Die Enthüllungen, die Bebel und Singer im Reichstage über die Lockspitzelwirtschaft machten, zerschmetterten das Ächtungsgesetz. Puttkamers wütendes Gebaren setzte den Punkt aufs i der entblößten Schande. Er redete wie im Irrsinne: die Haupt und die Schröder seien freilich keine Gentlemen, aber ohne solche Staatsstützen könne die politische Sicherheit eines Kulturstaats nicht auf einen Tag aufrecht erhalten werden. Die ehrlichen Leute, die den Lockspitzeln die Maske abgerissen hatten, schimpfte Puttkamer „eine Bande von Strolchen“, den Polizeihauptmann Fischer aber „ein vertrauensunwürdiges Subjekt“; der Schweiz drohte er mit einer diplomatischen Aktion, um sie an ihre Pflichten gegen die benachbarten Großmächte zu erinnern. In aller Besinnungslosigkeit hatte er noch einen lichten Augenblick, indem er

ehrlich gestand, sich keine Vorstellung von einem Kulturzustande machen zu können, wie er in der Schweiz herrsche; gewiß war es sein und Bismarcks historisches Pech, sich in den Vorstellungen feudaler Barbarei selig zu fühlen und von moderner Kultur nicht einmal etwas zu ahnen. Leider aber vernichtete Puttkamer die versöhnende Wirkung dieses mildernden Umstandes wieder durch die Dichtung, daß er aus den Reihen der Sozialdemokratie mit Angeboten von Spitzeldiensten überstürmt würde; mit wie großer Befriedigung er sonst auf die Ausdehnung seiner Korruptionstätigkeit blicken mochte, so hat er die Arbeiterklasse doch niemals zu korrumpieren vermocht. Als er endlich alle Kraft zusammen nahm und pathetisch schwor, er müsse ja vor Scham in die Erde sinken, wenn er im Punkte der Lockspitzelei kein reines Gewissen hätte, antwortete ihm ein eisiges Schweigen des ganzen Hauses; nur ein paar Landräte auf der äußersten Rechten würgten ein mühsames: Sehr richtig! hervor. Eine klägliche Politik war an ihr klägliches Ende gelangt.

Einzig die beiden konservativen Fraktionen waren bereit, sich selbst an den Pranger zu schmieden. Die Nationalliberalen erklärten als das äußerste Maß ihrer Bereitwilligkeit, das unveränderte Sozialistengesetz auf zwei weitere Jahre zu bewilligen, während die Ultramontanen, im sicheren Verlaß auf die Kartellmehrheit, bis auf einen kleinen Rest von acht Mann die Hilfsmannschaft einzogen, die sie bisher für die Verlängerung des Sozialistengesetzes gestellt hatten; Reichensperger, der Führer dieser Hilfsmannschaft, hielt sogar schon wieder eine donnernde Rede gegen Ausnahmegesetze. Am 18. Februar 1888 wurde das Sozialistengesetz mit 164 gegen 80 Stimmen zum vierten und letztenmal verlängert, bis zum 30. September 1890.

Achtes Kapitel.

Die neunundneunzig Tage.

Kurz darauf, am 9. März, starb Kaiser Wilhelm, über neunzig Jahre alt, und als todkranker Mann bestieg sein Nachfolger den Thron.

Kein Genie und schwerlich auch nur ein Talent, sogar stark beherrscht von feudalem Fürstenbewußtsein, hatte Kaiser Friedrich doch einen Hauch modernen Geistes gespürt. In seinem Thronmanifeste verkündete er sich als einen Mann des Friedens; unbekümmert um den Glanz ruhmbringender Großtaten, wollte er zufrieden sein, wenn die Nachwelt seiner Regierung nachrühmen könne, daß sie dem Volke wohltätig, dem Lande nützlich, dem Reiche ein Segen gewesen sei. Im einzelnen freilich ließ das Manifest alle möglichen Auslegungen zu. Verfaßt von dem christlich-konservativen Professor Geffcken, wurde es von der freisinnigen Partei mit sich selbst überschlagender Loyalität begrüßt; ihre Staatsmänner verteilten an ihren Kneiptischen unermüdlich alle Portefeuilles unter sich, während der Tod Kaiser Friedrichs fast schon auf Tag und Stunde berechnet werden konnte.

So töricht war Bismarck nicht, aber dafür desto boshafter. Er hatte alle Trümpfe in der Hand; was konnte ihm der sterbende Kaiser anhaben oder die Partei des sterbenden Kaisers, die noch nicht den zehnten Teil des Reichstags umfaßte? Wollte Bismarck, wie Stöcker als kundiger Mann sich ausdrückte, „für die voraussichtlich kurze Regierungszeit des kranken Kaisers ein System der Stabilität und Solidarität schaffen", mit anderen Worten, jede selbständige Handlung des Kaisers von vornherein lahm legen, so war das sehr wenig monarchisch gedacht, aber es war verständlich vom Standpunkt eines Hausmeiers aus. Allein damit begnügte sich Bismarck nicht. Der moderne Geist, der trotz alledem aus dem Thronmanifeste Kaiser Friedrichs wehte, der ohnmächtige, aber zähe Widerstand, auf den Bismarck seit Jahrzehnten beim Kronprinzen und bei der Kronprinzessin gestoßen war, erheischte schwere Rache,

und indem Bismarck den patriotischen Pöbel in Seidenhüten gegen das hilflose Kaiserpaar hetzte, zu einer der häßlichsten Orgien, worin menschliche Erbärmlichkeit sich jemals ausgetobt hat, bestätigte er gern Geffckens verzweifelte Frage: Wann wäre in dem Leben dieses Mannes ein Zug edelmütiger Gesinnung zu entdecken gewesen?

Natürlich erstreckte sich Bismarcks „Stabilität" auch auf die Handhabung des Sozialistengesetzes, an dem Kaiser Friedrich kein Gefallen hatte. Um so größer war Bismarcks diabolisches Vergnügen, die Quälereien der Arbeiterklasse fortzusetzen, als lebte der alte Wilhelm noch. Ja, die einzige Aktion der auswärtigen Politik unter Kaiser Friedrich war die Vertreibung des Sozialdemokraten aus der Schweiz. Durch persönliche Kränkungen des schweizerischen Gesandten in Berlin, durch drangsalierendes Lärmen des deutschen Gesandten in Bern, nicht zuletzt auch durch Zugeständnisse, die den Interessen der schweizerischen Industrie für die demnächstige Erneuerung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages versprochen wurden, ließ sich der Bundesrat in Bern dazu breitschlagen, im April 1888 Bernstein, Motteler, Schlüter und Tauscher aus dem eidgenössischen Gebiete zu weisen. Als Vorwand mußte die Schreibweise des Sozialdemokraten dienen, wodurch die schweizerische Gastfreundschaft gemißbraucht und die guten Beziehungen der Schweiz zu einem befreundeten Staate gefährdet sein sollten. Darüber sagte Otto Lang, ein schweizerischer Beamter, bei einem den Ausgewiesenen gegebenen Abschiedsfeste das gute Wort: „Es ist in der Weltgeschichte noch jedesmal etwas laut hergegangen, wenn große Dinge im Werden waren. Das Völkerglück ist keine Frucht, die im Sonnenscheine gedeiht; nein, in Sturm und Wetter ist sie gereift." Die Vertriebenen selbst aber erklärten in einem Aufruf „an alle Freunde der Freiheit und des Rechts in der Schweiz", nicht eine einzige Handlung sei ihnen nachgewiesen worden oder könne ihnen nachgewiesen werden, die sich als ein Verstoß gegen das gemeine Recht qualifiziere, weder Vorbereitung noch Aufforderung noch auch nur Ermunterung zu gewalttätigen oder hochverräterischen Unternehmungen. Was ihnen schuld gegeben werde, das bewege sich auf dem Gebiete der Meinungsäußerung durch die Presse, auf einem Gebiete, für das die eidgenössische Verfassung volle Freiheit gewährleiste. Der wahre Grund ihrer Ausweisung seien die Enthüllungen des Sozialdemokraten über das schmachvolle Treiben des deutschen Lockspitzelwesens, wofür Puttkamer seine Rache nehme. Durch

die Ausweisung würde die Schweiz zum Büttel der Bismärckischen Polizei erniedrigt.

In allen aufrechten Bürgern der Schweiz rief der Gewaltakt tiefe Beschämung und Entrüstung hervor. Zahlreiche Kundgebungen der Sympathie begleiteten die Ausgewiesenen, und Schweizer Bürger, in erster Reihe der wackere Conzett, sicherten das ungestörte Weitererscheinen des Sozialdemokraten im bisherigen Geiste und Tone. Jedoch um auch den Schein eines äußeren Drucks zu vermeiden, wurde er vom Oktober 1888 ab in London herausgegeben. An seinem Wesen änderte sich dadurch nichts; er blieb genau, was er bisher gewesen war. Bismarck und Puttkamer hatten an ein paar Personen ihr Mütchen gekühlt, aber sonst nur nach alter lieber Gewohnheit einen klatschenden Schlag ins Wasser getan. Die größere Entfernung vom deutschen Kriegsschauplatze stumpfte die Wirksamkeit des Parteiorgans in keiner Weise ab. Seine Aufgaben waren mit der dritten Periode des Sozialistengesetzes andere geworden, wie einst mit der zweiten; die deutsche Arbeiterbewegung hatte einen solchen Umfang angenommen und besaß so viele Organe innerhalb der deutschen Grenzen, daß sie ein ausländisches Organ bis zu einem gewissen Grade entbehren konnte. Aber eben nur bis zu einem gewissen Grade, denn die deutschen Arbeiterblätter lebten unter dem Damoklesschwerte, das von Zeit zu Zeit auch auf sie niederfiel. Sie mußten eine scharfe Selbstzensur üben, und diese Zensur ist die schlimmste, da sie sich nicht täuschen läßt; den beschränkten Spielraum, den sie besaßen, verdankten sie nicht zuletzt der gerechten Scheu der deutschen Gewalthaber vor den schmerzenden Geißelschlägen des Sozialdemokraten. Um dem ausländischen Parteiorgane möglichst die Wurzeln abzugraben, wurden die einheimischen Arbeiterblätter geduldet; solange das Sozialistengesetz bestand, durfte der Sozialdemokrat nicht aufhören zu erscheinen. Seine nunmehrigen Aufgaben konnte er von London aus so gut erfüllen, wie von Zürich aus, namentlich den Spitzeln wurde er noch fürchterlicher als bisher; kaum hörte solch ein Lumpazius das erste Gold in seiner Tasche klingen, als ihn die „Eiserne Maske“ auch schon ans Tageslicht springen ließ.

Als „Erfolg“ Puttkamers waren die Züricher Ausweisungen so hoffnungslos, wie alle seine „Erfolge“, und sie waren zugleich sein letzter „Erfolg“. Kaiser Friedrich sträubte sich, das noch unter seinem Vorgänger fertig gewordene Gesetz über die Verlängerung der Gesetzgebungs-

perioden zu vollziehen; er mochte seinen Namen nicht mit dem ersten Einbruch in das wichtigste Volksrecht verknüpfen. Aber als Kaiser hatte er kein Veto gegen ein Gesetz, das Bundesrat und Reichstag genehmigt hatten. Eher konnte er sich im preußischen Staate wehren, dessen Zensusparlament den reaktionären Streich des Reichstags sofort nachgeahmt hatte, doch kämpfte er auch hier vergebens gegen den Widerstand des Ministeriums. Indem er das preußische Gesetz vollzog, konnte er seinen guten Willen nur noch durch den Befehl betätigen, Puttkamer solle die amtlichen Wahlbeeinflussungen unterlassen, deren unglaubliche Ausdehnung eben in einer Wahlprüfung des preußischen Abgeordnetenhauses von neuem aufgedeckt worden war. Puttkamer antwortete in dem komisch-patzigen Tone der gekränkten Unschuld, den die bürgerliche Opposition ihm erlaubt hatte, sich anzugewöhnen, allein diesmal kam er an den Unrechten und erhielt am 8. Juni seine Entlassung. Die schnelle Expedition machte den allmächtigen Hausmeier doch vorsichtig; er dehnte die „Solidarität" nicht auf seinen getreuesten Helfershelfer aus, sondern begnügte sich, den verunglückten Kumpan durch ein Abschiedsessen zu trösten. Eine Woche darauf befreite ihn der Tod des Kaisers von aller Sorge.

Die Sozialdemokratie hatte in den 99 Tagen, da Kaiser Friedrich herrschte, eine ernste, männliche und würdige Haltung beobachtet. Sie blieb gleich fern den leeren Illusionen des Freisinns, wie der widerlichen Fronde des Kartells. Ein von Auer verfaßter Nachruf des Berliner Volksblattes gab dem guten Willen des toten Kaisers das gebührende Recht und kennzeichnete doch scharf die Grenzen, die diesem Willen gesetzt gewesen wären, selbst wenn er freie Bahn gehabt hätte; von der „Engländerin" aber, die damals schutzlos der kläffenden Meute Bismarcks preisgegeben war, sagte er mit einem einfachen Worte, das all den schwülstigen Bombast der freisinnigen Presse aufwog: „Das bis zum Tode getreue und hingebende Weib bleibt immer ein erhabener Anblick, ob es uns im Palast oder in der Hütte begegnet." Nicht nur in seiner klaren und kräftigen Politik wuchs das klassenbewußte Proletariat über die herrschenden Klassen empor, sondern auch in dem, worin diese Klassen von jeher ihr unveräußerliches Besitztum gesehen hatten: in der Gesinnung des Gentleman, in dem echten Herzenstakte menschlichen Empfindens.

Neuntes Kapitel.

Der Zusammenbruch.

1. Es gelingt nichts mehr!

Bismarcks Hausmeiertum trat in eine neue Phase, als er nicht mehr mit einem neunzig-, sondern mit einem dreißigjährigen Kaiser zu tun hatte. Er selbst war schlechter Psycholog genug, bei der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. an eine zweite Auflage der „wilhelminischen Tage" zu glauben. Er überließ mehr, als in seinem Interesse lag, seinem ältesten Sohne, vermutlich dem unfähigsten aller Nepoten, von denen die Geschichte zu erzählen weiß; in kaum noch verhüllten Anspielungen schrieben die offiziösen Federn von einer „Dynastie Bismarck", die neben den Hohenzollern stehen sollte, wie einst die Karolinger neben den Merowingern standen.

Einstweilen bekundete der junge Kaiser auch eine tiefe Verehrung für Bismarck. Ein Knabe von elf Jahren bei Gründung des Reichs, ein Jüngling von neunzehn Jahren bei Erlaß des Sozialistengesetzes, zum Manne herangereift in der Zeit, wo der Posaunenschall des sozialen Königtums von allen offiziellen Türmen ertönte, lebte und webte er in einer geistigen Atmosphäre, die vor jedem ketzerischen Gedanken gesichert zu sein schien. Allerdings fehlte es nicht ganz an warnenden Vorzeichen, daß es auch anders kommen könne. Der Geheimrat Hinzpeter, der den Kaiser erzogen hatte, nannte ihn eine eigentümlich starke Individualität, in der sich welfischer, leicht in Energie umgesetzter Starrsinn und hohenzollernscher, mit Idealismus gepaarter Eigenwille verbinde, und Stöcker wollte bereits im August 1888 mit seinen leisen Hofpredigerohren den Kaiser sagen gehört haben: „Sechs Monate will ich den Alten verschnaufen lassen, dann regiere ich selbst." Aber es waren fast schon dreimal sechs Monate ins Land gegangen, als der Kaiser zu Neujahr 1890 die Bitte an Gott richtete, ihm den erprobten Rat Bismarcks noch viele Jahre zu erhalten. Inzwischen war er wiederholt für Bis-

marcks Kartellpolitik eingetreten, unter herber Abweisung der freisinnigen Loyalitätsfräcke.

Die „Dynastie Bismarck" aber wurde von jener Verblendung ergriffen, die das sicherste Zeichen des unaufhaltsamen Untergangs ist. Als Geffcken aus den Tagebüchern Kaiser Friedrichs Bruchstücke veröffentlichte, die das Heroentum der „großen Heroen" von „Reichsgründern" in all seiner Fadenscheinigkeit enthüllten, war Bismarck unbedacht genug, zu behaupten, der Verfasser des Tagebuchs habe in Versailles überhaupt nichts Wichtiges erfahren, auf Befehl des alten Kaisers Wilhelm, der von seinem Thronfolger landesverräterische Zettelungen befürchtet habe. Bismarcks Nepote, der den noch lebenden Diplomaten Morier in das Lügengewebe verstrickte, mußte sich dafür von dem derben Engländer vor ganz Europa als boshafter Verleumder züchtigen lassen. Derselbe Nepote machte die deutsche Diplomatie gleichzeitig auf der Samoakonferenz zum europäischen Gespötte und verwickelte sie durch einen neuen Handel mit der Schweiz in einen europäischen Skandal.

Wie die Katze das Mausen nicht läßt, so konnte auch die deutsche Polizei das Lockspitzeln nicht lassen, trotz aller Schlappen, die ihr unheilbares Ungeschick ihr schon zugezogen hatte. Der Polizeiinspektor Wohlgemuth in Mülhausen schlich sich mit argen Verlockungen an den Schneider Lutz in Basel, um von diesem treuen Parteigenossen in der Falle gefangen zu werden. Die schriftliche Aufforderung Wohlgemuths: „Wühlen Sie nur lustig drauf los!" machte alles Ableugnen unmöglich; der Biedermann wurde verhaftet und nach amtlicher Feststellung seiner Schuld aus der Schweiz verwiesen. Obgleich der schweizerische Bundesrat die notgedrungene Abwehr mit der unschönen Liebedienerei gegen Bismarck verband, zugleich Lutz auszuweisen, so kannte der Zorn des Säkularmenschen doch keine Grenzen; sein Nepote erging sich wochenlang offiziell wie offiziös in so dreisten Drohungen gegen das schweizerische Asylrecht, gegen die „wilde Schweiz", wie sie die Metternich und die Bonaparte in all ihrer Sünden Blüte niemals gewagt hatten. Diesem Bramarbas wußte der Bundesrat in Bern denn auch schlagend heimzuleuchten, mochte er im übrigen auch jetzt noch nicht sein gutes Recht so tapfer verteidigen, wie möglich und nötig gewesen wäre.

In Deutschland selbst wurde das Sozialistengesetz von Puttkamers Nachfolger, dem preußischen Polizeiminister Herrfurth, ziemlich ebenso

gehandhabt wie von Puttkamer selbst. Als ehemaliger Unterstaatssekretär Puttkamers und zumal als Vorsitzender der Reichskommission kam Herrfurth wohlvorbereitet zu seinem hehren Berufe. Freilich waren ihm die Junker als einem bürgerlichen Eindringling in einen Junkerposten gram, und so suchte er eine gewisse bureaukratische Ehrbarkeit herauszubeißen, aber was er dadurch gewann, verlor er wieder durch seine Schwäche. Im März 1889 gelang ihm sogar, was selbst Puttkamer nicht zu tun gewagt hatte: er duldete, daß der Berliner Polizeipräsident v. Richthofen, der Nachfolger Madais, ein bürgerliches Blatt auf Grund des Sozialistengesetzes verbot. Seit der Mitte des Jahrzehnts hatte die Volkszeitung, nach einem Wechsel in ihrer politischen Leitung, die bürgerlich-demokratische Opposition mit derjenigen Konsequenz vertreten, die der politischen Lage angemessen war; sie hatte nach dem Urteile des Sozialdemokraten eine so rücksichtslose Sprache geführt, wie sie seit Jahrzehnten kein bürgerliches Blatt in Deutschland gewagt hatte. Als sie nun gar dem abstoßenden, mit dem alten Kaiser Wilhelm getriebenen Götzendienste zu widersprechen wagte, verfiel sie dem Sozialistengesetze und erhielt dazu einen Majestätsbeleidigungsprozeß angehängt, unter der bezaubernden Begründung, daß ein ungeschminktes historisches Urteil über den toten Großvater eine blutige Beleidigung des lebenden Enkels sei.

Alle diese Streiche überspannten nun aber doch den Bogen. Es knisterte und krachte überall in dem morschen Bau des Bismärckischen Despotismus, der am Ende des neunzehnten Jahrhunderts in einer Weise regieren wollte, die den deutschen Spießbürgern nicht einmal in den Tagen der Heiligen Allianz erträglich gewesen wäre. Die sichersten Stützen begannen zu wanken. Eine Preßknebelakte, die Bismarck im Frühjahr 1889 an den Bundesrat brachte, verschwand spurlos in dieser sonst so willigen Körperschaft; die Reichskommission gab nicht nur die Volkszeitung, sondern auch manche verbotenen Arbeiterblätter frei; das Reichsgericht stellte nach hunderttägiger Untersuchungshaft das gegen Geffcken wegen Landesverrats eingeleitete Verfahren ein; die Majestätsbeleidigungsklage gegen die Volkszeitung blitzte in allen Instanzen ab und das Münchener Landgericht fegte den „Meineidsmichel“ von der Bildfläche, nachdem er in einem Geheimbundsprozesse von den Angeklagten unter Auers geschickter Führung betäubend aufs Haupt geschlagen worden war. Ja, der Reichsgerichtsrat Mittelstädt, der wacker in den Hoch-

verratsprozessen gegen Dave und Neve mitgeholfen hatte, stellte sich schon auf den öffentlichen Markt, um über die Korruption der Rechtspflege zu greinen, und als gleich schlaue Ratte pfiff die Nationalzeitung dieselbe Melodie. Es gelingt nichts mehr, meinte die ultramontane Germania, und durch seine treffende Kürze wurde der Satz schnell ein geflügeltes Wort.

Nun sah man auch schon die Kartellratten in unruhiger Hast auf dem scheiternden Schiffe hin- und herrennen. Die Nationalliberalen fanden unter ernsthaftem Runzeln ihrer staatsmännischen Brauen, daß Bismarck alt werde, während die dreisteren Kreuzzeitungsleute ihn bereits in die Wade zwickten. Eine wilde Hetze, die Bismarck deshalb gegen den Grafen Waldersee, den Chef des Generalstabs, als den kommenden Mann des Junkertums eröffnete, hatte keine andere Wirkung, als daß sie die Deroute der „maßgebenden Regionen" noch mehr enthüllte. Eine gleiche Deroute zeigte der Kartellreichstag in seiner dritten Session. Er bewilligte neue schwere Militärlasten, aber an die „Krönung des sozialen Gebäudes" wollte die Kartellmehrheit nicht mehr heran. Trotz alles Hochdrucks hielt sie Bismarck nicht zusammen, um das Alters- und Invaliditätsgesetz durchzudrücken, das noch mühsamer zurechtgeflickt worden war, als die früheren Versicherungsgesetze. Kein Mensch glaubte mehr an die Zauberkraft der offiziellen „Sozialreform". Hätte sich nicht ein Häuflein feudaler Ultramontaner erbarmt und eine schwache Mehrheit bilden helfen, so wäre das Gesetz gescheitert. Sicherlich entsprang der Widerstand der bürgerlichen Parteien zum großen Teile nichts weniger als ehrwürdigen Motiven, aber darin hatten die Kartellpatrioten doch einen schärferen Blick als Bismarck, daß sie sich nicht mehr einbildeten, durch solche Almosen könne die Arbeiterklasse eingelullt werden.

Vielmehr trat mit jedem Tage klarer hervor, daß der tiefste Grund des Bismärckischen Zusammenbruchs eben der siegreich unaufhaltsame Vormarsch des klassenbewußten Proletariats sei. Während die bürgerliche Opposition, schlaff und träge wie immer, die Zeichen der Zeit nicht zu deuten verstand, rüstete sich die sozialdemokratische Partei mit starker Hand, das vernichtende Urteil des Jahrhunderts an seinem sogenannten Herkules zu vollstrecken.

---

2. Der 20. Februar.

Nach einem wirtschaftlichen Rückschlage im Jahre 1887 trat ziemlich gleichzeitig mit den deutschen Thronwechseln eine Blüte der Industrie ein, wie sie seit einem halben Menschenalter nicht mehr erlebt worden war. Sie täuschte die Arbeiterklasse nicht über das innere Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, aber sie stählte ihre Muskeln und Sehnen zum Kampfe gegen eine Gesellschaftsordnung, die nur in dem unlenkbaren Taumel zwischen Aufschwung und Niedergang leben konnte. „Die Zeiten sind uns günstig wie nie zuvor", hieß es in einem Aufruf, den die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags am 27. November 1888 erließ. Der Aufruf forderte zur Agitation bis in die entlegenste Hütte auf; eine Million Stimmen und eine entsprechende Anzahl Mandate müsse das mindeste sein, was die Partei in den nächsten Wahlen erobere. Und am 24. Februar 1889 kündigte das Berliner Volksblatt einen Lohnkampf an, wie ihn Berlin noch nie gesehen habe.

Nicht aber nur durch die deutsche, sondern auch durch die europäische Arbeiterwelt ging ein frischer, gewaltiger Zug. Zwei große Tatsachen machen das Hundertjahr der großen französischen Revolution für immer denkwürdig in der Geschichte des internationalen Proletariats. Die eine dieser Tatsachen war die Erneuerung der Internationalen auf erweiterter und vergrößerter Stufenleiter. Seit dem Parteitage von St. Gallen hatte sich die deutsche Parteileitung in langwierigen Verhandlungen mit den englischen Trade Unions und den französischen Possibilisten bemüht, erst für 1888, dann für 1889 einen allgemeinen internationalen Arbeiterkongreß zu berufen, der diesen Namen wirklich verdiente, der, von den sozialistischen Parteien aller Länder geladen, in der Prüfung der Mandate und der Festsetzung der Tagesordnung souverän war. Trotz des größten Entgegenkommens erreichte sie ihren unmittelbaren Zweck nicht, aber mittelbar trug ihr uneigennütziger Eifer gute Früchte. Von den beiden internationalen Arbeiterkongressen, die am 14. Juli 1889, dem Tage des Sturmes auf die Bastille, in Paris zusammentraten, war der bedeutendere und wichtigere derjenige, den die deutschen Sozialdemokraten zuerst angeregt, die französischen Marxisten und Blanquisten praktisch vorbereitet hatten. Er zählte allein so viele deutsche, wie der possibilistische Kongreß überhaupt ausländische Delegierte. Seine 395

Teilnehmer setzten sich zusammen aus 221 Franzosen, 81 Deutschen, 22 Engländern, 14 Belgiern, 10 Österreichern, 3 Ungarn, 4 Holländern, 6 Russen, 2 Schweden, 3 Norwegern, 3 Dänen, 6 Schweizern, 5 Polen, 2 Spaniern, 5 Rumänen, 5 Amerikanern, je 1 Böhmen, Bulgaren, Argentinier und Finnländer.

Von den Kongressen der alten Internationalen unterschied sich dieser Kongreß wie die Mobilmachung eines großes Heeres von den vorbereitenden Arbeiten des Generalstabs. Auf den Wegen, die einst in Genf, Lausanne, Brüssel und Basel abgesteckt worden waren, strömten jetzt die Arbeitermassen der verschiedenen Länder dem gemeinsamen Ziele entgegen. Auf den Vorwurf der bürgerlichen Presse, daß der Kongreß die Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung nicht weitläufig beraten habe, konnte er mit Lassalles Worten erwidern: Solche Fragen diskutiert man nicht mehr, sondern man dekretiert sie. Der Pariser Kongreß proklamierte die absolute Notwendigkeit einer wirksamen, auf den Achtstundentag begründeten Arbeiterschutzgesetzgebung überall, wo die kapitalistische Produktionsweise herrsche, und forderte die Arbeiter aller Länder auf, in diesem Sinne auf ihre Regierungen zu wirken, sie insbesondere zur Beschickung einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz zu veranlassen, die im Mai 1889 wiederum von der Schweiz angeregt worden war. Der Kongreß erklärte weiter, es sei die Pflicht der Arbeiter, die Arbeiterinnen in ihre Reihen aufzunehmen; er forderte für die Arbeiter beider Geschlechter und ohne Unterschied der Nationalität gleiche Löhne für gleiche Arbeit, sowie unbeschränktes, vollkommen freies Koalitions- und Vereinsrecht. Endlich beschloß der Kongreß, daß jährlich am 1. Mai eine allgemeine Kundgebung des internationalen Proletariats für den Achtstundentag stattfinden solle.

Die zweite große Tatsache des Jahres 1889 war eine allgemeine Streikbewegung, die gewaltige Schichten des bisher von der Arbeiterbewegung noch nicht berührten Proletariats zum Klassenbewußtsein erweckte. Ihre Gipfelpunkte bildeten der Dockerstreik in England und der Bergarbeiterstreik in Deutschland. In der Mitte des Mai streikten 90000 Bergleute in Rheinland-Westfalen, 13000 im Saargebiete, 10000 im Königreiche Sachsen, 17- bis 19000 in Schlesien. Ultramontane Einflüsse veranlaßten die westfälischen Bergleute, ihre Führer Schröder, Bunte und Siegel nach Berlin zu schicken, um die Hilfe des Kaisers anzurufen. Der Kaiser versprach, die Forderungen der Streikenden

durch die Behörden prüfen zu lassen, doch müsse er ihnen sein Wohlwollen versagen, wenn sich sozialdemokratische Tendenzen in die Bewegung mischen sollten; in diesem Falle würde er mit unnachsichtlicher Strenge einschreiten, denn für ihn sei jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Kaiser- und Vaterlandsfeind. Die Kaiserdeputation der Bergleute war an und für sich ein falscher Schritt, der den Riesenstreik verfahren mußte und wirklich verfuhr, aber sie hatte bedeutsame moralische Wirkungen. Mitten in die satte Selbstzufriedenheit der herrschenden Klassen trat aufrüttelnd ein ungeheures Schicksal. Was wollte dagegen die unbeholfene und widerwillige Pfuscherei des Kartellreichstags an dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetze besagen! Und selbst in die dumpfe Luft dieses Reichstags drang ein Hauch der mächtigen Bewegung, die durch das europäische Proletariat wogte. Er kam wiederholt auf die Forderung zurück, den gesetzlichen Arbeiterschutz auszubauen. Doch Bismarcks Antwort blieb immer ein kaltes und starres Nein.

Neben ihren zahlreichen Lohnkämpfen vergaß die deutsche Arbeiterklasse nicht die Vorbereitung für die nahende Wahl, die zum erstenmal einen Reichstag für fünf Jahre schaffen sollte. Noch am Vorabend des Sieges verlor die Partei mehrere ihrer alten parlamentarischen Vertreter durch den Tod, Hasenclever, Kayser, Kräcker, von denen namentlich Kayser und Kräcker die ärgsten Bitternisse des Sozialistengesetzes durchzukosten gehabt hatten; Hasenclevers Sitz in Berlin VI wurde durch Liebknecht, Kräckers Sitz in Breslau II durch Kühn siegreich behauptet. In großem Maßstabe wandte die Partei eine neue Waffe an, um sich das Schlachtfeld zu ebnen; durch den Boykott sicherte sie sich die Säle für ihre Versammlungen, sicherte sie ihren Zeitungen überall eine Stätte, wo Arbeiter verkehrten. Wie der Streik, so ist der Boykott eine zweischneidige Waffe, und es fehlte nicht an Fällen, wo er die Arbeiter selbst schädigte, weil er mißbräuchlich angewandt wurde. Im allgemeinen aber wurde er in durchaus berechtigter Weise gehandhabt, um der Arbeiterklasse gleiches Licht und gleiche Luft mit den übrigen Bevölkerungsklassen zu schaffen, um den Druck zu brechen, durch den die Behörden und die Unternehmer das Proletariat vom politischen Kampffeld absperren wollten, und so hatte er großen Erfolg.

Auch die sozialdemokratische Presse blühte trotz alledem fröhlich empor. Fast jeder Monat sah neue Arbeiterblätter entstehen, manchmal vielleicht in zu reicher Fülle, doch wuchs die Literatur der Partei nicht

nur in die Breite. Die Neue Zeit vertiefte mit jedem Jahrgang ihre Forschungen, in der Internationalen Bibliothek veröffentlichte Kautsky seine Schrift über Thomas More, ein Werklein historisch-materialistischer Forschung, das in erschöpfender Würdigung des Reformationszeitalters die dickleibigen Bände sowohl der katholischen wie der protestantischen Geschichtsbaumeister schlug, Blos gab den deutschen Arbeitern eine fesselnde Geschichte der großen französischen Revolution, J. Stern rechnete gründlich mit der bürgerlichen Halbheit des religiös-philosophischen Freidenkertums ab. Neben der Neuen Zeit besaß die Partei nun auch zwei vortreffliche Wochenschriften. In Berlin gab Schippel die Volkstribüne heraus, zugleich mit der Berliner Arbeiterbibliothek, einer periodischen Folge populärer Flugschriften, in denen sich Klara Zetkin durch eine ausgezeichnete Abhandlung über die Frauenfrage als die begabteste Vorkämpferin der deutschen Arbeiterinnen ankündigte. In Nürnberg leitete Schoenlank die Arbeiterchronik, nachdem er lange Gefängnisstrafen wegen unfindbarer Staatsverbrechen verbüßt hatte. Eine Frucht seiner erzwungenen Muße war die Studie über die Fürther Quecksilberspiegelbelegen und ihre Arbeiter, die auf dem einzigen Gebiete, wo die bürgerliche Ökonomie noch etwas leistete, die überlegene Auffassung des wissenschaftlichen Kommunismus bekundete und mit der brennenden Wahrheit ihrer Darstellung selbst die Münchener Regierung auf ihre lahmen Reformbeine brachte.

Auch auf literarischem Felde sproßten neue Keime. Hatte der bürgerliche Emanzipationskampf, namentlich in Deutschland, seine entscheidenden Schlachten auf künstlerischem Gebiete geschlagen, so vollzog sich der proletarische Emanzipationskampf, und zwar nicht zu seinem Schaden, von vornherein auf ökonomischem und politischem Gebiete. So wollte es die historische Entwicklung. In der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts fehlte noch so gut wie ganz die ökonomische und die politische Freiheit, von der es in seiner zweiten Hälfte doch wenigstens ein Stück gab; das kämpfende Proletariat kam unmittelbar an den Feind und brauchte keinen künstlerischen Umweg einzuschlagen. Dann aber beruht die Kunst in der modernen bürgerlichen Gesellschaft durchaus auf kapitalistischen Voraussetzungen: so alle bildende Kunst, so Musik und Theater, nur in der lyrischen und epischen Dichtung war dem Proletariat überhaupt die Betätigung seines Klassengeistes möglich, woran es dann auch nicht gefehlt hat.

Aber immer nur in dem Sinne, daß die Muse zu begleiten, doch zu leiten nicht versteht. Die „tendenziöse Kunst" des Proletariats war im Grunde offener und wahrer, als die „reine Kunst" der Bourgeoisie, die nie und nirgends existiert hat, die nur eine reaktionäre Erfindung ist, gerichtet gegen die großen revolutionären Dichter des Bürgertums, die alle „tendenziös" im Sinne ihrer Klasse gewesen sind. Seit den zahlreichen Klageliedern, die um Lassalles frühen Tod erschollen, schlang sich ein Kranz schlichter und schmuckloser Weisen durch die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, „manch rund, manch rauh gestammelt, manch still, manch wild Gedicht": Audorf, Hasenclever, Frohme, Geib und wieviele andere noch schmiedeten ihren wackeren Reim in den Mußestunden des politischen Kampfes; andere, wie Max Kegel, Leopold Jacoby, Rudolf Lavant, standen der Politik ferner und der Dichtung näher, aber auch sie beanspruchten keine neue Ära der Kunst zu eröffnen. Sie wollten nur, wie sich der formvollendetste von ihnen einmal ausdrückte, allem Zorn, aller Trauer, allem Jubel Luft machen, womit sie der proletarische Befreiungskampf in seinen wechselnden Phasen erfüllte, sich den Überschwang der Empfindungen, die ihnen die Brust zu zersprengen drohte, vom Herzen singen; ob die zünftige Literaturgeschichte sie einmal in einem ihrer vielen Fächer unterbringen werde, das hat ihnen niemals eine schlaflose Stunde gemacht.

Ein literarisches Unterhaltungsblatt, das sich die Partei nicht lange vor dem Sozialistengesetz gegründet hatte, unterlag den mittelbaren Wirkungen dieses Gesetzes. Dann schuf Dietz unter Beihilfe von Rudolf Lavant und Blos im Wahren Jacob einen neuen Sammelplatz für das literarische Parteileben. Nach seiner ursprünglichen Anlage ein Witzblatt, erst vorsichtig einherschreitend auf schwankem Boden, gestaltete sich der Wahre Jacob mit den Jahren immer reicher aus, er gewann Hunderttausende von Lesern und wurde das verbreitetste Blatt der Partei: ein frischer und lustiger Bursch, der auf seinem mächtigen Rücken auch ein gut Stück ernster Parteiarbeit trug. Neben ihm gedieh der Süddeutsche Postillon in München. Dann kamen die Parteikalender, um deren novellistischen Ausbau sich Robert Schweichel große Verdienste erwarb. Ein alter Achtundvierziger, dem als gereiftem Mann im Exil unter dem einfachen und einsamen Bauernvolk der Alpen die Dichtkunst, die sonst der Jugend lockige Scheitel liebt, als ernste Freundin zur Seite trat, blieb Schweichel den Idealen seiner Jugend immer

treu; an einem bedeutsamen Tage der Parteientwicklung, auf dem Nürnberger Vereinstage von 1868, half er mit seiner ergreifenden Programmrede den Sieg entscheiden; er war der altväterischen Meinung, daß zum ganzen Dichter nicht nur ein Kopf und ein Herz, sondern auch ein Rückgrat gehöre. Immer anmutig und klar in der Form, aus echt dichterischem Geiste geboren und gestaltet, atmeten seine zahlreichen Erzählungen für die Kalender der Partei, obenan die wundervollen Skizzen aus dem Bauernkrieg, eine feste und männliche Gesinnung.

Während so die schaffende Lust des Frühlings die Arbeiterklasse beseelte, quälte sich ihr grimmigster Feind in dem Winter seines Mißvergnügens mit der Frage, wie er sich abermals einen willfährigen Reichstag schaffen könne. Bismarck konnte nur noch von bonapartistischen Plebiszíten leben, aber woher einen neuen Köder für ein neues Plebiszit nehmen? Der Streich der Faschingswahlen ließ sich nicht wiederholen, nachdem jede Session des Kartellreichstags aus der Haut der Massen so breite und lange Riemen für den Militarismus geschnitten hatte, daß daran selbst die allergrößten Kälber genug haben durften. Die Kolonialpolitik war durch die Blamage der Samoakonferenz kompromittiert, ebenso die „nationale Wirtschaftspolitik" durch die Branntwein- und Zuckersteuer mit ihren Liebesgaben, nicht zuletzt auch durch das rapide Anwachsen der kapitalistischen Kartelle, Ringe und Trusts. Sie stiegen im Jahre 1889 auf 95, wovon 20 auf die Textil-, 25 auf die Metallindustrie entfielen, ungerechnet 11 internationale Kartelle für Blei, Kupfer, Zink usw. Selbst die Vereinigten Staaten, die in der Zahl der Kartelle gleich nach Deutschland kamen, zählten ihrer nur 62, das Deutsche Reich marschierte in der künstlichen Preistreiberei an der Spitze aller Nationen. Wie diese Treiberei ein wirksamstes Mittel war, die allgemeine Unzufriedenheit zu nähren, so brachte sie die „nationale Wirtschaftspolitik" um ihren letzten Glorienschein. Die Freihändler wurden nicht müde, die Schutzzöllnerei als die Ursache der Kartellbildung zu denunzieren, was zwar nicht die ganze Wahrheit, aber doch ein gut Stück Wahrheit war. An und für sich wachsen die Kartelle aus der kapitalistischen Produktionsweise hervor, aus der Akkumulation und Konzentration des Kapitals; sie enthalten, ähnlich wie die Frauen- und Kinderarbeit, bei aller Gemeingefährlichkeit ihrer kapitalistischen Form dennoch Keime der sozialistischen Gesellschaftsorganisation. Auch das freihändlerische England hatte seine Kartelle,

aber obgleich es die entwickeltste Großindustrie besaß, rangierte es in ihrer Zahl erst an vierter Stelle, erst hinter den schutzzöllnerischen Staaten Deutschland, Amerika, Österreich-Ungarn: soviel war schon richtig, daß die Schutzzöllnerei gerade die gemeinschädlichste Form der Kartelle treibhausmäßig züchtete.

So war Bismarck für ein neues Plebiszit auf den Sozialistenschrecken beschränkt, was nun aber auch seine verschiedenen Haken hatte. Zur „militärischen Lösung" der Frage gehörten zwei, und die deutschen Arbeiter dachten nicht im Traume daran, sich vor die Kleinkalibrigen jagen zu lassen, um ein bankrottes System wieder zahlungsfähig zu machen. Auf der anderen Seite war der Kaiser nicht unberührt geblieben von der historischen Entwicklung, die sich seit seiner Thronbesteigung vollzogen hatte. Bei allem Abscheu, den er vor der Sozialdemokratie empfand, schien ihm eine Politik, die alle Schatten der Bourgeois- mit allen Schatten der Junkerherrschaft vereinte, immer weniger geeignet, eine moderne Monarchie sicher zu stützen. Er verschloß sich der Einsicht nicht, die sich den hellen Köpfen der herrschenden Klassen immer unwiderstehlicher aufdrängte, daß nämlich gerade im Interesse dieser Klassen die Beseitigung des Sozialistengesetzes und die Fortbildung des gesetzlichen Arbeiterschutzes dringend notwendig sei. Die Tatsache, daß er selbst auf Wegen und Stegen von einer Spitzelwolke umgeben war, soll den Kaiser, als er sie aus einer sozialdemokratischen Reichstagsrede erfuhr, auch persönlich gegen das Sozialistengesetz eingenommen haben. Genug, wenn die Sozialdemokratie für die „militärische Lösung" der Frage nicht zu haben war, so war der Kaiser nicht für einen Streich vom Schlage der Attentatswahlen zu haben.

Schiffbrüchig geworden, dachte Bismarck doch nicht daran, die Fleischtöpfe zu verlassen, woraus er sich solange genährt hatte. Im Oktober 1889 brachte er in der vierten und letzten Session des Kartellreichstags einen Gesetzentwurf ein, der das Sozialistengesetz nicht mehr auf Zeit verlängern, sondern dauernd verewigen wollte, unter Verstärkung der „richterlichen Garantien" und mit ein paar anderen „Milderungen" derselben heiteren Art. Die Kartellmehrheit war bereit, das Gesetz zu verewigen, nur wollten die Nationalliberalen die polizeiliche Ausweisungsbefugnis des § 28 gestrichen haben, damit die „Milderungen" doch ein bißchen nach was aussähen, während die Konservativen selbst ein verewigtes Gesetz ohne diese Befugnis für unannehmbar erklärten. Ge-

heuchelt wurde dabei auf beiden Seiten. In der Begründung des Ächtungsgesetzes war von der Regierung überzeugend ausgeführt worden, daß die polizeiliche Ausweisungsbefugnis des § 28 die sozialdemokratische Agitation über das ganze Land verbreite, und gerade die Konservativen hatten beweglich gejammert, wie sehr dadurch der idyllische Friede der junkerlichen Ausbeutungsdomänen bedroht würde, womit ihre nunmehrigen Beteuerungen, daß Gesellschaft und Staat ohne diese Befugnis nicht bestehen könnten, im voraus gekennzeichnet worden waren. Aber seit dem Scheitern des Ächtungsgesetzes war die Ausweisungspraxis namentlich in Berlin auch tatsächlich eingestellt worden, eben weil sie ihre Urheber schwerer traf als ihre Opfer, und somit war es ein nationalliberales Schaugericht, ihre nur noch formelle Beseitigung zu einer „Milderung" aufzublähen, um die das übrige Sozialistengesetz für immer in den Kauf genommen werden könne. Trotz der Handgreiflichkeit der von beiden Seiten betriebenen Heuchelei wurde die Komödie bis zum Schlusse gespielt; in der zweiten Lesung setzten die Nationalliberalen ihre „Milderung" gegen die konservativen Stimmen durch, worauf die Konservativen gegen das also „gemilderte" Gesetz stimmten. Es fiel am 25. Januar 1890 mit 169 gegen 98 Stimmen und ist nicht wieder auferstanden.

Über die Vorgänge, die dabei hinter den Kulissen spielten, hat eine Polemik genügend aufgeklärt, die gerade zehn Jahre später zwischen dem ältesten Sohne Bismarcks und dem konservativen Politiker v. Helldorff geführt wurde. Herbert Bismarck behauptete, sein Vater sei unschuldig an dem Sturze des Sozialistengesetzes; er habe der konservativen Partei durch einen ihrer Führer sagen lassen, sie möchten für das im nationalliberalen Sinne „gemilderte" Gesetz stimmen, aber der Auftrag sei nicht oder nicht richtig ausgeführt worden. Die innere Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptung lag von vornherein auf der Hand, allein der also an die Wand gedrückte konservative Führer wollte auch nicht den Märtyrer Bismärckischer Legendenbildung spielen, obgleich er sich den Ruhm, ein richtiger Zwischenträger gewesen zu sein, nur dadurch erkaufen konnte, daß er seine Partei in arger Weise bloßstellte. Helldorff erklärte also öffentlich, seine und seiner konservativen Freunde flehentliche Bitte an Bismarck, ihnen zu offenbaren, ob sie sich den Nationalliberalen fügen dürften, sei weder mit Ja noch mit Nein, sondern nur — „nicht ohne eine gewisse Reserve und Unbestimmtheit" — mit dem

delphischen Orakelspruch beantwortet worden, die Bekämpfung der Sozialdemokratie sei das günstigste Schlachtfeld, um eine naturgemäße, im Reichs- und Staatsinteresse liegende Gestaltung der Parteiverhältnisse möglich zu machen, und ihm liege mehr an der Erhaltung der Kartellpolitik, als an dem ganzen Sozialistengesetz.

Diese kurzen Sätze erschöpfen die Politik, die Bismarck von Erlaß des Sozialistengesetzes bis zu seinem Sturze getrieben hat; die Kartellpolitik, die Ausbeutung der Volksmassen, war der Zweck, die Knebelung der Sozialdemokratie aber das „günstigste" und „naturgemäßeste" Mittel, um diesen Zweck durchzusetzen, womit dann vollkommen die andere Aeußerung harmoniert, der Zweck, die Ausbeutung der Massen, liege ihm mehr am Herzen, als das Mittel, die Knebelung der Sozialdemokratie. Aber für die armen Junker, die bestimmte Marschroute haben wollten, war dieses Orakel freilich vieldeutig. Als dann in zweiter Lesung das „gemilderte" Gesetz angenommen worden war, fand ein Kronrat statt, worin Bismarck die Ablehnung dieses Gesetzes durch die Regierung für den Fall seiner endgültigen Genehmigung durch den Reichstag durchsetzte. Nach dem Kronrat ließ er den wackeren Helldorff wieder entbieten, empfing ihn „ungewöhnlich reserviert und zugeknöpft", und verweigerte abermals jede klare Antwort auf das Angebot der Konservativen, für das „gemilderte" Gesetz zu stimmen, wenn die Regierung in der dritten Lesung eine Erklärung abgeben würde, daß sie damit auskommen könne. Ohne jede Anweisung gelassen, stimmten die Konservativen dann gegen das „gemilderte" Gesetz, wobei dahingestellt bleiben mag, ob sie ganz der ratlos verstörte Haufen gewesen sind, als den sie Helldorff zehn Jahre später darstellte oder ob sie nicht doch im geheimen gewußt haben, wohinaus der Säkularmensch wollte.

Bismarcks Plan selbst ist durch Helldorffs Mitteilungen jedenfalls vollkommen aufgedeckt worden. Er wollte weder das „gemilderte" Gesetz, das er mit einem einfachen Kopfnicken hätte haben können, noch auch wollte er das „ungemilderte" Gesetz, das ihm bei einigem Drucke auf die Nationalliberalen auch erreichbar gewesen wäre. Er schob die Dinge so, als ob der Kartellreichstag ohne jede Schuld der Regierung an den Grundlagen von Gesellschaft und Staat gerüttelt, als ob er der Krone die notwendigen Waffen der Abwehr gegen die grundstürzenden Wühlereien der Sozialdemokratie verweigert habe: dann wollte Bismarck, wenn irgend eine Teufelei seiner Spitzelgarde, wie sie deren so unzählige voll-

bracht hat, etwa vom Kaliber des Niederwaldattentats, die nötige Stimmung gemacht hätte, mit tragischer Geberde über den unbotmäßigen Reichstag neue Wahlen ausschreiben. Erwägt man, daß er bald nachher einmal sagte, er habe zu dieser Zeit nach einem General gesucht, der entschlossen und kaltblütig genug gewesen wäre, die Sozialdemokratie in ihrem Blute zu ersticken, so kann man nicht ohne Schaudern daran denken, was er geplant haben mag, um den alten bonapartistischen Kniff mit originaler Schlagkraft auszustatten.

An dem ehernen Widerstande der Sozialdemokratie wäre er diesmal, wie bei jedem früheren Male, gescheitert, aber es sollte nicht mehr soweit kommen. Zunächst stieß Bismarck mit dem Kaiser zusammen. Nicht als ob der Kaiser das Sozialistengesetz beseitigen wollte; im Kronrat am 24. Januar hatte er die Annahme des „gemilderten" Gesetzes befürwortet. Aber er wünschte, für die auf den 20. Februar anberaumten Neuwahlen für den Reichstag das Panier sozialer Reformen aufgeworfen zu sehen. Am 5. Februar wurden zwei kaiserliche Erlasse veröffentlicht, deren einer die Fortbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung, namentlich die Beschränkung der Arbeitszeit, versprach, während der andere die Einberufung einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz anordnete. Beide Erlasse erschienen ohne ministerielle Gegenzeichnung, doch hat Bismarck später behauptet, daß er sie aus weitergehenden Entwürfen zusammengestrichen, insbesondere die internationale Konferenz eingeschaltet habe, gleichsam als ein Sieb, um den „humanen, arbeiterfreundlichen Elan" des Kaisers zu hemmen. Die Erlasse erregten großes Aufsehen und verstärkten die hohe Flut, die zugunsten der Sozialdemokratie lief, unter deren moralische Erfolge sie mit Recht von den Arbeitern gerechnet wurden.

Das sozialdemokratische Zentralwahlkomitee, das diesmal aus Bebel, Grillenberger, Liebknecht, Meister und Singer bestand, veröffentlichte keinen Wahlaufruf. Seine Erlasse trafen nur praktische Anordnungen, über die Prüfung der Wählerlisten, über die Aufbringung der Wahlkosten; sie warnten vor Störungen gegnerischer Versammlungen, empfahlen strenge Sachlichkeit in der Führung des Wahlkampfes; „die Taten der Gegner sind die wirksamsten für uns". Jeder klassenbewußte Arbeiter wußte, worauf es ankam; in ernstem Schweigen vollzog sich der Aufmarsch der Arbeiterbataillone. Sie waren entschlossen, einen harten Schlag zu tun und rechneten auf einen großen Erfolg, doch der 20. Februar

übertraf weit ihre kühnsten Erwartungen. 1427298 Stimmen fielen auf die sozialdemokratischen Kandidaten, fast 20 Prozent aller abgegebenen Stimmen, 664170 mehr als 1887. Das Königreich Preußen allein brachte fast ebensoviele Stimmen auf, wie drei Jahre früher das Deutsche Reich, das Königreich Sachsen kam dicht an die Viertelmillion heran, das Königreich Bayern überschritt das erste Hunderttausend. Wollte man jede deutsche Landschaft nennen, deren Proletariat sich an diesem unvergeßlichen Tage mit Ruhm bedeckte, so müßte man alle deutschen Landschaften aufzählen. Drastischer noch, als in der ziffernmäßigen Aufrollung der Wahlstimmen, zeigte sich die Größe des sozialdemokratischen Wahlsieges bei einem Blicke auf die 78 Wahlkreise, in denen die Partei entweder gesiegt hatte oder zur Stichwahl stand.

Man mochte dann sagen, daß der deutsche Boden von fünf verschanzten Heerlagern der Sozialdemokratie beherrscht werde. Das erste dieser Lager umklammerte das ostelbische Junkergebiet mit 17 Wahlkreisen. Um Berlin II, III, IV, V und VI gruppierten sich als Außenforts dieser sozialistischen Riesenveste 6 märkische Kreise: Niederbarnim, Westhavelland, Zauch-Luckenwalde, Teltow-Beeskow-Storkow, Frankfurt a. O., Kottbus-Spremberg, dann als vorgeschobene Posten 2 pommerische Kreise: Stettin und Randow-Greifenhagen, 1 ostpreußischer: Königsberg, 3 schlesische: die beiden Breslauer Kreise und Reichenbach-Neurode. Noch etwas stärker, als dies nordöstliche, war das nordwestliche Heerlager der Partei mit 18 Kreisen; an die 5 Wahlkreise der alten Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck schlossen sich 3 mecklenburgische: Schwerin, Rostock, Güstrow, 4 schleswig-holsteinische: Altona, Kiel, Glückstadt, Flensburg, 5 hannöversche: Hannover, Hameln, Harburg, Stade, Geestemünde, dazu 1 braunschweiger Kreis. Ein drittes sozialdemokratisches Heerlager mit 21 Kreisen zog sich durch das mittlere Deutschland; es bestand aus 9 Kreisen im Königreiche Sachsen: Leipzig Stadt und Land, Mittweida, Chemnitz, Glauchau-Meerane, Zwickau-Crimmitschau, Stollberg-Schneeberg, Auerbach-Reichenbach, Plauen, aus 5 Kreisen in der Provinz Sachsen: Magdeburg, Halle, Erfurt, Naumburg, Kalbe-Aschersleben, 5 kleinstaatlichen Kreisen: den beiden Reuß, Gotha, Sonneberg, Sondershausen, und 2 neupreußischen Kreisen: Kassel und Marburg. Als viertes Heerlager liefen 13 Kreise die westliche Grenze des Reiches entlang; 2 westfälische: Bielefeld und Dortmund, 5 rheinische: Lennep-Mettmann, Elberfeld-Barmen, Solingen,

Düsseldorf, Köln, 6 Maingaukreise: Frankfurt a. M., Höchst, Hanau, Offenbach, Mainz, Darmstadt. Endlich schloß ein fünftes Heerlager von 9 Kreisen im Süden die Kette: Mülhausen im Elsaß, Mannheim in Baden, Stuttgart in Württemberg, München I und II, Nürnberg, Fürth, Kronach und Würzburg in Bayern.

Nach dem Verhältnis der auf sie gefallenen Stimmen hätte die Partei gerade 78 Wahlkreise beanspruchen können; tatsächlich erhielt sie ihrer nur 35. In den Hauptwahlen gewann sie 20: Berlin IV und VI (Singer und Liebknecht), Hamburg I, II und III (Bebel, Dietz und Metzger), Altona (Frohme), Leipzig Land (Geyer), Mittweida (A. Schmidt), Chemnitz (Schippel), Glauchau-Meerane (Auer), Zwickau-Crimmitschau (Stolle), Stollberg-Schneeberg (Seifert), Magdeburg (Bock), Reuß ä. L. (Förster), Reuß j. L. (Wurm), Elberfeld-Barmen (Harm), Solingen (Schumacher), Mülhausen (Hickel), München II (Vollmar), Nürnberg (Grillenberger). Für die Stichwahlen war die Partei, wie gewöhnlich, auf ihre eigene Kraft angewiesen; in Breslau lief der edle Freisinn schon am Tage nach den Hauptwahlen zum Kartell über. Es fragte sich nur noch, wie sich die Partei bei denjenigen Stichwahlen verhalten solle, wo sie die Entscheidung zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten zu geben hatte. In St. Gallen war für diesen Fall unbedingte Stimmenthaltung beschlossen worden, unter dem Eindrucke der bei den Faschingswahlen gemachten Erfahrungen; jetzt aber lag es in der Hand der sozialdemokratischen Wähler, durch die Unterstützung der bürgerlichen Opposition den gigantischen Humbug der Faschingswahlen zu sühnen, durch die völlige Zerschmetterung des Kartells allem verräterischen Spiele mit dem Sozialistengesetze ein Ziel zu setzen. Die klare politische Notwendigkeit siegte über alle formellen Bedenken; bereits am 22. Februar gab das Zentralwahlkomitee die Stichwahlparole heraus: Nieder mit dem volksfeindlichen Kartell, nieder mit den Verewigern des Sozialistengesetzes! Es forderte die Genossen auf, bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien für alle Kandidaten zu stimmen, die sich gegen jedes, wie immer geartete Ausnahmegesetz, gegen jede Verschärfung der Strafgesetze, gegen jede Verkümmerung des allgemeinen Wahlrechts verpflichten würden. Ausdrücklich wurde auf Gegendienste anderer Parteien verzichtet, wurde hervorgehoben, daß nur im Interesse der Partei und des öffentlichen Wohls so verfahren werden müsse. Diesem Aufrufe kam die Kampflust der Arbeitermassen schon auf mehr als halbem Wege entgegen. Die Stich-

wahlen vollendeten die Vernichtung des Kartells, in der hoffnungslosen Minderheit von 135 Köpfen trat es in den neuen Reichstag ein, auch eine konservativ-ultramontane Mehrheit war unmöglich.

Für sich selbst hatte die Partei in den Stichwahlen nur 15 Sitze gewonnen: Niederbarnim (Stadthagen), Breslau I (Tutzauer), Königsberg (Schultze), Bremen (Bruhns), Lübeck (Schwartz), Glückstadt (Molkenbuhr), Hannover (Meister), Braunschweig (Blos), Halle (Kunert), Kalbe-Aschersleben (Heine), Frankfurt a. M. (W. Schmidt), Mainz (Joest), Offenbach (Ulrich), Mannheim (Dreesbach) und München I (Birk). Unter den parlamentarischen Vertretern der Partei befanden sich nun schon viele, die im Kampfe gegen das Sozialistengesetz ihre Sporen verdient hatten; die Minderzahl kam aus bürgerlichen Berufsschichten, die Schriftsteller Schippel und Wurm, der Rechtsanwalt Stadthagen, der Lehrer Kunert, der Gastwirt Birk, die Mehrzahl aus der Arbeiterklasse, wie die Zigarrenarbeiter Bruhns und Förster, die Tischler Joest und Hickel, der Klempner Metzger, der Schriftsetzer A. Schmidt, der Lithograph W. Schmidt, der Schuhmacher Seifert.

Der 20. Februar schwemmte dem Hausmeier Bismarck den Boden unter den Füßen weg; an dem Tage, wo die geächtete und verfemte Sozialdemokratie einen größeren Heerbann aufbot als irgend eine bürgerliche Partei, wurde über sein System der Stab gebrochen. In der Stunde der Not fielen alle trügerischen Hüllen von seiner nackten Selbstsucht; würdelos schied er von der Macht, die er gewissenlos verwaltet hatte. Diesmal sollte ein großer Sünder nicht in die Grube fahren, ehe die Nemesis ihr Werk vollbracht hatte: lärmend und polternd nahm der Säkularmensch an sich eine Rache, wie sie grausamer sein unversöhnlichster Gegner nicht hätte ersinnen können.

Zehntes Kapitel.

Die Liquidation.

Das Sozialistengesetz überlebte seinen Vater um ein halbes Jahr, doch gab es in dieser Frist kaum noch schwache Lebenszeichen von sich. Tatsächlich war der 20. Februar der Tag, an dem eine neue Periode in der Geschichte des Deutschen Reichs, wie in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie anhob, eine Periode, die bisher nicht abgeschlossen ist und bis zu ihrem Abschlusse sich der historischen Würdigung entzieht. Dagegen fällt noch in den Rahmen dieser Darstellung die Liquidation des Sozialistengesetzes, womit die Partei in den letzten Monaten seines Bestehens begann und womit sie ein Jahr nach seinem Ablaufe fertig war.

1. Die Bilanz des Sozialistengesetzes.

Eine erschöpfende Darstellung der Opfer, die das Sozialistengesetz der Arbeiterklasse gekostet hat, läßt sich nicht entwerfen. Als der Sozialdemokrat nach zehnjähriger Dauer des Gesetzes die Veröffentlichung einer Denkschrift anregte, die eine genaue Statistik aller Verbote geben, die Namen aller Ausgewiesenen mitteilen, alle zerstörten Existenzen der Reihe nach aufmarschieren lassen, die Haussuchungen, Verhaftungen, Verurteilungen mit allen nötigen Einzelheiten festnageln, von dem künstlich gezüchteten Denunziations- und Lockspitzelwesen ein umfassendes Bild liefern sollte, erwies sich damals schon die Lösung dieser Aufgabe als unmöglich. Die eifrigsten Genossen in den größeren Parteiorten erlahmten daran, und was sie dennoch zusammenbrachten, war so umfangreich, daß es sich in einer halbwegs handlichen und lesbaren Schrift nicht zusammenfassen ließ.

Nach einer ungefähren Statistik waren unter dem Sozialistengesetze 1300 periodische oder nicht periodische Druckschriften und 332 Arbeiter-

organisationen der einen oder der anderen Art verboten worden. Ausweisungen aus den Belagerungsgebieten waren gegen 900 erfolgt, von denen über 500 die Ernährer von Familien betroffen hatten; auf Berlin fielen 293, auf Hamburg 311, auf Leipzig 164, auf Frankfurt 71, auf Stettin 53, auf Spremberg 1; in Offenbach hatte sich die hessische Regierung an der Ausweisung nicht ortsangehöriger Reichsbürger genügen lassen. Die Höhe gerichtlich verhängter Freiheitsstrafen belief sich auf etwa 1000 Jahre, die sich auf 1500 Personen verteilten. Wenn alle diese Ziffern noch nicht entfernt an die Wirklichkeit heranreichten, so gaben sie auch an und für sich nur ein ganz ungenügendes Bild von der Fülle des vernichteten Menschenglückes und Menschenlebens, von den zahllosen Märtyrern, die durch kapitalistische oder polizistische Drangsalierungen von ihrem armen Herde vertrieben, ins Elend der Verbannung gejagt, in ein frühes Grab gestürzt worden waren.

Aber anders als einst die Toten des 18. März durch den Mund ihres Dichters, konnten die Opfer des Sozialistengesetzes von sich sagen: Hoch zwar war der Preis, doch echt auch ist die Ware. Keiner der Tapferen und Treuen, die von der Sense des Sozialistengesetzes dahingemäht worden sind, hat umsonst gelitten; auch aus den Knochen derer, die im Dunklen gestorben und verdorben sind, erstanden die Rächer. Beim Erlaß des Sozialistengesetzes besaß die Partei 437158 Wahlstimmen und 42 politische Blätter, zählten die gewerkschaftlichen Organisationen 50000 Mitglieder und 14 Organe, beim Erlöschen des Sozialistengesetzes musterte die Partei 1427298 Wahlstimmen und 60 politische Blätter, musterten die gewerkschaftlichen Organisationen über 200000 Mitglieder und 41 Organe. In den drei Jahren seit dem Parteitage in St. Gallen hatte die Parteikasse 325000 Mark eingenommen; als der Krieg erlosch, war die Kriegskasse der Partei noch reich gefüllt, mit nahezu 172000 Mark.

Aber wie der Verlust, so läßt sich auch der Gewinn des Sozialistengesetzes nicht in einigen, sei es noch so rühmlichen Ziffern zusammenfassen. Nach dem bekannten dialektischen Gesetze war die Quantität auf einem gewissen Punkte in die Qualität umgeschlagen; die Partei war in dem zwölfjährigen Kampfe nicht nur größer und stärker geworden, sondern hatte sich auch in ihres Wesens Wesenheit reicher entwickelt. Sie hatte nicht nur gekämpft und geschlagen, sondern auch

gearbeitet und gelernt; sie hatte nicht nur den Beweis der Kraft, sondern auch den Beweis des Geistes geliefert. Das waren unschätzbare Erfolge, die sich in Zahlen überhaupt nicht ausdrücken ließen, so wenig wie das Bewußtsein der Unbesieglichkeit, das die Partei durchdrang, seitdem sie den Krieg mit allen Machtmitteln eines modernen Großstaats zwölf Jahre hindurch siegreich bestanden hatte. Die Massen waren der Held des proletarischen Heldenzeitalters; gerade darin lag seine eigentümliche Größe und Hoheit.

Vergebens quälten sich die bürgerlichen Parteien mit dem Nachweis ab, daß die herrschenden Klassen freiwillig auf das Sozialistengesetz verzichtet hätten, daß die Partei ohne diesen freiwilligen Verzicht ihrer Feinde das Joch ruhig hätte weiter tragen müssen. Das war für einen Teil der herrschenden Klassen überhaupt nicht, und für den anderen Teil nur insoweit richtig, als er „freiwillig“ seine Niederlage erkannt hatte. Dieser Teil verzichtete auf das Sozialistengesetz, weil das klassenbewußte Proletariat den Pfeil auf die Brust seiner Urheber zurückgelenkt hatte. Gewiß konnten die herrschenden Klassen das Sozialistengesetz noch aufrecht erhalten, aber nur um den Preis einer allgemeinen Verrottung, die dem heiligen römischen Reiche deutscher Nation gestattet hätte, verächtlich auf das neu-deutsche Reich herabzusehen. Man mag es verständig nennen, wenn ein General aus einer hoffnungslos verlorenen Schlacht seine Truppen zurückzieht, ehe sie völlig aufgerieben werden, aber welcher Narr hätte einen solchen General je als einen Sieger gefeiert und nun gar als einen „freiwilligen“ Sieger?

Nicht minder töricht war die bürgerliche Spötterei, weshalb denn die Sozialdemokratie das Sozialistengesetz so heftig bekämpft habe, wenn es ihr doch so nützlich gewesen sei? In gewissem Sinne ist es ganz richtig, zu sagen: Je toller, desto besser, aber dieser Sinn ist niemals der Sinn der deutschen Sozialdemokratie gewesen und wird es auch niemals sein. Das klassenbewußte Proletariat ist seiner Zukunft sicher und überläßt gern seinen Gegnern den Vortritt, wenn es gilt, die Dinge mit Gewalt auf die Spitze zu treiben. Man kennt das mythische Erzählchen aus der Schlacht bei Fontenoy, wo ein englischer Offizier einem französischen Offizier zurief: Lassen Sie Ihre Leute schießen! und die Antwort erhielt: Wir feuern niemals zuerst. So auch antwortet die Sozialdemokratie auf die Herausforderungen ihrer Gegner, nicht zwar aus feudaler Galanterie, aber aus der wohlerwogenen Taktik

ihres Emanzipationskampfes; erst wenn die Gegner die Dinge mit Gewalt auf die Spitze treiben, kann sie die Politik des Je toller, desto besser, mit reichstem Gewinn für sich selbst ausnutzen, wie sie in den Tagen des Sozialistengesetzes getan hat.

Sie war in den Kampf gezogen, ein Jüngling mit schnell aufgeschossenen Gliedern, mit manchen schwärmenden Gedanken im Kopf: als sie heimkehrte, war sie ein muskelkräftiger und wettergehärteter Mann, entschlossen, fertig, klar, gewachsen welch Höchstem immer.

---

2. Die Alten und die Jungen.

Bei der Abrüstung der Partei kam es zu inneren Reibungen, die an und für sich von keiner besonderen Bedeutung waren, aber nicht zum wenigsten durch den Lärm der bürgerlichen Presse zu einer großen Angelegenheit aufgebauscht wurden. Eben diese freundlichen Gevattern tauften den Streit als den Kampf zwischen den Alten und den Jungen; wie oft in solchen Fällen, bürgerten sich die Kriegsnamen ein, obgleich sie wenig zutrafen.

Im Wesen der Sache handelte es sich um eine gewisse Unzufriedenheit in einigen großen Städten, wie Dresden, Magdeburg und namentlich Berlin. Soweit diese Unzufriedenheit einen ernsthaften Hintergrund hatte, konnte man sie am ehesten mit der Stimmung kriegsgewohnter Veteranen vergleichen, die beim Aufhören des Krieges ungern ihre mit Geschick und Glück geführten Waffen ablegen. Gerade in Berlin war eine solche Stimmung sehr erklärlich. Nirgends hatte die Partei einen so schweren Stand gehabt, wie in der Reichshauptstadt, und unzweifelhaft war es von großem Nutzen gewesen, daß sich in Berlin ein fest und stramm gegliederter Stamm radikal gesinnter Genossen gebildet hatte, an dem sich in erster Reihe alle Gewalt- und alle Korruptionsstreiche der Bismärckerei brachen. Dabei mochte freilich auch wohl einmal ein schärferer Ton angeschlagen werden als gerade notwendig war, und besonders bei den Berliner Gemeindewahlen pflegten Streitereien zu entstehen, die den Genossen in den Provinzen nicht immer den angenehmsten Eindruck hinterließen. Aber wenn die Berliner Genossen reichlich brummten, so ließen sie es sich auch reichlich sauer werden, und es war wirkliche Sorge um die Partei, wenn sie von dem Aufhören des Sozialistengesetzes eine gewisse Verweichlichung befürchteten,

um so mehr befürchteten, als die Partei jetzt wieder verhältnismäßig stark im Reichstag vertreten war. Ein unbestimmtes Mißtrauen gegen die Fraktion machte sich geltend, ähnlich wie nach dem Wahlkampf von 1884, in dem auch eine verhältnismäßig große Zahl von Mandaten erobert worden war, und wie damals an der Frage der Dampfersubvention, so entbrannte die offene Fehde jetzt an den Fragen der Stichwahlen und der Maifeier.

Unzweifelhaft hatte das Zentralwahlkomitee einen in St. Gallen gefaßten Beschluß übertreten, als es zur Unterstützung der bürgerlichen Opposition in den Stichwahlen aufforderte. Aber das Interesse der Partei daran lag so klar und die Zustimmung der weitaus meisten Parteigenossen war so zweifellos, daß der Streit hierüber bald einschlief. Nicht ganz so einfach stand die Sache bei der Maifeier. Unter dem erhebenden Eindruck des 20. Februar hatten zahlreiche, gewerkschaftliche und politische Arbeiterversammlungen beschlossen, den 1. Mai durch Einstellung der Arbeit zu feiern. Daß die Maifeier in dieser Weise begangen werden solle, war in Paris nicht beschlossen, im Gegenteil, jedem Lande je nach Lage der Verhältnisse die Art der Feier überlassen worden. Nun gab es jedenfalls auch große Kreise des deutschen Proletariats, die aus triftigen Gründen von einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai nichts wissen wollten. Der industrielle Aufschwung war vorüber, die Geschäfte stockten von Tag zu Tage mehr, und der Versuch, trotzdem am 1. Mai die Arbeitsruhe zu erzwingen, konnte zu schweren wirtschaftlichen und selbst politischen Konflikten führen, deren siegreiche Durchführung unter den obwaltenden Umständen geradezu ausgeschlossen war. Die Unternehmer und die ihnen gesinnungsverwandten Behörden lauerten nur darauf, den Arbeitern den Sieg des 20. Februar durch eine Niederlage am 1. Mai zu entreißen; als diese schöne Hoffnung gescheitert war, gestand Bennigsens Organ, der Hannoversche Kurier, naiv genug, nun erst sei dem Sozialistengesetze der Todesstoß versetzt worden.

Bei dieser Lage der Dinge schwieg die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wohl allzulange. Sie scheint, erschöpft von den Anstrengungen des Wahlkampfs, die Dringlichkeit der Frage nicht genügend geschätzt zu haben; ihre Absicht, sofort nach dem Zusammentreten des neuen Reichstags einen Fraktionsbeschluß über die Maifeier herbeizuführen, genügte schon deshalb nicht, weil gar nicht feststand, ob der Reichstag

vor dem 1. Mai einberufen werden würde, wie er denn tatsächlich erst am 6. Mai zusammentrat. So veröffentlichte am 23. März ein Kreis Berliner Genossen einen Aufruf, der alle Industriestädte, wo starke Arbeiterorganisationen beständen, zur allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai aufforderte. Von diesem eigenmächtigen Vorgehen wurde nun wieder die Fraktion unangenehm berührt, immerhin trat sie jetzt am 13. April in Halle zusammen und beschloß mit allen gegen eine Stimme, von der allgemeinen Arbeitsruhe zwar nicht unbedingt, aber überall da abzuraten, wo sie ohne Konflikte nicht zu erreichen sei. Der Beschluß war unzweifelhaft richtig uud würde allgemeine Beachtung gefunden haben, wenn nicht schon viele Arbeiter für die Arbeitsruhe engagiert gewesen und daran durch hetzerische Bemerkungen der Bourgeoispresse über die „Feigheit" eines Rücktritts festgehalten worden wären. Namentlich in Hamburg wurde der Versuch gemacht, die Arbeitsruhe durchzusetzen, führte aber auch in diesem, gewerkschaftlich und politisch, am besten gerüsteten Waffenplatze der Partei nur zu schweren und verlustreichen Kämpfen. Der Einwand der oppositionellen Stimmen, daß die Sache einen besseren Verlauf genommen und mit einem großen proletarischen Triumphe geendet haben würde, wenn die Fraktion nicht abmahnend eingegriffen hätte, war nun zwar an und für sich hinfällig; eher war der Vorwurf richtig, daß die Fraktion nicht früh genug abgemahnt habe; jedenfalls aber hinterließ diese Streitfrage mancherlei Mißstimmungen.

Die Oppositionselemente in Dresden, Magdeburg und Berlin bestanden aus praktisch vielfach sehr tüchtigen, aber in Rede und Schrift unbeholfenen Leuten, und so konnte es geschehen, daß sich einige junge Schriftsteller zu ihren Wortführern aufwarfen. Insoweit sprach Engels mit Recht von einer „Literatur- und Studentenrevolte", denn durch diese teilweise noch sehr jugendlichen Kräfte wurde der Streit um einige konkrete Fragen zu einem prinzipiellen Kampfe zwischen den Alten und den Jungen aufgebauscht. Einzelne von ihnen, wie Paul Ernst und Paul Kampffmeyer, besaßen Gaben und Kenntnisse; sie fehlten nur darin, daß sie, noch unerfahren in den praktischen Bedingungen politischer Kämpfe, das Kommunistische Manifest in zu einseitig-formalistischer Weise auffaßten. Andere aber, wie Hans Müller und Bruno Wille, forderten ein härteres Urteil heraus. Müller phantasierte sich innerhalb der Partei einen fürchterlichen Klassenkampf zwischen Kleinbürger-

tum und Proletariat zurecht, indem er, ganz nach Puttkamers Zitiermethode, wenn auch in umgekehrter Tendenz, aus den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes etwa ebensoviele mündliche oder schriftliche Äußerungen hervorragender oder nicht hervorragender Parteigenossen zusammenscharrte, worin etwa ein kleinbürgerlich-radikaler Stich zu entdecken war, und daran geschmackvolle Redensarten über „eiternde Geschwüre" am Leibe der Partei knüpfte. Bruno Wille gar, ein freigemeindlicher Geistlicher, verstieg sich zu der unglaublichen Beschuldigung: das Schlimmste, was uns das Sozialistengesetz gebracht hat, ist die Korruption.

Von den Alten nahm Bebel den Kampf gegen diese Jungen auf. Taktisch wäre es gewiß richtiger gewesen, wenn er die Müller und Wille mehr von der humoristischen Seite aufgefaßt, wenn er nicht von „bubenhaften", sondern etwa von knabenhaften Angriffen gesprochen hätte; aber wer mochte es einem Manne, der zwölf Jahre lang in erster Reihe des Kampfes Last und Hitze getragen hatte, groß verdenken, wenn solche Anrempelungen ihm die Galle überlaufen ließen? Am wenigsten verdachten es ihm die Arbeiter; in großen Versammlungen, die am 10. August in Dresden und am 13. August in Magdeburg tagten, namentlich aber in einer Berliner Riesenversammlung am 25. August erklärten sie sich mit erdrückender Mehrheit für Bebel und gegen Müller-Wille, für die Alten und gegen die Jungen, zum herzbrechenden Kummer der bürgerlichen Presse, die statt sich über die Bekehrung der Alten zum „kleinbürgerlichen Possibilismus" zu freuen, merkwürdigerweise ein rührendes Interesse für die „revolutionären" Redensarten der Jungen bekundet hatte.

---

3. Die Parteitage in Halle und in Erfurt.

Die wichtigsten Aufgaben, die der Partei nach dem Erlöschen des Sozialistengesetzes oblagen, bestanden darin, eine neue Organisation und ein neues Programm zu schaffen. Sie wurden auf den Parteitagen in Halle und Erfurt gelöst.

Der Parteitag in Halle tagte vom 12. bis zum 18. Oktober 1890. Er verlief überaus glänzend und stattlich, 400 Delegierte wohnten ihm bei, 17 Gäste überbrachten die Glückwünsche und Grüße der österreichischen, schweizerischen, englischen, französischen, belgischen, holländischen,

dänischen, schwedischen und polnischen Schwesterparteien. Die Debatten über die neue Organisation führten nach lebhaften Verhandlungen zu völligem Einverständnisse. Eine Vereinsorganisation, wie sie vor dem Sozialistengesetze bestanden hatte, wurde aufgegeben; dafür war die Partei viel zu groß geworden, ganz abgesehen von den polizeilichen Schwierigkeiten. Die notwendige Zentralisation wurde durch den jährlichen Parteitag, den jährlich vom Parteitage zu wählenden Parteivorstand und das Zentralorgan hergestellt; an die Stelle des Sozialdemokraten, der nach rühmlich erkämpftem Siege freiwillig sein Erscheinen eingestellt hatte, trat das Berliner Volksblatt unter dem neuen Namen Vorwärts. Die Verbindung zwischen dem Parteivorstande und den örtlichen Mitgliedschaften stellten von diesen zu wählende Vertrauensmänner her. Der Parteivorstand wurde aus 12 Personen zusammengesetzt, von denen 5 die eigentlichen Geschäfte führen, 7 aber die Kontrolle haben sollten.

Die Opposition fand auf diesem Parteitag ihren Sprecher in dem Buchdrucker Werner, der sehr ungeschickt auftrat und sich in kleinlichen Klatsch verlor. Seine Beschuldigungen zerfielen in Nichts, als sie in einer Kommission geprüft wurden, und Werner versprach Ruhe zu halten, nachdem der Parteitag gesprochen habe. Es geschah auch bis in den Sommer 1891 hinein. Dann aber erweckte eine Rede, die Vollmar am 1. Juni in München gehalten hatte, die Opposition in Berlin und in Magdeburg von neuem. Auf Vollmars Auffassungen hatte seine erfolgreiche Tätigkeit in dem kleinbäuerlichen Bayern abgefärbt; er befürwortete keineswegs, die Endziele der Partei aufzugeben, aber doch, ihre Hauptkraft auf einige praktische Punkte zu konzentrieren, wie Weiterführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes, Sicherung des Koalitionsrechts, Beseitigung der Lebensmittelzölle. Er meinte: dem schlechten Willen die Faust, aber dem guten Willen die offene Hand! Schade nur, daß sich von dem „guten Willen“ der herrschenden Klassen auch nach Bismarcks Sturze so verzweifelt wenig erkennen ließ. Die internationale Arbeiterschutzkonferenz war ausgegangen wie das Hornberger Schießen; die Novelle zur Gewerbeordnung, die in den Februarerlassen angekündigt worden war, hatte nicht einmal den mäßigsten Ansprüchen an eine Fortbildung der Fabrikgesetzgebung entsprochen und war obendrein mit einem schmählichen Attentat auf das Koalitionsrecht bepackt gewesen; an den Lebensmittelzöllen hielt Bismarcks Nachfolger so zähe

fest, wie Bismarck selbst. Es war kein Wunder, daß Vollmars Rede von weiten Parteikreisen als bedenkliche Schwenkung empfunden wurde.

Bedenklicher aber noch stieß nun die Berliner Opposition nach der entgegengesetzten Seite vor. Nachdem sie in öffentlichen Versammlungen namentlich mit Bebel und Fischer heftig zusammengeprallt war, faßte sie ihre Ansichten in einem Flugblatte zusammen, das, vermutlich von dem Tapezierer Wildberger verfaßt, einen Stamm erprobter Arbeiter hinter sich hatte, und als männlicher Protest unzweifelhaft über den flüchtigen Kundgebungen der Müller und Wille stand. Trotzdem litt es an dem schlimmsten Fehler, den eine programmatische Kundgebung haben kann; es hatte sowenig einen praktischen Griff, wie eine praktische Spitze. Seinen Hauptstoß richtete es gegen die parlamentarische Tätigkeit der Partei und behauptete, von einer solchen Tätigkeit habe keine Rede sein können, solange die Partei jung gewesen sei und aus Proletariern bestanden habe. Nichts aber konnte unrichtiger sein, als diese Behauptung. Es war bezeichnend, daß ihre Urheber aus der ganzen Parteigeschichte nur ein einziges Zeugnis für sie beizubringen vermochten, nämlich jene Rede Liebknechts aus dem Jahre 1869, die von Liebknecht selbst längst als unhaltbar aufgegeben worden war und die zur Zeit, wo sie gehalten wurde, schon in vollkommenem Widerspruche mit der nicht nur von Lassalle und Schweitzer, sondern auch von Bebel und Engels empfohlenen Parteitaktik stand. In dem vergeblichen Versuche, einen ganz haltlosen Standpunkt zu stützen, verfielen die Wortführer der Opposition wieder auf Verdächtigungen der Parteileitung. Das war ein gefundenes Fressen für die bürgerliche Presse, die den dunklen Anschuldigungen ein hundertfaches Echo durch das ganze Land gab, und so wurde es zu einem unvermeidlichen Akte der Notwehr, daß die Parteileitung den oppositionellen Elementen auf dem Parteitage in Erfurt die Schlacht anbot unter dem Zeichen: Beweist oder widerruft; könnt ihr das eine und wollt ihr das andere nicht, so scheidet aus der Partei.

Der Parteitag in Erfurt tagte vom 14. bis 20. Oktober 1891. Er war von 250 Delegierten besucht, von denen knapp ein Dutzend zur Opposition zählte. Die Debatten über die Taktik beanspruchten mehrere Tage. Mit Vollmar, der seinem unzeitigen Vorstoß selbst die Spitze abbrach, wurde eine Verständigung erreicht, nicht so mit der Berliner und Magdeburger Opposition. Jeder ihrer Delegierten vertrat seinen

eigenen Standpunkt, und nicht einmal Wildberger, geschweige denn Werner vermochte mit seinen Darlegungen einen tieferen Eindruck zu erzielen. Diese beiden, sowie drei Magdeburger Delegierte erklärten ihren Austritt aus der Partei, als eine Kommission niedergesetzt wurde, um ihre Anklagen zu prüfen; gleichwohl erledigte die Kommission ihre Arbeit und beantragte die Ausschließung Wildbergers und Werners, die vom Parteitage mit allen gegen elf Stimmen bestätigt wurde.

Die Opposition versuchte sich nunmehr als eine Partei der Unabhängigen zu organisieren, doch verlief der Versuch im Sande. Eine Minderzahl splitterte sich zu einem anarchistischen Fraktiönchen ab; die jungen Literaten kehrten fast alle in die bürgerliche Welt zurück, wohl nur mit der einzigen Ausnahme Paul Kampffmeyers, der in der charakteristischen Konsequenz alles ehrlichen und unterrichteten Anarchismus sich namentlich der friedlich-genossenschaftlichen Bewegung zuwandte; die Mehrzahl der Jungen fand sich wieder in der Partei zurecht. Elf Jahre später waren die Wunden dieser Kämpfe so völlig vernarbt, daß der Münchener Parteitag im Jahre 1902 die Ausschließung Wildbergers und seiner damaligen Genossen aufhob.

---

4. Das Erfurter Programm.

Die erfreuliche Seite des Erfurter Parteitags bildete die Feststellung eines neuen Parteiprogramms. Die Notwendigkeit, das Gothaer Programm zu revidieren, war immer lebhafter hervorgetreten, je mehr sich die Partei unter dem Sozialistengesetze über ihr historisches Wesen und ihre historischen Ziele klar geworden war. In St. Gallen hatten Auer, Bebel und Liebknecht bereits den Auftrag erhalten, ein neues Parteiprogramm vorzubereiten. In dem heißen Drange der praktischen Kämpfe war es nicht dazu gekommen; um so eifriger wurde die Frage erörtert, als die Partei nach dem Falle des Sozialistengesetzes wieder einigen freien Spielraum besaß.

Irgend eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit trat dabei nirgends hervor, auch nicht soweit sich die Opposition an der Debatte beteiligte; ein Magdeburger Entwurf, an dem wohl Paul Kampffmeyer den größten Anteil hatte, zeichnete sich sogar vor dem Entwurfe des Parteivorstandes durch teilweise geschicktere Fassung aus. Die noch zu leistende Arbeit war wesentlich redaktioneller Natur; es kam darauf an, die Ge-

dankenwelt, auf deren Höhe sich die Partei emporgearbeitet hatte, in der klarsten und knappsten Form zusammenzufassen, einerseits die historische Aufgabe der Sozialdemokratie, das Endziel der proletarischen Klassenbewegung aus der historischen Entwicklung der modernen bürgerlichen Gesellschaft abzuleiten, andererseits die praktischen Wege der Partei auf dem Boden dieser Gesellschaft abzustecken. Eine solche Zweiteilung entsprach der Taktik des klassenbewußten Proletariats, das unter praktisch gegebenen Verhältnissen kämpfen muß, aber als sicheren Kompaß auf dem klippenreichen und stürmischen Meere moderner Klassenkämpfe nur sein Endziel besitzt. Der Entwurf, den der Erfurter Parteitag nach eingehender kommissarischer Beratung einstimmig genehmigte, war von Kautsky verfaßt.

Die Gegner sprachen von einem „Programmhumbug" in dem Sinne, daß die „Parteigelehrten" das Erfurter Programm zurechtgeflickt hätten, um den wilden Zerstörungsappetiten der Massen ein schimmerndes Mäntelchen umzuhängen. Soweit damit gesagt sein sollte, daß nicht jeder der nahezu anderthalb Millionen Wähler, die am 20. Februar für sozialdemokratische Kandidaten gestimmt hatten, ein überzeugter Anhänger der sozialdemokratischen Bestrebungen sei, wurden offene Türen eingerannt. In einer seiner letzten Nummern hatte der Sozialdemokrat darüber treffend geschrieben, ein hinfälligerer Trost sei nicht denkbar. Soweit die sozialistischen Stimmen kein unbedingtes Mißtrauensvotum gegen die bürgerliche Gesellschaft seien, seien sie ein unbedingtes Vertrauensvotum für die Partei des „Umsturzes", deren Pläne von allen bürgerlichen Parteien als ausbündiger Wahnsinn geschildert würden. Was sei also mit dieser Beweisführung für die Gegner gewonnen? Damit war die eine Seite des „Programmhumbugs" schon im voraus abgetan worden.

Seine andere Seite aber war ein wirklicher Humbug. Von der Partei selbst war jeder Satz des neuen Programms in jahrzehntelangem Ringen erarbeitet, erkämpft, erlebt worden; dies im einzelnen nachzuweisen, hieße die innere Geschichte der Partei noch einmal erzählen von Lassalles Offenem Antwortschreiben bis zum Erfurter Programm.

Elftes Kapitel.

Von anderthalb bis drei Millionen Stimmen.

Die dreizehn Jahre, die seit dem Falle des Sozialistengesetzes verflossen sind, stellen sich historisch in demselben Lichte dar, wie der doppelt so lange Zeitraum, der in diesen Blättern geschildert worden ist, in dem Lichte einer Siegeslaufbahn, die das deutsche Proletariat unaufhaltsam und ununterbrochen beschreitet. Wie die sozialdemokratische Partei von dem kleinen Häuflein, das sich zuerst um Lassalles Fahne sammelte, in siebenundzwanzig Jahren auf nahezu anderthalb Millionen Reichstagswähler fortschritt, so ist sie seitdem in dreizehn Jahren auf mehr als drei Millionen Reichstagswähler fortgeschritten; der 16. Juni 1903 war ein Tag des Triumphes, wie der 20. Februar 1890.

Aber er war nicht in gleichem Sinne, wie dieser, ein historisches Datum. Er stürzte kein politisches System, und es ist keine Frage von historisch entscheidender Wichtigkeit, ob von nun an 81 sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstage sitzen, wie bisher 58. Dazu lebt die bürgerliche Welt des holden Wahnes, daß die deutsche Sozialdemokratie auf ihrem Dresdener Parteitage den gewaltigen Gewinn des 16. Juni verwüstet und ihr Prestige in den Augen der Massen gründlich zerstört habe. Endlich vertraut sie mehr denn je auf ihre Kanonen und sonstigen Schießgewehre, auf die politischen Machtmittel, über die sie schrankenlos gebietet; wieviel mächtiger, als einst der Hausmeier Bismarck, erscheint heute der Kaiser Wilhelm, der sein eigener Feldmarschall und sein eigener Reichskanzler sein will, der mehr als einen Anlauf zu neuen Sozialistengesetzen genommen hat, der nicht aufhört, dem revolutionären Proletariat mit der Schärfe des Schwertes zu drohen und den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse härter zu schelten, als er je gescholten worden ist.

So mag denn noch die historische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie in den dreizehn letzten Jahren mit einigen flüchtigen Strichen gezeichnet werden.

1. Kapitalistische und sozialistische Weltpolitik.

Einen Fortschritt über die Ära Bismarcks hinaus bedeutet die Ära Wilhelms II. allerdings, aber es ist kein Fortschritt des gedeihenden, sondern des krachenden Kapitalismus.

Die große Industrie war die Bahnbrecherin für den proletarischen Befreiungskampf. Indem sie kolossalere und massenhaftere Produktivkräfte schuf, als alle vergangenen Menschengeschlechter zusammengenommen, rüttelte sie ungeberdig an den Schranken der bürgerlichen Gesellschaft, rief sie die Epidemie der Überproduktion hervor, worin diese Gesellschaft verkommt, weil sie nach den Worten des Kommunistischen Manifestes zu viel Zivilisation, zu viel Lebensmittel, zu viel Industrie, zu viel Handel besitzt, führte sie den antagonistischen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise auf seinen einfachsten und klarsten Ausdruck zurück, auf den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der nur enden kann, sei es mit dem Siege des Proletariats, sei es mit der Rückbildung der Zivilisation in die Barbarei. Sobald die europäische Bourgeoisie diese Lage der Dinge erkannte, zögerte sie keinen Augenblick, ihre Wahl zu treffen. Sie gab die Parole aus: Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo! Sie löschte auf ihrer Fahne den Freihandel und den Frieden, sie schrieb darauf das Monopol und den Krieg. Die Weltpolitik der großen Industrie konzentrierte sich rückwärts auf die Weltpolitik des bürgerlichen Handelskapitals, wie sie im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert geherrscht hatte, auf die Weltpolitik, die in der Eroberung und in der Protektion gipfelte, die möglichst viel Absatzmärkte an sich zu raffen und sie dann möglichst schroff von der Außenwelt abzusperren suchte.

In allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise zeigt sich dieselbe reaktionäre Erscheinung, aber in ihrer klassischen, das will sagen historisch hinfälligsten und für die menschheitliche Kulturentwicklung gemeingefährlichsten Form trat sie in dem Lande hervor, das der großen Industrie die Erlösung aus jahrhundertelanger Erniedrigung zu danken hatte, in Deutschland. Sie wurde eingeleitet durch das Sozialistengesetz, und in dieser Mißgeburt prägte sich klarer als irgendwo sonst ihr eigentlicher historischer Stempel aus. Indem die große Industrie die letzten Konsequenzen der kapitalistischen Produktionsweise zog und eine Fülle von Produktivkräften auslöste, die nur in einer höheren Form der gesell-

schaftlichen Organisation sich entfalten können, bot sie den günstigsten Boden für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse, und diesen Boden zu zertrümmern, ist der stärkste Anstoß zur Weltpolitik des krachenden Kapitalismus. Man kann die gewerbfleißigsten Bewohner des Landes nicht mehr vertreiben, wie der spanische Philipp die Mauren und der französische Ludwig die Hugenotten vertrieben hat, denn weder läßt sich der Ausfall der nationalen Arbeit durch exotische Schätze ersetzen, noch ist die große Industrie ohne die kräftigen Arme der Arbeiter im Gange zu erhalten. So stopfte man ihnen einen Knebel in den Mund, um sie zu willenlosen Werkzeugen zu machen; war der Biene erst ihr Stachel genommen, so konnten die Drohnen sich mästen.

Beim Sozialistengesetze machte die große Industrie unter den Nachwirkungen des großen Krachs gemeinsame Sache mit den reaktionären Klassen. Dafür erhielt sie ihre Industriezölle, wie das bankrotte Junkertum durch die Agrarzölle und Liebesgaben künstlich am Leben erhalten wurde und der militärische Absolutismus durch Finanzzölle sich von der bei aller Schwachmütigkeit der bürgerlichen Reichstagsparteien doch immer lästigen parlamentarischen Kontrolle befreite. Eins griff ins andere bei dieser reaktionären Politik. Aber unter Bismarck gedieh sie noch nicht zu ihrer vollen Entfaltung. Als ostelbischer Junker hegte er eine unüberwindliche Abneigung gegen uferlose Flottenpläne, und an der Eroberung Elsaß-Lothringens hatte er so schwer zu verdauen, daß ihm die Lust zu allen überseeischen Abenteuern vergangen war. Erst als ihm die Arbeiterklasse das Sozialistengesetz aus der Hand zu winden begann und er nur noch durch waghalsige Plebiszitschläge nach bonapartistischem Muster sein System von einer Reichstagswahl zur anderen hinfristen konnte, ließ er sich halb wider seinen Willen in eine Kolonialpolitik drängen, deren kärgliche Ergebnisse in umgekehrtem Verhältnis zu den Posaunenstößen standen, mit denen sie eingeleitet wurde.

Der erschreckende Eindruck seines Sturzes durch dieselbe Klasse, die er mit den ungeheuren Machtmitteln des modernen Staats vergebens zu fesseln gesucht hatte, wirkte dann einen Augenblick ernüchternd auf die herrschenden Klassen. Das System Caprivi bestand aus allerlei Anläufen, auf dem verhängnisvollen Wege umzukehren, den Bismarck mit seiner Eroberungs- und Protektionspolitik eingeschlagen hatte. Allein so schwächlich diese Anläufe waren, so stießen sie alsbald auf den erbitterten und unversöhnlichen Widerstand der reaktionären Parteien,

die von der Weltpolitik des krachenden Kapitalismus leben. Diese Parteien stürzten das System Caprivi logischerweise durch einen frivolen Sozialistenschrecken, und wenn ihre unablässigen Bemühungen, ein neues Sozialistengesetz zurechtzuzimmern, auch fort und fort an der energischen und gescheiten Politik der Sozialdemokratie scheiterten, so wußte sich ihre Eroberungs- und Protektionspolitik um so üppiger zu geberden. Begann die deutsche Kolonialpolitik unter Bismarck mit dem Erwerbe einiger afrikanischer Sand- und Sumpfwüsten, deren gesamter Handel für die Dimensionen des Weltmarktes ein sehr beiläufiger winziger Posten ist, so war sie zehn Jahre später vor das chinesische Problem gestellt, vor die Eroberung des letzten großen Absatzmarktes, der auf der Erde für die Erzeugnisse der modernen Industrieländer zu finden ist und der zugleich in seinem Innern alle Bedingungen für eine eigene großartige industrielle Entwicklung besitzt. Und wie verhältnismäßig schwächlich traten die protektionistischen Tendenzen in dem Zolltarife auf, den Bismarck unter dem Schutze des Sozialistengesetzes durchsetzte, verglichen mit dem Zolltarife, den die reaktionären Parteien in den Weihnachtstagen von 1902 unter rücksichtsloser Vergewaltigung der Minderheit durch den Reichstag peitschten.

Ihren politischen Ausdruck fand diese reaktionäre Weltpolitik aber im Imperialismus. Er ist für das Ende der kapitalistischen Wirtschaft genau so die eigentümliche Herrschaftsform, wie der Absolutismus für ihre Anfänge. Der Absolutismus erscheint historisch in den Übergangsperioden, wo die alten Feudalstände untergehen und aus dem mittelalterlichen Bürgerstande die moderne Bourgeoisklasse entsteht, ohne daß noch eine der streitenden Parteien mit der anderen fertig werden kann. Es ist sein historischer Beruf, die bürgerliche Klasse zu entwickeln, und es ist sein historisches Schicksal, von dieser Klasse überflüssig gemacht zu werden, so daß er sich in seiner letzten Not dem einst bekämpften Feudalismus in die Arme zu werfen und mit ihm unterzugehen pflegt. Von ganz anderem Schlage als dieser Absolutismus ist der Imperialismus, der als letzter Retter der herrschenden Bourgeoisie vor dem sie schon hart bedrängenden Proletariat auf der historischen Bildfläche erscheint. Da der Bourgeoisie gewöhnlich nur ein kurzer Zeitraum ungetrübter Herrschaft beschieden ist, so pflegt der Anfang des Imperialismus dem Ende des Absolutismus bald genug zu folgen; in Deutschland aber verlaufen sie vollständig ineinander, und das biderbe Land der Eichen

und Linden hat den zweifelhaften Genuß, zugleich im Schatten des Absolutismus und des Imperialismus zu leben. Es ist eine Art eingewurzelten nationalen Leidens und erinnert an das Wort, das Marx vor sechzig Jahren schrieb, daß nämlich Deutschland die zivilisierten Mängel der modernen Staatswelt, deren Vorteile es nicht besitze, zu verbinden wisse mit den barbarischen Mängeln des ancien régime, deren es sich in vollem Maße erfreue.

Die Schuld daran trägt die deutsche Bourgeoisie, die, als sie mit dem Absolutismus aufräumen konnte, sich keineswegs ein Muster an dem summarischen Vorbilde nahm, womit die englische und die französische Bourgeoisie den Absolutismus in Karl I. und Ludwig XVI. getroffen hatte. Sie wurde vielmehr gerade umgekehrt „monarchisch" bis auf die Knochen, ja sie nahm ein Patent auf die „echte", „wahre", „unauslöschliche" Königstreue, gerade als sie mächtig genug war, mit dem Absolutismus aufzuräumen. Sie handelte so, weil sie im Augenblick ihres Sieges schon den Massenschritt des Proletariats auf ihren Fersen spürte, weil die Sterbestunde des Absolutismus bereits die Geburtsstunde des Kommunismus war. Die deutsche Bourgeoisie trieb dieselbe selbstmörderische Politik, wie sie der Absolutismus zu treiben pflegte; sie gab ihre eigentlich zivilisierende Tätigkeit auf und warf sich dem einst bekämpften Gegner in die Arme, um sich eine Gnadenfrist zu erkaufen. Aber sie hat sich damit auch nur auf eine Galeere eingeschifft, der es nicht beschieden ist, den Sturm des proletarischen Klassenkampfes siegreich zu bestehen.

Der Imperialismus tritt sehr viel großmächtiger auf, hat aber sehr viel weniger hinter sich, als der Absolutismus. Hatte dieser wirklich einen historischen Pionierdienst zu vollziehen, indem er der bürgerlichen Entwicklung den Weg ebnete, so liegt dem Imperialismus nur der historische Gendarmeriedienst ob, die proletarische Entwicklung zu hindern, um den besitzenden Klassen die ungestörte Herrschaft zu sichern. Der Imperialismus hat scheinbar eine freiere und unabhängigere Stellung, als der Absolutismus hatte, weil er nicht mehr nur zwischen zwei, sondern zwischen drei Klassen balanziert, allein dieser Schein trügt, da er nicht mehr eins gegen eins, sondern immer nur eins gegen zwei ausspielen, also immer nur ein hoffnungsloses Spiel treiben kann und zum ewigen Lavieren gezwungen ist.

Die Möglichkeiten, zwei gegen eins zu spielen, sind für ihn eben unmöglich. Er könnte eine große Macht werden, wenn er Junkertum

und Bourgeoisie unter einen Hut zu bringen und die Arbeiterklasse zu knebeln vermöchte. Aber er kann weder die Arbeiterklasse knebeln, nachdem sie die Feuerprobe des Sozialistengesetzes bestanden hat, noch kann er die Interessen des Junkertums und der Bourgeoisie dauernd verkuppeln, wie das ewige Scheitern der sogenannten „Sammelpolitik" zeigt. Eine andere Möglichkeit wäre, daß der Imperialismus die gemeinsamen Interessen der Bourgeoisie und des Proletariats gegenüber dem Junkertum durchzusetzen versuchte, und an Anläufen dazu läßt er es nicht fehlen, aber er tut immer nur ein paar zaghafte Schritte auf einem Wege, den er freilich nur betreten kann, um sich selbst überflüssig zu machen. So laviert er im Zickzack, indem er sich anstellt, als könne er mit einem Winke seines Fingers gleich ein paar Erdteile aus den Angeln heben, während er in jedem praktischen Interessenkonflikt zwischen den drei großen Klassen der modernen Gesellschaft hilf- und ratlos ist.

In untrennbarer Wechselwirkung mit der Weltpolitik des krachenden Kapitalismus, aber in unversöhnlichem Gegensatze zu ihr steht die Weltpolitik des aufsteigenden Sozialismus. Das moderne Proletariat, dessen Intelligenz und Tatkraft die große Industrie auf ihren gipfelnden Höhepunkt geführt und die „geistige Leitung" der Bourgeoisie mehr und mehr ausgeschaltet hat, ist der geborene Gegner einer Politik, die eben die großindustrielle Entwicklung an dem Punkte aufhalten will, wo sie mit den Interessen der reaktionären Klassen zusammenstößt und seiner eigenen Befreiung den rettenden Hebel bietet. Die deutschen Arbeiter vertreten in ihrem eigenen Interesse zugleich die Interessen der Nation, indem sie sagen: je entwickelter, je intelligenter, je wohlständiger die Arbeiterklasse, um so blühender die nationale Industrie und um so kräftiger ihre Stellung auf dem Weltmarkt; die durchgreifendste Sozialpolitik ist allemal die erfolgreichste Weltpolitik.

Diese einfache und einleuchtende Erkenntnis ergibt sich so sehr aus allen Lebensbedingungen des modernen Proletariats, daß sie ihm weder durch Gewalt noch durch List geraubt werden kann. Alle Versuche, die deutschen Arbeiter über diesen Zusammenhang der Dinge hinwegzutäuschen, sind alsbald zusammengebrochen, selbst wenn sie in gutem Glauben von weltfremden und an sich keineswegs unbegabten Ideologen des Bürgertums unternommen wurden. Der bemerkenswerteste dieser Versuche, die nationalsoziale Agitation, die das Proletariat mit dem

Imperialismus versöhnen wollte, hat nach siebenjährigem Schöpfen ins Faß der Danaiden damit geendet, daß seine Träger in den Schoß der Bourgeoisie zurückflüchteten, die sie ausgezogen waren zu bekämpfen. All ihre uferlose Beredsamkeit für die uferlosen Flottenpläne zerrann wie der flüchtige Schaum der Welle an der unerschütterlichen Erkenntnis der Arbeiterklasse, daß die Flotten- und Kolonialpolitik denselben historischen Taufschein hat, wie die Getreidezölle und das Sozialistengesetz.

Imperialismus und Sozialdemokratie sind somit unversöhnbare Gegensätze. Es kann nie einen Frieden, nicht einmal einen Waffenstillstand zwischen ihnen geben. Aber der Kampf, worin sie miteinander stehen, ist kein Kampf zweier ebenbürtigen Gegner, dessen Ausgang irgendwie zweifelhaft sein kann. Scheinbar und auf eine noch nicht absehbare Zeit hinaus mag der Imperialismus ein mehr oder minder erdrückendes Übergewicht behaupten, aber jeder neue Tag bröckelt an seiner Macht, um die Macht seines Todfeindes zu stärken. Der Imperialismus saugt den besitzenden Klassen, die sich ihm in der Angst um Haut und Beutel verschrieben haben, das politische Rückenmark aus, und keiner Klasse so stark, wie der Bourgeoisie, eben weil sie sich selbst am untreuesten wird, indem sie sich ihm unterwirft. Aber in demselben Maße stärkt er das politische Rückgrat der besitzlosen Klassen, in erster Reihe des großindustriellen Proletariats, das immer wieder seine unveräußerlichsten Lebensinteressen von diesem Mandatar aller politischen und sozialen Reaktion gekreuzt sieht.

Als ein besonders wirksames Werkzeug erweist sich der Imperialismus für die Aufrüttelung der politisch noch trägen Volksmassen. Die Zickzackpolitik, die ihm durch seine historischen Lebensbedingungen vorgeschrieben wird, kann sich nur in einer Weise betätigen, die von den breitesten Schichten der Nation als launenhaft und unstet empfunden wird, eben deshalb aber äußerst aufreizend wirkt. Wird dadurch seine Autorität schon schwer erschüttert, so noch schwerer durch die tägliche Erfahrung, daß hinter seiner scheinbaren Übermacht nur eine vollkommene Ohnmacht lauert. Es ist sehr begreiflich, daß der Imperialismus sich selbst als ein Gott erscheint, der mit seinen Blitzen jeden Widerstand zerschmettern kann, aber die Schar der Gläubigen schwindet, wenn sie sieht, wie seine Blitze in den Sand fahren. Indem er sich einbildet, Schöpfer zu sein, enthüllt er sich nur als Geschöpf, das nicht einmal gegen eine der besitzenden Klassen, deren gemeinsame Bedräng-

nis er seine historische Existenz verdankt, seinen Willen durchzusetzen vermag.

So verflüchtigt sich in den Händen des Imperialismus das Kapital politischer Autorität, das einst der Absolutismus gesammelt hatte. Der ehedem zivilisatorische Charakter der monarchischen Herrschaftsform schwindet, dafür treten alle ihre rückständigen und überlebten Seiten in doppelt verletzender Härte und Schärfe hervor. Das große Industrieland Deutschland wird von den tausend großen und kleinen Plagen gezwickt, die sich in dem bureaukratisch-militärisch-polizeilichen System der ostelbischen Hinterwälder ausgewachsen haben. Dafür leistet die imperialistische Politik in Deutschland zwar unendlich viel mehr an großen Worten, aber ungleich weniger an reellen Taten, als in England oder Frankreich oder Rußland oder Nordamerika. Mit ihren nie abreißenden Forderungen an Gut und Blut der Nation — und der Imperialismus ist die kostspieligste Herrschaftsform, die es je gegeben hat — peitscht sie alle Schichten der besitzlosen Massen nur auf, um sie aus einer Enttäuschung in die andere zu werfen.

Drillt und schult die kapitalistische Produktionsweise überhaupt die Arbeiterbataillone, so exerziert ihre imperialistische Periode diese Bataillone gewissermaßen im Feuer. Sie liefert der revolutionären Agitation täglich neue Antriebe, sich kräftiger zu entfalten, was jener bürgerliche Stumpfsinn, der, unfähig, historische Zusammenhänge zu verstehen, rasch mit einem Schlagworte zur Hand zu sein pflegt, in der Redensart vom „Schweineglück" der Sozialdemokratie sich klar zu machen sucht. Dies „Schweineglück" ist nichts anderes, als die Tatsache, daß allein die ökonomisch und politisch organisierte Arbeiterklasse den verheerenden und verwüstenden Wirkungen des Imperialismus einen kräftigen und unerschütterlichen Widerstand entgegenzusetzen vermag. Das kann keine bürgerliche Partei, auch nicht wenn sie die trutziglichste Oppositionsmaske vorzustecken versucht. Denn alle bürgerlichen Parteien verkommen am Imperialismus, weil sie in letzter Instanz sich alle an ihn klammern.

Ja, in dieser verkehrten Welt, wo Vernunft Unsinn und Wohltat Plage wird, ist es das Verhängnis der bürgerlichen Parteien, den Imperialismus hindern zu können, wo er einmal zivilisatorisch wirken möchte, aber ihn gewähren lassen zu müssen, wo er die Nation ins Verderben reißt. Die reaktionären Junker hintertreiben in jahrelangem Intrigenspiel die Kanalvorlage, aber sie bewilligen zähneknirschend die

„gräßliche Flotte"; die liberale Bourgeoisie verzögert mit allen ihren Kräften die kleinen Fortschritte der Arbeiterschutzgesetzgebung, aber sie spendet mit unerschöpflichen Händen dem Militarismus, der ihr selbst wie ein Alp obliegt. Am jammervollsten ist das Schicksal der Partei, die im Schatten des Imperialismus sich als „maßgebende" Partei aufzuspielen das verzweifelte Glück hat. War der Ultramontanismus die einzige bürgerliche Partei, die wenigstens den Anfängen des Bismärckischen Hausmeiertums mit einem gewissen Maße von Konsequenz und Kraft zu widerstehen wußte, so spielt sie unter dem Imperialismus eine ungleich kläglichere Rolle, als der Nationalliberalismus je in Bismarcks Tagen gespielt hat. Hatte dieser seine politischen Ideale einst geopfert um den Preis einer wirtschaftlichen Gesetzgebung, die in ihrer Art wenigstens ein historischer Fortschritt war, so muß sich die ultramontane Partei an den armseligsten Trinkgeldern genügen lassen, die ihr zudem noch, wie die Lex Heinze, in der Hand zu zerrinnen pflegen.

So ist die angeblich vaterlandslose Sozialdemokratie die nationalste, ja die einzig nationale Partei in Deutschland geworden, um die sich in immer dichteren Scharen sammelt, was die Nation noch an politischer Lebenskraft besitzt. Aus diesem Grunde, und aus keinem anderen, erklärt sich ihr ununterbrochenes Wachstum, das seit dem Falle des Sozialistengesetzes in nur immer schnellerem Tempo vor sich gegangen ist und jene Kurzsichtigen auf den Sand gesetzt hat, die einst von dem Zerfalle der Partei träumten, wenn nur erst der eiserne Reifen des Sozialistengesetzes gesprengt worden sei. Die unausgesetzten Bedrohungen und Verfolgungen der Arbeiterklasse halfen gewiß mit dazu, den proletarischen Klassenkampf voranzutreiben, aber seine Flammen würden fortbrennen, auch wenn diese Blasebälge aufhörten, sie anzufachen. Ihr wirklicher Brennstoff ist eine vermoderte Welt, die in einem läuternden Feuer untergehen muß, wenn die menschliche Gesittung nicht untergehen soll.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung ist zum ruhenden Pol in der wilden Flucht der Erscheinungen geworden, die der weltgeschichtliche Untergang der kapitalistischen Produktionsweise erzeugt. Die Axt in der einen und die Kelle in der anderen Hand, zertrümmert sie nicht nur die kapitalistische, sondern baut auch die sozialistische Gesellschaft auf. Sie hat in den letzten dreizehn Jahren eine Fülle praktischer Arbeit geleistet, von der hier jedoch nur ihr historisch wichtigster Zweig mit

einigen Blicken betrachtet werden mag, das Aufblühen der gewerkschaftlichen Bewegung, die nun endlich die ökonomische Organisation der deutschen Arbeiter in gleiche Reihe mit ihrer politischen Organisation gestellt hat.

---

2. Das Jahrzehnt der Gewerkschaften.

Weshalb sich die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland langsamer entwickelt hat, als die politische Bewegung des Proletariats, geht zur Genüge aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie hervor. In jedem Falle lagen die Ursachen weit tiefer, als in dem mangelhaften Verständnis Lassalles für das Gewerkschaftswesen, das man gewöhnlich in erster Reihe dafür verantwortlich macht. Wären sonst nur die historischen Vorbedingungen für eine kräftige Entwicklung des deutschen Gewerkschaftswesens vorhanden gewesen, so wäre Lassalles Autorität, so groß sie unter den damaligen Arbeitern war, doch lange nicht groß genug gewesen, den Gang der Dinge aufzuhalten, selbst wenn man voraussetzen wollte, was keineswegs vorausgesetzt werden darf, daß Lassalle selbst nicht die Zeichen der Zeit erkannt hätte. Ohnehin war sein Standpunkt in dieser Frage keineswegs so weit, wie man gewöhnlich annimmt, von dem Standpunkt entfernt, den Marx und Engels einnahmen.

Marx sprach sich zum erstenmal in seiner Streitschrift gegen Proudhon über Gewerkschaften aus. Obgleich sie im Jahre 1847 von den bürgerlichen Ökonomen und den utopistischen Sozialisten gleichermaßen verworfen wurden, so erblickte Marx in ihnen ein notwendiges Produkt der kapitalistischen Gesellschaft. Allein die eigentümliche und selbständige Bedeutung, die sie für den proletarischen Klassenkampf haben, erkannte Marx damals noch nicht. Er schrieb ihnen einen ungeheuren Einfluß auf die Entwicklung der Industrie zu, auch wenn sie keine andere Wirkung hätten als die, mechanische Erfindungen gegen sich wachzurufen; sonst aber sah er in ihnen die ersten Versuche des Proletariats, sich als Klasse zu organisieren, um dann im Kampfe von Klasse gegen Klasse einen politischen Kampf zu führen; er verglich sie mit der Koalition des Bürgertums gegen die Feudalherren, die anfangs auch nur partiell gewesen sei, bis die als Klasse konstituierte Bourgeoisie die feudale Herrschaft umgestürzt und die Gesellschaft nach ihrem Bilde gestaltet habe.

Bemerkenswerter ist, daß Marx auch in der Inauguraladresse der Internationalen, im Herbste 1864, als Lassalle bereits tot war, unter den beiden großen Tatsachen, von denen er sagt, daß die Niederlage der europäischen Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren auch ihre entschädigenden Charakterzüge gehabt habe, zwar den gesetzlichen Arbeitstag, aber dann nicht die Gewerkschafts-, sondern die Kooperativbewegung anführt, so daß danach die Pioniere von Rochdale eine bedeutsamere historische Erscheinung gewesen wären, als der Gewerkverein der englischen Maschinenbauer, was heute schwerlich von einem Sozialisten unterschrieben werden wird. Von den Gewerkschaften wird in der Inauguraladresse so wenig gesprochen, wie in Lassalles Antwortschreiben. Dagegen berührt sich die Ausführung der Adresse, daß die Kooperativbewegung, „auf gelegentliche Versuche einzelner Arbeiter beschränkt, das kapitalistische Monopol nicht zu brechen vermöge“, aber daß sie, zu nationalen Dimensionen ausgedehnt und durch Staatsmittel gefördert, die Massen retten könne, sehr nahe mit Lassalles bahnbrechender Agitationsschrift.

Was von Marx und Lassalle selbst, das galt auch von ihren Anhängern, solange sie in getrennten Kolonnen marschierten. Trotz Lassalles Abneigung gegen Gewerkschaften waren es doch Lassalleaner, die zuerst, über den Widerstand aus ihren eigenen Reihen hinweg, mit der Gründung von Gewerkvereinen vorgingen, sobald sie erkannten, daß die Arbeitermassen von selbst auf diesen Weg drängten. Gewiß kann man sagen, daß sie dabei große Fehler begangen haben, aber das läßt sich kaum weniger von der anderen sozialdemokratischen Fraktion sagen, die im Jahre 1871 auf ihrem Stuttgarter Kongreß als die Hauptaufgabe der Gewerkschaften die Bildung und die Förderung gemeinsamer Produktivgeschäfte empfahl. Mag auch im ganzen und großen die lassalleanische Richtung das geringere Interesse und Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung gehabt haben, so war doch der Unterschied keineswegs so groß, daß er irgend ein entscheidendes Gewicht besäße für die Frage, weshalb sich die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in Deutschland langsamer entwickelt hat, als die politische.

Im letzten Grunde ergab sich diese Erscheinung aus dem ganzen Zusammenhange der deutschen Geschichte. Der deutsche Kapitalismus war ein Spätling gegenüber seinen westeuropäischen Geschwistern: als sich die deutsche Bourgeoisie und damit auch das deutsche Proletariat

auf halbwegs großem Fuße zu entwickeln begannen, fanden beide schon gehäufte historische Erfahrungen über den Klassenkampf vor, der zwischen ihnen entbrennen mußte. Die Folge davon war kühneres Selbstvertrauen und weiterer Blick beim Proletariat, größere Zaghaftigkeit und engerer Horizont bei der Bourgeoisie: die gegenseitig sich steigernde Wirkung ergab sich daraus, daß die deutsche Bourgeoisie auf den Kampf gegen Absolutismus und Feudalismus verzichtete, daß die Arbeiterklasse ihre gesammelte Kraft in diesen Kampf werfen mußte, um den freien Spielraum zu gewinnen, dessen sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft für ihre gewerkschaftliche Organisation bedarf. Der einfachste Selbsterhaltungstrieb gebot dem proletarischen Klassenkampfe, seine politische über seine gewerkschaftliche Organisation zu stellen; wäre er umgekehrt verfahren, so hätte er unendlich viel längere Zeit gebraucht, um eine Macht im nationalen Leben zu werden.

Er ist aber nicht umgekehrt verfahren und konnte auch gar nicht umgekehrt verfahren. Zwar wurzelt der Trieb zur gewerkschaftlichen Organisation viel zu tief in der modernen Arbeiterklasse, als daß er nicht immer und immer neue Wurzeln zu schlagen versucht hätte. Allein gerade die Leichtigkeit, womit diese Versuche von reaktionären Behörden mit Hilfe einer rückständigen Gesetzgebung ausgerottet wurden, wies die Arbeiter unaufhörlich auf den politischen Kampf hin. Dann kamen die Tage des Sozialistengesetzes, das keineswegs erlassen wurde, weil die herrschenden Klassen fürchteten, daß die Sozialdemokratie ihnen unversehens das Haus über dem Kopf anzünden könne, sondern weil sie den Arbeitern das bescheidene Maß von Rechten entreißen wollten, das sie sich allmählich auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft errungen hatten. Auch unter dem Drucke des Sozialistengesetzes brach die gewerkschaftliche Bewegung stets von neuem trotz der polizeilichen Drangsalierungen hervor, wobei es sich denn freilich durch den Zwang der Umstände fügte, daß sie manche Aufgaben übernehmen mußte, die ihrem historischen Wesen fremd waren.

Dies wirkte auf ihre Entwicklung in den ersten Jahren nach dem Falle des Sozialistengesetzes ungünstig zurück. Namentlich der Streit um die Organisationsform, der eben auch eine Folge des Ausnahmegesetzes war, verschlang mehr Kraft und Zeit als notwendig oder auch nur erträglich gewesen wäre, und stieß mehr oder weniger die Arbeiterkreise ab, die für die gewerkschaftlichen Organisationen gewonnen werden

sollten. Dazu kam die wirtschaftliche Depression und ein starker Widerstand der Unternehmer, der sich am stärksten äußerte, wo der Staat trotz seines „sozialen Königtums" der Unternehmer war. Der Parteitag in Halle hatte 1890 die lebhafteste Sympathie für die gewerkschaftliche Bewegung kundgegeben, allein drei Jahre später machten sich auf dem Parteitage in Köln zwar nicht Zweifel an ihrer Berechtigung, wohl aber an ihrer Leistungsfähigkeit geltend. Diese Zweifel entsprangen der Befürchtung, daß gegenüber der riesenhaft anschwellenden Konzentration des Kapitals die Gewerkschaften doch zu ewiger Ohnmacht verurteilt sein würden, oder auch der Sorge, daß sie durch die staatliche Arbeiterversicherung zu wichtiger Funktionen beraubt seien, um noch lebensfähig zu sein. Jedoch setzte alsbald ein neuer Aufschwung der Gewerkschaften ein, der sie schlagend als ein notwendiges Glied der modernen Arbeiterbewegung erwies und ihnen endgültig ihren ebenbürtigen Platz neben der politischen Partei wahrte. Es war ein historisches Urteil von bleibendem Wert, als Parvus in einer glänzenden Untersuchung dieses gewerkschaftlichen Aufschwungs schrieb: „Die größte Leistung der deutschen Arbeiter seit dem Falle des Sozialistengesetzes ist die Entwicklung der Gewerkschaften. In der politischen Entwicklung des letzten Jahrzehnts gibt es nichts, was damit an Bedeutung für den proletarischen Klassenkampf auch nur entfernt verglichen werden könnte."

Der Haupthebel der gewaltigen gewerkschaftlichen Fortschritte war die Blüte der Industrie, die gegen die Mitte der neunziger Jahre anhob und bis zu ihrem Ende dauerte. Trug sie nicht wenig dazu bei, der imperialistischen Politik der herrschenden Klassen vorläufig das Dasein zu fristen, so wurde sie von der arbeitenden Klasse mit aller Emsigkeit ausgenützt, den dauernden Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu begründen, so daß ihn auch die seit dem Beginne des neuen Jahrhunderts von neuem einsetzende wirtschaftliche Krise nicht wieder lahm zu legen vermochte. Die Krise hat den Aufschwung der Gewerkschaften verlangsamt, jedoch nicht unterbrochen.

Von den wenig über 200000 Arbeitern, die im Jahre 1893 gewerkschaftlich organisirt waren, ist die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Zentralverbände bis zum Jahre 1902 auf 733206 gestiegen. In 27 Berufen sind mehr als 20 und in 15 Berufen mehr als 30 Prozent der Berufsangehörigen organisiert. Hierzu gehören die Buch-

drucker, Bildhauer, Kupferschmiede, Handschuhmacher, Glaser, Steinsetzer, Lithographen, Hafenarbeiter, Tapezierer, Schiffszimmerer und Werftarbeiter, Töpfer, Gemeindearbeiter, Maurer, Stukkateure, Brauer, Graveure und Ziseleure, Porzellanarbeiter, Böttcher, Vergolder, Hutmacher, Buchbinder, Metallarbeiter, Zimmerer, Maler, Holzarbeiter, Dachdecker und Kürschner. Entsprechend diesem Wachstum an Mitgliedern sind auch die Finanzen der Gewerkschaften gewachsen. Um rund 10 Millionen Mark waren ihre Einnahmen im Jahre 1902 höher als im Jahre 1891, und ihre Ausgaben steigerten sich in dieser Zeit um 9½ Millionen. Insgesamt hatten die Gewerkschaften im Jahre 1902 eine Einnahme von 11097744 und eine Ausgabe von 10005528 Mark zu verzeichnen; es blieb ein Kassenbestand von 10258559 Mark. Seit dem Jahre 1891 haben die gewerkschaftlichen Zentralverbände vereinnahmt 62287743 und verausgabt 55254131 Mark.

Immerhin sind erst 14,42 Prozent der industriellen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, und so bleibt auf diesem Gebiete noch eine gewaltige Arbeit zu leisten. Allein die Dinge sind in historischen Fluß gekommen, und die ökonomische Organisation des deutschen Proletariats hat heute so feste Wurzeln geschlagen, wie seine politische Organisation. Dabei bewährt die späte Entwicklung der deutschen Gewerkschaften nun auch die gute Seite, daß sie die Irrwege versperrt hat, denen die Trade Unions verfallen sind. Gewiß haben die bürgerlichen Arbeiterfreunde sich sofort bemüht, Unkraut in diesen Weizen zu säen, und es lag bis zu einem gewissen Grade in der Natur der Dinge, daß sich ein wenig Rivalität ergab, als die ökonomische Organisation der Arbeiterklasse unter günstigen Konjunkturen sich gewaltig ausdehnte, während ihre politische Organisation in dem stagnierenden Sumpfe des Zickzackkurses zu waten hatte. Lief dabei manchmal einige Überschätzung der Gewerkschaftsbewegung mit unter, so war das dieselbe Erscheinung, die früher im umgekehrten Sinne oft genug beobachtet werden konnte, wenn die politische Bewegung schneller vorwärts kam als die gewerkschaftliche. Die Verhältnisse, unter denen die moderne Arbeiterklasse zu kämpfen hat, werden nicht von ihr, sondern von der historischen Entwicklung gemacht, und es ist bei aller praktischen und prinzipiellen Klarheit sehr natürlich, daß der Arm, den sie unter den gegebenen Verhältnissen am kräftigsten rühren kann, auch als der an sich kräftigere erscheint.

Über solche kleinen, ebenso ungefährlichen wie unvermeidlichen, Reibungen hinaus hat es keinen ernsthaften Zwiespalt zwischen der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung gegeben, und es ist hinlänglich dafür gesorgt, daß es ihn auch niemals geben wird. Wie schon die erste Hälfte der siebziger, so zeigte abermals die zweite Hälfte der neunziger Jahre, daß auch die glänzendste Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise den Arbeitern nur eine sehr problematische Besserung ihrer Lage zu bieten vermag, während sie das Kapital unter ungeheuren Reichtümern erstickt. In den Jahren 1895 bis 1900 sind auf dem deutschen Geldmarkt, nach dem Kurswert, 11½ Milliarden Mark neuer Emissionen aufgelegt worden, was noch bei weitem nicht, da keineswegs das ganze gesammelte Kapital durch die Börse geht, den gesamten Kapitalzuwachs in Deutschland während der Jahre des industriellen Aufschwungs erschöpft. Zu gleicher Zeit hat nach den, bekanntlich verhältnismäßig günstigen, Berechnungen der Unfallversicherung, das durchschnittliche Einkommen der Arbeiter um noch nicht ganz 15 Prozent zugenommen, so daß es im Jahre 1899 volle 752 Mark, noch nicht einmal 15 Mark für die Woche betrug. Diese miserable Einkommensteigerung wurde dann aber auch, gerade wie in der Industrieblüte der siebziger Jahre, durch eine allgemeine Teuerung in höherem oder geringerem Grade illusorisch gemacht. Es kam endlich hinzu, daß sie nur zu einem geringen Teil durch Lohnerhöhung, zumeist aber durch regelmäßigere Beschäftigung und durch Überstunden erreicht wurde, so daß sie auch noch mit einer Häufung der industriellen Unfälle und einer absoluten wie relativen Vermehrung der Kinderausbeutung bezahlt werden mußte.

Diese ehernen Konsequenzen der kapitalistischen Produktionsweise können auch durch die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse nicht aus der Welt geschafft werden. Die deutschen Gewerkschaften haben von Anfang 1895 bis Ende 1899 aus ihren Kassen 5¼ Millionen Mark für Streiks verausgabt, wozu nach den Berechnungen ihrer Generalkommission noch etwa 2½ Millionen Mark aus freien Sammlungen geflossen sind. Schätzt man den Lohnausfall, was zum mindesten stimmen dürfte, auf das Doppelte der Streikunterstützung, so haben die Streiks in jenem Zeitraum den deutschen Arbeitern etwa 25 Millionen Mark gekostet. Von sämtlichen Streiks waren nun Abwehrstreiks 1895 46,0, 1896 31,3, 1897 42,9, 1898 53,3, 1899 44,5 Prozent. Ein Drittel bis über die Hälfte der Streiks mußte also, in der Periode der in-

dustriellen Prosperität, unternommen werden, um die Lage der Arbeiter nicht obendrein verschlechtern zu lassen. Selbst ein erfolgreich geführter Abwehrstreik bedeutet für die Arbeiter noch keine Besserung ihrer Lage, ein teilweise gewonnener schon einen Verlust. Von den Streiks des Jahres 1899 haben nur 45,5 Prozent dazu geführt, die Lage der Arbeiter zu verbessern, und zwar so, daß 31,4 Prozent mit einem vollen, 14,1 Prozent mit einem halben Siege der Arbeiter endeten. Über die Hälfte sämtlicher Streiks haben die Lage der Arbeiter nicht gehoben, 21 Prozent endeten damit, sie zu verschlechtern. Die alte Erfahrung, daß von den Abwehrstreiks viel mehr für die Arbeiter verloren gehen, als von den Angriffsstreiks, fand auch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ihre Bestätigung; der Prozentsatz der Verluste war bei den Abwehrstreiks mehr als doppelt so groß, wie bei den Angriffsstreiks. Daraus ergibt sich, daß nur bei einer besonders günstigen Geschäftslage im allgemeinen und in jedem Einzelfalle die Gewerkschaften einen Streik erfolgreich durchzuführen vermögen, also weit entfernt von der Möglichkeit sind, die kapitalistische Produktionsweise von sich aus umzuwälzen.

Ihr unschätzbarer Wert liegt darin, die Kraft der Arbeiterklasse zu stärken, so daß sie nicht auf Gnade und Ungnade der steigenden Macht des konzentrierten Kapitals ausgeliefert wird. Es war ungerecht, wenn ein Führer der Gewerkschaftsbewegung auf dem Kölner Parteitage die erzieherische Wirkung des politischen Klassenkampfes gleich Null einschätzte gegenüber der gleichen Wirkung des ökonomischen Klassenkampfes; richtig ist jedoch, daß die gewerkschaftliche Bewegung in der modernen Arbeiterklasse eine Reihe von Fähigkeiten und Kräften auslöst, die in dieser Weise von ihrer politischen Bewegung nicht ausgelöst werden können, aber gleichwohl ausgelöst werden müssen, um den Sieg des Proletariats zu sichern. So sind beide Bewegungen darauf angewiesen, sich gegenseitig zu ergänzen, und ferner, als in jedem anderen großindustriellen Lande, ist in Deutschland die Gefahr, daß die Gewerkschaften je den trügerischen Lockungen der sogenannten Arbeiterfreunde aus der Bourgeoisie erliegen könnten.

Die imperialistische Politik sorgt mit jedem neuen Tage dafür, die gewerkschaftliche Bewegung auf den einzigen wirklichen Freund hinzuweisen, den sie auf deutscher Erde hat. Die Lehre des Zuchthausgesetzes ist und bleibt unvergessen; dieser Schlag war ebenso gegen die aufblühende Gewerkschaftsbewegung gezielt, wie seinerzeit der Schlag

des Sozialistengesetzes gegen die aufblühende sozialdemokratische Bewegung. Im Augenblick der größten Prosperität, als die Industrie, die Finanz, die Hausbesitzer, die Großgrundbesitzer Reichtümer über Reichtümer häuften, ließ sich das Reich der berühmten Sozialreform vom Kapital gegen die Gewerkschaften hetzen, schwang es die Peitsche über die Arbeiter, um sie zu verhindern, auch nur den allerbescheidensten Teil, den wahren Bettleranteil vom allgemeinen Überfluß für sich zu erringen. Ohne die Sozialdemokratie wäre die Zuchthausvorlage aber zum Gesetze geworden; wie so oft schon früher, wäre auch diesmal die gewerkschaftliche Bewegung zertreten worden, wenn sie nicht einen mächtigen Schutzwall in der politischen Arbeiterbewegung besessen hätte. Solche Erfahrungen vergessen sich nicht so leicht, zumal nicht in den Tagen des Brotwuchers, der die beiden großen Zweige der deutschen Arbeiterbewegung aneinander schweißen würde, selbst wenn sie geneigt wären, sich zu trennen, wie sie es freilich nicht sind. Was nützt es den Gewerkschaften, daß sie sich mit der größten Mühe, unter den schwersten Entbehrungen, Lohnerhöhungen erkämpfen, wenn durch eine Steigerung der Lebensmittelzölle der mühsam errungene Erfolg mit einem Schlage zugunsten der rückständigsten unter den besitzenden Klassen eskamotiert wird?

Die Gewerkschaften sind keine politischen Organisationen, sie stehen jedem Arbeiter ohne Unterschied der Parteirichtung offen, sie fragen bei Streiks nicht nach dem Glaubensbekenntnis der Streikenden, aber wer ihnen einreden will, daß sie sich um die politische Arbeiterbewegung nicht zu bekümmern hätten, der will sie über ihre wichtigsten Lebensinteressen täuschen und ist um so gefährlicher, wenn er, um sie täuschen zu können, vorher sich selbst zu täuschen gelernt hat.

Trotzdem ist keine Gefahr vorhanden, daß der eherne Zusammenhang zwischen der ökonomischen und politischen Organisation des deutschen Proletariats jemals gelöst werden kann. Denn an den Taten der imperialistischen Politik zerschellen alle gaukelnden Seifenblasen bürgerlicher Beredsamkeit.

---

3. Der Revisionismus.

Größere Hoffnungen auf eine Spaltung der Partei knüpften sich bei ihren Gegnern an den Streit über die sogenannte revisionistische Bewegung, der eine Reihe von Parteitagen beherrscht und eine ziemlich

umfangreiche Literatur gezeitigt hat. Freilich hat er noch keinen Augenblick die praktische Parteipolitik zu beeinflussen vermocht, und solange er diesen Beweis des Geistes und Kraft nicht erbringt, fehlt ihm jede historische Bedeutung.

Wie einst die Kriegsnamen der Alten und Jungen, so sind die Kriegsnamen der Marxisten und Revisionisten hohle Schlagworte. Marxisten in dem Sinne, worin Marx selbst kein Marxist sein wollte, gibt es in der Partei nicht und kann es in ihr nicht geben; das Schwören auf die Worte der Meister ist nur das traurige Schicksal jeder Schule, die eine endgültige Wahrheit letzter Instanz kennt. Irgend eine Wahrheit dieser Art kennt der Marxismus eben nicht. Er ist kein unfehlbares Dogma, sondern eine wissenschaftliche Methode. Er ist nicht die Theorie eines Individuums, der ein anderes Individuum eine andere und höhere Theorie entgegenstellen könnte; er ist vielmehr der proletarische Klassenkampf, in Gedanken erfaßt; er ist aus den Dingen selbst, aus der historischen Entwicklung emporgewachsen und wandelt sich mit ihnen; deshalb ist er so wenig ein leerer Trug wie eine ewige Wahrheit. Dem entspricht es durchaus, daß es gerade die „orthodoxen" Marxisten gewesen sind, welche die wissenschaftlichen Resultate, die einst von Marx und Engels gewonnen worden sind, nach der wissenschaftlichen Methode dieser Männer zu revidieren verstanden haben.

Solange der proletarische Emanzipationskampf das Leben der modernen bürgerlichen Gesellschaft beherrscht, und er beherrscht es von Jahr zu Jahr mehr, solange ist der Marxismus das letzte Wort aller Gesellschaftswissenschaft, versteht sich, der wirklichen Gesellschaftswissenschaft, der es um die Erkenntnis als solche und nicht um schönfärberische Zwecke zu tun ist. Wer über den Marxismus als wissenschaftliche Methode hinaus und doch nicht einfach zur bürgerlichen Welt zurück will, der verfällt entweder dem Eklektizismus oder dem Skeptizismus. Dem Eklektizismus, indem er aus überall hergeholtem Material eine neue Theorie erbaut, die etwa mit jedem Kartenhause an Festigkeit wetteifert. Oder dem Skeptizismus, indem er hinter jeden Satz von Marx ein Fragezeichen malt oder vielleicht auch nach der schon von Lessing gekennzeichneten Methode diesem oder jenem Satze etwas für den sogenannten gesunden Menschenverstand Plausibles entgegensetzt, alles übrige aber mit triumphierender Verachtung übergeht. Zwischen der Scylla

jenes Eklektizismus und der Charybdis dieses Skeptizismus treibt der Revisionismus steuerlos einher.

Sein eigentliches Wesen ist die Wesenlosigkeit. Weil er sich selbst mißversteht, fühlt er sich nicht ohne Grund von aller Welt mißverstanden; da er lauter Nebel ist, behauptet er mit einigem Fug, nicht Fleisch und Bein zu sein. Er revidiert die sozialistische Theorie nicht vom Boden der sozialistischen Theorie, sondern aus bürgerlichen Vorstellungen heraus, vor denen er dann selbst erschrickt und nichts gesagt haben will. Was für den Marxismus Mittel zum Zwecke ist, die unablässige Kritik, womit er die jeweilige Wirklichkeit erforscht, das ist für den Revisionismus zum Selbstzweck geworden; er revidiert, um zu revidieren, und aus lauter Scheu vor einem absoluten Dogma verschmäht er jede relative Wahrheit. Er denkt keinen Gedanken zu Ende und klagt über den Mangel an „gutem Ton", wenn ihm die Logik der Dinge ins weiche Fleisch schneidet.

So kommt er von Nichts durch Nichts zu Nichts. Es hat nie einen schlechteren Propheten gegeben, als der Revisionismus ist. Während der industrielle Aufschwung in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die „orthodoxen" Marxisten zu eingehenden und mühsamen Untersuchungen veranlaßte, inwieweit dadurch die marxistische Krisentheorie berichtigt werde, erklärte der Revisionismus frischweg für eine längere Zeit allgemeine Geschäftskrisen nach Art der früheren überhaupt als unwahrscheinlich, worauf der alsbald erfolgende Krach die pünktliche Antwort gab. Während die Marxisten die steigende Entwicklung der Gewerkschaften freudig begrüßten, aber deshalb nicht die noch ungleich gewaltiger steigende Akkumulation des Kapitals übersahen, verhieß der Revisionismus von den Erfolgen der Gewerkschaften eine allmähliche Expropriation der Kapitalistenklasse. Während die Marxisten die neue Form der imperialistischen Politik studierten und von ihr vorhersagten, daß sie die politische Kraft der Bourgeoisie gänzlich zermürben, aber der revolutionären Kraft des Proletariats desto größeren Spielraum schaffen werde, träumten die Revisionisten von einer sozialistisch-demokratischen Arbeiterpartei, die im Anschluß an das noch ziemlich gesunde Bürgertum ihr Heil suchen müsse, worauf abermals die Reichs- und Landtagswahlen von 1903 die pünktliche Antwort erteilt haben.

Unter solchen Umständen bietet der Revisionismus kein historisches Interesse, als allein die Frage, wie er in der deutschen Sozialdemo-

kratie hat entstehen können. Diese Frage beantwortet sich durch die Überlastung der Partei mit praktischer Arbeit, die ihre Kraft in hohem Maße verzehrte, durch ihr schnelles Wachstum, das ihr die verschiedenartigsten Elemente aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung zuführte, durch die Bekehrung der bürgerlichen Intelligenz, die immer lange zu ringen hat, ehe ihr die sozialistische Denkweise in alle Hirnfasern übergegangen ist, genug aus einer Reihe von Umständen, die zeitweise den großen theoretischen Sinn verdunkelt haben, den einst Marx an den deutschen Arbeitern rühmte.

Aber verdunkelt, wie dieser Sinn unter dem Einfluß einer an sich heilsamen und notwendigen Entwicklung sein mag, ist er deshalb noch lange nicht erstickt. Er lebt in den Arbeitermassen so lebendig, wie je, wofür der schlagendste Beweis ist, daß der Revisionismus in diesen Massen niemals hat festen Fuß fassen können, daß er nie den geringsten Einfluß auf ihre praktische Bewegung gehabt hat. Der proletarische Klassenkampf ist viel zu robust, als daß er sich mit bloßen Stimmungen aufhalten könnte. Und mehr als eine Stimmung ist der Revisionismus in Deutschland niemals gewesen.

Wie solche Stimmungen nicht im Augenblick entstehen, so vergehen sie auch nicht im Augenblick. Insofern mag sich der Revisionismus rühmen, auch nach dem Dresdener Parteitage noch fortzuleben. Aber er lebt nur noch in siechem Dahinschwinden, nachdem er, vor die Frage vom Sein oder Nichtsein gestellt, sich abermals eklipsiert und in manchen seiner Vertreter seine Sorge um den „guten Ton“ durch einige Lärmszenen bekundet hat, die seinen Rückzug decken sollten, wie einst ähnliche Szenen den Rückzug der Jungen. Nicht das Prestige der Sozialdemokratie über die Volksmassen wurde in Dresden erschlagen, wie die bürgerlichen Gegner in ihrer unheilbaren Unkenntnis proletarischer Massenbewegungen träumen; vielmehr zerstreute in ihnen der alte revolutionäre Gedanke, der die deutsche Arbeiterbewegung beseelt, die leisen und losen Wolken, die auf der Mittagshöhe unaufhaltsamer Erfolge ein wenig die Fernsicht getrübt hatten, wie dem Wanderer im Hochgebirge die scheitelrecht strahlende Sonne den Horizont zu verschleiern pflegt.

Zwölftes Kapitel.

Rück- und Vorblicke.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung des neunzehnten Jahrhunderts blickt erst auf eine verhältnismäßig kurze Spanne Zeit zurück; was bedeuten im Leben der Völker ein bis zwei Menschenalter! Dennoch hat ihr die flüchtige Frist genügt, sich zu einer Macht zu entwickeln, die nicht mehr niedergeworfen werden kann. Es ist übertrieben, zu sagen, daß sie nur noch mit Siegen zu rechnen brauche, denn die schwersten Kämpfe stehen ihr noch bevor. Sie kann in ihnen Niederlagen erleiden, wie sie deren in der Vergangenheit erlitten hat; ja, wenn sie Niederlagen in der Zukunft erleiden sollte, so werden sie schmerzlicher sein, als ihre Niederlagen in der Vergangenheit gewesen sind. Aber was durch keine Niederlage mehr, auch durch die schwerste nicht, gebrochen werden kann, das ist die revolutionäre Arbeiterbewegung selbst. Sie ist der Eckstein der menschheitlichen Kulturentwicklung geworden, und mit Recht sagt Rudolf Meyer von der deutschen Sozialdemokratie, ohne ihre Blüte sei die Blüte der deutschen Industrie undenkbar, was mit anderen Worten nur heißt, daß Deutschland aus dem Reigen der großen Kulturvölker verschwinden würde, wenn die Zerschmetterung seines klassenbewußten Proletariats gelänge, wie sie denn freilich niemals gelingen kann.

Eine weltgeschichtliche Massenbewegung ist wie ein großes Freskogemälde, das aus einer gewissen Entfernung betrachtet sein will; wer sie mit der Lupe untersucht, mag sich einbilden, nichts anderes zu sehen, als einen wirren Haufen grober Klexe und Striche. Der kurzsichtige Blick läßt sich dadurch leicht irre führen; wie seltsam liest sich heute, was ein angesehener bürgerlicher Schriftsteller vor kaum erst dreißig Jahren schrieb: man dürfe einen deutschkatholischen Wanderprediger nicht dem verächtlichen Hohne preisgeben, der einem in Wirtshäusern dozierenden reisenden Lassalleaner schon recht sei! Wer historisch

zu denken und zu urteilen vermag, wird die revolutionäre Arbeiterbewegung immer nur nach ihren großen historischen Zusammenhängen auffassen. Aber freilich wird sich auch ihm in anderer Weise empfindlich machen, wie klein der einzelne gegenüber dieser ungeheuren Weltwende ist. Er wird den sieghaften Lauf des Stromes verfolgen, aber von dem, was in purpurner Tiefe lebt, von der geistigen und sittlichen Energie, von dem menschlichen Adel, von dem Tatendrang und Wissensdurst, der in Tausenden und Tausenden von Einzelschicksalen die Wasser vorwärts treibt, wird er nur eine schwache Vorstellung geben können. Hier wäre eine unerschöpfliche Fundgrube des herrlichsten Stoffes für moderne Dichter, die dieses Namens würdig sein wollen.

Nicht als ob der Proletarier, der zum Klassenbewußtsein erwacht, dadurch ein vollkommener Mensch würde. Mag sich die versinkende Bourgeoisie mit der Fratze eines „Übermenschentums" über ihren moralischen und politischen Niedergang trösten; die Arbeiterbewegung ist echt menschlich und rein menschlich. Wie sollten auch unter den unmenschlichen Zuständen, die der Kapitalismus über die Masse der Menschen verhängt, ideale Menschen entstehen können! Gerade aus den Tiefen menschlicher Erniedrigung ringt sich die Arbeiterklasse zu einem menschenwürdigen Dasein empor, aber in diesem Ringen entfalten sich alle jene Züge echter Menschlichkeit, die Nietzsche, der Modephilosoph der Bourgeoisie, nicht genug zu schmähen weiß: Gemeinsinn, Wohlwollen, Rücksicht, Fleiß, Mäßigkeit, Bescheidenheit, Nachsicht. Nicht von einem Tage zum anderen, nicht überall gleichmäßig, auch nicht ohne Hemmnisse und Rückfälle, aber wer die moderne Arbeiterklasse kennt, wird einen mächtigen Fortschritt erkennen, der für die Kultur der Menschheit unendlich viel mehr bedeutet, als die Dogmen aller Religionen und die Lehren aller Philosophen je für sie bedeutet haben.

Deshalb gibt es keine ruch- und sinnlosere Politik, als sie von den Scharfmachern der Bourgeoisie betrieben wird. Aber auch die wohlmeinenden Ideologen, die dem proletarischen Klassenkampfe aus angeblich ethischen Gründen und mit angeblich ethischen Mitteln an den Kragen wollen, wissen im günstigsten Falle nicht, was sie tun. Als ob der noch so herausfordernde und unbequeme Trotz dieses Kampfes nicht immer eine rauhe und männliche Tugend wäre, wie die freiwillige Unterwerfung unter ein unwürdiges Joch ein feiges und weibisches Laster ist.

Nicht mehr darum handelt es sich für das moderne Proletariat, ob es den Klassenkampf führen soll, um sich aus den Fesseln der Lohnsklaverei zu befreien, sondern nur noch darum, wie es diesen Kampf am schnellsten zum sicheren Siege führen kann. Seit dem Erlöschen des Utopismus sind darüber alle wesentlichen Zweifel zerstreut; die Taktik der deutschen Sozialdemokratie ist heute dieselbe, die einst das Kommunistische Manifest und dann in besonderer Anwendung auf die deutschen Verhältnisse Lassalles Offenes Antwortschreiben empfahl. In dem rastlosen Umwälzungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft stellt jedes neue Jahr neue Aufgaben, über deren Lösung die Meinungen in der Partei oft auseinandergehen werden. Immer wird es eine Richtung geben, die mehr auf das revolutionäre Endziel, immer eine andere Richtung, die mehr auf die praktischen Wege zu diesem Ziele sieht: das liegt in der Natur der Dinge, wie in der Natur der Menschen. Aber wie Weg und Ziel untrennbar zusammenhängen, so ergibt sich aus diesem Widerstreite nur die Diagonale der Kräfte, die den schnellen Vormarsch der Partei bewirkt. Sie hat geirrt und kann wieder irren, aber keiner Macht der Welt ist es mehr gegeben, sie dauernd ihrem Ziel abwendig zu machen oder sie dauernd über die richtigen Wege zu ihrem Ziele zu täuschen.

Lohnt es sich noch, ein Wort über die Toren zu verlieren, die von den „Utopien" der Sozialdemokratie reden, eben weil die moderne Sozialdemokratie allen Utopismus abgetan hat? Sie läßt sich daran genügen, daß jeder Schritt, den sie vorwärts tut, um die Lohnsklaverei zu zerbrechen, auch ein Schritt vorwärts ist, um die kommunistische Gesellschaft zu schaffen. So vollziehen sich weltgeschichtliche Befreiungskämpfe überhaupt, und anders können sie sich gar nicht vollziehen. Die Sozialdemokratie verhöhnen, weil sie kein Bild der kommunistischen Gesellschaft in der Tasche hat, heißt die großen Vorkämpfer der bürgerlichen Klasse verhöhnen, weil sie das feudale Joch zerbrachen, ohne eine Ahnung von der modernen bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Dampfschiffen und Eisenbahnen und tausend technischen Wundern zu haben. Vor gerade hundert Jahren entwarf Fichte, damals sicherlich der freieste Kopf in Deutschland und nebenbei einer der größten Denker aller Zeiten, ein Bild des bürgerlichen Zukunftsstaats, das heute selbst Junker und Pfaffen als eine reaktionäre Utopie zurückweisen würden. Deshalb war die Abschüttelung des feudalen Jochs keine bürgerliche Utopie, so wenig wie heute die Abschüttelung des kapitalistischen Jochs eine proletarische

Utopie ist, weil das Proletariat ein- für allemal darauf verzichtet, Bilder einer Zukunft zu entwerfen, die kein Mensch vorhersehen kann.

In dem einen wie in dem anderen Falle vollzog und vollzieht sich eine historische Notwendigkeit mit unerbittlicher Gewalt. Nur darin liegen wirkliche Unterschiede, daß die Schnelligkeit, womit sich die kapitalistische Gesellschaft in die sozialistische Gesellschaft umwälzt, zu der Schnelligkeit, womit sich die feudalistische in die kapitalistische Gesellschaft umgewälzt hat, etwa so verhält, wie die Schnelligkeit einer Lokomotive zur Schnelligkeit einer Postkutsche, daß mit dem kapitalistischen Joche das letzte Joch zerbrochen wird, das die Menschheit büttelt.

Der Emanzipationskampf der modernen Arbeiterklasse ist der glorreichste und größte Befreiungskampf, den die Weltgeschichte kennt, und Jahrhunderte deutscher Schmach löscht die Tatsache aus, daß die deutsche Sozialdemokratie diesen Kampf in der Vorhut führt.

Anmerkungen.

Das fünfte Buch hat gegen die erste Auflage keine wesentliche Änderung erfahren, und das sechste Buch wenigstens nicht die durchgreifende Umgestaltung, die ich für die zweite Auflage ins Auge gefaßt hatte.

Ich sage darüber in der ersten Auflage: „Mein Ziel war in erster Reihe, die Zeit des Sozialistengesetzes in ihrer gesamten historischen Gliederung darzustellen. So reich an menschlichem Heldentum der Chartismus und der Trade Unionismus, die Juni- und die Kommunekämpfe sind, so hat doch die deutsche Sozialdemokratie zum erstenmal in einem zwölfjährigen, klug, konsequent und kühn geführten Kampf einen modernen Staat mit seinen ungeheuren Machtmitteln besiegt. Indem ich mich bemühte, diese weltgeschichtliche Tatsache ins klarste Licht zu stellen, mußte freilich das Detail manche Not leiden. . . . Sollte mir später vergönnt sein, den Stoff noch einmal zu bearbeiten, so würde ich meine Darstellung mit den Einzelheiten ausbauen, die in ihrer Art für die deutsche Arbeiterklasse nicht minder ruhmwürdig sind, als der große Gang dieses zwölfjährigen Heldenkampfes." Wenn ich gleichwohl auf der Ausführung dieser Absicht verzichtet habe, so geschah es, weil es mir nicht gelungen ist, ein so erschöpfendes Material zu gewinnen, wie notwendig gewesen wäre, um nach allen Seiten hin gerecht zu sein. Wohl sind in den fünf letzten Jahren manche wertvolle, ins Einzelne gehende Schilderungen für bestimmte Orte oder bestimmte Zeitabschnitte erschienen, aber es sind immer nur erst Bruchstücke, und so hielt ich es für ratsamer, es einstweilen noch bei dem allgemeinen, aber in sich geschlossenen Bilde bewenden zu lassen, als durch ungleiche Verteilung von Licht und Schatten die historische Perspektive der ganzen Zeit zu verschieben.

Dagegen habe ich am Schlusse des Werkes eine Übersicht der historischen Entwicklung von dem Erfurter bis zum Dresdener Parteitag gegeben. Sie konnte begreiflicherweise nur in sehr flüchtigen Strichen gezeichnet werden, aber ich hoffe, daß diese, ich darf nicht sagen Ausführungen, sondern nur Andeutungen, doch manchem Leser willkommen sein werden. Es erscheint fast anmaßend, mich ausdrücklich dagegen zu verwahren, daß sie keine abschließende Darstellung geben wollen; genug, wenn sie einige orientierende Fingerzeige über den Zusammenhang der Gegenwart mit der Vergangenheit enthalten.

Fünftes Buch.

Die Reichsgründung und die Sozialdemokratie. Nächst den Parteizeitungen Engels, Gewalt u. Ökonomie b. d. Herstell. d. Deutsch. Reichs NZ 14[1], 676. Durch die Denkwürdigkeiten des Königs Karl von Rumänien, Berl. 94, ist nunmehr erwiesen, daß Bismarck die spanische Thronkandidatur der Hohenzollern als Falle für Bonaparte betrieben hat. Von geringerer Bedeutung ist die Fälschung der Emser Depesche, die sich zwar mit allen Auslegungskünsten nicht aus der Welt schaffen läßt, aber die den Krieg nicht verursacht hat. Über die Vorgänge in Versailles Busch, Bismarck u. s. Leute, Leipz. 78; Tagebuch des Kronprinzen i. d. Deutsch. Rundschau vom Okt. 88; die von W. Oncken in einer Festschrift veröffentlichten Briefe des Königs Wilhelm; Lorenz, Kaiser Wilhelm u. d. Begründ. d. Reichs, Jena 02; die Denkwürdigkeiten Stiebers; Reichstagsverhandlungen über die Versailler Verträge. Die Adressen der Internationalen über den Krieg bei Marx, Bürgerkr. i. Frankr. Bracke, Braunschweiger Ausschuß, Braunschw. 72. Leipziger Hochverratsprozeß, Berl. 94.

Die Hochflut der Milliarden. Gründungsschwindel: R. Meyer, Pol. Gründer u. d. Korrupt. i. Deutschl., Leipzig 77, die geistreichste und gründlichste Schilderung der Milliardenperiode. Glagau, D. Börsen- u. Gründungsschwindel, Leipz. 70; Glagau ist in seinen tatsächlichen Angaben zuverlässig, aber in seiner Auffassung beschränkt-kleinbürgerlich und philiströs. Bericht über die Eisenbahngründungen, i. d. Drucks. d. preuß. Landtags. Mehring, D. gerettete Miquel, NZ 12[1], 801, u. Bleichröders Kommis (Kardorff), NZ 16[1], 705, ferner über mancherlei Preßbeteiligungen Kapital und Presse. Kulturkampf: Engels, Gewalt usw. Agrarsozialismus: Berliner Revue; Rodbertus, Kreditnot u. Briefe; R. Meyer, Emanzipationskampf. Kathedersozialismus: Verhandlungen d. Eisenach. Versamml. am 6. u. 7. Okt. 72, Leipz. 73. Oppenheim, D. Kathedersozialism., Berl. 72. A. Wagner, Off. Brief a. Oppenheim, Berl. 72, eine mißlungene Nachahmung Lassallescher Keulenschläge. Wie historisch, so haben auch polemisch Brentano und Schmoller den Kathedersozialismus am besten vertreten: Brentano, D. „wissenschaftliche" Leistung d. Herrn Bamberger, gegen Bamberger, Arbeiterfrage, Stuttg. 73, und Schmoller, Üb. einige Grundfr. d. Rechts u. d. Volkswirtsch., Jena 75, gegen Treitschke, D. Sozialism. u. s. Gründ., Berl. 75. Für die Unzulänglichkeit des Kathedersozialismus gegenüber der Sozialdemokratie ist typisch Held, D. deutsche Arbeiterpresse, Leipz. 73, und Held, Sozialism., Sozialdemokr. u. Sozialpolit., Leipz. 78.

Lassalleaner und Eisenacher. Neuer Sozialdemokr. u. Volksstaat. Engels, Z. Wohnungsfrage, Leipz. 72. Offizieller Bericht d. Lond. Generalr. a. d. Haager Kongreß, Braunschw. 72. Les prétendues scissions dans l'Internationale, Genève 72. E. Komplott gegen die Intern. Arbeiterassoz., Braunschw. 74. K. Hirsch, D. angebl. soz. Theorien

u. d. wirkl. pol. Bestrebungen d. Herrn Bakunin, Leipz. 72. Rüegg, A. Briefen an J. Ph. Becker, NZ 6, 449. Engels, Biographie v. Marx in Brackes Volkskal. 78. Über die Verhandlungen des Haager Kongresses enthält der Volksstaat sehr gute Berichte. Dietzgen, D. Religion d. Sozialdemokr. u. a. Aufsätze im Volksstaat. C. A. Schramm, Grundz. d. Nationalökon., Leipz. 76. Liebknecht, Festreden: Wissen ist Macht, Macht ist Wissen, Zu Schutz u. Trutz, Leipz. 72. Bracke, D. Lassallesche Vorschlag, Braunschweig 73. Karl Hillmann, Prakt. Emanzipationswinke, Leipz. 73. A. Bringmann, Gesch. d. deutschen Zimmererbewegg., Stuttg. 03. Bringmann stimmt mit meiner Auffassung von Schweitzers Charakter und Tätigkeit überein, polemisiert gegen mich aber insofern, als er meint, auch die gewerkschaftliche Bewegung habe bei den Lassalleanern stärkere Förderung gefunden, als bei den Eisenachern. Davon habe ich mich nun aber doch nicht zu überzeugen vermocht, bin vielmehr der Ansicht, daß Bringmann hier zu einseitig vom Standpunkt der Zimmererbewegung aus urteilt, die allerdings, ebenso wie die Maurerbewegung, bei den Lassalleanern besonders stark ausgebildet war. Franz, Herr Böhmert u. s. Fälschungen d. Wissensch., Zür. 73, gegen Böhmert, Sozialism. u. Arbeiterfr., Zür. 72. Schweitzer, A. d. Arbeiter Deutschl., Hamb. 72. Lange, Arbeiterfr., 3. Aufl. Schäffle, Quintessenz d. Sozialism., Gotha 74. Treitschke, D. Sozialism. u. s. Gönner.

Der Gothaer Einigungskongreß. Protokoll d. Einigungskongr., Leipz. 75. Marx, Programmbrief. Bernstein, Z. Vorgesch. d. Gothaer Progr., NZ 15[1], 466. K. Hirsch, D. Parteipresse, Leipz. 76.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Engels, Schutzzoll u. Freihandel. Kautsky, Deutsche u. amerik. Zollpolitik, NZ 9[1], 161. Die massenhafte Literatur der antisemitischen und schutzzöllnerischen Reaktion zähle ich nicht im einzelnen auf. Poschinger, Bismarck a. Volkswirt, Berl. 89 bis 91. Quarck, Z. äuß. Gesch. d. Fabrikinspekt. i. Deutschl., Frankf. 89. Protokolle d. Gothaer Kongresse v. 76 u. 77. Bracke, Nieder mit d. Sozialdemokraten! Braunschw. 76. (Unruh), D. Sozialdemokr., was sie d. Wählern versprechen u. was sie wollen, Berl. 76. W(ilhelm) S(plittgerber), Ins Schlaraffenland m. d. Sozialdemokr., Magdeb. 76. Bracke, D. Verzweifl. i. liberal. Lager, Braunschw. 76. Liebknecht, Soll Europa kosakisch werden? Leipz. 78. H. L(evy), Soll die sozialistische Arbeiterpartei türkisch werden? Zür. 78. Most, Kapital u. Arbeit, Chemn. Most, D. sozial. Beweg. i. alten Rom u. d. Zäsarismus, Berl. 78. Most, D. Lösung d. sozial. Frage, Berl. 76. Die Zukunft, Sozialist. Revue, Berl. 77/78; vom Jahrgang 78/79 sind noch drei Hefte erschienen. Die neue Gesellschaft, Monatsschr. f. Sozialwissensch., Zür. 77 bis 80, im ganzen 30 Hefte. Dühring, Krit. Gesch. d. Philos., Krit. Gesch. d. Nationalökon. u. d. Sozialism., Kursus d. National- u. Sozialökon., alle Berl. i. d. siebz. Jahren. Engels, Anti-Dühring. Bernstein, Z. dritten Auflage d. Anti-Dühring, NZ 13[1], 101.

Das Sozialistengesetz. Eug. Richter, Fortschrittsp. u. Sozialdemokr., Berl. 78. Eug. Richter, D. Sozialdemokr., was sie wollen u. wie sie wirken, Berl. 78. Thun, Industr. a. Niederrh. Todt, D. radikale deutsche Sozialism. u. d. christl. Gesellsch., Wittenb. 78. Stöcker, 13 Jahre Hofpred. u. Politiker, Berl. 95. Göhre, D. evangel.-soz. Bewegung, Leipz. 96. Über die Attentate und den weißen Schrecken reichliches Material im Vorwärts, hier auch die Polemik zwischen Marx und Bucher, neuerdings abgedr. bei Poschinger. Treitschke, D. Sozialism. u. d. Meuchelmord, Berl. 78. Reichstagsverhandlungen über die beiden Entwürfe des Sozialistenges.

Sechstes Buch.

Für die ersten zehn Jahre des Sozialistengesetzes bietet reichen Stoff die von kundiger Hand verfaßte Denkschrift: Nach zehn Jahren, Mater. u. Gloss. z. Gesch. d. Sozialistenges., London 89 u. 90. Die gewerkschaftliche Bewegung dieser Zeit hat einen fleißigen und unterrichteten Bearbeiter gefunden in Schmöle, D. sozialdemokr. Gewerksch. i. Deutschl. s. d. Erlasse d. Sozialistenges., Jena 96. Zwölf Jahre Sozialistengesetz, Berl. 90, ist eine leichte ultramontane Journalistenarbeit. Polizeiliche Verzeichnisse der auf Grund des Sozialistengesetzes ergangenen Verbote von Brandt, Berl. 82, und Atzrott, Berl. 86. Wertlose Polizeischriften sind Zacher, D. rote Intern., Berl. 84; Sozialism. u. Anarchism. v. 83 bis 86, Berl. 87; D. Anarchism. u. s. Träger, Berl. 87; Krieter, D. geh. Organ. d. sozialdemokr. Partei, Magdeb. 87, und ein paar ähnliche Schriften. Die Hauptquellen bleiben immer die elf Jahrgänge des Zürich-Londoner Sozialdemokraten und die Stenogr. Reichstagsberichte. An Beiträgen zur inneren Geschichte der Partei in dieser Zeit seien erwähnt Auer, Von Gotha bis Wyden, Berl. 01; Schlüter in mehreren Aufsätzen des Kalenders zur Newyorker Volkszeitung und die Denkschrift zum 21. Oktober 1903, mit Beiträgen von Auer, Bebel, Bernstein, Motteler und Singer.

Ein Jahr der Verwirrung. K. Hirsch, D. Laterne, Brüssel, 29 Nummern vom 15. Dez. 78 bis 29. Juni 79. Most, Taktik kontra Freiheit, London 80, enthält die wichtigsten Artikel aus den Anfängen der Freiheit. Jahrbuch für Sozialwissensch., Zür. 79 bis 81, 2. Jahrgg. in 3 Bdn. Staatswirtschaftliche Abhandl., Leipz. 79 bis 81, etwa 20 Hefte. In der ersten Auflage hatte ich bei Besprechung der auf dem Wydener Kongreß geführten Debatten gesagt: „Zweifellos war die Situation nicht durch die Führer, sondern durch die Massen gerettet worden.“ Ich habe diesen Satz gestrichen, weil er, unter anderem bei Auer und Bebel, die mißverständliche Auffassung hervorgerufen hat und nach seinem Wortlaut vielleicht auch hervorrufen kann, als ob die Führer damals nicht ihre Schuldigkeit getan hätten. Diese Behauptung hat mir so fern gelegen, wie sie ungerecht gewesen sein würde; ich wollte nur sagen, daß der Instinkt der

Massen den richtigen Weg durch die widerstreitenden Ansichten der Führer gefunden habe. Daß ein solcher Streit stattgefunden hat, scheint mir allerdings zweifellos zu sein, womit weder bestritten ist, daß alle Führer nach besten Kräften und Gewissen ihre Pflicht erfüllt haben, noch auch, daß ein Teil von ihnen von vornherein den richtigen Weg erkannt hatte. Im übrigen habe ich das erste Jahr des Sozialistengesetzes nach seinen verschiedenen Strömungen zu kennzeichnen gesucht und konnte deshalb den zusammenfassenden Satz streichen, dessen apodiktische Form mißverstanden werden konnte und mißverstanden worden ist.

Der neue Aufmarsch. (Karl Schneidt), Die Hintermänner der Sozialdemokratie, Berl. 90, enthält einzelne beachtenswerte Mitteilungen über die Sezession Hasselmann-Most. Protokoll d. Wydener Kongresses, Zür. 80. Künzel, D. erste Hochverratsproz. vor dem deutschen Reichsgericht, Leipz. 81, nach stenogr. Niederschrift.

Frage und Antwort. Die deutsche Geheimpolizei i. Kampfe m. d. Sozialdemokr., Aktenstücke u. Enthüll., Zür. 82. D. Monsterprozeß gegen die Vorstände der Berliner Gewerkschaften, München 83. Schmöle a. a. O. Protokoll d. Kopenhagener Kongresses, Zür. 83.

Wissenschaftliche Sammlung. Engels, Ursprung d. Familie, d. Privateigent. u. d. Staates, Zür. 84, 3. Aufl. Stuttg. 92. Schippel, D. moderne Elend u. d. moderne Übervölker., Leipz. 83, n. Aufl. Stuttg. 88. K. Schmidt, D. Durchschnittsprofitrate a. Grund d. Marxschen Wertges., Stuttg. 89. Bernstein, Kautsky, Schoenlank, zahlr. Auff. NZ. u. ZSD.

Peitsche und Zuckerbrot. Kautsky, D. Arbeiterbewegg. i. Österr. NZ 8, 49. Prozeß Stellmacher, Wien 84. Bebel, D. Frau u. d. Sozialism., 25. Aufl., Stuttg. 95. Vollmar, D. isolierte sozialist. Staat, Zür. 78.

Der Anfang vom Ende. Anarchistische Umtriebe i. d. Schweiz, Bericht d. eidgenöss. Generalanwalts, Bern 85. K. Braun, Berichte u. Betracht. über die beiden großen Hochverratsprozesse v. d. Reichsgericht, in Pandämonium, Hamb. 85. Quarck, D. Arbeiterschutzgesetzg. i. deutschen Reiche, Stuttg. 86. Enquetebericht über die Arbeiterinnen der Wäschefabrikation u. Konfektionsbranche, Drucks. d. deutsch. Reichst., bespr. v. Schoenlank NZ 6, 116. Siehe auch K. Frankenstein, D. Lage d. Arbeiterinnen i. d. deutsch. Großstädt., Leipz. 88. Die zwanzigjährige Arbeiterinnenbew. Berlins, Berl. 89. Recht auf Arbeit, München 85. Kautsky, D. Kapital v. Rodb., NZ 2, 337. C. A. Schramm, K. Kautsky u. Rodb., NZ 2, 481, Kautsky, E. Replik 494. C. A. Schramm, Antwort a. Herrn K. Kautsky, NZ 3, 218, Kautsky, Schlußwort 224. C. A. Schramm, Rodb., Marx, Lassalle, München 86. Bernstein, E. moral. Kritiker u. s. krit. Moral, ZSD 86, Nrn. 4 bis 7 u. Nr. 9. Schäffle, D. Aussichtslosigk. d. Sozialdemokr., Tüb. 85. Ausführliche Besprechungen NZ und ZSD.

Die Todeskrämpfe des Sozialistengesetzes. Über die Verfolgung der gewerkschaftlichen Bewegung neben Schmöle namentlich Das Koalitions-

recht der deutschen Arbeiter im Lichte der Tatsachen, e. Petit. a. d. Reichst. v. d. Agitationskommission der Maurer, Hamb. 89. **Bebel**, Preßstimmen über das Freiberger Urteil, Leipz. 86. **Muser**, Sozialistengeſ. u. Rechtspfl., Karlsruhe 89. **Protokoll** über den Parteitag in St. Gallen, St. Gallen 87.

Die 99 Tage. Über die Entlassung Puttkamers gibt es noch eine andere Lesart, wonach Bismarck sie veranlaßt haben soll, weil Puttkamer der „kommende Mann“ der kartellfeindlichen orthodox-reaktionären Klique gewesen oder doch als solcher von Bismarck beargwöhnt worden sei. Wahrscheinlich ist dieser Zusammenhang aber nicht nach allem, was bisher über Puttkamers Entlassung bekannt geworden ist.

Der Zusammenbruch. Immediatbericht Bismarcks über das kronprinzliche Tagebuch. **Briefwechsel** zwischen Bismarck Sohn und Morier. Die **Volkszeitung** wurde vom Jan. 86 bis Okt. 90 von mir geleitet; die von mir verfaßten Artikel zum 9. und 18. März 89, von denen dieser den vorgeschobenen, jener den wirklichen Anlaß zum Verbot des Blattes gab, waren ziemlich harmlos, wurden aber trotzdem von der bürgerlich-oppositionellen Presse, einschließlich der Frankfurter, der Freisinnigen und der Vossischen Zeitung heftig verleugnet. **Der erste Nichtgentleman** (Meineidsmichel) auf dem Zeugenstande, München 89. **Protokoll** des Internationalen Arbeiterkongresses zu Paris, Nürnb. 89. **Oldenberg**, Studien z. rheinisch-westfäl. Bergarbeiterbewegung, Leipz. 90. **Kautsky**, Thomas More u. s. Utopie, Stuttg. 88. **Blos**, D. französ. Revolut., Stuttg. 89. **J. Stern**, Halbes u. ganzes Freidenkert., Stuttg. 89. **Klara Zetkin**, D. Arbeiterinnen- u. Frauenfrage d. Gegenw., Berl. 89. **Schoenlank**, D. Fürther Quecksilber-Spiegelbelegen u. ihre Arbeiter, Stuttg. 88.

Die Liquidation. **H. Müller**, D. Klassenk. i. d. deutsch. Sozialdemokr., Zür. 92. **Vollmar**, Über d. nächst. Aufg. d. deutsch. Sozialdemokr., München 91. **Protokolle** der Parteitage in Halle u. Erfurt, Berl. 90 u. 91. **Kautsky** u. **Schoenlank**, Grundſ. u. Ford. d. Sozialdemokr., Erläuterungen z. Erfurt. Progr., Berl. 92. **Kautsky**, Das Erfurter Programm i. s. grundsätzl. Teil, Stuttg. 92. Eine putzige Gegenschrift **A. Wagner**, D. neue sozialdemokr. Progr., Berl. 92.

Von anderthalb bis drei Millionen Stimmen. Für die allgemeine Übersicht dieses Kapitels, die eine nähere Angabe von Quellen weder erheischt noch zuläßt, habe ich mehrfach die ausgezeichneten Abhandlungen von **Parvus** benutzt: Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, Dresden 96, und Die Handelskrisis und die Gewerkschaften, München 01.

Rück- und Vorblicke. Über die sozialpsychologische Umwälzung des Proletariats unter dem Einfluß der großindustriellen Entwicklung liegt erst verhältnismäßig geringes und weit verstreutes Material vor. Vom christlich-sozialen Standpunkt **Göhre**, Drei Monate Fabrikarbeiter, Leipz. 91. Ich unterschreibe, was **Schippel** NZ 9², 468, über die Schrift sagt: „In dem Bilde ist vieles verzerrt und verzeichnet, vieles aber auch mit über-

raschender Sicherheit gesehen und wiedergegeben, fast alles jedoch ist äußerst lesenswert und belehrend.“ Auf diesem Gebiet sind überaus lohnende Aufgaben zu lösen.

Schluss.

Es bleibt mir noch übrig, für die vielfache Hilfe zu danken, die ich bei meiner Arbeit gefunden habe. Wollte ich alle nennen, die mich durch diese Auskunft oder jenen Nachweis unterstützt haben, so müßte ich mehrere Seiten mit Namen füllen; wenigstens derer aber will ich namentlich gedenken, die mich, wie Audorf, Bebel, Bernstein, Dietz, Kautsky durch eigene Ausarbeitungen belehrt oder mir, wie Gerisch, Schippel und Auer mit immer gleicher Bereitwilligkeit die Schätze des Parteiarchivs erschlossen haben. Besonders wertvoll waren mir eingehende Mitteilungen über die süddeutschen Verhältnisse, die ich von Fentz für Baden, von Baßler für Württemberg, von Grillenberger für das nördliche, von Vollmar für das südliche Bayern, von Ehrhart für die Rheinpfalz, ja auch für einzelne bayerische Städte, von G. Löwenstein für Fürth und von Tauscher für Augsburg erhalten habe. Einzelne von ihnen, wie Audorf, Baßler und Grillenberger, ruhen schon in der Erde, aber allen, die mein Werk so wirksam gefördert haben, nicht zuletzt auch seinem Verleger als seinem wirksamsten Förderer, gebührt mein herzlichster Dank.

Steglitz-Berlin, im Dezember 1903.

Franz Mehring.

Personen-Register.

Einige Urteile der Presse.

Äußerlich bietet der erste uns bereits vorliegende Band nur einige dem Inhalt nach ganz verschiedene und unzusammenhängende Jugendschriften von Marx: seine Doktor-Dissertation über die griechische Philosophie, dann seine Aufsätze über die Zensur und Preßfreiheit, über den Holzdiebstahl, seine Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie und seine Abhandlung über die Judenfrage, sowie zwei von Engels über die Nationalökonomie und über England.... Doch da tritt Mehring mit seinen bescheiden als „Einleitungen" betitelten Ausführungen dazwischen, und aus den bunten, vereinzelten Fragmenten der geistigen Tätigkeit Marx' entsteht allmälig vor unseren Augen ein ganzes volles Leben, eine bis zur Handgreiflichkeit plastische Gestalt des Mannes, der das Zentrum bildete, um ihn herum, in geringerer oder größerer Entfernung, alle die ihm nahe standen und seine geistige Atmosphäre bildeten, die Verwandten, Lehrer, Freunde, Studien- und Kampfgenossen, die Männer der dreißiger und vierziger Jahre, aus der Vergessenheit herausgerissen, wieder zum Leben beschworen; wir sehen sie alle lebendig, sich bewegen, kämpfen, denken, arbeiten, mit Marx und untereinander in geistigem Kontakt, jeden in seiner Eigenart, mit seinen besonderen geistigen Anlagen und Interessen, sogar mit seinem Charakter und Temperament.

„Vorwärts."

Wir dürfen diese kurze Anzeige nicht schließen, ohne der Riesenarbeit des Herausgebers Franz Mehring rühmend zu gedenken. Mit einem bewundernswerten Fleiß und einer Sorgsamkeit, die jedem Leser Vertrauen einflößt, hat er den Stoff gesammelt und durch erklärende Anmerkungen dem Verständnis erschlossen. In diesen Noten stecken ganz außerordentlich wichtige Beiträge zur Geschichte des Sozialismus....

„Sächsische Arbeiter-Zeitung."

Der Schreiber dieser Zeilen bekennt sich dazu und weiß, daß er im Namen nicht allzu weniger spricht, daß eine gewisse Unruhe wach wurde, als die Nachricht kam, Franz Mehring sei ausersehen, den Nachlaß von Marx-Engels herauszugeben. Nicht als ob sich der geringste Zweifel an dem umfassenden Wissen und den außerordentlichen Fähigkeiten des Verfassers der „Lessing-Legende", des Geschichtschreibers der deutschen Sozialdemokratie hätte rühren können. Aber Mehring ist auch ein glänzender Tagesschriftsteller, ein Polemiker ersten Ranges und unterliegt gerade als solcher, wie wir alle, den Lastern seiner Tugenden. Davon, von dem Ueberschäumen des Temperaments, von der sich vordrängenden Kraft einer nicht allen und nicht in allen Stücken gleich sympathischen Persönlichkeit, die in der Wertung von Dingen und Menschen nicht nur von der großen Leidenschaft des Tages, sondern auch von der kleinen Laune der Minute beherrscht wird, war zu befürchten, daß das ebenso notwendige wie ersehnte Werk schädigende Spuren tragen werde. Nun wohl, wer mit uns gezweifelt und gefürchtet hat, ist aufs glücklichste enttäuscht und beschämt. Franz Mehring hat in den vier Bänden des „Nachlasses" ein Werk der Selbstüberwindung, der Liebe, der Hingebung und des Fleißes geleistet, wofür ihm der internationale Sozialismus, die ganze gebildete Welt dauernden und innigsten Dank schulden. In überraschendem Maße hat er sich zur Höhe und Würde seiner Aufgabe erhoben und nur an ganz vereinzelten und überdies nebensächlichen Stellen wird der Leser vorübergehend daran erinnert, was der Autor in sich überwinden mußte.

Viktor Adler in der Wiener „Arbeiter-Zeitung".

Mehring hat die einzelnen Aufsätze mit sehr guten, selbstverständlich vom marxistischen Standpunkt aus geschriebenen Einleitungen versehen, die den Zusammenhang der publizistischen Erzeugnisse der beiden sozialistischen Propheten mit den Ereignissen, den geistigen, politischen und wirtschaftlichen Strömungen der Zeit deutlich machen. Wir sind dadurch in Stand gesetzt, Marxens geistige Entwicklung vollständig zu überschauen und ihn zu verstehen.

„Grenzboten."

Es ist nicht zu bezweifeln, daß diese Herausgabe ein wichtiges und wertvolles Werk sein wird, respektive in dem uns vorliegenden Teile es ist. Sind doch die meisten der im ersten Bande gebrachten Publikationen bibliographische Seltenheiten geworden; ja die Dissertation, mit welcher Karl Marx den akademischen Doktorgrad erwarb: „Differenz der demokritischen und epikureischen Naturphilosophie" ist hier unseres Wissens überhaupt zum erstenmal abgedruckt.

Nicht minder sind die geschichtlichen, philosophiegeschichtlichen und literaturgeschichtlichen Kommentare Mehrings, die einen nicht kleinen Teil des Bandes bilden, für sich schon von Wert. Das Bild der Epoche beleben sie und beleuchten sie vorzüglich....

Im ganzen ist das Buch eines der für die Kenntnis der Entwicklungsgeschichte des Marxismus unentbehrlichen, dem Fachstudium wird es sicherlich willkommen sein, und man sieht nicht ohne Spannung den weiteren Herausgaben entgegen, insbesondere erwarten wir uns interessante und wertvolle Lassalleana.

Sonntagsblatt des „Berner Bund".

Während wohl im allgemeinen die Geschichtschreibung über die Persönlichkeiten, welche in dem letzten abgelaufenen Zeitalter deutscher Geschichte im Vordergrund der Ereignisse standen, zu einem einigermaßen festen und einheitlichen Urteil gekommen ist, läßt sich von Ferdinand Lassalle nur das Gegenteil sagen; über seinen Charakter und persönlichen Wert gehen die Meinungen noch heute so auseinander, wie in den Tagen, da er im Drange des Kampfes stand. Aber von allen Seiten ist man darüber einig, daß er eine Persönlichkeit sei, bei der es sich wohl lohne, immer und immer wieder zu verweilen.... So werden sich viele Hände nach Lassalles Briefen an Marx ausstrecken, die Franz Mehring, der offizielle Historiograph der deutschen Sozialdemokratie, herausgegeben hat.... Und als eine reiche Quelle zur Belehrung über den Briefschreiber werden sie jedem erscheinen.... Wenn wir die Briefe aus der Hand legen, ist uns Lassalle sympathischer geworden, als er es vordem war.

„Das freie Wort."

✻ ✻ ✻ ✻ Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart. ✻ ✻ ✻ ✻

Revolution
und
Kontre-Revolution in Deutschland.

Von

Karl Marx.

Ins Deutsche übertragen von Karl Kautsky.

Zweite Auflage. XXXII und 142 Seiten 8°. Preis gebunden M. 2.—



„Jeder, der inskünftig über die 48er Revolutionen objektiv schreiben will, wird dieses Buch, das selbst weder objektiv ist, noch es sein will, zu Rathe ziehen müssen, da es in äußerst geistvoller, klarer Darstellung helle Schlaglichter auf damalige Zustände wirft. Wir können das Buch unseren Lesern auf das Angelegentlichste empfehlen. Es ist geradezu bewunderungswürdig, wie Marx es verstanden hat, auf so kleinem Raum den gewaltigen Stoff sozusagen erschöpfend darzustellen. Das vermag nur ein Mann mit weitem Blick, prägnantem Stil und eminentem Expositionstalent. . . . Keiner wird das Buch nach beendigter Lektüre aus der Hand legen ohne das Gefühl, eines großen Geistes Hauch verspürt zu haben."

Sonntagsblatt des Berner „Bund", Nr. 82 vom 9. August 1896.

„ . . . so bedarf es wohl kaum des Hinweises auf die bekannte klare und fesselnde Darstellung des Marx'schen Stils, um einleuchten zu lassen, daß wir hier eine der interessantesten Schriften über die politischen Umwälzungen der Jahrhundertsmitte vor uns haben. Die Uebersetzung von Kautsky ist vortrefflich; sie liest sich wie ein Original."

„Die Gesellschaft", Monatsschrift für Literatur, Kunst und Sozialpolitik, 8. Heft, 1896.

„So frisch und anschaulich zeichnete Karl Marx die Situation. Meint man nicht, die Tinte dieser Skizze sei kaum erst trocken geworden, die Schilderung sei von diesem Meister des epigrammischen Stils heute erst geschrieben?"

„Leipziger Volks-Zeitung", Nr. 122 vom 30. Mai 1896.

„Vorurtheilslose Leute werden finden, daß die Briefe heute noch nicht nur das Lesen werth, sondern auch als Dokumente für ein Urtheil über jene Zeit sorgsam zu bewahren sind."

„Frankfurter Zeitung", Nr. 304 vom 1. November 1896.

„Die ausgezeichnete Uebersicht über den allgemeinen Gang der 48er revolutionären Bewegung in Deutschland, die Marx von London aus 1851 und 52 in der New Yorker ‚Daily Tribune' veröffentlicht hat, ist dem deutschen Arbeiterpublikum unter dem Titel ‚Revolution und Kontrerevolution' zugänglich gemacht. Die Parteipresse hat bisher ihre Leser nicht mit besonderem Nachdruck auf diese neue Publikation verwiesen, und doch wäre die weiteste Verbreitung derselben für die politische Bildung der deutschen Arbeiterschaft außerordentlich werthvoll. Die von Frau Aveling, Marx' Tochter, zusammengestellte und von Kautsky verdeutschte Artillerie bildet ein Gegenstück zu Marx' glänzender Darstellung der französischen revolutionären und nachrevolutionären Bewegung, dem ‚18. Brumaire des Louis Bonaparte' und den ‚Klassenkämpfen in Frankreich'. Marx faßt hier überall die politische Aktion in ihrem intimen Zusammenhang mit der ökonomischen Lage der Gesellschaft auf; nicht sowohl die einzelnen jeweilig in den politischen Vordergrund geschobenen Personen, sondern die sozialen Körper, die ökonomischen Gruppen und Klassen, die hinter den handelnden Personen stehen und durch ihre wirklichen und vermeintlichen Interessen das Handeln der einzelnen lenken und bestimmen, gelten ihm als die wirklichen Akteure des geschichtlichen Dramas. So sucht er aus dem ökonomisch-gesellschaftlichen Untergrund heraus das Wesen der revolutionären Bewegung, ihren zeitweiligen Sieg und Untergang zu verstehen. Aber während in den die französische Revolution behandelnden Schriften die außerordentliche Gedrängtheit der Darstellung, die Masse des hineingearbeiteten politischen Details und der Anspielungen die Lektüre wenigstens für den heutigen Leser nicht wenig erschwert, ist die Behandlung der deutschen Verhältnisse in der für eine Tageszeitung verfaßten Schrift ‚Revolution und Kontrerevolution' außerordentlich durchsichtig und einfach. Jeder aufgeklärte Arbeiter wird diese Darlegungen — nicht nur, was selbstverständlich ist, mit Nutzen — sondern auch mit Vergnügen lesen können."

„Vorwärts", Berlin, Nr. 263, 13. Jahrg.

Herrn Eugen Dührings

Umwälzung der Wissenschaft.

Von

Friedrich Engels.

Sechste, durchgesehene und vermehrte Auflage.

XX und 354 Seiten. Preis gebunden M. 3.—



„. . . Diese Polemik Engels gegen Dühring ist heute noch lebendig und wirksam. Sie hat in ihrer meisterhaften Form das Verständniß des wissenschaftlichen Kommunismus dem deutschen und dann auch dem internationalen Proletariat erschlossen; eine umfangreiche Literatur ist von ihr ausgegangen und fußt auf ihr. So überaus werthvoll ihre positiven Resultate waren, deren überzeugender Beweiskraft sich zum großen Theile selbst die bürgerliche Gelehrsamkeit bei aller sonstigen Verstocktheit nicht hat entziehen können, so lag ihre epochemachende Bedeutung doch darin, daß sie durch Lehre und Vorbild dem dialektischen Denken zu seinem Rechte verhalf. Engels gab mit dieser Streitschrift der deutschen Sozialdemokratie genau das, was sie in jenem Augenblicke wie das liebe Brot brauchte; er gab einen Anstoß, der in seiner Art nicht minder bedeutungs- und wirkungsvoll werden sollte, als der Anstoß, den ein halbes Menschenalter früher Lassalles Offenes Antwortschreiben gegeben hatte . . . Im Sommer 1878 erschien die vollendete Streitschrift als besonderes Buch. Just da eine dunkle Gewitterwand den politischen Horizont verfinsterte, flammte das ruhig strahlende Licht dieses Leuchtfeuers auf."

Mehring, „Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie", dritter Band, zweiter Theil.

„In der Form ist das Buch eine Streitschrift. Die Literatur kennt viele Schriftsteller ersten Ranges, die ihre besten Gedanken in polemischen Schriften entwickelt haben, temperamentvolle Kampfnaturen, die ihre schöpferischen Kräfte am glänzendsten entfalten, wenn sie Gelegenheit haben, einen anmaßenden Gegner aus dem Felde zu schlagen, der mit seiner Afterweisheit die Wahrheit zu verdunkeln, die Begriffe zu verwirren und andere auf Irrwege zu führen droht. Eine solche Kampfnatur war Lessing, eine solche ist auch Fr. Engels. Und scharf und wuchtig, tödtlich und vernichtend wie dasjenige Lessings ist auch das polemische Schwert Fr. Engels." „Schwäbische Tagwacht", Nr. 165, 1894.

Ludwig Feuerbach

und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie.

Von

Friedrich Engels.

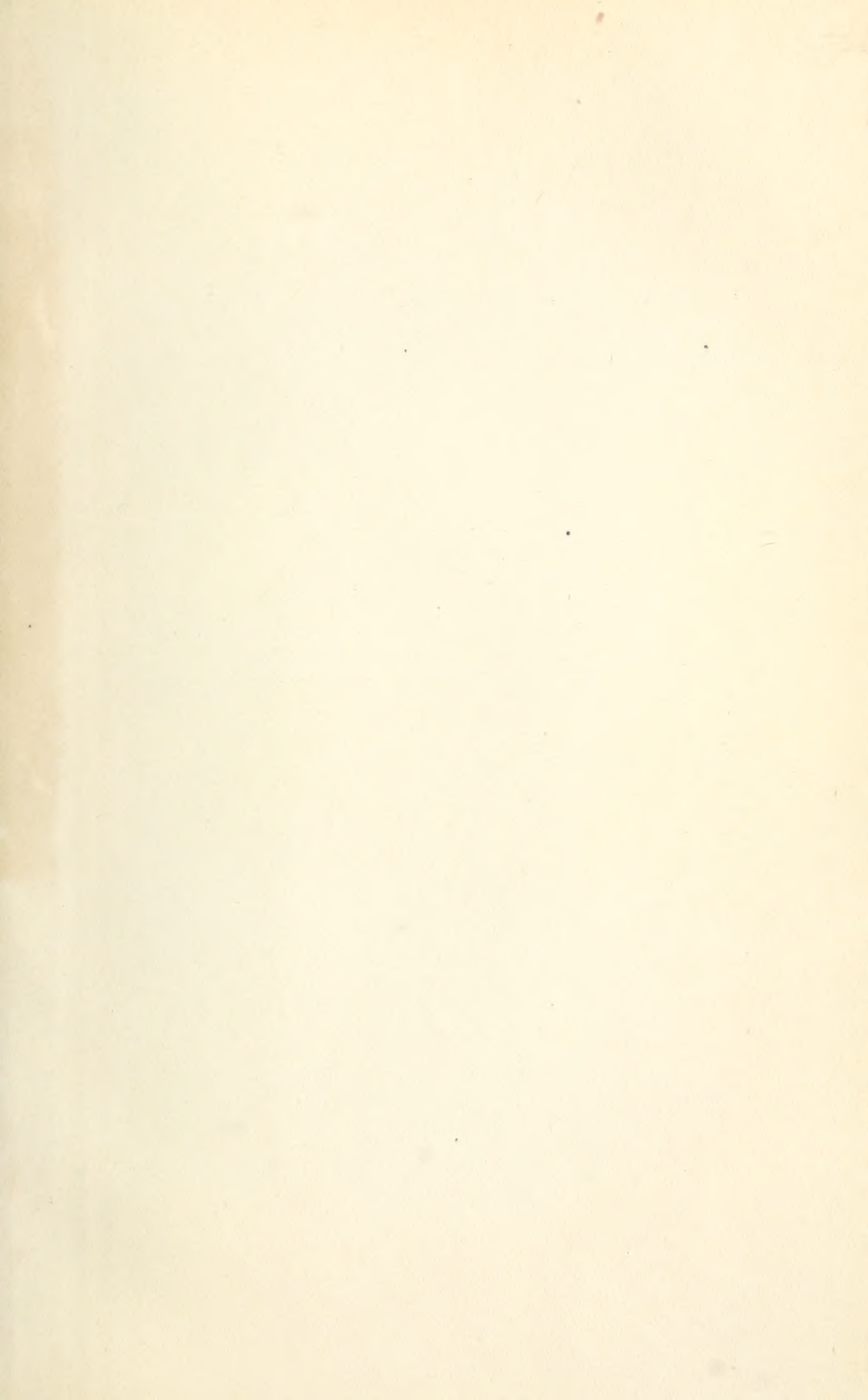
Mit Anhang: **Karl Marx über Feuerbach** vom Jahre 1845.

Vierte Auflage. IV und 63 Seiten 8°. Preis broschiert 75 Pf.

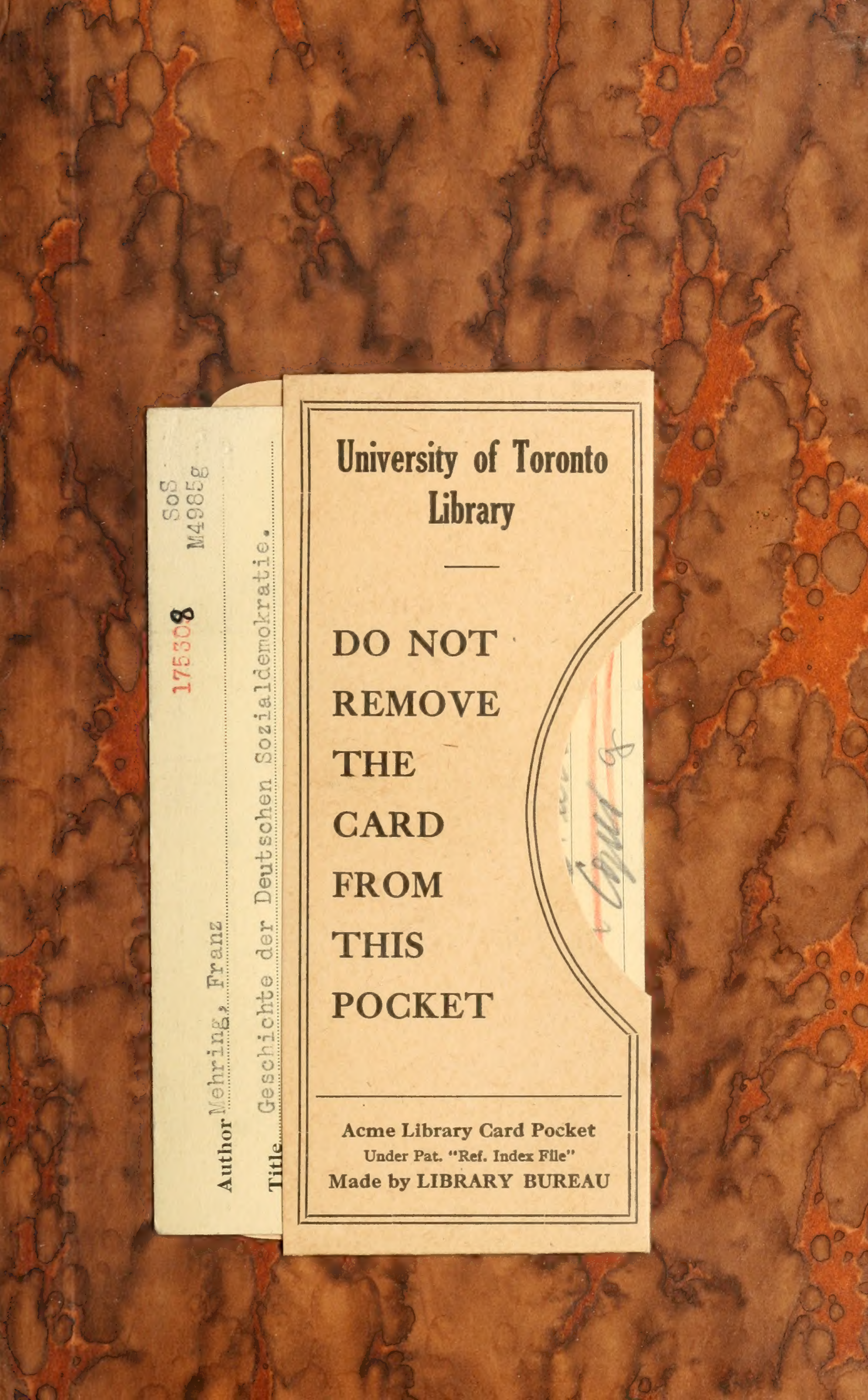


„Wir empfehlen die Schrift Engels, die gewandt und packend geschrieben ist, nicht zum wenigsten deshalb, weil sie sich zur Belehrung über die von dem Verfasser vertretene Richtung in besonderer Weise eignet; die Fragen, die hier behandelt sind, nehmen das Interesse jedes Gebildeten in Anspruch, es ist nicht nöthig, das erst zu begründen." „Literarischer Merkur", Nr. 6, 9. Februar 1889.

„Das Interessanteste an dieser Schrift ist der Anhang mit elf Marx'schen Aphorismen über Ludwig Feuerbach. Dieselben enthalten in ihrer pointirten Fassung eine Art philosophischen Schlüssels zum Marxismus." Stuttgarter „Beobachter", September 1894.






University of Toronto
Library
DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET
Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU
SoS
M4985g
175308
Author Mehring, Franz
Title Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie.

